Neue Freie Presse 27./VIII. 1916.

Scheu vor der Oeffentlichkeit bei den Abgeordneten.

Wien, 26. August.

In der abgelaufenen Woche spielten sich die wichtigsten Ereignisse der inneren österreichischen Politik im ungarischen Abgeordnetenhause ab. In den großen Debatten zwischen den Führern der Opposition und dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza sind die Fragen des Krieges und der allgemeinen Politik der Monarchie in voller Oeffentlichkeit besprochen worden. Die Opposition hob hervor, daß sie in der Treue zu den Bündnissen und in der Entschlossenheit, den Krieg bis zur Erringung eines ehrenhaften Friedens durchzuhalten, mit der Regierungspartei eins sei. Dieses Bekenntnis, das der Reichstag im Namen von Ungarn erneuerte, ist auch für Oesterreich abgegeben. Die Führer der Opposition haben jedoch freimütig auch solche Fragen berührt, die nach ihrer Ansicht trotz des Krieges Gegenstand der parlamentarischen Erörterung sein können, und der Ministerpräsident hat über diese Punkte ebenso freimütig gesprochen wie die Redner der Linken. Die Debatte, die trotz der erschwerenden äußeren Umstände — Dauersitzungen bis in die Morgenstunden sind dem parlamentarischen Ton nicht immer günstig — in den Formen einer großzügigen politischen Auseinandersetzung verlief, war ein Muster, wie vaterlandsliebende, ihrer Verantwortung vor dem Volke bewußte Parlamentarier in ernsten Tagen die Lebensfragen des Staates behandeln. Man hatte bei uns auch aus einem besonderen Grund Ursache, auf die Reden des Reichstags aufzumerken. In den Debatten sind Fragen gestreift worden, die in den Ausgleichsgesetzen geregelt sind, somit innere österreichische Angelegenheiten berühren. Die Interpellationen erstreckten sich nicht bloß auf die rein politischen Angelegenheiten der Monarchie. Auch Anfragen über die Ernährung und über die Preisverhältnisse kommen in Ungarn zur Besprechung. Da die Lebensbedingungen der städtischen Bevölkerung in Oesterreich annähernd die gleichen sind wie in Ungarn, haben auch diese Teile der Reichstagsverhandlungen für uns unmittelbare Bedeutung. Die parlamentarische Erörterung in Ungarn ergänzt gleichsam die kritische Arbeit, welche für Oesterreich die ihrer Pflicht gegenüber der Bevölkerung treue Publizistik erfüllt.

Es wird später einmal als eine für die Entwicklung der inneren Zustände Oesterreichs im Kriege bezeichnende Eigentümlichkeit hervorgehoben werden, daß von den zwei Faktoren, die nach dem Geiste verfassungsmäßigen Lebens für das Volk sprechen sollen, nur der eine, die Presse, hervortritt, während der andere, die Abgeordneten, sich aus der Oeffentlichkeit fast vollständig zurückgezogen hat. Die fortlaufende Besprechung der zahlreichen Verfügungen der Regierung, die auf die nackten Lebensbedürfnisse der Bevölkerung, auf die Erhaltung der Gesundheit der Erwachsenen, die Pflege der Kranken und die Ernährung der heranwachsenden Kinder Einfluß haben, sind ausschließlich der Presse überlassen. Das gleiche gilt von den Maßregeln, die die künftige Rohstoffversorgung, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Unterbringung der Kriegsinvaliden betreffen. Die Presse steht Tag für Tag mannhaft auf ihrem Posten und übt ihr Amt trotz der schwierigen Lage und trotz des Druckes einer Zensur, die über die Grundsätze ihrer Wirksamkeit und über die Grenzen ihres Wirkungsgebietes noch heute, über zwei Jahre seit ihrem Bestehen, schwankt. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hat vor einigen Tagen ein paar Worte gegen die Zensur veröffentlichen lassen. Die Presse ist für jede Unterstützung dankbar, die sie in ihren harten Berufspflichten aufmuntert. Allein die Abgeordneten würden nicht der Presse allein, sondern in ihr zugleich den Wählern und deren Angehörigen vollkommenere Dienste erweisen, wenn sie sich nicht auf gelegentlichen kühlen Zuspruch beschränken würden. Die Sache der Presse ist die des Volkes, das ja die Abgeordneten auch vertreten. Man wird erst nach dem Kriege, wenn die Sprache wieder freiere Bahn hat, vollen Einblick gewinnen in die Dienste, die, trotz der Einschränkung der Redefreiheit in inneren Angelegenheiten, die Presse der Bevölkerung leisten konnte; dann wird auch die Zeit sein, darüber zu sprechen, wie viel sozial und politisch Unzweckmäßiges unterblieben wäre, wenn die Besprechung öffentlicher Fragen nicht unter Druck gestellt gewesen wäre. Die Abgeordneten hätten ihre Stellung gefestigt, ihr Ansehen in den Augen der Bevölkerung wäre gestiegen, wenn sie die Presse in dem Kampfe um das offene Wort nicht allein gelassen hätten, sondern sich in voller Oeffentlichkeit der Wortführerin der öffentlichen Meinung zur Seite gestellt hätten.

Die Presse ist es nicht allein, die vergeblich nach öffentlicher Betätigung der Abgeordneten ausschaut. Die Wähler, die Vertrauen und Mandat gegeben haben, vermissen ihre Abgeordneten seit Beginn des Krieges überall dort, wo sie sie früher in öffentlicher Tätigkeit zu sehen gewohnt waren. Warum schalten die Volksvertreter sich selbst aus? Sie mögen sich da und dort in kleineren Zirkeln zufällig treffen und dann wohl auch über ihren Beruf als Abgeordnete sprechen. Allein private Unterredung in ungezwungenem Kreise ersetzt nie die strenge Pflichtübung. Der Abgeordnete ist ein Mann des öffentlichen Lebens, sein Platz ist die Oeffentlichkeit. Die österreichischen Parlamentarier haben ohnehin aus langer übler Gewohnheit her die Neigung zur Zerkleinerung ihrer Arbeit in Komitees und Unterkomitees. Selbst im Frieden hat dieser Hang, sich aus der Oeffentlichkeit in die Klubzimmer zurückzuziehen, in die parlamentarische Arbeit, die nie die Frische der Volkstümlichkeit verlieren soll, einen Zug bureaukratischer Kränklichkeit gebracht. Aber dem wirkte die Notwendigkeit entgegen, schließlich doch immer wieder in die öffentlichen Sitzungen und Wählerversammlungen hinauszutreten. Mit dem Tage des Kriegsausbruches haben sich die Abgeordneten jedoch das, was ihre Kraft bedingt, die Berührung mit der Oeffentlichkeit, selbst versagt. Es war indeß sicher keine notwendige Folge des Krieges, daß plötzlich der Volksvertreter, diese wichtige Figur des politischen Lebens, von der Bildfläche verschwand. Die Abgeordneten hätten von der Presse lernen können, die sich, aller Hindernisse ungeachtet, den Weg zur Bevölkerung immer frei schaufelt. Wenn die Publizistik es verstanden hat, ihren Beruf im Verfassungsstaate zu erfüllen, sollten die Abgeordneten nicht um Mittel verlegen sein, sich in irgendwelchen Formen das Wort in der Oeffentlichkeit zu sichern. Um wie viel die Aussprache im vollen Tageslichte und unter der Verantwortung, die das öffentliche Amt gibt, jeder anderen Art politischer Betätigung überlegen ist, zeigen die Verhandlungen des ungarischen Abgeordnetenhauses. Nur übergroße Wehleidigkeit wird klagen, daß die frische Luft der Oeffentlichkeit der Gesundheit schadet. Auch unsere Abgeordneten sollten aus der politischen Starre herauszukommen trachten und eine organisierte öffentliche Tätigkeit entfalten, die ihnen im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse doch die volle Möglichkeit gibt, an der großen Umgestaltung im Staate mitzuwirken. Hiezu wäre vor allem ersprießlich, wenn die Abgeordneten die Fühlung mit dem öffentlichen Leben wieder suchten. Scheu vor der Oeffentlichkeit ist mit dem Berufe des Volksvertreters schlechterdings nicht vereinbar.

Neues Wiener Tagblatt 27. VIII. 1916.

Eine Annäherung in Ungarn.

Budapest, 26. August. (Privattelegramm.) Zwischen der Regierung und der Opposition hat sich am heutigen Tag eine bemerkenswerte Annäherung vollzogen, die auch äußerlich in dem Umstand zum Ausdruck kam, daß sich die Regierung entschlossen hat, bis zum 5. September eine Pause in den Beratungen des Abgeordnetenhauses eintretenzulassen. Dieser Entschluß wurde im Abgeordnetenhaus in den ersten Nachmittagstunden bekannt und machte besonders bei der Opposition einen überaus guten Eindruck, da hiedurch die Gerüchte von einer forcierten Durchpeitschung der Steuervorlagen oder von einer Vertagung des Hauses vollständig zunichte gemacht worden sind. Auch haben die Führer der Opposition auf privatem Weg die Versicherung erhalten, daß die Regierung nichts unternehmen werde, um ihrem Vorhaben, mit neuerlichen Interpellationen hervorzutreten, das Prävenire zu spielen. Allgemein ist man der Auffassung, daß der Zeitraum bis zum 5. September nicht verstreichen werde, um hinsichtlich des weiteren parlamentarischen Arbeitsprogramms ein Kompromiß zustande zu bringen, so daß die Opposition nicht mehr genötigt sein werde, durch ein Hinausziehen der für Interpellationszwecke zur Verfügung stehenden Mittwochsitzungen das von ihr vorbereitete Material durch Verlängerung der Sitzungsdauer vorzubringen.

In oppositionellen Kreisen beginnt man selbst einzugestehen, daß der gegen den Minister des Aeußern und gegen die Regierung geplante Ansturm seinen Höhepunkt bereits überschritten habe, und durch Wiederholung von Interpellationen und Einbringen von Anträgen nichts mehr als eine zweite Auflage des Sturmlaufes vom letzten Mittwoch veranstaltet werden könne, die vielleicht geeignet erscheint, die Position einzelner oppositioneller Abgeordneter vor ihren Wählern zu festigen, daß sie aber keineswegs irgendeinen politischen Umschwung hervorrufen werde. Je mehr die Regierung den oppositionellen Parteiführern dadurch entgegenkam, daß sie bereitwillig Rede und Antwort stand, ja sogar der Veranstaltung von geschlossenen Sitzungen zustimmte, desto zwecklosser wird eine Steigerung des oppositionellen Auftretens, und eben deshalb dürfte man sich in der nächsten Woche zu einer vollständigen Verständigung die Hand bieten.

Die oppositionelle Aktion ist, wie dies bereits gestern im „Neuen Wiener Tagblatt" unverblümt ausgesprochen wurde, vollständig versandet, und es fragt sich, wie man sich in Ehren aus der Affäre wird ziehen können. Da Graf Albert Apponyi heute nicht in Budapest anwesend war, konnten die oppositionellen Parteiführer über ihre weitere Haltung im Parlament nicht schlüssig werden. Die nächste Woche jedoch dürfte Gelegenheit zu Pourparlers bieten, die wahrscheinlich zu einem Abkommen hinsichtlich der weiteren parlamentarischen Tätigkeit zwischen Opposition und Regierung führen werden. Hiebei wird sich auch das Schicksal der Anträge Andrassy und Apponyi über die Einberufung der Delegationen, beziehungsweise über die Verpflichtung des Ministers des Aeußern, im ungarischen Parlament zu erscheinen, endgültig entscheiden. Treten nicht unerwartete Ereignisse ein, so wird dem gekündigten Burgfrieden im September ein neuer Burgfrieden folgen. Am Nachmittag hatte Ministerpräsident Graf Tisza mit dem Grafen Andrassy eine längere Beratung. Wie in politischen Kreisen verlautet, beabsichtigt Graf Andrassy die Parlamentspause dazu zu benützen, um sich nach Wien zu begeben, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er beim Monarchen in Audienz erscheinen wird.

Arbeiterzeitung 27./VIII. 1916.

Die Delegationen einberufen?

Im ungarischen Abgeordnetenhause hat Graf Julius Andrassy den Antrag auf Einberufung der Delegationen eingebracht; er wird ihn in einer der nächsten Sitzungen begründen. Nun begreifen wir, daß, was ungarischen Grafen ziemt, noch lange nicht einer österreichischen Zeitung ziemt, und daß wir in Oesterreich ganz bescheiden abzuwarten haben, was in Ungarn über uns beschlossen werden wird. Da aber die Delegationen sozusagen eine gemeinsame Einrichtung sind, wonach ihre Einberufung und Tagung doch auch Oesterreich berühren würde, so möchten wir uns gestatten, zu dem Antrag im ungarischen Reichstag einige Bemerkungen zu machen. Selbstverständlich werden wir uns nicht herausnehmen, etwa die Notwendigkeit zu erörtern, daß auch in Oesterreich in irgend welcher Weise das Volk zu Worte komme; wir wissen schon, daß das ein Uebergriff wäre, ein Rückfall in Zeiten, die gewesen sind; wir wollen uns dabei bescheiden, die staatsrechtliche Seite der Frage zu untersuchen. Dies wird deshalb nötig, weil sich der Graf Tisza, als er den Gedanken bekämpfte, darauf berufen wollte, daß die Tagung der Delegation nicht möglich wäre — wegen der Verhältnisse in Oesterreich, wie man zartfühlend die Tatsache umschreibt, daß der österreichische Reichsrat, der nach der Verfassung „alljährlich einberufen wird", nun schon das zweite Jahr nicht einberufen worden ist. Diese Anschauung des Grafen Tisza ist nun falsch; was wir dartun werden. Wir lassen da unsere festbegründete Auslegung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen allerdings beiseite — du lieber Gott, wir haben über mannigfache Verfassungsbestimmungen andere Ansichten als die Minister —, sondern wollen uns ausschließlich auf zwei Ministerpräsidenten stützen; die werden doch auch dem Grafen Tisza Autorität genug sein ... Die gesetzliche Bestimmung über die Delegierten (§ 10 des Gesetzes über die gemeinsamen Angelegenheiten) lautet: „Die Wahl der Delegierten wird von den beiden Häusern des Reichsrates alljährlich erneuert. Bis dahin verbleiben die Delegierten in ihrer Funktion." Es ergeben sich also zwei Fragen: erstens, ob die Delegierten ihre Funktion über ein Jahr hinaus ausüben können, und zweitens, ob danach ihre „Funktion" irgend einer Beschränkung unterworfen wäre. Beide Fragen sind in der Delegation aufgetaucht, und jedesmal hat der betreffende österreichische Ministerpräsident die Auffassung vertreten, daß die Wahl der Delegierten aufrecht bleibt, solange keine Erneuerung der Wahl im Reichsrat erfolgt ist, und daß die Tätigkeit der Delegation Beschränkungen nicht unterworfen ist. Die Delegierten, die am 12. Oktober 1910 zu der 44. Session zusammentraten, waren am 6. Juli 1909 gewählt worden; seit ihrer Wahl war also ein Jahr bereits verflossen. Gegen die Rechtsgiltigkeit ist nun in der Eröffnungssitzung Protest erhoben worden; er wurde da nur von dem Alterspräsidenten kurz erledigt. Herr v. Bienerth kam aber auf die Frage im Abgeordnetenhause (am 2. Dezember 1910) ausführlich zurück und legte dar, der Sinn des Gesetzes sei, „daß in jedem Jahre Delegiertenwahlen stattfinden sollen und daß die gewählte Delegation solange in Funktion bleibt, bis die neue Delegation gewählt wird". Diese Bestimmung („verbleiben in Funktion") „hat ja den Zweck, kein Vakuum eintreten zu lassen". Also solange keine neuen Delegierten gewählt sind, fungieren die gewählten Delegierten ... Die zweite Frage entstand in der letzten Delegation, nämlich die, ob die Dauer des Delegationsmandats zu einer Ausdehnung ihrer Mandatsbefugnis führen darf. Diese Delegation war am 13. November 1913 gewählt worden; sie hatte in der 48. Session (18. November) ein halbjähriges Budget beschlossen und trat am 28. April 1914 zu der 49. Session zusammen, um nun ein ganzjähriges Budget zu beschließen. Dagegen, daß eine Delegation zwei Sessionen halte, wurde nun in der Eröffnungssitzung Widerspruch erhoben. Dafür, daß dies zulässig sei, trat nun mit der größten Entschiedenheit Ministerpräsident Graf Stürgkh ein — wenn auch diese Entschiedenheit durch Sachkenntnis gerade nicht ergänzt wurde. Jedenfalls erklärte er „über die Legitimation der Delegierten zur Erfüllung derjenigen Aufgaben, zu deren Persolvierung sie versammelt worden sind, kann ein Zweifel nicht obwalten." Es steht also fest, daß die gewählten Delegierten in ihrer Funktion verbleiben, also zur Tagung der Delegation versammelt werden können, solange eine neue Wahl von Delegierten nicht erfolgt ist. Es steht weiter fest, daß die einberufene Delegation in ihrer verfassungsmäßigen Befugnis nicht eingeschränkt ist. Das sagen natürlich nicht wir; wir haben beiden Auslegungen seinerzeit ernstlich widersprochen. Das sagen aber die österreichischen Ministerpräsidenten! Und die werden doch maßgebende Ausleger sein!

Nun entsteht die Frage, ob eine Vertagung des Reichsrates oder die Schließung seiner Session — das ist dafür, was man die Parlamentskrise nennt, der verfassungsmäßige Begriff — die Tagung der Delegation hindern kann. Formell ist diese Tagung schon im Gesetz vorhergesehen, aber natürlich hat das Gesetz nur an ein „Nichtversammeltsein" des Reichsrates gedacht, das technische, nicht aber politische Gründe hat. Wir also meinen schon, daß die bewußte und beharrliche Nichteinberufung des Reichsrates und die Tagung der Delegation ein Widerspruch in sich ist. Doch was zählt unsere Meinung gegen die des Grafen Stürgkh! Er hat doch am 16. März 1914 die Session des Reichsrates geschlossen und die Delegation am 28. April 1914 zusammentreten lassen! Und als ihm der Delegierte Ellenbogen diese „Anomalie" vorhielt, antwortete er:

> Der Delegierte Dr. Ellenbogen ist auf das politische Gebiet übergegangen und hat den Zusammentritt der Delegation mit Rücksicht auf den bedauerlichen und von mir sehr bedauerten Umstand bemängelt, daß in der Tätigkeit des österreichischen Reichsrates eine uns aufgezwungene, nicht bloß dem Hause, sondern auch der Regierung selbst aufgezwungene Pause — wie ich hoffen will, von kurzer Dauer — eingetreten ist. Wenn er aus dieser bedauerlichen Tatsache, daß wir im Reichsrat momentan in einem Hemmungszustand sind, ableiten will, daß auch noch eine andere, sehr wichtige, sehr entscheidungsvolle parlamentarische Körperschaft, welche ein selbständiges Dasein führt, ihre Beratungen und Beschlußfassungen aufschieben soll, bis der erwünschte Effekt an einer anderen Stelle eintritt, dann bewegt sich jene Argumentation nach einer anderen Richtung als die meinige, ja geradezu nach der entgegengesetzten. Ich werde immer bemüht sein, alles dasjenige, was vom verfassungsmäßigen Leben in Oesterreich zu wecken und zu erhalten ist, zu wecken und erhalten, während Herr Dr. Ellenbogen, nicht genug daran, daß das Parlament momentan unter gewissen Schwierigkeiten leidet, auch eine andere Institution, eine solche, die ihre volle Lebens- und Arbeitskraft auch heute betätigen kann, in den Bannkreis dieser Lähmung hineinziehen will. Von dem Standpunkt aus, daß wir doch den Kreis jener parlamentarischen Einrichtungen, die unter Hemmnissen leiden, nicht erweitern, sondern nach Möglichkeit einengen, daß wir die Hemmungen nicht schaffen, sondern beseitigen wollen, von diesem Standpunkt aus muß ich mich im Interesse unseres verfassungsmäßigen öffentlichen Lebens dagegen aussprechen.

Der Herr Graf Stürgkh ist also der Ueberzeugung, der Umstand, daß die Session des Reichsrates geschlossen ist — es war am 28. April 1914 keine andere Schließung, als die ist, die jetzt besteht —, sei rechtlich kein Hindernis für die Tagung der Delegation, und sei auch konstitutionell kein Hindernis; im Gegenteil ist er der Meinung, daß, wenn der Reichsrat in seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit gehemmt ist, dies ein Grund mehr ist, die Delegation, deren verfassungsmäßiges Wirken keine Störung aufweist, zu ihrer Aufgabe zu berufen. Die Frage, die Graf Andrassy aufwirft, ist also ganz klar, und die Einwürfe des Grafen Tisza sind ganz haltlos.

Was wir aber über die berühmte „Unterbrechung" der verfassungsmäßigen Tätigkeit in Oesterreich, die man jetzt als ein gleichsam unabwendbares Fatum schildert, denken, ist so bekannt, daß wir die Untersuchung abbrechen können; wenngleich sie gerade hier an Interesse sehr gewinnen würde.

Reichspost 27./VIII. 1916.

I
5

Die Hochschule des wirtschaftlichen Solidarismus.

Wien, am 26. August.

Aus dem „Einer für alle, alle für einen" der Vaterlandsverteidigung an der Front und im Hinterland erwächst mit Urgewalt der Wille zum „Einer für alle, alle für einen" auch im Genuß des Vaterlandes, der Wille zum Solidarismus im Wirtschaftsleben. Verpflichtet die Rücksicht aufs Ganze zu einem Brudertum des Opferns, Blutens und Sterbens, so soll die Rücksicht auf den Nächsten und die Gesamtheit auch als Leitstern über dem wirtschaftlichen Leben stehen. Nur mit Bitterkeit schauen wir heute auf jenen Liberalismus, der fast ein Jahrhundert lang in der Volkswirtschaft Losung war; der, indem er den Einzelnen alle möglichen Freiheiten gab, schrankenlosen Egoismus und Individualismus groß werden ließ; der die Herrschaft über Hab und Gut und deren Verwaltung zuguterletzt einem Häuflein Plutokraten auslieferte, die breiten Massen aber in herbe Abhängigkeit, bittere Zinsknechtschaft, Ungezählte in unwürdiges Proletarierdasein zwang. Im Zeichen altrömischer Rechtsformeln und Rechtsgrundsätze ließ der Liberalismus auch wieder — in Amerika, England, Frankreich, auch in den Mittelstaaten — Zustände aufleben, wie sie dem alten Rom, zumal dem der späteren Zeit die Signatur gaben; Zustände mit dem Recht des Stärkeren, mit den Triumphen der Morallosen, mit Raubbau an Natur und Mensch, mit wahnwitzigem Wucher und Luxus, mit der Welt- und Kulturherrschaft gewissenloser Geldcäsaren, die sich mit Prunkwagen und Luxusjachten, mit Kunstgalerien, Musikkapellen, Schlössern und Kokotten das Erdendasein möglichst hübsch gestalten — auf Kosten der frohndienstpflichtig gemachten „Vielen Allzuvielen".

Gewisse Zeitphilosophien kommen dem Liberalismus entgegen; er münzt sie bestmöglich aus, beglückt, den Egoismus der „Siegreichen" mit Sprüchen der Weisheit rechtfertigen zu können. Darwins Lehre von der Entstehung der Arten, welche den Kampf ums Dasein, die „freie Konkurrenz" als das Mittel der Zucht und Auslese der Besten, der begrüßenswerten Ausscheidung der weniger Tauglichen erscheinen läßt, wird zum natürlichen Vorbild des menschlichen Wirtschaftsprozesses. Man lasse jeden, so erklären die Ricardo, Smith, Malthus und ihre Jünger, nach seiner ureigensten Neigung arbeiten, so wird er ganz von selbst die höchste „Wirtschaftlichkeit" anstreben; aus dieser Wirtschaftlichkeit der Einzelnen erwächst von selbst die beste gesellschaftliche Organisation; der Wettkampf aber ist der beste Hebel des Fortschrittes. Daß der Wirtschaftsprozeß viele zugrunde richtet, viele versklavt, das entspricht nun einmal dem Gang der Natur, gegenüber dem Sentimentalitäten nicht angebracht. Ein Malthus schreibt wörtlich: „Ein Mensch, welcher in einer bereits okkupierten Welt geboren wird, hat, wenn ihn seine Familie nicht ernähren, noch die Gesellschaft seine Arbeit gebrauchen kann, nicht das mindeste Recht, irgendeinen Teil der Nahrungsmittel zu fordern, und er ist wirklich überflüssig auf der Erde. An dem großen Gastmahle der Natur ist für ihn kein Couvert gedeckt. Die Natur gebietet ihm, sich wieder zu entfernen, und säumt nicht, dies Gebot selbst in Ausführung zu bringen. Hunger und Seuchen, Krieg und Verbrechen, Kindersterblichkeit und Kinderverwahrlosung, Prostitution und Syphilis sind die Formen; Spitäler, Zuchthäuser, Findelhäuser und Auswandererschiffe sind die Richtstätten dieser Exekution der Natur."

•

Der große Antrieb, Rückhalt und Bundesgenosse im Streben empor aus den Niederungen des Liberalismus, des freien Egoismus, der eigensüchtigen Freiheit zu Brudergefühlen und Gemeinempfindungen ist die Religion. Die heute nach Solidarismus im Kultur- wie im Wirtschaftsleben rufen, tun gut, sich zu erinnern, wie die bald zweitausend Jahre Christentum ebenso viele Jahre Kampf um Solidarismus, um Gerechtigkeit, Sittlichkeit, Nächstenliebe in der praktisch-wirtschaftlichen Arbeit der Menschen sind. Das Christentum verlegt das Hauptziel des Menschen ins Jenseits und dämpft so von vornherein sein Streben nach irdischen Gütern. Es unterstellt das ganze Tun und Treiben des Menschen den Gesetzen des Dekalogs, versittlicht dieser Art das Zusammenleben der Menschen; es bekennt das Gebot der Nächstenliebe als wichtigstes neben dem der Gottesliebe; sichert so das Brudergefühl der Menschen.

Es ist interessant, den Kampf um Solidarismus im Zeichen des Christentums durch die Jahrhunderte hindurch zu verfolgen. Wie ringen die Denker und Praktiker der alten Kirche gegen den Liberalismus und Egoismus der zeitgenössischen römischen Welt! Ihr Denken und Verordnen ist ein einziger Kampf um Anerkennung der Gleichberechtigung und gegenseitigen Verpflichtung der Menschen, um rechtmäßigen Erwerb und sittliche Verwendung der Erdengüter, ist ein einziger Kampf gegen übermäßige Güteranhäufung, gegen Habsucht und Luxus, gegen Arbeiterausbeutung und Wucher im Geld- und Güterverkehr. St. Gregor sagt: Die Erde ist für alle Menschen gemeinsam, für alle zugleich bringt sie die Nahrungsmittel hervor. Schuldige sind, welche sich die gemeinsame Gabe Gottes allein zueignen. Sie vollbringen täglich an jenen Armen, welche zugrundegehen, einen Mord dadurch, daß sie für sich behalten, was die Armen bedurft hätten. Sankt Augustin erklärt: „Von den Gaben Gottes behalte, was deine Bedürfnisse erheischen. Was übrig bleibt, ist für die Bedürfnisse anderer notwendig. Fremdes Eigentum behältst Du zurück, wenn Du Ueberflüssiges zurückbehältst". Bei den Römern war das Daß des Gütererwerbs die Hauptsache, das Wie gleichgültig. Jetzt wird nur Besitz anerkannt, der im Einklang mit dem Sittengesetz erworben. Eine Hauptbedingung dabei ist, entsprechend dem Paulinischen „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", die persönliche Arbeitsleistung. Die Kirche weigert sich, Almosen, Güter anzuerkennen und anzunehmen, die durch Ausbeutung von Schwachen, durch Bedrückung von Witwen und Waisen, durch unrechtliche Konfiskationen von Fürsten entstanden. Und sie verlangt nicht nur Rechtlichkeit des Erwerbes, sondern auch gute Verwendung, d. h. Verwendung ebenso sehr im Dienste der Kulturideale, der Gesamtgesellschaft wie in dem des eigenen Wohles. So ist der Kampf gegen jedwede Habsucht, gegen übermäßige Besitzanhäufung, gegen die Aufzehr des kleinen Besitzes durch den großen ganz selbstverständlich. Wie weit wollt ihr, ruft Ambrosius in einer Predigt, eure wahnsinnige Habsucht noch treiben, ihr Reichen? Wollt ihr für euch allein die ganze bewohnbare Erde in Anspruch nehmen? Welche Massen Volkes könnten Leben und Nahrung finden in dem großen Raume, welchen du als deinen Besitz abgeschlossen hast? Die Vögel gesellen sich und durchstreifen gemeinsam in großen Schwärmen die Luft; die Tiere sammeln sich in Herden, die Fische suchen Gemein-

Reichspost 27./VIII. 1916.

III
6

Die Hochschule des wirtschaftlichen Solidarismus

Interessen des Volkes verwendet haben.... Das letzte Band, welches das englische Volk an seinen Grund und Boden knüpfte, wurde zum Besten einer Clique von Unterdrückern zerrissen.... Der große geistliche Grundbesitz, welcher natürlicherweise zum Volke gegen den Fürsten und Adel gestanden hatte, wurde nun ein Mittel zur Unterdrückung des Volkes."

*

Die unerquicklichen Zustände, die der Absolutismus der Fürsten schuf, führen zu den Revolutionen gegen Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. An die Stelle gründlicher Reform und zeitgemäßer Weitergestaltung der alten politisch-wirtschaftlichen Ordnungen tritt weitestgehende Aufhebung derselben, tritt der kulturelle und wirtschaftliche Liberalismus. Wir kennen bereits seine Entwicklung und seine Früchte. Aber wie in den ersten Jahrhunderten tritt auch im 19. der neubelebte christliche Gedanke dem wirtschaftlichen Individualismus und Egoismus entgegen. Die Jahrzehnte, die die Wiedererneuerung altrömischer Wirtschaftsverhältnisse sehen, sehen auch den wachsenden Kampf von Männern wie Ketteler, Windthorst, Lieber, Stoecker, Adolf Wagner, Brunner, Scheicher, Pfenner, Lueger, Liechtenstein, Decurtins, Toniolo, um wirtschaftlichen Solidarismus, um die Wiederversittlichung des Wirtschaftsprozesses und seine Einstellung in den Rahmen der Kulturideale, um gesunden Ausgleich der wirtschaftlichen Kräfte und Gegensätze, um die Hebung und Sicherung des vierten und dritten Standes gegenüber dem Treiben der oberen Zehntausend, um die Erneuerung jener Anschauungen über Gütererwerb, Gütergebrauch und Güterverkehr, die den Solidarismus mittelalterlicher Volkswirtschaft ermöglicht hatten. Den besten Ausdruck fand Gesinnung und Wollen dieser Männer und ihrer Organisationen in dem berühmten Rundschreiben Leos XIII. Rerum novarum, wo im Namen der Religion Christi Front gemacht wird gegen den liberalen Wirtschaftsgeist mit seinen Früchten und großzügigste soziale Reformen im Sinne des Solidarismus verlangt werden. „Die große Masse der Menschen," heißt es in jenem Rundschreiben, „führt ein erbarmungswürdig elendes, unwürdiges Dasein. Denn die alten Genossenschaften der Werkleute wurden im 18. Jahrhundert zerstört und keine Schutzwehr an ihre Stelle gesetzt, während sich Staatswesen und Staatsgesetz der von den Vätern überkommenen Religion entkleideten. So geschah es allmählich, daß die Arbeiter der Unmenschlichkeit der Besitzenden und der zügellosen Habgier der Konkurrenten in Vereinzelung und schutzlos preisgegeben wurden. Das Unheil vermehrte der gefräßige, wucherische Zins, welcher oft und oft durch das Urteil der Kirche verdammt worden ist; dennoch wird unter einer andern Maske der ganz gleiche Wucher von den habgierigen und gewinnsüchtigen Menschen betrieben. Dazu kommt, daß Produktion und Handel nahezu gänzlich in die Gewalt einiger Weniger gebracht wurden, so daß ganz wenig Reiche und Großkapitalisten der ungeheuren Menge der Proletarier ein nahezu sklavisches Joch auferlegten." Leo XIII. verlangt Aenderung dieser Verhältnisse zugunsten der Idee des allgemeinen Brudertums. Es sei schmachvoll, die Menschen als Erwerbsmittel zu mißbrauchen. Die Arbeitsfrucht müsse denen gehören, die die Arbeit leisteten. Die Güterverteilung müsse derart sein, daß möglichst viele aus der Volksmasse Besitz und Eigentum bekämen.

*

Solidarismus auch im Wirtschaftsleben ist die Losung unserer Zeit. Der Anblick der eigensüchtigen Plutokraten, Wucherer, Ausbeuter ist uns in der Zeit der allgemeinen Blutopfer doppelt unerträglich geworden. Es gibt keine bessere Begründung, keinen stärkeren Rückhalt für diesen Solidarismus als Geist und Tat des Christentums und der Männer, die in seinem Zeichen Wirtschaftspolitik treiben.

Dr. E.

Reichspost 27/VIII. 1916.

Die Hochschule des wirtschaftlichen Solidarismus

schaft. Nur du, o Mensch, schließest den Mitmenschen aus, während du Platz genug zuweisest für das Wild. Dem Wild erbauest du Wohnstätten, die Häuser der Menschen reißest du nieder. Das Meer leitest du auf deine Güter, damit auch Seetiere dir nicht fehlen. Immer aber erweiterst du die Grenzen deines Besitzes, damit du ja keinen Menschen mehr als Nachbarn finden solltest. Basilius vergleicht die Aufsaugung des kleinen Besitzes durch den großen mit der Gefräßigkeit der Fische, wo der große den kleinen verschlinge. Auch der Habsüchtige raube nicht nur das Vermögen des Armen, er vernichte zugleich seine Freiheit und Existenz. Aber wie der Fisch schließlich die Beute des Menschen werde, so der Habsüchtige die Beute Gottes. Die Entartungen des „freien" römischen Wirtschaftslebens knüpften sich vor allem an den Bodenverkehr und das Bankwesen: hier war alles Wucher. Die Zinsforderungen waren nicht minder hoch als die Bedingungen des Kredits hart. Demgegenüber verfechten die Vertreter des Christentums das unentgeltliche Darlehen und erst nach Behebung der schlimmsten Mißstände im Kreditwesen wird geringer Zins bei Kreditgewährung zu produktiven Zwecken geduldet. Unaufhörlich sind die Anklagen der Väter, sind die Verordnungen der alten Kirche gegen das wucherische altrömische Bank- und Kreditwesen. Basilius, Ambrosius, Gregor von Nyssa, Chrysostomus sind einig in der Verurteilung des damaligen Geldgeschäftes, das ein Christ nicht ohne Sünde betreiben könne. Ambrosius urteilt über das Geldgeschäft seiner Zeit: Der Borger verlangt nach einem Heilmittel, ihr gebt ihm Gift; Brot verlangt er, den Dolch reicht ihr ihm. Er beschwört euch, ihm seine Freiheit zu lassen, ihr belegt ihn mit dem Joche der Sklaverei. Um Befreiung fleht er, ihr zieht den mächtigen Strick um den Hals nur um so rücksichtsloser zusammen. Herb ist des Ambrosius' Klage über die verhängnisvolle Fruchtbarkeit des Bankenkapitals: die Hasen übertrifft das Geld an Fruchtbarkeit, weder eine Pflanze noch ein Tier kann an Gebärkraft und Fruchtbarkeit mit dem Darlehen verglichen werden. Immer wächst das Geld; der Geldgewinn kennt keine Maße. Das Darlehen gleicht dem Meer; den Besitz aller reißt es in wilder Strömung an sich, ohne jemals ausgefüllt zu werden. Das Meer indes bietet vielen die Möglichkeit des Erwerbes, dagegen der wucherische Gelddarleiher wird jedem zum Ruin.

*

Je mehr der Geist des Christentums durchdrang, um so mehr gesundete auch das Wirtschaftsleben. Die Volkswirtschaft des Mittelalters steht bereits im Zeichen des Solidarismus. In der Lehensverfassung und im Zunftwesen ist das Wirtschaftsleben den großen Kulturgedanken untergeordnet; der Güterbesitz, -erwerb und -verkehr so geregelt, daß sich die Interessen des Einzelnen mit denen seiner Berufsgenossen und denen der Gesamtheit harmonisch verschmelzen.

Aber schon mit der Renaissance und Reformation setzt, zunächst für gewisse führende Schichten, wieder eine Periode des wirtschaftlichen Individualismus und Egoismus ein — parallel dem erstandenen Individualismus des Seelen- und Kulturlebens. Wie letzterer bei vielen weniger sittlich-religösen Motiven als der Neigung, lästige Fesseln von Zucht und Ordnung abzuschütteln, entsprang, so ist dieser wirtschaftliche Individualismus fast ausschließlich in egoistisch-stofflichen Beweggründen verankert und wird in diesem Sinn von den stärksten Gestalten der Zeit, den zum Absolutismus drängenden Fürsten, ausgewirkt. Mancher Glaubenswechsel gerade in diesen Kreisen erfolgte nicht der religiösen, sondern nur der wirtschaftlichen Freiheit zuliebe. Konstantin Hohenlohe erklärt diesbezüglich in einer feinen Studie über die wahren Gründe der Rezeption des römischen Rechtes in Deutschland z. B.: „Der Kurfürst von Sachsen und seine Freunde wußten Luther zu finden und für ihre Zwecke auszunützen und nicht umgekehrt. Der Individualismus, Humanismus und Territorialismus waren früher da, als die religiöse Abfallsbewegung; Luther lieferte den Fürsten, die sich unabhängig zu machen und kirchliches Gesellschaftsgut in absolutes Individualeigentum umzuwandeln suchten, das christliche Familienleben, das Eherecht aus." Es ist heute auch von der Fachwissenschaft festgestellt, daß z. B. Gustav Adolf von Schweden nicht als religiöser Heros im Interesse des lauteren Evangeliums, sondern als „königlicher Kaufmann" mit wirtschaftlichen Eroberungsplänen nach Deutschland ging.

Der neue wirtschaftliche Individualismus ist vorerst die Sache weniger. Im gegenseitigen Verhältnis der breiten Massen bleiben bis auf weiteres Solidaritätsgefühle, bleiben die Grundgedanken des Lehenssystems, der Zunftverfassung gelten. Es gibt ja im einzelnen Mißbräuche, es gibt, bei Entartungen der Politik und Kultur, auch solche im Wirtschaftsleben — selbst im Bereich der geistlichen Fürstentümer und kleineren Herrschaften. Aber die Ideen des Solidarismus hören nicht auf, herrschend zu sein. Manche Pamphlete über das Wirtschaftsleben im unmittelbaren Bereich der Kirche selbst, über die Wirtschaftspraxis früherer Bischöfe und Aebte, wurden durch die neuere Wissenschaft zuschanden gemacht. Schon vor Jahren konstatierte z. B. der englische Protestant Hyndman in einem großen Werk über die geschichtliche Basis des Sozialismus in England, die Zeit des Katholizismus sei wirtschaftlich das goldene Zeitalter für das englische Volk gewesen. Die Aebte und Prioren seien die besten Grundherren Englands gewesen; solange die Kirche ihre Güter und ihre Macht besessen habe, sei dauernde Verarmung der Bevölkerung ausgeschlossen gewesen. Wörtlich schreibt Hyndman über die Konfiskation des Kirchengutes und die Ausschaltung der kirchlich-christlichen Ideen aus der englischen Volkswirtschaft unter Heinrich VIII.: „Der Besitz wurde Menschen genommen, welche ihn zum großen Teile zum Nutzen des Volkes verwendeten, um in Hände zu kommen, welche ihn damals und stets seitdem gegen die

Reichspost 29./VIII. 1916.

10

Der neue Leiter des Ministeriums des Innern.

Prinz Hohenlohe krankheitshalber beurlaubt.

Die morgige „Wiener Zeitung" wird die nachstehenden Allerhöchsten Handschreiben verlautbaren:

Lieber Graf Stürgkh!

Ueber Ihren Antrag finde Ich Meinen Minister des Innern Konrad Prinzen zu Hohenlohe-Schillingsfürst den von ihm aus Gesundheitsrücksichten erbetenen Urlaub in der zu seiner vollständigen Wiederherstellung erforderlichen Dauer unter Enthebung von der Führung der Amtsgeschäfte zu gewähren.

Gleichzeitig betraue Ich für die Zeit dieser Beurlaubung den dermalen in Meinem Ministerium des Innern in Verwendung stehenden Statthalter in Oberösterreich, Geheimen Rat Erasmus Freiherrn v. Handel mit der Leitung dieses Ministeriums.

Wien, am 27. August 1916.

Franz Josef m. p.

Stürgkh m. p.

„Lieber Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst!

Ueber Antrag Meines Ministerpräsidenten gewähre Ich Ihnen den aus Gesundheitsrücksichten erbetenen Urlaub in der für Ihre vollständige Wiederherstellung erforderlichen Dauer unter Enthebung von der Führung der Amtsgeschäfte. Indem Ich gleichzeitig für die Zeit Ihrer Beurlaubung den dermalen in Meinem Ministerium des Innern in Verwendung stehenden Statthalter in Oberösterreich, Geheimen Rat Erasmus Freiherrn von Handel mit der Leitung dieses Ministeriums betraue, spreche Ich Ihnen Meine besten Wünsche für Ihre baldigste Wiederherstellung aus.

Wien, am 27. August 1916.

Franz Josef, m. p.

Stürgkh m. p.

Neues Wiener Tagblatt
30./VIII. 1916

* (Unterbrechung der Studienreise der deutschen Journalisten in Ungarn.) Aus Budapest, 29. d., wird telegraphiert: Die auf einer Studienreise befindlichen deutschen Journalisten, die auch das rumänische Grenzgebiet hätten aufsuchen sollen, haben infolge der inzwischen eingetretenen Wendung die Studienreise unterbrochen und die Heimreise angetreten.

Pester Lloyd Abendblatt
31./VIII. 1916

I

15

Die Besprechung des Ministerpräsidenten mit den oppositionellen Parteiführern.

Budapest, 31. August.

Wir haben in unserem Morgenblatte den vorläufig negativen Ausgang des Gedankenaustausches angedeutet, der gestern, aus einer Initiative des Ministerpräsidenten hervorgehend, zwischen diesem und den oppositionellen Parteiführern Graf Julius Andrássy, Graf Albert Apponyi und Graf Aladár Zichy stattgefunden hat. Die vierte Oppositionspartei, die Gruppe des Grafen Michael Károlyi, war diesen Besprechungen nicht zugezogen, da ihr Führer schon vorweg erklärt hatte, hinsichtlich der Taktik in den parlamentarischen Verhandlungen sich unter allen Umständen die freie Hand wahren, also auf ein selbständiges Vorgehen in keinem Falle verzichten zu wollen.

In den Organen der oppositionellen Presse finden sich heute einige Andeutungen über die Dinge, die in den gestrigen Besprechungen erörtert worden sind. Namentlich „Alkotmány", das Organ der Volkspartei, macht diesfalls ziemlich klare Andeutungen. Danach habe Graf Tißa den oppositionellen Führern die internationale und die militärische Lage geschildert und sie gebeten, in diesen kritischen Zeiten die Konzentrierung der nationalen Kräfte zu fördern und die parlamentarische Taktik ihrer Parteien diesem Gesichtspunkte unterzuordnen. Die oppositionellen Führer hätten demgegenüber geltend gemacht, daß sie auch unter dem Eindruck der größten Ereignisse auf der Einberufung der Delegationen bestehen müßten, da sie die unmittelbare und ständige Kontrolle der auswärtigen Politik für unerläßlich hielten. Auch in den innerpolitischen Fragen wäre ihrer Ansicht nach ein Richtungswechsel unumgänglich, da jede Kräftekonzentration vergeblich wäre, wenn diese Kräfte durch innere Uebelstände und Fehler aufgezehrt würden. Die Opposition würde ihrerseits nichts unterlassen, um die Nation dem rumänischen Angriff gegenüber zum härtesten Widerstand anzueifern und die höchstgesteigerte Kraftentfaltung des Landes zu fördern. Allein gerade zur Sicherung des Erfolges erachte sie es als notwendig, die dem Erfolge im Wege stehenden Fehler durch die Mittel der oppositionellen Kontrolle zu beseitigen, und deshalb würde sie die in der vorigen Woche begonnene Aktion weiterführen und die auf die innerpolitischen und auswärtigen Fragen bezüglichen Interpellationen einbringen.

Graf Albert Apponyi hat sich einem Berichterstatter gegenüber geäußert, die Parteien der Opposition werden über die Stellungnahme zu den vom Ministerpräsidenten aufgeworfenen Fragen zu entscheiden haben und die Unabhängigkeitspartei werde am Montag in einer Konferenz ihre Haltung gegenüber der Regierung und dem Arbeitsplane des Abgeordnetenhauses feststellen.

Aus den Kreisen der Verfassungspartei erhält „Budapest" die Information, daß die Besprechung mit dem Ministerpräsidenten zwar zur wechselseitigen Klärung der schwebenden Fragen beigetragen, aber ein abschließendes Resultat nicht ergeben habe. Der Standpunkt der Partei der Regierung und der allgemeinen Lage gegenüber bleibe so lange unverändert, bis „hinreichende und gewichtige Gründe" für seine Veränderung gegeben sein werden.

Was unter hinreichenden und gewichtigen Gründen zu verstehen sei, geht vielleicht aus der dem nämlichen Blatte aus den Kreisen der Volkspartei zugehenden Information hervor, dergemäß von der Bildung eines Konzentrationskabinetts in der Konferenz bei dem Ministerpräsidenten nicht die Rede war, gleichwie auch die Wiedererrichtung des Vertrauensmännersystems in irgendeiner neuen Form nicht erörtert wurde.

„Budapesti Hirlap" berichtet über den Gedankenaustausch bei dem Ministerpräsidenten folgendes:

„Nach unseren Informationen vertrat der Ministerpräsident den oppositionellen Führern gegenüber den Standpunkt, daß wenn sie Kritik an der Tätigkeit des Ministers des Aeußern üben wollen, er ihnen im Rahmen der Beratungen des Abgeordnetenhauses die Möglichkeit dazu in reichlichem Maße bieten werde; andererseits jedoch äußerte er seine schweren Bedenken hinsichtlich solcher parlamentarischen Vorgänge, wie sie in jener Nacht der zwanzig Interpellationen im Abgeordnetenhause sich zugetragen haben. Demgegenüber gaben die oppositionellen Führer dem Standpunkt Ausdruck, daß sie weiter auf ihrem bisherigen Wege gehen werden und begündeten diesen Standpunkt unter anderem auch mit der Auffassung, daß wenn vielleicht einer oder der andere sich auch nicht ganz überlegt äußern sollte, dies nichts schaden würde, da ja die Welt auf dergleichen ohnehin nichts gebe."

Wir können natürlich nicht wissen, inwieweit die letztere Information des „Budapesti Hirlap", dessen politischer Nachrichtendienst sonst in der Regel als gewissenhaft gilt, den Tatsachen entspricht.

Allein, falls es richtig sein sollte, daß die Wortführer der Opposition über die Einschätzung der Vorgänge in unserem Parlament durch die feindliche Presse sich in solchem Sinne geäußert hätten, so wären wir in der Lage, ihnen triftige Beweise dafür zu liefern, daß sie diesfalls in einem schweren Irrtum befangen sind. Aus diesen Beweisen geht hervor, daß man im Auslande nicht bloß sporadische Entgleisungen einzelner Heißsporne unseres Parlaments gierig aufgreift und zu unserem Nachteile ausnützt, sondern daß auch wohlerwogene Aeußerungen der führenden Männer unserer Opposition in der feindlichen Presse in böswilligster Weise mißdeutet werden und selbst den Worten eines Apponyi und eines Andrássy durch niederträchtige Entstellungskünste eine Auslegung gegeben wird, die daraus gegen die Sache Ungarns und der Monarchie Kapital schlägt.

Pester Lloyd Abendblatt 31./VIII. 1916

II

16

Die Besprechung des Ministerpräsidenten mit den oppositionellen Parteiführern.

Uns liegen die Bukarester Blätter vor, die unmittelbar vor der rumänischen Kriegserklärung sich mit der Kommentierung der jüngsten Ereignisse im ungarischen Parlament befaßt haben. Sie alle fallen über die Reden unserer oppositionellen Führer her und üben daran ihr verwegenes Handwerk der Verdrehung, bis es ihnen gelingt, in diese Aeußerungen einen Sinn hineinzudeuten, der sich als Waffe gegen unsere Interessen verwenden läßt.

Ein Beispiel für viele.

Am 26. August schrieb die „Epoca", das Organ Filipescus, der militärische Zusammenbruch der Monarchie offenbare seine Früchte im ungarischen Parlament. Die Grafen Apponyi, Andrássy und Károlyi hätten alles aufgeboten zur Wahrung der Gebietsintegrität Ungarns. Dazu hätten sich zwei Modalitäten dargeboten. Fürs erste eine Vereinbarung mit Oesterreich und hauptsächlich mit Berlin über eine wirksamere Verteidigung des ungarischen Gebiets. Die Ergebnisse dieser Vereinbarung wären gewesen ein Wechsel in der Wiener Diplomatie und der Uebergang der Leitung der Monarchie in die Hände der exponierten Magyaren. Die zweite, schwierigere Lösung wäre gewesen, im Schoße des Ungartums eine Bewegung für den Sonderfrieden zu organisieren. Die erste Modalität sei hinfällig geworden. Die Opposition identifiziere sich nicht mit Tißa; sie habe erklärt, fortab öffentlich Kritik zu üben. Den ungarischen Führern bleibt nichts anderes übrig, als den Abfall von Oesterreich zu betreiben.

Das Bukarester Hetzblatt schreibt dann weiter:

„Wir freuen uns des Budapester Tobens, denn es ist ein Vorzeichen des militärischen Zusammenbruches.

Graf Andrássy kündigt an, die Monarchie stehe am Rande des Zusammenbruchs, und dies ist umso erfreulicher, als die militärische Aktion Rumäniens an der Schwelle steht.

Nach allen Anzeichen ist das Schiff der Harbsburgmonarchie dem Versinken nahe."

Am folgenden Tage, dem Tage vor der Kriegserklärung, stößt die „Epoca" wieder in dasselbe Horn. Sein Artikel ist betitelt: „Die Alarmzeichen aus Budapest."

Wir geben daraus folgende Stichproben:

„Die Erscheinung im ungarischen Parlament sind das Vorspiel des definitiven Zusammenbruches."

„Das ungarische Parlament fühlt deutlich, daß es am Rande eines Abgrundes steht."

„Die letzte Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses bietet ein klares Bild von dem inneren Zustande der Monarchie. In keinem kriegführenden Staate hat das Parlament noch von so heftiger Unzufriedenheit widerhallt und in keinem hat die Gesetzgebung einen solchen Beweis der Auflösung aller staatlichen Ordnung geliefert. Was in Budapest vor sich geht, ist der Anfang vom Ende."

„Das Toben in Ungarn schafft für uns eine glückliche militärische und politische Konjunktur und bietet uns die absolute Sicherheit, daß unser Eingreifen dem Völkergemisch des Habsburgreiches den Gnadenstoß versetzen wird."

Aus diesen Beispielen geht klar genug hervor, daß nicht bloß unbedachte Aeußerungen einzelner Heißsporne, sondern sogar die wohlerwogenen, von staatsmännischer Einsicht und patriotischer Gewissenhaftigkeit geleiteten Ausführungen der ihrer moralischen Verantwortlichkeit stets bewußten führenden Männer der Opposition von der feindlichen Auslandspresse in der gemeinsten und verlogensten Weise mißdeutet und mißbraucht werden. Mit der Bemerkung, daß die Welt auf einzelne unbedachte Aeußerungen nichts gibt, kommt man über diese Tatsachen nicht hinweg.

Folgt nun auch aus all dem durchaus nicht, daß, weil feindlicher Böswille jedes in unserem Parlament geäußerte Wort verdrehen wird, das ungarische Parlament in dieser ernsten Zeit seinen Beruf nicht erfüllen soll, so ergeht aus den angeführten Beispielen jedenfalls ein Mahnruf an jedes einzelne Mitglied und namentlich an die führenden Männer unserer Volksvertretung, die parlamentarische Kontrolle mit der Mäßigung und der patriotischen Einsicht zu üben, die allein zu verbürgen vermag, daß die Offenbarungen der nationalen Einmütigkeit in dem uns aufgenötigten Lebenskampfe durch keinerlei Verdrehungskünste der feindlichen Presse in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Nur wenn diese Gesichtspunkte für Maß und Inhalt der parlamentarischen Erörterungen allein maßgebend sind, können diese dem Vaterlande zum Vorteil gereichen.

Wie „Politikai Hirado" parteioffiziös meldet, wird Graf Julius Andrássy im Laufe des heutigen Tages den Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa besuchen, um die in der gestrigen Konferenz erörterten Fragen einer nochmaligen Besprechung zu unterziehen.

Reichspost
1./VIII. 1916

*** Gegen italienische Aufschriften in Meran.** Das „Meraner Amtsblatt" veröffentlicht folgenden Mahnruf: Sogar im rein deutschen Burggrafenamte trifft man ab und zu, wenn auch selten, italienische Aufschriften, Wegtafeln usw. Die Gemeindevorstehungen — insbesondere etschwärts — werden aufgefordert, diesem Umstand mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es besteht wahrhaftig kein Anlaß, zu dulden, daß dem Burggrafenamte der Anschein der Gemischtsprachigkeit aufgedrängt werde. Unternehmer und Grundbesitzer sind daher zu veranlassen, solche Tafeln durch deutsche Aufschriften zu ersetzen.

Pester Lloyd Abendbl
1/IX. 1916

1
2
19

Eine Frage an die Opposition.

Budapest, 1. September.

Die führenden Männer der rumänischen Nationalitätenpartei Theodor Mihali und Alexander Vajda haben in den von uns bereits mitgeteilten Kundgebungen bekanntlich die Solidarität der ungarländischen Rumänen mit dem kämpfenden ungarischen Staate feierlich proklamiert und den innerpolitischen Burgfrieden auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausgedehnt. Heute liegt uns ein Artikel der in Lugos erscheinenden „Drapelul" vor, eines Blattes, das völlig im Geiste der rumänischen Nationalitätenpartei gehalten ist. Der Artikel erschien an dem der rumänischen Kriegserklärung folgenden Tage. Seine Ausführungen beschäftigen sich mit der Frage des parlamentarischen Burgfriedens in Ungarn und mit dessen politischer Bedeutung. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Parlamentspause die oppositionellen Parteiführer zur Aufrechterhaltung des parlamentarischen Burgfriedens wieder bekehrt habe. Der Artikel schließt also:

„Nachdem dieser Artikel bereits gesetzt war, erhielten wir die Mitteilung, daß zwischen Rumänien und der Monarchie der Kriegszustand eingetreten ist. Es steht außer Zweifel, daß diese wichtige Veränderung in den internationalen Verhältnissen die letzten Hindernisse der Aufrechterhaltung des Burgfriedens aus dem Weg räumen wird. Jede innere Dissonanz wird verschwinden vor der äußeren Gefahr. Wenn jemand darauf rechnete, daß die äußere Komplikation das Land in einem desolaten parlamentarischen Zustand finden werde, so hat er sich verrechnet. Wie ein Mann werden sämtliche parlamentarischen Parteien zusammenstehen gegen die neue Gefahr. Niemand wird fürderhin fragen, wer zur Regierung und wer zur Opposition gehöre, sondern jeder wird seine Pflicht erfüllen, sowie es der Ernst der Zeit erfordert."

So heißt es in den Ausführungen eines Blattes der rumänischen Nationalitätenpartei.

Kann es zweifelhaft sein, daß die ungarischen Oppositionsparteien diese Voraussage zur Wirklichkeit erheben werden?

Pester Lloyd
1. IX. 1916

Die Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den oppositionellen Führern.

„Magyar Hirlap", das Organ des Grafen Julius Andrássy, macht zu den mannigfachen Zeitungsmeldungen über die Forderungen, die angeblich von den Oppositionsführern an den Ministerpräsidenten gestellt worden seien, die folgenden Bemerkungen:

„Auf Grund kompetenter Informationen stellen wir mit voller Entschiedenheit fest, daß im Laufe der gestrigen Besprechungen von Bedingungen oder irgendwelchen Forderungen der Opposition überhaupt nicht die Rede war. Die Führer der Opposition haben den Ministerpräsidenten nicht aus freien Stücken aufgesucht, sondern er hatte sie zu sich bitten lassen, und zwar ausschließlich in der Absicht, sie um die Mäßigung der oppositionellen Angriffe zu ersuchen und die Einzelheiten der am 5. September wieder aufzunehmenden Tagung des Abgeordnetenhauses wieder zu erörtern.

Von seiten des Herrn Ministerpräsidenten hatte die Zusammenkunft offenbar keinerlei anderen Zweck. Die oppositionellen Führer aber konnten umso weniger irgendeine andere Frage aufwerfen, als ja sie die Wünsche, Vorschläge oder Anerbietungen des Herrn Ministerpräsidenten abzuwarten hatten. Der Herr Ministerpräsident aber sprach von nichts anderem als von dem oben bereits Erwähnten, und das gleiche war auch von seiten der oppositionellen Führer der Fall. Es kann daher absolut nicht die Rede davon sein, daß beispielsweise etwa der Gedanke eines Koalitions- oder Konzentrationskabinetts oder das Fordern von Häuptern oder sonst dergleichen, sei es von der Opposition aufgeworfen, sei es überhaupt, zur Sprache gekommen wäre. Es handelte sich lediglich um die Wünsche des Ministerpräsidenten und darum, daß, wenn die Opposition diese Wünsche honorieren, das heißt sich in ihrer Kritik mäßigen wollte, der Herr Ministerpräsident die Möglichkeit zur Diskussion suchen und bieten würde. Im sonstigen Falle wäre er, wie er es fühlen ließ, entschlossen, das Haus vertagen zu lassen.

Es ist nur selbstverständlich, daß auf solche Art und nach alledem keinerlei Vereinbarung zustande kommen konnte und auch keine zustande kam."

So weit die Mitteilung des „Magyar Hirlap".

Wir möchten dazu nur eine ganz kurze Bemerkung machen.

Sie lautet:

Daß unter so schwierigen Verhältnissen und in so ernster Zeit die Opposition das Ansinnen als undiskutierbar zurückweist, in der Kritik der Regierungshandlungen sich die durch die Lage gebotene Mäßigung aufzuerlegen, wird man im Lande nicht halb so selbstverständlich finden, wie „Magyar Hirlap" es zu meinen scheint.

Neues Pester Journal
2/IX. 1916

21

* **Verwaltungslehrkurs in Belgrad.** Der Minister des Innern hat die Hauptstadt mittels Zuschrift verständigt, daß unter Oberaufsicht des Civilgouverneurs, Sektionschefs Ludwig v. Thallóczy, in Belgrad ein Verwaltungslehrkurs errichtet wird, der sich auf die Verwaltungszweige, und zwar: Administration, Finanz- und Rechtswesen erstreckt. Die Lehrkurse währen 4, respektive 6 Monate. Zu den Lehrkursen werden nur solche Beamte zugelassen, die serbischen Sprache mächtig sind.

Neues Pester Journal 22
2./IX. 1916

Interpellationshagel wegen Siebenbürgens.

— Eine oppositionelle Aktion. —

Die Opposition scheint entschlossen zu sein, die Taktik, welche sie bereits in der Nachtsitzung vom 23. August eingeschlagen hat, fortzusetzen und will in der nächsten Interpellationssitzung eine Reihe von Interpellationen unterbreiten, die sich ausschließlich mit der siebenbürgischen Frage beschäftigen werden. Da außer diesen neuen schon sechzehn frühere Interpellationen vorgemerkt sind, würde eine riesige Reihe von heiklen, peinlichen Fragen zur Erörterung gelangen, deren öffentliche Besprechung unter den gegenwärtigen Verhältnissen man in regierungsfreundlichen Kreisen kaum als zulässig erachtet. Die Opposition hat allem Anscheine nach selbst die Empfindung, daß sie kaum noch in die Lage kommen wird, in der Montagsitzung den geplanten Ansturm und die Masseninterpellationen durchführen zu können, denn einige der Interpellanten griffen zu der bisher ganz ungewohnten Form, in das Interpellationsbuch den ganzen Text der an die Regierung zu stellenden Fragen einzutragen.

Die neuesten Interpellationen sind folgende:

Nikolaus Zboray: Warum waren die siebenbürgischen Pässe nicht entsprechend militärisch besetzt? Welche Militärorgane treffe hiefür die Verantwortung? Warum wurde die Bevölkerung Siebenbürgens nicht rechtzeitig von der drohenden Gefahr unterrichtet und warum mußte auf diese Weise die siebenbürgische Bevölkerung den Gräueln des Krieges ausgesetzt werden?

Karl Hußár (Volkspartei): In welcher Weise übernimmt die Regierung die Verantwortlichkeit dafür, daß durch die Unterlassung verschiedener Organe die Bevölkerung von vierzehn siebenbürgischen Komitaten ihre Heimath verlassen mußte. An vielen Stellen blieb die Ernte, das Vieh, das gesammte Hab und Gut in den Händen des Feindes. Welche sind die nunmehrigen Maßnahmen zur Vertheidigung Siebenbürgens?

Johann Bartos: Warum wurde die Censur verhalten, Berichte über die Lage der siebenbürgischen Flüchtlinge zu unterdrücken?

Aehnliche Interpellationen merkten bisher vor: Julius Györffy, Andreas Ráth, Ernst Létay und Johann Novák.

*

In der morgigen Sitzung des Magnatenhauses wird die siebenbürgische Lage ebenfalls zur Sprache kommen. Präsident Baron Jósika wird in der Eröffnungsrede den Einbruch der Rumänen erwähnen, worauf dann Graf Johann Hadik und Graf Aladár Széchenyi Interpellationen an den Ministerpräsidenten Grafen Tißa richten werden. Dieselben dürfte der Ministerpräsident sofort beantworten.

*

Heute Nachmittags fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Tißa ein Ministerrath statt, der sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch mit der parlamentarischen Situation beschäftigte. Man hält es in Regierungskreisen für wahrscheinlich, daß das Parlament schon am Dienstag vertagt wird.

Neues Pester Journal 24
3./IX. 1916

Parlamentarische Vorgänge.

Die siebenbürgische Frage. — Kompromißwünsche

Der Einbruch der Rumänen in das Gebiet des ungarischen Staates irritirt alle politischen Kreise in hohem Maße. Die Rede, welche Graf Aladár Széchenyi heute im Magnatenhause hielt, zeigt, daß sich der herrschenden Erregung selbst die gemäßigten Kreise nicht entziehen können. Die siebenbürgischen Abgeordneten — ohne Unterschied der Partei — fühlen mit ihren engeren Heimathsgenossen, die meisten von ihnen sind durch den rumänischen Ueberfall selbst schwer betroffen; es ist daher nur begreiflich, wenn im Hause der Volksvertretung all die Miseren, welche jetzt den Sammelbegriff: der siebenbürgische Jammer, involviren, zur Sprache gebracht werden sollen. Nichts steht der Regierung ferner, als sich einer Diskussion hierüber zu entziehen. Das Abgeordnetenhaus, welches seine Ansichten in weniger etikettemäßiger Form zum Ausdruck zu bringen pflegt als das Magnatenhaus, wird auch aller Wahrscheinlichkeit nach energischere Töne anschlagen, als dies heute der Redner der Pairs gethan hat. Die von uns bereits heute signalisirte Reihe von Interpellationen, mit denen man die siebenbürgische Frage aufrollen will, enthält auch annähernd jene Beschwerden und Klagen, welche man vorbringen will. Man macht kein Geheimniß daraus, daß hauptsächlich der Umstand großen Unwillen hervorruft, daß man die Bevölkerung des Grenzgebietes vom Feinde überrumpeln ließ. Eine feindliche Invasion läßt sich ja oft nicht vermeiden, hat doch auch Ostpreußen unter den Verheerungen der Russen schwer gelitten. Aber man hatte die Bevölkerung wenigstens rechtzeitig zur Entfernung aus ihren Wohnstätten aufgefordert, während in Siebenbürgen der meuchlerische Ueberfall wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam. Diese Unterlassung und die daraus entstandenen Kalamitäten will die Opposition unter allen Umständen zur Sprache bringen, und zwar umsomehr, weil sie sich darauf berufen kann, noch rechtzeitig an maßgebender Stelle Anfragen gestellt zu haben, wie sich die Bewohner Siebenbürgens verhalten sollen, und darauf die Versicheung erhielt, daß zum Schutze derselben Alles geschehen sei. Diese Mittheilungen dienten zur Beruhigung und wurden auch in diesem Sinne weiterverbreitet. Die bekannten Ereignisse seither zeigten, daß man nicht nur falsch informirt wurde, sondern auch falsch orientirt war. Dafür sollen nun die betreffenden Stellen Rede und Antwort stehen. In regierungsfreundlichen Kreisen behauptet man, daß die Regierung die Erörterung all dieser Fragen in parlamentarisch zulässigen Grenzen durchaus nicht verhindern will. Nur darf das Abgeordnetenhaus jetzt nicht zum Schauplatz tumultuöser Szenen gemacht werden. So lange sich also die Opposition innerhalb der Schranken der verfassungsmäßigen Kritik bewegen wird, beabsichtigt die Regierung absolut nicht, die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses zu hemmen, und wenn die Debatte sich zum Skandal entwickeln würde, müßte man von dem Vertagungsrecht der Krone Gebrauch machen.

Das sind ungefähr die Gesichtspunkte, unter welchen man den Verlauf der am Dienstag wieder aufzunehmenden Parlamentsberathungen ins Auge faßt. Eben deshalb besteht auf allen Seiten das Bestreben, eine Basis zu schaffen, auf welcher man einerseits die Fortdauer der Abgeordnetenhaussitzungen ermöglichen, andererseits die Diskussion über die brennend aktuell gewordenen Fragen zulassen könnte. Das Hauptmotiv dabei ist, die Einheit der ungarischen Nation muß auch fernerhin gewahrt bleiben, das Prestige des ungarischen Parlaments darf nicht herabgewürdigt werden. Der Krieg mit Rumänien hat eine neue Situation geschaffen. In derselben spielt wohl die vorher eingeleitete Aktion der Opposition gegen das Kabinet Tißa schon eine untergeordnete Rolle, aber sie ist nicht ganz vom Plane verschwunden. Eben deshalb findet man es begreiflich, wenn sich alle maßgebenden Persönlichkeiten des Abgeordnetenhauses mit dem Gedanken beschäftigen, wie man die ruhige Arbeit des Parlaments auch für weiter sichern solle. Seit einiger Zeit lancirt man nicht ganz ohne Tendenz die Idee eines Konzentrationskabinets, in welchem alle Parteien vertreten sein, daher auch alle die Verantwortung theilen sollen. Die Verwirklichung dieses Projekts stößt aber auf beiden Seiten auf Schwierigkeiten, wenn es auch unverkennbar ist, daß man auf beiden Seiten Anhänger der Idee findet. Man versichert aber, daß noch zu große persönliche und sachliche Gegensätze bestehen, welche die Bildung eines solchen Kabinets verhindern, daher muß nach anderen Möglichkeiten gesucht werden, damit die Funktion des Parlaments nicht gestört werde. Das Aufrollen ähnlicher Fragen, wie sie in der letzten Interpellationssitzung erfolgten, kann unmöglich der Situation nützen; das soll also thunlichst vermieden werden. Aber eine Erörterung gewisser, vielen Parlamentariern am Herzen liegenden Fragen soll nicht ganz ausgeschaltet sein. Dazu wäre nach Ansichten in der Regierungspartei die Form geeignet, daß die Führer der Parteien gewisse Erklärungen abgeben, auf die sie auch die erwünschten Aufklärungen erhalten würden; doch daß man alle Schleusen der Redefreiheit über diese Fragen eröffne, sei kaum denkbar. Man denkt auch an eine geschlossene Sitzung, die jetzt zugelassen würde und in der man Alles sagen könnte, was sich der Oeffentlichkeit noch entzieht. Auf dieser Basis soll eine Verständigung zwischen Majorität und Minorität noch immer nicht unmöglich sein, wenn auch seit dem letzten Mittwoch, wo die Begegnung zwischen dem Grafen Tißa und den Führern der Opposition stattfand, eine Berührung nicht mehr erfolgte. Graf Tißa hat aber damals — wie wir erfahren — den Herren mitgetheilt, daß er ihnen zu jeder Zeit zur Verfügung stehe. Montag oder spätestens Dienstag bis zur Eröffnung der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses kann also noch vieles geebnet werden, und angesichts der im Lande herrschenden Stimmung, wo sich Alles nach Einigkeit und Kräftesammlung sehnt, darf wohl die Annahme ausgesprochen werden, daß schließlich die bessere Einsicht zur Geltung gelangen werde. Man muß eine Verständigung finden! Die am Montag stattfindenden Konferenzen aller Parteien werden hoffentlich den Weg dazu weisen.

Der Abend
5./IX. 1916

5/32

Parlament oder nicht.

Anknüpfend an einige Betrachtungen über die Vorgänge im ungarischen Abgeordnetenhause schreibt „Danzers Armee-Zeitung" mit einem sehr deutlichen Hinblick auf die Quertreibereien der christlichsozialen Partei:

Wir können uns daher auch keineswegs jenen österreichischen Stimmen zugesellen, die unter Hinweis auf die Vorgänge im ungarischen Parlament beglückt auf die geschlossenen Tore des griechischen Tempels am Wiener Franzensring zeigen. Man wird bei uns nicht doktrinäre Vorliebe für parlamentarische Einrichtungen voraussetzen: wir sind aber der Ansicht, daß wir in Österreich über die Frage „Parlament oder nicht?" weder auf Grund allgemein theoretischer und politischer Erwägungen, noch auf Grund unserer Vorliebe oder Abneigung urteilen dürfen, sondern die gegebene Tatsache anerkennen müssen, daß das mit Österreich unlösbar verbundene Ungarn starke parlamentarische Einrichtungen besitzt und daß Österreich schon aus diesem Grunde allein ebenfalls unbedingt solcher Einrichtungen bedarf.

Wir sind die allerersten, die zugeben, daß ein Parlament an sich überall und in Österreich ganz besonders eine naturgemäß mit großen Mängeln belastete Erfindung der Neuzeit ist — wir sind die allerersten, die die traurigen Erfahrungen beklagen, die wir bisher mit unseren Volksvertretungen gemacht haben und niemand kann besser als wir die Schwierigkeiten würdigen, die unser Reichsrat jeder österreichischen Regierung bereitet: aber ein Parlament ist für Österreich nicht bloß eine Modesache, auf die wir auch verzichten können — ein Parlament ist für das mit Ungarn verbundene Österreich eine unerläßliche Notwendigkeit.

Es ist unumgänglich notwendig, daß der österreichische Minister, der mit einem ungarischen Amtskollegen verhandelt, genau so wie jener eine arbeitsfähige Parlamentsmehrheit hinter sich habe. Denn in solchen entscheidenden Augenblicken wird für den österreichischen Minister der Reichsrat, den er ansonsten als Last empfindet (und mit Recht), zur unentbehrlichen Stütze. Und darum darf unsere Regierungsweisheit nimmer ruhen, bis wieder ein arbeitsfähiges Parlament, in dem alle Völker des Reiches zu Worte kommen, auf den Plan getreten ist. Und diese Aufgabe gleicht — wenn man nur will — nicht der Quadratur des Kreises!

Reichspost 3./IX. 1916

Ueberflüssige Geschwätzigkeiten.

Man kann einige Bemerkungen zu diesem Berichte nicht unterdrücken. Die Rede des Grafen Aladar Szechenyi klingt mehr nach der Strategie des Kaffee- als nach der Weisheit des Magnatenhauses. In solchen Lagen, wie sie jetzt durch den konzentrischen Angriff aller Feinde sich ergeben, ist Vielrederei und Kritikasterei Gift und nur eins erlaubt und Erlösung: die Tat. Man kann dem Herrn Grafen Aladar Szechenyi versichern, auch wenn Tirol ein erlauchtes Magnatenhaus besäße, so würde in diesem Tiroler Magnatenhaus nach dem Verrat Italiens und dessen tückischem Ueberfall nicht eine solche Rede gehalten worden sein, wie sie Graf Aladar Szechenyi gehalten hat. Dort nahm jeder, ohne viel zu reden, seinen Stutzen und warf sich dem Feinde entgegen. Den Erfolg sieht man seit jenen Maitagen des Jahres 1915.

Daß jetzt Ungarn von Stand und Bildung sich in Redereien ergehen, die offenkundig dem Feinde, einer gefährlichen Uebermacht von Feinden dienen müssen, ist kein erfreuliches Schauspiel. Es wäre nicht zu wundern, wenn der ungarische Ministerpräsident in seiner Erwiderung hätte Mitteilungen machen müssen, die dem Feinde nützen, ihm wichtige Aufklärungen geben und in demselben Maße uns in der jetzigen, gewiß nicht leichtfertig hinzunehmenden Lage schaden. Wenn einmal solche Dinge öffentlich zur Sprache gebracht werden können, dann kommt selbst derjenige, der sich der Pflicht der Diskretion und der Obhut wichtiger militärischer Interessen streng bewußt ist, in Gefahr, mit irgend einer Silbe mehr zu sagen als uns gut ist. Es ist unfaßlich, wie jetzt einzelne oppositionelle Politiker Ungarns aus Hang zur Kannegießerei mit der Gefahr spielen.

*

Ein polnisches Urteil.

Ueber die letzten Vorgänge im ungarischen Parlament, die auf einen Teil der diesseitigen Presse seltsamerweise als Aneiferung zum Nachmachen gewirkt haben, obwohl sie doch nur die Unfähigkeit gewisser Parteigruppen des ungarischen Parlaments offenbarten, selbst angesichts schwerster Bedrohung von außen den Burgfrieden und damit das Landes- und Reichsinteresse über Parteiwünsche zu stellen, schrieben die „Polnischen Stimmen" (Nr. 34):

Es ist immer etwas mißlich, sich durch ein allzu starkes Frühstück das Mittagessen zu verderben. Es gab bei uns aufrichtig österreichisch gesinnte Kreise, die nicht ohne Neidanwandlung nach Ungarn blickten, dessen Volksvertretung auch während des Krieges sich Gehör und Respeckt verschaffen konnte. Man übersah die grundverschiedene Herkunft und Struktur des konstitutionellen Lebens in beiden Reichshälften, denn sonst hätte man von vornherein auf Parallelen verzichtet, die an sich lockend sein mochten, bei praktischer Nutzanwendung aber versagten. Aber der Verlauf der ungarischen Parlamentstagung hat gezeigt, daß selbst die weitaus günstigeren Vorbedingungen nicht die Bürgschaft des vollen Erfolges besaßen, und daß es um so riskanter gewesen wäre, bei viel unsicheren Chancen den Wurf zu wagen. Es ist doch nicht klug und rätlich, nur deshalb ein Licht anzuzünden, damit man besser sehe, wie — finster es ist! Die Wahrnehmungen, die uns jetzt Ungarn bietet, sind wahrlich nicht geeignet, bei uns Neid und Eifersucht zu erwecken oder als Ansporn zu dienen, auch in dieser Richtung eine dualistische Gleichbehandlung zu erstreben. Sollte es aber nach alldem und trotz alldem noch Zweifler und Unbekehrte geben, dann möchte man sie an ein Wort erinnern, das Bismarck nach Ablauf des Septennats im deutschen Reichstage sprach: „Das sind Worte, damit kann man nichts machen. Worte sind keine Soldaten und Reden keine Bataillone; und wenn wir den Feind im Lande haben und ihm diese Rede vorlesen, dann lacht er uns aus." — Es ist wohl nicht schwer, die zutreffende Applikation aus diesem Ausspruch Bismarcks zu finden und sich dann darüber zu trösten, daß wir Oesterreicher uns zu einer Zeit zurückhaltendes Schweigen auferlegen, in der die Geschütze klar und gemeinverständlich reden und die Geschichte — Geschichten überflüssig macht. Hätte man überall dieses zeitgemäße Sichbescheiden geübt, dann würde man sich manche Unannehmlichkeit, manche rhetorische Entgleisung, manche vorzeitige Aufdeckung verborgener Absichten ersparen.

Das stimmt im wesentlichen mit dem Urteil überein, das in der „Reichspost" über die jüngsten militärisch-politischen Unternehmungen der ungarischen Oppositionsparteien gefällt wurde. Nur zu rasch sind unsere Bemerkungen durch den Gang der Ereignisse bekräftigt worden.

Reichspost 3./IX. 1916

Die nationalen Aufgaben des Kapitals.

Die Zeit vor dem Kriege war gekennzeichnet durch ein weitestgehendes System der Freizügigkeit, die nicht nur für Menschen, sondern auch für Güter der verschiedensten Art, unter anderen auch für das Kapital als solches Geltung hatte. Nirgends vielleicht kam der weltwirtschaftliche, von politischen und nationalen Rücksichten mehr gebundene Charakter des 20. Jahrhunderts so deutlich zum Ausdruck wie in unserem Geld- und Bankwesen, das die flüssigen Mittel dort unterzubringen pflegte, wo sich unter einigermaßen gesicherten Bedingungen die größten Gewinnmöglichkeiten boten. Das Kapital hatte jede heimische Eigenart abgestreift, es war international geworden. Diese Verwaschenheit, dieser farblose Internationalismus hat jetzt durch den Kriegszustand mannigfache Beschränkungen und Hemmungen erfahren. Die Zahlungsverbote, die in den Ländern des Vierverbandes erlassen wurden, haben den Inhabern feindlicher oder in Feindesland aufbewahrter Effekten nicht bloß den Zinsengenuß entzogen, sondern jenen zu gleicher Zeit auch das Verfügungsrecht über ihr in Auslandswerten angelegtes Vermögen genommen. In London und Paris hat man dafür Sorge getragen, daß die Schäden des bisherigen Systems einmal ins rechte Licht gesetzt werden und alle Proteste und alles Wehgeschrei in der Finanzpresse hilft jetzt nicht über die Tatsache hinweg, daß wir vor Beginn des Krieges eine ganz verkehrte Politik getrieben haben, daß sich unsere Großbanken mit wenigen Ausnahmen um die nationalen Aufgaben und Pflichten des aus der Arbeit und der Sparsamkeit des Volkes, den Bedürfnissen des Volkes von Natur aus zugewendeten Geldbesitzes keinen Deut gekümmert haben. Selten hat sich früher eine Stimme geregt, die es wagte, auf die Kapitalszersplitterung aufmerksam zu machen. Diplomatie und Finanzwelt gingen ihre getrennten Wege; von einem Zusammenarbeiten auf dem Gebiete der äußeren Politik, so wie man es an der Themse und noch mehr am Quai d'Orsay gewohnt ist, war kaum etwas zu verspüren, weder bei uns, noch in Deutschland, und wenn wirklich einmal der Versuch gemacht wurde — in Berlin ist dies bekanntlich ein paarmal geschehen —, um die Pionierarbeit des heimischen Kapitals den Zwecken der äußeren Politik und damit dem Wohle des ganzen Staates dienstbar zu machen, so trugen schon die mangelnde Fühlung zwischen Diplomatie und Bankwelt, sowie eine gewisse Abneigung gegen ein derartiges planmäßiges Zusammenarbeiten dazu bei, daß aus solchen Unternehmungen im allgemeinen nicht viel werden konnte. Daher die eigentümliche Erscheinung, daß Oesterreich-Ungarn und in unendlich stärkerem Maße Deutschland heute kaum in der Lage sind, ihren Besitz an fremdländischen Werten zur Verbesserung der notleidenden Valuta auszunützen. Was will das heißen, wenn uns der Besitz an holländischen, dänischen und schwedischen Papieren jetzt im Kriege einigen Nutzen gebracht hat; in dem Augenblick, wo die Lebensmittelfrage in ein kritisches Stadium getreten war, kümmerte man sich in Bukarest nicht mehr viel um den deutschen Geldgeber, dem man ebensolange hofiert hatte, als man ihn brauchte. Skrupellos hat man ihn zur Zahlung in Gold gezwungen. Heute, wo nicht bloß die physische und geistige Kraft des Volkes auf das höchste angespannt ist, wo unsere wirtschaftlichen Machtmittel den Zielen und Zwecken der Kriegführung in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise dienstbar gemacht werden, liegen Hunderte von Millionen des in feindlichen oder überseeischen Werten angelegten Kapitals vollkommen brach da. Ja, nicht bloß das, das vielbewunderte System eines Rathenau, eines Mannes, der in seinen letzten Lebensjahren unablässig neue Filialunternehmungen im Auslande gründete, hat jetzt im Kriege dazu geführt, daß in den großen mit der A.-E.-G. in finanziellen Zusammenhang stehenden deutschen Kapital erbauten, mit deutschen Maschinen aufgerichteten Fabriksbetrieben elektrische Apparate für die russische und französische Armee hergestellt werden, daß dort Granaten gedreht werden, die deutsche und österreich-ungarische Soldaten in Stücke zerreißen. Wir selbst, oder genauer gesagt, die Führer unserer Finanz- und Industriewelt, haben dazu beigetragen, um unsere Feinde, vor allem Rußland, Italien und ganz besonders Rumänien wirtschaftlich zu kräftigen und sie in den Sattel zu heben. Jetzt freilich scheint in unseren Bankkreisen zum Bewußtsein zu kommen, daß es auf dem bisherigen Wege nicht mehr weiter gehen kann, daß das nationale Kapital nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkte einer schrankenlosen Gewinnsucht verwaltet werden darf, daß die Ersparnisse des Volkes als der Niederschlag der gesammelten und gesteigerten heimischen Arbeitskraft in erster Linie dazu da sind, das wirtschaftliche Gedeihen des eigenen Landes zu stärken und zu fördern.

Nach dem Kriege werden uns Aufgaben erwarten, so bedeutungsvoll und so groß, daß sie nur bei einer planmäßigen, von einheitlichem Gesichtspunkte aus geleiteten Verwaltung des heimischen Kapitals werden vollkommen gelöst werden können. Der Staat, dem aus dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ungeheure Ausgaben erwachsen, wird noch lange Zeit nach Friedensschluß ein ständiger Gast am Geldmarkte sein und die schrittweise Konversion, beziehungsweise Fundierung der schwebenden Kriegsschuld wird andauernd gewaltige Kapitalien binden. Die großen Kommunen werden mit dem Staate in Wettbewerb treten und ihrerseits dazu beitragen, daß sich die augenblickliche Geldflüssigkeit alsbald nach Kriegsende in Geldknappheit verwandelt.

Daneben wird noch die Industrie von neuem wieder auf dem Plane erscheinen und es bleibt dann recht fraglich, ob für die übrigen Zweige unseres Wirtschaftsleben, ob vor allem für Landwirtschaft und für Gewerbe noch genügend Geld übrig bleibt, um auch sie zu befriedigen. Bleibt das bisherige, nur durch Dividendenrücksichten gekennzeichnete System, das durch die einseitige Förderung der Industrie durch die Banken gekennzeichnet ist, in seiner Gesamtheit bestehen, so wird die Lage des Handwerkes, das auf billiges Kapital angewiesen ist und das sich nunmehr von einer ins Ungemessene angewachsenen Großindustrie bedroht sieht, nach dem Kriege noch ungünstiger sein als vor Kriegsausbruch. Tritt in der Art, wie das Vermögen des Volkes verwaltet wird, nicht eine Aenderung dahin ein, daß unter Verzicht auf höher verzinsliche Anlage im Ausland unter Betonung der nationalen Interessen gemeinnützige Unternehmungen, wie Siedlungs-, Parzellierungsgesellschaften durch die Hingabe von billigerem Anleihekapital gefördert und überhaupt möglich gemacht werden, so werden die letzten Dinge schlimmer sein als die ersten. Die wirtschaftliche Umgruppierung, die von England mit allen Mitteln angestrebt wird, muß die Mittelmächte dazu bringen, die Kapitalsausfuhr in Zukunft so viel wie möglich oder wenn die Umstände dazu zwingen, vollkommen zu unterbinden. Findet aber weiterhin eine wenn auch eingeschränkte Kapitalsausfuhr statt, so können hiebei nur Länder in Frage kommen, die gewillt sind, den wirtschaftlichen Freundesdienst mit zuverlässigen politischen Gegenleistungen zu entgelten, die schon im Frieden eine gewisse Sicherheit für den Kriegsfall bieten. Zweifelhaften Kantonisten müßte unser Kapital auf jeden Fall aus dem Wege gehen.

Reichspost 3./IX.1916

Die Wissenschaft gegen den Liberalismus des Wirtschaftslebens.

Wien, am 2. September.

Die Lehre vom allgemeinen Brudertum der Menschen und von der hohen Berufung jeder Menschenseele, das aus dem Erbsündendogma erfließende Mißtrauen gegen die Freiheit des unerlösten Einzelnen, führen, bei der Einflußnahme des Christentums auf das Wirtschaftsleben, ganz von selbst zur Forderung des Solidarismus. Dieser Art sind die neueren volkswirtschaftlichen Systeme und Predigten der Ketteler, Alb. Weiß, Hitze, Hertling, Vogelsang, Schindler, Walter, Pesch, Cathrein, Beck, Decurtins naturgemäß Systeme und Predigten des Solidarismus gegen den wirtschaftlichen Liberalismus des letzten Ganz- und Halbjahrhunderts.

Aber auch die bedeutendsten jener Vertreter der wissenschaftlichen Nationalökonomie, deren Kredo mehr oder weniger vom Kredo der alten Kirche abweicht, haben sich in steigendem Grad zu Vertretern des Solidarismus, zu scharfen Gegnern des Liberalismus entwickelt. Je mehr der Liberalismus bei Umsetzung in die Wirklichkeit seinen innersten Kern: Egoismus, Materialismus, offenbar werden ließ; je mehr die Früchte seiner ureigentlichen Schöpfung, des modernen Kapitalismus erschreckend zu Tage traten, des Kapitalismus mit dem Grundsatz des unbeschränkten, unbedingten, durch keine sittlich-kulturellen Erwägungen gehemmten und in seinen Methoden gebundenen Erwerbs, um so mehr wandte sich die führende neuere Nationalökonomie von einem die Grundlagen gesunder Volkswirtschaft nicht minder als die Grundlagen der Kultur vernichtenden System ab, um zu Systemen überzugehen, die das Interesse von Volk und Gesellschaft dem des Einzelnen voranstellen und die Volkswirtschaft den großen Kulturgedanken unterordnen. Die großen Gestalten der neueren wissenschaftlichen Nationalökonomie: Rodbertus, Roscher, Schäffle, Schultze-Delitzsch, Schmoller, Wagner, Ruhland, Sehring, Herkner und zahlreiche ihrer Jünger wie Neurath, Schwiedland, Wilbrandt, sind nicht Anhänger, sondern große Gegner des Liberalismus. Angesichts der Verheerungen, die das laisser passer, laisser aller im Wirtschaftsleben angerichtet, sind ihre Forderungen auf stärkste Reformen im Sinne des Solidarismus gerichtet, auf vielfältigste Bindung der Freiwirtschaft zugunsten der Volksgesamtheit und der idealen Volksziele.

Die führende Nationalökonomie des letzten Halbjahrhunderts lehnt die auf Darwins Naturphilosophie fußende Lehre von Smith ab, wonach die Freiheit zur besten Wirtschaftlichkeit des Einzelnen führe, aus der egoistischen Wirtschaftlichkeit der Einzelnen die beste Gesellschaftsordnung erwachse. Der freie Kampf ums Dasein führe nicht zur Herrschaft der wahrhaft Besten und Tüchtigsten, erklären sie, sondern nur zu der der Gewissen- und Sittenlosen mit der überlegenen Kapitalkraft. Auch erfolge der Fortschritt der Menschheit nicht im Zeichen wirtschaftlicher Siege, sondern im Zeichen solcher von Geist und Seele in Religion, Wissenschaft und Kunst. Rodbertus betont, die Freiwirtschaft sei in der Gegenwart nicht minder verhängnisvoll als im alten Rom. Dort habe sich steigende Korruption an den Freihandel geknüpft. Die Verteilung des Nationalreichtums sei immer ungleicher geworden; am Ende hätten Luxus und Laune triumphiert, denen zuliebe ganze Städte rasiert worden seien, um Landschlössern und Kolonenhütten Platz zu machen. Schäffle erklärt, bei der liberalen Ordnung führe der gesteigerte Erfolg des gesellschaftlichen Produktionsprozesses keineswegs zu entsprechend gleichmäßiger Steigerung des Lebens aller Teilnehmer an diesem Prozeß: „Die einen eignen sich vom Leben der andern an, die einen vergeilen, die andern verkommen." Schwiedland schließt sich dem Urteil Chatterton-Hills an, der im Gegensatz zu den Jüngern Darwins meint, der freie wirtschaftliche Kampf erzeuge eine dem Bestand der Gesellschaft höchst abträgliche Selbstsucht und eine seelische Auslese, die den andauernden Interessen der Gesellschaft widerstreite. Durch diese Auslese würden eben solche bevorzugt, die antisoziale Handlungen begehen und antisoziale Gefühle hegen.

*

Die führende neuere Nationalökonomie hat für die Wirtschaftsmethoden, die im Zeichen des Liberalismus sich ausbilden, nur Worte herbster Verurteilung. Sie findet im Emporkommen und Gebaren neuzeitlicher

Reichspost 3/IX. 1916

III

25

Die Wissenschaft gegen den Liberalismus des Wirtschaftslebens.

unden Fortschritt; da finden wir eine lebhafte und allgemeine Teilnahme an den öffentlichen Dingen. Da sind wenige so arm, um durch den Umsturz nur gewinnen zu können, wenige so reich, um als gesellschaftliche Macht der Autorität des Staates zu trotzen, kein Bürger so reich, daß er die andern kaufen könnte, keiner so arm, daß er sich selbst verkaufen müßte."

Da sind die sogenannten Staatssozialisten wie beispielsweise Adolf Wagner. Sie wollen starke Beschränkung der Privatwirtschaft durch weitgreifende Ausdehnung der Gemeinwirtschaft. Nach ihnen müssen Güter und Institute, von deren Besitz und Verwaltung das Allgemeinwohl stark abhängig, in den Besitz von Staat und Gemeinden oder doch in eine Form der Verwaltung übergeführt werden, daß das allgemeine Interesse gewahrt bleibt. Zu diesen Gütern und Instituten sind beispielsweise zu rechnen das Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, das Bank- und Börsenwesen, Metall- und Kohlenbergwerke, Forste, Wasserkräfte und Petroleumquellen; die Licht- und Kraftanlagen, Tramways und Wasserleitungen in den Städten usw.

Da sind die großen Arbeiteranwälte, bemüht durch Forderungen hinsichlich Vereinsrecht, Arbeitslohn und Arbeitszeit, Kranken- und Invalidenversicherung, Hygiene der Arbeitsräume, Arbeiterhäuser, den vierten Stand im Erstreben würdiger Lebensverhältnisse zu stützen.

*

Solidarismus, Bindung der Freiheit des Einzelnen zugunsten des Gesamtwohles und der allgemeinen Kulturgedanken, ist die Losung der führenden Vertreter der neueren Nationalökonomie. Diese Losung fand durch die Erfahrungen des Weltkrieges verstärkten Nachdruck, vermehrte Anhängerschaft. Nachdem der liberale Optimismus bezüglich der Menschennatur, nachdem all die liberalen Träume von Völkerfrieden und Weltwirtschaft zerronnen sind, nachdem der tausendfältige Wucher in der Volkswirtschaft auch der Kriegszeit den tiefsten Kern des wirtschaftlichen Liberalismus und Individualismus bloßlegt und doppelt bitter empfinden läßt, haben sich auch solche Vertreter der neueren Volkswirtschaft vom Liberalismus abgewandt, die ihm bisher viel Liebe entgegenbrachten. Den alten Frei- und Welthändleridealen gegenüber betont heute ein Sombart, der Krieg habe uns zum Bewußtsein gebracht, daß alle internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein notwendiges Uebel seien, das so klein wie möglich gemacht werden müsse. Bestmögliche wirtschaftliche Autonomie eines Volkes habe als Zukunftsideal zu gelten. Franz Oppenheimer in Berlin meint, wir müßten den uns in Friedenszeiten beherrschenden Individualismus und Egoismus wenigstens zum Teil aufgeben und auch für das Wirtschaftliche das „Einer für alle, alle für einen" gelten machen. Jaffé in München erklärt heute, das alte Prinzip des Individualismus, der Freiheit des wirtschaftlichen Lebens habe seinen Tag gehabt. Die Volkswirtschaft dürfe hinfürder nicht bloß dem Einzelnen und seinem Gewinnstreben dienen, sie müsse vielmehr in den Dienst der Allgemeinheit treten nach dem Gebote: „Erfüllung nationaler Aufgaben und Notwendigkeiten, nicht Befriedigung privaten Erwerbsstrebens, d. h. auf der einen Seite mehr Arbeit für weniger Gewinn, auf der anderen Seite größere innere und äußere Befriedigung für den Arbeitenden."

*

Theoretisch ist der wirtschaftliche Liberalismus gerichtet. Von der Religion der Bruderliebe nicht minder wie von der Fachwissenschaft der letzten Jahrzehnte. Aber er ist noch übermächtig dank der Förderung durch eine gewisse Händlerwelt, die in seinem Zeichen emporkam, in seinem Zeichen bis zur Stunde Riesengeschäfte macht; durch eine gewisse Händlerwelt, welche die Presse monopolisierte und durch die Presse auch die Zusammensetzung der Parlamente so bestimmte, daß die neuere und neueste Gesetzgebung immer noch weit hinter den Forderungen der Religion und der volkswirtschaftlichen Fachwissenschaft zurückbleibt. Wie lange noch, wird die Zukunft zeigen.

Dr. E.

Pester Lloyd 6./IX. 1916

III

38

Die Stimmungen der Reichstage.

In Ergänzung unseres im Abendblatte veröffentlichten Berichtes tragen wir aus der Rede des Abgeordneten Stefan Rakovßky noch die folgenden Stellen nach:

Stefan Rakovßky:

Daß die Dinge in Siebenbürgen auf solche Art verliefen, daran sind schuld der Mangel an Vorbereitung und die Unorientiertheit des Ministerpräsidenten. Eine Verantwortung ruht für diese Dinge auf dem Herrn Ministerpräsidenten insofern, als er es unterlassen hat, auf die militärischen Kreise in der Richtung einzuwirken, daß sie ihre elementarste Pflicht, die Orientierung des Herrn Ministerpräsidenten, erfüllen. Die Militärbehörden haben den Herrn Ministerpräsidenten und andere hiezu berufene Faktoren weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart orientiert.

Allein, wenn sich schon dergleichen ereignet, so ist es in der Tat das non plus ultra des Zynismus, was Herr Höfer sich gestattet. In seinem amtlichen Bericht vom 30. August sagt er: „Der Feind wird sich rühmen, Petroszény, Brassó und Kézdivásárhely besetzt zu haben." Mit Verlaub, das ist schon das höchste Maß von mit Einfalt verbundenem Zynismus.

Präsident: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten, sich derartiger Ausdrücke zu enthalten, namentlich solchen gegenüber, die sich hier nicht verteidigen können. (Großer Lärm links. Lebhafte Rufe: Recht hat er!)

Andreas Ráth: Verteidigen Sie Siebenbürgen, nicht den Höfer.

Präsident: Den Herrn Abgeordneten Ráth bitte ich, nicht dazwischen zu rufen.

Stefan Rakovßky (fortfahrend): Wenn dem Lande ein teuerer, ein uns an das Herz gewachsener Teil entrissen wird, wenn Hunderttausende zu Bettlern werden, eine ganze Bevölkerung die Flucht zu ergreifen genötigt ist, dann kommt Herr Höfer und sagt, die Rumänen haben sich dessen nicht zu rühmen, denn das ganze sei eigentlich gar nichts. Ich bitte um Entschuldigung: wäre ich Rumäne, so würde auch ich mich rühmen; aber an des Herrn Höfer Stelle würde ich es nicht tun, sondern an das viele Leid und Elend, an die Bitterkeit denken, die unser aller Herzen, nicht bloß das Herz der Flüchtenden, ergreift. Diese absolute Herzlosigkeit ist abstoßend und abscheulich, und unbegreiflich ist es, daß Sie das dulden. (So ist's! links.) Geehrtes Haus! Herr Höfer hätte sich eher darum kümmern sollen, was der Herr Ministerpräsident hier konstatiert hat, daß die Truppen zu spät gekommen sind. Das ist der ererbte Fluch: zur Unzeit, zu spät und schlecht zu tun, was beizeiten, leicht und gut hätte getan werden können. (So ist's! links.)

Man entschuldigt die Vorgänge in Siebenbürgen mit der Ausflucht, der rumänische Ueberfall sei eine Ueberraschung gewesen. Nun war aber der russische Angriff und auch der italienische eine genau solche Ueberraschung gewesen; und hat man denn aus diesen beiden Ueberraschungen nicht die Lehre abgeleitet, daß die Rumänen wahrscheinlich mit noch gesteigerterer Gewandtheit und Schlauheit das gleiche Vorgehen befolgen werden? Bis zum letzten Augenblick hat man den Rumänen geglaubt und die elementarste Pflicht gegen das eigene Land verabsäumt. Wir haben überall die ungarische Regierung gesucht und sie nirgend gefunden. Die Ueberraschung war diesmal um nichts größer als an der italienischen Front. Auch da gab es im Jahre 1915 nicht genügend Militär, und wenn unsere ausgezeichnete Kriegsmarine nicht eingreift, wenn sie nicht die italienischen Truppentransporte durch die Zerstörung der Eisenbahnlinien in der Gegend von Ancona hemmt, so hätten wir einen ebenso schmachvollen Einbruch erlebt wie es der gegenwärtige in Siebenbürgen war. Eigentlich sollte man angesichts solcher Dinge bis zu den letzten Konsequenzen gehen. Wenn wir es nicht tun, so geschieht es lediglich, weil wir nicht vor dem Auslande dieses traurige Bild noch düsterer färben wollen. In so schwerer Zeit sollten die oppositionellen Redner dem Ministerpräsidenten als Kraftquellen dienen, vorausgesetzt, daß er das Herz hat, sich ihrer klug zu bedienen. Es handelt sich jetzt nicht um eine Parteifrage, um die Rettung eines dem Verderben geweihten Landes handelt es sich. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Daran sind nicht unsere Truppen schuld, die haben ihre Pflicht getan; auch nicht etwa unsere Schwäche, denn es fehlt uns nicht an Mut und Begeisterung; schuld daran ist die unglückliche, schlechte Regierung, die uns so weit gebracht hat. (Beifall links.)

Es ist der letzte Augenblick, um uns zusammenzuscharen und noch für das Heil des Landes zu wirken. Persönliche Sympathien und Antipathien können da keine Rolle spielen; ein halsstarriges Ausharren an der Seite von Leuten, die eine unglückliche Hand haben, kann dem Lande nur schaden. Den Gewalten gegenüber, um die es sich handelt, kann nur ein einmütiges Land standhalten, denn jene kleinen Einflüsse können nur solange Geltung haben, als sie wissen, daß hier ein Ministerpräsident steht, der die Opposition fesselt und unterdrückt. Der Ministerpräsident kann nicht mit voller Kraft seine Rolle ausfüllen, solange er diese unseligen Verhältnisse nicht ändert. Schlagendere Beweise der Ohnmacht hat eine auswärtige Regierung noch nie geliefert als die unsere jetzt unter Kompromittierung der Persönlichkeit des Herrn Ministerpräsidenten. Wo ist die Energie des Herrn Ministerpräsidenten dem hilflosen Manne in Wien gegenüber, dem man nicht einmal eine Kriegserklärung zustellen konnte? Wo ist der moralische Einfluß des Herrn Ministerpräsidenten, da er derartige Dinge dulden muß, daß 600.000 Ungarn wie nomadenhafte Zigeuner ihrem Heim entfliehen müssen? All dies ist durch die Worte nicht erledigt: „Zu geeigneter Zeit werde ich für alles einstehen." Gegen eine solche Zerfahrenheit gibt es bloß ein Heilmittel: in diesen Zuständen dringlichst einen Wandel zuschaffen. Ich will dieser Frage keinerlei persönliche Spitze geben. Kann der Herr Ministerpräsident Abhilfe schaffen, kann er in den militärischen und auswärtigen Leitung, worauf ich aus dem Gesichtspunkte des Friedensschlusses großes Gewicht lege, Bürgschaften geben, dann mag der Herr Ministerpräsident wie lange immer auf seinem Platze verbleiben. Aber ich habe das Gefühl, daß es unmöglich ist, einen anderen Weg zu finden, als die Zusammenfassung aller Kräfte, aller nationalen Werte und das Streben, daß nicht bloß der Feind beschämt aus dem Lande sich trollt, sondern Ungarn auch sein Gedeihen in einem kommenden segensreichen Frieden findet. (Lebhafter Beifall links und äußerstlinks.)

Die Zeit
6. IX. 1916

41

Versammlung polnischer Reichsratsabgeordneter.

h **Krakau**, 5. September. (Priv.-Tel.) Wie das Organ der polnischen Volkspartei, Piast, meldet, hat in Krakau eine Versammlung der Reichsratsabgeordneten der polnischen Volkspartei, der sogenannten Piastgruppe, stattgefunden, an der sechzehn Abgeordnete teilnahmen. Nachdem das Mitglied des Exekutivkomitees des polnischen Nationalrates Dr. Bardel den Bericht über die allgemeine politische Lage erstattet hatte, wurde der Beschluß gefaßt, in Angelegenheit des Königreiches Polen eine Verständigung mit den übrigen polnischen Parteien zwecks einheitlichen Vorgehens auf einer gemeinsamen politischen Richtlinie anzubahnen. Ferner wurde beschlossen, eine Denkschrift betreffend die Wünsche der polnischen Nation zu verfassen und dieses Memorandum den maßgebenden Faktoren zu überreichen. Speziell diese Aktion soll dem Obmann des Polenklubs Dr. Ritter v. Bilinski zur dringlichen Erledigung empfohlen werden.

Reichspost Abendbl 6./IX. 1916

Die gestrige Kriegsdebatte in Ungarn.

Wiener Preßstimmen.

Der Krieg wird einmal zu Ende gegangen sein und die Völker der Monarchie werden sich wieder Werken des Friedens widmen können. Die schrecklichen Erlebnisse des Weltkrieges werden nur mehr als große Erinnerungen fortleben. Dann wird die Geschichte Gerichtstag abhalten und ihr Urteil sprechen, wie die Reiche und Nationen, die Völker und die Einzelnen die harte Prüfung bestanden haben. Nur ungern und nicht ohne Beschämung wird man dann in Ungarn sich der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses erinnern. Kein Geringerer als der ungarische Ministerpräsident selber hat gestern wiederholt über den Verlauf der Sitzung Worte schärfster Mißbilligung gesprochen und man ist in Oesterreich, wenn man mit dem Mißfallen über die wüsten Szenen, deren Schauplatz das ungarische Abgeordnetenhaus gewesen, nicht zurückhält, durch die vornehmste politische Autorität Ungarns gedeckt. Und wir in Oesterreich haben ein Anrecht darauf, mitzureden, denn Oesterreichs Völker müssen die Fensterscheiben, die von den ungarischen Tiszahassern in diesem Augenblicke mit verblüffendem Mutwillen eingeschlagen werden, mitbezahlen; sie müssen mit Ungarns Völkern und den Verbündeten zusammen um so länger bluten, je toller es ungarische Parlamentarier im Hochgefühle ihrer wenigstens gesetzlichen und physischen Unverantwortlichkeit treiben. Wiederholt drohte Graf Tisza für den Fall einer Wiederholung der wüsten Auftritte dem Hause mit „Maßnahmen", offenbar mit der Vertagung, immer wieder mußte er daran erinnern, daß man mit solchen Reden und solchen Szenen dem Lande schade und dem lauernden Feinden nütze.

Ein geschichtliches Dokument ist die Feststellung des ungarischen Ministerpräsidenten gegenüber der von Ministerpostenanwärtern und gewesenen Ministern geführten magyarischen Opposition, daß dieser schreckliche Krieg auch in anderen Ländern Verheerungen anrichtete, daß große Gebiete Oesterreichs sich in feindlichem Besitze befanden und zum Teile noch befinden, daß Ostpreußen evakuiert werden mußte, ... aber daß er „kein Beispiel kenne, daß ein solch bedauernswerter Vorfall in der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes solche Szenen herbeigeführt hätte!" Wenn ein ungarischer Ministerpräsident sich zu einem solchen Urteil über das Verhalten eines Teiles der magyarischen Parlamentarier in einer Stunde von weltgeschichtlicher Schwere gezwungen sieht, dann braucht man um einen Maßstab zur richtigen geschichtlichen Wertung der gestrigen Vorfälle nicht mehr in Verlegenheit zu geraten. In der Tat, wie würdig wurden in Oesterreich alle Wechselfälle des Krieges hingenommen! Und es hat hier an Heimsuchungen von der Art, wie sie Ungarn jetzt in Siebenbürgen erlebt, wahrhaftig nicht gefehlt. Noch heute ist der Umfang des österreichischen Gebietes, das vorübergehender feindlicher Besetzung überlassen bleiben muß, ein Mehrfaches von dem, worauf in Ungarn ein tückischer Feind die Hand legen konnte. Und auch im ungarischen Reichstag hat man weder von den Vertretern der Siebenbürger Deutschen noch der Rumänen ähnliche Würdelosigkeiten erlebt; im Gegenteil, die vom Sprecher der Rumänen abgegebene Erklärung bekundet, ganz abgesehen von ihrer selbstverständlichen warmen Loyalität, eine solche politische Reife, daß es sauer wird zu begreifen, wieso in einem Lande, in dem die Justh, Polonyi und Hollo — von den vornehmern bereits Minister gewesenen Führern der Opposition gar nicht zu reden — ministrabel sind, gerade jenen, die in den Tagen der Gefahr ihre Ruhe, ihre Besonnenheit, ihre Tapferkeit, ihre Würde und ihren staatsmännischen Takt an den Tag legten, grundsätzlich die Fähigkeit zur Teilnahme an den Regierungsgeschäften bestritten bleibt. Aber nicht nur die parlamentarischen Vertreter der Deutschen und Rumänen Ungarns, auch die der Slovaken und Kroaten benahmen sich, als der Feind verwüstend über ihre Städte und Dörfer einbrach, ganz anders als die magyarische Drei-Grafenopposition und gegen keinen von ihnen brauchte Ungarns Ministerpräsident zu so diffamierenden Worten der Brandmarkung zu greifen, wie er es gestern getan.

*

Die Mehrzahl der heutigen Wiener Morgenblätter gibt den ungarischen Sitzungsbericht entweder kommentarlos wieder, ein Teil der Presse beschränkt sich auf eine Würdigung der kriegspolitischen Erklärungen des Grafen Tisza. Die „Neue Freie Presse" bespricht die Vorgänge an erster Stelle und redet beiden Parteigruppen liebevoll zu, „aus dem fehlerhaften Kreise herauszukommen", da „der Feind zuhöre"; zu einer Beurteilung, zu einer politischen und geschichtlichen Wertung der Vorgänge in der Sitzung reicht das Interesse nicht. Ganz entzückt von dem Verhalten der magyarischen Drei-Grafenopposition ist die „Arbeiter-Zeitung". Ihr genügt es, daß krawallt und geredet wird. Ob solche Rederei für die Bevölkerung nützlich oder schädlich, ob sie zeitgemäß ist oder nicht, das ist ihr einerlei. Nur reden, reden, reden, wie es jedem Fabelhans und parlamentarischen Krawallhiasl beliebt. Selbstverständlich möchte sie das ungarische Muster, das den Vätern schwerlich geschichtliche Ehren einbringen wird, den Oesterreichern zur Nachahmung empfehlen:

Vielleicht kommt es den guten Bürgern da sie die ungarische Debatte lesen, zum Bewußtsein, daß es mit ihrer Vertretung nicht zum besten bestellt sein mag, und mancher wird wenn er immerzu von Tisza und Andrassy und Apponyi liest, gar in den Ruf ausbrechen: Doktor Groß, wo bist denn du? Und wo die übrigen Helden des Nationalverbandes und der christlich-sozialen Vereinigung, die zusammen das deutsche Volk repräsentieren wollen und es so herrlich repräsentieren?

Man könnte die Frage auch auf die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokraten ausdehnen, die sich doch als die Verkörperung der politischen Weisheit Oesterreichs auszugeben liebt. Aber, nein, uns lockt der Lorbeer des ungarischen Parlamentarismus, wie er sich gestern beätigte, gar nicht. Lieber in Ehren schweigen, als sich redend entwürdigen! Daß letzteres gestern im ungarischen Reichstag geschah, dafür sei aus dem Drahtbericht des „N. W. Tagbl." (von einem, der den Sturm gegen Jules Ferry und gegen Waldeck-Rousseau in der Pariser Kammer miterlebt hat) folgendes als Beleg angeführt:

Ein Toben und Rasen, ein Stürmen und Drängen entfesselte sich aber unter ohrenbetäubendem, alle Aufnahmsfähigkeit zunichte machenden Lärm. Kaum hatte sich der Ministerpräsident Graf Tisza auf seinen Sitz niedergelassen, da schrie und tumultierte die äußerste Linke, fortwährend ausrufend: „Abdanken!" und Schimpfworte, die in einem Hause der Volksvertretung nie gehört werden sollten, flogen dem Ministerpräsidenten entgegen. Wer dergleichen im ungarischen Abgeordnetenhause noch niemals miterlebt hat, dessen Blut mußte in heftigste Erregung geraten über den wilden Aufschrei, der von der äußersten Linken aus das Parlament durchbrauste und an dem jede Mahnung zur Ruhe und zur Mäßigung ohnmächtig zerschellte. Diese Schmähungen wurden mit äußerster Erregung aus verzerrtem Munde ausgesprochen und mit Gesten begleitet, als müßten sich die Schreienden mit irgendeinem imaginären Gegner raufen.

Und das soll schön und nützlich und nachahmnnswert sein? Wir danken.

Arbeiterzeitung
6./IX. 1916

Zuhören und schweigen.

Graf Tisza hat den Reichstag nicht heimgeschickt. Die Begründung für eine Vertagung wäre anscheinend nicht schwer zu finden gewesen: der Feind ist im Lande und so gebieten es die Interessen der Kriegführung, daß im Parlament keine Anklagen laut werden. Das ist ja immer der Vorwand, um sich unbequeme Kritik vom Leibe zu halten. Aber es scheint doch, daß der ungarische Reichstag nicht zu jenen Parlamenten gehört, die man wegschieben kann, wenn sie unbequem werden, die nicht bestehen dürfen, wenn ihre Tätigkeit besonders erforderlich wird. Graf Tisza hat die Vertagung nicht gewagt, obwohl ihm anzumerken ist, wie peinlich ihm im Augenblick die Reden der Oppositionsführer sind, von denen er sehr wohl fühlt, daß sie aus der Stimmung des Landes gesprochen sind. Er hat die Abgeordneten, die ihn mit Anklagen überschütten, nicht nach Hause geschickt; mehr als dies, er, der Erfinder des Pavlik, der einstmals jeden Abgeordneten, der sich einen Zwischenruf gestattete, aus dem Saale transportieren ließ, er überfließt nun von Liebenswürdigkeit und jedes Wort, das die oppositionellen Abgeordneten für das Vaterland sagen, möchte er ungesäumt als Beweis ausgeben, daß sie alle mit ihm einig seien. Aber die Oppositionsführer legen auf die „Einigkeit" mit dem Tisza offensichtlich keinen Wert mehr, und die Reden und Zurufe sind alle auf denselben Ton gestimmt: daß Graf Tisza demissionieren möge. Er wird das natürlich nicht tun, denn so was tut ein Minister erst, wenn er absolut muß, aber man bemerkt doch mit einer gewissen Genugtuung die Wandlung, die sich in der Schätzung des Herrn Grafen Tisza vollzogen hat. Der geniale Staatsmann — so hieß es doch noch vor kurzem — schaut jetzt einigermaßen zerzaust aus und ihn als den Mann der Vorsehung für Ungarn und für ganz Oesterreich-Ungarn auszugeben wird fortan wohl nicht recht möglich sein.

In eine Betrachtung und Würdigung dieser Debatte uns einzulassen, werden wir uns natürlich hüten. Es ist schon nicht wenig, daß von diesen Reden ein Bruchstück nach Oesterreich gelangt; die braven Oesterreicher werden sich doch nicht weigern, darin eine Beachtung zu erblicken, zu der man eigentlich nicht verpflichtet gewesen wäre. Im übrigen wissen wir hierzulande, daß wir achtungsvoll zur Seite zu treten haben, wenn die Ungarn über die Heeresleitung oder über die auswärtige Politik diskutieren; das sind nicht Dinge, über die wir mitzusprechen haben. Es wird schon ein Offiziosus kommen und wird bestätigen, daß die österreichischen Politiker den Takt haben, zu schweigen, wenn die Kanonen reden, und daß die ungarischen Parlamentsführer, die sich von keinem Tisza den Mund verbieten lassen, für die Größe des Augenblicks wenig Verständnis offenbaren. Und zum Schlusse kommt der Deutsche Nationalverband und erklärt, daß die Debatte in Ungarn „ein bezeichnendes Licht auf unsere Zustände wirft". Wobei er freilich nie begreifen wird, daß das „Bezeichnendste" eben er ist, dieser kostbare Ausdruck des Willens des deutschen Bürgertums, der selbst einen Willen nie gehabt hat. Vielleicht kommt es den guten Bürgern, da sie die ungarische Debatte lesen, zum Bewußtsein, daß es mit ihrer Vertretung nicht zum besten bestellt sein mag, und mancher wird, wenn er immerzu von Tisza und Andrassy und Apponyi liest, gar in den Ruf ausbrechen: Doktor Groß, wo bist denn du? Und wo die übrigen Helden des Nationalverbandes und der christlichsozialen Vereinigung, die zusammen das deutsche Volk repräsentieren wollen und es so herrlich repräsentieren? Aber der nach diesen „Führern" des deutschen Volkes in Oesterreich ruft, sieht bald die Sinnlosigkeit der Frage ein und zieht sich beschämt zurück.

Neues Wiener Tagblatt
6./IX. 1916

I
44

Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Budapest, 5. September. (Bericht des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Das Haus und die Galerie sind lange vor Beginn der für 10 Uhr vormittags anberaumten Sitzung dicht gefüllt. Um 11 Uhr 20 Minuten betritt Präsident v. Beöthy den Saal. Ihm folgen die Minister unter Führung des Ministerpräsidenten Grafen Tisza.

Abg. Julius Justh ruft ihm zu: Demissionieren Sie!

Dieser Ruf wird von zahlreichen Abgeordneten der äußersten Linken wiederholt, während die Majorität den Ministerpräsidenten mit lebhaftem Händeklatschen und Eljenrufen begrüßt. Der Lärm dauert, obwohl der Präsident die Abgeordneten wiederholt ersucht, des Ernstes der Zeit eingedenk zu sein, lange Zeit fort. Schließlich kann der Präsident die Sitzung für eröffnet erklären.

Er widmet zunächst dem verstorbenen Abgeordneten der Unabhängigkeitspartei Julius Shagy einen warmen Nachruf und teilt sodann mit, daß die Abgeordneten Johann Pop-Csicso (Rumäne), Graf Albert Apponyi (Unabhängigkeitspartei), Graf Julius Andrassy (Verfassungspartei) und Ferdinand Urmanczy (Unabhängigkeitspartei) die Erlaubnis erbeten und erhalten,

Neues Wiener Tagblatt
6./IX. 1916

IV.

97

Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Presse, die zur Linderung der Not der siebenbürgischen Flüchtlinge so Uebermenschliches geleistet haben, und ersucht schließlich die Regierung, die Maßnahmen der preußischen Regierung hinsichtlich der Entschädigung der Flüchtlinge sich bei der staatlichen Entschädigung der siebenbürgischen Flüchtlinge vor Augen zu halten.

Nachdem noch Abg. Urmanczy (parteiloser Achtundvierziger) gleichfalls die traurige Lage der siebenbürgischen Flüchtlinge zur Sprache gebracht hatte, erklärte Ministerpräsident Graf Tisza, daß alle möglichen Maßnahmen zur Linderung der Notlage der siebenbürgischen Flüchtlinge getroffen worden sind.

Eine geschlossene Sitzung.

Der Präsident erklärt hierauf, daß mehr als fünfzig anwesende Abgeordnete die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung beantragt haben. Hierüber wird entsprechend den Bestimmungen sofort ohne Debatte abgestimmt. Das Haus nimmt den Antrag an. Der Präsident ordnet sodann die Räumung der Galerien und der Journalistenloge an, worauf um ½7 Uhr die geschlossene Sitzung ihren Anfang nimmt.

Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung.

Zehn Minuten vor 8 Uhr wird die öffentliche Sitzung wieder aufgenommen.

Es wird zunächst das Antrags- und das Interpellationsbuch verlesen. Das Antragsbuch enthält einen Antrag des Abg. Grafen Andrassy betreffend Einberufung der Delegationen und einen Antrag des Grafen Apponyi betreffend Abänderung des § 39 des Gesetzartikels XII vom Jahre 1867. Das Haus beschließt, die Begründung beider Anträge zu gestatten.

Im Interpellationsbuch sind außer den von dem letzten Interpellationstag verbliebenen Interpellationen 19 weitere Interpellationen eingebracht.

Der Präsident beantragt, die nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittags abzuhalten. Tagesordnung: Dritte Lesung der Vermögenssteuer und Erwerbsteuer, sodann Begründung der Anträge Andrassy und Apponyi. Um 5 Uhr nachmittags soll zur Verhandlung der Interpellationen übergegangen werden.

Hierüber entwickelt sich eine längere Debatte.

Ministerpräsident Graf Tisza erklärt, daß die Regierung und die Majorität bewiesen haben, daß sie eine Kritik nicht verhindern wollen. Er müsse aber darauf verweisen, daß solche Szenen, wie sie in der heutigen Sitzung sich zugetragen haben, sowie der Umstand, daß wieder eine so große Anzahl von Interpellationen vorgemerkt wurden, für die Interessen des Landes schädlich sind. Er ersucht daher die Abgeordneten, die Interpellationen, die nicht dringend sind, und deren Erörterung schädlich wäre, streichen zu lassen, da sonst die Regierung zu Maßnahmen gezwungen wäre, welche ihren Intentionen fernliegen.

Die Abgeordneten Graf Andrassy und Graf Apponyi treten den Anschauungen des Ministerpräsidenten über den Verlauf der heutigen Sitzung entgegen.

Abg. Rakovszky zieht seine beiden vorgemerkten Interpellationen zurück.

Der Tagesordnungsantrag des Präsidenten wird hierauf angenommen und die Sitzung um ¾9 Uhr abends geschlossen.

* * *

Budapest, 5. September. (Privattelegramm.) Der heutigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses hatten der Vizepräsident des deutschen Reichstages Exzellenz Paasche, Hofrat Karminski aus Wien sowie zahlreiche Vertreter der Presse angewohnt, darunter der bekannte dänische Dichter Age Madelung, der amerikanische Journalist Karl v. Wiegand und die Vertreter der Berliner Presse Dr. Leo Lederer und Dr. Emil Ludwig.

Reichspost Abendbl. 7/IX. 1916

50

Dichtung und Wahrheit.

Von der vorgestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses gibt die heutige „N. F. Pr." zu, daß sie von der Gefahr einer plötzlichen Vertagung bedroht war, weil der Ministerpräsident durch Lärm unterbrochen und überschrien wurde, und weil man in frühere Sitten zurückfiel; aber von der gestrigen Sitzung behauptet sie im Leitartikel, daß sie

einen ruhigen und würdigen Verlauf hatte. Ernste Staatsmänner haben wichtige Fragen des verfassungsmäßigen Lebens und der politischen Führung im Kriege besprochen, und aus dieser Debatte, die eine nachdrückliche Kundgebung der Einigkeit war, wird nichts ausstrahlen, was dem Feinde nützlich und dem eigenen Volke schädlich sein könnte. Der heutige Tag war gut für die Monarchie.

Wie es in Wahrheit mit dieser Ruhe und Würde bestellt war, das läßt der ausgegebene und für die Oeffentlichkeit zurechtgestutzte, auch von der „N. Fr. Pr." veröffentlichte Sitzungsbericht unschwer erkennen:

Ministerpräsident Graf Tisza (in seiner Rede): Es fragt sich, ob die Herren über diese Frage eine Debatte wollen. Wenn Sie eine Debatte wollen, muß man sie möglich machen. Aber eine Debatte über ernste Fragen kann nicht geführt werden, wenn jede zusammenhängende Gedankenkette durch fortwährende Zwischenrufe gestört wird. Obwohl ich die öffentliche Diskussion dieser Fragen für bedenklich halte..., will ich mich einer Debatte nicht verschließen. Wenn es aber nicht möglich wird, daß man seine Gedanken zusammenhängend ohne Unterbrechung (Lärm links. Hört! Hört!-Rufe rechts. Der Präsident gibt das Glockenzeichen) entwickeln kann, dann werde ich einfach genötigt sein, zu erklären, daß die Herren die Debatte unmöglich machen (Bewegung links und auf der äußersten Linken), aber wir werden nicht zulassen, daß die Herren hier alles vorbringen können, wobei wir sie mit der größten Geduld anhören (Zustimmung rechts), und daß sie dann die Antwort und die Verteidigung unmöglich machen.

Präsident (unterbrechend): Ich bitte um Ruhe. In einem solchen Lärm ist eine Beratung unmöglich. (Unruhe.) Ich bitte den Herrn Abgeordneten Rakovszky, ruhig zu sein. (Lärm links und auf der äußersten Linken.) Ich bitte, keine Zwiegespräche zu führen. (Zustimmung und Rufe rechts: Andrassy hat genug gesprochen und wir haben ihn angehört!) Es ist vollkommen unmöglich, zu verhandeln, wenn einzelne Abgeordnete hier Zwiegespräche führen. Der Herr Ministerpräsident wünscht auf die Rede des Grafen Andrassy zu antworten. Hiezu hat er ein Recht, ich bitte, ihn anzuhören. (Lärm links und auf der äußersten Linken. Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Wir möchten uns doch lieber auf das Augen- und Ohrenzeugenurteil des ungarischen Ministerpräsidenten und des ungarischen Abgeordnetenhauspräsidenten verlassen, als auf die Eindrücke, die man von dem Budapester Reichstagsgeräusch in der Wiener Fichtegasse empfangen haben will.

Neues Wiener Tagblatt
7/IX. 1916

Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Der Antrag auf Einberufung der Delegationen.

Budapest, 6. September. In der Begründung seines Antrages auf Einberufung der Delegationen verwies Abg. Graf Andrassy auf die Bestimmungen des Gesetzartikels XII vom Jahre 1867, der Ungarn zwar die Möglichkeit biete, für Fälle, wo eine Tagung der Delegationen unmöglich sei, für den auf Ungarn entfallenden Teil der gemeinsamen Ausgaben auch einseitig vorzusorgen. Dies dürfe jedoch keinesfalls heute eine dauernde Praxis sein, da es sonst die völlige Ueberflüssigkeit der Institution der Delegationen beweisen würde.

Rufe bei der Karolyipartei: Das ist unsre Meinung.

Abg. Graf Andrassy: Meine aber nicht, und deshalb glaube ich, daß jeder wahre Siebenundsechziger alles vermeiden muß, was gegen die von uns als hochwichtig betrachtete Institution der österreichischen und der ungarischen Delegationen sprechen würde. Unter Umständen könne allerdings die Tagung der Delegationen als gefährlich bezeichnet werden. Es sei die höchste Zeit, daß man in Oesterreich-Ungarn mit der bisher verfolgten Vogel-Strauß-Politik ein Ende mache und endlich einsehe, daß auch in Feindesland Tatsachen bekannt seien, die aus den amtlichen Berichten und offiziellen Dokumenten nicht hervorgehen. Ein rechtliches Hindernis, das gegen eine Tagung der Delegationen vorgebracht werden könnte, sehe Redner nicht. Es sei vielleicht die österreichische Regierung, die die Einberufung und Tagung der Delegationen nicht für opportun halte, es könnte dies jedoch kein Grund dafür sein, daß die ungarische Regierung ihre verfassungsmäßigen Pflichten nicht erfülle. Die Einberufung der Delegationen sei um so mehr notwendig, als grobe Fehler und Unterlassungen vorgekommen seien, für die die verantwortlichen Organe zur Verantwortung gezogen werden müssen, und zwar vor einem Forum, das auch die Macht besitze, nötigenfalls diejenigen, die diese Fehler begangen haben, zu stürzen. Es sei offenkundig, daß die Leitung unsrer äußeren Politik nunmehr nicht ohne verfassungsmäßige Kontrolle bleiben dürfe.

Redner führte hierauf konkrete Beweise dafür an, daß unsre Diplomatie beiweiten nicht auf der Höhe der Situation gestanden sei.

Der Redner bespricht unter Hinweis auf verschiedene Aktenstücke aus dem Rotbuche die Vorgeschichte des italienischen Krieges und meint, man hätte in Italien die Stellung derjenigen stärken müssen, welche diesen Krieg nicht wollen, und ihr Vertrauen dafür gewinnen müssen, daß wir zu einem Einvernehmen gelangen wollten, selbst um den Preis von Opfern. Ueber die Fehler in der polnischen Frage wolle er sich jetzt nicht äußern. Was die rumänische Frage betrifft, so bedauere er, daß die Regierung es nicht für nötig gehalten habe, jetzt beim Kriegsausbruch in einem Rotbuche dasjenige zu veröffentlichen, was geschehen sei, um den hinterlistigen rumänischen Angriff zu verhindern, beziehungsweise ihm eventuell zuvorzukommen. Er würde es für ein außerordentliches Versäumnis halten, wenn keinerlei ernster Versuch zu diesem Zwecke gemacht worden wäre. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, sich mit der Frage zu befassen, wie man auf Rumänien einwirken könnte, selbst um den Preis eventueller Opfer. (Bewegung rechts.)

Abg. Hovanyi (Arbeitspartei): Bezieht sich das vielleicht auf den Szeklerboden?

Abg. Graf Andrassy (fortfahrend) sagt, er wisse, daß das Gerücht verbreitet sei, als wäre er dafür gewesen, daß Rumänien drei ungarische Komitate angeboten werden sollen. Er erkläre, daß nicht ein Wort daran wahr sei. (Lärm.)

Abg. Hovanyi: Was wäre also das Opfer gewesen?

Abg. Graf Andrassy (fortfahrend) hält es für das größte Versäumnis, daß man nicht trachtete, um jeden Preis eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht hätte, durch Drohungen oder eventuell um den Preis von Opfern Rumänien für uns zu gewinnen. Er hege wohl das unerschütterliche Vertrauen, daß wir den gemeinen Angriff Rumäniens besiegen werden, aber unter den heutigen Verhältnissen hätte man trachten müssen, einen neuen Krieg zu vermeiden. Auch der Ministerpräsident habe nicht geleugnet, daß wir uns haben täuschen lassen. Dies könne man sich aber kaum zum Ruhm anrechnen, und es gebe weder der gegenwärtigen Regierung noch dem Minister des Aeußern das Recht, jede praktische Kontrolle einfach zurückzuweisen. Nicht darin erblicke er einen Fehler, daß wir den jetzigen Angriff nicht voraussahen, sondern darin, daß nicht die nötigen Maßnahmen getroffen wurden für den Fall, als überraschungsweise das eintrete, was wir für unwahrscheinlich hielten.

Redner schließt: Man kann von uns im Namen des Patriotismus fordern, daß wir unsern letzten Blutstropfen, unsern letzten Groschen hingeben, man kann aber nicht verlangen, daß wir stumm und tatenlos ein Regime akzeptieren, welches wir für gefährlich halten, selbst dann nicht, wenn wir uns in weiten Kreisen der Verdächtigung aussetzen, daß uns persönliche Aspirationen leiten. (Langanhaltender Beifall und Händeklatschen links.)

Neues Wiener Tagblatt
7./IX. 1916

II

52

Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Rede des Grafen Tisza.

Ministerpräsident Graf Tisza ergreift das Wort und führt aus:

Geehrtes Haus! Dem geehrten Hause ist es gewiß bekannt, daß sich die Regierung mit dem Ersuchen an das Abgeordnetenhaus gewendet hat, die Verhandlung des von dem Herrn Abg. Grafen Julius Andrassy unterbreiteten Antrages möge auf die Tagesordnung gesetzt werden. (Beifall links.) Dies erfolgte nicht aus dem Grunde, als würde ich dem Inhalte des Antrages beistimmen, sondern darum, damit dem geehrten Hause und vor allem der geehrten Gegenseite, die auf diesem Gebiete mit von dem Rechte der Kritik Gebrauch zu machen wünscht, Gelegenheit geboten werde, mit den auswärtigen Angelegenheiten sich hier im Hause zu befassen.

Ich will daher in diesem Moment nach Möglichkeit meine Bemerkungen kurz zusammenfassen und werde bloß mit einigen Worten jene Gesichtspunkte bezeichnen, die mich bestimmen, seinerzeit gegenüber dem Antrage Stellung zu nehmen, und ich will bloß einige kurze Bemerkungen gegenüber jenen Ausführungen machen, die wir von dem Herrn Abgeordneten bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten gehört haben. Ich behalte mir vor, auf diesen sehr eingehenden und interessanten Teil seiner Rede im Laufe der meritorischen Debatte später zurückzukommen.

Was den Antrag selbst, nämlich die Einberufung der Delegationen, betrifft, will ich mich zunächst gegen jene Kritik und jenen Angriff verteidigen, als würde meine Stellungnahme in der Frage des wirtschaftlichen Ausgleiches dem Gesetzartikel XII vom Jahre 1867 widersprechen oder gar eine Mißachtung desselben bedeuten. Meine inkriminierte Behauptung besagte, eine Nation dürfe nicht ihre eigenen Hände binden, sie dürfe sich nicht selbst in eine Lage versetzen, derzufolge sie in einem gegebenen Augenblick gehindert würde, das zu tun, was sie in ihrem Interesse zu tun wünscht. Ich glaube, daß, wenn ich diesen Standpunkt einnehme, ich nicht in Kollision komme mit dem Gesetzartikel XII vom Jahre 1867, denn die Vorbedingung der völligen Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich wünscht dieser Gesetzesartikel ausschließlich für die Art der Verhandlung der gemeinsamen Angelegenheiten.

Abg. Graf Andrassy: Der § 25 berührt dies gar nicht.

Ministerpräsident Graf Tisza: Der § 25 lautet (liest): Die zweite Grundbedingung ist, daß die völlige Verfassungsmäßigkeit in den übrigen Königreichen und Ländern Seiner Majestät in Kraft trete, da Ungarn nur mit der verfassungsmäßigen Vertretung dieser Länder bezüglich jedweder gemeinsamen Angelegenheit verhandeln könne und Se. Majestät wünschte selbst die bisherige Art der Verhandlung dieser Angelegenheiten abzuändern, da Se. Majestät auch den übrigen Ländern verfassungsmäßige Rechte verliehen hat. Es handelt sich hier nur um die Art der Verhandlung.

Abg. Geza Polonyi: Von den gemeinsamen Angelegenheiten.

Ministerpräsident Graf Tisza: Ich bitte um Verzeihung, der Gesetzesartikel XII vom Jahre 1867 ist bezüglich der Feststellung des Inhaltes der gemeinsamen Angelegenheiten deklaratorischer Natur. (Beifall rechts.) Er konstruiert nicht neuerdings die gemeinsamen Angelegenheiten, bildet keine neue Rechtsnorm, sondern zählt die gemeinsamen Angelegenheiten auf, die sich aus der Pragmatischen Sanktion ergeben und die gemeinsame Angelegenheiten bleiben, wie immer wir sie behandeln mögen, auch wenn wir sie in der Weise behandeln, die möglich war, solange die übrigen Länder Sr. Majestät keine Verfassung besessen haben. (Zustimmung rechts.)

Ministerpräsident Graf Tisza: Ich wiederhole also, meiner Ansicht nach bezieht sich diese Einschränkung bloß auf die Behandlungsweise.

Abg. Graf Julius Andrassy: Das wurde nie so interpretiert.

Ministerpräsident Graf Tisza: Ich kenne sehr gut die Interpretationen, welche sich in den neunziger Jahren dieshezüglich entwickelten, aber ich war auch damals nicht mit ihnen einverstanden, als ich 1903 bis 1904 als Ministerpräsident in Angelegenheit der Handelsverträge gewisse Verfügungen traf (Abg. Geza Polonyi: Gegen das Gesetz!), und ich könnte auch jetzt nicht damit einverstanden sein, so oft ich vor dem Dilemma stünde, ob ich eine solche Theorie breche oder große lebende Interessen des Landes verletze. Ich glaube, wir alle hegen den warmen Wunsch, daß in Oesterreich der ungestörte Lauf des verfassungsmäßigen Lebens gesichert werde, Ich glaube, wir alle hegen auch den warmen Wunsch, daß nach der Wahl der österreichischen Delegation diese Delegationen ihre verfassungsmäßigen Funktionen erfüllen können. Die Frage ist die, ob wir richtig vorgehen, wenn wir trotz der Auffassung der hiefür zuständigen österreichischen Staatsfaktoren, derzufolge in diesem Augenblick eine Delegation nicht gewählt werden und die vor zwei Jahren gewählte Delegation richtigerweise nicht funktionieren könne, wenn wir also trotz dieser Auffassung der kompetenten österreichischen Staatsfaktoren uns in die Auslegung eines österreichischen Gesetzes einlassen und uns in die inneren Angelegenheiten des österreichischen Staates einmengen. (Sehr richtig! rechts.) Geehrtes Haus! Ich stelle mich nicht auf den Standpunkt, daß überhaupt niemals der Fall eintreten könnte, in welchem dem ungarischen Staat und der ungarischen Regierung nicht die Pflicht zu-

Österr. Volkszeitung 8/IX. 1916

Die deutschen Schutzvereine im Kriege.

Vom Abgeordneten **J. W. Dobernig.**

Der Deutsche Schulverein ladet zur Hauptversammlung für 8. September ein. Ohne Fest, ohne Prunk, ohne unterhaltendes Beiwerk. Jetzt ist nicht die Zeit geräuschvoller Festlichkeiten. Ernst lagert über den Gemütern all derer, die für Wesen und Wert des Vaterlandes tiefer empfinden, die an ihrem Volke hängen und für beide schon in friedlicher Vergangenheit selbstlos und hingebungsvoll gewirkt haben. Es gibt neben diesen auch andere, Hunderte, ja Tausende, die auch jetzt noch das Leben für einen ewigen Fasching halten und sich nicht damit abfinden können, daß außer der Sorge um des eigenen teuren Leibes Gedeihen, um Augenblicksgenuß und Sinnenbefriedigung, höhere Aufgaben täglich erstehen für jene Menschen, in deren Köpfen sich Zweck und Inhalt des irdischen Daseins anders malt. Von so gearteten Naturen ist die Deutsche Schutzvereinsbewegung in Oesterreich ausgegangen. Vor bald vier Jahrzehnten entstand der erste Deutsche Schutzverein; den heißen Wunsch eines volkstreuen Pfarrherrn in den Südtiroler Bergen, die ihm anvertrauten Pfarrkinder vor der Verwelschung zu bewahren, machten sich einige entschlossene Männer in der fernen Reichshauptstadt zu eigen und gründeten den Deutschen Schulverein, die größte der Wehren, die das deutsche Volk in Oesterreich zum Schutze und zur Erhaltung seiner im fremden Volkstum verstreuten Teile geschaffen hat.

Der Tätigkeitsbericht, welcher der diesjährigen Hauptversammlung vorgelegt wird, führt an, daß der Verein zu Beginn des Jahres 1915 51 Schulen mit 98 Klassen und 119 Kindergärten mit 139 Abteilungen besaß. Eine ganze Reihe von Schulvereinsschulen ist im Laufe der Jahre in die öffentliche Verwaltung übergegangen. Außerdem hat der Verein noch sehr viele öffentliche und von Gemeinden, Privaten und Ortsvereinen erhaltene Schulen unterstützt. Er besaß im angegebenen Zeitpunkt 131 Gebäude und Grundstücke zur Unterbringung von Vereins- und öffentlichen Schulen und Kindergärten sowie für Zwecke dieser Anstalten. Also ein Staat im Staate, jedoch nicht gegen, sondern für ihn. Denn daß die Arbeit, die der Deutsche Schulverein leistet, eine staatserhaltende im besten Sinne des Wortes seit jeher gewesen ist, diese Wahrheit hat der Krieg nur zu deutlich aufgezeigt. Es dürfte sich wohl kaum jemand mehr mit der törichten Schmähung hervorwagen, wie es in noch nicht allzu lange vergangenen Tagen häufig der Fall war, daß der Schulverein staatsgefährliche, auf die Zerreißung des Reiches abzielende Absichten verfolge und aus diesem Grunde bekämpft werden müsse. Mit solchen läppischen, aber gerade ob ihrer Einfältigkeit nur zu gern geglaubten Beschuldigungen ist es nun für immer aus, wie mit allem ähnlichen Geschwätze gegen die Schutzvereine überhaupt!

Wenn einst von den Grundbedingungen, die für die feste Haltung Oesterreichs im großen Kriege maßgebend waren, die Rede sein wird, dann werden auch unsere Schutzvereine ehrenvoll genannt werden müssen. Denn sie haben in ihren Mitgliedern den Glauben an die Unüberwindlichkeit des deutschen Volkes vertieft, die Ueberzeugung, daß wir Deutschen in Oesterreich in einem Kampfe, der um den Bestand unseres Vaterlandes geht, führend und allen anderen Völkern beispielgebend voranschreiten müssen, gestählt, und aus den Reihen der Schutzvereinler sind die tüchtigsten, zähesten und erprobtesten Kämpfer dieser schweren Zeit entsendet worden. Tausende von treuen Mitarbeitern stehen im Felde, ungezählte sind schon zu Blutzeugen für Kaiser, Vaterland und Volk geworden. Trotzdem ruht die Arbeit der Schutzvereine nicht. Sie waren es, die der öffentlichen Kriegshilfe im Hinterlande mit ihren ausgezeichneten Organisationen sofort beisprangen und in sehr vielen Fällen gelang es nur den wertvollen Kräften, die in der Schutzvereinsarbeit sich bewährt hatten, die vielfältigen Aufgaben, welche der Krieg an uns Daheimgebliebenen stellt, zu erfüllen. Allen voran haben die Frauen unserer Schutzvereine überall im Reiche tatfroh und opferfreudig eingegriffen. Ein Sieg des volkstreuen Empfindens und des demokratischen Gedankens, wie er nicht schöner sein kann!

In den Einnahmen der Schutzvereine äußert der Krieg seine Wirkung gewaltig. Daher mußten die Aufwendungen für die mannigfachen Zweige der Tätigkeit, insbesondere bei den wirtschaftlichen Schutzvereinen, sehr eingeschränkt werden. Aber sie alle arbeiten auch bei knappen Mitteln unbeirrt weiter, und wenn etwas die wenigen Hilfskräfte daheim aufzurichten und zur Ausdauer anzueifern vermag, so ist es der sieghafte Geist, der aus den Grüßen der Brüder an der Front spricht, und ihre treue Erinnerung an die Lebensnotwendigkeiten der Vereine. Jede Krone aus dem Felde zählt doppelt und dreifach, weil in ihr das starke Vertrauen liegt, daß wir die Schöpfungen deutscher Einigkeit treu behüten. Den Schutzvereinen wird nach dem Kriege noch vermehrte Bedeutung zukommen. Denn der Staat kann das, was unser Volk zu seiner Fortentwicklung und zur Stärkung seiner Stellung braucht, nicht allein leisten, auch wenn er es wollte. Wir werden demnach zugreifen müssen wie früher, vielleicht ohne die bekannten Hemmungen, vielleicht sogar mit staatlicher Förderung. Mag eine solche weit über die Erwartungen hinausgehen, das wird sie niemals erreichen, was dem deutschen Volke aus und durch sich selbst gelungen ist. Darum gilt auch für alle Zukunft das Wort: In der eigenen Kraft ruht das Schicksal der Nation!

Neue Freie Presse
8/IX. 1916

Die Schaffung einer deutschvölkischen Vereinigung im Nationalverband.

Wien, 7. September.

Die monatelangen Bemühungen zur Neuordnung der deutschen Parteiverhältnisse im Parlament sollen in der allernächsten Zeit zu einem Teilergebnisse führen. Am 12. d. wird in Wien innerhalb des Deutschen Nationalverbandes eine deutschvölkische Vereinigung gebildet werden. Die neue Gruppe der deutschen Parlamentarier dürfte rund 50 Mitglieder umfassen und damit von vornherein die stärkste Gruppe innerhalb des Nationalverbandes bilden. Die Bestrebungen, die deutschen Parteien in einem festgefügten Verbande zu vereinigen, um auf diese Weise zu einer starken und volkstümlichen Vertretung der Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich zu gelangen, bewegten sich ursprünglich auf einer breiteren Grundlage. Aus der Wählerschaft war der deutliche Wunsch ausgesprochen worden, die Eigenbrötelei der Fraktionen beiseite zu stellen und das allen Deutschen in Oesterreich Gemeinsame zur Basis einer parlamentarischen Politik zu machen, die zugleich eine Volkspolitik wäre. Diese Bemühungen sind jedoch gerade an gewissen Fraktionsinteressen gescheitert. Die Bestrebungen wurden aber fortgesetzt mit dem Plane, zunächst innerhalb des Nationalverbandes jene Abgeordneten zu sammeln, welche keiner der Sondergruppen des Nationalverbandes angehören. Den Kern der neuen Vereinigung bilde die Deutschvölkische Vereinigung, die aus der früheren Gruppe der Jungdeutschen hervorgegangen war. Die neue Gruppe soll also eine erweiterte Deutsch-völkische Vereinigung werden. Sie würde die Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes mit Ausnahme der Deutschradikalen, der Agrarier und der deutschen Arbeiterpartei umfassen.

Die Schwierigkeiten, welche der Bildung dieser neuen Vereinigung, die als Kristallisationspunkt für eine Neuordnung der deutschen Politik im künftigen Parlament gedacht ist, entgegengesetzt wurden, gehen aus einem Artikel hervor, den Abgeordneter Einspinner in der „Grazer Tagespost" veröffentlicht.

Reichsratsabgeordneter Einspinner schreibt: Eine Meldung aus Wien besagt, daß die Deutsch-völkische Vereinigung am 12. d. die konstituierende Versammlung abhält und daß vermutlich der Beitritt von fünfzig Abgeordneten zu erwarten sei, so daß diese Gruppe eine der stärksten innerhalb des Nationalverbandes sein werde. An diese Kombination wird die sonderbare Bemerkung geknüpft, daß auch der Beitritt der Pantz-Gruppe zu der neuen Vereinigung bevorstehend sei, wofür allerdings als Vorbedingung die Pantz-Gruppe ihren Eintritt in den Nationalverband anmelden müßte. Diese Meldung wird in der offensichtlichen Absicht verbreitet, den Zusammenschluß der deutschen Abgeordneten, eingeschlossen die Pantz-Gruppe, von vornherein zu verhindern. Es liegt auf der Hand, daß man es einer parlamentarischen Gruppe wesentlich erschwert, einer Vereinigung beizutreten, wenn man ihr von vornherein in gehässigster Weise vorhält, daß früher Unstimmigkeiten bestanden haben. Es ist traurig, daß immer wieder gegen den Zusammenschluß der deutschen Abgeordneten mit derartigen Mitteln gearbeitet wird, und es scheint, daß Kräfte an der Arbeit sind, die es unbedingt verhindern wollen, daß sich eine größere Gruppe deutscher Abgeordneter vereinigt. Zudem ist dieser die Pantz-Gruppe betreffende Nachsatz nicht einmal wahr, weil die deutsche Arbeitsgemeinschaft, um die es sich hier handelt, volle politische Selbständigkeit besitzen wird und daher allein zu entscheiden hat, ob sie diese oder jene Gruppe aufnimmt oder nicht.

Neue Freie Presse
8/IX. 1916

Die Scheu der Abgeordneten vor der Oeffentlichkeit.

Eine Zuschrift des Abgeordneten Ernst Viktor Zenker.

Wien, 7. September.

Vom Reichsratsabgeordneten Ernst Viktor Zenker erhalten wir die folgende Zuschrift:

An den Herrn Herausgeber der „Neuen Freien Presse",
Sehr geehrter Herr!

In der Nummer vom 27. August Ihres geschätzten Blattes veröffentlichten Sie einen Aufsatz „Scheu vor der Oeffentlichkeit bei den Abgeordneten", in welchem Sie den Abgeordneten in ihrer Gesamtheit den Vorwurf machen, daß sie die Oeffentlichkeit fliehen, die Fühlung mit dem öffentlichen Leben verloren hätten, an der Erörterung der die unmittelbarsten Lebensinteressen des Volkes berührenden Angelegenheiten nicht teilnehmen, gegen die bestehenden Zensurverhältnisse nicht wirksam auftreten und nicht einmal den Verkehr mit ihren Wählern pflegen. Da es keinem Abgeordneten von Pflichtgefühl und Verantwortlichkeitsbewußtsein gleichgültig sein kann, daß ein so allgemein gehaltener Vorwurf allgemeinen Glauben finde, was gewiß geschähe, wenn er unwidersprochen bliebe, erwarte ich von Ihrer Loyalität, daß Sie auch nachstehender Erwiderung in Ihrem geschätzten Blatte Publizität verleihen werden.

Was zunächst den Vorwurf anlangt, daß die Presse in dem Kampf um das offene Wort seitens der Abgeordneten verlassen worden wäre, muß festgestellt werden, daß er ein schweres Unrecht zumindest an den der Minderheit angehörigen Vertretern des deutschen Volkes bedeutet. Es mag ja sein, daß die deutschen Parteien, die der Regierung am nächsten standen und noch stehen, also auch das gewichtigste Wort in dieser Sache hätten sprechen können, ihre offenkundige Pflicht verabsäumt und sich erst allzuspät ihrer erinnert haben. Aber die freiheitlichen deutschen Abgeordneten der verschiedenen Richtungen haben diesen Vorwurf nicht verdient. Ich selbst war im Verein mit freiheitlichen Wiener Abgeordneten schon in den ersten Kriegsmonaten beim Herrn Justizminister, um eine erträglichere Handhabung der Zensur zu erwirken; ich machte Sr. Exzellenz auch einen ganz sachlichen Vorschlag, indem ich um die Einrichtung eines aus Journalisten aller politischen Richtungen bestehenden Zensurbeirates bat, ähnlich wie er bei der Theaterzensur besteht. Der Vorschlag wurde sehr anerkennend aufgenommen, aber geschehen ist nichts; auch sonst trat in den Zensurverhältnissen keine Aenderung ein, wohl aber wurde der kurze Bericht, den wir über unseren Besuch den Zeitungen zukommen ließen, nicht veröffentlicht, wahrscheinlich, weil er von der Zensur nicht zugelassen wurde. So viel ich weiß, haben auch andere freiheitliche Gruppen ähnliche Versuche zur rechten Zeit unternommen — mit dem gleichen Erfolg. Unser Interpellationsrecht können wir nicht ausüben. Was also hätten wir sonst noch tun sollen?

Wie die Dinge liegen, ist es uns ganz unmöglich gemacht, nicht nur für die Freiheit der Presse in den gebotenen Grenzen, sondern auch für irgendein anderes Interesse wirksam einzutreten. Es muß doch jedermann einsehen, daß ein gewählter Volksvertreter, dem es versagt ist, auch nur die leiseste Kritik an den allgemeinen politischen Verhältnissen zu üben, wenig Lust verspüren kann, sich zum Ratgeber im einzelnen aufzuwerfen. Hängen denn nicht alle Verwaltungsmaßregeln, die während des Krieges getroffen wurden, aufs innigste zusammen, und kann man sich mit einer dieser Fragen ernsthaft kritisch befassen, ohne auf den Grund der Mängel einzugehen? Ein Politiker ist wie ein Arzt, der ätiologisch vorzugehen hat; würde man einem Arzte zumuten, die Symptome der Krankheit zu behandeln, nicht aber auf deren Ursache sich einzulassen, er würde sich empfehlen und die Verantwortung anderen überlassen. Trotz dieser gewiß gerechtfertigten Erwägung haben es viele Abgeordnete, besonders die Wiener, im Anfange versucht, in die Debatte über die praktischen Verwaltungsmaßregeln einzugreifen. Die Wirkung war, wenn wir einer von der Regierung abweichenden sachlichen Meinung waren oder unbequeme Vorschläge machten, fast immer das — Zensurverbot. Ich selbst besitze ein ganzes Bündel von inhibierten Artikeln über wirtschaftliche und finanzielle Fragen. Jeder einzelne Wiener Abgeordnete kann ganze Romane über seine Zensurerlebnisse während des Krieges erzählen. Wundern Sie sich da, daß wir endlich die Feder niederlegten und die Geschäfte der Verwaltung jenen überließen, die später dafür die verfassungsmäßige Verantwortung werden tragen müssen?

Und nun nur noch ein Wort über die angebliche Vernachlässigung unserer Wähler. Es dürfte Ihnen ja nicht unbekannt sein, daß die Versammlungs- und Redefreiheit beiläufig mit demselben Maße zugemessen wird wie die Preßfreiheit. Es gibt ja Abgeordnete und Parteien, die volle Versammlungsfreiheit besäßen. Gerade diese machen aber, vielleicht in richtiger Würdigung der wahren Gesinnung ihrer Wähler, von dem ihnen gebotenen Rechte wenig oder keinen Gebrauch. Die anderen Abgeordneten aber, die es nicht zu dieser Abgeklärtheit gebracht haben, halten keine Versammlungen ab, weil sie keine Lust haben, bloße Redeübungen zu veranstalten. Ich selbst habe, bevor ich eingerückt bin, also bis zum Januar dieses Jahres, wiederholt versucht, Wählerversammlungen abzuhalten und mußte zur Erkenntnis kommen, daß dies unmöglich sei, ohne meine Wähler zu enttäuschen.

Nein, verehrter Herr Redakteur, es gibt kein Mittel, um die uns übertragene Pflicht zu erfüllen. Nicht wir fliehen aus der Oeffentlichkeit, die Oeffentlichkeit ist uns verschlossen. Nicht wir haben Scheu vor der Oeffentlichkeit, und es heißt dieses Unglück nicht bekämpfen, wenn man auch jene Abgeordneten, die sich ihrer Pflicht vollauf bewußt sind, diese aber nicht erfüllen können, auch noch vor der Oeffentlichkeit anklagt. Die Sache ist so, daß wir von jeder Mitarbeit und damit auch von jeder Mitverantwortung enthoben würden.

Indem ich Sie nochmals ersuche, diesen Zeilen in der „Neuen Freien Presse" gütigst Raum geben zu wollen, zeichne ich in Hochachtung ergebenst

Ernst Viktor Zenker,
Reichsratsabgeordneter.

Pester Lloyd
8./IX. 1916

61

Die Anträge der Grafen Albert Apponyi und Julius Andrássy.

Heute wurden im Abgeordnetenhause die folgenden Anträge, die nunmehr in Druck vorliegen, verteilt:

Reichstagsabgeordneter Graf Albert Apponyi hat folgenden Antrag unterbreitet:

Ich bitte, den folgenden Gesetzentwurf auf die Tagesordnung zu stellen, zu verhandeln und anzunehmen:

Gesetzentwurf

betreffend die Modifizierung des § 39 G.-A. XII:1867.

§ 1. Dem § 39 des G.-A. XII:1867 ist der folgende neue Absatz hinzuzufügen: Die Verfügung des § 29 Gesetzartikel III: 1848, wonach „die Minister vor jedem Hause des Reichstages auf deren Verlangen zu erscheinen und die erwünschten Aufklärungen vorzutragen gehalten sind", wird auf den gemeinsamen Minister ausgedehnt.

§ 2. Diese Verfügung berührt nicht jene Bestimmung des § 27 des G.-A. XII:1867, laut der „das gemeinsame Ministerium neben den gemeinsamen Angelegenheiten die Angelegenheiten der besonderen Regierung weder des einen noch des anderen Teiles führen oder auf diese einen Einfluß ausüben darf". Sie berührt ferner nicht die den Wirkungskreis der gemeinsamen Minister und der zur Beratung über die gemeinsamen Angelegenheiten entsendeten Ausschüsse, sowie die Verantwortlichkeit der gemeinsamen Minister feststellenden Verfügungen des G.-A. XII:1867.

Der Antrag des Grafen Julius Andrássy lautet:

Das Haus möge die Regierung anweisen, die erforderlichen Schritte zur Einberufung der Delegation einzuleiten.

Neue Mitglieder der Apponyi-Partei.

Unter dem Eindrucke einer großen, allgemein beachteten Rede, die Abgeordneter Graf Albert Apponyi heute in der geschlossenen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt, haben die Abgeordneten Julius Györffy und Edmund Bartha, die bisher keiner Partei angehörten, ihren Eintritt in die Apponyi-Partei angemeldet.

Neues Pester Journal 8./IX. 1916 63

Die parlamentarische Lage.

Gerüchte. — Strömungen. — Konzentrirung der Kräfte.

In parlamentarischen Kreisen spricht man seit Tagen über die Möglichkeit eines Konzentrationskabinets. Irgendwelche aktuelle Begebenheiten oder Thatsachen liegen den hierauf bezüglichen, sehr stark verbreiteten Nachrichten und Gerüchten nicht zu Grunde. Man tappt völlig im Dunkeln, man hört Ansichten, vernimmt vage Anspielungen, aber irgend etwas Konkretes weiß Niemand. Klopft man bei tonangebenden Mitgliedern der Regierungspartei auf den Busch, so zucken sie die Achseln und legen den Finger an den Mund, als wollten sie andeuten, daß darüber nicht gesprochen werden dürfe; will man die Führer der Opposition ausholen, so thun sie, als könnten sie nicht bis drei zählen, auf beiden Seiten also spielt man sich als sehr vorsichtige Diplomaten auf, vielleicht deshalb, um kommenden Ereignissen nicht vorzugreifen oder Werdendes nicht zu gefährden. Forscht man weiter und fragt man indiskreterweise, ob etwa Coulissengeheimnisse obwalten, so erhält man die Antwort: Die Ereignisse der letzten Tage im Parlament sind so deutlich, daß jede Geheimnißthuerei als überflüssig erscheint.

Also es gehen doch Dinge vor, die sich allerdings — namentlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen — der Oeffentlichkeit und der öffentlichen Erörterung entziehen. Unverkennbar aber ist, daß sich in parlamentarischen Kreisen in den letzten Tagen Strömungen zeigen, die auch dann beachtet werden müssen, wenn man den Dingen noch nicht ganz klar auf den Grund sehen kann. Die Opposition hat die Parole ausgegeben, man müsse angesichts der gegenwärtigen Situation des Landes alle vorhandenen Kräfte vereinigen, um auf solche Art neue Begeisterung in den großen Massen zu entfachen. In verschiedentlichen Reden, Aeußerungen und Bemerkungen wurde diesem Wunsch nach Konzentration aller nationalen Kräfte ganz unverhohlen Ausdruck gegeben. Man hat, um diesen Wunsch der Opposition der Verwirklichung entgegenzuführen, sogar versucht, der Regierung eine Brücke zu bauen, indem man sagte, daß ein Mann, und sei er selbst so stark wie Graf Tißa, die Riesenlast der Verantwortung für alle gegenwärtigen Ereignisse allein nicht tragen könne, er soll also die kolossale Bürde der Verantwortlichkeit auch auf andere Schultern übertragen. Andere gehen noch weiter und behaupten, Tißa's Position würde nur verstärkt werden, wenn er sich wieder darauf berufen könnte, daß die ganze Nation auf seiner Seite stehe.

All diese Argumente werden lebhaft besprochen; in den Couloirs des Abgeordnetenhauses bildeten dieselben den Gegenstand eifriger Diskussion und man hörte auch schon die Entgegnung darauf. Es sind nicht nur objektive, sondern auch subjektive Gegensätze vorhanden. Das Bestreben nach Einigkeit könnte ja honorirt werden, wenn alle oppositionellen Politiker so konsequent an der Aufrechterhaltung des nationalen Einvernehmens und vollster Solidarität festhalten würden, wie dies Graf Albert Apponyi und Graf Julius Andrássy seit Ausbruch des Krieges bekundet haben. Aber so lange auch solche Erscheinungen möglich sind, wie sie seitens der Károlyi-Gruppe in Szene gesetzt wurden, könne man an die Aufrichtigkeit einer Konzentrationsaktion nicht recht glauben.

Also wieder eine Menge von Wenn und Aber. Und trotzdem, der Gedanke gewinnt immer mehr Anhänger, die Idee wird mit Lebhaftigkeit propagirt und auf keiner Seite wird sie energisch abgelehnt. Aber es darf nicht verschwiegen werden, man hört auch die Befürchtung, daß die Anschlußfreudigkeit der Opposition darauf zurückzuführen sei, daß durch die Zuführung ihrer Kraft in die Majorität eigentlich eine Sprengung des stärksten parlamentarischen Kraftfaktors bezweckt werde, man also sehr, sehr vorsichtig sein müsse. Die Geschichte des trojanischen Pferdes mahnt die Nationale Arbeitspartei zur Zurückhaltung, aber bei reellen Angeboten ließe sie gewiß mit sich reden.

*

Das Organ der Károlyi-Partei, „Magyarország", nimmt übrigens heute Abend schon ganz deutlich zu dem Projekt eines Konzentrationskabinets Stellung und meint, man sei nun auch schon auf der Seite der Regierungspartei zur Erkenntniß gelangt, daß die Verantwortung kein leeres Wort sei und daß man an dem Lauf der Dinge ändern müsse. Das Lebensinteresse des Landes erfordere es, daß Männer wie Andrássy und Apponyi ihr Talent dem Wohle des Vaterlandes widmen. Andererseits aber sei es natürlich, daß die Károlyi-Partei an der neuen Formation keinen Antheil nimmt, erstens deshalb nicht, weil jede Partei nur für ihre eigene Politik die Verantwortung übernehmen könne, zweitens deshalb nicht, weil auch die im Werden begriffene Konzentrationsregierung einer Kontrolle bedürfen wird.

*

Die lange Dauer der heutigen geschlossenen Sitzung machte es unmöglich, daß die für heute anberaumte Tagesordnung ganz erledigt werde. Demzufolge mußte die ganze heutige Tagesordnung auf die nächste Dienstagsitzung gestellt werden, in Folge dessen der Beginn der Berathung der Andrássy- und Apponyi'schen Anträge (Delegationseinberufung und Abänderung des G.-A. XII:1867) im besten Falle erst für die Mittwochsitzung erwartet werden kann. Im Rahmen der Debatte über diese beiden Anträge dürfte die Eventualität eines Konzentrationskabinets eingehender erörtert werden.

*

Die bisher außerhalb der Parteien stehenden oppositionellen Abgeordneten Edmund Barta und Julius Györffy haben heute ihren Anschluß an die Partei des Grafen Albert Apponyi angemeldet.

*

Ein großer Theil der siebenbürgischen Abgeordneten hat sich heute nach Siebenbürgen begeben, wird dort die Grenzbezirke aufsuchen, um nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Berathungen über ihre Erfahrungen an Ort und Stelle zu berichten.

*

Ministerpräsident Graf Stephan Tißa wird sich während der Reichstagspause nach Wien begeben.

Neue Freie Presse
9/IX. 1916

Hauptversammlung des Deutschen Schulvereines.

Wien, 8. September.

Heute vormittag fand im Festsaale des neuen Schulvereinshauses, Wien, 8. Bezirk, Florianigasse — zum erstenmal im eigenen Hause des Deutschen Schulvereines, von dessen Giebel eine Fahne in den schwarz-rot-goldenen Farben grüßend wehte — die diesjährige Hauptversammlung statt. Zu dieser 35. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Schulvereines waren trotz der Kriegszeit zahlreiche Vertreter der Ortsgruppen und viele Gäste erschienen. Der Vorsitzende, Obmann Dr. Gustav Groß, war in der Lage, die Vertreter von 425 Ortsgruppen mit 1290 Stimmen zu begrüßen. Aus allen deutschen Kronländern Oesterreichs, auch aus der Bukowina, waren Vertreter und Gäste erschienen und auch aus dem Deutschen Reiche hatten sich Gäste zur Schulvereinstagung eingefunden.

Unter den Erschienenen befanden sich: Herrenhausmitglied Hermann Braß, die Reichsratsabgeordneten Doktor Bodirsky, Magister Hummer, Iro, Dr. v. Oberleithner, Dr. Waber und Wolf, die Landtagsabgeordneten Bürgermeister Inderka (Iglau) und Ohrfandl (Wien), in Vertretung der Stadtgemeinde Wien Vizebürgermeister Rain, Stadtrat Angermayer, Gemeinderat Daberkow sowie Magistratsdirektor Doktor Nüchtern, Hofrat Dr. v. Wettstein u. v. a. Auch zahlreiche Vertreter deutscher Schutzvereine und deutscher Körperschaften waren erschienen.

Entschuldigungsschreiben hatten gesandt Ministerpräsident Graf Stürgkh, ferner die Minister Freiherr v. Georgi, Dr. v. Spitzmüller, Dr. Freiherr v. Forster und Dr. Freiherr v. Hussarek sowie Statthalter Dr. Freiherr v. Bleyleben, der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester, Landmarschall Prinz Liechtenstein, eine große Anzahl von Reichsratsabgeordneten des Deutschen Nationalverbandes und deutschen Landtagsabgeordneten.

Ueber den Verlauf der Sitzung liegt uns folgender Bericht vor:

Obmann Dr. Groß eröffnete die Jahreshauptversammlung mit folgender Ansprache: Mehr noch als in anderen Zeiten umfaßt die Schulvereinsgemeinde in diesen Tagen ein gemeinsames Fühlen und Denken. Wir und alle Deutschen weit hinaus über diesen Saal sind heute erfüllt von einem unbegrenzten und unerschöpflichen Dank für unsere tapfere Armee, die in heldenmütigem Ringen deutschen Boden vor feindlichem Einbruch bewahrt hat, aber auch von dem innigen heißen Wunsche, daß es unseren Helden gelingen möge, nach allem, was sie großes getan haben, den endgültigen Sieg an ihre Fahnen zu fesseln. Wir sind auch überzeugt, daß unserem greisen Herrscher, dem wir in unerschütterlicher Treue und Hingebung unsere Huldigung darbringen, seinen Verbündeten und unseren tapferen Heeren dieser Sieg beschieden sein wird. Wenn auch ehemalige Bundesgenossen in verräterischer Weise uns in den Rücken gefallen sind, so kann das unsere Zuversicht nicht erschüttern. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß sie den verdienten Lohn finden werden, wozu vorgestern ein verheißungsvoller Anfang gemacht worden ist. (Lebhafter Beifall und Heilrufe.)

Um unseren Gefühlen Ausdruck zu geben, bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät Kaiser Franz Josef, Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. und die verbündeten Armeen, sie leben hoch!"

Die Versammelten erheben sich von den Sitzen und bringen ein begeistertes dreimaliges Hoch aus.

Vorsitzender Obmann Dr. Groß widmet hierauf dem gewesenen Schriftführer des Deutschen Schulvereines Professor Dr. Karl Partisch, der infolge einer Krankheit, die er sich auf dem Kriegsschauplatze zuzog, den Tod fand sowie den verstorbenen Mitgliedern des Aufsichtsrates Hofrat Dr. von Czyhlarz und Dr. Karl Ritter v. Feistmantel tiefempfundene Nachrufe.

Vizebürgermeister Rain überbringt im Namen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, der am Erscheinen verhindert ist, die herzlichsten Grüße und heißt im Namen der Stadtgemeinde Wien die Vertreter und Gäste des Deutschen Schulvereines willkommen. Vizebürgermeister Rain schließt seine Begrüßungsansprache mit den Worten: Wir alle müssen uns voll und ganz der großen Aufgabe bewußt sein, welche wir zu erfüllen haben, um die heimische Scholle, den heimischen Herd zu stützen. Wenn wir alle, die deutschen Männer und die deutschen Frauen, unsere Pflicht erfüllen, dann können wir hoffen, daß nach dem siegreichen Kampfe ein kräftiges deutsches Oesterreich erblühen und wachsen wird. (Lebhafte Heilrufe und Händeklatschen.)

In Erledigung der Tagesordnung werden die Berichte der Leitungsmitglieder erstattet und genehmigt und der Vereinsleitung für die Vereinsjahre 1914 und 1915 die Entlastung erteilt.

Schuldirektor Decker aus der Bukowina dankt dem Schulverein für die Liebe und Treue, womit sich dieser des Deutschtums in der Bukowina angenommen hat. Es sind, führt Schuldirektor Decker aus, nicht die schlechtesten, die sich in der Bukowina angesiedelt haben; es sind Schwaben, Deutschböhmen und Zipser. Daß sie ihr Volkstum bewahrt haben, ist mit ein Verdienst des Deutschen Schulvereines. (Lebhafte Heilrufe.)

Obmann Dr. Groß dankt für das in den Abstimmungen zum Ausdruck gekommene Vertrauen, welches die Vereinsleitung durch Anspannung aller Kräfte zu rechtfertigen bestrebt sein werde. (Heilrufe.)

Hierauf werden im Sinne der Satzungen die Neuwahlen für einen Teil der Vereinsleitung vorgenommen und einstimmig die bisherigen Leitungsmitglieder gewählt.

Obmann Dr. Groß sagte in herzlichen Worten allen Erschienenen Dank für ihre Arbeit und ihre Tätigkeit im Dienste des Deutschen Schulvereines, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die nächste Hauptversammlung des Deutschen Schulvereines nach siegreich beendetem Kriege bereits in glücklicher Friedenszeit begangen und gefeiert werden könne. (Heilrufe.)

Fremdenblatt
10./IX. 1916

Eine neue deutsche Partei.

H. Prag, 9. September. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Das „Prager Tagblatt" meldet: „Die in der jüngsten Zeit aus allen deutschen Parteikreisen laut gewordene Forderung nach einem engeren Zusammenschluß aller deutschen Parteien und Abgeordneten zur nachdrücklicheren Vertretung der deutschen Volksinteressen in Oesterreich wird in der kommenden Woche wenigstens teilweise erfüllt werden. Am 12. September versammelt sich in Wien die Deutschvölkische Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes, die sogenannte jungdeutsche Partei. An dieser Versammlung werden auch bereits zahlreiche städtische deutschfreiheitliche Abgeordnete aus den Sudetenländern teilnehmen. Führende Mitglieder der deutschvölkischen Vereinigung, der bekanntlich bisher nur Abgeordnete aus den Alpenländern und aus Niederösterreich angehören, haben im Verlaufe der letzten Zeit mit sudetenländischen Abgeordneten wiederholt Besprechungen gepflogen, die zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Die neue parlamentarische Vereinigung, die am nächsten Dienstag in Wien entstehen soll, wird mehr als 50 Abgeordnete umfassen, und zwar neben den Abgeordneten der bisherigen Deutschvölkischen Vereinigung zahlreiche, jetzt nicht in der deutschradikalen oder Agrarpartei organisierte Städtevertreter aus den Sudetenländern und auch solche Abgeordnete, die bisher dem Deutschen Nationalverband überhaupt nicht angehört haben, darunter alle Mitglieder der Pantz-Gruppe. Der Deutsche Nationalverband wird dann aus drei Parteien bestehen, den Deutschradikalen, den Deutschagrariern und der neuen Städtepartei, unter denen zahlenmäßig die neue Gruppe ausschlaggebend sein wird. Man erwartet von dieser Neugründung eine innere Kräftigung und gute Einwirkung auf den Nationalverband, dessen politische Kraft nach außen gewinnen soll.

Am 14. September wird der Deutsche Nationalverband bereits unter diesen neuen Verhältnissen zu einer neuen Vollversammlung zusammentreten. Jene bisher außerhalb des Verbandes stehenden deutschen Abgeordneten, die sich der Deutschvölkischen Vereinigung anschließen, werden auf Grund des Verbandsstatutes gleichzeitig auch Mitglieder des Nationalverbandes. In seiner letzten Vollversammlung hat der Verband nach einer eingehenden Debatte über die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Fragen den Vorstand mit einer Reihe von Aktionen betraut, über deren Resultat Bericht erstattet werden wird. Hiebei wird das Verhältnis des Verbandes zur Regierung und die Frage des Verhältnisses zu Ungarn eingehend erörtert werden.

Arbeiterzeitung
10./IX. 1916

66.

Zwei Methoden.

In Ungarn soll ein Konzentrationsministerium eingesetzt werden. Es war davon im Verlauf des Krieges wiederholt die Rede; aus der Rede Andrassys erfuhr man auch, daß der Plan bisher daran gescheitert ist, daß die Opposition einen anderen Ministerpräsidenten begehrte, wogegen Graf Tisza natürlich der Ueberzeugung war, daß er sowohl der richtige wie der unentbehrliche Führer sei. Was man nun hochtrabend Konzentrationsministerium nennt, wäre selbstverständlich nur die bescheidene Tatsache, daß Andrassy, Apponyi, Rakovszky und so fort Minister werden; niemand wird meinen, daß man in Ungarn die Kräfte etwa so zu konzentrieren gedenkt, daß auch die Rumänen oder Slovaken ihren Anteil an der Macht erhalten; und die „Konzentration" würde sich natürlich nur in der herrschenden Klasse vollziehen, nur die Zusammenfassung der Politik des Grundadels und der plusmacherischen Bourgeoisie bedeuten. Das Konzentrationskabinett mag seinen politisch-parlamentarischen Sinn haben; an den schrecklichen Dingen, die jetzt in der Welt vorgehen, würde es wenig ändern.

Beachtenswert ist vielleicht eine andere Seite der Sache. Unverkennbar bestand die Absicht, den Reichstag, in dem der Burgfrieden aufgesagt worden war, mit tunlichster Beschleunigung heimzuschicken. Der Einbruch der Rumänen, der die Gemüter in Ungarn natürlich besonders bewegt, schien ein Grund mehr; hatte man doch leidenschaftliche Reden zu erwarten, die zu vernehmen keiner Regierung angenehm ist. Es ist in den zwei Sitzungen des Abgeordnetenhauses auch gar nicht glimpflich zugegangen. Der Ministerpräsident wurde mit den heftigsten Zwischenrufen überschüttet, zeitweilig konnte er nicht weitersprechen: es ist uns in Erinnerung geblieben, wie man solche Szenen, die in jedem Parlament vorkommen und sich schon aus dem Beisammensein vieler, den Stimmungen zugänglicher Menschen erklären, zu nennen beliebt, wenn sie sich nicht gerade in Budapest ereignen. Zum mindesten eine „Schmach", von der sich das Volk „empört abwende" und die man sofort beendigen müsse; man „beendigt" sie auch sofort. Und was geschieht in Ungarn? Der Reichstag wurde nicht weggeschickt, die Opposition hat, weil man den Ministerpräsidenten zwei Sitzungen hindurch nach Verdienst behandelte, an Ansehen nicht gelitten, und die Frucht der Stürme, die man anderswo als Schande bezeichnet und die nach der hergebrachten Auffassung dazu nicht nur berechtigen, ein derart „exzedierendes" Parlament heimzuschicken, die dazu sogar zwingen sollen, die scheint in Ungarn die Einladung an die Oppositionsführer zu werden, in das Ministerium einzutreten! Offenbar gibt es zwei Methoden, parlamentarische Wirren zu lösen: die eine, daß man sich des Parlaments, die andere, daß man sich der Wirren entledigt. Welche Methode man wählt, dürfte wohl davon abhängen, ob man meint, daß ein Staat in unserer Zeit ein Parlament haben müsse, oder ob man meint, daß er es nicht haben muß. Ist man der Ueberzeugung von der Unerläßlichkeit der Volksvertretung, so wird sich jede Krise im Parlament natürlich auch überwinden und lösen lassen.

Vielleicht kommt es auch darauf an, was die Betroffenen selbst meinen und wollen. Was meint und will zum Beispiel die Vertretung des deutschen Bürgertums in Oesterreich, jener tapfere Deutsche Nationalverband und die hochgemute Christlichsoziale Vereinigung? Nichts! Sie preisen sich glücklich, daß sie keine Verantwortung haben; und welchen Höhegrad moralischer Feigheit es bedeutet, für den Staat, in dessen Gemarkungen man für die eigene Nation und die eigene Klasse die Führung beansprucht, keine Verantwortung übernehmen zu wollen, kommt ihnen gar nicht in den Sinn. Wie können sie Jemand sein, wenn sie glücklich sind, ein Niemand zu sein?

Reichspost

10./IX. 1916

67

Eine Regierungsveränderung in Ungarn.

In der Opposition scheint das Verständnis dafür Platz zu greifen, daß die Fortsetzung der Szenen, wie sie in der letzten Woche das ungarische Abgeordnetenhaus gesehen hat, die willkommenste Hilfeleistung für den in Siebenbürgen eingebrochenen Feind sind, und daß es jetzt klüger und geziemender sei, jetzt besser mit Hintansetzung alles Trennenden im Innern sich zur Verteidigung des bedrängten Vaterlandes zu vereinigen. Unter diesen Erwägungen hat der Plan eines alle Parteien umfassenden Konzentrationskabinettes, der früher schon zu den Forderungen der Oppsition gehörte, aber immer mit dem Beifügen, daß dieser neuen Regierung Graf Stefan Tisza nicht angehören dürfe, eine neue Gestalt erhalten: Die Gruppen Andrassys und Apponyis machen das Ausscheiden Tiszas nicht mehr zur ausdrücklichen Bedingung. Dadurch ist eine gewisse Erleichterung in der Form geschaffen, die dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza zu Hilfe kommt. Die Karolyigruppe würde an dem Vereinigungsministerium nicht teilnehmen, erklärt aber, keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Dennoch ist der Plan noch nicht ganz durchgeprüft und seine Ausführung noch im Ungewissen. Bemerkenswert ist, daß jetzt im Vordergrunde wieder Persönlichkeiten wie Weckerle stehen; dieser war bekanntlich Ministerpräsident jenes Koalitionskabinetts, das nach der Zeit der passiven Resistenz am Ruder war. Jedenfalls ist bei künftigen Neugestaltungen Dr. Weckerle eine besondere Rolle beschieden.

*

Der Wert der Kritiken im ungarischen Abgeordnetenhaus wegen Siebenbürgens.

SK. Basel, 9. September. (Privat.)

Der Schweizer Oberst Karl Egli veröffentlicht in den „Basler Nachrichten" eine Darstellung der Lage in Siebenbürgen und wendet sich hiebei gegen die im ungarischen Abgeordnetenhause gefallene Kritik der Opposition wegen der Räumung eines Grenzteiles Siebenbürgens und sagt: Die Kritik wegen der Räumung einer verhältnismäßig schmalen Grenzzone ist unberechtigt, da es jedem Einsichtigen auch ohne großes militärisches Verständnis klar sein sollte, daß es mitunter ohne Preisgabe großer Interessen unmöglich ist, jeden Streifen des eigenen Landes vom Feinde freizuhalten. Rumänien hat aus politischen Gründen seinen Marsch gegen Siebenbürgen angetreten, der sich aber, wie man durch die Ereignisse bei Tutrakan sieht, in militärischer Hinsicht als unvorteilhaft erweist. Der Donner von Tutrakan werde in Bukarest mit Unruhe gehört werden.

Neues Pester Journal 68

10./IX. 1916

(Die wirthschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich.) Aus Wien wird telegraphirt: Zur Fortsetzung der zwischen den beiden Regierungen im Zuge befindlichen wirthschaftlichen Verhandlungen sind von der ungarischen Regierung Finanzminister Dr. Johann v. Teleßky, Handelsminister Baron Johann Harkányi und Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány gestern Abends halb zehn Uhr in Wien eingetroffen und im Ungarischen Palais in der Bankgasse abgestiegen. Die Berathungen werden im Laufe des heutigen Tages aufgenommen und wahrscheinlich zwei Tage in Anspruch nehmen. An den Konferenzen nehmen außer den beiderseitigen Leitern der wirthschaftlichen Ressorts auch die Ministerpräsidenten Graf Tißa und Graf Stürgkh theil.

Neue Freie Presse 10./IX. 1916

Volkspolitik und Abgeordnetenpolitik.

Wien, 9. September.

In der letzten Zeit wird wieder lebhafter von der Neuordnung der deutschen Parteiverhältnisse gesprochen. Der Deutsche Nationalverband, der Mittwoch Sitzung hält, dürfte sich abermals mit dieser Lebensfrage der künftigen deutschen Politik in Oesterreich beschäftigen. Die parlamentarische Politik der deutschen Parteien hat in den Jahren vor dem Kriege an einem Grundübel, dem kaum verhüllten Zwiespalt zwischen dem Willen der Wähler und der Taktik der Abgeordneten, gelitten. Es gab beinahe keine große innere Angelegenheit, in der die Parteien eine Haltung beobachteten, die der Empfindung der Wähler entsprochen hätte. Ob es sich um die Steuerfragen oder um die nationalen Fragen handelte, die das Parlament damals beschäftigten, die Stimmung der deutschen Bevölkerung wich häufig und oft in grundlegenden Einzelheiten von der Haltung der Abgeordneten ab. Nicht selten wurden die parlamentarischen Verbände aus der Mitte der Wählerschaft bekämpft und vor falschen Schritten bewahrt. Wenn das österreichische Parlament vor dem Kriege in einer selbstgeschaffenen Atmosphäre lebte, da es sich von dem frischen Leben absperrte, so waren von diesem Uebel in besonders starkem Maße die deutschen Abgeordneten ergriffen. Die Luft der Wandelgänge tat gerade ihnen nicht gut; auch hatten sie mehr Vorliebe für die kleinen Sonderwünsche aus ihren Wahlbezirken als für die Ueberzeugungen der Gesamtwählerschaft in den politischen Hauptfragen. Man nannte das mit listigem Augenzwinkern Mandatspolitik.

Der parlamentarischen Politik der Deutschen kam so die kraftvolle Zielsicherheit abhanden, die bei jeder auftauchenden Frage sofort mit raschem Griffe die für die nationale Vertretung richtige Haltung erfaßt. Zwischen den Einflüssen der Parlamentsluft und den Ueberzeugungen der Wähler hin und her geworfen, schwankte die Politik der Abgeordneten. Sie gewann so den Anschein des Unverläßlichen und Halbschlächtigen. Nichts prägte sich darum in den Bezirken draußen mit solcher Schärfe heraus als der Wille, daß die Abgeordneten wieder zu einer zielbewußten Politik zurückkehren müssen, die eins ist mit dem Pulsschlag des Volkes. Die Bevölkerung ist in der Not der Kriegszeit hart geworden, aus den Schützengräben wird ein willenskräftiges Geschlecht zurückkehren, das weder Verständnis noch Geduld übrig haben wird für Abgeordnete, die nicht den starken Schritt der Ueberzeugung gehen und kein Auge für die Bedürfnisse des Volkes haben. Die erste, mit elementarer Kraft und voller Einmütigkeit kundgegebene Willensäußerung der Wähler im Kriege war der Wunsch nach einer geradlinigen deutschen Volkspolitik, nach Zusammenschluß aller Kräfte in einer einheitlichen Organisation. Die Bevölkerung sieht die großen Fragen, die in der inneren Politik heraufziehen, sie drängt die Abgeordneten, die trennende Fraktionstaktik beiseite zu schieben und die Bedingungen für eine deutsche Einheitspolitik zu schaffen. Unter dem Antriebe der Wähler stehen die Bemühungen, aus dem deutschen Parteienwirrwarr zu einem großen einigen Block zu gelangen. Der Gedanke trägt das Merkmal der einfachen Volkstümlichkeit, er wird sich gegen alle Hindernisse durchsetzen. Er hat in den Kreisen der Abgeordneten sofort warme Freunde gewonnen, er ist aber sofort auch auf Widerstand gestoßen. In dem Für und Wider kamen dieselben Strömungen zur Wirkung, die früher die parlamentarische Politik der deutschen Abgeordneten zu einer so schwankenden und dem Volke unverständlichen gemacht hatten. Auf der einen Seite gleichsam die natürliche populäre Haltung, die aus dem unmittelbaren nationalen Empfinden heraus handelt, auf der anderen Seite die künstlich konstruierten Bedenken, hinter denen sich entweder pure Fraktionsrechthaberei verbirgt oder gar Einflüsse aus Kreisen her, deren undurchdringliche Diplomatie sich volkstümlichen und volksfördernden Wünschen niemals günstig erwiesen hat. Die Forderung des deutschen Volkes nach einer klaren, entschlossen die Sache der Bevölkerung führenden Politik der Abgeordneten wird jedoch so stark hervorbrechen, daß sie alle Hemmungen überwinden wird. Jene deutschen Parlamentarier, die schon jetzt auf die Stimme der Wählerschaft hören, handeln richtiger und klüger als jene, die ihre Stützen nicht in der gesunden Volkskraft, sondern irgendwo außerhalb suchen.

Alle innerpolitischen Fragen, die nach dem Kriege dringend ihre Lösung verlangen, werden nackte Lebensfragen der Bevölkerung sein. Der Krieg hat die Unerläßlichkeit einer neuen zuverlässigen Ernährungspolitik gezeigt. Man hat in dem Jahrzehnt vor dem Kriege die Erschwerung der Lebensbedingungen damit zu rechtfertigen gesucht, daß man eine reichliche Versorgung der Bevölkerung aus dem heimischen Boden in Aussicht stellte. Die unmenschliche Kriegführung unserer Feinde hat uns genötigt, eine unfreiwillige Probe auf die Selbstversorgung zu machen. Die Brot-, Milch-, Fett- und Zuckerkarten, die Preise, die geradezu wie eine Verschiebung der Vermögensverhältnisse wirken, zeigen uns, daß die Wege, die man zur Kräftigung der heimischen Produktivität eingeschlagen hat, jedenfalls nicht zum Ziele geführt haben. Wir lernen jetzt aus bitteren Erfahrungen die Nachteile einer Produktionspolitik, die künstliche Schranken errichtet hat, anstatt auf die allseitige Entfaltung der ganzen im Volke steckenden Begabung und Arbeitskraft hinzuwirken. Die Wirtschafts- und Handelspolitik nach dem Kriege wird von dem Gedanken geleitet sein müssen, das Volk zureichend und zu erschwinglichen Preisen zu nähren, die Kraft in Industrie und Gewerbe zu heben, die Bedingungen für den Wettbewerb der heimischen Arbeit auf den Weltmärkten zu erleichtern. Denn anders als durch außerordentliche Steigerung der Produktionskräfte sind die Wunden, die der lange Krieg geschlagen hat, nicht zu heilen. Mit der Gesundung der Volkswirtschaft eng verbunden ist die Ordnung der Staatsfinanzen. Die Bedeckung für die Zinsen der Kriegsanleihen wird bis auf weiteres durch die kürzlich kundgemachten Kriegssteuern und einige noch folgende Maßregeln bereitgestellt. Aber es ist gelegentlich der Erlassung der Steuerverordnung offen beklagt worden, daß der Krieg ein veraltetes und unzulängliches Finanz- und Steuersystem angetroffen hat. Die erste Sorge nach Wiederherstellung normaler Zustände wird die Schaffung einer Steuerordnung sein müssen, die die enormen Lasten dadurch erträglich macht, daß sie gleichmäßig aufgeteilt werden. Das Finanzsystem wird vor allem darauf zugeschnitten sein müssen, daß es die Produktionskräfte nicht hemmt, damit die Steuerlasten nicht auf der einen Seite die Entfaltung der Sparkraft geradezu lähmen, während auf anderen Seiten die Hand des Fiskus kaum zu spüren ist.

So ernste Fragen, von denen geradezu die Fähigkeit des Volkes abhängt, das gegenwärtige Geschlecht zu erhalten und das künftige aufzuziehen, erfordern Volksvertreter, die im Parlament mit Nachdruck die Bedürfnisse der Bevölkerung wahren, die in ihrer Gesinnung unabhängig sind, weil sie ihre Stärke nur in dem Vertrauen der Wähler suchen. Manchem deutschen Abgeordneten wurde vorgeworfen, daß seine parlamentarische Politik vor allem von der Sorge um das Mandat geleitet werde. Das Mandat ist mit Recht die Sorge und der Stolz des Abgeordneten, denn es ist der sichtbare Ausdruck des Vertrauens und der Lohn seiner Arbeit. Allein die Sicherung des Mandats auf Nebenwegen zu suchen, in der Begünstigung von Sonderwünschen und in der Anlehnung an mächtige Einflüsse, führt auf die Dauer nicht zum Ziel. Mandate, die so erworben werden, sind ein zittriger Besitz. Der gerade Weg ist auch hier der sicherste. Das Vertrauen des Volkes fällt dem leicht zu, der sich aufrichtig in den Dienst des Volkes stellt. Die beste Mandatpolitik ist die Volkspolitik. Sie wird, wenn die Mandate erneuert werden, die einzig mögliche sein.

Neue Freie Presse

10./IX. 1916

Die Bestrebungen zur Bildung einer deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Wien, 9. September.

Im Laufe der nächsten Woche finden in Wien Beratungen deutscher parlamentarischer Gruppen statt, die unter anderm auch die Bildung einer Deutschen Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke haben. Es handelt sich hiebei zunächst nicht um den Eintritt der derzeit außerhalb des Deutschen Nationalverbandes stehenden deutschfreiheitlichen Abgeordneten oder Parteien in den Verband, sondern um die Schaffung der Vorbedingungen für ein gedeihliches Zusammenwirken des Nationalverbandes mit den übrigen dem Abgeordnetenhause angehörigen deutschfreiheitlichen Politikern. Hiebei kommen in erster Linie die Wiener freiheitlichen Abgeordneten und die Alldeutschen in Betracht, auch die sogenannte Pantz-Gruppe (Deutsches Zentrum) soll herangezogen werden. Wie sich diese Gruppen zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft stellen werden, steht noch nicht fest. Doch erwartet man in unterrichteten Kreisen den Anschluß der Mehrzahl der in diesen Gruppen vereinigten Abgeordneten an die Arbeitsgemeinschaft. Die Anregung zu dieser Neubildung geht auf die Deutschvöltische Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes zurück, die bereits am 17. Juli 1916 den Gedanken, eine große deutsche Freiheitspartei zur kräftigen Vertretung des deutschen Volkes zu schaffen, begrüßte und beschlossen hat, in dieser Frage eventuell selbständig vorzugehen.

Die Deutschvöltische Vereinigung, die gegenwärtig 19 Mitglieder zählt, wird am 12. d., wie wir bereits gemeldet haben, eine Sitzung abhalten. Voraussichtlich wird in dieser Sitzung durch den Eintritt der sogenannten verbandsunmittelbaren Abgeordneten des Nationalverbandes — derzeit 21 — eine wesentliche Verstärkung erfahren. Am 27. August wurde in einer Besprechung, welche zwischen den Abgeordneten Dr. Urban (Böhmen), Freiherrn d'Elvert (Mähren) und Dr. Freißler (Schlesien) stattfand, dieser Anschluß an die Deutschvöltische Vereinigung den keiner Parteigruppe angehörenden Verbandsmitgliedern empfohlen. Durch Eintritt der 21 Abgeordneten würde die Deutschvöltische Vereinigung zur stärksten Gruppe innerhalb des Nationalverbandes werden.

Mit der Bildung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft wird sich am Mittwoch den 13. September auch das Plenum des Deutschen Nationalverbandes befassen, und von dem Ergebnis der Beratungen des Verbandes wird es dann abhängen, ob ein Eintritt neuer Parteigruppen in den Nationalverband stattfindet oder ob und in welchem Umfange die Deutsche Arbeitsgemeinschaft neben dem Deutschen Nationalverband wirken wird. In der Mittwochsitzung wird sich der Nationalverband auch mit den nationalen Verhältnissen in Böhmen, mit den Vorgängen in Ungarn sowie mit anderen aktuellen innerpolitischen Fragen beschäftigen. Es ist auch in Aussicht genommen, dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh das Ergebnis der Beratungen durch eine Abordnung mitzuteilen.

Die Wiener Deutschfreiheitlichen werden sich morgen zu einer Beratung versammeln.

Neue Freie Presse 10./IX. 1916

Die Aussichten eines Konzentrationskabinetts in Ungarn.

Von unserem Korrespondenten.

Budapest, 9. September.

In den Erörterungen über die Möglichkeit eines Konzentrationskabinetts sind im Laufe des heutigen Tages neue wichtige Momente nicht aufgetaucht. Erwähnenswert ist nur, daß auch innerhalb der Karolyi-Partei wohl für die Schaffung eines Konzentrationskabinetts entschieden Stimmung gemacht, gleichzeitig jedoch angedeutet wird, daß diese Partei aus ihrer gegenwärtigen oppositionellen Haltung keinesfalls heraustreten und somit auch an einer eventuellen neuen Kabinettsbildung nicht teilnehmen will. Da es nahezu unmöglich wäre, ein Aktionsprogramm festzustellen, auf welchem sich die Arbeitspartei und die Karolyi-Partei einigen könnten, so wäre damit eine wesentliche Schwierigkeit beseitigt, wobei man trotzdem annehmen könnte, daß die Karolyi-Partei sich einem Konzentrationskabinett gegenüber freundlich verhalten und einer solchen Regierung keine außerordentlichen Schwierigkeiten bereiten würde. Im Kreise der Arbeitspartei wird gesagt, daß es schwer sei, sich eine Konzentrierung der Kräfte zu denken, bei der Graf Tisza, ohne Zweifel einer der starken politischen Kräfte Ungarns, ausgeschaltet wäre; das wäre genau das Gegenteil einer Konzentration und auf dieser Grundlage würde sich die Verwirklichung des so viel erörterten Planes keinesfalls denken lassen.

Schon die Abwesenheit des Grafen Tisza von der ungarischen Hauptstadt bringt es mit sich, daß derzeit keine ernsten Begegnungen stattfinden können, die mit dem Plane eines Konzentrationskabinettes zusammenhängen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß vor der Wiedereröffnung der parlamentarischen Verhandlungen eine Berührung stattfinden wird, die geeignet wäre, den Dingen eine neue Wendung zu geben. Die Regierung erwartet nicht, daß die oppositionellen Parteien ihre auf eine Teilnahme an den Regierungsgeschäften gerichteten Wünsche klarer und entschiedener formulieren werden und ebensowenig erwartet die Opposition, daß das Kabinett die Initiative zu einer Neugestaltung der Dinge ergreifen werde. Beide Teile stimmen stillschweigend darin überein, daß sie zunächst den Verlauf jener Debatte abwarten wollen, die sich über die Anträge der Grafen Andrassy und Apponyi entspinnen wird und die am Mittwoch im Abgeordnetenhause ihren Anfang nehmen soll. Am Verlaufe dieser Debatte bietet sich an und für sich mehr Gelegenheit zu Zusammenkünften zwischen den verschiedenen Parteien, welche sich außerhalb des Parlaments bei der heutigen Stimmung der leitenden Persönlichkeiten noch immer nur in schwerfälliger Weise bewerkstelligen lassen. Ueberdies wird auch die Debatte die Klärung der Anschauungen fördern. Die Opposition hat die Absicht, ihre besten Kräfte in dieser Debatte vorauszuschicken und will nochmals mit ganzer Wucht die Idee einer Sammlung der Kräfte in den Vordergrund schieben.

Die Haltung der Opposition ist in dieser Frage wenigstens, was das Wesen betrifft, eine ziemlich einheitliche. Es gibt dort niemanden, der nicht ein überzeugter Anhänger der Konzentrierung wäre. Allerdings versteht man darunter nicht immer ein und dasselbe. Wenn man auch von der Auffassung der Karolyi-Partei, die sich die Konzentrierung der Kräfte mit Ausschluß des Grafen Tisza vorstellt, absieht, so findet man noch immer zahlreiche Verschiedenheiten in den Auffassungen. Die einen treten für ein Konzentrationskabinett ein, in welchem die Führer der Partei an die Spitze einzelner Ressorts treten würden, die anderen meinen, daß die Führer der Opposition ohne Portefeuilles Sitz und Stimme im Kabinett erhalten. Noch andere denken an eine Vereinigung aller 1867er Parteien und an ein aus dieser Vereinigung hervorgehendes einiges Kabinett, während man den außenstehenden oppositionellen Parteien in irgendeiner Form Gelegenheit geben würde, vor den großen Entscheidungen ihren Einfluß geltend zu machen. Alle stimmen aber darin überein, daß es eine wesentliche Voraussetzung des Konzentrationskabinetts wäre, daß dem Grafen Andrassy auch auf die auswärtigen Angelegenheiten Einfluß eingeräumt wird.

Was die Regierungspartei betrifft, so gibt es hier einzelne Elemente, die es gern sehen würden, wenn die Opposition an der Verantwortung für die Ereignisse teilnehmen würde, und man hofft auch, daß eine solche Lösung die vertrauensvolle Stimmung im Lande festigen und heben würde. Anderseits wäre jedoch die Regierungspartei schwerlich für eine Lösung zu gewinnen, die den Einfluß des Grafen Tisza ausschaltet oder auch nur wesentlich verringert. Ein anderer Teil der Partei hegt schon an und für sich die größte Besorgnis vor einem Konzentrationskabinett, von dem befürchtet wird, daß es Wege einschlagen könnte, bei denen die mit schwerer Mühe errungene Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses abermals verloren gehen könnte. Es ist schwer festzustellen, welche Stärke die mehr oder minder versöhnliche Strömung in der Partei hat. Da aber auch die versöhnlichen Elemente großes Gewicht darauf legen, daß der bisherige Einfluß des Grafen Tisza nicht erheblich geschmälert wird, und alle politischen Gestaltungen, die der Opposition vorschweben, tatsächlich mit einer solchen Schmälerung des Einflusses des gegenwärtigen Kabinettschefs verbunden wären, so sieht man auch hier vorläufig keine praktische Form der Lösung. Vereinzelt dürften sich in der Arbeitspartei auch Männer finden, die einen Schritt weitergehen und ihrer Sympathie für den Konzentrationsgedanken offen Ausdruck geben wollen. Es dürfte dies in der Weise zum Ausdruck kommen, daß diese Männer im Laufe der Debatte über den Antrag des Grafen Andrassy für diesen eintreten werden, selbst wenn sie infolgedessen aus der Partei austreten müßten.

Die Debatte über den Antrag des Grafen Andrassy verspricht einen außerordentlich interessanten Verlauf zu nehmen und wird jedenfalls für die Lösung der politischen Spannung Ungarns von Bedeutung sein. Am letzten Mittwoch hatte bekanntlich die Karolyi-Partei alle Interpellationen unter der Bedingung zurückgezogen, daß ihr im Laufe der Debatte über den Antrag Andrassy die Möglichkeit geboten werde, die betreffenden Fragen zur Sprache zu bringen. Auf ihre Anfrage hat der Vorsitzende Vizepräsident Szasz ausdrücklich erklärt, daß der Opposition die Möglichkeit dazu offen stehe. Nun befindet sich aber in dem Material, das den Interpellationen zugrunde lag, auch eine Reihe von Fragen, deren Erörterung nach der vom Grafen Tisza im Parlamente ausgesprochenen Ansicht in der gegenwärtigen Situation die Interessen des Landes schädigen würde. Die Regierungspartei hat denn auch in den Besprechungen, welche vor einer Woche stattfanden, keine Verpflichtung übernommen, die Debatte über die Anträge Andrassy und Apponyi unter allen Umständen zu Ende zu führen, sondern sich ausdrücklich vorbehalten, in dem Falle, als die Debatte einen ihrer Ansicht nach bedenklichen Verlauf nehmen sollte, die Anträge von der Tagesordnung abzusetzen. Wie es scheint, will die Opposition zu Beginn der Debatte bloß mit ernsten Argumenten auftreten und die Erörterung solcher Fragen vermeiden, die der Regierungspartei Gelegenheit zu einem Abbruche der Debatte geben würden. Sie wird aber jedenfalls sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Konzentrierung der Kräfte verweisen, und wenn sie damit nicht das gewünschte Ziel erreicht, will sie allmählich ihren Ton steigern. Was sie auf diesem Wege erreichen wird, mag davon abhängen, wie weit sie imstande ist, die Stimmung in der Regierungspartei zu beeinflussen. Vorläufig besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, daß es ihr gelingen wird, eine Krise innerhalb der Regierungspartei selbst herbeizuführen. Wenn aber dies nicht der Fall ist, dann wird die Regierung in der einen oder andern Form die Debatte abbrechen, wenn möglich ohne eine Vertagung des Abgeordnetenhauses, wenn es aber notwendig werden sollte, auch mit einer solchen Maßregel.

Reichspost

10./IX. 1916

72

Eine neue „jungdeutsche" oder „Städtepartei" im Nationalverband.

Prag, 9. September. (Privat.)

Dem „Prager Tagblatt" wird aus Wien gemeldet: „Am 12. September versammelt sich in Wien die deutschvölkische Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes, die sogenannte „jungdeutsche Partei". An dieser Versammlung werden auch bereits zahlreiche städtische Abgeordnete aus den Sudetenländern teilnehmen. Führende Mitglieder der „Deutschvölkischen Vereinigung", der bekanntlich bisher nur Abgeordnete aus den Alpenländern und aus Niederösterreich angehören, haben im Verlaufe der letzten Zeit mit sudetenländischen Abgeordneten wiederholt Besprechungen gepflogen, die zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Es hat sich gezeigt, daß in diesem Fall die Fernhaltung äußerer Einflüsse wohltätig gewirkt hat. Die neue parlamentarische Vereinigung, die am nächsten Dienstag in Wien entstehen soll, wird mehr als 50 Abgeordnete umfassen, und zwar neben den Abgeordneten der bisherigen „Deutschvölkischen Vereinigung" zahlreiche jetzt nicht in der deutschradikalen oder Agrarpartei organisierte Städtevertreter aus den Sudetenländern und auch solche Abgeordnete, die bisher dem Deutschen Nationalverband überhaupt nicht angehört haben, darunter die (bekanntlich in ihrer Mehrheit agrarischen D. R.) Mitglieder der Pantz-Gruppe. Der Deutsche Nationalverband wird dann aus drei Parteien bestehen, den Deutschradikalen, den Deutschagrariern und der neuen Städtepartei (?), unter denen zahlenmäßig die neue Gruppe ausschlaggebend sein wird.

Am 14. d. wird der Deutsche Nationalverband bereits unter diesen neuen Verhältnissen zu einer neuen Vollversammlung zusammentreten. Jene bisher außerhalb des Verbandes stehenden deutschen Abgeordneten, die sich der deutschvölkischen Vereinigung anschließen, werden auf Grund des Verbandsstatutes gleichzeitig auch Mitglieder des Nationalverbandes. In seiner letzten Vollversammlung hat der Verband nach einer eingehenden Debatte über die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Fragen den Vorstand mit einer Reihe von Aktionen betraut, über deren Resultat Bericht erstattet werden wird. Wie der Berichterstatter des genannten Prager Blattes meldet, wird hiebei das Verhältnis des Verbandes zur Regierung und auch die Frage des Verhältnisses zu Ungarn eingehend erörtert werden".

Reichspost
11./IX. 1916

73

Die Schwierigkeiten eines Konzentrationskabinetts.

Sonderbericht unseres J. H.-Berichterstatters.

Budapest, 10. September.

Der Gedanke des Konzentrationskabinetts hält das ganze politische Leben Ungarns in seinem Banne. Die Opposition schöpft aus jeder Aktion der Mehrheit neue Hoffnungen, doch bei der Regierungspartei häufen sich die persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten immer mehr.

Die sachlichen Schwierigkeiten sind allbekannt. Graf Tisza ist geneigt, die Führer der Opposition in das neue Kabinett aufzunehmen, doch wünscht er demgegenüber, daß die Opposition ihre Kampflust vor der Türe lasse und damit das harmonische Zusammenwirken des Parlaments sichere. Die Opposition aber will nicht abrüsten und ist nur geneigt, mit ihrer Kritik in Kriegsfragen zwar zurückzuhalten, fordert aber in jedem anderen Falle freie Hand. Die Nationale Arbeiterpartei wäre auch in dieser Hinsicht zu Zugeständnissen geneigt, wenn die Führer der Opposition sämtliche oppositionelle Nuancen im Zaume halten wollten und dies garantierten. Dies wäre jedoch nur auf die Apponyipartei und die Volkspartei bezüglich möglich, während die Karolyi-Justh-Gruppe keinerlei Nachgiebigkeit zeigt, ja den schonungslosen Kampf in Aussicht stellt, nicht nur der Regierungspartei sondern auch der Opposition gegenüber, falls dieselbe die letztere unterstützen wollte. Die Opposition fürchtet nun, daß die Karolyi-Justh-Gruppe sich dadurch die Sympthien der sonst oppositionsgetreuen öffentlichen Meinung Ungarns zusichern werde.

Da auf diese Weise die Abrüstung der ganzen Opposition nicht gesichert ist, behandelt die Regierung die Frage mit der größten Behutsamkeit, fürchtend, daß im Falle des Eintritts der oppositionellen Führer in das Kabinett sich dasselbe wiederholen könnte, was das System der „Vertrauensmänner" über den Haufen warf.

Neue Freie Presse
11/IX. 1916

Die Bildung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Wien, 11. September.

Morgen um 10 Uhr vormittags wird die deutschvölkische Vereinigung des Nationalverbandes — die ehemaligen Jungdeutschen — zusammentreten, um die in den letzten Wochen gemachten Vorbereitungsarbeiten zur Schaffung einer deutschen Arbeitsgemeinschaft zum Abschlusse zu bringen. Den Kern der Arbeitsgemeinschaft wird die deutschvölkische Vereinigung bilden, der sich die im Nationalverband befindlichen, keinen anderen Parteien angehörenden deutschen Abgeordneten anschließen sollen; außerdem wird auch anderen deutschen Abgeordneten, die außerhalb des Nationalverbandes stehen, der Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft offen sein.

Die Arbeitsgemeinschaft ist als der Anfang zur Bildung einer deutschen Partei gedacht, die später zusammen mit der deutschen Agrarpartei maßgebenden Einfluß auf die deutsche Politik nehmen soll. Mittwoch wird sich auch eine Vollversammlung des Nationalverbandes mit diesen Fragen der deutschen Parteiorganisation beschäftigen.

Der Abend
11./IX. 1916

11

75

Zur angeblichen Bildung einer deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Falsche Meldungen über die Wiener freiheitlichen Abgeordneten.

Gestern wurde gemeldet, daß im Laufe der nächsten Woche Beratungen deutscher parlamentarischer Gruppen in Wien stattfinden, die unter anderem auch die Bildung einer deutschen Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke haben. Es handelt sich hiebei zunächst nicht um den Eintritt der derzeit außerhalb des Deutschen Nationalverbandes stehenden deutschfreiheitlichen Abgeordneten oder Parteien in den Verband, sondern um die Schaffung der Vorbedingungen für ein gedeihliches Zusammenwirken des Nationalverbandes mit den übrigen dem Abgeordnetenhause angehörigen deutschfreiheitlichen Politikern. Hiebei kommen in erster Linie die Wiener freiheitlichen Abgeordneten und die Alldeutschen in Betracht, auch die sogenannte Pantz-Gruppe (Deutsches Zentrum) soll herangezogen werden. Wie sich diese Gruppen zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft stellen werden, steht noch nicht fest. Doch erwartet man in unterrichteten Kreisen den Anschluß der Mehrzahl der in diesen Gruppen vereinigten Abgeordneten an die Arbeitsgemeinschaft. Die Anregung zu dieser Neubildung geht auf die Deutschvölkische Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes zurück.

Mit derselben Frage soll sich Mittwoch auch das Plenum des Deutschen Nationalverbandes befassen, und vom Ergebnis wird es abhängen, ob ein Eintritt neuer Parteigruppen in den Nationalverband stattfindet oder ob und in welchem Umfange die zu bildende deutsche Arbeitsgemeinschaft neben dem Deutschen Nationalverband wirken wird.

Die „Neue Freie Presse" behauptet im Anschlusse an diese Meldung, daß sich die Wiener deutsch-freiheitlichen Abgeordneten Sonntag zu einer Beratung in dieser Angelegenheit versammelten.

Wir sind von maßgebender Seite zu der Mitteilung ermächtigt, daß der auf die Wiener deutschfreiheitlichen Abgeordneten bezügliche Teil der Meldung in der „N. Fr. Pr." falsch ist und jeder Grundlage entbehrt. Man ist an diese Abgeordneten bisher in keiner Form herangetreten, sie hatten deshalb keinen Anlaß zu einer Beratung, und es besteht auch bei der Mehrzahl keine Geneigtheit, auf die von der „N. Fr. Pr." erwähnten Pläne einzugehen. Es ist nicht klar ersichtlich, was mit diesen Ausstreuungen beabsichtigt wird.

Pester Lloyd
12./IX. 1916

Gerüchte über ein Konzentrationskabinett.

Seit einigen Tagen ist in unserer Presse vielfach von dem Plane eines Koalitionskabinetts die Rede gewesen, teils in Form von Wünschen, teils in Form von Informationen, die — etwas voreilig — auch schon Näheres über Art und Weise und Zeitpunkt des Eintrittes der oppositionellen Führer in das Ministerium auszusagen wußten.

Diesen Nachrichten tritt nun „Magyar Hirlap", das Organ des Grafen Julius Andrássy, in seiner heutigen Nummer mit den folgenden Ausführungen entgegen:

„Die Erörterungen und Kombinationen über ein Koalitionskabinett dauern an, obgleich auch in jüngster Zeit nichts geschehen ist, was als ein Schritt zur Verwirklichung dieser Idee oder als Grundlage zu der Annahme, daß dergleichen sich vorbereite, zu bewerten wäre. Von keiner Seite ist solches geschehen, auch von der Regierungsseite nicht.

Von oppositioneller Seite erfolgten nach diesem Ziele hin gerichtete Schritte vor mehr als fünf Vierteljahren, im Mai 1915. Das war nach dem Ausbruch des italienischen Krieges, als in dieser Angelegenheit zwischen den Oppositionsführern und dem Herrn Ministerpräsidenten ein Briefwechsel stattfand. Im Verlaufe dieses Briefwechsels legten die oppositionellen Führer dar, daß sie eine Kooperation als notwendig und eine solche auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten als möglich erachten. Bloß wünschten sie nicht, in das unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten stehende Kabinett einzutreten, und zwar begründeten sie dies nicht etwa mit persönlichen Motiven oder solchen der inneren Politik. Ihr Standpunkt war, daß sie die ganze Neugestaltung, getrieben von den Lehren des Ausbruchs des italienischen Krieges, zu dem Zwecke wünschen, in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten einen Wandel herbeizuführen. Wenn jedoch der Herr Ministerpräsident als solcher in der Regierung verbliebe, dann würde angesichts der verfassungsmäßigen Rolle des ungarischen Ministerpräsidenten betreffend die auswärtige Politik auch die Führung der letzteren wenigstens nicht sicher und nicht verbürgt eine Veränderung erfahren . . . Demgegenüber hatte der Herr Ministerpräsident Besorgnisse, ob unter den gegenwärtigen Umständen die Agenden des Ministerpräsidenten in anderen Händen als den seinigen gut versorgt wären, — und an diesem Punkte blieben stecken und scheiterten auch die Verhandlungen über die Bildung eines Koalitionskabinetts."

Das ist der Wortlaut der Ausführungen des Andrássyschen Organs. Wir möchten dazu bemerken, daß der Wunsch nach Uebergabe des Ministerpräsidiums in andere Hände damals von der Minorität geäußert wurde; die Mehrheit des Parlaments und der öffentlichen Meinung hegte solche Wünsche nicht. Da die Opposition auch jetzt noch an ein Koalitionskabinett ohne das Ministerpräsidium des Grafen Stefan Tißa zu denken scheint, so kann festgestellt werden, daß in bezug auf die Undurchführbarkeit einer solchen Kombination sich seit dem Mai 1915 nichts geändert hat.

Auch im Klub der Partei der nationalen Arbeit bildeten die Gerüchte über die Möglichkeiten eines Konzentrationskabinetts heute abend den Gesprächstoff. Es rang sich die Auffassung durch, daß eine solche Kombination unmöglich Wirklichkeit werden könnte. Es wurde betont, daß eine Verwirklichung dieser Idee schon durch die Stellungnahme verhindert sei, die Graf Julius Andrássy in den auslandspolitischen Fragen bekundete. Doch auch die notwendige Regelung großer wirtschaftlichen Fragen, namentlich der Frage des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Oesterreich, verhindert die Verwirklichung der Kombinationen eines Konzentrationskabinetts. Graf Albert Apponyi hat hierüber keinem Zweifel Raum gelassen, indem er im Abgeordnetenhaus ausdrücklich konstatierte, daß das gegenwärtige Abgeordnetenhaus seines Erachtens nicht einmal die Befugnis zur Regelung jener wirtschaftlichen Fragen besitze, deren Regelung von der Mehrheit als unumgängliche Notwendigkeit betrachtet und gefördert wird.

Neue Freie Presse
12./IX. 1916

Die Abgeordneten im Kriege.

Eine Zuschrift des Abgeordneten Dr. Ignaz Steinhaus. Mitglied des Polenklubs.

Vom Reichsratsabgeordneten Dr. Ignaz Steinhaus erhalten wir die folgende Zuschrift aus Jaslo:

„Sehr geehrter Herr Redakteur!

Der Aufsatz „Scheu vor der Oeffentlichkeit bei den Abgeordneten", welchen Ihr geschätztes Blatt in der Nummer vom 27. August veröffentlicht hat, veranlaßt mich, zu demselben Stellung zu nehmen.

In dem genannten Aufsatz wird den Abgeordneten der Vorwurf gemacht, daß sie in der gegenwärtigen parlamentslosen Zeit die mit dem Besitze ihres Mandats verbundenen Pflichten nicht erfüllen. Der Vorwurf ist nicht gerechtfertigt.

Viele meiner Kollegen werden Ihnen jedoch zu Dank verpflichtet sein, daß Sie diese Frage zur Diskussion gestellt haben, denn es wird uns hiedurch Gelegenheit geboten, auf unsere äußerst schwierige Lage in der Ausübung unserer Mandate die Oeffentlichkeit aufmerksam zu machen.

Man darf nicht einen Augenblick außer acht lassen, daß wir einerseits durch die Vertagung des Abgeordnetenhauses um den unmittelbaren Kontakt mit der Regierung gebracht worden und daß uns anderseits die kriegerischen Ereignisse ganz besondere Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben, welche uns die Aufrechthaltung des unmittelbaren Verkehrs mit den Wählern außerordentlich erschwert haben.

Die große Inanspruchnahme der Regierungsorgane mit den laufenden Agenden, welche während des Krieges ins Unermeßliche gestiegen sind, bringt es mit sich, daß man wegen Erwirkung einer Besprechung mit den Ministern und den Referenten sich förmlich anstellen und zufrieden sein muß, wenn einem eine Konferenz von einigen Minuten gewährt wird.

In der Regel verläßt man das Regierungsgebäude unverrichteter Dinge — aus dem Grunde, weil die Referenten an Sitzungen teilnehmen, welche Tag für Tag stattfinden.

Wenn weiter berücksichtigt wird, daß uns mangels der Parlamentstribüne und mangels der Presse nur der Weg der Besprechungen mit den Ministern und den Referenten offen steht, dieser Weg jedoch — wie oben erklärt wurde — nicht immer gangbar ist, so ersieht man schon daraus, wie gering die Möglichkeiten sind, uns so zu betätigen, wie es im Interesse unserer Wähler erwünscht wäre.

In vielen Fällen werden wir wieder vor ein Fait accompli in Form kaiserlicher Verordnungen gestellt.

Trotz aller dieser Hemmnisse haben jedoch die Abgeordneten des Polenklubs eine unsägliche Fülle von Arbeit verrichtet und ein jeder von uns wird mit reinem Gewissen vor seine Wähler treten können.

Selbst von Haus und Gut vertrieben, haben wir an der wichtigen Aktion in der Flüchtlingsfrage mitgearbeitet, die Flüchtlingsbaracken besichtigt, Wünsche und Beschwerden entgegengenommen, Anträge wegen Verbesserung der Lage der Flüchtlinge der Regierung unterbreitet, die Initiative zum Wiederaufbau des Landes ergriffen und an den vielen Verordnungen, welche diesbezüglich erlassen wurden, mitgearbeitet.

Trotz der Schwierigkeiten, welche mit einer Reise von und nach Galizien verbunden waren, haben die meisten Abgeordneten den größten Teil des Jahres im Eisenbahnzug und auf primitiven Bauernwagen zugebracht, alles in Augenschein genommen und nach Kräften Abhilfe geschaffen oder eine solche zu schaffen versucht.

Wenn trotzdem ein ganz geringer Teil dessen erreicht wurde, was wir zu erreichen bestrebt waren, so ist die Schuld sicherlich nicht an uns.

Wir wollten das Beste, setzten, um es zu erreichen, unsere ganze Kraft und Energie ein — aber uns mangelten die Mittel, um unsere Pflicht voll und ganz erfüllen zu können.

Wir haben wirklich keinen Grund, uns vor der Oeffentlichkeit zu scheuen!

Indem ich Sie, hochverehrter Herr, ersuche, diese Zeilen in der „Neuen Freien Presse" veröffentlichen zu wollen, zeichne ich

Ihr hochachtungsvoll ergebener

Dr. Ignaz Steinhaus,
Reichsratsabgeordneter."

Der Abend
12./IX. 1916

12
81

Arbeitspartei?

Ein Teil der Wiener Presse und der mit ihr verbundenen Provinzzeitungen tut so, als ob sich heute, am 12. September 1916 ein großes Ereignis in der politischen Welt Österreichs vollzöge. Es findet heute nämlich die Besprechung einiger Abgeordneter statt, die aus dem zufälligen Umstand, daß sie in deutschösterreichischem Sprachgebiet geboren wurden und sich schlecht und recht mit Hilfe der deutschen Sprache verständigen können, irgendwelche Forderungen ableiten, die man noch nicht in ihrer Gänze kennt, über die sich die Herren dem Anschein nach auch noch nicht ganz klar sind und die, was das Schlimmste ist, eine böse Ähnlichkeit mit den vielen dummen Dingen haben, die seit Jahren im Haus der österreichischen Abgeordneten zur Verzweiflung der arbeitenden und denkenden österreichischen Menschheit „verhandelt" wurden.

Man weiß wirklich nicht, wo die Herren des Deutschen Nationalverbandes den Mut hernehmen, jetzt vor die Öffentlichkeit zu treten. Was wir aus der Friedenszeit her von ihnen wissen, hat sie politisch längst verurteilt, und daß sie einer Wandlung zum Besseren fähig wären, haben sie im Kriege nicht gezeigt. Während die Bevölkerung die unsäglichsten Opfer brachte und auf das furchtbarste leiden mußte, hat der Deutsche Nationalverband, der sich die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes in Österreich nennt, geschwiegen, nichts als geschwiegen, nicht ein einziges Mal auch nur einen ernsten Anlauf genommen, bestimmend mitzuwirken an unserem Schicksal; und wenn aus der Bevölkerung die bittersten Vorwürfe laut wurden, dann hat er mit der Ausrede geantwortet, daß die Verhältnisse ihn zur Untätigkeit zwingen, aber vergessen, daß er an den Verhältnissen, die er jetzt verurteilt, mitschuldig ist. Das System des politischen Tagesgeschäftes, der Auffassung und Behandlung österreichischer Dinge, das wir in der Tätigkeit des Nationalverbandes in sieben Jahren des Friedens am Werke gesehen haben, dieses System ist es, das heute die Herren, die sich Politiker nennen, zum Schweigen und zum bloßen Zuschauen gebracht hat, das System, aber auch die Anschauungen, mit denen die Personen des Verbandes an die Ausübung ihrer Mandate geschritten sind. Einmal bloß während des Krieges haben wir die Nationalverbandsleute von Dingen reden gehört, die Gegenwartsinteresse hatten und die Bevölkerung aufhorchen ließen. Sie hat sich damals sofort wieder enttäuscht abgewendet. Das geschah während der Verhandlungen des Deutschen Städtetages. Hier kamen die Nationalverbändler zum Wort und neben ihnen die Leute, welche sie ins Parlament entsendet hatten, die Wortführer der großen und kleinen Städte aus der Friedenszeit. Man darf sagen, daß noch nie eine Tagung kläglicher verlaufen ist als diese. Man sprach über die Lebensmittelversorgung der deutschösterreichischen Städte, und die ganze große Versammlung zeigte sich unfähig, auch nur einen guten, brauchbaren Gedanken, der Besserung versprochen hätte, zu finden und auszusprechen. Woher diese Unfruchtbarkeit? Man ginge fehl, wollte man die Nationalverbändler samt und sonders für unfähige Dummköpfe erklären. Aber die Interessen und Anschauungen der Provinzcliquen und Stammtischhonoratioren, denen sie ihre Wahl verdanken, erlauben ihnen nicht, heute anders zu sein als sie sich im Frieden zeigen mußten, um gewählt zu werden. Seit das geschehen sind aber zwei Kriegsjahre verflossen, welche die Bevölkerung durchgerüttelt und sehend gemacht haben. Würde die Bevölkerung heute den gleichen unvorsichtigen Gebrauch vom Wahlzettel machen, wie das letzte Mal vor fünf Jahren, und wären die nationalen Biertischpolitiker auch heute noch stark genug, städtische Wähler, die Wähler starker Industriebezirke unter nationalen Schlagworten zur Wahl zu führen? Niemand zweifelt und sie selbst wissen es, daß es nicht mehr der Fall ist.

Ihre Macht ist vorbei, geblieben sind bloß die Abgeordneten. Wenn es heute Wahlen gäbe, wir glauben nicht, daß bei ihnen die böhmische Kreiseinteilung, der Kampf südlich von Cilli oder Klagenfurt die Hauptrolle spielen würde. Zwei Jahre des Krieges haben die Wähler reif gemacht für die Erkenntnis, was jede Krone Weizenzoll bedeutet, was es bedeutet, wenn Fleisch und Fett, Eisen, Leder und Webwaren an unseren Grenzen mit hohen Einfuhrabgaben belegt werden, die Bevölkerung weiß jetzt aus der bittersten Erfahrung zweier Kriegsjahre, zu wessen Nutz sie diese Zölle zahlt, sie weiß, daß die Nutznießer aller dieser Abgaben heute in den Großbanken organisiert sind und sich dort jede Krone zinsbar machen. Sie begreifen daher heute, was früher als Widersinn erschien, warum der deutsche Agrarier Damm nebem dem Industriellen Licht in einem Verband sitzen mußte. Sie begreifen, daß die Herren unter der falschen nationalen Flagge auch weiterhin beisammen sitzen wollen. Werden sie es aber dulden? Wir glauben es nicht. Wir glauben auch nicht, daß die Kleinbürger und Arbeiter der deutschen Provinzen ihre Vertreter weiterhin in Gemeinschaft mit den Herren Damm und Licht werden sehen wollen. Was soll daher heute noch der Nationalverband und was stellt man sich unter einer deutschen Arbeitsgemeinschaft vor, die doch nichts anderes sein kann als das alte Ding unter neuem Namen. Und kann jemand ernsthaft glauben, daß Wiener Abgeordnete, die reine Verbraucherinteressen zu vertreten haben, auch nur entfernte Berührung mit einem Verband dieser Art unterhalten dürfen?

Die Herren, die vor fünf Jahren gewählt wurden, können zwar heute ohne jede Hemmung tun und unterlassen, was ihnen beliebt; sie werden aber, wenn die Wähler wieder zu Wort kommen, Rechenschaft abzulegen, Klarheit zu geben haben, zunächst nicht, wie sie über die Zukunft der Deutschen in Böhmen oder Südsteiermark, sondern wie sie über die Preise von Nahrung und Kleidung denken, über die Pflichten, die städtische Vertreter auf diesem Gebiet haben. Von diesen Fragen und all dem, was mit ihnen unmittelbar zusammenhängt, wird es abhängen, ob sie ihre Mandate behalten werden. Daran mögen die Herren heute denken. W.

Die Zeit Abendbl. 13/IX. 1916

Baron Burian verteidigt sich.

Eine Unterredung mit dem Minister des Aeußern.

Z Budapest, 13. September. (Priv.-Tel.)

Budapesti Hirlap veröffentlicht eine Unterredung, die der Minister des Aeußern Baron Burian einem Mitarbeiter des Blattes gewährte:

Die Einberufung der Delegationen.

„Ich würde der erste sein," sagte der Minister, „der die Einberufung der Delegationen aufs wärmste begrüßen würde, denn dann würde mein erzwungenes Stillschweigen ein Ende haben, und ich könnte meinen Anklägern Aug' in Auge gegenüberstehen."

Bezüglich der oppositionellen Vertrauensmänner erklärte der Minister unter anderem: „Auf dem Gebiet der vertraulichen Mitteilungen konnte ich über eine gewisse Grenze nicht hinausgehen, die mir durch meine amtliche verantwortliche Stellung gezogen wird. Unter gewissen Umständen hängt der Erfolg von gewissen Verhandlungen und Uebereinkünften davon ab, daß Verschwiegenheit beobachtet wird."

Weiter führte der Minister aus: „Ich habe sehr gern die Meinung der Herren angehört, aber selbstverständlich konnte ich mich nicht dazu verstehen, ihren Rat zu befolgen. Schließlich habe ich meine eigene Anschauung und kann nur mit meinem Kopf denken."

Das Verhältnis zu Rumänien.

Auf die Frage, ob man vielleicht um den Preis von Opfern die feindselige Gesinnung Rumäniens hätte entwaffnen können, erwiderte der Minister:

Der rumänische Angriff hat uns nicht überrascht. Wir waren darauf vorbereitet. Unser Bukarester Gesandter sah alle Phasen der Vorbereitungen Rumäniens und berichtete über die Gefahr. Aehnlich hat auch der deutsche Gesandte seine Regierung informiert. Ich selbst brachte in Bukarest vier Jahre zu, und auch während meines Aufenthaltes in Bulgarien beobachtete ich sorgsam die Vorgänge in Rumänien. Ich kenne die Psyche des rumänischen Volkes. Wir kannten die frankophilen Gefühle Rumäniens und die Neigungen Bratianus, der sich von allem Anbeginn zur Entente hingezogen fühlte. Sein falsches Spiel konnte uns für keinen Augenblick täuschen. Wir wußten, daß er, sobald er es ohne Risiko tun kann, uns angreifen werde. Schon im Vorjahre, zur Zeit der italienischen Kriegserklärung, drohte die rumänische Gefahr. Aber damals konnten wir es verhindern, daß uns wenigstens nicht gleichzeitig zwei neue Feinde angreifen, und zwar deshalb, weil Rumänien den Einsatz für zu hoch erachtete. Während der allgemeinen Offensive der Entente im Juni und nach den Vorgängen bei Luck begann Rumänien abermals mit den Rüstungen, was unsere Gesandtschaft Tag für Tag verzeichnete.

Aber, es hätte auch jetzt nicht seine feindliche Aktion in Angriff genommen ohne den dringenden Druck der Entente und das im letzten Augenblick erfolgte Ultimatum Rußlands. Rumänien hätte gern die Zeit abgewartet, wo unsere Feinde uns ganz niederbrachen, um sich dann ohne Gefahr auf die Beute zu stürzen. Aber Rußland hat sowohl im eigenen Namen als im Namen der Entente eine Botschaft doppelten Inhalts an Rumänien gesendet. Der eine Teil lautete dahin, daß Rumäniens Intervention für die Entente nur im gegenwärtigen Augenblick nützlich sein kann. Falls es diesen Augenblick versäume, verliere die Intervention ihren Wert und dadurch werden alle glänzenden Versprechungen an Rumänien, mit denen es von der Entente ermuntert wurde, null und nichtig. Der andere Teil der Botschaft teilte Rumänien in Form eines Ultimatums mit, daß, was immer auch Rumänien beschließen möge, das russische Heer Rumänien als Kriegsgebiet betrachte und durch dieses Gebiet ziehen werde. Dies veranlaßte Rumänien, uns in einem Augenblick anzugreifen, als es noch nicht für den Krieg vollständig gerüstet war, und da Bratianu noch eine Zeitlang zögern wollte, damit für Rumänien keinerlei Risiko mehr bestehe. Schließlich hat aber die Entente nur dahin gedrängt, wohin es sich selbst begeben wollte, und unter solchen Umständen konnten wir es absolut nicht zurückhalten.

Ich konnte also nichts anderes unternehmen, als die rumänischen Vorgänge mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und die kompetenten Faktoren, Regierungen und die Kriegsleitung von allen Phasen der drohenden Gefahr zu verständigen. Andererseits aber klärte ich unsere Situation gegenüber dem rumänischen Angriff mit unseren verbündeten Staaten. Wohl wußte ich, daß wir in guten und bösen Tagen unerschütterlich aufeinander rechnen können, aber ich hielt es für meine Pflicht, auch der Form nach die vollständige Harmonie festzustellen. Es bestand also kein Fehler hinsichtlich der Orientierung und der Voraussicht der Gefahr. Wir waren über Rumänien und Bratianu vollständig im klaren. Nur den Augenblick des Angriffes wußten wir nicht genau voraus.

Aber selbst Graf Andrassy erkannte, daß man den Augenblick des Angriffes nicht ausrechnen konnte. Sowohl dies als der Ort des Angriffes ist dasjenige, was der Gegner am stärksten geheimhält. Ueber militärische Vorbereitungen kann ich mich nicht äußern. Ich weiß aber, daß wir die territoriale Integrität Oesterreichs und Ungarns verteidigen und den Krieg deswegen führen, und wenn Graf Julius Andrassy jene Angebote, die wir vor der italienischen Kriegserklärung diesem Lande, also einer Großmacht, machten, erniedrigend fand, um wie vieles erniedrigender wäre es für uns gewesen, wenn wir auch das Wohlwollen des kleinen Rumänien durch territoriale Konzessionen hätten erkaufen müssen. Und auch unter der Voraussetzung, daß wir nur um den Preis eines Gebietes der Monarchie Rumänien hätten gewinnen wollen, wäre es nur eine natürliche Folge gewesen, daß der perfide kleine Nachbar vergrößert und gestärkt mit erhöhtem Appetit sich auf uns gestürzt hätte.

Die Verhandlungen mit Italien.

Bezüglich der Kritik Andrassys an den Verhandlungen mit Italien hob der Minister hervor, Andrassy habe eine Auswahl aus diplomatischen Noten vorgelesen, einzelne Stücke, und diese so gruppiert, wie es ihm beliebte, ohne andere zu berücksichtigen. Ich versichere, betonte der Minister, daß ich andere Stücke auswählen könnte, woraus hervorgehen würde, daß Sonnino keineswegs der vorwurfsfreie wackere Mann ist, als den ihn Andrassy hinzustellen geneigt ist.

Die Friedensfrage.

Ueber den Friedensschluß äußerte sich der Minister folgendermaßen: Wenn sich die Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens ergeben hätte, hätten wir und Deutschland mit Freuden diese Gelegenheit ergriffen. Was speziell den rumänischen Einfall betrifft, so scheint das Hineindrängen des unvorbereiteten Rumäniens in den Krieg nicht so sehr die Stärke als vielmehr die Schwäche der Entente zu beweisen. Wenn die Entente wirklich so stark wäre, als sie es zu verkünden liebt, so hätte sie es nicht notwendig, einen solchen Druck auf Rumänien auszuüben, noch auch so bedeutende materielle Opfer zu bringen, um die Hilfe der kleinen Armee Rumäniens zu erkaufen. Ich will nicht prophezeien, aber ich wage zu sagen, daß ich Rumänien gegenüber einen sicheren und schnellen Erfolg erhoffe. Nach dem Zusammenbruch Rumäniens und nach dem geringen Erfolg der jetzigen gemeinsamen Offensive dürfte die Entente denn doch einsehen, daß das weitere Blutvergießen ganz zwecklos ist.

Arbeiterzeitung 13./X.1916

87

Machtlos, willenlos, wirkungslos.

Der Deutsche Nationalverband hält morgen eine Versammlung, in der, wie es in der parteioffiziösen Mitteilung heißt, „zu den vorliegenden politischen Fragen entsprechend Stellung genommen werden wird". Wie wird die „entsprechende Stellungnahme" ausfallen? Wir wagen zu prophezeien: es wird eine Entschließung angenommen werden, in der auf die „vorliegenden politischen Fragen" ein schüchterner Hinweis unternommen werden wird; diese Entschließung wird von der Preßzensur zurückbehalten werden; dann wird man den schüchternen Hinweis ausmerzen und der Rest wird eine „Kundgebung" sein, aus der wirklich nicht mehr erfahren werden wird, als daß der Deutsche Nationalverband beisammen gewesen ist. Im übrigen wird der Nationalverband weiter versichern, daß er ja nichts machen könne, und seine Hände in Unschuld waschen. Die „entsprechende Stellungnahme" wird wenig entsprechend ausfallen.

Die Herren vom Deutschen Nationalverband spüren schon, daß etwas nicht in Ordnung sei, aber von dem Grade der Geringschätzung, der sie in der gesamten Oeffentlichkeit, ihre Wählerwelt eingeschlossen, verfallen sind, haben sie doch keine rechte Vorstellung. Was ist der Grund der starken Mißstimmung gegen den Nationalverband, von dem die Bestrebung auf Gründung einer neuen Partei, die sich von dem Verbande deutlich unterscheiden soll, ein schwacher Ausdruck ist? Das Gefühl, daß dem Deutschen Nationalverband in den Irrungen und Wirrungen dieser Zeit eine große Aufgabe zugefallen ist und daß er ihre Leistung und Erfüllung schuldig blieb! Wenn sich der Deutsche Nationalverband darauf beruft, daß seine Machtmittel wie die jeder politischen Partei in Kriegszeiten beschränkt seien und er eben nichts tun kann, und wenn er hofft, in dieser Berufung auf die Kriegszeit seine volle Rechtfertigung zu finden, so ist er sehr im Irrtum. Man ist nicht die größte Partei im Parlament, man ist nicht die politische Vertretung des deutschen Bürgertums, also der Klasse und der Nation, die sich dem Kriege schrankenlos verbunden fühlt, ohne daß daraus auch die Verpflichtung entstünde, auf den Gang der Dinge starken und unmittelbaren Einfluß zu üben. Der Deutsche Nationalverband rühmt sich doch, nicht etwa ein parlamentarischer Verband unter den anderen, vielmehr eine politische Vertretung ganz besonderer Art zu sein; aber diese Besonderheit begründet auch ein besonderes Maß der Verantwortlichkeit. Der Deutsche Nationalverband *hätte* die politische Entwicklung wohl zu beeinflussen vermocht, wenn er *gewollt* hätte: wenn es ihm nicht an Einsicht und an Willen gemangelt hätte. Wenn sich seiner quantitativen Bedeutung auch die qualitative zugesellt hätte, so hätte es nicht geschehen können, daß er achtlos zur Seite geschoben wird; wenn er, ein klares Ziel vor Augen, an dessen Durchsetzung sein ganzes Gewicht geknüpft hätte, so würde seine „Stellungnahme" allimmer von Bedeutung gewesen sein. Ein Verband, der die Kraft des deutschen Bürgertums verkörpert, bleibt nicht ohne Einfluß, wenn er nur das Richtige will, und daß dem Deutschen Nationalverband der Einfluß versagt blieb, beweist nur, daß er jenes politische Ziel, das volkstümlich im besten Sinne des Wortes und wohl geeignet, die Kräfte dafür lebendig zu machen, zu erkennen nicht getroffen hat. Es mögen nicht alle, die dem Deutschen Nationalverband das Vertrauen kündigen, über den Grund ihrer Abneigung im klaren zu sein, aber das Gefühl lebt in allen, daß die Vertretung des deutschen Bürgertums *anders dazustehen hat*, als der Deutsche Nationalverband dasteht, ein ganz anderer Faktor der Politik sein müßte, als es der Deutsche Nationalverband ist, daß mit diesem Verband das ganze deutsche Bürgertum machtlos, willenlos, wirkungslos gemacht wird. Und dieses Gefühl, das allgemein ist, ist durch Entschließungen und Kundgebungen nicht mehr zu bannen.

Warum ist nun der Nationalverband dieser reine Niemand geworden? *Weil er unvermögend ist, das Allgemeine zu sehen*, sondern von der Wiege bis zur Bahre nichts anderes im Kopfe haben wird als den plumpdemagogischen Kampf gegenüber den Sozialdemokraten. Würde in den Köpfen dieser deutschen Männer so etwas wie politischer Sinn leben, so hätten sie begreifen müssen, daß jetzt alle Kräfte für die Eroberung des politischen Gebietes vereinigt werden müssen, daß diese Wiedereroberung eben nur möglich sei, wenn die gemeinsame Ueberzeugung aller dafür wirkend gemacht wird. Aber man braucht sich nur zu erinnern, wie sie es getrieben haben, als es sich um die Frage handelte, wie eine Neugestaltung der politischen und nationalen Verhältnisse im böhmischen Lande herbeizuführen wäre, um zu wissen, wie sie gedacht und gehandelt haben, als man die Frage erörterte, wie der Erstarrung unserer allgemeinen politischen Verhältnisse zu begegnen wäre; dem von dem Terrorismus des Herrn Wolf beherrschten Nationalverband ist eine Politik, die sich auf große und allgemeine Ziele richtet, schlechthin unerreichbar. Er kennt nur die Mandatspolitik, und die größten und allgemeinsten Interessen müssen ihr weichen und sich ihr unterordnen. Der Krieg mag die größten Umwälzungen herbeiführen; an diesen kleinlichen, in ihre läppischen Vorurteile eingesponnenen Leuten, die nur im Vergangenen leben, geht er spurlos vorüber.

Obwohl die Sozialdemokratie gegenüber dem Deutschen Nationalverband natürlich in schärfstem Gegensatz verharrt, können wir dennoch die Unzulänglichkeit und Willenlosigkeit dieser größten Partei des deutschen Bürgertums nur beklagen. Denn wir wissen sehr wohl, daß ein politischer Fortschritt nur möglich ist, wenn alle Kräfte antauchen, und daß alles stillesteht, wenn die Deutschbürgerlichen entschlossen sind, sich nicht vom Flecke zu rühren. Die Zeit selbst hat dem deutschen Bürgertum eine große geschichtliche Aufgabe zugeschoben, und das unbestechliche Urteil der Geschichte wird über dieses politische Geschlecht, das an entscheidungsschwerer Stelle versagt hat, ein schlimmes Urteil fällen.

Neue Freie Presse
13./IX. 1916

Wien, 12. September. (Deutscher Nationalverband.) Morgen den 13. d. findet in Wien eine Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes statt, in der zu den vorliegenden politischen Fragen Stellung genommen werden wird.

Heute den 12. d., vormittags, fand unter dem Vorsitze des geschäftsführenden Obmannes Dr. Groß eine Vorstandssitzung des Nationalverbandes statt, zu der fast sämtliche Mitglieder des Vorstandes erschienen waren.

Im Zusammenhange mit diesen Beratungen des Deutschen Nationalverbandes bringen die „Deutschen Nachrichten" über die Tätigkeit des Nationalverbandes und über die Vorgänge in den Kreisen der Abgeordneten des Verbandes die folgenden Mitteilungen: Während der Kriegszeit und in den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen hielt man auf manchen Seiten die Gelegenheit für günstig, alle politischen Gehässigkeiten der früheren Zeiten zu erneuern und so begannen die Angriffe auf die parlamentarischen Vertreter des deutschen Volkes, Angriffe, die im Laufe der Zeit sich zu der wiederholt aufgestellten Behauptung steigerten, die Abgeordneten seien an dem Stillstand unseres Verfassungslebens, wenn nicht schuld, so doch mitschuldig, ihre Untätigkeit und Gleichgültigkeit sei für die gegenwärtige innerpolitische Lage verantwortlich zu machen.

Was den Deutschen Nationalverband betrifft, gegen den sich die erwähnten Angriffe hauptsächlich richteten, so hat er seit Kriegsbeginn zwar ohne Lärm, aber in desto eifrigerer Arbeit alles getan, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen getan werden konnte. Ein sehr großer Teil der geleisteten Arbeit entfällt natürlich auf die Wahlkreise, wo die parlamentarischen Vertreter, soweit sie nicht zum Militärdienste eingerückt sind, unablässig bemüht waren, wirtschaftliche Notstände zu beseitigen, die Verpflegungsschwierigkeiten überwinden zu helfen, die Kriegsfürsorge zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken. Der Deutsche Nationalverband als solcher und besonders der Vorstand hat in zahlreichen Fällen dahin gewirkt, daß die richtunggebende Tätigkeit der Regierung sich in Bahnen bewege, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Was nun aber die Vorbereitungen für die Zukunft anbelangt, so hat der Deutsche Nationalverband in wiederholten und eingehenden Beratungen seine diesbezüglichen Meinungen ausgesprochen und seine Forderungen zusammengefaßt. Er hat die Verbindung mit den anderen deutschen Gruppen herzustellen gesucht und dabei bedeutsame Erfolge erzielt, nicht ohne auch in dieser Arbeit durch einseitige Agitationen gestört zu werden. Lebhafte Aufmerksamkeit wendete der Deutsche Nationalverband den vor geraumer Zeit aufgetauchten Bestrebungen zu, die politische Organisation der deutschfreiheitlichen Wähler und Abgeordneten zu erweitern und zu vertiefen. Es stellte sich allerdings bald heraus, daß der Aufruf zur Gründung einer deutschen Arbeitspartei nicht der richtige Weg zur Erreichung dieses Zieles war. Daraus ergab sich für jeden denkenden Politiker, daß, sollte nicht die gute Absicht gänzlich ergebnislos bleiben, ein neuer Weg gesucht werden müßte. Das geschah seitens jener Abgeordneten des Nationalverbandes, die keiner besonderen Parteiorganisation, also weder der deutschen Agrarpartei, noch der deutschradikalen Partei, noch der deutschen Arbeiterpartei angehören. Das erfreuliche Ergebnis ist der Zusammenschluß dieser Abgeordneten zu einer Arbeitsgemeinschaft als der erste Schritt zur weiteren Vereinheitlichung der deutschfreiheitlichen Politik. Dabei haben wir wieder das sonderbare Schauspiel erlebt, daß der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes von einer Seite, die angeblich aus sachlichen Gründen für die Vereinheitlichung eintritt, verdächtigt wurde, als sei er ein Gegner der Einheitsbestrebungen, weil das wirtschaftliche Programm der deutschen Arbeitspartei sich gegen die Ausschreitungen des Großkapitalismus wendete. Man muß über die Kühnheit der Fälschung um so mehr staunen, als sie zur selben Zeit erfolgte, da der Nationalverbandsvorstand von anderer Seite deshalb angegriffen wurde, weil er in einer Eingabe an die Regierung sich für eine stärkere Heranziehung des mobilen Kapitals zur Deckung der Staatsbedürfnisse ausgesprochen hatte. Es ergibt sich besonders aus den zuletzt angeführten Tatsachen, daß die Angriffe gegen den Nationalverband nicht nur von denen ausgehen, die glauben, es sei nichts geschehen, wenn nichts in der Zeitung steht, sondern daß dabei auch persönliche und faktiöse Gegnerschaften zum Ausdruck kommen. Ob gerade die Urheber solcher Treibereien geeignete Träger des Einheitsgedankens sind, darüber kann das Urteil getrost der Wählerschaft überlassen bleiben.

Der Deutsche Nationalverband, der am 13. d. wieder zu einer Vollversammlung zusammentritt, wird sich durch solche Umtriebe gewiß nicht hindern lassen, auf dem als richtig erkannten Wege weiterzugehen und den Interessen des deutschen Volkes zu dienen, ohne durch unzeitgemäße Reklame seine Ziele zu gefährden und ohne einen anderen Lohn zu erwarten als den, der im Erfolge liegt.

Neues Wiener Tagblatt
13./IX. 1916

Die Schaffung einer deutschen Arbeitspartei.

Die Stellung des Deutschen Nationalverbandes.

Heute tritt hier die Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes zusammen, in der zu den vorliegenden politischen Fragen entsprechende Stellung genommen werden wird. Gestern fand unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Obmannes Dr. Groß eine Vorstandssitzung des Nationalverbandes statt, zu der fast sämtliche Mitglieder des Vorstandes erschienen waren.

Im Zusammenhang mit diesen Beratungen des Deutschen Nationalverbandes bringen die „Deutschen Nachrichten" über die Tätigkeit des Nationalverbandes und über die Vorgänge in den Kreisen der Abgeordneten des Verbandes die folgenden Mitteilungen: Während der Kriegszeit und in den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen hielt man auf manchen Seiten die Gelegenheit günstig, alle politischen Gehässigkeiten der früheren Zeiten zu erneuern, und so begannen die Angriffe auf die parlamentarischen Vertreter des deutschen Volkes, Angriffe, die im Laufe der Zeit sich zu der wiederholt aufgestellten Behauptung steigerten, die Abgeordneten seien an dem Stillstand unsres Verfassungslebens wenn nicht schuld, so doch mitschuldig, und ihre Untätigkeit und Gleichgültigkeit sei für die gegenwärtige innerpolitische Lage verantwortlich zu machen.

Was den Deutschen Nationalverband betrifft, gegen den sich die erwähnten Angriffe hauptsächlich richteten, so hat er seit Kriegsbeginn zwar ohne Lärm, aber in desto eifrigerer Arbeit alles getan, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen getan werden konnte. Ein sehr großer Teil der geleisteten Arbeit entfällt natürlich auf die Wahlkreise, wo die parlamentarischen Vertreter, soweit sie nicht zum Militärdienst eingerückt sind, unablässig bemüht waren, wirtschaftliche Notstände zu beseitigen, die Verpflegungsschwierigkeiten überwinden zu helfen, die Kriegsfürsorge zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken. Der Deutsche Nationalverband als solcher und besonders der Vorstand hat in zahlreichen Fällen dahin gewirkt, daß die richtunggebende Tätigkeit der Regierung sich in Bahnen bewege, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Was nun aber die Vorbereitungen für die Zukunft anlangt, so hat der Deutsche Nationalverband in wiederholten und eingehenden Beratungen seine diesbezüglichen Meinungen ausgesprochen und seine Forderungen zusammengefaßt. Er hat die Verbindung mit den andern deutschen Gruppen herzustellen gesucht und dabei bedeutsame Erfolge erzielt, nicht ohne auch in dieser Arbeit durch einseitige Agitationen gestört zu werden.

Lebhafte Aufmerksamkeit wendete der Deutsche Nationalverband den vor geraumer Zeit aufgetauchten Bestrebungen zu, die politische Organisation der deutschfreiheitlichen Wähler und Abgeordneten zu erweitern und zu vertiefen. Es stellte sich allerdings bald heraus, daß der Aufruf zur Gründung einer deutschen Arbeitspartei nicht der richtige Weg zur Erreichung dieses Zieles war. Daraus ergab sich für jeden denkenden Politiker, daß, sollte nicht die gute Absicht gänzlich ergebnislos bleiben, ein neuer Weg gesucht werden müßte. Das geschah seitens jener Abgeordneten des Nationalverbandes, die keiner besonderen Parteiorganisation, also weder der deutschen Agrarpartei noch der deutschradikalen Partei, noch der deutschen Arbeitspartei angehören. Das erfreuliche Ergebnis ist der Zusammenschluß dieser Abgeordneten zu einer Arbeitsgemeinschaft als der erste Schritt zur weiteren Vereinheitlichung der deutschfreiheitlichen Politik. Dabei haben wir wieder das sonderbare Schauspiel erlebt, daß der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes von einer Seite, die angeblich aus sachlichen Gründen für die Vereinheitlichung eintritt, verdächtigt wurde, als sei er ein Gegner der Einheitsbestrebungen, weil das wirtschaftliche Programm der geplanten Arbeitspartei sich gegen die Ausschreitungen des Großkapitalismus wendete. Man muß über die Kühnheit der Fälschung um so mehr staunen, als sie zur selben Zeit erfolgte, da der Nationalverbandsvorstand von andrer Seite deshalb angegriffen wurde, weil er in einer Eingabe an die Regierung sich für eine stärkere Heranziehung des mobilen Kapitals zur Deckung der Staatsbedürfnisse ausgesprochen hatte.

Es ergibt sich besonders aus den zuletzt angeführten Tatsachen, daß die Angriffe gegen den Nationalverband nicht nur von denen ausgehen, die glauben, es sei nichts geschehen, wenn nichts in der Zeitung steht, sondern daß dabei auch persönliche und faktiöse Gegnerschaften zum Ausdruck kommen. Ob gerade die Urheber solcher Treibereien geeignete Träger des Einheitsgedankens sind, darüber kann das Urteil getrost der Wählerschaft überlassen bleiben.

Der Deutsche Nationalverband, der heute wieder zu einer Vollversammlung zusammentritt, wird sich durch solche Umtriebe gewiß nicht hindern lassen, auf dem als richtig erkannten Weg weiterzugehen und den Interessen des deutschen Volkes zu dienen, ohne durch unzeitgemäße Reklame seine Ziele zu gefährden und ohne einen andern Lohn zu erwarten als den, der im Erfolge liegt.

Neue Freie Presse
13./IX. 1916

Die Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Wien, 12. September.

Die vor Monaten begonnene Bewegung zur Neuordnung der deutschen Parteiverhältnisse hat heute zur Gründung einer vorwiegend aus städtischen Abgeordneten bestehenden deutschparlamentarischen Vereinigung geführt. Der neue Verband wird den Namen „Deutsche Arbeitsgemeinschaft" führen und umfaßt vorläufig 36 Abgeordnete. Die neue Gruppe deutschfreiheitlicher Parlamentarier ist als eine Etappe auf dem Wege zu jener Zusammenfassung des freiheitlichen Deutschtums gedacht, die von den Wählern seit langem ersehnt wird. Die deutsche Arbeitsgemeinschaft ist eine Schöpfung jener deutschen Abgeordneten, die es unternehmen, einen allgemeinen und drängenden Wunsch der deutschen Bevölkerung in die Tat umzusetzen. Die Wähler haben, seit die Fragen nach der künftigen innerpolitischen Gestaltung die Geister wieder lebhafter beschäftigen, als eine der obersten Voraussetzungen für eine Umformung der deutschen Politik in Oesterreich die Zurückdrängung des Fraktionswesens und die Beseitigung des Zwiespaltes zwischen den Heimlichkeiten einer Couloirtaktik und den im Volke lebenden Ueberzeugungen gefordert. Auf die Bewegung in der Wählerschaft nach einer volkstümlichen Politik geht die heute geschaffene Deutsche Arbeitsgemeinschaft zurück. Der Ursprung zeichnet ihr den Weg vor, den sie zu durchmessen hat, wenn sie die Erwartungen erfüllen soll, die die Bevölkerung an die künftige parlamentarische Betätigung der deutschen Abgeordneten knüpft. Die Wähler haben nie vergessen, daß die Verfassung in ihren Anfängen und in ihrem Ausbau mit dem frischen Zuge des deutschen Volkes in Oesterreich nach voller Teilnahme an dem politischen Leben und an der inneren Entwicklung des Staates in engem Zusammenhang gestanden ist. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist die Verknüpfung des nationalen Lebens mit der Verfassungsmäßigkeit und der inneren Politik Oesterreichs nie getrübt gewesen. Die deutschen Wähler haben stets daran festgehalten, daß die Tätigkeit ihrer Abgeordneten die innige Berührung mit der Oeffentlichkeit, dieser Grundlage konstitutionellen Wirkens, nicht verlieren soll. Eine parlamentarische Gemeinschaft, die diesen echten Ueberlieferungen deutschösterreichischer Politik folgt, wird auf der richtigen Bahn sein, auf der das Volk seine Vertrauensmänner sehen will. Wie immer sich die Entwicklung der neuen deutschen Gruppe vollziehen wird, sie kann von bestem Einfluß für die Zukunft der deutschen Politik in Oesterreich werden, wenn ihre Mitglieder und Führer nicht aus dem Auge verlieren, daß Volkstümlichkeit und Oeffentlichkeit die Grundlagen jeder starken parlamentarischen Politik bleiben müssen. Die Arbeit, die der deutschen Abgeordneten harrt, wird alle Anstrengungen lohnen; es gilt, die verfassungsmäßigen Einrichtungen mit neuem Leben zu erfüllen, die Zukunft des deutschen Volkes sicher zu begründen, den Neuaufbau des vor dem Kriege so blühenden Wirtschaftslebens vorzubereiten. Eine Fülle von Aufgaben, die gewiß mit Erfolg geleistet werden können, wenn sie aus dem Geiste des Volkes heraus unternommen werden.

Neues Wiener Tagblatt
13./IX. 1916

91

* (Die Auszeichnungen im Ministerium des Aeußern.) Anläßlich der kaiserlichen Auszeichnungen, deren Verleihung jetzt amtlich mitgeteilt wird, erscheint es wünschenswert, darauf aufmerksam zu machen, daß mit Rücksicht auf die durch den Krieg bewirkte besondere Inanspruchnahme aller Arbeitskräfte von der sonst üblichen Beglückwünschung der Ausgezeichneten abzusehen wäre.

Neue Freie Presse
13./IX. 1916

Der Verlauf der Verhandlungen des heutigen Tages.

Ueber den Verlauf der heutigen Beratungen erfahren wir:

Heute um 10 Uhr vormittags trat unter Vorsitz des Abgeordneten Denk die Deutschvölkische Vereinigung des Deutschen Nationalverbandes zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende berichtete zunächst über die von ihm in den letzten Monaten geführten Verhandlungen zur Vorbereitung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft. Er unterbreitete den am 27. August in einer Delegiertenversammlung gefaßten Beschluß, die Deutschvölkische Vereinigung aufzulösen und den Zusammenschluß der dieser Gruppe angehörenden Abgeordneten mit jenen Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes zu einer „Arbeitsgemeinschaft" durchzuführen, die gegenwärtig in keiner besonderen parlamentarischen Gruppe organisiert sind. Dieser Vorschlag fand die einstimmige Genehmigung der anwesenden Mitglieder der Deutschvölkischen Vereinigung.

Um 3 Uhr nachmittags fand dann die erste gemeinsame Sitzung der Mitglieder der nunmehr aufgelösten Deutschvölkischen Vereinigung und der verbandsunmittelbaren Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes statt. Nach vierstündiger Debatte, in die fast alle anwesenden Abgeordneten eingriffen und die eine volle Einigung über die programmatischen Punkte ergab, wurde beschlossen, eine Deutsche Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Es wurde ein provisorischer Vorstand eingesetzt und die Wahl eines Ausschusses zur Erledigung der laufenden Arbeiten, dem auch ein Bureau beigegeben werden wird, beschlossen.

Morgen vor der Sitzung des Deutschen Nationalverbandes wird die neugegründete Deutsche Arbeitsgemeinschaft abermals zu einer Beratung zusammentreten, um über die Aufnahme einer Anzahl von Abgeordneten, die derzeit außerhalb des Nationalverbandes stehen, schlüssig zu werden. Hernach wird die endgültige Konstituierung und Vorstandswahl der neuen Parteigruppe vorgenommen werden.

Der Deutschen Arbeitsgemeinschaft gehören nach der heutigen Vereinigung der beiden Nationalverbandsgruppen an: Die 19 Mitglieder der bisherigen Deutschvölkischen Vereinigung Beyer, Denk, Dr. Dinghofer, Dobernig, Einspinner, Erb, Dr. Erler, Held, Dr. v. Hofmann-Wellenhof, Hueber, Dr. Kinz, Kittinger, Dr. Kofler, Kraft, Marckhl, Richter, Dr. Schürff, Dr. Waber und Wedra; die 17 verbandsunmittelbaren Abgeordneten Albrecht, Freiherr d'Elvert, Dr. Freißler, Dr. Groß, Hartl, Jesser, Keller, Dr. v. Langenhan, Dr. v. Licht, Dr. v. Lodgman, Doktor v. Oberleithner, Primavesi, Dr. Redlich, Dr. Stölzel, Doktor Sylvester und Dr. Urban; endlich das bisherige Mitglied der deutschen Agrarpartei Dr. Steinwender, zusammen 36 Abgeordnete.

Vom Abgeordneten Dr. Lecher, der erkrankt ist und sich nicht in Wien aufhält, ist eine Mitteilung über seinen Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft noch nicht eingelangt.

Von den „Deutschen Nachrichten" wird über die Bildung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft folgendes mitgeteilt:

Bekanntlich bestehen schon seit längerer Zeit in deutschen politischen Kreisen, insbesondere infolge der Erscheinungen und Verhältnisse, wie sie während der Kriegszeit auf innerpolitischem Gebiete zutage traten, Bestrebungen, die dahin gehen, einen Zusammenschluß aller deutschfreiheitlichen Abgeordneten zu einer deutschen Einheitspartei herbeizuführen. Da es bis heute nicht möglich war, diese Bestrebungen durchzuführen, so wurde nunmehr der Versuch unternommen, zunächst die Abgeordneten im Deutschen Nationalverbande, und zwar jene, die der Deutschvölkischen Vereinigung angehörten, sowie diejenigen Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes, welche weder der deutschradikalen noch der Agrarpartei angehören, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Nach einer vorangegangenen Beratung der Mitglieder der Deutschvölkischen Vereinigung, die heute vormittag stattfand, wurde heute nachmittags 3 Uhr eine gemeinsame Sitzung der Abgeordneten dieser Vereinigung und der verbandsunmittelbaren Abgeordneten des Nationalverbandes unter dem Vorsitze des Abgeordneten Denk abgehalten, in der die Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft erfolgte. Die in Betracht kommenden Abgeordneten waren nahezu vollzählig erschienen, und die wenigen Abgeordneten, die am Erscheinen verhindert waren, hatten ihre Zustimmung zu den Beschlüssen dieser Sitzung schriftlich bekanntgegeben. Es sind somit diese Abgeordneten der Deutschen Arbeitsgemeinschaft beigetreten, die nach der heute erfolgten Begründung 36 Abgeordnete umfaßt und die eine selbständige Gruppe des Deutschen Nationalverbandes bildet.

Es wurde des weiteren beschlossen, einen Ausschuß zur Leitung der Geschäfte einzusetzen und eine Geschäftsstelle der Deutschen Arbeitsgemeinschaft zu errichten.

Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes.

Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hielt heute vormittag und abend Sitzungen ab, in denen die Gegenstände, welche die morgige Vollversammlung beschäftigen werden, einer Vorberatung unterzogen wurden. Es wurden, wie wir erfahren, alle aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen eingehend erörtert.

Pester Lloyd
14. IX. 1916

I
93

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 13. September.

Der erste Tag der auslandspolitischen Debatte, zu der die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi die Veranlassung boten, ist vorüber. Die Debatte wurde durch die Begründung eingeleitet, die Graf Julius Andrássy seinem Antrag widmete. Eine Wertung dieser Begründung findet der Leser an leitender Stelle unseres Blattes. Die Rede, die Graf Albert Apponyi seinem Antrag vorausschickte, war ein mustergültiges Beispiel formvollendeter politischer Redekunst. Was nun folgte, hob sich in scharfem Kontrast ab. Abgeordneter Stefan Rakovßky griff in die Debatte ein. Es war herzlich wenig, was er zu sagen hatte, aber die Provenienz des Gesagten sollte seiner Rede die Pikanterie verleihen, die er auch in den ernstesten Situationen liebt und die dem Inhalte seiner Rede durchaus abging. Er erzählte von den Unterredungen, die er als Vertrauensmann der Opposition, eingeführt von dem Grafen Stefan Tißa, mit dem Minister des Aeußern Baron Burián hatte. Graf Stefan Tißa hat, nach Rakovßky das Wort ergreifend, in einer würdigen, durchaus treffenden Antwort das Urteil über dieses Verfahren, über solche politische Ethik gefällt. Das Land wird seinen Worten zustimmen, wie es seine heutige große Rede als einen hohen Beweis bester Zuverlässigkeit schätzen wird. Diese Rede ist ein Dokument unserer auslandspolitischen Geschäftsführung, das nicht Tendenz und Willkür, sondern wahrhaftes Bestreben und höchstes Verantwortlichkeitsgefühl diktiert haben.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Abend noch drei Interpellationen entgegen. Unter diesen trat die Interpellation des Abgeordneten Ferdinand Urmánczy hervor. Man kennt die Art, in der Abgeordneter Urmánczy die Begründungen seiner Interpellationen durch Verallgemeinerung und Radikalisierung des Ausdrucks sensationell gestaltet. Er hat heute auf zwei Mißbräuche hingewiesen, die, wenn seine Quellen richtige Mitteilungen bieten, der Abhilfe bedürfen. Ministerpräsident Graf Stefan Tißa hat diese Abhilfe ohne weiteres zugesagt, selbstverständlich die verallgemeinernden Tendenzen und Konsequenzen ablehnend, die Abgeordneter Urmánczy vom Einzelnen zum Ganzen kommend, schließlich zur Grundlage seiner Anfrage machte. Seine Interpellationsbegründung enthielt übrigens betreffend Oesterreich Bemerkungen, die im Ton und Wesen vielfach unzulässig waren und deren verletzender Charakter von dem Präsidenten des Hauses gerügt werden mußte. So bot die geschlossene Kampffront der oppositionellen Parteien ein ganz eigentümliches Bild. Wer zusammenhält, was heute Graf Julius Andrássy über Oesterreich sagte, und wie dann Abgeordneter Urmánczy seinen Gefühlen gegenüber Oesterreich Luft machte, wird einen Wegweiser in dem Irrgarten der oppositionellen Bestrebungen suchen müssen, eine Lampe, die hinter dem oppositionellen Haß und der oppositionellen Liebe das dritte Gefühl beleuchtet.

Das Abgeordnetenhaus wird morgen die Debatte über die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi fortsetzen.

Der Verlauf der Vormittagssitzung.

Nach der Rede des Grafen Julius Andrássy nahm die Vormittagssitzung folgenden Verlauf:

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Geehrtes Haus! Ich hoffe, der zweite Herr Antragsteller nimmt es mir nicht übel, daß ich sofort, noch vor seiner Rede das Wort ergreife. Ich tue es ausschließlich deshalb, weil sowohl die heutigen Ausführungen des Grafen Julius Andrássy wie seine jüngste Rede, mit der ich mich gleichfalls heute eingehender befassen muß, ein so umfangreiches Material umfassen, daß vielleicht auch die zweckmäßige Oekonomie der Debatte meine sofortige Erwiderung erheischt. Zunächst möchte ich ganz kurz bemerken, daß ich auf die eher persönlich gefärbten Bemerkungen, die sich auf die Unterredungen mit dem Herrn Minister des Aeußern und auf die von diesem erhaltenen Antworten beziehen, mich der Natur der Sache nach nicht erstrecken kann. Das ist ja eine ganz individuelle Angelegenheit des Herrn Ministers des Aeußern mit dem Herrn Abgeordneten, über die nur der erstere die allenfalls noch erforderlichen Aufschlüsse erteilen könnte. Von meiner Seite möchte ich, um allfälligen Mißverständnissen vorzubeugen, bloß das eine feststellen, daß in der Zeit, in der wir mit dem Herrn Abgeordneten und mit noch zwei Führern der Opposition einige Male über Fragen der auswärtigen Politik sprachen, ich mit den Herren auch über Dinge sehr vertraulicher Natur sprach. Ich tat es in dem Vertrauen, daß sie davon selbstverständlich keinen anderen als den erlaubten Gebrauch machen werden, und ich tat es ausdrücklich mit Ermächtigung Sr. Majestät und auch mit Zustimmung des Herrn Ministers des Aeußern. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, und die Aufrichtigkeit verpflichtet mich, dies ausdrücklich zu erklären, daß dadurch nicht gesagt sein will, daß ich den Herren absolut alle Dinge, möglicherweise auch einzelne Dinge von absolut geheimer Natur mitgeteilt hätte. Was nun aber die militärischen Fragen betrifft, so ergibt sich hinsichtlich jener ein wichtiges militärisches Geheimnis bildenden Informationen, die sowohl der Minister des Aeußern wie auch die beiden Ministerpräsidenten empfangen, geradezu aus der Natur der Sache, und überdies ist es auch der Wunsch und der Befehl des am Ende in derlei Dingen zuständigsten Faktors, daß sie niemand anderem anvertraut werden können; über diese Angelegenheiten kann also weder der Minister des Aeußern, noch ich den Herren Abgeordneten selbstverständlich konkrete Aufschlüsse erteilen.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (dazwischenrufend): Wir haben ja solche Fragen auch gar nicht gestellt!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Ich weiß nicht, was bei jenen Unterredungen geschehen ist. Meine Pflicht war es, dies hier zu erklären.

Geehrtes Haus! Auf den Gegenstand der Debatte nunmehr übergehend, haben wir eigentlich zwischen jenen beiden Gruppen der Fragen zu unterscheiden, die durch diese Diskussion anscheinend miteinander verknüpft werden, die jedoch

Neue Freie Presse Abendbl. 14./IX. 1916

Briefwechsel zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza und dem Grafen Apponyi.

Ablehnung der Bildung eines Konzentrationskabinetts.

Budapest, 14. September.

„Pesti Hirlap" veröffentlicht in Sachen der Bildung eines Konzentrationskabinetts einen Briefwechsel, der zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza und dem Führer der Unabhängigkeitspartei Grafen Apponyi stattgefunden hat.

Das Schreiben des Grafen Tisza.

Graf Tisza richtete unter dem 20. Mai 1915 ein Schreiben an den Grafen Apponyi, worin er sagt, er habe Sr. Majestät mitgeteilt, daß die oppositionellen Führer den Standpunkt vertreten, der jetzige Zeitpunkt würde die Bildung eines Konzentrationskabinetts erfordern. In dem neuen Kabinett könnten einzelne Mitglieder des jetzigen Ministeriums einen Platz erhalten, auch der jetzige Ministerpräsident. An die Spitze des Kabinetts sollte jedoch ein außerhalb der letzten Parteikämpfe stehender neutraler Staatsmann gestellt werden. Der Ministerpräsident erklärt nun, daß das Ministerium geneigt sei, auf Grund der Ermächtigung Sr. Majestät auf die Mitwirkung der Opposition an der Regierung einzugehen. Was seine Person betrifft, sei es seine Ueberzeugung, daß er im gegenwärtigen Moment ohne Verletzung der Interessen des Vaterlandes und der Monarchie auf seinen bisherigen Wirkungskreis nicht verzichten könne. Er könne also, insolange seine diesbezügliche Auffassung keine Aenderung erleide, und Se. Majestät nichts anderes anordne oder das ungarische Abgeordnetenhaus ihm nicht das Vertrauen entziehe, seine jetzige Stellung nicht verlassen.

Die Antwort des Grafen Apponyi.

Graf Apponyi beantwortete diesen Brief am 22., in dem er ausführt, er bedauere, dieses Anerbieten, und zwar entfernt von jedem persönlichen Beweggrund, nicht annehmen zu können. Denn bei einer solchen Lösung glaubt die Opposition, das eine Ziel der Konzentration nicht erreichen zu können, da, wenn der Ministerpräsident der nämliche bleibt, die Kontinuität des jetzigen Kurses so auf die zukünftige Politik drücken würde, daß daraus schwere Gefahren entstehen könnten. Auch das andere Ziel wäre nicht erreichbar: Die Vereinigung der Gemüter und die Steigerung der Begeisterung.

Die Erwiderung des Ministerpräsidenten.

Graf Tisza antwortete darauf unter dem 22., er bedaure, daß die Führer der Opposition das Anerbieten nicht angenommen haben. Es versteht sich von selbst, heißt es in dem Schreiben, daß ich jenen Umstand, daß Ihr es abgelehnt habt, Euch der meinem Präsidium unterstehenden Regierung anzuschließen, ausschließlich Ursachen des Gemeinwohles zuschreibe. In dem Briefe heißt es weiter: Mit Bezug auf den Wunsch nach Garantien, daß auf dem Gebiete der auswärtigen Politik keine neuerlichen Fehler begangen werden und der jetzige Kurs nicht fortgesetzt werde, bemerke ich, daß ich die Verantwortung für den bisher seitens der ungarischen Regierung auf die auswärtige Politik geübten Einfluß mit ruhigem Gewissen übernehme. Es ist wahr, daß infolge der Haltung der leitenden italienischen Regierungsmänner, die eine Ueberraschung für jedermann gewesen, selbst für die italienischen Staatsmänner, die tiefere Einsicht besitzen, es nicht gelungen ist, Italiens Intervention zu verhindern. Aber dieser Umstand beweist nicht die Unrichtigkeit der bis jetzt befolgten auswärtigen Politik, noch wird dadurch die Voraussetzung gerechtfertigt, daß die zur Leitung der auswärtigen Politik der Monarchie berufenen Regierungsmänner in dem jetzigen schweren Augenblick nicht alles mögliche aufbieten werden, um neue Gefahren abzuwehren.

Pester Lloyd Abendbl 14/X. 1916

Der Schriftenwechsel bezüglich der Konzentrationsversuche.

„Pesti Hirlap" veröffentlicht in seiner heutigen Nummer den Schriftenwechsel, der im Mai des verflossenen Jahres zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Tißa und dem Grafen Albert Apponyi als Betrautem der Opposition in Angelegenheit der Bildung eines Konzentrationskabinetts stattgefunden hat. Der Schriftenwechsel umfaßt drei Briefe, die wir im folgenden wiedergeben:

Graf Stefan Tißa an Graf Albert Apponyi.

Budapest, 20. Mai 1915.

Ew. Exzellenz!

Ich habe Sr. Majestät gemeldet, daß Du und Graf Aladár Zichy auf Grund einer in einer vertraulichen Beratung der Oppositionsführer empfangenen Betrauung mich aufgesucht und mir den Standpunkt der erwähnten Konferenz zur Kenntnis gebracht habt, demgemäß der gegenwärtige Zeitpunkt die Einbeziehung der Opposition in die Regierung, also ein Konzentrationskabinett erheischen würde. Im Verlaufe der Unterredung, die ich bezüglich der Einzelheiten der Frage zunächst mit Euch beiden, dann nachmittags mit Dir allein zu führen die Ehre hatte, wurde von Eurer Seite der Standpunkt eingenommen, daß in diesem Konzentrationskabinett einzelne Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts, auch das Haupt mitinbegriffen, Platz finden könnten, an die Spitze des neuen Ministeriums jedoch ein außerhalb der letzten Parteikämpfe stehender, neutraler Staatsmann zu stellen wäre.

In Ermächtigung durch Se. Majestät und auf Grund der mit den Mitgliedern des Kabinetts gepflogenen Besprechung beehre ich mich zu erklären: die Regierung hat mit Freuden die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß die Opposition inmitten der Gefahren des Weltkrieges an den Arbeiten und Verantwortlichkeiten der Regierung teilzunehmen geneigt ist; wir sind mithin bereit, auf eine derartige Aenderung der Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung einzugehen, die die Teilnahme der Opposition an der Regierung ermöglicht.

Auf dieser Grundlage sind wir gern bereit, mit der Opposition auf dem Gebiete der Regierung zusammenzuwirken; darüberhinaus können wir jedoch im Bewußtsein unserer Verantwortung zu unserem größten Leidwesen nicht gehen, da wir sonst der Erfüllung der Pflicht ausweichen würden, die in erster Reihe die gegenwärtige Regierung als Depositärin des Vertrauens Sr. Majestät und der Parlamentsmajorität hat.

Was insbesondere meine Person betrifft, so ist es meine Ueberzeugung, daß ich von dem Wirkungskreise, der dem ungarischen Ministerpräsidenten auf dem Gebiete der auswärtigen und der militärischen Angelegenheiten, sowie in allen jenen Beziehungen des staatlichen Lebens, die die Berührung mit der gemeinsamen und der österreichischen Regierung erfordern, zukommt, ohne Nachteil der Interessen unseres Vaterlandes und der Monarchie im gegenwärtigen Augenblick nicht zurücktreten darf; insolange also, als diese meine Auffassung sich nicht ändert, Se. Majestät nicht anders befiehlt oder das ungarische Abgeordnetenhaus mir sein Vertrauen nicht entzieht, kann ich meinen gegenwärtigen Posten nicht verlassen.

Indem ich um Deine geneigte Mitteilung ersuche, ob die Opposition die von mir vorgeschlagene Grundlage annimmt, teile ich gleichzeitig mit, daß auch im Falle eines verneinenden Bescheides Seine Majestät im Sinne Eures von mir vor ihm verdolmetschten Wunsches allergnädigst geneigt ist, einzelne Führer der Opposition in Audienz zu empfangen.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Wertschätzung bin ich

Dein aufrichtig ergebener

Tißa.

Graf Albert Apponyi an Graf Stefan Tißa.

Ew. Exzellenz!

Budapest, 22. Mai 1915.

Dein geschätztes Schreiben vom 20. d. M. habe ich den oppositionellen Führern mitgeteilt, in deren Namen ich die Ehre hatte, mit Dir Fühlung zu nehmen.

Mit der Feststellung, daß die Darstellung des Tatbestandes in Deinem Schreiben sich mit der Wirklichkeit restlos deckt, wollen auch wir zur Vermeidung aller Mißverständnisse unsere Antwort schriftlich erteilen.

Als wir unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen die Bereitwilligkeit der Opposition offenbarten, an der schweren Verantwortung der Regierungstätigkeit teilzuhaben, schwebte das zweifache Ziel vor unseren Augen: das ganze geistige Kapital der Nation in die unvoreingenommene Vorbereitung der erforderlichen neuen Entschließungen einzubeziehen, sowie die Entschlossenheit und die Gefühlseinheit der Nation dadurch auf den höchsten Grad zu steigern, daß in der Regierung, die durch die Verhältnisse mit außerordentlicher Machtvollkommenheit ausgestattet ist, jede Schattierung der öffentlichen Meinung die Träger ihres Vertrauens und mithin auch eine Bürgschaft dafür finde, daß auf dem Gebiete der auswärtigen Politik neue Fehler nicht werden begangen werden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir von der so aufgefaßten Konzentrationsgestaltung niemand ausschließen konnten, noch auch wollten. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß wir wünschen mußten, die Leitung in die Hände eines anderen, durch die bisherigen Ereignisse weniger gebundenen Persönlichkeit zu legen.

Solcher Auffassung gegenüber beantragst Du den Eintritt der Opposition in die Regierung, ohne Wechsel im Ministerpräsidium.

Zu unserem Leidwesen können wir das nicht annehmen, und zwar weit entfernt von jeglichem persönlichen Motiv deshalb, weil wir bei einer solchen Lösung keines der Ziele der Konzentrationsgestaltung erreichen zu können glauben.

Unerreicht bliebe das erste Ziel, die unvoreingenommene Vorbereitung der neuen Entschließungen, denn wenn der bisherige Ministerpräsident bleibt, so legt sich die Kontinuität des bisherigen Kurses mit solchem Gewicht auf die Politik der Zukunft, daß daraus schwere Gefahren entstehen könnten. Eben das Motiv, das Du in Deinen geschätzten Zeilen für Dein Verbleiben an der Spitze der Regierung ins Treffen führst, nämlich die Sicherung der Kontinuität in dem Einfluß, den der Ministerpräsident auf die auswärtigen und die militärischen Angelegenheiten zu üben hat, bestimmt uns, einen Personenwechsel im Ministerpräsidium zu wünschen. Denn die auch bisher schon in die Oeffentlichkeit gelangten Tatsachen und die aus diesen erhellenden Fehler lassen es kaum zu, Deine Leitung in diesen Angelegenheiten mit Vertrauen anzunehmen.

Pester Lloyd Abendbl 14./IX. 1916

II 100

Der Schriftenwechsel bezüglich der Koalitionsversuche.

Aber unerreichbar wäre auch das andere Ziel, die Vereinigung der Seelen und die Steigerung der Begeisterung. In Kenntnis der oppositionellen öffentlichen Meinung, müssen wir es als sicher bezeichnen, daß unser Eintritt in eine solche Gestaltung dort bloß Erbitterung und Mißtrauen wecken, den Glauben an entsprechende Entwirrung der Lage — infolge Erwägung der vorerwähnten sachlichen Gründe — herabmindern und dadurch auch den Einfluß schwächen würde, den wir zum Zwecke der Aufrechthaltung der entsprechenden Stimmung zur Geltung zu bringen haben.

Die gleichen sachlichen Beweggründe, die das Anerbieten unserer Dienste unter den entsprechenden Modalitäten zu unserer Pflicht machten, verschließen uns die Möglichkeit, den in Deiner geschätzten Mitteilung enthaltenen Vorschlag anzunehmen.

Nach alledem überlassen wir es völlig der Auffassung der verfassungsmäßigen Ratgeber Sr. Majestät, ob sie in der gegenwärtigen Lage des Landes es als notwendig erachten, daß Se. Majestät einzelne Führer der Opposition in Privataudienz empfange.

In ausgezeichneter Hochachtung
Dein aufrichtig ergebener
Albert Apponyi.

Graf Stefan Tißa an Graf Albert Apponyi.

Budapest, 22. Mai 1915.

Ew. Exzellenz!

Aus Deinen geschätzten Zeilen von heute nehme ich mit Bedauern zur Kenntnis, daß die Führer der Opposition meinen Vorschlag betreffend ihren Eintritt in die Regierung nicht angenommen haben.

Selbstverständlich schreibe ich den Umstand, daß Ihr den Eintritt in die unter meinem Präsidium stehende Regierung abgelehnt habt, ausschließlich Motiven von öffentlichem Interesse zu, wie ich ja auch zuverlässig hoffe, daß auch Ihr ebenfalls einem Motiv von öffentlichem Interesse meinen Entschluß zuzuschreiben die Güte haben werdet, daß ich im gegenwärtigen Augenblick mich weigere, mich von meinem Posten zu trennen. Hanc veniam petimusque damusque vicissim.

Wie sehr diese Verschiedenheiten unserer Auffassung in objektiven Gesichtspunkten ihre Quelle hat, geht auch aus der Eröffnung Deiner geschätzten Zeilen hervor, daß Ihr Bürgschaften dafür verlangt, daß auf dem Gebiete der auswärtigen Politik neue Fehler nicht werden begangen werden, und daß Ihr gegen die Kontinuität des bisherigen Kurses Stellung nehmt.

Ohne dermalen tiefer in die Frage eindringen zu wollen, muß ich diesen Eröffnungen gegenüber bemerken, daß ich ruhigen Herzens die Verantwortung für den auf die auswärtige Politik bisher geübten Einfluß der ungarischen Regierung übernehme.

Allerdings konnte infolge einer Haltung der italienischen Regierung, die für alle Welt, sogar für die einsichtsvolleren italienischen Staatsmänner eine Ueberraschung war, der Eintritt Italiens in den Krieg nicht verhindert werden; doch beweist dieser Umstand weder die Unrichtigkeit der bisher befolgten auswärtigen Politik, noch berechtigt er zu der Annahme, als ob die zur Leitung der auswärtigen Politik der Monarchie berufenen Regierungsmänner nicht auch im gegenwärtigen schwierigen Augenblick alles mögliche zur Abwendung neuer Gefahren tun würden.

Was schließlich den Empfang einzelner Führer der Opposition durch Se. Majestät betrifft, so hatte ich bereits die Ehre, Euch zu verständigen, daß ich Eure hierauf bezügliche Bitte vor Sr. Majestät verdolmetscht habe, der ihre Erfüllung in Aussicht zu stellen geruhte.

Ich sehe keinen Grund, um vor Sr. Majestät auf diese Frage nochmals zurückzukommen.

Indem ich versichere, daß ich auch künftighin jede Bemerkung oder jeden Ratschlag von seiten der oppositionellen Führer mit Dank entgegennehmen werde, erteile ich auch fortab bereitwillig jeden Aufschluß und zähle ich vertrauensvoll in dem Kampf auf Leben und Tod gegen den auswärtigen Feind auf die patriotische Unterstützung der Opposition.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Wertschätzung bin ich

Dein aufrichtig ergebener
Tißa.

Neues Pester Journal 14./IX. 1916 102

* **Der Wunsch nach verfassungsmäßigen Zuständen in Oesterreich.** Aus Wien telegraphirt man uns: In der heutigen Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes stellte der Abgeordnete Dr. Dinghoffer namens der Deutschen Arbeitsgemeinschaft folgenden Antrag: „Der Deutsche Nationalverband spricht sich für die Einberufung sowohl des Reichsrathes, als auch der Delegationen in der Ueberzeugung aus, daß eine mächtige und einmüthige patriotische Kundgebung der Vertretungskörper, sowie die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung gelegen ist." Der Präsident Dr. Sylvester erbat für den Fall der Annahme dieses Antrages die Zustimmung des Verbandes zur Einberufung einer Obmännerkonferenz, um in dieser die Garantie für eine ungestörte Tagung des Abgeordnetenhauses zu besprechen. Hierauf stellte Abgeordneter Hummer folgenden Antrag: „Der Deutschnationale Verband wolle beschließen, die Auffassung der Deutschen in Oesterreich hinsichtlich der politischen Lage im Innern und namentlich der wirthschaftlichen Verhältnisse der Krone in Ehrfurcht zu unterbreiten." Des Weiteren beantragte er, diesen Antrag zur Durchführung einem besonderen Ausschusse zuzuweisen. Der erstere Antrag wurde genehmigt. In der Vollversammlung langte an den Obmann Dr. Damm ein Schreiben des Abgeordneten Dr. Steinwender ein, worin dieser den Austritt aus der Agrarpartei mittheilt.

Arbeiterzeitung
14./IX. 1916

14
103

„Erzwungenes Stillschweigen."

Der Antrag des Grafen Apponyi, wonach der gemeinsame Minister des Aeußern vor den beiden Häusern des ungarischen Reichstages über ihr Verlangen zu erscheinen habe, um für die Führung seines Amtes vor ihnen Rechenschaft zu legen, ist noch nicht beschlossen worden, aber der Herr Minister des Aeußern ist bereits nach Budapest gegangen und verantwortet sich. Er tut es zwar nur in der Form der Unterredung mit einem Zeitungsberichterstatter, aber er tut es. Wir können dem Baron Burian schon nachfühlen, wie peinlich ihm der gegenwärtige Zustand ist, und verstehen es, daß er sein Stillschweigen ein „erzwungenes" nennt. Wohl hat es seine Vorteile, in den Wolken zu thronen und der Kritik sterblicher Menschen entrückt zu sein, und bequem ist schon ein Regieren, wo der Minister in unnahbarer Weite bleibt, sich darum, was das Volk über ihn und über sein Tun und Lassen denkt, nicht zu bekümmern braucht, wo ihn keine Frage stört, kein Tadel trifft; angenehm ist wohl so ein Regieren, wo man jedes freimütige und offene Wort mit einer handfesten Zensur zu unterdrücken vermag. Aber es ist doch nicht unbegreiflich, daß der Baron Burian an dieser sonderbaren Annehmlichkeit keine Freude mehr findet. Ist doch schon das eine seltsame Sache, daß der Minister, der Oesterreich-Ungarn vor Europa vertritt, der also berufen ist, Freund und Feind zu künden, was Oesterreich-Ungarn mit dem Kriege und mit dessen Ergebnis zu wirken gedenkt, was es mit dem Krieg anstrebt, daß dieser Minister durch die ganze Zeit, die er im Amte ist, das Wort nicht nehmen konnte, zu einem Stillschweigen gezwungen ist, welches der gröblichsten Mißdeutung ausgesetzt ist. Und aus den Bemerkungen des Barons Burian geht auch hervor, daß es ihm auch an der Einsicht dafür nicht fehlt, was dieses „erzwungene Stillschweigen" für Volk und Staat im Innern bedeutet, daß er wohl begreift, wie nützlich und notwendig es ist, dem auf den Gemütern lastenden Druck in einer freien Aussprache jene Lösung zu verschaffen, ohne die er sich ins Blut schlagen und schwere Schäden hervorrufen kann. Oder soll sich der Minister des Aeußern dabei bescheiden, daß für ihn ununterbrochen der Tisza das Wort führt, daß er vor aller Welt so gleichsam dasteht, als ob er auf den Schutz des ungarischen Ministerpräsidenten angewiesen wäre? Wenn er nun sagt, daß er es „aufs wärmste begrüßen würde", wenn die Tribüne da wäre, von der aus er das Wort ergreifen und seine Politik „Aug' in Aug' mit seinen Anklägern" darlegen könnte, so deutet uns dieser Stoßseufzer schon an, wie peinlich dieser gegenwärtige Zustand dem Minister des Aeußern ist.

Ein höchst ironischer Zufall hat es nun gefügt, daß an demselben Tage, da sich der gemeinsame Minister des Aeußern vor der ungarischen Oeffentlichkeit verteidigte und das ungarische Abgeordnetenhaus eine ebenso umfängliche wie eindringliche Debatte über gemeinsame Angelegenheiten führte, der Deutsche Nationalverband seine so feierlich angesagte Zusammenkunft hatte, in der jene „entsprechende Stellungnahme" erfolgen sollte, auf die alle die warten, die sich durch kein Blendwerk der Phrasen darüber täuschen lassen, daß der Vertretung des deutschen Bürgertums in Oesterreich hier eine politische Aufgabe obliegt, die sie zu leisten verpflichtet ist, und die sie auch, wenn sie nur rechtschaffen wollte, auch leisten könnte.

Neue Freie Presse 14./IX. 1916

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident v. Beöthy eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Minuten vormittags.

Der Präsident teilt mit, daß vom Präsidenten der bulgarischen Sobranje Dr. Watschew folgendes Antworttelegramm an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses auf die Beglückwünschung des Abgeordnetenhauses eingetroffen ist:

„Ich danke Eurer Exzellenz aufrichtig für die warmen Glückwünsche, welche Sie so freundlich waren, namens des ungarischen Abgeordnetenhauses zum Ausdrucke zu bringen anläßlich des glänzenden Sieges, den die bulgarische Armee über den verräterischen und eidbrüchigen Feind davongetragen hat. Sobald die bulgarische Sobranje einberufen sein wird, werde ich ihr von diesen aufrichtigen Glückwünschen Mitteilung machen, wobei ich Eurer Exzellenz versichere, daß sie mit der gleichen tiefen und einmütigen Begeisterung werden aufgenommen werden. Es ist zu hoffen, daß unsere Armeen durch ihre gemeinsamen Anstrengungen imstande sein werden, in einer nahen Zukunft den eidbrüchigen Feind endgültig zu besiegen und uns so dem erwünschten Frieden in würdiger Weise näher zu bringen." (Lebhafte Eljenrufe im ganzen Hause).

Der Präsident teilt sodann mit, daß der Abgeordnete Bosnyak (Unabhängigkeitspartei) die Erlaubnis erbeten und erhalten habe, eine dringliche Interpellation in Angelegenheit der Versorgung der Provinzbevölkerung mit Petroleum einzubringen. Die Interpellation wird am Schlusse der Sitzung unterbreitet werden.

Hierauf werden die Gesetzentwürfe, betreffend die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen sowie die übrigen gestern vom Abgeordnetenhause im allgemeinen und in den Details votierten Gesetzentwürfe in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Verhandlung der Anträge der Abgeordneten Grafen Andrassy und Grafen Apponyi, betreffend die Einberufung der Delegationen, beziehungsweise die Abänderung des § 39 des Ausgleichsgesetzes.

Graf Andrassy über das Interview des Ministers Baron Burian.

Abgeordneter Graf Julius Andrassy führt aus: Er erwarte, daß der Ministerpräsident im Laufe der Debatte auf die Anklagen erwidern werde, auf die er bisher nicht reflektiert habe. In seiner heutigen Rede wolle Graf Andrassy nur einen neuen Gesichtspunkt vorbringen, daß das vollständige Pausieren des verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich das gute Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn schwer gefährde. Redner polemisiert zunächst gegen die im heutigen „Budapesti Hirlap" enthaltenen Aeußerungen des Ministers des Aeußern. Dieser sage, es sei leicht, ihn in seiner Abwesenheit anzuklagen. Redner halte dies im Gegenteil für schwer und sei eben deshalb bestrebt, die Einberufung der Delegationen herbeizuführen. Wenn der Minister des Aeußern sagt, daß wir den Ministerpräsidenten, als er diesen verteidigen wollte, daran durch großen Lärm verhindern wollten, ist er sehr schlecht informiert. Niemand beabsichtige dies. Es scheint, daß der Minister des Aeußern unsere Verhältnisse nicht besser kennt, als er die Verhältnisse Rumäniens kannte.

Mit Rücksicht auf die innerpolitischen Ereignisse vor dem Kriege sei es begreiflich, wenn einzelne sich zu leidenschaftlichen Zwischenrufen hinreißen ließen, aber es sei ungerecht, die Opposition zu beschuldigen, als ob sie die Ausführungen des Ministerpräsidenten zu unterdrücken beabsichtige. (Zustimmung links.) Es sei die elementarste Pflicht jedermanns, die Verteidigung auf einen Angriff anzuhören. Auch Redner würde turbulente Szenen für den größten Fehler halten; denn in dieser schweren Lage der Monarchie bedarf es der Ruhe, Kaltblütigkeit und Objektivität.

Der Minister des Aeußern sagt, fährt Redner fort, er konnte uns Vertrauensmännern nicht alles mitteilen, weil es sich nicht nur um sein Geheimnis, sondern auch um dasjenige anderer handelte. Es scheint, daß uns der Minister des Aeußern für solche Schwätzer hält, denen man ein Geheimnis nicht mitteilen kann. Er begreife wohl, daß es auf diplomatischem Gebiete Geheimnisse gebe, die man niemandem mitteilen könne. Er verweise diesbezüglich auf den Text des Dreibundvertrages und auf den Bündnisvertrag mit Rumänien. Wir wollten auch nicht alle Geheimnisse erfahren, sondern wünschten bloß, daß wir bezüglich der laufenden Angelegenheiten eingeweiht werden, und das hätte ohne Gefährdung der großen Interessen des Landes geschehen können. Der Ministerpräsident habe diesbezüglich nicht mit einem solchen Vorbehalt gearbeitet. Wir übernahmen die Mission, nicht, weil wir den Ministerpräsidenten nicht für genügend aufrichtig fanden, sondern weil es sich um die Kontrolle des Ministers des Aeußern handelte. Der Minister des Aeußern sagt, daß wir bezüglich der Kriegslage solche Fragen an ihn richteten, auf welche er nicht antworten konnte, weil er die Dinge unter der Bedingung des Geheimhaltens gehört hatte. Diesbezüglich scheint den Herrn Minister sein Erinnerungsvermögen im Stiche gelassen zu haben. Denn ich behaupte, daß ich dies nicht gehört habe.

Abgeordneter Stephan Rakovszky (Volkspartei): So ist es!

Abgeordneter Graf Andrassy: Wir richteten nicht eine einzige Frage an ihn, auf die er geantwortet hätte, daß dies ein militärisches Geheimnis sei. Er gab auf unsere Fragen eine Antwort, aber diese Antwort war ganz anders.

Abgeordneter Stephan Rakovszky: So ist es! Ich werde es noch sagen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Abgeordnter Graf Andrassy: Auch ich kann das Wesentliche sagen, denn ich sehe darin kein Geheimnis. Seine Verteidigung war einfach, daß er nicht entsprechend eingeweiht werde.

Abgeordneter Stephan Rakovszky: So war es! (Großer Lärm, Bewegung und Rufe auf der äußersten Linken.)

Neue Freie Presse 14./IX. 1916

Ver. Unterhaus Sitzung

IV.

107

kommen des Ministers des Aeußern zu verdanken hatte, in solcher Weise ausnütze. (Bewegung.)

Ministerpräsident Graf Tisza fortfahrend: Es ist meine Pflicht, dies zu sagen, denn ich war so leichtsinnig, den Minister des Aeußern zu bitten, daß er mit dem Herrn Abgeordneten in dieser Rolle in Berührung trete. (Großer Lärm links.) Nur noch eines. Jeder, der mich kennt, weiß, daß ich in keiner Beziehung ein Freund des Bemäntelns bin. Ich kann mich darauf berufen, daß ich bezüglich der Kriegslage mich stets mit voller Aufrichtigkeit geäußert habe. Ich habe es niemals für richtig gehalten, ungünstige Ereignisse zu bemänteln, denn ich war immer der Anschauung, daß die ungarische Nation genug männlichen Charakter besitzt, um auch ungünstige Nachrichten zu ertragen. Nach dem zweijährigen Kriege, den wir hinter uns haben, nach all seinen Ereignissen und nach all den glänzenden Blättern, welche die Geschichte auch für unsere Heeresleitung in diesem Kriege aufweist, ist es nicht gerecht, nicht richtig und nicht im Interesse des Landes, so in der Darstellung von Fehlern zu schwelgen, wie es der Vorredner getan hat. (Zustimmung rechts, Lärm links.) Der Ministerpräsident stimme auch nicht mit dem überein, was Graf Apponyi diesbezüglich gesagt habe. Auch die Kritik des Grafen Apponyi war zu streng und einseitig, aber man möge einen Vergleich ziehen, zwischen dieser Kritik und den Erklärungen des Abgeordneten Rakovszky über denselben Gegenstand, dann wird man den Unterschied finden, zwischen einem seiner Verantwortung bewußten Staatsmanne und einem temperamentvollen Menschen, der nicht bedenkt — denn, wenn er es bedenken würde, täte er es nicht — daß er mit seinen Aeußerungen im jetzigen Augenblicke eine wahre Brunnenvergiftung begeht. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen und Eljenrufe rechts, großer Lärm links.)

Abgeordneter Stephan Rakovszky (in persönlicher Sache) erklärt es für eine Verleumdung, daß er seine Vertrauensstellung mißbraucht habe. Er könne es nicht dulden, daß der Minister des Aeußern Unwahrheiten auf Konto der Opposition sage. Wenn von Brunnenvergiftung gesprochen werde, begehen es jene, die in amtlicher Stellung lügen. (Großer Lärm rechts, lebhafter Beifall links.)

Der Präsident ruft den Redner wegen dieses unparlamentarischen Ausdruckes zur Ordnung. (Andauernder großer Lärm.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Es folgen Interpellationen.

Abgeordneter Rath (Karolyi-Partei interpelliert in Angelegenheit der Erleichterungen für Eheschließungen von Offizieren.

Das Ungartum in der Armee.

Abgeordneter Urmanczy (parteiloser Unabhängiger) beschwert sich über ungerechte Behandlung des Ungartums in der Armee. (Hiebei wird er vom Präsidenten wiederholt mit der Mahnung unterbrochen, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen.) Unter anderm beschwert sich der Interpellant darüber, daß ein Major eines Lemberger Infanterieregiments die ungarische Fahne vom Hause der Gewerbekorporation in Salgo-Tarjan deshalb entfernen ließ, weil sich in diesem Hause die Offiziersmesse befinde. (Lärm links.) Der Interpellant bemängelt ferner, daß in der neuen Adjustierung der Unterschied zwischen den österreichischen und den ungarischen Uniformen beseitigt wurde, daß ungarische Landstürmer in die österreichischen Regimenter eingereiht werden, und endlich, daß die blutigen Verluste der ungarischen Truppen größer seien, als die der österreichischen.

Ministerpräsident Graf Stephan Tisza erklärt, er fühle sich der Verpflichtung enthoben, auf alle Ausführungen des Vorredners zu antworten, und wolle bloß auf einige konkrete Fragen reflektieren.

Was die Salgo-Tarjaner Angelegenheit betrifft, habe er von derselben jetzt zum erstenmal gehört. Sollte es sich tatsächlich als wahr erweisen, was der Interpellant vorgebracht habe, so verurteile auch er seinerseits das Vorgehen des betreffenden Lemberger Offiziers aufs schärfste. (Beifall).

Was die Kleidung der Armee betrifft, wurde sie entsprechend den modernen Anforderungen abgeändert. Er wisse jedoch, daß ein Unterschied für die Kleidung nicht nur der Honved, sondern auch der ungarischen Truppen der gemeinsamen Armee aufrechterhalten wurde.

Die Behauptung, daß ungarische Landstürmer in österreichische Ersatzkörper einberufen werden, könne nur auf einem Irrtum beruhen.

Was die Verhältniszahl der Einberufungen aus Oesterreich, beziehungsweise Ungarn betrifft, so beschäftige sich die Regierung eingehend mit dieser Frage. Es gab eine Zeit, wo die Zahl der Einberufungen, wenn auch nicht in sehr erheblichem Maße, das Verhältnis zum Nachteil Ungarns beeinflußte. Er habe nicht versäumt, die kompetenten Faktoren hierauf aufmerksam zu machen und die notwendige Abhilfe sei auch erfolgt. Gegenwärtig erfolgen die Einberufungen im großen und ganzen entsprechend dem Verhältnis der Bevölkerungszahl. Es ist natürlich, daß in diesem ungeheuren Ringen die erste Frage nicht die ist, daß gewisse Verhältniszahlen eingehalten werden, sondern daß beide Staaten und ihre Bevölkerung im Interesse des gemeinsamen Zieles sämtliche Kräfte zur Verfügung stellen, die sie besitzen.

Was die blutigen Verluste anlangt, so stehen wir dem eigentümlichen Umstand gegenüber, daß aus dem bisher zur Verfügung stehenden Material gefolgert werden könnte; daß die blutigen Verluste Oesterreichs, wenn auch nicht bedeutend, so doch einigermaßen größer sind als diejenigen Ungarns. (Lärm und Zwischenrufe links: Zusammen mit den Vermißten!) Die Vermißten sind in einer besonderen Rubrik; jetzt spreche ich von den blutigen Verlusten. Der erwähnte Umstand kann wohl kaum die Tatsachen decken und dürfte darauf zurückzuführen sein, daß einzelne Truppen mit ihren Verlustausweisen im Rückstand sind. Diesbezüglich dürfte sich also das Bild ändern, aber ich kann schon jetzt sagen, und wer die Ereignisse mit Aufmerksamkeit verfolgt, kann gar nicht anderer Meinung sein, daß der in weiten Kreisen verbreitete Glaube vollkommen falsch ist, als ob die blutigen Verluste Ungarns und speziell der ungarischen Rasse irgendwie unverhältnismäßig die blutigen Verluste Oesterreichs übersteigen würden.

Wir wissen sehr wohl, daß ein ganz bedeutender Teil der österreichischen Truppen mit erstrangiger Tapferkeit kämpft, an den blutigsten Schlachten mit außerordentlicher Tapferkeit teilgenommen und daher außerordentliche blutige Verluste erlitten hat, so daß keineswegs in dieser Beziehung ein solcher Unterschied zwischen Oesterreich und Ungarn besteht, wie man vielfach glaubt.

Schließlich verweist der Ministerpräsident darauf, daß er bekanntlich kein Anhänger der besonderen ungarischen Armee sei, weshalb er den diesbezüglichen Wünschen des Interpellanten nicht entsprechen könne.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird zur Kenntnis genommen. Schließlich interpelliert noch Abgeordneter Bosnyak (Unabhängigkeitspartei) in Angelegenheit der Versorgung der Provinzbevölkerung mit Petroleum.

Handelsminister Baron Harkanyi antwortet, die Kriegserklärung Rumäniens sei sicherlich von Einfluß auf eine entsprechend rasche Beschaffung des notwendigen Petroleumvorrates, doch gelang es durch die sofort getroffenen Maßnahmen, einen Vorrat zu sichern, daß bei einiger unbedingt nötiger Sparsamkeit der ganze Bedarf völlig gedeckt erscheint.

Die Antwort des Ministers wird zur Kenntnis genommen.

Hierauf wird die Sitzung um ¾9 Uhr abends geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, 10 Uhr vormittags. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Neue Freie Presse 14./IX. 1916

Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes.

Wien, 13. September.

Heute vormittag um 10 Uhr trat der Deutsche Nationalverband zu einer Vollversammlung zusammen, an der der größte Teil der Verbandsmitglieder teilnahm. Die Versammlung wurde nach einer Mittagspause bis 6 Uhr abends fortgesetzt. Ueber die Sitzung wurde folgendes Communiqué ausgegeben:

Zu Beginn der Sitzung besprach der Vorsitzende Abgeordneter Dr. Groß die letzten kriegerischen Ereignisse. Es wurde beschossen, an Se. Majestät den Kaiser nachfolgende Depesche zu senden: „Die Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes erneuert die Versicherung unbedingter Opferfreudigkeit für das Vaterland und bittet Eure Majestät, den ehrfurchtsvollen Ausdruck angestammter Treue und Liebe entgegenzunehmen. Möge es Eurer Majestät beschieden sein, im Verein mit den treuen Verbündeten alle Feinde niederzukämpfen und durch einen ehrenvollen Frieden eine glückliche Zukunft vorzubereiten."

Vor Eingang in die Tagesordnung machte der Vorsitzende Mitteilung von der Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, in welcher sich die Mitglieder der bisherigen Deutschvölkischen Vereinigung und die bisher keiner Untergruppe angehörigen Abgeordneten des Nationalverbandes vereinigt haben. Die durch die Neugründung notwendig gewordenen Satzungsänderungen werden vom Vorstand vorbereitet und einer ehestens einzuberufenden Vollversammlung vorgelegt werden.

Deutsche Agrarpartei.

Nach der Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes fand heute abend unter dem Vorsitze des Abgeordneten Dr. Damm eine Sitzung der Deutschen Agrarpartei statt. Es wurde dabei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für den Deutschen Nationalverband eine Stärkung bedeute, und festgestellt, daß die Deutsche Agrarpartei bereit ist, alle ihre Kräfte in den Dienst eines festen und geschlossenen Zusammenarbeitens zu stellen.

Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Heute hat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Denk die Konstituierung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft unter Zugrundelegung nachstehender Leitsätze stattgefunden: Der Zusammenschluß der Deutschen Arbeitsgemeinschaft findet im Rahmen des Deutschen Nationalverbandes statt. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft bildet eine selbständige Gruppe des Deutschen Nationalverbandes, sie wird bestrebt sein, ihre nationalen, politischen und volkswirtschaftlichen Ziele gemeinsam mit den anderen Gruppen des Nationalverbandes zu verfolgen, behält sich jedoch gegebenenfalls ein selbständiges Auftreten gegenüber der Bevölkerung und der Regierung vor. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft entscheidet selbständig über die Aufnahme ihrer Mitglieder, sie werden hiedurch Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes. Mit der einstweiligen Geschäftsführung wurden die Abgeordneten Denk, Dr. Dinghofer, Einspinner, Doktor Freißler, Friedmann, Kraft, Hartl, v. Pantz und Dr. Waber betraut.

Die Arbeitsgemeinschaft betrachtet sich nicht nur als eine parlamentarische Gruppenbildung, sondern wird daran gehen, durch den Ausbau der politischen Organisation in den Kronländern in engster Fühlungnahme mit der Bevölkerung die Grundlage für die deutsche Volksorganisation Oesterreichs zu schaffen.

Der Deutschen Arbeitsgemeinschaft gehören bisnun an die Abgeordneten Albrecht, Beyer, Brandl, Denk, Doktor Dinghofer, Dobernig, Einspinner, d'Elvert, Erb, Doktor Erler, Dr. Freißler, Friedmann, Dr. Groß, Hartl, Held, Hofmann v. Wellenhof, Hruschka, Hueber, Jesser, Keller, Kemetter, Dr. Kinz, Kittinger, Dr. Kofler, Kraft, Doktor v. Langenhan, Dr. v. Licht, Dr. v. Lodgman, Marckhl, Neunteufel, Dr. v. Oberleithner, v. Pantz, v. Primavesi, Dr. Redlich, Richter, Dr. Schürff, Dr. Steinwender, Doktor Stölzel, Dr. Sylvester, Dr. Urban, Dr. Waber und Wedra.

Der Vorstand hat beschlossen, im Sinne einer umfassenden Zusammenschließung aller noch außerhalb der Deutschen Arbeitsgemeinschaft stehenden deutschfreiheitlichen Abgeordneten zu wirken.

Arbeiterzeitung
15./IX. 1916

Er drückt sich.

Der Deutsche Nationalverband hat der Welt angekündigt, es werde von ihm „zu den vorliegenden politischen Fragen entsprechend Stellung genommen werden". Die deutschen Helden waren nun gestern beisammen und heute haben wir ihre „entsprechende Stellungnahme" erfahren. Der Vorstand hat mancherlei beschlossen, zum Beispiel, daß für alle militärischen Fragen die strengste Zensur zu gelten habe, daß er darüber nachdenken werde, welche neuen Steuern der Bevölkerung weiter aufgelastet werden könnten, daß die kritischen Reden im ungarischen Abgeordnetenhause höchlichst zu bedauern seien; kurz, er hat sein Wesen in mannigfachen Beschlüssen geoffenbart und dargetan, daß er, trotz Krieg und Seelenaufschwung, der alte Deutsche Nationalverband geblieben ist. Doch ist man natürlich gespannt, was er zu der Frage aller politischen Fragen zu sagen hatte. Dieser sein Beschluß besagt nun . . . doch nein, das muß man wörtlich lesen:

Der Deutsche Nationalverband d r ü c k t s i c h für e i n e Einberufung sowohl des Reichsrates als auch der Delegationen in der Ueberzeugung aus, daß eine mächtige und einmütige patriotische Kundgebung der verfassungsmäßigen Vertretungskörper sowie die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung g e l e g e n seien.

Ist das eine Sprache! Wo in der Welt wird eine politische Partei, die eine Anschauung ausspricht, eine Forderung erhebt, das so sagen, wie es die tapferen Nationalverbändler sagen? Der Nationalverband „drückt sich für eine Einberufung aus"; es ist einfach überwältigend! Dabei hat er, in Mißachtung der Regeln unserer deutschen Sprache, sich so ausgedrückt, daß der Leser gezwungen ist, zu meinen, der Deutsche Nationalverband „drückt sich". Und irrt sich der Leser da? Wahrlich, er irrt sich nicht, wenn er, indem er vernimmt, daß sich solcherart der Deutsche Nationalverband „ausdrückt", zu dem Schlusse gelangt, der Deutsche Nationalverband „drückt sich":

Der Stil ist hier wahrlich die Partei. Was man von der politischen Vertretung des deutschen Bürgertums zu erwarten berechtigt war, ist das Sichtbarmachen eines deutlichen und festen W i l l e n s. Der Deutsche Nationalverband gibt anstatt dessen ein G u t a c h t e n ab: er „drückt sich aus". Aber er drückt sich für „eine" Einberufung des Reichsrates nicht etwa deshalb aus, weil sie ihm als das Notwendige erscheint, weil er die in der Verfassung bestimmte Mitwirkung des Volkes an der Führung des Staates als jene Selbstverständlichkeit erachtet, als die sie in dem politischen Bewußtsein unserer Zeit verankert ist; nein, daran wagt er gar nicht zu denken. Nur die Erwägung, erst diese und allein diese, daß eine „mächtige und einmütige patriotische Kundgebung des Reichsrates im Interesse des Vaterlandes gelegen wäre", die hat ihn zu jenem „Ausdruck" gebracht. Den geheimen Nebensinn jener Ueberzeugung des Deutschen Nationalverbandes zu ergründen wären wir vielleicht imstande; doch kann darauf verzichtet werden. Zur Erkenntnis der Geistesbeschaffenheit des Deutschen Nationalverbandes trägt es aber schon bei, daß er sich in dem Augenblick, da er sich für die Einberufung ausdrückt, sogleich auch bemüht, gegen die Einberufung Vorwände beizusteuern.

Indes haben die Dinge ihre innere Gewalt, gegenüber der die „Ueberzeugungen" des Deutschen Nationalverbandes kein Damm sind. Wir können ihnen beruhigt vertrauen, und der Tag wird kommen, wo die Wirkungen so klar zu Tage liegen werden, daß niemand mehr ihre Ursachen zu verkennen vermögen wird.

Arbeiterzeitung 15./IX. 1916

Aus dem Deutschen Nationalverband.

Der Deutsche Nationalverband hielt am Mittwoch die angekündigte „Vollversammlung". Aus dem „Bericht" erfährt man folgendes: Der Vorsitzende Dr. Groß erörterte in seinem Rechenschaftsbericht verschiedene Fragen der inneren und der äußeren Politik und besprach unter anderem auch die bedauerlichen Vorgänge, deren Schauplatz das ungarische Abgeordnetenhaus in der letzten Zeit war. An den Bericht schloß sich eine eingehende Erörterung der allgemeinen Lage. Nach Beendigung der Wechselrede wurde folgender Antrag angenommen: „Der Deutsche Nationalverband drückt sich für eine Einberufung sowohl des Reichsrates als auch der Delegationen in der Ueberzeugung aus, daß eine mächtige und einmütige patriotische Kundgebung der verfassungsmäßigen Vertretungskörper sowie die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung gelegen seien." Bezüglich der Handhabung der Zensur wurde nachstehender Beschluß gefaßt: „Der Deutsche Nationalverband erkennt es als ganz selbstverständlich, daß jede Besprechung militärischer Angelegenheiten der strengsten Zensur unterliege. Dagegen müssen Beschränkungen in der Freiheit der Presse, wie sie gegenwärtig stattfinden, als geradezu schädlich für das Gemeinwohl angesehen werden. Die Regierung wird ferner aufgefordert, mit den zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln der Aufsaugung der Presse durch die Geldmacht der Banken entgegenzutreten." Noch beschloß der Verband, neue Steuern („zwecks Erstattung finanzpolitischer Vorschläge") zu ersinnen.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft, deren Konstituierung der Sitzung vorangegangen war, umfaßt sechsunddreißig Mitglieder des Nationalverbandes: diejenigen, die weder der Agrarpartei noch den Deutschradikalen angehören. Sie bildet, wie sie erklärt, „eine selbständige Gruppe des Deutschen Nationalverbandes, sie wird ihre nationalpolitischen und sozialwirtschaftlichen Ziele gemeinsam mit den anderen Gruppen des Verbandes verfolgen, behält sich jedoch gegebenenfalls ein selbständiges Auftreten gegenüber der Bevölkerung und der Regierung vor". Dieser schüchterne Vorbehalt einer Selbständigkeit hat die Deutschradikalen sehr ergrimmt. Sie erachten das als „eine Gefährdung des bisherigen Zusammenwirkens der im Nationalverband vereinigten deutschen Abgeordneten, denn dieser Beschluß hat zur notwendigen und selbstverständlichen Folge, daß nunmehr jede der im Nationalverband bestehenden Parteien das gleiche Recht des selbständigen Auftretens gegenüber der Bevölkerung und der Regierung für sich in Anspruch nehmen muß". Eine deutsche Einheitspartei hätte es werden sollen und neuer kleinlicher Zank ist es geworden.

Reichspost 15./IX. 1916

112

Aus den gestrigen Beratungen des Nationalverbandes

wird noch parteiamtlich mitgeteilt:

Es berichtete der Vorsitzende Abg. Groß über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Vollversammlung des Verbandes und hob hervor, daß der Vorstand trotz der schwierigen Verhältnisse seine auf Wahrung der Interessen des Volkes gerichteten Bemühungen unablässig fortsetzte. Der Lebensmittelversorgung wurde besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Abgesehen davon, daß die allermeisten Mitglieder des Verbandes auf diesem Gebiete in den Heimatsbezirken eine umfassende Tätigkeit entfalten wurden auch bei der Regierung wiederholt verschiedene Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Insbesondere wurde eine bessere Regelung der Lebensmittelbeschaffung aus Ungarn gefordert und gemeinsam mit der christlichsozialen Partei wiederholt die Notwendigkeit betont, daß die ganze Lebensmittelversorgung in die Hand eines einheitlichen Amtes, womöglich einer einzelnen Person gelegt werde. Leider waren in dieser Richtung die Bemühungen bisher nicht von dem gewünschten Erfolg begleitet. Nach wie vor hat sich der Vorstand dafür eingesetzt, daß eine Besserstellung der Festbesoldeten, und zwar der aktiven wie auch der pensionierten Beamten Platz greife, da die bisher gewährten Teuerungszulagen sich angesichts der stets zunehmenden Erhöhung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände als unzulänglich erwiesen. Gemeinsam mit Vertretern der christlichsozialen Partei hat der Vorstand der Regierung eine Denkschrift über die Deckung der zur Verzinsung der Kriegsanleihen erforderlichen Ausgaben überreicht und dabei den Standpunkt vertreten, daß von den zur Einhebung gelangenden neuen Steuern nicht nur die breiten Schichten der Bevölkerung getroffen werden sollen, sondern daß insbesondere die leistungsfähigen Bevölkerungsklassen heranzuziehen sind. Die von der Regierung erlassenen neuen Steuergesetze haben diesem Grundsatze nur teilweise Rechnung getragen. Der Vorsitzende erörterte weiter in seinem Berichte verschiedene Fragen der inneren und der äußeren Politik und besprach u. a. auch die bedauerlichen Vorgänge, deren Schauplatz das ungarische Abgeordnetenhaus in der letzten Zeit war.

An den Bericht des Abgeordneten Dr. Groß schloß sich eine eingehende Erörterung der allgemeinen Lage. Nach Beendigung der Wechselrede wurde folgender Antrag angenommen: „Der Deutsche Nationalverband drückt sich für eine Einberufung sowohl des Reichsrates wie auch der Delegationen in der Ueberzeugung aus, daß eine mächtige und einmütige patriotische Kundgebung der verfassungsmäßigen Vertretungskörper sowie die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung gelegen seien."

Bezüglich der Handhabung der Zensur wurde nachstehender Beschluß gefaßt: „Der Deutsche Nationalverband erkennt es als ganz selbstverständlich, daß jede Besprechung militärischer Angelegenheiten der strengsten Zensur unterliege. Dagegen müssen Beschränkungen in der Freiheit der Presse, wie sie gegenwärtig stattfinden, als geradezu schädlich für das Gemeinwohl angesehen werden. Die Regierung wird ferner aufgefordert, mit den zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln der Aufsaugung der Presse durch die Geldmacht der Banken entgegenzutreten. Weiter wurde der Vorstand beauftragt, bei der Regierung dahin zu wirken, daß jene Hausbesitzer, die infolge des mit ihrem Hausbesitz verbundenen Lasten nicht billiger oder teurer wohnen als Mieter, bezüglich der Unterhaltsbeiträge ihrer Familien so zu behandeln seien, als ob sie auf Miete angewiesen wären.

Weitere Beschlüsse betreffen den Ersatz von Kriegsschäden in den vom Krieg betroffenen Gegenden, die künftige Gestattung finanzpolitischer Vorschläge zur Verzinsung der Kriegsanleihen und Kriegsschulden, die Gewährung entsprechender Teuerungszulagen an die Staatsbeamten und Pensionisten sowie entsprechende Vorbereitungen seitens der Regierung in der Richtung, daß bei der Rückkehr normaler Verhältnisse die Erhaltung und Kräftigung des Gewerbestandes gegenüber den während der Kriegszeit emporwuchernden, rein kapitalistischen Unternehmungen gesichert werde. Der Vorstand wurde beauftragt, sich bei der Regierung abermals dafür einzusetzen, daß ein einheitliches Verpflegsamt geschaffen werde.

Reichspost 15./IX. 1916

113

Die Vorgänge im Deutschen Nationalverband.

Die Begründung der Einmütigkeit und besseren Arbeitsfähigkeit des Deutschen Nationalverbandes hat scheinbar die Schaffung der neuen Gruppe „der deutschen Arbeitsgemeinschaft" noch nicht gefördert. In einer Aeußerung, die der deutschradikale Abg. Dr. Mühlwert der „Bohemia" gegeben hat, urteilt er: „Ob es möglich sein wird, den Deutschen Nationalverband in seiner gegenwärtigen Struktur aufrechtzuerhalten, möchte ich dahin gestellt sein lassen. Aehnlich lauten andere Aeußerungen, die einen starken Skeptizismus verraten und dem Nationalverbande nichts Gutes prophezeien. Die Zweifel mögen noch dadurch genährt worden sein, daß über einen der Hauptgegenstände der Beratung über die Einberufung des Abgeordnetenhauses und der Delegationen kein völliges Einvernehmen zu erzielen war. 19 Stimmen waren zwar dafür, 16 dagegen, aber zu der starken Minderheit kommen in einem gewissen Maße 12 Stimmenenthaltungen, die mindest nicht von überzeugten Anhängern der Einberufer stammen können, sonst würden die Inhaber dieser Stimmen die Gelegenheit zur Aeußerung dieser Ueberzeugung wohl benützt haben.

Ueber die Stellungnahme der Deutschradikalen zu der neuen Gruppe im Nationalverband gibt eine Mitteilung der „Ostd. Rundsch." Auskunft, die erklärt, daß die Deutschradikalen der Vollversammlung des Nationalverbandes eine Feststellung unterbreiteten, in der die Gründung der „deutschen Arbeitsgemeinschaft" zur Kenntnis genommen, aber betont wird:

„Die deutschradikale Vereinigung erblickt in dem Teile des Beschlusses der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, worin diese „gegebenenfalls ein selbständiges Auftreten gegenüber der Bevölkerung und der „Regierung" für sich in Anspruch nimmt, eine Gefährdung des bisherigen Zusammenwirkens der im Nationalverband vereinigten deutschen Abgeordneten, denn dieser Beschluß hat zur notwendigen und selbstverständlichen Folge, daß nunmehr jede der im Nationalverband bestehenden Parteien das gleiche Recht des selbständigen Auftretens gegenüber der Bevölkerung und der Regierung für sich in Anspruch nehmen muß. Dieser Veränderung des Wesens des Deutschen Nationalverbandes müßte natürlich durch eine entsprechende Abänderung seiner Satzungen Rechnung getragen werden, für welche nach Ansicht der deutschradikalen Vereinigung folgende Grundsätze zu gelten hätten: 1. Die drei Gruppen werden im Vorstande des Deutschen Nationalverbandes gleichmäßig vertreten. 2. Alle Abstimmungen erfolgen nach Gruppen, und zwar so, daß jede Gruppe nur eine Stimme abgibt. 3. Beschlüsse, für welche eine Gruppe nicht gestimmt hat, sind für diese auch nicht bindend. 4. Jede Gruppe hat das Recht, ihre Haltung gegenüber der Regierung und in der Bevölkerung selbständig zu vertreten. 5. Der Vorstand besteht aus höchstens 12 Abgeordneetn. 6. Der Vorsitz im Vorstande wechselt moantlich nach Gruppen. Die deutschradikale Vereinigung erwartet jedoch vom Vorstande des Nationalverbandes Vorschläge.

Nach der gestern erfolgten Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder als solche zugleich Angehörige des Deutschen Nationalverbandes werden, sind nunmehr wieder 6 Abgeordnete zum Deutschen Nationalverband zugewachsen, und zwar die der Arbeitsgemeinschaft beigetretenen Mitglieder des bisherigen Klubs „Deutsches Zentrum" Michael Brandl, Hruschka, Kemetter, Neunteufel und v. Pantz sowie der Wiener freisinnige Abgeordnete Friedmann. Der Deutsche Nationalverband zählt somit jetzt 98 Mitglieder.

Von diesen 98 Abgeordneten gehören 30 der deutschen Agrarpartei an, 23 der deutschradikalen Partei, 2 der deutschen Arbeiterpartei und 42 Abgeordnete der nunmehrigen Deutschen Arbeitsgemeinschaft. Zwei Abgeordnete stehen noch außerhalb einer dieser Vereinigungen; es sind dies die Abgeordneten Dr. Kindermann und Dr. Lecher. Abgeordneter Dr. Steinwender ist als Angehöriger der deutschen Agrarpartei zugleich Mitglied der Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Pester Lloyd Abendbl 15./IX. 1916

I

117

„Les Hongrois."

Vom Herrn Grafen Albert Apponyi erhalten wir die folgende Zuschrift:

Geehrte Redaktion!

Die heutige Nummer Ihres geschätzten Blattes bringt einen Artikel des „Figaro", der in seiner Art aus den Vorgängen in unserem Parlament Kapital schlägt, und die geehrte Redaktion knüpft daran die Bemerkung, daß, wiewohl jener Artikel die Dinge gründlich mißversteht und entstellt, die Opposition aus demselben doch die Lehre ziehen mag, welchen Widerhall ihr Vorgehen im feindlichen Ausland erweckt.

Ich will mit diesem Echo, welches die Stimme des feindlichen Auslandes bei uns erweckt hat, nicht rechten. Aber es sei mir gestattet, die Sache auf dem Wege einer Supposition ins rechte Licht zu stellen, deren Zulässigkeit wohl niemand bestreiten wird.

Der Einfall der Rumänen, die Tragödie der siebenbürgischen Landesteile, wird dem Parlament mitgeteilt. Die Opposition verharrt in würdevoller Zurückhaltung. Kein Wort des Tadels ertönt; nur eine Kantate mit Soli und Chor und obligater Posaunenbegleitung; wieder „eine Episode", nichts weiter. Unsere Regierungspresse ist natürlich entzückt. Im „Figaro" aber erscheint mit Rücksicht auf diese Vorgänge ein Artikel, betitelt: „Le silence du désespoir" („Das Schweigen der Verzweiflung"), den ich in möglichst wortgetreuer Uebersetzung wiedergeben will.

„Die Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses am 5. September spricht laut für die verzweifelte Lage unserer Gegner, oder doch eines derselben. Nicht als ob in jener Sitzung viel gesprochen worden wäre: im Gegenteil, es wurde geschwiegen! Ja, geschwiegen, als ein neues Meisterstück der österreichischen (sic!) Diplomatie, ein neuer Schlag auf die österreichische (sic!) Wehrmacht, das Erscheinen eines neuen Feindes an den Grenzen des Kaiserreiches (sic!), ja, der Verlust eines kostbaren Juwels der St. Stefanskrone angemeldet wurde. Man erzählt dem ungarischen Parlament, daß Siebenbürgen, das teure Siebenbürgen, das Bollwerk der magyarischen Herrschaft, von Rumänen überflutet, wohl für immer verloren ist; man erzählt von dem Elend magyarischer Flüchtlinge, denen die Fahrlässigkeit der eigenen Regierung nicht einmal die Möglichkeit geordneten Fliehens gewährleistet hat: und das ungarische Parlament stammelt einige Phrasen aus dem Lexikon der üblichen Zuversichtsbanalitäten, an die niemand glaubt, aber keine Stimme erhebt sich, welche für diese — vom magyarischen Standpunkt entsetzlichen — Dinge Rechenschaft verlangt. Die Leidenschaft, die in jedem anderen Parlament auf solche Nachrichten hin aufgelodert wäre, sie versagt gerade im ungarischen Abgeordnetenhause, wo ja doch aus geringfügigeren Anlässen Tintenfässer geflogen sind, Tätlichkeiten auf der Tagesordnung waren, wo die Abgeordneten für gewöhnlich nur mit Revolvern bewaffnet erschienen! Wie weit muß es mit diesem Lande gekommen sein, wie tief muß die Volksstimmung in den Morast der Verzweiflung gesunken sein, um es dahin zu bringen, daß die temperamentvollsten Vertreter des temperamentvollsten Volkes für solch niederschmetternde Nachrichten nur „würdevolles Schweigen" aufbringen können? Wo sind sie alle geblieben, die Andrássy, die Károlyi, die Apponyi — die stolzen Wortführer der oligarchischen Opposition? Was hat ihre Stimme erstickt, im Augenblick, wo das Land ihrer am meisten bedurfte? Konnten diese Männer ihrem Patriotismus nicht einmal jene Worte abringen, welche sich bei solchen Vorgängen auf die Zunge jedes Patrioten drängen? Sind sie endlich zur Einsicht gelangt, daß für ihr Land alles verloren ist, daß daher jede Kritik nunmehr nutzlos ist? Oder waren sie etwa selbst in diesen schicksalschweren Stunden auf ihre Regierungsfähigkeit bedacht, die durch freies Reden gefährdet sein mochte? Solch unnatürlichem Verhalten gegenüber ist jede Supposition zulässig, außer jener, daß man wirklich zufrieden sei. An den ärgsten Skandalszenen hätten wir keinen Anstoß nehmen können; wo wären sie in ähnlicher Lage ausgeblieben? Nur dort, wo das Leben überhaupt dem Körper entflohen ist, wo dieser auf nichts mehr reagiert. Aber das Schweigen des ungarischen Parlaments stempelt die ungarische Nation zur Leiche: es ist das Schweigen der Verzweiflung — nein — des Todes!"

So weit der „Figaro".

Hand aufs Herz: wäre im supponierten Falle nicht Aehnliches geschrieben worden? Wäre es berechtigt gewesen?

Gewiß nicht. Ich habe es auch nur deswegen ausgeführt, um zu zeigen, daß das feindliche Ausland unter allen Umständen, und wie immer wir uns verhielten, daraus für die eigene Stimmung Kapital schlagen würde, daß es daher nicht angeht, wieder unsererseits aus solchen feindlichen Stimmen gegen einander Kapital zu schlagen. Dergleichen Dinge verfliegen mit dem Tage. Von wirklichem Schaden wäre nur, wenn man darüber einen Streit konstatieren könnte, ob wir bis zur Erkämpfung des siegreichen Friedens durchhalten wollen. Sind wir darüber einig, und wir sind es, daß wir es wollen, so ist der Streit über das wie nur von dem Wunsche eingegeben, die besten Mittel für das gemeinsame Ziel zu finden. Und wird dieser Streit mitunter leidenschaftlich, so ist es, weil eben der Wunsch, der Wille zum Sieg leidenschaftlich ist. Diese Konstatierung schadet nicht.

Es steht bei den Lenkern unserer Geschicke, aus solchen Kontroversen zur Förderung des großen Zieles den möglichst großen Nutzen zu ziehen. Mit ihrer Erstickung würde man auch die moralische Kraft ersticken, deren wir mehr als je bedürfen.

Graf Albert Apponyi.

Pester Lloyd Abendbl. 15. IX. 1916

II

118

„Les Hongrois."

Budapest, 15. September.

Den Folgerungen, die der verehrte Graf aus dem supponierten Artikel des „Figaro" ableitet, können auch wir, obgleich uns ja sonst erhebliche politische Differenzen von ihm trennen, nur vollinhaltlich beipflichten. Gewiß, das feindliche Ausland hätte sich nicht anders aussprechen können, wenn, nun wenn eben die ungarische Opposition den rumänischen Einfall in Siebenbürgen mit Stillschweigen aufgenommen, die Regierung aber bei dieser Gelegenheit von einer „Episode" gesprochen und die Presse, die der Regierung freundlich gesinnt ist, diesen Verlauf der Dinge mit fröhlichem Behagen verzeichnet hätte. Und nicht allein das feindliche Ausland, auch die öffentliche Meinung des eigenen Landes würde einen solchen Hergang als etwas Unbegreifliches und Ungeheueres empfunden haben.

Aber muß man denn just den Fall supponieren, dem der verehrte Graf seinen „Figaro"-Artikel auf den Leib zugeschnitten hat? Ist nicht auch ein anderer Fall noch denkbar, ein Fall, der zwischen feigem Schweigen und wüsten Tumultszenen in der Mitte liegt und über den der „Figaro" sich etwa wie folgt hätte äußern müssen?:

Im ungarischen Parlament ist es nach dem glänzend durchgeführten Einbruch unserer rumänischen Freunde begreiflicherweise zu ernsten Auseinandersetzungen zwischen der mit Recht aufgebrachten Opposition und dem Grafen Tißa gekommen. Wer sich auf Tumulte, wie solche in diesem an leidenschaftliche Skandalszenen gewöhnten Hause bei viel geringeren Anlässen zu toben pflegten, auch bei dieser Gelegenheit gefaßt gemacht hätte, würde die Routine der ungarischen Politiker, mögen sie nun rechts oder links sitzen, arg unterschätzt haben. So klug und so geschickt sind die Herren Grafen Apponyi, Andrássy und Károlyi schon, um in einem für ihr Vaterland so ernsten Augenblicke der ungarischen Sache, die ihnen viel höher als ihre unauslöschliche Feindschaft gegen Tißa steht, keine Blöße zu geben.

Mit dem Pathos, das die ungarische Beredsamkeit bekanntlich kennzeichnet, haben sich diese Herren ihre Entrüstung darüber, daß man sich von dem Genie Bratianus hatte überlisten lassen, vom Herzen heruntergeredet. Auch die Regierung des Grafen Tißa bekam dabei manchen Denkzettel weg. Ihm wurde vorgeworfen, daß er die Diktatorgewalt, die er an sich gerissen, für die eigenen politischen Zwecke geschäftig auszunützen verstehe, daß aber seine berühmte Energie, seine vielgepriesene eiserne Hand gerade dann versagt habe, als es galt, durch entsprechende Verfügungen die Bedingungen für die militärische Sicherheit Siebenbürgens zu schaffen.

Es spricht jedoch für die politische Geschicklichkeit der Oppositionsführer, daß sie ihre Kritik diesmal, gewiß mit großer Selbstüberwindung, zu dämpfen verstanden, auf die Unterlassungssünden der österreichisch-ungarischen Heeresleitung und des allgewaltigen Grafen Tißa nur einen Seitenblick warfen und mit der Erklärung, daß die Abrechnung mit diesen letzteren erst nach Vertreibung des Feindes erfolgen werde, zu der heute allen Magyaren gemeinsamen Plattform hinüberschwenkten, zu der Plattform, daß alle Söhne der ungarischen Nation in dieser Stunde der höchsten Gefahr für ihr Vaterland einmütig sind in der Entschlossenheit, sich durch vorübergehende Wechselfälle des Krieges in ihrem Siegeswillen und ihrer Zuversicht auf die Zerschmetterung des rumänischen Einbrechers durch nichts wankend machen zu lassen.

Bezeichnend ist, daß diese Tiraden der Oppositionsführer auch von der Regierungspartei mit geräuschvollem Beifall aufgenommen wurden. Man kennt ja die Regiekunst der Ungarn in solchen Dingen. Freilich wird ihnen diese Kunst ebensowenig nützen, wie sie niemand bei uns und bei unseren Waffenbrüdern über die Bestürzung hinwegtäuschen wird, die in Ungarn durch die brillant ausgeführte Initiative der heldenmütigen rumänischen Armee hervorgerufen worden ist. Und mögen auch jetzt die Grafen Andrássy, Apponyi und Károlyi ihren grimmigen Haß gegen Tißa sordiniert haben, die Drohung, auf das Kapitel der Unterlassungssünden zur richtigen Zeit noch zurückzukommen, wird in dem allmächtigen Premierminister einen bitteren Mundgeschmack zurückgelassen haben.

Hand auf's Herz, verehrter Herr Graf: würde ein Hergang, der diesen supponierten „Figaro"-Artikel ausgelöst hätte, der Sache des ungarischen Vaterlandes und dem Rufe der ungarischen Opposition nicht besser gedient haben? Zwischen männlichem Groll und wüstem Spektakel, zwischen harter, strengster Kritik und leidenschaftlichen Auftritten, die den Eindruck machen können, daß man in Ungarn Kopf und Herz verloren habe, klafft ein tiefer Abgrund. Es genügt nicht, stark und im Bewußtsein der eigenen Stärke über die eigene Lage beruhigt zu sein. Gerade in schweren Stunden kommt es in sehr erheblichem Maße auch darauf an, dem Auslande, dem feindlichen und dem verbündeten, durch würdevollen Ernst die Gewißheit, daß unsere Kraft und unser Vertrauen ungebrochen sind, einzuflößen.

Gewiß, Graf Apponyi, und nicht er allein unter den Führern unserer Opposition, würde zweifellos einen solchen Verlauf der parlamentarischen Ereignisse den turbulenten Ausbrüchen der Leidenschaft vorgezogen haben. Aber sie hatten eben nicht die Kraft, bei ihrer Umgebung ihren Willen durchzusetzen. Und das ist nicht bloß schlimm für das Land, vielleicht noch viel schlimmer für sie selbst. Welchen Sinn — das mochte sich so mancher fragen — würde ein Heranziehen dieser Herren an die Sphären der Macht und der Verantwortlichkeit haben, die, ohne Einfluß auf die gouvernementale Mehrheit, was übrigens ohne weiteres einleuchtet, merkwürdigerweise auch die Führergewalt über die eigene Anhängerschaft nicht in ihrer Hand haben?

Josef Vészi.

Neue Freie Presse 16/IX. 1916

Die Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Wien, 15. September.

Ueber die am 13. d. erfolgte Konstituierung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft wird von den „Deutschen Nachrichten" folgendes mitgeteilt:

Bei der Schaffung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft hat alle beteiligten Abgeordneten der Gedanke geleitet, daß die Lage des Staates und des Volkes von der deutschen Vertretung Oesterreichs eine zielbewußte und tatkräftige Politik und die Zusammenfassung aller gleichgestimmten Kräfte erfordert. Die Politik der Deutschen Arbeitsgemeinschaft soll in wirkungsvoller Weise die staatlichen, nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen umfassen, wobei infolge der ungeheuren Umwälzung des Weltkrieges vielfach neue Bahnen werden eingeschlagen werden müssen. Von der Erkenntnis der ideellen und praktischen Werte der freiheitlichen und verfassungsmäßigen Einrichtungen durchdrungen, wird die Deutsche Arbeitsgemeinschaft bemüht sein, dieselben zum Nutzen von Staat und Volk wirksam zu machen. Aus diesem Grunde hat sie als erste Aktion beschlossen, der Plenarversammlung des Deutschen Nationalverbandes den Antrag auf Einberufung des Reichsrates und der Delegation zu stellen. Mit der Einbringung und Begründung dieses Antrages wurde der Abgeordnete Dr. Dinghofer betraut.

Ferner wurde der Beschluß gefaßt, gegen die gegenwärtige Handhabung der Zensur Stellung zu nehmen und gegen die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Wege des fortgesetzten Ankaufes von Zeitungsunternehmungen durch Großbanken Verwahrung einzulegen. Die Einbringung dieses Antrages hatte der Abgeordnete Einspinner übernommen.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache wurde die schwere wirtschaftliche Lage der breiten Volksschichten eingehend erörtert.

In weiteren, in der nächsten Zeit stattfindenden Beratungen wird sich die Deutsche Arbeitsgemeinschaft vor allem mit den Fragen der Zentralisierung der Volksernährung für beide Staaten der Monarchie, des österreichisch-ungarischen Ausgleiches, der Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche sowie mit der Bildung eines alle deutschen Abgeordneten umfassenden parlamentarischen Blockes befassen.

Die Ansprache des Obmannes Dr. Groß im Nationalverband.

In der Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes berichtete der Vorsitzende Abgeordneter Dr. Groß über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Vollversammlung des Verbandes und hob hervor, daß der Vorstand trotz der schwierigen Verhältnisse seine auf Wahrung der Interessen des Volkes gerichteten Bemühungen unabläßig fortsetzte. Der Lebensmittelversorgung wurde besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Abgesehen davon, daß die allermeisten Mitglieder des Verbandes auf diesem Gebiete in den Heimatsbezirken eine umfassende Tätigkeit entfalten, wurden auch bei der Regierung wiederholt verschiedene Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Insbesondere wurde eine bessere Regelung der Lebensmittelbeschaffung aus Ungarn gefordert und gemeinsam mit der christlichsozialen Partei wiederholt die Notwendigkeit betont, daß die ganze Lebensmittelversorgung in die Hand eines einheitlichen Amtes, womöglich einer einzelnen Person, gelegt werde. Leider waren in dieser Richtung die Bemühungen bisher nicht von dem gewünschten Erfolg begleitet. Nach wie vor hat sich der Vorstand dafür eingesetzt, daß eine Besserstellung der Festbesoldeten, und zwar der aktiven wie auch der pensionierten Beamten Platz greife, da die bisher gewährten Teuerungszulagen sich angesichts der stets zunehmenden Erhöhung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände als unzulänglich erwiesen. Gemeinsam mit Vertretern der christlichsozialen Partei hat der Vorstand der Regierung eine Denkschrift über die Deckung der zur Verzinsung der Kriegsanleihen erforderlichen Ausgaben überreicht und dabei den Standpunkt vertreten, daß von den zur Einhebung gelangenden neuen Steuern nicht nur die breiten Schichten der Bevölkerung getroffen werden sollen, sondern daß insbesondere die leistungsfähigen Bevölkerungsklassen heranzuziehen sind. Die von der Regierung erlassenen neuen Steuergesetze haben diesem Grundsatze nur teilweise Rechnung getragen. Der Vorsitzende erörterte weiter in seinem Berichte verschiedene Fragen der inneren und äußeren Politik und besprach unter anderm auch die bedauerlichen Vorgänge, deren Schauplatz das ungarische Abgeordnetenhaus in der letzten Zeit war.

Das Stärkeverhältnis des Deutschen Nationalverbandes.

Nach der Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder als solche zugleich Angehörige des Deutschen Nationalverbandes werden, zählt der Deutsche Nationalverband nunmehr 98 Mitglieder. Bis zur Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft zählte der Verband 92 Mitglieder; nunmehr sind 6 Mitglieder zugewachsen, und zwar die fünf Angehörigen der Pantz-Gruppe und Abgeordneter Friedmann. Von diesen 98 Abgeordneten gehören 42 der Deutschen Arbeitsgemeinschaft an, 29 der Deutschen Agrarpartei, 23 der Deutschradikalen Vereinigung und 2 der Deutschen Arbeiterpartei. Zwei Abgeordnete haben sich einem Unterverbande noch nicht angeschlossen; es sind dies die Abgeordneten Dr. Kindermann und Dr. Lecher.

Zum Besitzstande des Deutschen Nationalverbandes gehören des weiteren die Mandate der verstorbenen Abgeordneten Dr. Bachmann, Dr. v. Demel, Günther, Lipka, Lößl, Ferdinand Seidl und das Mandat des früheren Abgeordneten Wastian, so daß der Besitzstand des Deutschen Nationalverbandes an Mandaten derzeit auf 105 zu schätzen ist. Es ist aber noch der Beitritt von anderen, außerhalb des Nationalverbandes stehenden Abgeordneten zu erwarten.

Fremdenblatt

16./IX. 1916

120

Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Das am 13. d. ausgegebene Communiqué über die Konstituierung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft enthält außer dem bereits veröffentlichten Teil der Verlautbarung noch folgende Mitteilungen:

„Bei der Schaffung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft hat alle beteiligten Abgeordneten der Gedanke geleitet, daß die Lage des Staates und des Volkes von der deutschen Vertretung Oesterreichs eine zielbewußte und tatkräftige Politik und die Zusammenfassung aller gleichgestimmten Kräfte erfordert. Die Politik der Deutschen Arbeitsgemeinschaft soll in wirkungsvoller Weise die staatlichen, nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen umfassen, wobei infolge der ungeheueren Umwälzung des Weltkrieges vielfach neue Bahnen werden eingeschlagen werden müssen. Von der Erkenntnis der ideellen und praktischen Werte der freiheitlichen und verfassungsmäßigen Einrichtungen durchdrungen, wird die Deutsche Arbeitsgemeinschaft bemüht sein, dieselben zum Nutzen von Staat und Volk wirksam zu machen. Aus diesem Grunde hat sie als erste Aktion beschlossen, der Plenarversammlung des Deutschen Nationalverbandes den Antrag auf Einberufung des Reichsrates und der Delegation zu stellen. Mit der Einbringung und Begründung dieses Antrages wurde der Abgeordnete Dr. Dinghofer betraut.

In weiteren, in der nächsten Zeit stattfindenden Beratungen wird sich die Deutsche Arbeitsgemeinschaft vor allem mit den Fragen der Zentralisierung der Volksernährung für beide Staaten der Monarchie, des österreichisch-ungarischen Ausgleiches, der Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche, sowie eines alle deutschen Abgeordneten umfassenden parlamentarischen Blockes befassen."

Neues Wiener Tagblatt Abend 16./IX. 1916 121

Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Von Abg. Kommerzialrat **Aug. Denk**,
Obmann der Deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Vor längerer Zeit begannen die Bestrebungen in Oesterreich, eine deutsche Einheitspartei zu schaffen, welche berufen gewesen wäre, die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu vertreten.

Einer der tatkräftigsten Vertreter dieses Gedankens war Dr. Beurle in Linz, welcher eine größere Schar von Politikern für diesen Gedanken zu interessieren wußte.

Eine Vorbedingung der Erreichung dieses Zieles war, daß sich auch alle im Deutschen Nationalverband befindlichen Parteien und einzelnen Abgeordneten dieser Einheitspartei anschlossen hätten.

Leider ist dies nicht geschehen, da zunächst die Vertreter der deutschradikalen Partei erklärten, ihre bestehende Reichsparteiorganisation nicht auflösen zu wollen, und aus diesem Grunde auch die deutsche Agrarpartei ihre Organisation und Selbständigkeit beibehielt. Es schien nun aussichtslos, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen, und die ganze Angelegenheit war auf dem toten Punkt angelangt.

Interessant ist auch, zu erwähnen, daß sich in einer Sitzung der Wiener freiheitlichen Abgeordneten die Abgeordneten Hock und Doktor Ofner gegen den Eintritt in die Einheitspartei auf Grund der Richtlinien, die das vom Abgeordneten Dr. Beurle einberufene vorbereitende Komitee verfaßt hatte, ablehnend verhielten.

Um nun den Forderungen der großen Zeit, in der wir leben, und den Wünschen der Bevölkerung, welche für das unter den deutschen Abgeordneten herrschende Fraktionssystem kein Verständnis besitzt, entgegenzukommen, wurde als erster Schritt der Gedanke gezeitigt, wenigstens eine teilweise Zusammenfassung von Abgeordneten in eine Gruppe zu bewirken, um sodann, den Einigkeitsgedanken weiter bauend, vielleicht die Vereinigung aller im Nationalverbande befindlichen Gruppen zu einer fest konsolidierten deutschen Nationalpartei zu ermöglichen.

Die Deutschvölkische Vereinigung hat diesen Gedanken aufgenommen und die Verbindung mit jenen Abgeordneten hergestellt, welche weder der deutschradikalen noch der Agrarpartei angehören. Die Verhandlungen hatten einen guten Erfolg, denn mit Ausnahme des erkrankten Abg. Dr. Lecher erklärten sich alle für den Zusammenschluß. In der denkwürdigen Sitzung vom 12. September 1916 wurde die Vereinigung beschlossen, und sie konstituierte sich unter dem Titel „Deutsche Arbeitsgemeinschaft".

Damit war der Boden geschaffen, auf welchem der weitere Aufbau erfolgen kann.

Da die Deutsche Arbeitsgemeinschaft den ausgesprochenen Zweck hat, bei der nach dem Kriege zweifellos erfolgenden Neugestaltung unsres Staates die Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich zu wahren, so ist der Zusammenschluß weiterer Gruppen des Nationalverbandes sehr gut möglich.

In erster Linie kommt die deutsche Agrarpartei in Betracht.

Der große Weltkrieg, den wir alle miterleben, hat vieles verändert, manche bisher fest eingewurzelten Anschauungen über den Haufen geworfen und neue Gesichtspunkte eröffnet.

Dieser furchtbare Krieg hat uns auch gelehrt, daß eine der vornehmsten und ersten Sorgen des Staates, das ist der Gesamtheit der Bevölkerung und aller maßgebenden Faktoren, die sein muß, die Landwirtschaft mit allen Mitteln, welche zur Verfügung stehen, zu unterstützen und zu fördern, damit wir dieselbe auf jene Stufe bringen, daß die Ernährung des gesamten Volkes aus den eigenen Landesprodukten erfolgen kann.

Es soll nicht die Aufgabe politisch organisierter Agrarier sein, für die Hebung der Viehzucht und Vermehrung der Bodenproduktion zu wirken, sondern es soll dies eine Aufgabe der Gesamtheit werden, um unser Staatswesen in bezug auf die Volksernährung vom Auslande unabhängig zu machen. Schon vor dem Ausbruch des großen Weltkrieges haben sich diese Bestrebungen im deutschen Hansabunde mit elementarer Gewalt geltend gemacht. Der hervorragendste Führer des Hansabundes, Geheimrat Rießer, hat die schöne Parole ausgegeben: „Miteinander und füreinander" und nicht „Auseinander und gegeneinander". Wenn sich nun eine große Partei bildet, in welcher alle mitmun, Agrarier, Industrielle, Kaufleute, Professoren, Arbeiter usw., und gemeinschaftlich beraten, so werden sie die Mittel und Wege finden, um allen Klassen der Bevölkerung zu helfen.

Unsre dem Nationalverbande angehörenden Agrarier sind gut national gesinnte Deutsche, und wenn sie wissen, daß wir ehrlich mit ihnen raten und taten wollen, so werden sie die gebotene Freundeshand nicht zurückweisen.

Sind einmal auch die deutschen Agrarier in der Deutschen Arbeitsgemeinschaft mit uns brüderlich vereint, dann hoffe ich, werden wir auch die Brücke finden, um mit den Deutschradikalen jene volle Verständigung zu finden, welche es uns erst möglich machen wird, mit den beiden andern deutschen Abgeordnetengruppen des Reichsrates, der christlichsozialen Partei und der sozialdemokratischen Partei, einen deutschen Block zu bilden, welcher die Macht besitzen wird, jede Schädigung der Deutschen in Oesterreich zu verhindern. Geschieht dies, so geht der Wunsch des deutschen Volkes in Erfüllung, dahingehend, daß alle deutschen Mandatare in der kommenden Zeit in einer geschlossenen Front die deutschvölkischen Interessen wahren.

Pester Lloyd 16./IX. 1916 122

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 15. September.

Das Abgeordnetenhaus hat heute in dem zweiten Teil seiner Sitzung eine Rede entgegengenommen, die Abgeordneter Edmund Barta bereits am Schlusse der Vormittagssitzung begonnen hatte. Die Rede enthielt eine keinesfalls uninteressante Kritik der auslandspolitischen und verfassungsrechtlichen Auffassung, der Graf Béla Serényi in seiner letzten Rede Ausdruck gab.

Kurz vor 5½ Uhr abends erklärte Präsident Paul v. Beöthy, daß seines Wissens nunmehr Ausführungen folgen sollen, die die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung nahe legen. Im Sinne der geschäftsordnungsmäßigen Rechte des Präsidenten verfügte er daher die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung. Diese Sitzung wurde erst kurz vor acht Uhr wieder in eine öffentliche umgewandelt, um nach Feststellung der Tagesordnung geschlossen zu werden.

Das Abgeordnetenhaus wird seine nächste Sitzung am Dienstag der nächsten Woche halten.

Der Verlauf der Sitzung.

Die Sitzung nahm vormittag weiter diesen Verlauf:

Abgeordneter **Edmund Barta**

erblickt in dem Vorgehen des Grafen Béla Serényi keinen Beweis des Heldenmutes, sondern nur eine natürliche Kundgebung seines Charakters, seiner Individualität. Redner weiß nur nicht, ob die Frage der Einberufung der Delegationen für den Grafen Serényi entscheidend war, oder ob nicht andere gewichtige Argumente ihn zu diesem Schritt veranlaßt haben. Jedenfalls wäre es wünschenswerter gewesen, wenn Graf Serényi diesen Schritt schon früher getan hätte, namentlich damals, wo die Mehrheit dieses Parlaments die Minorität unterdrückt, die Opposition mit Gewalt aus dem Saal entfernen ließ. Er kann auch die Argumentation des Grafen Serényi nicht billigen, nach der er die Einberufung der Delegation deshalb für unerläßlich erklärte, weil auswärtige Fragen nicht hier, sondern in der Delegation verhandelt werden sollen. Diesen Standpunkt des nec unus, nec omnes kann man nicht gutheißen. Jedenfalls müßte dieser Standpunkt ergänzt werden. Der Ständereichstag in Ungarn beschäftigte sich ebenfalls mit den auswärtigen Angelegenheiten, ja die Vorbedingung für die Verhandlungen der Propositionen des Königs war die Kenntnis der auswärtigen Angelegenheiten. Ferner werden in sämtlichen Staaten die auswärtigen Fragen, manchmal in der zügellosesten Weise, verhandelt; nur das ungarische Parlament soll dazu nicht berufen sein, und nur die ungarische Gesetzgebung soll sich Zügel anlegen? Redner beschäftigt sich dann mit den Ausführungen des Abgeordneten Josef Szterényi und meint, man braucht sich wegen der Folgen der Pariser Konferenz nicht allzusehr zu beunruhigen. Die Beschlüsse dieser Konferenz werden nicht zur Verwirklichung gelangen. Das sind nur Ammenmärchen. Jedenfalls dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, sondern wir müssen auch unsererseits Vorkehrungen treffen.

Die Sitzung wird sodann bis nachmittags 4 Uhr unterbrochen.

Die Nachmittagsitzung.

Präsident eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung.

Abgeordneter **Edmund Barta**

beschäftigt sich in seiner Rede mit den Bestimmungen des Ausgleichgesetzes vom Jahre 1867. Dieses Gesetz statuiert das Selbstbestimmungsrecht Ungarns, es kann durch keinen Faktor in Zweifel gezogen werden. Der wirtschaftliche Ausgleich mit Oesterreich ist der schlagendste Beweis dafür, da doch dieser Ausgleich ein Vertrag ist, den die beiden Staaten miteinander abgeschlossen haben. Aehnlich wie diese auf dem Vertragsverhältnis beruhende Gemeinsamkeit in den wirtschaftlichen Fragen, müsse auch die Gemeinsamkeit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des Heereswesens aufgefaßt werden. Wenn die Unabhängigkeitspartei heute, von ihrem prinzipiellen Standpunkt abweichend, dennoch für die Einberufung der Delegationen eintritt, so bedeutet das nur die Anpassung an das lebende Gesetz, das zwar nicht für zweckmäßig gehalten wird, jedoch die einzige Möglichkeit der Kontrolle in diesen sogenannten gemeinsamen Angelegenheiten ermöglicht. Der Kontrolle in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten bedarf man unbedingt. Die Unabhängigkeitspartei würde von einem selbständigen ungarischen Heere, von der Gewährung unserer nationalen Ansprüche ein noch größeres Maß von Kraftentfaltung, Begeisterung und Pflichtbewußtsein von seiten unserer kämpfenden Söhne erhoffen, als wir und die ganze Welt es heute dem ungarischen Soldaten zuerkennen. Man bedürfe bloß der strikten Durchführung des siebenundsechziger Gesetzes. Niemand soll von ungarischer Seite separatistische Tendenzen befürchten, die Tapferkeit des ungarischen Heeres wird, wenn dies überhaupt möglich wäre, nur von der Königstreue der Nation übertroffen. Es kann die Opposition mit Recht befremden, daß unsere Heeresleitung den Wünschen der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht nachkommt. Das Heer ist ja eigentlich jenes Instrument, mit dem die Diplomatie ihren Wünschen den notwendigen Nachdruck verleiht, sozusagen ein Behelf bei der Vertretung der Interessen einer Nation nach außen, dritten Staaten gegenüber. Wenn aber das der Beruf des Heeres ist, so ist es einfach undenkbar, daß ein begründeter Wunsch des Ministeriums des Aeußern nicht berücksichtigt wird. Ungarn kann nur erstarken, wenn seine politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gesichert und gefördert wird. Das will man in Oesterreich nicht einsehen, man sei vielmehr, wie der Ministerpräsident erklärte, gegen Ungarn verstimmt, da man von Ungarn mehr landwirtschaftliche Produkte erwartete, als wir, durch die Mißernten gezwungen, tatsächlich an Oesterreich abgeben konnten. Man sollte in Oesterreich daran denken, daß wir redlich geteilt haben in der Zeit der Not. Im Frieden hätte Ungarn weit größere Ursache gehabt, verstimmt zu sein. Wir konnten die Abschaffung der Getreidezölle nicht erreichen, wir verlangten vergebens den Anschluß mit Annaberg; Oesterreich wollte erst seine eigenen Produkte gut verwerten, in Ungarn dann allein Käufer bleiben. Damals hat man auf die Mißstimmung nicht geachtet. Mit Stimmungen soll man nicht rechnen, den Bestimmungen des Gesetzes aber muß man Rechnung tragen.

Im Zusammenhang mit dem nunmehr veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Grafen Apponyi betreffend das Konzentrationskabinett erörtert Redner die Frage, ob Graf Stefan Tißa den Kompetenzkreis der Einflußnahme auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten mit Recht beanspruchen konnte. Er glaubt, daß dieses Recht dem Gesamtministerium zustehe, es war bloß ein Beschluß des Ministerrats, der dem Grafen Julius Andrássy nach 1867 diese Vollmacht erteilt hat. Schließlich richtet Redner an Oesterreich die Aufforderung, der paritätischen Regelung aller Beziehungen der beiden Staaten zuzustimmen, man werde dann in Ungarn, das auf sein Selbstbestimmungsrecht nicht verzichten könne, gewiß entgegenkommender sein als es selbst die Parität erfordert.

Die Anträge Andrássy und Apponyi nimmt er an.

Präsident: Ich habe von führenden oppositionellen Männern erfahren, daß oppositionelle Redner Ausführungen solchen Inhalts zu machen beabsichtigen, hinsichtlich deren es wünschenswert ist, daß sie in geschlossener Sitzung erfolgen. Infolgedessen verfüge ich kraft meines Rechtes als Präsident, das im § 216 der Geschäftsordnung enthalten ist, daß das Haus sich in eine geschlossene Sitzung umwandle. Ich ersuche das Publikum der Galerie, die geehrten Vertreter der Presse und die Beamten des Hauses, den Saal zu verlassen. Bis dahin suspendiere ich die Sitzung.

Der Saal leert sich.

Nach 5¼ Uhr begann die geschlossene Sitzung.

Die Oeffentlichkeit der Sitzung wird wieder hergestellt.

Das Anträgebuch wird verlesen.

Abgeordneter **Gabriel Ugron**

trug einen Antrag ein, demzufolge das Haus die Regierung anweist, einen Gesetzentwurf in Angelegenheit der staatlichen Entschädigung der durch den feindlichen Einfall verursachten Schäden einzubringen.

Die Begründung wird gestattet.

Präsident

stellt den Tagesordnungsantrag, der angenommen wird.

Das Protokoll der heutigen Sitzung wird verlesen und authentiziert.

Schluß der Sitzung abends 8 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag, 19. September. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Pester Lloyd 16./IX. 1916

Les Hongrois.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Wien, 15. September.

Daß die Ententepresse unausgesetzt die ungarischen Parlamentsdebatten in ihrem Sinne und für ihre Zwecke ausschrotet, erscheint durch eine Reihe weiterer Tatsachen belegt.

Man kann insbesondere in diesen Tagen kein französisches Blatt aufschlagen, ohne dieser höchst unerfreulichen Erscheinung zu begegnen und festzustellen, daß die französische Presse mit größter Aufmerksamkeit die ungarischen Vorgänge verfolgt, über die sie, wenn auch nicht gut, so doch erschöpfend unterrichtet ist.

So ist beispielsweise der „Temps" vom 9. September in der Lage, mitzuteilen, Graf Tißa habe die Oppositionsparteien davon verständigt, daß er vom Monarchen das Vertagungsdekret unterzeichnet erhalten habe, welches er in jede Sitzung des Abgeordnetenhauses mitzubringen gedenke, um es im gegebenen Falle zur Verlesung zu bringen. Gleichzeitig bringt der „Temps" die Kraftstellen aus der Rede des Grafen Károlyi, die sich auf die verschiedenen Anklagen dieses Politikers gegen die ungarische Regierung und gegen den gemeinsamen Minister des Aeußern richten.

Zu welchen Schlußfolgerungen die französischen Blätter dabei gelangen, ergibt sich aus nachstehendem Artikel des „Petit Parisien", der die bezeichnende Ueberschrift trägt: „Ungarn schwankt". Der Artikel lautet:

„Die Sitzung, die Dienstag, den 5. September, im ungarischen Abgeordnetenhause stattfand, erinnert an die bewegtesten Tage eines Parlaments, das an die Heftigkeit der Worte und selbst der Gebärden gewöhnt ist. Das ist aber nur eine nebensächliche Seite einer großen Debatte. Es gibt noch eine andere, für uns viel wichtigere. Die nationale Vertretung der Magyaren hat auf die ihr eigene Weise in Wirklichkeit proklamiert: Das Vaterland ist in Gefahr! Zum ersten Male hat sie angesichts der Panikrufe, die sich von der Ostgrenze her erhoben, und angesichts des Heranströmens von Flüchtlingen aus den siebenbürgischen Tälern den Ernst der Lage erfaßt. Die Redner verbargen ihre Befürchtungen und ihre Entmutigung nur schlecht unter Phrasen, die sich weit mehr an das Ausland als an die Bevölkerung selbst richteten. Wenn Ungarn den Sieg errungen oder ihn noch erhofft hätte, wenn Graf Tißa, einer der verantwortlichen Urheber des europäischen Konflikts, es nicht dem Unglück entgegengeführt hätte, wäre die scheinbare Einigkeit des ungarischen Parlaments nicht gebrochen worden. Noch vor vierzehn Tagen brachten die oppositionellen Parteien ihre Kritiken maßvoll vor und gaben sich den Anschein, ihre Aktion selbst abzuschwächen. Wenn der Zorn jetzt plötzlich ausgebrochen ist, so liegt dies daran, daß Ungarn bei der Stunde angelangt ist, da eine besiegte Nation nach den Schuldigen forscht und aus Verzweiflung ihre zeitweiligen Führer angreift. Man wirft dem Grafen Tißa vor, daß er nicht die rumänische Offensive vorhergesehen habe. Da liegt mehr als ein Grund, da liegt ein Vorwand vor. Was man dem Grafen Tißa vorwirft, das ist die Niederlage, die nunmehr als unvermeidlich angesehen wird. Ungarn vertritt in der Koalition unserer Widersacher an numerischen Kräften höchstens ein Siebentel, und die eigentlichen Ungarn vertreten kaum ein Fünfzehntel, aber ihre regierende Kaste, von Tißa angefangen bis zu den Andrássy und Apponyi, war die energischeste Verbündete der deutschen Junker. Da sie sich spaltet und ihre Beunruhigung verrät, so beweist dies, daß das ganze Gerüste der germanischen Militärmaschine in einem ihrer unentbehrlichsten Bestandteile versagt. Der Dienstag eröffnet die besten Aussichten für die Sache der Verbündeten."

Es erscheint notwendig, derartige Auslassungen der maßgebenden Pariser Presse vollinhaltlich wiederzugeben, und wäre es auch nur, um zu zeigen, welche kühnen Hoffnungen die Kampagne der Opposition im Lager unserer Feinde weckt. Daß die Hoffnungen unbegründet sind und die Enttäuschung unausbleiblich ist, verhindert leider nicht, daß das Vorgehen der ungarischen Opposition, gewiß gegen ihre Absicht, aber tatsächlich kriegsverlängernd wirken könnte. Denn es braucht erfahrungsgemäß immer ein Stück Zeit, bis die Entente eine liebgewordene Hoffnung endgültig verabschiedet und eine nicht mehr zu verhehlende Enttäuschung sich einbekennt.

*

(Telegramm des „Pester Lloyd".)

Wien, 15. September.

Von der italienischen Grenze wird der „Politischen Korrespondenz" gemeldet:

Die Vorgänge, die sich im ungarischen Parlament abspielen, wurden in Italien anfangs allgemein in einem für Oesterreich-Ungarn sehr ungünstigen Sinne ausgelegt. Die Gegensätze, die zwischen dem Grafen Tißa und den Führern der Opposition abermals zutage traten, sowie die Trennung des Grafen Károlyi und seiner Anhänger von den anderen Gruppen der Opposition wurden von den italienischen Blättern in grellster Weise übertrieben. Nichts Geringeres als eine Umgestaltung der Kriegslage, die sich aus den ungarischen Vorgängen ergeben würde, wurde daraus gefolgert. Aus manchen Ausführungen von ungarischer Seite glaubt die italienische Presse den Schluß ziehen zu dürfen, daß ein Teil des ungarischen Volkes einen Separatfrieden herbeiwünsche.

In den politisch urteilsfähigen Kreisen brach sich allerdings die Erkenntnis Bahn, daß man den Aeußerungen der ungarischen Oppositionsführer eine viel zu weitgreifende Deutung gegeben hatte und daß die Einigkeit aller Ungarn im Willen zum vollständigen Ausharren im Kampfe von der Kritik, die an Einzelheiten des Vorgehens der Regierung geübt wird, gänzlich unberührt bleibe. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß die Erörterungen, in denen sich die Opposition im ungarischen Reichstage über Fragen heikelster Art ergeht und die fortgesetzten Angriffe auf die Regierung inmitten des Weltkrieges im großen Publikum Italiens einen für die Monarchie abträglichen Eindruck hinterlassen und zu falschen Schlüssen führen.

Arbeiterzeitung
17./IX. 1916

124

Finanzkapital und Presse.

Die Regierung wird „aufgefordert, mit den zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln der Aufsaugung der Presse durch die Geldmacht der Banken entgegenzutreten". So hat es der Deutsche Nationalverband beschlossen und der Beschluß erinnert sehr an seine gemeinnützige Tätigkeit im Abgeordnetenhause, wo er ja auch Tag um Tag die großartigsten „Aufforderungen" ergehen ließ. Denn welche Mittel der Regierung zur Verfügung stehen sollen, um dem entgegenzutreten, daß die Geldmacht der Banken die Presse aufsaugt, wäre schwer zu sagen. Die Banken sind in der Betreibung von Geschäften nicht beschränkt, und nachdem die Erzeugung der öffentlichen Meinung ein Geschäft geworden ist wie jedes andere, so können die Banken Zeitungen so kaufen, wie sie jeden Betrieb an sich bringen, wie etwa einen Betrieb zur Verwertung von Abfallstoffen. Auch haben wir unsere bescheidenen Zweifel daran, ob just die Regierung die Stelle sein wird, wo Klagen über die Abhängigkeit der Presse ein geneigtes Ohr finden werden. Dabei braucht man gar nicht daran zu denken, daß die eigentlichen offiziösen Blätter der Regierung von dem Großkapital beigestellt werden; es genügt, an den Dispositionsfonds zu erinnern, um den Beruf der Regierung, um die Unabhängigkeit und Reinlichkeit der Zeitungen besorgt zu sein, richtig zu würdigen. Doch wie dem immer sei, jener Beschluß des Deutschen Nationalverbandes ist die erste Regung der Scham über diese ihre Presse, und in ihm scheint die Erkenntnis aufzudämmern, wie es um die moralischen Bestandteile jener Zeitungen steht, die, politisch betrachtet, das Sprachrohr des Nationalverbandes sind, sozusagen seine Presse darstellen.

Indes steht es um den größten Teil dieser Wiener Zeitungen so, daß man ernstlich fragen könnte, ob es überhaupt nicht besser wäre, wenn sie auch rechtlich in den Besitz der Banken gelangten — tatsächlich sind sie ihnen ja ohnedies hörig. Damit wäre erstens erreicht, daß das liebe Publikum, welches in Sachen der Zeitungen in Wien schon ein sehr einfältiges Publikum ist, fortan nicht mehr getäuscht werden könnte; es würde wissen, daß die eine Zeitung kein demokratisches Organ, sondern das Organ der oder jener Bank ist; die andere keine Volkszeitung, sondern eine Zeitung des Finanzkapitals; es würde also wissen, wie es mit seinem betreffenden Leibblatt daran ist. Dann fragt es sich, ob es nicht weniger schlimm ist, wenn die Zeitung einer Bank gehört, anstatt daß sie allen zugänglich ist; daß sie sich auf die Wahrung der Plusmacherinteressen der einen Bank beschränkt, anstatt „die gemeine zu sein für alle" und allen Plusmacherinteressen offen zu stehen und zugänglich zu sein. Und da das Finanzkapital in der Verfolgung seiner Interessen gewissermaßen großzügig ist, so könnte, wenn es sich entschließt, die Fabrikation der öffentlichen Meinung unter seine Handelsgeschäfte aufzunehmen, vielleicht jener Kleinhandel mit der „Publizität" aufhören, der den Wiener Zeitungen eigentümlich ist — siehe etwa die „Textzeilen" bei „Referaten" über Ausstellungen — und das Grauen vor den Wiener Zeitungssitten immer noch mehrt. Wenn das Geschäft die Banken in die Hand nehmen, so könnte wohl jene bekannte Schnorrerei um Texteinschaltungen, Beteiligungen, Pauschalien aufhören, aus der sich die Mühsal der „Verwaltungen" zusammensetzt, diese tägliche Korruption, die die Meinungsäußerung des Publizisten mit den Anzeigen und Verschweigungen zusammenschweißt und aus dem ganzen Zeitungsblatt einen Markt macht. Und würden die Journalisten, die Zeitungsschreiber selbst, dabei an Ehre und Würde etwas einbüßen? Sie wären dann den Herren des Kapitals untertänig; jetzt sind sie es ihren Handlangern. Jetzt sind sie die Sklaven der Herren Herausgeber und Verleger und deren Habgier drückt sie zu Boden und preßt ihnen die letzte Regung des geistigen und moralischen Bewußtseins heraus. Die kapitalistischen Großmächte würden wenigstens auf die kleinen Schmutzereien und Revolvereien verzichten und mit dem einen Sündenfall hätten sich die Kulis von den Verpflichtungen des täglichen Knierutschens befreit. Ein Geschäft ist diese Presse schon heute, und ein zweifelhafteres kann sie nicht werden.

Und es wäre nur die Logik der Dinge, wenn sich das Finanzkapital, das über die Welt gebietet, nun auch jenes Instruments bemächtigte, das dieser seiner Welt die kulturelle Beschaffenheit zu bescheinigen hat. Aus dem Weltkrieg, der alles zerreibt, wird doch nur eine einzige Klasse dick und fett hervorgehen: die Finanzkapitalisten, die in ihren Schränken voll bedruckten Papiers die Herrschaftstitel über alle Güter ihr Eigen nennen. Indem wir alle verarmen, mehrt sich ihr furchtbarer Reichtum; was wir verlieren, sammelt sich bei ihnen bergehoch an. Ehemals meinten sie, ihren Glanz zu erhöhen, wenn sie ihrem Troß einen adeligen Namen einverleibten; nun vervollständigen sie ihre Macht, wenn sie den mannigfachen Werkzeugen ihres Willens eine Zeitung zugesellen. Es wird einstmals zur Etikette des Finanzkapitals gehören, daß jede große Bank ihre große Zeitung besitzt und daß die großmächtigen Herren, die über Eisen und Kohle, über Zucker und Baumwolle, über Schnaps und Leder gebieten, auch über die Zeitungen gebieten werden und, so wie sie sich die Welt in ihren leiblichen Bedürfnissen botmäßig gemacht, sich auch die der geistigen Bedürfnisse tributär machen werden. Das Finanzkapital und die Geschäftspresse gehören zusammen und sie hätten sich schon längst finden müssen.

Arbeiterzeitung
17/IX. 1916

Die bedauerlichen Vorgänge.

Der wackere Deutsche Nationalverband hat die Tatsache, daß im ungarischen Reichstag Kritik laut geworden ist, bekanntlich als „bedauerliche Vorgänge" bezeichnet.

[illegible] Als einen Beweis, wie man den Freimut und die Tapferkeit dieser Kritik einschätzt, wollen wir hersetzen, was die Grazer „Tagespost" darüber sagt: „Die kritischen Debatten im ungarischen Abgeordnetenhause dauern fort, und noch selten haben die Oesterreicher mit solchem Interesse parlamentarische Reden gelesen, wie eben jetzt die ungarischen. Das ist vollkommen begreiflich, sprechen doch die Redner der ungarischen Opposition auch uns in mancher Hinsicht aus dem Herzen. In vielen Zuschriften, die wir aus dem Leserkreis erhalten, finden sich zustimmende Worte zu den Auslassungen der Oppositionsredner, und wir möchten auch dies als ein Zeichen der Zeit nicht ohne öffentlichen Vermerk zur Kenntnis nehmen. Wenn unser Publikum den Kampf der ungarischen Opposition mit Sympathie verfolgt, so hat das seine besonderen Gründe. Nicht Gegnerschaft gegen den Grafen Tisza ist es, nicht besondere Vorliebe für die Redner der Opposition, so sehr man hier auch die geistige Potenz des Grafen Andrassy zu schätzen weiß, sondern — man könnte sagen — die allgemein menschliche Seite berührt wohltuend, die die oppositionellen Ungarn in ihrem Kampfe vorwärtstreibt. Wünsche und Beschwerden des Volkes, manches Mißbehagen und manche Unzufriedenheit, Hemmnisse wirtschaftlicher Natur, kurz alles, was in diesen ernsten Zeiten die Gemüter bewegt und nach Aufklärung oder Abhilfe ruft, wird hier vernommen. Der Ministerpräsident selbst hat vieles, was die Opposition an Beschwerden vorbrachte, als zu Recht bestehend anerkannt, er hat einiges widerlegt, und wo von Oesterreich die Rede war, aus begreiflichen Gründen geschwiegen. Durch Rede und Gegenrede hindurch sieht man aber deutlich, wer vor dem Forum eigentlich als Angeklagter steht, und wenn sich der Verhandlungssaal leert, dann hockt noch immer jene schemenhafte Gestalt auf der Anklagebank, die auch wir kennen und die uns ebensowenig gefällt wie den Ungarn ... Man kann über den Effekt der Erörterungen im ungarischen Abgeordnetenhause verschiedener Meinung sein, jedenfalls wirken sie erleichternd in einer Zeit, wo jeder Staatsbürger sein vollgerüttelt Maß an Beschwernissen zu tragen hat, wo jeder gern zu Wort käme und gehört werden möchte.

Reichspost
18/IX. 1916

126

Ein bekehrter 1911er „Junisieger".

Unter denen, welche im Juni 1911 unter dem liberal-sozialdemokratischen Schlagwort „Kampf der städtischen Konsumenten gegen die agrarischen Ausbeuter" den Christlichsozialen, die jederzeit für das Zusammengehen aller ehrlich schaffenden Stände in Stadt und Land eintraten und die Verhetzung der Verbraucher und ländlichen Erzeuger als gemeinschädlich bnkämpften, ein Mandat abzujagen vermochten, befindet sich auch der Wien-Neubauer Abgeordnete August Denk, der nach seiner Wahl in den Nationalverband eintrat. Im gestrigen „N. W. T." finden wir nun folgendes Bekenntnis des Junisiegers Denk:

„Der große Weltkrieg, den wir alle miterleben, hat vieles verändert, manche bisher fest eingewurzelten Anschauungen über den Haufen geworfen und neue Gesichtspunkte eröffnet.

Dieser furchtbare Krieg hat uns auch gelehrt, daß eine der vornehmsten und ersten Sorgen des Staates, das ist der Gesamtheit der Bevölkerung und aller maßgebenden Faktoren, die sein muß, die Landwirtschaft mit allen Mitteln, welche zur Verfügung stehen, zu unterstützen und zu fördern, damit wir dieselbe auf jene Stufe bringen, daß die Ernährung des gesamten Volkes aus den eigenen Landesprodukten erfolgen kann. Es soll nicht die Aufgabe politisch organisierter Agrarier sein, für die Hebung der Viehzucht und Vermehrung der Bodenproduktion zu wirken, sondern es soll dies eine Aufgabe der Gesamtheit werden, um unser Staatswesen in bezug auf die Volksernährung vom Ausland unabhängig zu machen."

Abg. Denk hat sich also infolge der Erfahrungen des Weltkrieges zu genau denselben Anschauungen bekehrt, welche von den Christlichsozialen in wirtschaftlicher Hinsicht immer und besonders auch im Frühjahrswahlkampf 1911 vertreten, damals aber von dem liberal-sozialdemokratischen Demagogentum mit vorübergehendem Wahlerfolg wütend bekämpft wurden. Es ist betrübend, daß erst der Weltkrieg kommen mußte, um selbst solchen, denen von der Wählerschaft die Eignung zur Führerschaft zugetraut wurde, den Star zu stechen. Aber seis wie immer, die Christlichsozialen begrüßen es, daß die Wahrheit sich Bahn bricht, wenn auch spät und erst nach wahrhaft blutigen Erfahrungen.

Reichspost
19/IX. 1916

Abg. Dr. Frh. v. Fuchs über die Forderung auf Einberufung der Delegationen.

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Salzburg, 18. September.

Im Hauptorgan der Salzburger christlichsozialen „Salzb. Chronik" äußert sich an leitender Stelle der Senior des österreichischen Abgeordnetenhauses, Abgeordneter Dr. Freiherr v. Fuchs über die Forderung der ungarischen Oppositionsparteien auf Einberufung der Delegationen u. a. folgendermaßen:

„Ich erkläre im vorhinein, daß ich prinzipiell weder gegen die Einberufung des Reichsrates noch gegen die Tagung der Delegation bin. Auch ich gebe der Anschauung Raum, daß die Verhandlungen im Reichsrate und in der Delegation der Regierung die sichere Gewähr bieten würden, daß die bisher getroffenen Maßnahmen in den obwaltenden Verhältnissen geboten waren. Und so vertrete ich sogar die Anschauung, daß es der Regierung sogar erwünscht sein müßte, das Votum des Reichsrates und jenes der Delegation zu provozieren, um sich dadurch gegen etwaige mutwillige Angriffe zu decken.

Aber trotz alledem vertrete ich die Meinung, daß sowohl die Einberufung des Abgeordnetenhauses als auch der Delegation ein gefährliches Unternehmen sein könnte, wodurch den staatlichen Interessen ehermehr geschadet als genützt würde. Ich besorge nämlich mit Grund, daß im Abgeordnetenhause und in dessen Verhandlungen Meinungen zutage treten, Aeußerungen vorgebracht werden könnten, die die Regierung eventuell zwingen würden, sowohl den Reichsrat als auch die Delegationen zu schließen.

Wenn ich also auch prinzipiell für eine parlamentarische Betätigung im Reichsrate und in den Delegationen bin, so kann ich doch mit Rücksicht auf die eben in ganz wenigen Worten ausgedrückten Bedenken nicht dafür sein, im gegenwärtigen Zeitpunkte an die Regierung mit der Insinuation heranzutreten, den Reichstag und die Delegationen einzuberufen. Ich hatte zu wiederholten Malen Gelegenheit, mit hervorragenden Politikern verschiedener Parteien in den eben berührten Fragen Rücksprache zu pflegen und habe stets gefunden, daß die Einberufung des österreichischen Reichsrates und der Delegationen nicht zu empfehlen sei."

Arbeiterzeitung

19./IX. 1916

I

128

Die Partei der Verbraucher.

In allen staatlichen Aemtern macht sich Tag für Tag der Einfluß der organisierten Produzenten und Kaufleute geltend. Wir erleben es gerade jetzt in dem Streite um die Gerste. Der Brauherrenverband bedrängt die Zentralstellen mit seinen Forderungen, eine beträchtliche Gerstenmenge der Verarbeitung zu Alkohol zuzuführen; er ist in der glücklichen Lage, auch agrarische Organisationen für sich zu mobilisieren. So haben alle Schichten der Erzeuger behördlich autorisierte Interessenvertretungen: die Landwirte ihre Landwirtschaftsgesellschaften und Landeskulturräte, die Industrie und der Handel ihre Handelskammern, das Gewerbe seine Genossenschaften. Diese Körperschaften haben nicht bloß behördliche Autorität, sie verfügen entweder über das Umlagenrecht oder direkt über staatliche Steuermittel, halten Büros mit einem Stabe wirtschaftlich vorgebildeter Beamter und erstatten ihre Gutachten amtlich, so daß sie von den Staatsbehörden nicht übergangen werden können.

Aber alle Erzeugung und aller Handel soll volkswirtschaftlich nur dem Endzweck des Verbrauchs dienen: er soll den Haushalt der Massen versorgen. Die Hauswirtschaft ist der zentrale Teil der gesamten Volkswirtschaft. Wie die Wissenschaft bisher die Hauswirtschaft vernachlässigt hat, so wird die Hauswirtschaft und das Haushaltsinteresse des ganzen Volkes übergangen durch die bisherige Politik und übersehen von den staatlichen Verwaltungseinrichtungen. Es gibt keine staatlich anerkannte Vertretung der Haushaltsinteressen, es gibt bisher kein Ernährungsamt, es gibt keine Hauswirtschaftskammern. Erst im Kriege hat man auch bei uns einen übrigens ganz machtlosen Approvisionierungsbeirat zusammengerufen, aber man hat ihm zugleich eine sichere Mehrheit von Vertretern der Landwirtschaft, der Approvisionierungsgewerbe und des Handels gegeben.

Der Verbandstag österreichischer Konsumvereine hat schon wiederholt dem Wunsche nach einer vollwichtigen Interessenvertretung des Konsums im Rahmen der staatlichen Verwaltung Ausdruck gegeben. Mit der gleichen Frage haben sich auch Vorstand, Ausschuß und Generalrat des Zentralvorstandes deutscher Konsumvereine in der gemeinschaftlichen Sitzung am 21. und 22. Mai 1916 eingehend beschäftigt. Es wurde da beschlossen, der Vorstand „möge erwägen, in welcher Form den Konsumenten eine ähnliche, staatlicherseits eingesetzte und anerkannte Vertretung geschaffen werden kann, wie sie die Landwirtschaft, der Groß- und Kleinhandel und das Gewerbe besitzen".

Inzwischen hat den Gedanken auch ein Teil der bürgerlichen Presse Deutschlands aufgenommen. So erörtert ihn in der Frankfurter Zeitschrift „Das Freie Wort" Waldemar Domroese in einem Artikel: „Die Verbraucher als wirtschaftliche Genossenschaft und politische Fraktion nach dem Kriege." Der Verfasser warnt, alles von der Gesetzgebung zu erwarten, die Selbsthilfe ist oft das bessere Mittel: „Eine sich über das ganze Reich erstreckende, festgefügte Organisation von Verbrauchern wirkt besser wie jedes Staatsgesetz." Die Konsumentenorganisation soll nach Domroese den Zweck haben, preisregulierend zu wirken. Den Lebensmittelpreisen sind die Herstellungskosten zugrunde zu legen. Die wirtschaftliche Aufgabe wird in der Bildung zahlreicher Produktivgenossenschaften zu bestehen haben, das heißt von Genossenschaften, die von Verbrauchern zum Selbstbetrieb landwirtschaftlicher und auch anderer Nahrungsmittelgewerbe gebildet werden. Abgesetzt werden die Erzeugnisse an die bestehenden Konsumvereine, die sie den Verbrauchern ohne Zwischenhandel und Spekulation zuführen. Die bestehenden Konsumvereine allein ohne Produktivgenossenschaften sind nach der Ansicht Domroeses nicht in der Lage, über wirtschaftliche Krisen unbeeinflußt hinwegzukommen. Auch das Wohnungs- und Mietwesen soll genossenschaftlich reguliert werden, um die Bodenspekulation einzudämmen; da könnte mit den Bodenreformern Hand in Hand gearbeitet werden. Aber das genügt Domroese nicht, die Konsumenten müssen sich politisch organisieren. Eine Organisation von Verbrauchern könnte die größte politische Partei bilden, die man sich denken kann, wenn jeder Verbraucher politisch aufgeklärt wäre und es begriffe, wo die Wahrnehmung seiner Interessen liegt. Die Verbraucher seien bisher mehr oder weniger leider nur politische Mitläufer gewesen und haben sich auf alle Fraktionen verteilt. Bei der Fraktionsbildung nach dem Kriege sollte daher in erster Linie das wirtschaftliche Interesse den Sammelpunkt bilden. Von dieser Sammlung der Konsumenten verspricht sich der Verfasser verschiedentliche Wirkungen: „Kein Arbeiter braucht höhere Löhne, kein Festbesoldeter, kein Beamter höheren Gehalt, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse besser werden... Dann wird das Bedürfnis nach erhöhten Lohnforderungen und höheren Gehalten von selbst aufhören, die fordernden Berufsklassen werden nicht mehr in den Ruf unzufriedener Querulanten kommen und nicht zuletzt wird auch den Arbeitgebern der Grund entzogen, wegen Lohn- und Gehaltserhöhung mit den Produkten aufzuschlagen."

Mit Recht bemerkt dazu unser Nürnberger Bruderorgan, was von diesen Vorschlägen brauchbar sei, das sei nicht neu, was daran neu sei, müsse von der Arbeiterklasse, die den größten Teil der Konsumenten bilde, abgelehnt werden. Das gilt wohl vor allem für den Gedanken, eine politische Organisation rein und ausschließlich auf den Gesichtspunkt des Konsums aufzubauen. Obschon jedermann Konsument ist, so gibt es viele, die nichts sind als Konsumenten. Die Nurverbraucher, die Rentner, die Parasiten der Volkswirtschaft, wären danach die Reinkultur von Angehörigen einer solchen Parteibildung — und gerade auf solche Parteigenossen wird jede ernste politische Bewegung gern verzichten. Aber da, wie gesagt, jedermann konsumiert, wäre eine solche Partei erst recht die Nacht, wo alle Kühe schwarz sind. Eine politische Partei erfaßt den Menschen in der Gesamtheit seiner Gemeinschaftsinteressen, somit nicht allein wirtschaftlich, sondern auch kulturell (Schul-, Bildungs-, Kirchenfrage), und innerhalb seiner wirtschaftlichen Interessen sowohl in Beziehung auf den Verbrauch, was höchst wichtig ist, als auch

Arbeiterzeitung
19./IX. 1916

II

129

Die Partei der Verbraucher.

auf seine Stellung in der Produktion. Und das ist noch wichtiger! In der Produktion aber stehen die Interessen des kapitalistischen Unternehmers denen des Angestellten und Arbeiters feindlich entgegen. Die Nichts-als-Verbraucher-Heilslehre würde über diesen Gegensatz den bei Kapitalisten sehr erwünschten Schleier der Interessensolidarität breiten. Außerdem verrät Domroese selbst, wie eine solche einseitige Ausrichtung des politischen Urteils zu schiefen Folgerungen führt: „Kein Arbeiter braucht höhere Löhne ꝛc." Die Rücksicht auf das Haushaltsinteresse ist zu oft schon von Produzenten (Kohlenbaronen!) mißbraucht worden, um die bescheidensten Lohnforderungen abzuweisen. Auf zahllose Fragen des öffentlichen Lebens aber gibt der Konsumentenstandpunkt eine Antwort überhaupt nicht, so auf die Frage des Arbeiterschutzes, der Verteilung der Staatslasten, der Staatsverfassung und so fort. Was eine gutgeleitete Konsumentenorganisation Arbeitern, Beamten, Angestellten u. s. w. an den Kosten ihrer Lebenshaltung erspart, kann durch eine schlechte Steuerpolitik restlos verlorengehen. Die Interessengegensätze der Konsumenten in all diesen Fragen sind so augenfällig, daß sie niemandem entgehen können, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Industrielle, Handwerker, Beamte würden sich mit der Zugehörigkeit zu einer Konsumentenpartei für Arbeiterschutz, für das Koalitionsrecht und ähnliche Forderungen der Arbeiter und Angestellten keineswegs begeistern lassen. Gar nicht zu reden vom Wahlrecht, der politischen Gleichberechtigung überhaupt.

Die Ablehnung einer politischen Parteibildung nach dem Gesichtspunkt des Verbrauchs bedeutet aber keinesfalls, daß Politik und Verwaltung von der Rücksicht auf das Haushaltsinteresse absehen darf. Ganz im Gegenteil. Alle Parteien sollen und werden in Hinkunft gezwungen sein, der Hauswirtschaft ihren gerechten Anteil an der Volkswirtschaft zuzumessen. Ihre glücklichste Lösung hat die Frage innerhalb der Arbeiterbewegung schon gefunden. Dieselbe Bewegung baut, soweit sie die wirtschaftliche Selbsthilfe organisiert, nebeneinander die Gewerkschaft und die Genossenschaft auf; in der Gewerkschaft versicht der Arbeiter sein Interesse im Produktionsprozeß, in der Genossenschaft sein Interesse im Zirkulationsprozeß und im Konsum. Derselbe Arbeiter steht in beiden Selbsthilfeorganisationen zugleich und hält sie für gleichwertig. Je nach Eignung und Vorliebe arbeitet sein Vertrauensmann in der einen oder der anderen Organisation.

Die Form der Konsumentenorganisation ist für die Arbeiterklasse und auch für die Angestelltenwelt nicht erst zu finden, sie ist geschichtlich gegeben und praktisch erprobt in den Konsumgenossenschaften und ihren Zentralverbänden, sie kann Abschluß und Anerkennung in Kammern finden. Alles andere wäre schädliches Experiment und deshalb den Angestelltenkreisen, die nach den Formen wirtschaftlicher Selbsthilfe suchen, zu widerraten.

Arbeiterzeitung 19./IX. 1916

130

Wie wird es das Ausland ausschroten?

Still, der Feind hört zu! Diese Mahnung wird immer laut, wenn man den Versuch macht, irgend welche Dinge zu Hause offen zu besprechen und freimütig darzustellen. Der Feind, so wird einem immer zugerufen, würde aus dem, was man vielleicht in bester Absicht spricht, die gehässigsten Schlüsse ziehen, er würde sich das, was man nur gesagt haben will, um die Dinge zu bessern, zu seinem Vorteil auslegen und aus den kritischen Bemerkungen für sich Nutzen herausschlagen. Deshalb müsse man mit Kritik und Beschwerde zurückhalten, um dem Feinde ja keinen Stoff zu Randglossen und schädlichen Schlüssen zu geben ... So wird es immer eingewendet; die Wahrheit ist aber, daß der Feind um das Material zu Schlüssen, die ihm genehm sind, nie verlegen ist. Jeder Kriegführende glaubt bei dem Gegner das zu erkennen, was zu erblicken ihm im Augenblick gerade vorteilhaft ist. Der Feind sieht einfach, was er sehen will, und die Schlußfolgerungen, die er braucht, knüpft er an jede Tatsache, und wenn es an Tatsachen mangelt, so erfindet er sich sie einfach: wie man es ja jeden Tag erfährt. Der Krieg bedingt es, den Feind schwarz zu sehen und alles bei ihm schlecht, in Verfall, trostlos zu finden; um die „Tatsachen", an denen man das „erkennt", ist der Kriegführende nie verlegen.

Eine geistreiche Antwort des Grafen Albert Apponyi hat das sehr hübsch klargemacht. Im „Pester Lloyd" war Freitag ein Artikel des „bekannten französischen Publizisten" A. Fitz-Maurice abgedruckt, der im „Temps" erschienen ist (da der Artikel zu einem Argument verwendet wurde, ist der Autor natürlich ein „bekannter" Mann) und der die Vorgänge im ungarischen Abgeordnetenhause besprach. Der „Pester Lloyd" gibt den französischen Artikel folgendermaßen wieder:

Seit langer Zeit sind bewegte Sitzungen im ungarischen Parlament nichts Außergewöhnliches. Diese Körperschaft hat sich ja geradezu zu einer ganz merkwürdigen Spezialität in parlamentarischen Heftigkeiten ausgebildet. Der Palast des Abgeordnetenhauses in Budapest hat schon allerlei Dinge von diesem Genre erlebt: Austausch von Tätlichkeiten zwischen Deputierten, an Ministerköpfe geworfene Tintenfässer, Eingreifen der bewaffneten Macht, Besetzung des Sitzungssaales durch Truppen und dergleichen mehr. Was sich vorgestern zutrug, da man den Grafen Tisza einfach niederschrie und ihn, als er sich zum Worte erhob, zur Demission aufforderte, ist mithin eine Geringfügigkeit im Vergleich mit früheren Dingen.

Dennoch ist diese Sitzung in hohem Grade kennzeichnend für den Zustand der Auflösung, in dem sich Ungarn befindet. Sein Gebiet ist überflutet durch einen neuen Feind, der, nach den Worten des Ministerpräsidenten, die schwere Inkorrektheit begangen hat, den Krieg zu erklären und die Feindseligkeiten zu beginnen, ohne dem Gegner Zeit zur Vollendung seiner Vorbereitungen für den Widerstand zu lassen. Die österreichisch-ungarische Armee ist auf der ganzen Linie im Rückzug und man sieht noch gar nicht, wo diese Rückwärtsverlegung zum Stehen kommen wird, die zweifellos dem Feinde bald ermöglichen wird, die Ebene zu erreichen, von der aus dann der Weg nach der Hauptstadt Ungarns offen steht.

Diese imminente Gefahr hat dennoch nicht genügt, um die Opposition die Notwendigkeit fühlen zu lassen, sich um die Macht zu scharen und allen früheren Zorn, alle Ränke und Ambitionen zu vergessen. Diese großen Herren, die Karolyi, Andrassy und Apponyi heißen, samt und sonders Ministersöhne oder selbst gewesene Minister, haben in diesen unruhevollen Tagen immerfort in der Person des Ministerpräsidenten bloß den Rivalen gesehen und ihn mit der Aufforderung bestürmt, ihnen seinen Platz zu überlassen! Ein solches Verhalten richtet die Männer, die dessen fähig sind, aber es richtet auch das Land, das solche Männer hervorbringt und wo solche Männer die Elite bilden, eine Elite der Geburt und eine Elite des Geistes.

Wahrlich, dieses Land muß sich schon verloren fühlen, es muß schon die leiseste Hoffnung darauf verloren haben, daß es auch nur mit geringster Aussicht auf Erfolg zu widerstehen, daß es wenigstens die Agonie zu verlängern imstande sein wird, die gekennzeichnet ist durch die Invasion in Siebenbürgen und den Marsch der rumänischen Truppen gegen das Banat von Temesvar — ein solcher Seelenzustand muß in diesem Lande herrschen, da die Parteihäupter nicht mehr den Patriotismus aufbringen, ihr Gezänke im Angesicht der nationalen Gefahr zu verlieren. Sie wissen ganz genau, daß sie ebensowenig wie der Minister, den sie anklagen, fähig sind, den Zusammenbruch aufzuhalten, und ihr Drängen nach der Macht ist nichts anderes als ein Raufen um den leeren Hafersack.

Das ist die symptomatische Bedeutung dieser Sitzung. Sie ist ein Zeichen der Verzweiflung und ein Geständnis der Niederlage, ein offenes Einbekennen dessen, daß man nunmehr widerstandsunfähig geworden ist. Man fühlt sich verloren, man sucht die Verantwortlichen.

Der „Pester Lloyd" zögert natürlich nicht, die Redereien des „bekannten" französischen Publizisten als „dreist erlogen" zu bezeichnen: „Siebenbürgen ist nicht überflutet, die rumänischen Eindringlinge stehen noch im Grenzgebiet, in das sie unmittelbar nach dem Einbruch eingedrungen waren, und der Marsch nach dem Banat und in die Ebene, die den freien Weg nach Budapest öffnet, ist eine Vision des Herrn Fitz-Maurice, der sich an seiner eigenen Phantasie zu berauschen scheint. Und was die Stimmung in Ungarn betrifft, so gibt es hier zwar innerpolitische Reibungen und Meinungsunterschiede über die Verantwortlichkeiten für die jüngsten Vorgänge, aber einmütig ist ganz Ungarn in zwei Dingen: in der Entschlossenheit, im Kampfe durchzuhalten, und in der absoluten Sicherheit, daß der rumänische Räuber sehr bald mit zerschmettertem Haupte über die Karpathen geworfen sein wird." Aber nachdem er den französischen Kritiker also abgefertigt hat, erklärt er, und diese Erklärung war natürlich der Zweck der Uebung: „Immerhin sind diese Ausführungen des Pariser Publizisten lehrreich, weil sie wieder einmal zeigen, wie die jüngsten Vorgänge in unserem Parlament von der feindlichen Presse aus-

Arbeiterzeitung 19./IX. 1916

II

131

Wie wird es das Ausland aufnehmen?

geschrotet werden ..." Still, das Ausland hört zu! Auf den Vorwurf nun, schuld daran zu sein, „welchen Widerhall das Vorgehen der ungarischen Opposition im feindlichen Ausland erweckt," antwortet Graf Apponyi sehr sinnreich, indem er folgende Annahme macht: Der Einfall der Rumänen, die Tragödie der siebenbürgischen Landesteile, wird dem Parlament mitgeteilt. Die Opposition verharrt in würdevoller Zurückhaltung. Kein Wort des Tadels ertönt; nur eine Kantate mit Soli und Chor und obligater Posaunenbegleitung; wieder „eine Episode", nichts weiter. Unsere Regierungspresse ist natürlich entzückt. Im „Figaro" aber erscheint mit Rücksicht auf diese Vorgänge ein Artikel, betitelt: Le silence du désespoir (Das Schweigen der Verzweiflung), den ich in möglichst wortgetreuer Uebersetzung wiedergeben will:

Die Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses am 6. September spricht laut für die verzweifelte Lage unserer Gegner oder doch eines derselben. Nicht als ob in jener Sitzung viel gesprochen worden wäre: im Gegenteil, es wurde geschwiegen! Ja, geschwiegen, als ein neues Meisterstück der österreichischen Diplomatie, ein neuer Schlag auf die österreichische Wehrmacht, das Erscheinen eines neuen Feindes an den Grenzen des Kaiserreiches, ja der Verlust eines kostbaren Juwels der Stephanskrone angemeldet wurde. Man erzählt dem ungarischen Parlament, daß Siebenbürgen, das teure Siebenbürgen, das Bollwerk der magyarischen Herrschaft, von Rumänen überflutet, wohl für immer verloren ist; man erzählt von dem Elend magyarischer Flüchtlinge, denen die Fahrlässigkeit der eigenen Regierung nicht einmal die Möglichkeit geordneten Fliehens gewährleistet hat: und das ungarische Parlament stammelt einige Phrasen aus dem Lexikon der üblichen Zuversichtsbanalitäten, an die niemand glaubt, aber keine Stimme erhebt sich, welche für diese — vom magyarischen Standpunkt entsetzlichen — Dinge Rechenschaft verlangt. Die Leidenschaft, die in jedem anderen Parlament auf solche Nachrichten hin aufgelodert wäre, sie versagt gerade im ungarischen Abgeordnetenhause, wo ja doch aus geringfügigeren Anlässen Tintenfässer geflogen sind, Tätlichkeiten auf der Tagesordnung waren, wo die Abgeordneten für gewöhnlich nur mit Revolvern bewaffnet erschienen! Wie weit muß es mit diesem Lande gekommen sein, wie tief muß die Volksstimmung in den Morast der Verzweiflung gesunken sein, um es dahin zu bringen, daß die temperamentvollsten Vertreter des temperamentvollsten Volkes für solch niederschmetternde Nachrichten nur „würdevolles Schweigen" aufbringen können? Wo sind sie alle geblieben, die Andrassy, die Karolyi, die Apponyi — die stolzen Wortführer der oligarchischen Opposition? Was hat ihre Stimme erstickt, im Augenblick, wo das Land ihrer am meisten bedurfte? Konnten diese Männer ihrem Patriotismus nicht einmal jene Worte abringen, welche sich bei solchen Vorgängen auf die Zunge jedes Patrioten drängen? Sind sie endlich zur Einsicht gelangt, daß für ihr Land alles verloren ist, daß daher jede Kritik nunmehr nutzlos ist? Oder waren sie etwa selbst in diesen schicksalsschweren Stunden auf ihre Regierungsfähigkeit bedacht, die durch freies Reden gefährdet sein mochte? Solch unnatürlichem Verhalten gegenüber ist jede Annahme zulässig, außer jener, daß man wirklich zufrieden sei. An den ärgsten Skandalszenen hätten wir keinen Anstoß nehmen können; wo wären sie in ähnlicher Lage ausgeblieben? Nur dort, wo das Leben überhaupt dem Körper entflohen ist, wo dieser auf nichts mehr reagiert. Aber das Schweigen des ungarischen Parlaments stempelt die ungarische Nation zur Leiche: es ist das Schweigen der Verzweiflung — nein — des Todes!

Und Graf Apponyi kann mit Recht sagen: „Hand aufs Herz: wäre in dem Falle nicht Aehnliches geschrieben worden? Wäre es berechtigt gewesen? Gewiß nicht. Ich habe es auch nur deswegen ausgeführt, um zu zeigen, daß das feindliche Ausland unter allen Umständen und wie immer wir uns verhielten, daraus für die eigene Stimmung Kapital schlagen würde, daß es daher nicht angeht, wieder unsererseits aus solchen feindlichen Stimmen gegeneinander Kapital zu schlagen. Es steht bei den Lenkern unserer Geschicke, aus solchen kritischen Reden den möglichst größten Nutzen zur Förderung des großen Zieles zu ziehen. Mit ihrer Erstickung würde man auch die moralische Kraft ersticken, deren wir mehr als je bedürfen."

Reichspost 19/IX. 1916

Ungerechte Angriffe.

Von einer Persönlichkeit, die nicht im politischen Leben steht, erhalten wir folgende Zuschrift:

Ich habe mit der gemeinsamen Heeresverwaltung nichts zu tun und fühle nicht den Beruf in mir, ihre Interessen zu vertreten, außer soweit sie eben die jedes einzelnen Staatsbürgers sind. Ich habe noch niemals das Gebäude des Kriegsministeriums betreten, wenigstens nicht das neue Gebäude. Aber immerhin muß gegenüber den maßlosen Angriffen Rakovszkys und Apponyis im ungarischen Abgeordnetenhaus eines gesagt werden.

Fürs erste sind wir im Kriege. Im Kriege läßt sich so manches Wort nicht sagen, das man im Frieden vielleicht wagen könnte, wenigstens wegen der Zensur, um die ich mich — ehrlich gesprochen — einen blauen Teufel kümmere, als vielmehr wegen der allgemeinen Folgen, die sich daran knüpfen. Oesterreich-Ungarn ist das klassische Land der Nichtachtung der Beamtenautorität. Nirgends in Europa finden die Anordnungen der Staatsverwaltung so wenig Achtung und Gehorsam als in Oesterreich-Ungarn, und dies ist ein entsetzlicher und unheilvoller Mißstand, besonders im Kriege, wenn die Wirksamkeit jeder Anordnung eben davon abhängt, daß sie jedermann befolgt. In solchen Zeiten, wie gegenwärtig, wo es um Tod und Leben von uns allen oder wenigstens von der rüstigen Männlichkeit von uns allen geht, wo das Vermögen jedes einzelnen, der nicht gerade Heereslieferant ist, auf dem Spiele steht, wo es um den Bestand des Staates geht, in solchen Zeiten würdigt man nicht die Autorität des Heeresleitung herab. Man läuft bei jedem derartigen, rein persönlichen Gefühlsausbruch, wie sich Rakovszky und Apponyi solche am 13. September leisteten, Gefahr, daß man Nachbeter findet, daß man Leute findet, die das in die Welt hinausgeschossene Wort blindlings glauben.

Ich bin kein unbedingter Verehrer der gemeinsamen Heeresverwaltung, wie sie vor dem Kriege war. Aber sie hat mit den vorhandenen Mitteln weitaus mehr geleistet, als unter den bei Kriegsausbruch gegebenen sachlichen Voraussetzungen zu erwarten war, sie hat in der Kunst des Improvisierens, des Aus-dem-Boden-stampfens von Armeen mehr geleistet als der vielbewunderte Gambetta im deutsch-französischen Kriege von 1870/1871, und sie hat das, ungleich Gambetta, mit Erfolg geleistet. Wenn nun die sachlichen Voraussetzungen bei Anfang dieses Krieges ungenügend waren, so trifft dafür die Opposition, und vor allem die Obstruktion in beiden Staaten in erster Linie die Schuld. Dann kommt auch hinzu, daß ein Teil der Jugend und der Parlamentarier sich von dem pazifistischen Gerede bezahlter Agenten des Auslandes einlullen ließen, während Asquith und seine offenen und geheimen Verbündeten draußen fleißig losrüsteten. Während in England und Frankreich nackt und kühn das Budget gefälscht wurde, unter begeisterter Zustimmung des Budgetreferenten, wenn er von der Sache etwas merkte, handelte und schacherte man bei uns um jeden kleinen Posten, und schließlich hatte das Kriegsministerium ein gedrosseltes Budget. Der Bau militärisch wichtiger Bahnen ist in Friedenszeiten durch ewige Einwendungen von allen Seiten, auch von Zivilbehörden, verschleppt worden, und als der Krieg da war, konnte man sich nicht rühren.

Die geehrte ungarische Opposition macht der Heeresleitung es zum besonderen Vorwurf, daß sie nicht auf einem besseren Schutz ausgerechnet der südöstlichen Grenze des Reiches bedacht war, weil dort die Szekler, also Magyaren wohnen. Dafür, daß die Sachsen und Szekler auf einem so vorgeschobenen Posten wohnen, kann die Heeresleitung indes nicht gut verantwortlich gemacht werden, weil es sich da um eine Maßregel handelt, die die 1095 und 1114 verstorbenen ungarischen Könige Ladislaus und Koloman getroffen haben.

Eine weitere Behauptung der ungarischen Opposition ist die, daß man sich von den Rumänen hätte „überraschen" lassen. Die Behauptung klingt etwas unwahrscheinlich. Die der Monarchie feindselige Haltung Rumäniens ist seit 1861 bekannt gewesen, sie verdichtete sich 1866 und 1867/68 zu einer recht ernstlichen Bedrohung der Grenze, trat dann 1878 wieder hervor. Rumänien schloß zwar 1883 sein Bündnis mit Oesterreich-Ungarn, machte aber bereits 1886, als Deutschland und die österreich-ungarische Monarchie mit Krieg bedroht waren, Miene, vom Bündnis abzuspringen. Die in der äußern Politik in Wien maßgebenden Leute, Graf Goluchowski, der gegenwärtige Minister des Aeußern Baron Burian, ferner verantwortliche Vertreter der deutschen Politik, wie der Vorgänger des gegenwärtigen Reichskanzlers, Fürst Bülow, dann der jetzige deutsche Botschafter in Wien, haben alle jahrelang in Bukarest gedient, und was dort vorging, war niemandem ein Geheimnis. Fraglich war nicht der rumänische Angriff an sich, sondern nur die Stunde des Angriffes. Nach dieser Richtung hat sich allerdings die deutsche und die magyarische Grenzbevölkerung in Siebenbürgen in eine beklagenswerte Sicherheit einwiegen lassen; das alterprobte Mißtrauen der Tiroler gegenüber ihren welschen Nachbarn im Süden fehlte. Damit fehlte eine wichtige Informationsquelle. Es wäre Sache der Grenzbevölkerung gewesen, wenn sie irgend welche bedrohliche Anzeichen merkte, ihrerseits Schutz zu verlangen.

Dazu kommt der außerordentlich ungünstige Grenzverlauf und die Fülle der Gebirgsübergänge. Wie man den vorspringenden Schnabel bei Kronstadt, das Burzenland, gegen eine feindliche Streitmacht, die alle umliegenden Höhen besetzt und die Verschanzungen seit langem erbaut hatte, hätte an dem Eindringen hindern können, ist schlechterdings unerfindlich. Auch eine Verteidigung des Szeklerlandes, etwa gegen den Paß von Palanka hin, wäre nur bei einem angriffsweisen Vorgehen, d. h. wenn Oesterreich-Ungarn Rumänien seinerseits überfallen hätte, möglich gewesen. Aber man kann es den Leitungen der beiden Mittelmächte nicht verübeln, wenn sie bei der ohnehin gespannten Lage nicht die ihrerseits zu tragenden militärischen Leistungen noch vergrößerten. Wenn man schon der Heeresverwaltung die Offensive gegen Italien, d. h. eine Vermehrung der von ihr in Angriff genommenen militärischen Aufgaben, die allerdings, wenn erfolgreich, eine Entlastung in militärscher Hinsicht im weiteren Verlaufe herbeigeführt hätte, verübelt, wie kann man es dann fordern, daß sie ihrerseits noch bei dem nicht gerade günstigen Bahnnetz von Siebenbürgen ihre Aufgaben noch viel mehr steigerte, als es die italienische Offensive forderte?

Kurz, die von der Opposition in Ungarn kommenden Vorwürfe sind in sachlicher Hinsicht ungerechtfertigt und in ihrer Form eine grobe Verletzung der Rücksichten nicht bloß auf den Anstand, sondern auf die Landesverteidigung.

Neues Pester Journal 20./IX. 1916 II 135

Aus dem Abgeordnetenhause.

hat es der Ministerpräsident für gut befunden, den Baron Burián zu vertheidigen und dabei auch Gelegenheit genommen, das Land bezüglich der Haltung Rumäniens zu beruhigen. Und was geschah dann? Am 28. August brachen die Rumänen in Siebenbürgen ein. Die gesammte öffentliche Meinung des Landes ist entrüstet. (Zustimmung links.) Aber Graf Tißa hat nunmehr auch den Grafen Ottokar Czernin, unseren bisherigen Gesandten in Bukarest, in Schutz genommen. Redner verurtheilt sodann die Art und Weise, wie sich Baron Burián über so hochwichtige politische Fragen geäußert hat. Kein Parlament der Welt hätte ein derartiges Vorgehen geduldet.

Wilhelm **Sümegi:** Auf die Anklagebank mit Burián!

Georg **Szmrecsányi** fragt den Minister des Aeußern und den Ministerpräsidenten, ob sie, wenn Bratianu ihnen auf einer Visitkarte vorher angezeigt hätte, in welchem Moment Rumänien angreifen würde, Siebenbürgen hätten rechtzeitig evakuiren können? Das ist keine Ausrede. Jedermann wußte, daß das rumänische Heer an der siebenbürgisch-rumänischen Grenze auf der Lauer stehe, nur Tißa und Burián scheinen dies nicht gewußt zu haben. (Lärm links.) Was hat eigentlich unser Militärattaché in Bukarest gethan?

Wilhelm **Sümegi:** Er hat den schönen Frauen den Hof gemacht! (Heiterkeit.)

Die deutschen Ortsnamen im Höfer-Bericht.

Georg **Szmrecsányi:** Einige Tage vor der Kriegserklärung begaben sich die siebenbürgischen Abgeordneten zum Ministerpräsidenten und frugen ihn, ob die Grenzen genügend besetzt sind. Die Abgeordneten entfernten sich dann vollständig beruhigt. Offenbar erhielten sie die beruhigendsten Aufklärungen. Nun bin ich gezwungen, auf eine sehr taktlose Erscheinung hinzuweisen. Generalquartiermeister Ludendorff benützt in den Meldungen der deutschen Heeresleitung stets korrekt die ungarischen Ortsnamen, dagegen scheint unsere Heeresleitung von den ungarischen Ortsnamen keine Kenntniß zu besitzen. Es ist empörend, daß Köhalom Reps, Nagyszeben Hermannstadt, Székelyudvarhely Oberkellen und Hátszeg Hötzing genannt wird.

Béla **Barabás:** Schufterei!

Wilhelm **Sümegi:** Das Ungarthum wird mit Füßen getreten, das Ungarthum, das so viel geblutet hat!

Géza **Polonyi:** Das ist die Schule des Rudolf Brandsch!

Georg **Szmrecsányi:** Es ist meine feste Ueberzeugung, daß wir Siebenbürgen nicht verlieren werden (Zustimmung links), und ich bin von dem festen Glauben erfüllt, daß sich die Befreier vom Süden her nähern werden, ein genialer General und die Heere heldenmüthiger Nationen.

Géza **Polonyi:** Es lebe Mackensen!

Georg **Szmrecsányi:** Während Hunderttausende siebenbürgischer Flüchtlinge heimathlos umherirren, erhält Graf Czernin eine hohe Auszeichnung. (Lärm links.)

Béla **Barabás:** Zum Henker mit ihm!

Präsident ertheilt dem Abgeordneten Barabás wegen dieses Zwischenrufes einen Ordnungsruf.

Rufe links: Er wird doch aufgehängt werden!

Georg **Szmrecsányi** schließt damit, daß wir von Rumänien in der schändlichsten Weise ausgewuchert wurden, daß wir Millionen in Gold bezahlt haben. Aber Alles war vergeblich. Er zieht noch einen Vergleich zwischen der staatsmännischen Weisheit und Voraussicht des bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow und dem Baron Burián und beendet seine Ausführungen damit, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Präsident beantragt sodann, die nächste Sitzung morgen, Mittwoch, um 10 Uhr Vormittag mit der heutigen Tagesordnung abzuhalten. Auf die Interpellationen wird das Haus um 5 Uhr Nachmittag übergehen.

Der Viehstand der siebenbürgischen Flüchtlinge.

Hierauf folgte die dringende Interpellation des Abgeordneten Aladár **Gedeon** an den Ackerbauminister in Angelegenheit der Verwerthung des Viehstandes der siebenbürgischen Flüchtlinge.

Aladár **Gedeon** richtet an den Ackerbauminister folgende Interpellation:

1. Welche Verfügungen wurden in Angelegenheit des Schutzes des Viehstandes der siebenbürgischen Flüchtlinge getroffen?

2. Zu welchem Preise wurden die Thiere von der die Einkäufe vornehmenden Kommission gekauft?

3. Zu welchem Zwecke wird der eventuell sich ergebende Gewinn verwendet?

Ackerbauminister Baron Emerich **Ghillány** führt in Beantwortung der Interpellation aus, daß die Regierung schon früher damit gerechnet hatte, daß die Rumänen in Siebenbürgen einbrechen werden, und daß sie in Folge dessen auch rechtzeitig Verfügungen bezüglich des Schutzes des Viehstandes der dortigen Bevölkerung getroffen habe. Diese Verfügungen bestehen aus zwei Theilen. Wir gingen von dem Standpunkte aus — fuhr der Minister fort —, daß es auch im Interesse unserer Landwirthschaft liegt, den Viehstand der bedrohten siebenbürgischen Bevölkerung zu retten und den Eigenthümern zu sichern, damit diese nicht gezwungen seien, eventuell ohne ihr Vieh in die Heimath zurückzukehren. Längs der Maros haben wir Weiden angelegt und überall war der Weg bezeichnet, auf dem das Vieh aus den einzelnen Komitaten befördert werden soll. Unser ganzes Bestreben ging dahin, das Vieh in den Ställen zu erhalten und den Besitzern später zurückzuerstatten. (Zustimmung rechts.)

Der zweite Theil unserer Maßnahmen war, daß wir mit den Schwierigkeiten gerechnet haben, die bei jeder größeren Völkerbewegung eintreten. Wir wußten, daß es Viehbesitzer gäbe, die ihr Vieh um jeden Preis verkaufen wollten, und deshalb haben wir militärische Einkaufskommissionen ins Leben gerufen; das ganze Risiko trägt einzig und allein der Staat. Die Mitglieder dieser Kommissionen sind ganz unparteiische Leute. Waggons konnten zum Transport des Viehes deshalb nicht verwendet werden, weil dies die Kriegslage nicht gestattete. Aber auch diesbezüglich wurden die erforderlichen Verfügungen getroffen und an vielen Orten Futterstationen errichtet. Ferner wurden drei Sammelcentralen errichtet: in Nagyvárad, Arad und Borosjenö. Aber die Entfernung von einem Ort zum anderen ist in vielen Fällen eine so große, daß trotz aller Vorsichtsmaßregeln ein Theil des Viehes während des Transportes verendete. Glücklicherweise haben die verschiedenen Seuchen bisher nur wenig Opfer gefordert. Ich will noch darauf hinweisen, daß in den Viehanlagen das zu verkaufende Vieh nicht auf den Markt gebracht wird, da die Regierung den Besitzern das Vieh erhalten will. Die Expposituren des Ackerbauministeriums haben die Weisung erhalten, nach Möglichkeit eine je größere Anzahl Vieh zur Ueberwinterung zu übernehmen. Ich bitte, meine Antwort zur Kenntniß zu nehmen.

Nach einigen Bemerkungen Aladár **Gedeon's** wurde die Antwort des Ackerbauministers vom Hause zur Kenntniß genommen und die Sitzung um 8 Uhr Abends geschlossen.

Arbeiterzeitung
20/IX. 1916

* **Der „aufgesaugte" Herr Denk.** In der Sitzung des Deutschen Nationalverbandes hat der Abgeordnete Einspinner den Antrag gestellt, der Verband möge die Regierung auffordern, von allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, um der Aufsaugung der Presse durch die Geldmacht der Banken Einhalt zu tun. Herr Einspinner ist in der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, zu deren Obmann Herr August Denk, der Abgeordnete vom Neubau, gewählt wurde. Das ist das eine, was festzustellen ist, das andere: daß von jener Geldmacht ein Blatt bereits „aufgesaugt" ist, nämlich das „Neue Wiener Tagblatt", dessen Aktien sich schon längere Zeit im Besitz der Bodenkreditanstalt befinden. Nun meinen wir beileibe nicht, daß die Unabhängigkeit und Charakterfestigkeit des „Neuen Wiener Tagblattes" vor dieser „Transaktion" größer gewesen seien; an diesem auf Gewinn berechneten Unternehmen zur Erzeugung einer gefälligen, niemandem unbequemen öffentlichen Meinung war außer der Bilanz wirklich nichts zu erwerben. Aber daß sich der Obmann der Partei, die gegen die „Aufsaugung" ist, zu dem Reklameartikel für die neue Partei just das aufgesaugte Blatt erwählte, ist doch kostbar. Die Arbeitsgemeinschaftsmänner sind zwar gegen die Aufsaugung, aber zu Gaste erscheinen sie bei ihr gern. Wodurch sich übrigens bezeugt, daß die kapitalistische Presse, über die der Nationalverband, wenn er zu Kundgebungen antritt, so herzbeweglich zu klagen pflegt, eben s e i n e Presse ist . . . Und was, meint man, strebt dieser Herr Obmann für die Arbeitsgemeinschaft an? Daß ihr die — Agrarier beitreten! Alle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der sich die Arbeitsgemeinschaft an die Aufgabe macht, die Interessen der — städtischen Bevölkerung zu vertreten!

Reichspost
20./IX. 1916

Die Meinungen der ungarischen Opposition.

Im ungarischen Abgeordnetenhause wurden heute von den Sprechern der Oppositionsparteien die Angriffe gegen die gemeinsamen Institutionen, gegen den — ungarischen! — Minister des Auswärtigen und gegen die Heeresleitung fortgesetzt. So wenig die Redner an Schärfe zu sparen schienen, so vergeblich ist die Ausschau nach etwaigen neuen Gesichtspunkten, es wäre denn die Forderung des Verfassungsparteilers Mezössy, daß Graf Tisza, zu dessen ganzer Politik er gar kein Vertrauen besitze, nach dem Rücktritt des Grafen Berchtold hätte zu dessen Nachfolger ernannt werden sollen. Da scheint der Schluß zulässig, daß die Gesinnungsgenossen Mezössys den Minister des Aeußern Baron Burian nur deshalb „zur Verantwortung ziehen" und „stürzen" wollen, weil sie zu ihm Vertrauen haben. Und vielleicht gilt das Gleiche von den alles eher denn zeitgemäßen Angriffen auf die Heeresleitung.

Den Hauptgrund zu allen Angriffen bot den Rednern auch heute wieder der Einbruch der Rumänen in Siebenbürgen. Es darf wohl neuerlich daran erinnert werden, daß Oesterreich viel ausgiebigere und länger dauernde feindliche Einbrüche über sich ergehen lassen mußte und muß und daß es hier niemand einfiel, dafür die gemeinsamen Minister und die Heeresleitung verantwortlich zu machen, sondern daß man vielmehr als einzige Folgerung aus den Ereignissen den Entschluß faßte, die für die Reichsverteidigung verantwortlichen Faktoren mit allen Mitteln zu unterstützen, damit sie in die Lage kämen, die vom Feind überfluteten Gebiete wieder zu befreien. Recht wohl scheinen sich übrigens die heutigen Redner bei ihren Angriffen nicht gefühlt zu haben, da es mehrere von ihnen beklagten, daß man sie ganz allein lasse und daß nicht einmal die Mandatare der Siebenbürgener Sachsen (ja nicht einmal die der Rumänen!) an der Kritik teilnahmen. Die scheinen eben staatsmännischer veranlagt zu sein und ein richtigeres Gefühl für das Gebot der Stunde zu besitzen, als die magyarischen Oppositionsparteien.

Wenn heute mehrfach behauptet wurde, während des Krieges habe die 67er Verfassung völlig Bankrott gemacht, so muß dies einigermaßen überraschen, da man bisher gerade aus dem ungarischen Reichstage wiederholt die feierliche Versicherung vernehmen konnte, der Krieg habe die Richtigkeit und Haltbarkeit der Gedanken Deaks und Andrassys des Aelteren glänzend bestätigt und jeder, der fürder an ihrem Werke rühre, sei ein „verbrecherischer Narr." Kaum haben sich infolgedessen in Oesterreich auch diejenigen, welche aus dem Kriegsverlaufe gefolgert hatten, daß der Gemeinsamkeits- und Zusammengehörigkeitsgedanke sich als stärker erwiesen habe als alle Zweiteilungspolitik, mit dem Dualismus halbwegs abgefunden, werden sie plötzlich aus dem nämlichen ungarischen Reichstag mit dem Alarmruf erschreckt, daß die dualistische Verfassung völlig versage und das ganze 67er Werk bankrott sei! Wer hätte hier Lust, alle diese jähen Wandlungen der Anschauungen in den grundlegendsten Fragen mitzumachen oder auch nur übermäßig ernst zu nehmen!

Bei der Ausdehnung, welche die Erörterungen im ungarischen Reichstage genommen haben, ist es nicht verwunderlich, daß es neben argen Entgleisungen auf dem Gebiete der großen Politik auch einige zutreffende Bemerkungen über Detailfragen gab. Wir sind vorurteilslos genug, die Zibeben auch in solch daneben gelungenem Gugelhupf wohlschmeckend zu finden.

Pester Lloyd Abendbl.
20./IX. 1916
Sitzungsbericht des Reichstages.

143

antwortung übernimmt, daß das nicht geschehen ist, weiß Redner nicht. Im ganzen Land scheint eine Uebermüdung zu herrschen. Mit angehaltenem Atem lauscht man den Nachrichten von der Front, man kümmert sich aber um die Ereignisse im Innern des Landes nicht. Diejenigen, die aus Taschkend und den anderen sibirischen Orten in der Erwartung zurückkehren werden, hier konsolidierte Verhältnisse zu finden, werden blutige Ansprüche darauf erheben, was ihnen zukommt: Brot und Arbeit. (Lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter Stefan Zlinszky

hält es zunächst für seine Pflicht, hier im ungarischen Abgeordnetenhause der spanischen Nation und ihrem König den innigsten Dank zu sagen für die warme und herzliche Gastfreundschaft, die sie den dorthin verschlagenen ungarischen Staatsbürgern zuteil werden ließen. Sie gewährten nicht nur Heim und Schutz, sondern auch warme Liebe und, wenn es notwendig war, auch Unterstützung. Dank und Anerkennung der ritterlichen und erhaben fühlenden Nation und ihrem großen Herrscher! (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Die ersten Impressionen, die Redner am Tage seiner Ankunft hatte, waren sehr düster. Das Verhalten des ungarischen Parlaments und der Presse wirkte überraschend. Nach den Lucker Ereignissen verhandelte das Parlament Steuervorlagen und die Presse erschöpfte ihre Kraft in der Veröffentlichung der Höferberichte. Dies übte die Wirkung, als ob dieses Parlament nicht zur Nation gehörte, als ob der Kontakt zwischen Nation und Parlament verschwunden wäre. Nach den vielfachen traurigen Vorfällen bringt das Parlament noch immer blindes Vertrauen der Heeresleitung entgegen und beschäftigt sich mit Steuervorlagen, mit neuen Lasten. Erst in neuester Zeit beschäftigt sich das Parlament auch mit militärischen Fragen. Die Theorie, daß die Erörterung militärischer Fragen mit Gefahren verbunden sei, ist nur dann berechtigt, wenn man der Heeresleitung Vertrauen entgegebringen kann. Die Nation muß sehen, daß ihre Vertreter die begangenen Fehler kennen und Abhilfe schaffen wollen. Man sagt, daß wir durch die Hervorhebung der Fehler unseren Feinden einen Dienst erweisen. Mag sein, allein durch das Bestreben, diese Fehler gutzumachen, nützen wir dem Lande. Die Nation und die an der Front kämpfenden Soldaten erwarten von uns nicht nur Kritik, sondern auch Taten. Die Kraft der Presse ist gelähmt und das Publikum schenkt ihr kein Vertrauen mehr. Durch falsche Einstellungen kann die Wahrheit nicht verhüllt werden. Warum lernen wir nicht aus dem Beispiele des Auslandes. Woher hat Frankreich die Kraftquellen zur Reorganisation seines Heeres genommen, um der Schlacht von Charleroi die Marneschlacht folgen zu lassen? Bei uns gab es drei Charleroi, ohne daß wir aus den begangenen Fehlern gelernt hätten. Im Ausland kennt man unsere Schwächen besser als hier zu Hause, wo wir hermetisch verschlossen leben. Wer trägt die Schuld an diesen Zuständen? Presse und Parlament müssen in das Leben der Nation zur Gänze eingeschaltet werden, sie dürfen nicht gleichsam verstümmelte Organe sein. Die Nation muß wissen, daß sie in diesen beiden ein Forum hat, an das sie sich wenden kann. Das System der Knebelung enthüllt sich schließlich doch als wirkungslos. Redner habe in französischer Gefangenschaft Gelegenheit gehabt, die Wahrnehmung zu machen, daß die Milliardenausrüstung der Franzosen bloß auf dem Papier, bloß im Budget existiert: die Magazine seien leer. In den Bahnhöfen sterben Tausende von Verwundeten, weil in den Lazaretten kein Platz ist. Und da wagte die von der Zensur geknebelte und der Regierung verschriebene französische Presse — allerdings nur zu Kriegsbeginn — davon zu faseln, die Deutschen würden beim Anblicke der ersten französischen roten Pumphosen Fersengeld geben! Durch falsche und gefälschte Mitteilungen hat diese Presse die Oeffentlichkeit vergiftet, so daß man in Frankreich zu Beginn glaubte, die gewaltigste Militärmacht der Welt könne einfach mit den Fäusten geschlagen werden. Nach Widerlegung der von Engländern und Franzosen verbreiteten Hunnennachrichten über deutsche Barbarei, von deren Grundlosigkeit sich endlich auch das neutrale Ausland überzeugt habe, konkludiert Redner dahin, daß Lügen und Entstellung der Tatsachen das Los des Krieges nicht entscheiden können. Er verweist auf die Tätigkeit des französischen und des englischen Parlaments, die dem unseren als Beispiel dienen könnte; dann betont er die Notwendigkeit, schon jetzt den im Frieden dereinst einsetzenden wirtschaftlichen Kampf vorzubereiten. Nach Erwägung seiner Erlebnisse in Spanien, unter denen es nicht das uninteressanteste sei, daß der österreichisch-ungarische Militärattaché in Madrid Graf Dziedußycki ihm mitgeteilt habe, unsere Generalstabsberichte werden durch Funkspruch einfach, aber amtlich, als „österreichischer Generalstabsbericht" gemeldet, worauf dem Redner in spanischen Redaktionen der Bescheid wurde, sie seien von höherer Amtsstelle aufgefordert worden, den Zusatz „ungarisch" zu streichen, und daß der Radiobeamte in Barcelona — ein kleiner Funktionär mit 80 Pesetas Gehalt — eigenmächtig das Wort „ungarisch" aus den Funksprüchen ausmerze, was unser ganzes diplomatisches System kennzeichne, führt Redner an, ein Gleiches habe er auch in Holland beobachtet, was umso betrübsamer sei, als ja der k. u. k. Minister des Aeußern ein Ungar ist. Und an den Lokalitäten unserer diplomatischen Vertretungen — selbst in Berlin — fehlt das neu festgesetzte Wappen, ja man begegne auch Schildern mit nur deutscher Umschrift. Redner schließt sich den Anträgen an.

Um 2 Uhr unterbricht der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Der Abend
21./IX. 1916

144

Bankokratie.

Allenthalben regt sich der Unwille und beginnt man Angst zu empfinden vor dem Treiben gewisser Geldleute, das darauf hinzielt, die öffentliche Meinung zusammenzukaufen und der Macht des Großkapitales gänzlich zu unterwerfen. Der weitestreichende Plan ist der der Bodencreditanstalt; begreiflicherweise beschäftigt er am meisten die Öffentlichkeit, insoferne sie sich nicht aus Interesse oder Mattherzigkeit zum Schweigen verurteilt. Kürzlich hat sich die neugegründete Deutsche Arbeitsgemeinschaft mit den Zeitungsplänen des Herrn Sieghart beschäftigt; es ist dankenswert und flößt Vertrauen ein, daß die neue Partei diesen Gegenstand als einen der ersten auf ihren Arbeitsplan stellte.

Gestern wieder wurden die Absichten der Bodencreditanstalt im ungarischen Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht. Offenbar empfindet man, daß diese Unterwerfung eines Teiles der Presse und die damit verbundene Beeinflussung der öffentlichen Meinung von Belang auch für die andere Reichshälfte und deshalb dort der Besprechung wert ist. Der Abgeordnete Georg Szmerecsanyi sagte in einer in den gestrigen Budapester Blättern wiedergegebenen, auch sonst an höchst bemerkenswerten Ausführungen reichen Rede:

Auch in Österreich bildet die Bankokratie den Krebsschaden des öffentlichen Lebens. An der Spitze schreitet die Bodencreditanstalt mit ihrem Präsidenten Sieghart. Diese Banken kaufen einen großen Teil der Aktien der österreichischen Zeitungsgesellschaften zusammen, damit sie ihre Macht über die Presse ausüben und in alles sich hineinmengen können. Sie fürchten die öffentliche Kritik . . . Verfassung verstößt. Ich will jetzt nicht die Beweismittel anführen, die sich auf die Tätigkeit Siegharts und der Bodencreditanstalt beziehen. Sie befinden sich auch gegenwärtig nicht vollständig in meinem Besitz, allein ich kann versichern, daß ich Gelegenheit finden werde, diese Daten im ungarischen Abgeordnetenhause vor die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Abgeordnete möge versichert sein, daß er dabei nicht allein stehen wird. Auch in Österreich wird die Zeit kommen, wo es dem nicht verkauften Teile der Presse möglich sein wird, den verkauften und die Käufer weit von sich wegzuweisen, dorthin, wohin sie gehören: auf die Börse, wo es für alles Verkäufer gibt, wenn der Käufer gut bezahlt.

Reichspost

21/IX. 1906

145

Zur Denkschrift des Ingenieur- und Architektenvereines. Wie die Rathauskorr. berichtet, wurden zu Beginn der letzten Sitzung des Magistratsgremiums einige Anwürfe zur Sprache gebracht, die in der unlängst erschienenen Denkschrift des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereines gegen die rechtskundigen Beamten des Wiener Magistrates erhoben werden, z. B. daß beim Wiener Magistrate die Leitung und Entscheidung in technischen Dingen sachkundigen Beamten zustehe, daß die sachkundigen Beamten nicht nur ihre sachlichen Arbeiten zu leisten haben, sondern auch, um den sachunkundigen Bearbeitern, Referenten und Entscheidenden nur einigermaßen einen Einblick in das Wesen des Gegenstandes zu ermöglichen, ihre sachlichen Arbeiten noch mit umfangreichen, bis an den Ursprung der Dinge reichenden, tunlichst volkstümlichen Begründungen und Belehrungen versehen, durch welche Unterrichtsbehelfe sie einem oft mißverstehenden Dilettantismus dienen und, um bei Erledigungen an Parteien Mißgriffe hintanzuhalten, ihre Schlußsätze so verfassen müssen, daß sie in der Erledigung wörtlich übernommen werden können. Es sei daher notwendig, daß wenigstens im selbständigen Wirkungskreise der Gemeinde an Stelle der Juristen sachkundige Beamte als Leiter bestellt werden, wenngleich sich die Nutznießer des Bureaukratismus gegen eine solche Reform erbittert zur Wehre setzen würden. — Auf die Anfrage, was die Magistratsdirektion gegen diese Anwürfe zu tun gedenke, erwiderte Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, als erster Beamter der Gemeinde könne er nur diese Auslassungen bedauern, die geeignet seien, das Zusammenarbeiten der Gemeindebeamten und damit den Gemeindedienst schwer zu schädigen. Er glaube aber, annehmen zu dürfen, daß auch die meisten Techniker diese Auslassungen als eine Entgleisung betrachten, über die man zur Tagesordnung übergehen könne.

Pester Lloyd Abendbl. 21./IX. 1916

T 146

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 21. September.

Die Debatte über die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi wurde heute am Beginne der Sitzung geschlossen. Ministerpräsident Graf Stefan Tißa griff in einer großen Rede auf die Debatte zurück. Er widmete dem Heldentum unserer Armee Worte wärmster Anerkennung und er beklagte es tief, daß man eine Kritik geübt, die aus Einzelfällen verallgemeinernde Schlüsse gezogen und ohne genaue Kenntnis der zur Urteilsbildung erforderlichen Daten einzelne leitende Persönlichkeiten ungerechtfertigt angegriffen habe. Diese Worte des Grafen Tißa erscheinen durch den Verlauf der Debatte durchaus gerechtfertigt. Eine restlose Begründung der Art und Weise, wie die Heeresleitung ihres Amtes gewaltet, ist jetzt aus wichtigen militärischen Gründen unzulässig. Der Ministerpräsident hat aber wiederholt erklärt, die Regierung werde, sobald diese Gründe entfallen, keinen Augenblick zögern, der öffentlichen Meinung für alles, was getan und unterlassen worden, mit vollem Freimut Rede und Antwort zu stehen. Welch zwingender Grund läge für das Parlament vor, sich jetzt schon, ohne Kenntnis des einschlägigen Datenmaterials, auf ein absprechendes Urteil festzulegen? Von hervorragend oppositioneller Seite ist im Verlaufe der Debatte der Tätigkeit des Kriegsministeriums auf dem Gebiete des Etappenwesens, der Organisation und Einrichtung der Truppenergänzungen, der Waffen- und Munitionsnachschübe und des im Hinterlande wirkenden Kriegsapparats vorbehaltlose Anerkennung ausgesprochen worden. Ist das nicht Grund genug, mit dem Urteil über die strategische Leitung zurückzuhalten bis zu dem Zeitpunkte, da auch in dieser Hinsicht die Tatsachen ebenso klar zutage liegen werden?

In seinen einleitenden Ausführungen berührte Graf Tißa auch die Polenfrage. Die Tatsache, daß die Polenfrage aufgeworfen wurde, bedauerte der Ministerpräsident, indem er gleichzeitig feststellte, daß hierzulande die gerechten Aspirationen des polnischen Volkes überall Verständnis und Zustimmung finden.

Pester Lloyd

L 70.000
52
1916
27.VIII.-21.IX.
Innere Politik
11

27./VIII. 1916

1

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 26. August.

Beiderseitiges Entgegenkommen und sachliches Bestreben haben der Beratung über die Steuervorlagen die Hindernisse, die in den letzten Tagen im Abgeordnetenhause auftauchten, aus dem Wege geräumt. Das Haus hat heute die Vermögenssteuervorlage und die Vorlage betreffend die Erwerbsteuer erledigt, und zwar in beiden Lesungen. Auch die dringliche Interpellation, die Markgraf Pallavicini angemeldet hatte, führte zu einem durchaus befriedigenden Ergebnis.

Das Haus wird erst am 5. September wieder zusammentreten.

Der Verlauf der Nachmittagssitzung.

Vizepräsident Karl v. Szász eröffnet die fortsetzungsweise Sitzung um 4 Uhr. Es wird die Spezialdebatte über die Vermögenssteuervorlage fortgesetzt.

§ 3 wird mit einer stilarischen Aenderung des Berichterstatters ohne Debatte angenommen.

Bei § 4 beantragt Abgeordneter Alexander Simonyi-Semadam eine stilarische Aenderung, die nach einer kurzen Erklärung des Finanzministers abgelehnt wird. Der § 4 wird in der ursprünglichen Fassung angenommen.

§§ 5, 6 werden ohne Debatte angenommen.

§ 7 wird auf Befürwortung des Berichterstatters mit einer vom Abgeordneten Földes beantragten Modifikation angenommen.

§§ 8 und 9 werden ohne Debatte angenommen.

§ 10 wird mit einer geringfügigen Aenderung, die der Referent beantragt, und nach einer auf Auslassung eines Wortes gerichteten Bemerkung des Abgeordneten Simonyi-Semadam, sowie nach Genehmigung eines neuen Absatzes, den Abgeordneter Graf Moritz Esterházy beantragt, schließlich nach einer erläuternden Bemerkung des Finanzministers angenommen.

§ 11 wird ohne Debatte angenommen.

Bei § 12 beantragt der Berichterstatter die Einfügung von drei neuen Paragraphen.

Nach Bemerkungen des Abgeordneten Béla Bernáth zu § 13, der einen Beschlußantrag betreffend Steuerfreiheit der Weinvorräte einbringt, wird der Paragraph in der Textierung des Finanzausschusses mit dem Amendement Bernáths angenommen.

Da drei Paragraphen hiedurch eingeschoben erscheinen, steigt die Zahl der Paragraphen der Vorlage von (ursprünglich) 35 auf 38, und der alte § 13 ist also der neue § 16.

Zu dem neuen § 13 spricht in Kürze Alexander Simonyi-Semadam, worauf der Finanzminister erwidert, den neuen § 13 bitte er in der Textierung des Finanzausschusses anzunehmen.

Das Haus entscheidet in diesem Sinne.

Die neuen §§ 14 und 15 werden ohne Debatte angenommen.

§§ 16 und 17 werden ohne Debatte angenommen.

Bei § 18 beantragt der Berichterstatter einige Einfügungen von geringer Bedeutung. Der § 18 wird in dieser Form angenommen.

Bei § 19 empfiehlt der Berichterstatter ebenfalls eine geringfügige Aenderung, mit der der § 19 auch ohne Debatte angenommen wird.

§ 20 wird ohne Debatte angenommen, § 21 mit einer Textänderung, die der Berichterstatter beantragt und zu der Abgeordneter Sághy das Wort ergreift, nach einer kurzen Bemerkung des Finanzministers ebenfalls angenommen.

Die §§ 22, 23 und 24 werden ohne Debatte angenommen.

§ 25 wird mit zwei vom Berichterstatter vorgeschlagenen Amendements angenommen. Ein vom Berichterstatter vorgeschlagener neuer § 26 wird nach Anhörung einer Bemerkung des Abgeordneten Elemér Jakabffy ohne Debatte angenommen. Hiedurch vermehrt sich die Zahl der Paragraphen der Vorlage auf 39.

Die §§ 27 und 28 werden glatt angenommen.

§ 29 passiert mit einer Abänderung des Referenten.

§ 30 wird ohne Debatte angenommen.

§ 31 geht mit einer stilarischen Aenderung des Referenten durch.

§ 32 geht glatt durch.

Bei § 33 macht Abgeordneter Graf Moritz Esterházy Bemerkungen, die sich auf die Textierung des Paragraphen beziehen.

§ 33 wird nach einer Bemerkung des Finanzministers angenommen.

Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte angenommen.

Damit erscheint der Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer erledigt.

Folgt der Gesetzentwurf über die Erwerbsteuer III. Klasse.

Der Gesetzentwurf wird im allgemeinen ohne Debatte angenommen.

Folgt die Spezialdebatte.

Die §§ 1, 2 und 3 werden ohne Debatte angenommen.

Bei § 4 unterbreitet der Berichterstatter ein Amendement. Der § 4 wird mit diesem angenommen.

Die §§ 5 und 6 werden angenommen.

Berichterstatter **Roland Hegedüs**

beantragt, nach dem § 6 einen neuen § 7 einzufügen, der im Sinne der Wünsche der Opposition abgefaßt wurde. Der neue § 7 lautet:

„Wenn das Gesamterträgnis der auf Grund dieses Gesetzes für die Jahre 1917/1918 und 1919 bemessenen Erwerbsteuer III. Klasse in den einzelnen Jahren 36,700.000 Kronen übersteigt, so wird diese jährliche Mehreinnahme, jedoch höchstens bis zur Höhe jener Mehreinnahme aus Erwerbsteuern, um die in den betreffenden Jahren unter dem Titel der Erwerbsteuern tatsächlich mehr als 39·3 Millionen Kronen eingenommen wurden, nach einem in dem nächsten Budget festzustellenden Schlüssel unter die Städte zu verteilen."

Der neue § 7 wird ohne Debatte angenommen.

Nach Annahme des letzten Paragraphen, nunmehr des § 8, erscheint auch dieser Gesetzentwurf als erledigt.

Damit sind die Gegenstände der heutigen Tagesordnung erschöpft. Die heute erledigten Gesetzentwürfe werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zur dritten Lesung gestellt werden.

Präsident

meldet, daß Graf Michael Károlyi seine beiden Anträge betreffend die Sitzungsdauer und den zweiten Interpellationstag zurückgezogen habe.

Das Anträgebuch wird verlesen. In diesem ist ein Antrag des Abgeordneten Stefan Rakovßky verzeichnet, der die Sicherstellung der unzensurierten Mitteilung der Geschehnisse und der im ungarischen Reichstage gehaltenen Reden durch die österreichischen Blätter fordert.

Das Haus beschließt, die Begründung des Antrages zu gestatten und wird seinerzeit den Zeitpunkt der Begründung feststellen.

Präsident:

Mit Rücksicht auf die im Laufe der nächsten Woche abzuhaltenden Sitzungen des Magnatenhauses und der wichtigen und dringenden Agenden der Regierung beantrage ich, daß das Haus im Laufe der nächsten Woche keine Sitzungen halte, sondern die nächste Sitzung erst für Dienstag, 5. September, vormittags 10 Uhr, anberaume. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung sollen außer der dritten Lesung der heute erledigten Gesetzentwürfe der Gesetzentwurf über die Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen, dann der Gesetzentwurf über die Staatspolizei in Fiume, der Gesetzentwurf über die Ausdehnung des Wirkungskreises der Budapester Staatspolizei auf die Gemeinde Csepel und schließlich als letzter Punkt der Gesetzentwurf über die für Kriegswohltätigkeitszwecke einzuhebende Komitatszuschlägesteuer gestellt werden.

Das Haus nimmt den Tagesordnungsantrag des Präsidenten an.

Folgt die dringliche Interpellation des Abgeordneten Markgrafen Georg Pallavicini.

Abgeordneter **Markgraf Georg Pallavicini**

begründet die folgende Interpellation an den Ackerbauminister:

Hat der Herr Ackerbauminister Kenntnis davon, daß der Landes-Wirtschaftsausschuß den Erlaß des Ministerpräsidenten sub Zahl 2350/1916 so auslegt, daß die kleinen Landwirte für ihr Getreide auch dann die niedrigeren Maximalpreise erhalten, wenn sie zum Verkauf mehr als 50 Meterzentner sammeln?

Wenn ja, ist er geneigt, dringend dafür zu sorgen, daß dieser Erlaß in der Praxis nicht in so benachteiligender und unhaltbarer Weise durchgeführt werde?

Ackerbauminister **Baron Emerich Ghillány**

bemerkt, der fragliche Erlaß Nr. 2350 erlaubt, daß die Kommissionäre der Kriegsprodukten-A.-G. das Getreide in Quantitäten unter 50 Meterzentnern um 1 Krone billiger aufkaufen dürfen. Der Grund für diese Verfügung liegt in dem großen Interesse, angesichts der heutigen Schwierigkeiten des Warensammeldienstes auch die kleinen Quantitäten in die Zentren schaffen zu können. In Friedenszeiten oblag diese Aufgabe den kleineren Vermittlern, die für die Großkaufleute arbeiteten. Bei dem Getreide war beim Verkauf der Detailpreis immer billiger als der von Waggonladungen. Der Kommissionär muß das Getreide einlagern und die Waggonladungen komplettieren. Das bedeutet Spesen. Das Ministerium hat übrigens dafür gesorgt, daß die Landwirte genügend darüber orientiert werden, welcher Vorteil ihnen daraus erwächst, wenn sie das Getreide in größeren Quantitäten, über 50 Meterzentner, sammeln. In solchen Fällen bekommen sie selbstverständlich den Maximalpreis. Uebrigens bedeutet die Preismaximierung keineswegs, daß man Maximalpreise zahlen müsse. Es steht jedem frei, seine Ware auch unter diesem Preis zu verkaufen. Der vom Interpellanten erwähnte Erlaß jedoch verpflichtet die Kriegsprodukten-A.-G. zur Bezahlung der Maximalpreise. Die durch den Herrn Interpellanten bemängelte Praxis beruht übrigens auf einem Irrtum und der Minister habe heute die telegraphische Verfügung getroffen, daß überall, wo man Quantitäten von mindestens 50 Meterzentnern anbietet, Maximalpreise gezahlt werden. Die Kriegsprodukten-A.-G. habe ihn übrigens verständigt, daß es nie vorgekommen sei, daß man weniger als den Maximalpreis gezahlt hätte. Redner glaubt, daß in der ganzen Angelegenheit niemand benachteiligt wurde.

Der Interpellant und das Haus nehmen die Antwort des Ministers zur Kenntnis.

Die Sitzung wird nach Authentizierung des Protokolls um 6 Uhr geschlossen.

Neues Pester Journal
27./VIII. 1916

8

Waffenstillstand in der inneren Politik.

Neuerliche Unterbrechung der Parlamentsberathungen. — Gerüchte über Kompromißbestrebungen

Nach den bewegten Vorgängen, welche das Abgeordnetenhaus in der laufenden Woche in permanente Aufregung versetzten, trat heute Mittags eine Wendung ein, welche man als Symptom einer entschiedenen Besserung der innerpolitischen Situation betrachten darf. Während man gestern Abends noch einen Kampf um die Abhaltung der heutigen Sitzung ausfocht, wurde heute im vollsten Einvernehmen zwischen Majorität und Minorität eine Vertagung des Abgeordnetenhauses bis zum 5. September vereinbart. Dieser neuerlichen Unterbrechung der parlamentarischen Berathungen muß eine weitergehende Beachtung, als man sonst einer kurzen politischen Ferienzeit entgegenbringt, gewidmet werden. Schon die Thatsache an und für sich, daß die Vertagung des Abgeordnetenhauses auf die Dauer von zehn Tagen erfolgte, wo noch gestern auf ein beschleunigteres Tempo der Erledigung des restlichen Arbeitsprogramms bestanden wurde, spricht sehr deutlich dafür, daß in Abgeordnetenkreisen eine Wandlung der Auffassung eingetreten ist. Die veränderte Situation gab zu den verschiedenartigsten Versionen Anlaß, die wir in Folgendem kurz zusammenfassen:

Vorerst fand die Annahme vielfach Verbreitung, daß zwischen der Regierungspartei und der Opposition Pourparlers stattfinden, um eine Abkürzung der parlamentarischen Berathungsdauer auf der Basis zu vereinbaren, daß in Zukunft wöchentlich nur vier Sitzungen stattfinden sollen, von denen eine, die am Mittwoch, ausschließlich der Verhandlung der Interpellationen gewidmet würde. Dafür müßte aber die Opposition die Garantie übernehmen, daß die Debatten über das restliche Arbeitspensum kurz, streng sachlich und ausschließlich auf das zu verhandelnde Thema beschränkt sein sollen.

In der nächsten Woche finden in Wien wichtige Berathungen statt, die einen Theil der Regierung abhalten dürften, an den Berathungen des ungarischen Abgeordnetenhauses theilnehmen zu können, wodurch sich die Regierung veranlaßt gesehen haben soll, hier eine Unterbrechung der Sitzungen eintreten zu lassen.

Die wahrscheinlichste und plausibelste Ursache aber, welche die neuen Parlamentsferien nothwendig gemacht haben soll, ist die folgende: Man ist sowohl auf der Regierungsseite wie auf Seite der Opposition zur Einsicht gekommen, daß eine weitere Verschärfung der innerpolitischen Situation, die noch immer zu befürchten stand, angesichts der auswärtigen und strategischen Situation keinesfalls vom Vortheil gewesen wäre. Auf beiden Seiten gewann daher die Ueberzeugung Oberhand, daß es sich um wichtigere Interessen handelt und eben deshalb lag der Wunsch nach dem Zustandekommen eines beiderseitigen Entgegenkommens nahe. Hier gebührt dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Paul Beöthy die Zuerkennung des Verdienstes, daß er sich in taktvoller Weise darum bemüht habe, die Basis für eine innerpolitische Verständigung zu schaffen. Es galt in erster Reihe die Möglichkeit herbeizuführen, die Verschärfung der Gegensätze zu verhindern, den gesammelten Brennstoff der parlamentarischen Berathungen thunlichst ungefährlich zu gestalten und die Möglichkeit neuer Zusammenstöße unter allen Umständen zu verhindern.

Für die nächste Mittwochsitzung war, wie dies aus unserem bisherigen Situationsbericht zu ersehen war, eine Reihe sehr bedenklicher Interpellationen angemeldet. Die Erörterung der zur Besprechung angemeldeten Themen und Fragen hätte bei der Entente und auch in den neutralen Staaten für eine Beurtheilung der in Ungarn herrschenden Stimmung keinesfalls eine günstige Stimmung wachgerufen. Es handelte sich also darum, auf Grund des angestellten gegenseitigen Uebereinkommens eine Situation zu schaffen, welche die Verhandlung der aufgerollten Fragen überflüssig macht, ja dieselben vielleicht für die Dauer der gegenwärtigen Parlamentssession vollständig ausschaltet. Hier muß nun das Verdienst der Opposition anerkannt werden, daß sie persönliche Momente außer Acht ließ und in Erkenntniß des Ernstes der Situation gern ihre Zustimmung dazu gab, daß der nächste Interpellationstag ausbleibe. Es ist also eine ganze Woche gewonnen, während welcher die Pourparlers zwischen Majorität und Opposition fortgesetzt und für den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der parlamentarischen Berathungen eine neue Sachlage geschaffen wird. Während der nun bis zum 5. September andauernden Pause in den parlamentarischen Berathungen werden die Pourparlers darüber fortgesetzt werden, welche Fragen in einer geschlossenen Sitzung, deren Zulassung nunmehr außer Zweifel steht, erörtert werden sollen, welche Fragen aus dem Konglomerat der Interpellationsmenge ganz ausgeschaltet werden und wie überhaupt für den Rest der Parlamentsverhandlungen eine ruhige, glatte Verhandlungsmethode gesichert werde.

Nach außen hin wurde der auf solche Art zustandegekommene Waffenstillstand in der Weise promulgirt, daß zum Schluß der in frühen Nachmittagsstunden beendeten Sitzung des Abgeordnetenhauses der Präsident verkündete, daß die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses Dienstag, den 5. September, stattfindet und daß mittlerweile Graf Michael Károlyi seine bereits eingetragenen Anträge auf Abkürzung der Sitzungsdauer von täglich 10 bis 3 Uhr und auf die Einschaltung eines zweiten Interpellationstages gestrichen hat. Zur Ergänzung des parlamentarischen Situationsberichtes muß betont werden, daß vorderhand bei den eingeleiteten Kompromißverhandlungen persönliche Fragen keine Rolle spielen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß nach der Klärung der Situation der Verkehr zwischen der Regierung und den oppositionellen Führern wieder frisch angebahnt und die Institution der Vertrauensmänner in anderer Form aufleben wird. Im Couloir des Abgeordnetenhauses verlautete, daß Graf Stephan Tißa sich schon demnächst nach Wien begeben werde.

*

Die Gravamina der Vertrauensmänner.

Wien, 26. August. Das morgige „Fremdenblatt" schreibt in seinem Leitartikel:

Zu der sehr interessanten Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 23. d. hat Graf Julius Andrássy einen Antrag auf Einberufung der Delegationen angekündigt. Graf Andrássy, Graf Apponyi und Herr Stephan v. Rakovßky wollen da die Aufsicht über die auswärtige Politik in den Delegationen ausüben, in denen der Minister des Aeußern erscheinen und sprechen muß. Wir glauben, daß in diesem Falle die Wünsche der drei Herren mit denen des Ministers des Aeußern vollkommen übereinstimmen. Baron Burián könnte zwar auch vor den Delegationen nicht über Alles Aufschluß geben, worüber er gefragt würde. Es wäre ihm jedoch die Gelegenheit geboten, über manches Rechenschaft zu geben, auf Irrthümer hinzuweisen und Mißverständnisse aufzuklären, und dies wäre ihm sicherlich sehr erwünscht. Die Umstände, die bedauerlicherweise derzeit die Einberufung der österreichischen Delegation, also auch der ungarischen, verhindern, hat allerdings Graf Tißa schon hervorgehoben, Graf Andrássy, Graf Apponyi und Herr v. Rakovßky sind enttäuscht. Sie haben sich den Verlauf der Aktion anders vorgestellt, als sie nothwendigerweise verlaufen mußte. Die auswärtige Politik wird nicht von einem einzigen Faktor allein gemacht. Die Pflicht der Geheimhaltung gebietet dem Minister, manche wichtige Thatsache oder Erwägung, manches Verhandlungsmoment auch den vertrauenswürdigsten Personen nicht bekannt zu geben, und die Pflicht, nach seinem Wissen und Gewissen zu handeln, gebietet ihm sehr oft, Rathschlägen auch der hervorragendsten Männer nicht nachzukommen.

Die Oppositionsführer wollten sich nicht damit begnügen, vom selbst vollkommen informirten Ministerpräsidenten unterrichtet zu werden. Sie wollten sich auch nicht damit begnügen, daß der Ministerpräsident bei der Geltendmachung seiner verfassungsmäßigen Einwirkung auf die auswärtige Politik, eventuell auch Auffassungen der Opposition einfließen ließe; sie sprachen den Wunsch aus, daß Graf Tißa ihnen den Weg zum Minister des Aeußern und sogar

Neues Pester Journal
29./VIII. 1916

9/9

Rumäniens Kriegserklärung.

Wie Italien war auch Rumänien unser Bundesgenosse auf Leben und Tod, und wie Italien ist nun auch Rumänien uns meuchlerisch in den Rücken gefallen, hat es, nachdem es Jahrzehnte lang in dem Bundesverhältniß mit unserer Monarchie und Deutschland stark und groß, reich und angesehen geworden ist, plötzlich entdeckt, daß sein heiliger Egoismus ihm den Verrath an denen, denen es Alles verdankt, was es ist und hat, zur Pflicht machte. Das Volk, das die zwei ehemaligen Donaufürstenthümer bewohnt, die das Gebiet der einstigen römischen Reichsprovinz bedecken, bildet sich ein, seiner Vermischung mit allen Untugenden des slavischen Elementes zum Trotze ein lateinisches Volk zu sein und kokettirte stets mit den Welschen in Gallien und im apenninischen Reiche. Bukarest wollte nichts Anderes sein als ein Klein-Paris und räusperte sich gern wie die Lichtstadt an der Seine. Der Bojare, der sonst ein Feind jeder wahren Bildung war, lernte doch französisch und kleidete sich wie der Stutzer der Welthauptstadt der Mode. Nun ähneln die Rumänen glücklich nicht blos im Aeußern den lateinischen Vettern, sondern sie haben sich auch dem Charakter der Welschen angepaßt und, in der Nachahmung stets überaus gelehrig, übertreffen sie auch sofort die Meister.

Was ist doch dieser Bratianu für ein Musterstück der Verlogenheit und Verrätherei! Was ist gegen ihn ein Sasonow, der damals, als die russischen Armeen schon aus den Reservoiren Asiens und Europas nach den westlichen Gubernien strömten, um die Nachbarn zu überfallen, noch immer erklärte, Rußland habe nicht einen einzigen Soldaten mobilisirt! Was ist gegen ihn ein Sidney Sonnino, der noch um die Bedingungen eines friedlichen Ausgleichs feilschte, als er schon längst entschlossen war, auf Raub und Meuchelei auszugehen! Dieser Bratianu täuschte bis zur letzten Stunde nicht blos das Ausland, sondern auch das eigene Land, schloß noch Handelsverträge mit den Mittelmächten ab, als er schon militärische Konventionen mit der Entente unterschrieben hatte; ließ den König Ferdinand noch schwören, daß der Kronrath nichts Anderes beschließen wolle und beschließen werde, als die Fortsetzung der Neutralitätspolitik, als er doch schon von dem Minister des Aeußern die Kriegserklärung hatte ausfertigen und nach Wien expediren lassen. In der Schreibtischlade des rumä-

Neues Pester Journal

30. VIII. 1916

Budapest, 23. August.

Ein geheimnißvolles Schauern zog heute durch das Abgeordnetenhaus, als die drei Vertrauensmänner der Opposition, Graf Apponyi, Graf Andrássy und Stephan Rakovßky, die vor Kurzem erst ausgezogen waren, um mit ihren weisen Rathschlägen unsere auswärtige Politik in die richtigen Bahnen zu lenken, dem Hause wehmuthsvoll verkündeten, daß sie auf ihre Mission verzichten. Alle Welt fragte sich: Ja, was ist denn geschehen, daß ein so ernster Mann wie Graf Julius Andrássy auf eine so ernste Mission so kurzerhand verzichtet? Wohl hörten wir von Stephan Rakovßky, daß die Mission an der Haltung des Ministers des Aeußern gescheitert ist, und mit wirklich köstlicher Naivetät erzählte er sogar Details, die Herrn Baron Burián allerdings nicht in ein besonders günstiges Licht stellten. Denn wenn das ungarische Parlament im Vereine mit dem Ministerpräsidenten Vertrauensmänner entsendet, damit sie über die auswärtige Politik informirt werden, ist es einfach Pflicht des Ministers des Aeußern, diese Männer in vollster Weise, ohne jede Geheimnißkrämerei aufzuklären. Weigerte er sich aber, dies zu thun, so ist das ein Zeichen für seine persönliche Kleinlichkeit, denn offenbar verweigerte er dem Grafen Andrássy nur deshalb die gebotene Orientirung, weil er selbst in ihm einen viel berufeneren Mann für den Posten eines auswärtigen Ministers sieht, also den Konkurrenten fürchtet.

Das war aber mehr als neidische Kleinlichkeit, es war ein schwerer politischer Fehler. Denn wenn je, bedarf jetzt das Land der vollen politischen Einigkeit aller Parteien. Deshalb wäre es dringend nöthig gewesen, die Vertrauensmänner der parlamentarischen Opposition über die Peripetien der Kriegslage und der auswärtigen Politik mit vollster Offenheit zu unterrichten, damit sie dementsprechend ihre eigene politische Haltung einrichten und die Parteien, die sie vertreten, beeinflussen können. Ueberdies aber wäre das unserer auswärtigen Politik zweifellos nur zum Vortheil gewesen, wenn sie in mancherlei schwierigen Fragen über den Rath eines Mannes verfügt hätte, wie es Graf Julius Andrássy ist.

Wenn aber schon dieser auch vom Grafen Tißa unterstützte Plan an den Quertreibereien des Herrn Baron Burián gescheitert ist, können wir es wirklich nicht verstehen, weshalb hiefür nicht nur das Parlament, sondern gleich die ganze Nation büßen müsse. Denn die drei Vertrauensmänner begnügten sich nicht damit, einfach ihre Mission niederzulegen, sondern durchflochten ihre Reden mit allerlei halben und ganzen Andeutungen. Und diese waren es, die das Haus mit geheimnißvollem Schauer erfüllte. Ja, Heißsporn Rakovßky machte Anspielungen, daß den Hörer förmlich eine Gänsehaut überlief.

Wenn dies staatsmännisch war, und von dem Träger einer so wichtigen Mission muß man doch wenigstens etwas staatsmännische Weisheit voraussetzen, dann war wahrhaftig auch die Haltung des Ministers des Aeußern staatsmännisch. Sind Fehler begangen worden, die so schwerwiegend waren, daß sie nicht verschwiegen werden dürfen, oder deren öffentliche Diskussion von Nutzen wäre, dann heraus mit der Sprache. Aber blos Andeutungen, die daheim bei Jedermann ein Gefühl der Unsicherheit, im feindlichen Ausland aber das

Arbeiterzeitung 31./VIII. 1916

I

13

Vor fünfzig Jahren.

Am 23. August waren es fünfzig Jahre her, daß Preußen und Oesterreich ihre Unterschriften unter den Prager Frieden setzten, der das Resultat des traurigen Bruderkampfes war, der in Königgrätz zur Entscheidung gekommen war. Im Artikel VI heißt es: „Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich erkennen die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes an und geben seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des Deutschen Kaiserstaates." Man hat immer wieder die Mäßigung Bismarcks gepriesen, der dadurch, daß er keine preußischen Annexionen auf Kosten Oesterreichs duldete, es ermöglichte, daß die beiden Reiche, wenn auch staatlich getrennt, zwölf Jahre später jenes Freundschaftsbündnis abschlossen, das seither die Grundlage der europäischen Politik geworden ist und sich heute im gemeinsamen Kampfe bewährt. Nichtsdestoweniger wurde der Schnitt, der Deutschland von Oesterreich trennte, schmerzlich empfunden, und die Patrioten — auch diejenigen, welche den durch die Verhältnisse erzwungenen Ausgleich mit Ungarn, den Dualismus, nicht billigten — suchten ihren Trost in der Hoffnung, daß das neue Oesterreich, halb freiwillig, halb durch die Not gezwungen, wenigstens im Innern sich verjüngen sollte. So sagte Fürst Carlos Auersperg im Herrenhause: „Wir stehen nach einer Reihe der bittersten Erfahrungen an dem entscheidenden Wendepunkt, da für Oesterreichs Zukunft eine neue staatsrechtliche Grundlage geschaffen werden muß. Mögen die Prüfungen und Opfer, welche dem österreichischen Patriotismus auferlegt sind, einen fruchtbaren Abschluß finden und wolle es die Vorsehung gnädig fügen, daß der Fernblick der Beteiligten ungetrübt bleibe, damit sie einen Abschluß ersinnen, welcher wahrhaftig der Beginn der Kräftigung und des raschen Gedeihens des weiten Kaiserreiches werden und den Schmerz mildern kann, daß der österreichische Patriot fortan ein geteiltes Herz haben muß." Giskra aber begrüßte das Abgeordnetenhaus, das infolge der Sistierung der Verfassung durch zwei Jahre nicht zusammengekommen war, mit den Worten: „Schmerzlich empfindet es wohl jeder Oesterreicher und nur mit umflortem Auge kann der Freund des Vaterlandes hinblicken auf diese Periode des Interregnums unseres Verfassungslebens, auf jene Periode, in welcher . . . die hingebendste Tapferkeit der Armee und die in einem Teile des Reiches errungenen glänzenden Siege nicht zu hindern vermochten . . . daß der tausendjährige Verband mit dem Mutterland des Reiches gelöst wurde; in der die Finanzen des Reiches, schwer heilbar, geschädigt wurden; daß der Volkswohlstand vielfach gelitten und zurückgegangen, daß das Schwergewicht des Reiches erschüttert und, was übler als alles, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu einem großen Gemeinwesen in so vielen Herzen von Oesterreichern verflüchtigt, systematisch die Bande der Zusammengehörigkeit gelockert wurden."

Die Trauer über die Vergangenheit trieb umsomehr zum Aufbau einer besseren Zukunft. Die Thronrede, mit der Kaiser Franz Josef den Reichsrat eröffnete, begann mit folgenden Sätzen: „Mit freudiger Genugtuung sehe ich den Reichsrat wieder um mich versammelt. Meinem Rufe folgend, haben die dazu aufgeforderten Königreiche und Länder ihre Abgeordneten entsendet, und ich erwarte mit Zuversicht von deren patriotischer Mitwirkung neue Bürgschaften für die Wohlfahrt des Reiches und aller Länder, welche die Vorsehung meinem Scepter anvertraut hat. Was ich gelobt, als ich den Reichsrat zum erstenmal an dieser Stelle begrüßte, es ist unabänderlich das Ziel meiner Bestrebungen geblieben: die Herstellung konstitutioneller Einrichtungen auf gesicherter Grundlage, das ist es, was ich unverrückt im Auge behalten werde."

Das Vertrauen auf die neue konstitutionelle Entwicklung war es, das den damaligen Vertretern des Bürgertums den Mut und die Schaffensfreude zu den Reformen gab, durch welche zuerst in Oesterreich moderne Einrichtungen eingeführt wurden. Mag man wie immer über die Weitsichtigkeit der damaligen deutschliberalen Politiker urteilen, mögen ihre Theorien und ihre Handlungsweise nur aus ihrer Zeit erklärlich sein, so ist es doch zweifellos, daß sie Oesterreich auf die Bahn des Fortschritts drängten. Als ein geschichtliches Dokument ihres Strebens lese man die Adresse, die das österreichische Abgeordnetenhaus damals, im Juni 1867, beschloß und die Eduard Herbst zum Verfasser hat.

Die Adresse des Abgeordnetenhauses

hatte folgenden Wortlaut:

Eure k. k. Apostolische Majestät!

Eure Majestät haben in Ihrer Weisheit und Gerechtigkeit durch die Einberufung des Reichsrates den verfassungsmäßigen Zustand für die in demselben vertretenen Königreiche und Länder wiederhergestellt. Nach einem Zeitraum von zwei Jahren ist es dem Abgeordnetenhause wieder möglich, an den Stufen des allerhöchsten Thrones seine Stimme zu erheben.

Es waren zwei für Oesterreich verhängnisvolle Jahre! Was für die Länder, in welchen die Grundgesetze vom 20. Oktober 1860 und 26. Februar 1861 durch Jahre in Wirksamkeit gewesen, bereits feststand und gesicherte Grundlage weiterer Entwicklung war, wurde wieder in Frage gestellt. Ueber die wichtigsten Staatsangelegenheiten wurde ohne alle Mitwirkung und Kontrolle der Volksvertretung verfügt und dadurch der Kredit des Reiches empfindlich geschädigt, was auf die damit innigst verknüpften materiellen Interessen aller die nachteiligste Rückwirkung übte. So kam es, daß sich nach den Schicksalsschlägen, die das Reich im vorigen Jahre trafen, so viele patriotische Herzen völliger Hoffnungslosigkeit hingaben, daß sich das bange Gefühl der Entmutigung und des Mißtrauens in die Zukunft des Reiches der Gemüter bemächtigte und immer weitergreifende Verbreitung fand.

Unter solchen Verhältnissen tritt das Abgeordnetenhaus wieder zusammen, im vollen Bewußtsein der unermeßlich gewachsenen Schwierigkeiten der Lage und der überwältigenden Größe der Aufgaben, welche der Lösung harren, aber auch im Bewußtsein seiner Pflichten gegen Thron und Volk und durchdrungen von der Ueberzeugung, daß seine Stärke und Kraft nur darin liegt, wenn es jederzeit die Anschauungen, Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung unverhohlen zum Ausdruck bringt. Wir sind erfüllt von dem Bewußtsein der Notwendigkeit rascher Ordnung der staatlichen Verhältnisse, durch welche die Sicherstellung des inneren Friedens im Reiche bedingt ist.

In dieser Beziehung ist nunmehr die Wiederherstellung der Verfassung des Königreiches Ungarn Tatsache geworden eine Tatsache, welche die Ordnung der gemeinsamen Angelegenheiten sowie die Auseinandersetzung der finanziellen und volkswirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern der ungarischen Krone unaufschiebbar macht. Wir müssen es lebhaft beklagen, daß die Sistierung der Wirksamkeit des Grundgesetzes vom 26. Februar 1861 der verfassungsmäßigen Vertretung der nichtungarischen Königreiche und Länder bisher die Möglichkeit benahm, in Betreff dieser Ordnung und Auseinandersetzung ihre Anschauungen geltend zu machen, und daß somit die erwünschte und beiden Teilen gerechte und ersprießliche, keinen Teil unverhältnismäßig belastende Regelung derselben nicht sofort ins Leben treten kann.

Allein das hochherzige Vertrauen, mit welchem Eure Majestät der legalen Vertretung Ihres Königreiches Ungarn entgegenkamen, berechtigt auch uns zu der Hoffnung auf eine glückliche Lösung dieser hochwichtigen Aufgabe und legt uns die Verpflichtung auf, die gebotene Gelegenheit zur Verständigung über die Ordnung der staatlichen Verhältnisse nach dieser Richtung bereitwillig zu benützen. Wenn wir hiebei die Wahrung der Rechte und Interessen der von uns vertretenen Königreiche und Länder zur unverbrüchlichen Richtschnur unseres Handelns nehmen werden und nehmen müssen, so kann hierin — wir erwarten es mit Zuversicht — kein Hindernis der Verständigung liegen. Denn eine Vereinbarung vermag nur dann, wenn sie auf der Anerkennung und Achtung der gegenseitigen Rechte beruht und den gegebenen und sich so vielfältig berührenden Interessen Rechnung trägt, jene allseitige Befriedigung hervorzurufen, welche allein die Gewähr festen, dauernden Bestandes in sich schließt. Die Gefahren, welche beide Teile des Reiches, wenn wir uneinig sind, von allen Seiten bedrohen, sowie die Lehren, welche wir alle aus den Erfahrungen der letzten Jahre in reichlichem Maße zu schöpfen in der Lage waren, mahnen ernst und eindringlich alle unter dem Scepter Eurer Majestät lebenden Völker, dahinzustreben, daß das

Arbeiterzeitung 31. VIII. 1916

Vor fünfzig Jahren.

begonnene Werk in solcher Weise glücklich vollendet werde.

Die Revision und Ergänzung des Grundgesetzes vom 26. Februar 1861 ist aber auch in anderer Beziehung eine unaufschiebliche Notwendigkeit. Das Abgeordnetenhaus fühlt sich verpflichtet, in ehrfurchtsvoller Offenheit auszusprechen, daß das allerorts tief erschütterte Vertrauen nur dann wieder wachgerufen und gefestigt und das natürliche Rechtsgefühl nur dann befriedigt werden könne, wenn die verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrates mit Bürgschaften gleichen Wertes umgeben werden wie jene, deren sich die ungarische Verfassung erfreut. Die Konsolidierung der staatlichen Verhältnisse ist durch die festgewurzelte Ueberzeugung bedingt, daß das Verfassungsrecht eine Wahrheit, daß sein Bestand und seine zeitgemäße Fortentwicklung gegen jede Anfechtung gesichert seien. Solche Ueberzeugung ist aber nicht möglich, wenn nicht hier wie dort unverbrüchlich gilt, daß ohne die Zustimmung der Volksvertretung kein Gesetz ins Leben treten kann. Eben deshalb würden wir gegen unsere Pflicht verfehlen, wollten wir verschweigen, wie schmerzlich es alle Kreise der Bevölkerung empfanden, daß die kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1866, die das Heeresergänzungsgesetz vom 29. September 1858 in seinen wesentlichsten Bestimmungen abändert und so überaus tief in alle Lebensverhältnisse eingreift, ohne verfassungsmäßige Zustimmung der Volksvertretung erlassen wurde, und daß dasselbe über die Einsprache des ungarischen Reichstages zwar für Ungarn außer Wirksamkeit trat, dagegen die Einsprache anderer Landtage ganz unberücksichtigt und ohne alle Wirkung blieb, ja bis jetzt noch nicht einmal erklärt worden ist, jene Verordnung werde dem Reichsrat zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden, was das Haus der Abgeordneten mit aller Zuversicht erwartet.

Wir begrüßen mit Freude die Zusage der Vorlage in Betreff der Ministerverantwortlichkeit. Denn war auch die Verantwortlichkeit der Minister im Prinzip schon anerkannt, so hat sich doch die, durch solche Anerkennung begründete, bloß moralische Verantwortlichkeit bisher als völlig wirkungslos erwiesen. Nur die gesetzliche Normierung derselben als eine wahrhaftige juristische Verantwortlichkeit vermag Beruhigung zu gewähren, daß Vorkommnisse, welche dem Verfassungsrecht direkt zuwiderlaufen, in Hinkunft nicht mehr werden eintreten können.

Nicht minder sorgfältiger Prüfung werden wir die in Aussicht gestellte Vorlage in Betreff einer den konstitutionellen Anforderungen entsprechenden Modifikation des § 13 (jetzt § 141 Red.) unterziehen. Wir müssen aber unser Befremden darüber aussprechen, daß angesichts der allerhöchsten Willensmeinung, diese für das Verfassungsrecht so verhängnisvoll gewordene Bestimmung nicht mehr fortbestehen zu lassen, Eurer Majestät Regierung dennoch bis auf die allerjüngste Zeit herab Maßregeln in Gegenständen ergriffen hat, welche verfassungsmäßig zu dem Wirkungskreis der Volksvertretung gehören, und bei welchen es gar sehr fraglich ist, ob sie auch nur als dringlich und unaufschiebbar sich darstellen lassen. Wir sehen daher den Vorlagen in Betreff aller dieser Maßregeln entgegen, indem wir die Erwartung aussprechen müssen, daß so weit es nur immer möglich, mit ihrer weiteren Durchführung so lange innegehalten werde, bis dem Reichsrat die Gelegenheit geboten wurde, sich darüber auszusprechen.

Bloß formelle Verfassungsgarantien, mögen sie auch noch so umfassend sein, können indessen für sich allein die gerechten Erwartungen der Bevölkerung nicht befriedigen.

Die Reform der gesamten Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne der Freiheit und des Fortschritts ist ein dringendes Bedürfnis. Es ist jedermann einleuchtend, daß fast alle Teile der Justizgesetzgebung umfassender Umgestaltung bedürfen, aber nicht minder klar, daß bis dahin, wo deren vollständige Durchführung möglich ist, nicht mit der Beseitigung einzelner schreiender Gesetzesgebrechen zugewartet werden kann, solche vielmehr im Wege der Einzelgesetzgebung bewirkt werden muß.

Die politischen Rechte der Staatsbürger und insbesondere das Recht, Vereine zu bilden, sich zu versammeln und in der Presse frei zu äußern, erfordern alsbaldige Regelung in konstitutionellem Geiste und nach dem Vorbild der Gesetzgebung in den vorgeschrittenen Staaten.

Wir werden gern bereit sein, zur Erweiterung der Autonomie der einzelnen Königreiche und Länder in jenem allen gerechtfertigten Ansprüchen Rücksicht tragenden Sinne mitzuwirken, welcher sich in den erhabenen Worten Eurer Majestät ausspricht.

Wir müssen es aber auch als eine unabweisliche Notwendigkeit bezeichnen, daß im Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung an die Revision des Konkordats in jenen Beziehungen geschritten werde, welche in den Bereich der Staatsgesetzgebung fallen. Wir ehren die Unabhängigkeit der Kirche und sind weit entfernt, derselben jemals nahetreten zu wollen. Wir sind aber auch überzeugt, daß weder ein Gesetz noch ein Vertrag für alle Zukunft Rechte unwiderruflich aufheben könne, welche nach der heutigen Entwicklung des staatlichen Lebens zu den wesentlichen Hoheitsrechten des Staates gehören. Wir halten es für unmöglich, daß sich der Staat seiner Rechte in Bezug auf die Ausübung der Justizgewalt und auf die Gesetzgebung in Sachen des Unterrichts zu Gunsten einer von ihm völlig unabhängigen Macht habe entäußern oder sich des Rechtes begeben können, das natürlichste aller politischen Rechte, das der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, ohne Rücksicht auf die Konfession, welcher sie angehören, im vollsten Umfang verwirklichen zu dürfen.

Vor allem wichtig und drängend ist die Finanzlage. Niemand vermag sich mehr der Ueberzeugung zu verschließen, daß die finanziellen Kalamitäten den tiefgehendsten Einfluß üben auf alle Verhältnisse des Staatslebens sowie auf die Wohlfahrt aller einzelnen Staatsbürger. Schon beim Beginn der vorigen Session sprach das Abgeordnetenhaus Euer Majestät freimütig seine Ueberzeugung aus, daß die Finanzlage des Reiches eine sehr ernste sei, daß die stete Benützung des öffentlichen Kredits auch in Jahren des Friedens zu schweren Bedrängnissen führen müsse und endlich zu unheilvollen Krisen führen könne. Seit jener Zeit hat sich der Ernst der Finanzlage in wahrhaft bedenklicher Weise gesteigert. Es fand eine fortwährende Vermehrung der Staatsschuld statt und haben dadurch die für Verzinsung und vertragsmäßige Tilgung der Staatsschuld erforderlichen Summen an sich und insbesondere im Verhältnis zu dem wesentlich verminderten Staatseinkommen, welches für die nächste Zeit eine Steigerung nicht hoffen läßt, außerordentliche Dimensionen angenommen. Die beständige Benützung des der Erschöpfung nahen Staatskredits, wozu noch der völlige Mangel aller Kontrolle durch eine Volksvertretung kam, bewirkte, daß die Aufbringung der erforderlich gewordenen Anlehen nur noch unter den drückendsten Bedingungen möglich war. So mußte denn zu dem bedenklichsten aller Mittel der Geldbeschaffung, zur ausgedehnten Hinausgabe von Staatspapiergeld, geschritten werden. Dadurch wurde die Konsolidierung der Landeswährung, welche mit großen Opfern nahezu erreicht worden war, neuerdings in unabsehbare Ferne gerückt. Dieser Zustand der Landeswährung sowie die finanziellen und Kreditzustände überhaupt üben in immer deutlicher wahrnehmbarer Weise die empfindlichste Rückwirkung auf die produktiven Kräfte des Vaterlandes, deren Hebung die unerläßliche Grundlage aller gedeihlichen Entwicklung bildet. Das Haus der Abgeordneten wird diesen Angelegenheiten und den zu gewärtigenden Vorlagen die gewissenhafteste Aufmerksamkeit zuwenden; es kann jedoch nicht unterlassen, schon jetzt sein tiefes Bedauern darüber auszusprechen, daß noch vor kurzem, ohne die Mitwirkung der Volksvertretung abzuwarten, außerordentliche Verpflichtungen für den Staatsschatz eingegangen und weitaussehende Unternehmungen begonnen wurden, welche große Ausgaben für die Zukunft in Aussicht stellen. Das Haus der Abgeordneten muß die zuversichtliche Erwartung ausdrücken, daß in dieser Weise nicht mehr vorgegangen, vielmehr alles, was davon noch ungeschehen gemacht werden kann, werde rückgängig gemacht werden. Denn jenes Vorgehen ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht bloß für die hartbedrückten Steuerpflichtigen bedenklich, sondern auch geradezu eine Gefährdung der Rechte der Staatsgläubiger.

Zugleich mit dem Frieden im Innern des Reiches bedarf Oesterreich zur Lösung der ihm neuerdings und unter erschwerten Verhältnissen gestellten Aufgabe des Friedens nach außen. Der Wert der erfolgreichen Schritte, welche die kaiserliche Regierung zur Erhaltung des europäischen Friedens unternahm, wird durch die unumwundene Erklärung erhöht, daß ihr jeder Gedanke an Wiedervergeltung fremd sei. Das Abgeordnetenhaus teilt die Ueberzeugung, daß das, was im Verein mit der Krone zur Wiedergewinnung des allgemeinen Wohlstandes und zur Herstellung eines unumstößlich gesicherten Verfassungslebens auf Grundlage freier und nationaler Entwicklung geleistet und geschaffen wird, imstande ist, die Machtstellung des Reiches kräftig zu mehren.

Eure Majestät! Wir können und dürfen uns nicht verbergen, daß sich Oesterreich an einem Wendepunkt befinde, welcher für seine ganze Zukunft, ja für seinen Bestand entscheidend ist. Das Haus der Abgeordneten wird mit stets bewährter Loyalität und Hingebung seinen großen Aufgaben gerecht zu werden bestrebt sein. Möge alle Völker, welche die Vorsehung dem Scepter Eurer Majestät anvertraut hat, der Geist der Versöhnlichkeit beseelen, möge sie in klarer und verständiger Auffassung der Lage die Ueberzeugung durchdringen, daß nur durch ihre vereinte Kraft die Ueberwindung der Drangsale möglich sei, welche schon in naher Zukunft über uns hereinbrechen können, daß aber Uneinigkeit allen sicheres Verderben bringe!

Gott schütze Oesterreich, Gott erhalte und segne Eure Majestät!

Neues Pester Journal
31./VIII. 1916

17

Resultatlose Kompromißbesprechungen.

Tißa's Konferenz mit den Oppositionsführern. — Neue Schwierigkeiten in der inneren Situation.

Das Bestreben der Majorität des Abgeordnetenhauses, unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Parlament geordnete Zustände herzustellen, führte bekanntlich zu einer Unterbrechung der Sitzungen des Abgeordnetenhauses. Diese hatte den Zweck, ein Kompromiß mit der Opposition zustande zu bringen, auf dessen Basis der in der letzten Zeit gestörte Burgfriede unter den Parteien wieder hergestellt werden sollte. Als bezüglich der Vertagung des Abgeordnetenhauses bis zum 5. September das Uebereinkommen zustande kam, vereinbarte Ministerpräsident Graf Tißa mit den Führern der Verfassungs-, Unabhängigkeits- und Volkspartei eine Zusammenkunft, die heute Nachmittag im Palais des Ministerpräsidiums stattfand. An derselben nahmen außer dem Grafen Tißa die Grafen Julius Andrássy, Albert Apponyi und Aladár Zichy theil. Obwohl die Besprechung naturgemäß eine streng vertrauliche war, cirkulirte über dieselbe in den Abendstunden in den politischen Kreisen schon eine ganze Reihe von Gerüchten, die in der Hauptsache darin übereinstimmten, daß eine Verständigung nicht erzielt wurde. Dieses an und für sich bedauernswerthe Fiasko der unter verheißungsvollen Auspizien eingeleiteten Aktion hat unverkennbar in allen parlamentarischen Kreisen eine Verstimmung hervorgerufen, denn man hatte überall die Empfindung, daß gerade jetzt, wo ein neuer Feind an der Grenze des Vaterlandes steht, das Parlament sich vollkommen einig zeigen müßte.

Im Folgenden fassen wir die über die heutigen Besprechungen vorliegenden Meldungen zusammen:

Eine Konferenz beim Ministerpräsidenten.

Ueber Einladung des Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tißa versammelten sich heute Nachmittag 4 Uhr die oppositionellen Parteiführer Graf Albert Apponyi, Graf Julius Andrássy und Graf Aladár Zichy im Ofner Palais des Ministerpräsidiums, woselbst eine Besprechung über die Klärung der parlamentarischen Situation stattfand. Die Konferenz dauerte nahezu zwei Stunden lang und der in derselben gepflogene Ideenaustausch erstreckte sich auf all jene Erscheinungen, die den letzten Sitzungsabschnitt des Abgeordnetenhauses so lebhaft irritirt hatten. Nach Schluß der Berathung erfahren wir aus Kreisen, welche die Stimmung der eingeweihten Regierungsanhänger genau kennen, daß die Konferenz beim Ministerpräsidenten nach keiner Richtung hin zu einem Resultat geführt habe.

Besprechungen in den oppositionellen Parteien.

Unmittelbar nach der Konferenz beim Ministerpräsidenten begaben sich die Führer der oppositionellen Parteien in die Klublokale ihrer Parteien, woselbst sie ihren allerdings nur in spärlicher Anzahl anwesenden Parteimitgliedern über die mit dem Grafen Tißa gepflogenen Besprechungen Mittheilungen machten.

Am längsten dauerte die vertrauliche Konferenz der ehemaligen Kossuth-Partei, woselbst Graf Albert Apponyi sehr eingehende Informationen ertheilte. Auf eine direkt an ihn gerichtete Frage antwortete Graf Apponyi:

— Die Situation hat sich nicht geändert. Aus dieser Bemerkung geht hervor, daß die eingeleitete Verständigungsaktion nicht zu dem erhofften Resultat führte.

Auf eine weitere Frage, ob die Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten fortgesetzt werden, gab Graf Apponyi eine ausweichende Antwort.

Die Partei beschloß, am Montag, den 4. September, eine Plenarkonferenz abzuhalten.

Interessant ist die Haltung der Károlyi-Partei, deren Auftreten ja die parlamentarische

Sitzung des Magnatenhauses.

Das Magnatenhaus hält Samstag, den 2. September, Vormittag um 11 Uhr eine Sitzung, für welche die von den Ausschüssen des Magnatenhauses gestern zur Verhandlung vorbereiteten Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Konferenz der kroatisch-serbischen Koalition.

Aus Agram wird berichtet: Das leitende Komité der kroatisch-serbischen Koalition hielt Sonntag und Montag Konferenzen, in welchen über die Approvisionirung einiger kroatischer Gegenden berathen wurde. In der sonntägigen Konferenz ertheilte Banus Baron Skerlecz die erforderlichen Aufklärungen. Sodann wurde beschlußweise ausgesprochen, daß die kroatischen Abgeordneten an den nächsten Sitzungen des ungarischen Abgeordnetenhauses theilnehmen und sich zu diesem Behufe nach Budapest begeben.

Pester Lloyd Abend
2./IX. 1916
23

2.80 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 18 K, halbj. 9 K, viertelj. 4.50 K, monatlich 1.50 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 44 K, halbj. 22 K, viertelj. 11 K, monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 36 K, halbj. 18 K, viertelj. 9, monatlich 3.40 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 28 K, halbj. 14 K, viertelj. 7 K, monatl. 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 48 K, halbj. 24 K, viertelj. 12 K, monatlich 4.40 K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 18 K, für alle übrigen Staaten 21 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, György Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mosse, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd" für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den „Pester Lloyd".

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 12 Heller. Abendblatt in Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

63. Jahrgang. Budapest, Samstag, 2. September 1916 Nr. 244

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Magnatenhauses.

Budapest, 2. September.

Präsident Baron Samuel Jósika eröffnete die heutige, sehr zahlreich besuchte Sitzung des Magnatenhauses mit einer flammenden Kundgebung, die den Treubruch Rumäniens, die Räubertat des Raubstaates verdammt und vertrauensvoll und zuversichtlich den sicheren Sieg unserer Waffen kündet.

Vor Eingang in die Tagesordnung ergriff Ministerpräsident Graf Stefan Tißa das Wort. Seine Stimme klingt fest, ruhig und voll in die lautlose Stille des Raumes. Sein erstes Wort gilt der Kriegserklärung Rumäniens. Eine Parallele zu Italien folgte mit dem Nachweis, daß Rumänien noch infamer gehandelt hat. Die Monarchie hat dem rumänischen Staat nach Recht und Wohlwollen die Treue gehalten. Die dem entgegengesetzte Behauptung der rumänischen Kriegserklärung bricht zusammen im Lichte der Tatsachen. Rumänien argumentiert in der Motivierung seiner Kriegserklärung mit dem Hinweis auf die Lage der ungarländischen Rumänen. Man darf es unterlassen, demgegenüber auf die Behandlung zu verweisen, die die Nichtrumänen in Rumänien erleiden. Man kann einen Vergleich anstellen zwischen der Lebenslage der ungarländischen und der rumänischen Rumänen, und das Ergebnis wird zu unseren Gunsten sein. Mit erhobener, von innerer Bewegung bebender Stimme forderte dann der Ministerpräsident das Land auf, alle Tugenden, die unser Volk zieren, zu vereinen in eine große Tat, die von der Stunde gefordert wird. Unter dem Beifall des Hauses verwies der Ministerpräsident auf die glänzende Haltung unserer Verbündeten. Bauend auf sie und auf die eigene Kraft blicken wir zuversichtlich dem Siege entgegen.

Als nächster Redner ergriff Graf Aladár Széchényi das Wort zu einer Anfrage. In Worten des glühenden Hasses und der tiefsten Verachtung geißelte er den rumänischen Verrat. Dann hob er in kritischen, doch ruhig vornehmen Ausführungen hervor, daß die überraschenden Ereignisse auf eine mangelhafte Vorbereitungstätigkeit der Heeresleitung zurückzuführen seien. Mit großer Leichtfertigkeit habe die Heeresleitung die Schutzvorbereitungen, die unumgänglich notwendig waren, um wenigstens eine rechtzeitige, weniger schädliche Evakuierung der nunmehr besetzten Gebiete zu ermöglichen, unterlassen. Dafür müsse die Regierung die Verantwortung tragen.

Graf Stefan Tißa antwortete sofort. Die Stunde sei nicht geeignet — so führte der Ministerpräsident aus —, alle Tatsachen hervorzuheben, die zeigen, daß die Regierung alles, was möglich war, im Bewußtsein ihrer Verantwortung unternahm. Die Regierung harrt sehnsüchtig der Stunde, in der sie diese Tatsachen offen betonen kann. Nur einzelne Probleme berührend, stellte Graf Stefan Tißa fest, daß der schnelle Hereinbruch des neuen Krieges eine rechtzeitige Verschiebung der Truppen gehindert und so zu den bekannten Ergebnissen geführt hat. Die notwendigen Vorkehrungen zur Zurückwerfung des Feindes sind getroffen.

Das Magnatenhaus nahm die Erklärung des Ministerpräsidenten einmütig zustimmend zur Kenntnis.

Dann trat das Haus in die Tagesordnung ein. Es erledigte nahezu ohne Debatte zustimmend alle Vorlagen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Baron Samuel Jósika eröffnet die Sitzung Punkt 11 Uhr.

Schriftführer: Baron Béla Radvánßky und Graf Franz Bignázó.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Stefan Tißa, Johann Sándor, Teleßky, Baron Harkányi, Baron Hazai, Baron Ghillány, Balog, Baron Roßner, Hideghéthy.

Präsident Baron Samuel Jósika:

Hohes Haus! Bevor ich zur Unterbreitung des Einlaufes schreite, bitte ich um die Erlaubnis, die Einberufung der heutigen Sitzung zu begründen gegenüber jenem Beschlusse der Sitzung vom 23. Juni, laut dessen mit der Verhandlung der Regierungsvorlagen erst begonnen werden soll, wenn das Abgeordnetenhaus sämtliche Gegenstände der laufenden Session erledigt haben wird. Der Beweggrund dieses Beschlusses des hohen Hauses war damals der Billigkeitsstandpunkt, den Mitgliedern des hohen Hauses einige freie Sommerwochen zu lassen. Da wir nun am Schlusse der Sommerszeit sind und die vom Abgeordnetenhause herübergelangten Gegenstände (deren einzelne mit nahenden Terminen zusammenhängen) nun schon seit Wochen der Erledigung harren, wäre es unmotiviert, ihre Erledigung weiter hinauszuschieben. Ich glaube also, das hohe Haus wird es billigen, daß ich durch Einberufung der heutigen Sitzung die rechtzeitige Verhandlung der herübergelangten Botschaften zu ermöglichen gewünscht habe. (Zustimmung.)

Hohes Haus! Unser nunmehr den fünfundzwanzigsten Monat währender Riesenkampf ist in den jüngsten Tagen in eine neue Phase getreten. (Zustimmung.) Rumänien, das in bezug auf die Ausgestaltung seines unabhängigen Staatslebens, auf seine politische und wirtschaftliche Erstarkung unserer Monarchie und unserem großen Verbündeten so viel zu danken hat, ist in die Reihe unserer Feinde getreten, um mit räuberischer Hand nach der kostbarsten Perle unserer heiligen Krone zu langen. (Hört, hört!) Er hat dies getan, unter der Hülle eines Bündnisvertrages, nach monatelangem, nichtswürdigem Komödienspiel, mit einem solchen Zynismus der Perfidie, der jedes Maß unserer in diesem Belange bei unseren Feinden gemachten Erfahrungen übertrifft. (So ist's!)

Wir haben keine Ursache, uns vor jenen Schwierigkeiten zu verschließen, die diese neue Lage vor uns stellt, wenn auch nicht vom Standpunkte einer uns gegenüberstehenden Uebermacht, so doch infolge der Verlängerung unserer Gefechtslinie und der voraussichtlichen Hinausschiebung des Kriegsendes. Würde diesen ungeheuern Weltenkampf bloß die Uebermacht entscheiden, wir müßten samt unseren Verbündeten längst im Staube liegen. Aber aufrecht stehen wir da, in unerschütterter Kraft, mit derselben Entschlossenheit, auf deren unleugbare Ergebnisse wir hinweisen können. (So ists!) Ist es nicht an sich schon ein Beweis dieser Kraft, daß in der Reihe unserer Feinde vier Großmächte gezwungen sind, ihre Zuflucht zur Unterstützung kleiner Staaten zu nehmen und aus deren Reihen neue und aberneue Verbündete zu unserer Unterwerfung zu werben? Wie sich aber die von gewissenlosen Hetzern aufgepeitschten unberechtigten Aspirationen in diesem Kampfe zur Geltung zu bringen vermögen, davon zeugen die bisherigen Ergebnisse des Weltkrieges laut genug.

Für uns hat unsere politische Voraussicht längst den Weg gewiesen, den wir zu gehen haben, als wir uns ohne jeden Hintergedanken jener Großmacht anschlossen, an die uns Bande heften, die in den Traditionen unserer geschichtlichen und kulturellen Entwicklung wurzeln. (So ists!) Die vereinende Kraft unserer Bündnisse ist nicht die auf günstige Chancen lauernde Beutegier, sondern jene heilige Gemeinschaft, die friedliebende, selbstbewußte Nationen nebeneinander reiht (So ists!), da sie ihre Vergangenheit, ihre Zukunft, ihre Ehre der jahrzehntelangen, auf ihre Zugrunderichtung abzielenden Minierarbeit nicht als Beute hinwerfen können. (Zustimmung.) Diese moralische Kraft ist es, die unsere Waffen zu unbesieglicher Macht vervielfältigt; und was dieser gegenüber die riesige zahlenmäßige Ueberlegenheit von Millionenarmeen nicht zu erreichen vermocht hat: das werden einige hunderttausend neue Bajonette unseren Feinden nicht erfechten! (So ist's!) Denn dem neuen Feinde gegenüber wird sich in jeder Ungarseele die Anhänglichkeit ans Vaterland mit einer elementaren Gewalt äußern, die in diesem Kampfe schon bisher Wunder gewirkt hat. (Zustimmung.)

In dieser Entschlossenheit sind unsere rumänischen Brüder mit uns eins. Unter der verlogenen Parole, sie zu befreien, hat dieser räuberische Versuch eingesetzt. Und eins mit uns sind sie auch in der Ueberzeugung, daß, wenn dieser Versuch auch aus Zweckmäßigkeitsgründen zeitweilig während Erfolg hat, seine völlige Niederschlagung und würdige Ahndung nicht ausbleiben werden. (So ists!)

Voll innigen Mitgefühls für das infolge des meuchlerischen Ueberfalls unmittelbar getroffene, heimgesuchte Volk der Grenzmarken; aber auch voll unerschütterlichen Vertrauens auf unsere und unserer Verbündeten erprobte Kraft und auf die göttliche Vorsehung stehen wir weiter da im Kampfe, unerschüttert (Zustimmung), bis wir mit allen unseren Feinden abgerechnet und unsere glücklichere Zukunft und eine neue Epoche der Freiheit der friedlichen Nationen gesichert haben werden. (Zustimmung.)

Ich glaube, das hohe Haus findet es für angezeigt, daß, indem unter der Einwirkung der neuen Ereignisse das eine Haus des Reichstages zum erstenmal zusammentritt, ich diesen in unser aller Seelen lebenden Empfindungen von dieser Stelle aus Ausdruck zu verleihen für meine Pflicht erachtet habe. (Lebhafte Zustimmung.)

Es folgen nun die Unterbreitungen des Präsidenten und die Verlesung des Einlaufes, darunter folgendes Telegramm des Nagyvárader griechisch-katholischen Bischofs Dr. Demeter Radu:

„An Se. Exzellenz Herrn Baron Samuel Jósika,
Präsidenten des Magnatenhauses.

Ich bedaure überaus, daß mir wegen Fernweilens von meiner Residenz die Einladung zur morgigen Sitzung des Magnatenhauses erst heute abend und zu einer Zeit eingehändigt wurde, da die Kürze der Zeit mein Erscheinen unmöglich macht, um dort unter den obschwebenden und uns aufrichtigen Schmerz bereitenden Umständen im eigenen und im Namen meiner Geistlichkeit und meiner Gläubigen, gemäß unseren aufrichtigen patriotischen Empfindungen, unserer unverbrüchlichen Treue und Anhänglichkeit zum hohen Throne, zum glorreichen Herrscherhause und zur heiligen ungarischen Krone Ausdruck verleihen zu können.

Demeter Radu,
Nagyvárader griechisch-katholischer Bischof."

Dient zur erfreulichen Kenntnis.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident wünscht zu sprechen! (Hört! Hört!)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Hohes Haus! Seit der rumänischen Kriegserklärung eröffnet sich heute zum ersten Male der Regierung eine Gelegenheit, in einem Hause des Reichstages sich äußern zu können. Gestatten Sie daher, daß ich dieses Ereignis betreffend einige kurze Bemerkungen mache.

Hohes Haus! Die Kriegserklärung Rumäniens reiht sich würdig dem Verrat Italiens an, ja sie übertrifft, soweit das möglich ist, auch diesen. (Zustimmung.) In der Kriegserklärung offenbart sich derselbe Bruch vertragsmäßiger Pflichten, dieselbe Verwerfung der Treue und der Ehre, derselbe meuchlerische Angriff gegen den treuen Freund, der ein sicheres Pfand der dreißigjährigen Entwicklung war, und dieselbe Verkennung der eigenen Lebensinteressen. (Lebhafte Zustimmung.) Denn wie Italien seinen Beruf nicht in dem engen Kreis der Adria, sondern in breiteren Regionen sucht, sobald es sich nicht nur als adriatische Macht, sondern als Mittelmeermacht fühlt, die in der Monarchie nicht einen Rivalen, sondern eine Rückendeckung erblicken hätte müssen, ebenso hätte auch Rumänien in dem Bündnis der zentraleuropäischen Mächte gegenüber der es bedrohenden russischen Gefahr die ständigen Garantien seiner eigenen Unabhängigkeit, seiner nationalen Existenz suchen müssen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Der Schritt, zu dem sich Rumänien verlocken ließ, ist also nicht nur vom Standpunkt der Ehre und Treue, sondern auch vom Standpunkt des eigenen nationalen Interesses widernatürlich. Wundern wir uns also nicht darüber, daß das Dokument, in dem Rumänien die Kriegserklärung der Monarchie mitteilte, und in dem es bestrebt war, sie zu rechtfertigen, nur eine eigentümliche Kette der gewagtesten Behauptungen und der in kühnster Weise hervorgesuchten Vorwände ist.

Hohes Haus! Ich würde sicher überflüssige Arbeit leisten, wenn ich mich mit diesem Dokument eingehend beschäftigen würde. Aber ich bitte, mir zu gestatten, daß ich vor allem in entschiedenster Weise die Beschuldigung zurückweise, daß die Monarchie während des Balkankrieges von 1912/13 nicht in vollem Maße gegenüber Rumänien das erfüllt hätte, was Rumänien von seinem Freund und Verbündeten erwarten konnte. Es widerspricht den Tatsachen, wenn behauptet wird, daß die Monarchie Rumänien in der Erreichung seiner damaligen Ziele nicht ehrlich und ausharrend unterstützt hätte. (Zustimmung.)

Hohes Haus! Was soll ich weiter noch von der in diesem Dokument enthaltenen ganzen Kette der Behauptungen sagen? Was soll ich dazu bemerken, daß sich Rumänien als ein Element der Ordnung und des Gleichgewichtes bezeichnet, in einer Zeit, da es meuchlings die im Verteidigungskampfe stehende Monarchie angreift? Was soll ich sagen von der Tatsache, daß Rumänien den Versuch unternimmt, aus dem Verrat Italiens eine Anklage gegen die Monarchie zu schmieden? Daß Rumänien in einer Zeit uns territoriale, drohende Aspirationen zumutet, da es von den nacktesten Raubabsichten geführt, die Monarchie angreift und in dem Moment, in dem es den meuchlerischen Angriff vollzieht, die Monarchie beschuldigt, sie habe die Friedensarbeit des dem Geiste des Dreibundes treuen Rumäniens unfruchtbar gemacht.

Wundern wir uns nicht darüber, daß aus dieser Urkunde die alte Beschuldigung, das alte Schlagwort, das Schlagwort der „unterdrückten rumänischen Brüder" nicht wegblieb. Diesem Schlagwort gegenüber forsche ich nicht danach, wessen Schicksal besser ist, das unserer rumänischen Mitbürger oder das der nichtrumänischen Untertanen Rumäniens? Ich forsche nicht danach, wessen Schicksal besser ist, das unserer rumänischen Mitbürger oder der Rumänen Bessarabiens. Und hätte Rumänien nicht, wenn es zur Befreiung seiner unterdrückten Brüder ausgeht, ein entsprechenderes Gebiet in Bessarabien gefunden als an unseren Grenzen? Ich stelle einfach die Lage des rumänischen Volkes in Ungarn und Rumänien hin und ich wage zu behaupten, daß die Lage des unter dem Schutze der heiligen ungarischen Krone lebenden rumänischen Volkes in jeder Hinsicht — in wirtschaftlicher, kultureller und moralischer Hinsicht weit besser ist als die des rumänischen Volkes. (Zustimmung.)

Hohes Haus! Diese Wahrheit gibt sich auch im Verhalten der ungarländischen Rumänen kund. Ich kann nicht nur auf die Tatsachen hinweisen, die seit dem Beginn dieses Krieges ein entsprechendes Zeugnis von der Treue unserer rumänischen Mitbürger ablegten, sondern ich kann auch auf die Erfahrungen der letzten paar Tage hinweisen, ich kann auf die Tatsache hinweisen, daß auch diejenigen, die die Fürsprecher einer rumänischen nationalistischen politischen Tendenz waren, daß auch die, die auch in manchen Fragen der inneren Politik in scharfem Gegensatz zu den ungarischen Parteien gestanden sind, mit patriotischer Entrüstung Rumänien als Feind angreifen. Hohes Haus! Während der ganzen Dauer dieses Krieges offenbarte sich die Einheit aller Bürger des ungarischen Staates ohne Unterschied der Nationalität. Diese Einheit erstrahlt im gegenwärtigen Augenblick noch herrlicher. Das Bewußtsein, daß ein neuer Feind den heimischen Boden zertritt, das Bewußtsein, daß ein meuchlerischer Angriff eine der schönsten Perlen der heiligen ungarischen Krone, einen teuern Schatz der ungarischen Nation, Siebenbürgen, uns entreißen will, muß zu einer großen, erbitterten Entschlossenheit die ganze Nation vereinigen. (Lebhafter Beifall.)

Hohes Haus! Wir leben im Augenblick der Taten. Die ganze Nation muß alles, was den Wert der ungarischen Nation bildet, ihre ganze Vaterlandsliebe, ihre volle Energie, ihren ganzen Heldenmut, die ganze Summe ihrer avitischen Tugenden zu einer großen Tat verschmelzen. (Zustimmung.) Dieser meuchlerische Angriff hat schwere Leiden über Hunderttausende unserer Mitbürger gebracht und die Größe dieser Leiden wurde noch durch die vielleicht in der ganzen Geschichte beispiellos dastehende tückische Art erhöht, mit der dieser Angriff durchgeführt wurde. Es kann niemand geben, der diese Leiden tiefer mitempfindet, dessen Herz durch diesen Anblick mehr blutet, als ich. Dieses Gefühl empfindet jeder Ungar in gleicher Weise. Unsere leidenden Mitbürger müssen in den gegenwärtigen Augenblicken ihrer Heimsuchung die tröstende, unterstützende Hand der ganzen ungarischen Nation fühlen, und sie müssen vor allem fühlen, daß die ganze ungarische Nation sich in Bewegung gesetzt hat, um, wenn möglich, noch mit gesteigerterer Entschlossenheit den Kampf aufzunehmen und den Kampf nicht früher aufzugeben, bis sie ihr Heim nicht zurückerworben, bis sie ihr zerstörtes Nest nicht wieder aufgebaut hat. (Lebhafter Beifall.)

Hohes Haus! Die Zahl unserer Feinde hat sich um einen vermehrt. Es wäre ein ebensolcher Fehler, diese Tatsache herabzusetzen wie sie zu überschätzen. Wir rechnen mit dieser Tatsache, wir sehen dem neuen Feind entgegen und wir werden Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten, deren Treue sich in diesen

Neues Pester Journal
3./IX. 1916

Aus dem Magnatenhause.

Der Krieg mit Rumänien. — Erklärungen des Präsidenten Baron Jósika und des Ministerpräsidenten Grafen Tißa. — Anklagen und Anfragen des Grafen Aladár Széchenyi. — Antwort des Ministerpräsidenten. — Annahme der Steuervorlagen.

Da das Magnatenhaus schon heute eine Plenarsitzung hielt, während das Abgeordnetenhaus erst nächste Woche Dienstag zusammentreten wird, so kam der ganze Schmerz und Groll, die Erbitterung und Empörung über den rumänischen Raubzug und dessen bekanntgewordene Begleiterscheinungen zum ersten Male in voller Oeffentlichkeit eben in der ersten Kammer unseres Parlaments zum würdigen und plastischen Ausdruck. Den jüngsten Ereignissen und der momentanen Lage entsprechend, war die allgemeine Stimmung — und da gab es keinen Parteiunterschied — eine tief ernste und gedrückte, aber auch entschlossene und kriegerische. Schon die treffende Rede, mit welcher Präsident Baron Jósika die starkbesuchte Sitzung eröffnete, widerspiegelte in festen, markigen Worten diese Stimmung, indem sie die ganze Hinterhältigkeit und Verlogenheit, mit welcher die Rumänen den Verrath und Ueberfall vollführten, stigmatisirte, aber auch die zuversichtliche Hoffnung ausdrückte, daß es uns mit Hilfe unserer tapferen Truppen und unserer Verbündeten gelingen werde, auch den neuesten Feind zurückzuweisen und zu besiegen.

Und nun erhob sich Ministerpräsident Graf Tißa, um unter lautloser Spannung des ganzen Hauses in knappen, markanten Zügen zunächst ein Bild der rumänischen Verworfenheit zu skizziren und dann in tiefgefühlten Worten der Leiden der armen siebenbürgischen Bevölkerung zu gedenken, welche gemildert und so rasch als möglich gehoben werden müssen, bis es gelingt, den geraubten theuren vaterländischen Boden zurückzuerobern. Nach warmer, dankbarer Anerkennung der patriotischen Haltung unserer vaterländischen Rumänen und ihrer Führer richtete Tißa einen schwungvollen Appell an die gesammte Nation, sich in erbitterter Entschlossenheit zu der gegenwärtig allein entscheidenden großen That zu vereinigen, auch des neuesten Feindes Schulter an Schulter mit unseren bewährten, treuen Verbündeten Herr zu werden.

Was der Kabinetschef über Rumänien und unsere Kampfesentschlossenheit sagte, entsprach sicherlich der allgemeinen Auffassung, aber was er verschwieg und in seiner amtlichen Position wohl auch schweigend übergehen mußte, das wurde vom Grafen Aladár Széchenyi in mannhaft würdigen Worten zum Ausdruck gebracht. Graf Széchenyi verdolmetschte nur die öffentliche Meinung, welche man in den letzten Tagen auf Schritt und Tritt hören konnte: Wenn schon die längst angedrohte rumänische Kriegserklärung nicht zu vermeiden war: warum mußten die siebenbürgischen Grenzgebiete ohne Schwertstreich schutzlos dem Feinde überlassen werden, warum mußte es geschehen, daß die arme siebenbürgische Bevölkerung bis zum allerletzten Momente in Unkenntniß der knapp drohenden Gefahr belassen werde, so daß sie über Hals und Kopf flüchten mußte, ohne auch nur das Allernothwendigste retten zu können? Schließlich verlangte Graf Széchenyi bezüglich der Vertheidigung Siebenbürgens beruhigende Aufklärungen.

Ministerpräsident Graf Tißa erhob sich nochmals, um auf den Schmerzens- und Entrüstungsschrei zu antworten. Man merkte dem Kabinetschef die Verstimmung an, als er betonte, daß er in der gegenwärtigen Situation über die militärischen Maßnahmen keine eingehenden Details anführen könne. Die Grenze von 600 Kilometern konnte leider nicht wirksam vertheidigt werden, weil wir gleichzeitig die russische Offensive abzuwehren hatten, deutete er an. Sobald aber die in Gang gebrachten Gegenmaßnahmen mit entsprechendem Gewicht in die Wagschale fallen, werden, wie er hoffen könne, diese Gegenmaßnahmen ihre Früchte zeitigen. Mit patriotischer Zurückhaltung erklärte der Interpellant Graf Széchenyi unter allgemeiner Zustimmung, in Anbetracht der gegenwärtigen ernsten und schweren Zeit von dem ihm zustehenden Rechte der Erwiderung keinen Gebrauch machen zu wollen. Damit war dieser bedeutsame Theil der Sitzung erledigt, worauf ohne Diskussion die vom Abgeordnetenhause bereits angenommenen Steuervorlagen votirt wurden.

Präsident Baron Samuel **Jósika** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr Vormittag.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Stephan Tißa, Johann Sándor, Teleßky, Baron Harkányi, Baron Hazai, Baron Ghillány, Balog, Baron Roßner, Hideghéthy.

Präsident Baron Samuel Jósika:

Hohes Haus! Unser nunmehr den fünfundzwanzigsten Monat währender Riesenkampf ist in den jüngsten Tagen in eine neue Phase getreten. (Zustimmung.) Rumänien, das in Bezug auf die Ausgestaltung seines unabhängigen Staatslebens, auf seine politische und wirthschaftliche Erstarkung unserer Monarchie und unserem großen Verbündeten so viel zu danken hat, ist in die Reihe unserer Feinde getreten, um mit räuberischer Hand nach der kostbarsten Perle unserer heiligen Krone zu langen. (Hört, hört!) Er hat dies gethan, unter der Hülle eines Bündnißvertrages, nach monatelangem, nichtswürdigem Komödienspiel, mit einem solchen Cynismus der Perfidie, der jedes Maß unserer in diesem Belange bei unseren Feinden gemachten Erfahrungen übertrifft. (So ist's!)

Wir haben keine Ursache, uns vor jenen Schwierigkeiten zu verschließen, die diese neue Lage vor uns stellt, wenn auch nicht vom Standpunkte einer uns gegenüberstehenden Uebermacht, so doch in Folge der Verlängerung unserer Gefechtslinie und der voraussichtlichen Hinausschiebung des Kriegsendes. Würde diesen ungeheuern Weltenkampf blos die Uebermacht entscheiden, wir müßten sammt unseren Verbündeten längst im Staube liegen. Aber aufrecht stehen wir da, in unerschütterter Kraft, mit derselben Entschlossenheit, auf deren unleugbare Ergebnisse wir hinweisen können. (So ist's!) Die vereinende Kraft unserer Bündnisse ist nicht die auf günstige Chancen lauernde Beutegier, sondern jene heilige Gemeinschaft, die friedliebende, selbstbewußte Nationen nebeneinander reiht (So ist's!), da sie ihre Vergangenheit, ihre Zukunft, ihre Ehre der jahrzehntelangen, auf ihre Zugrunderichtung abzielenden Minirarbeit nicht als Beute hinwerfen können. (Zustimmung.)

In dieser Entschlossenheit sind unsere rumänischen Brüder mit uns eins. Unter der verlogenen Parole, sie zu befreien, hat dieser räuberische Versuch eingesetzt. Und eins mit uns sind sie auch in der Ueberzeugung, daß, wenn dieser Versuch auch aus Zweckmäßigkeitsgründen zeitweilig währenden Erfolg hat, seine völlige Niederschlagung und würdige Ahndung nicht ausbleiben werden. (So ist's!)

Voll innigen Mitgefühls für das in Folge des meuchlerischen Ueberfalls unmittelbar getroffene, heimgesuchte Volk der Grenzmarken; aber auch voll unerschütterlichen Vertrauens auf unsere und unserer Verbündeten erprobte Kraft und auf die göttliche Vorsehung stehen wir weiter da im Kampfe, unerschüttert (Zustimmung), bis wir mit allen unseren Feinden abgerechnet und unsere glücklichere Zukunft und eine neue Epoche der Freiheit der friedlichen Nationen gesichert haben werden. (Zustimmung.) Ich glaube, das hohe Haus findet es für angezeigt, daß, indem unter der Einwirkung der neuen Ereignisse das eine Haus des Reichstages zum ersten Male zusammentritt, ich diesen in unser Aller Seelen lebenden Empfindungen von dieser Stelle aus Ausdruck zu verleihen für meine Pflicht erachtet habe. (Lebhafte Zustimmung.)

Es folgen nun die Unterbreitungen des Präsidenten und die Verlesung des Einlaufs, darunter folgendes Telegramm des Nagyvárader griechisch-katholischen Bischofs Dr. Demeter Radu:

„An Se. Exzellenz Herrn Baron Samuel Jósika, Präsidenten des Magnatenhauses. Ich bedaure überaus, daß mir wegen Fernweilens von meiner Residenz die Einladung zur morgigen Sitzung des Magnatenhauses erst heute Abends und zu einer Zeit eingehändigt wurde, da die Kürze der Zeit mein Erscheinen unmöglich macht, um dort unter den obschwebenden und uns aufrichtigen Schmerz bereitenden Umständen im eigenen und im Namen meiner Geistlichkeit und meiner Gläubigen, gemäß unseren aufrichtigen patriotischen Empfindungen, unserer unverbrüchlichen Treue und Anhänglichkeit zum hohen Throne, zum glorreichen Herrscherhause und zur heiligen ungarischen Krone Ausdruck verleihen zu können. Demeter Radu, Nagyvárader griechisch-katholischer Bischof."

Dient zur erfreulichen Kenntniß.

Ministerpräsident Graf Stephan **Tißa:** Hohes Haus! Seit der rumänischen Kriegserklärung eröffnet sich heute zum ersten Male der Regierung eine Gelegenheit, in einem Hause des Reichstags sich äußern zu können. Gestatten Sie daher, daß ich dieses Ereigniß betreffend einige kurze Bemerkungen mache.

Die Kriegserklärung Rumäniens reiht sich würdig dem Verrath Italiens an, ja sie übertrifft, soweit das möglich ist, auch diesen. (Zustimmung.) In der Kriegserklärung offenbart sich derselbe Bruch vertragsmäßiger Pflichten, dieselbe Verwerfung der Treue und der Ehre, derselbe meuchlerische Angriff gegen den treuen Freund, der ein sicheres Pfand der dreißigjährigen Entwicklung war, und dieselbe Verkennung der eigenen Lebensinteressen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Schritt, zu dem sich Rumänien verlocken ließ, ist nicht nur vom Standpunkt der Ehre und Treue, sondern auch vom Standpunkt des eigenen nationalen Interesses widernatürlich. Wundern wir uns also nicht, daß das Dokument, in dem Rumänien die Kriegserklärung der Monarchie mittheilte und in dem es bestrebt war, sie zu rechtfertigen, nur eine eigenthümliche Kette der gewagtesten Behauptungen und der in kühnster Weise hervorgesuchten Vorwände ist.

Hohes Haus! Ich würde sicher überflüssige Arbeit leisten, wenn ich mich mit diesem Dokument eingehend beschäftigen würde. Aber ich bitte, mir zu gestatten, daß ich vor Allem in entschiedenster Weise die Beschuldigung zurückweise, daß die Monarchie während des Balkankrieges von 1912—13 nicht in vollem Maße gegenüber Rumänien das erfüllt hätte, was Rumänien von seinem Freund und Verbündeten erwarten konnte.

Wundern wir uns nicht darüber, daß aus dieser Urkunde die alte Beschuldigung, das alte Schlagwort, das Schlagwort der „unterdrückten rumänischen Brüder", nicht wegblieb. Diesem Schlagwort gegenüber forsche ich nicht danach, wessen Schicksal besser ist, das unserer rumänischen Mitbürger oder das der nichtrumänischen Unterthanen Rumäniens. Ich forsche nicht danach wessen Schicksal besser ist, das unserer rumänischen Mitbürger oder der Rumänen Bessarabiens. Und hätte Rumänien nicht, wenn es zur Befreiung seiner unterdrückten Brüder ausgeht, ein entsprechenderes Gebiet in Bessarabien gefunden als an unseren Grenzen? Ich stelle einfach die Lage des rumänischen Volkes in Ungarn und Rumänien hin und ich wage zu behaupten, daß die Lage des unter dem Schutze der heiligen ungarischen Krone lebenden rumänischen Volkes in jeder Hinsicht — in wirthschaftlicher, kultureller und moralischer Hinsicht weit besser ist als die des rumänischen Volkes. (Zustimmung.)

Hohes Haus! Die Wahrheit gibt sich auch im Verhalten der ungarländischen Rumänen kund. Ich kann nicht nur auf die Thatsachen hinweisen, die sein dem Beginn dieses Krieges ein entsprechendes Zeugniß von der Treue unserer rumänischen Mitbürger ablegten sondern ich kann auch auf die Erfahrungen der letzten paar Tage hinweisen, ich kann auf die Thatsache hinweisen, daß auch Diejenigen, die die Fürsprecher einer rumänischen nationalistischen politischen Tendenz waren daß auch die, die auch in manchen Fragen der inneren Politik in scharfem Gegensatz zu den ungarischen Parteien gestanden sind, mit patriotischer Entrüstung Rumänien als Feind angreifen. Hohes Haus! Während der ganzen Dauer dieses Krieges offenbarte sich die Einheit aller Bürger des ungarischen Staates ohne Unterschied der Nationalität. Diese Einheit erstrahlt im gegenwärtigen Augenblick noch herrlicher. Das Bewußtsein, daß ein neuer Feind den heimischen Boden zertritt, das Bewußtsein, daß ein meuchlerischer Angriff eine der schönsten Perlen der heiligen ungarischen Krone, Siebenbürgen, uns entreißen will, muß die ganze Nation zu einer großen, erbitterten Entschlossenheit vereinigen. (Lebhafter Beifall.)

Hohes Haus! Wir leben im Augenblick der Thaten. Die ganze Nation muß Alles, was den Werth der ungarischen Nation bildet, ihre ganze Vaterlandsliebe, ihre volle Energie, ihren ganzen Heldenmuth, die ganze Summe ihrer avitischen Tugenden zu einer großen That verschmelzen. (Zustimmung.) Dieser meuchlerische Angriff hat schwere Leiden über Hunderttausende unserer Mitbürger gebracht und die Größe dieser Leiden wurde noch durch die vielleicht in der ganzen Geschichte beispiellos dastehende tückische Art erhöht, mit der dieser Angriff durchgeführt wurde. Es kann Niemand geben, der diese Leiden tiefer empfindet, dessen Herz durch diesen Anblick mehr blutet, als ich. Dieses Gefühl empfindet jeder Ungar in gleicher Weise. Unsere leidenden Mitbürger müssen in den gegenwärtigen Augenblicken ihrer Heimsuchung die tröstende, unterstützende Hand der ganzen ungarischen Nation fühlen, und sie müssen vor Allem fühlen, daß die ganze ungarische Nation sich in Bewegung gesetzt hat, um, wenn möglich, noch mit gesteigerterer Entschlossenheit den Kampf aufzunehmen und den Kampf nicht früher aufzugeben, bis sie ihr Heim nicht zurückerworben, bis sie ihr zerstörtes Nest nicht wieder aufgebaut hat. (Lebhafter Beifall.)

Hohes Haus! Die Zahl unserer Feinde hat sich um einen vermehrt. Es wäre ein ebensolcher Fehler, diese Thatsache herabzusetzen wie sie zu überschätzen. Wir rechnen mit dieser Thatsache, wir sehen dem neuen Feind entgegen und wir werden Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten, deren Treue sich in diesen kritischen Tagen noch in strahlenderem Glanz gezeigt hat, wie bisher, der Feinde Herr werden. (Lebhafte Eljenrufe und Applaus.)

Graf Aladár Széchényi:

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich in den gegenwärtigen aufregungsvollen Zeiten

Reichspost 3./IX. 1916

II

30

Ein Wirtschaftsheft gegen den Liberalismus der Wirtschaftsliberalen.

Wirtschaftskönige wie Rockefeller, Vanderbildt, Gould, Field, Hill, Strouß, Hirsch, Cassel, Pereire, Rothschild, Guttmann, Reitzes, Königswarter nicht vorbildliche Kaufmannstüchtigkeit, sondern etwas ganz anderes. Sie formuliert gegen das „freie" morallose Treiben neuzeitlicher Bank- und Börsenherrscher, neuzeitlicher Industrieller und Großhändler Anklagen und Verdammungsurteile, kaum minder hart, als die der Kirchenväter in der alten römischen Welt waren. Schäffle erklärt: „Millionen neuen und alten Vermögens beruhen auf Gewalt, Herrschaftsmißbrauch und neuerlich auch auf großartigem Betrug. Man wird die unbefangene Welt nicht überzeugen, daß die an der Börse gewonnenen Millionen gewisser Cäsaren und Machthaber, Minister und Generale, Bankiers und Jobbers reines Arbeitsprodukt seien." Ruhland brandmarkt die Bewunderung der Liberalen für die arbeitsamste Stadt und den arbeitsamsten Industriebezirk, wo die Menschen Tag und Nacht hasteten und jagten nach Reichtum, wo unter dem schärfsten Konkurrenzkampfe und unter der gefühl- und rücksichtslosesten gegenseitigen Ausbeutung in unersättlicher Geldgier Riesenreichtümer gehäuft würden, wo die Ueberreichen nicht wüßten, was vor Uebermut anfangen, während die Masse der Arbeiter in den Stumpfsinn des Proletariats hinabgerissen werde. „Was kümmert es" — schreibt Neurath mit Abscheu im Hinblick auf Führer des Wirtschaftslebens — „was kümmert es die einzelnen, miteinander konkurrierenden und widereinander kämpfenden Spekulanten, Unternehmer, Gründer, Börsenspieler, wohin ihr Treiben die Produktion führen und was endlich das Los der noch vorhandenen vielen kleinen Besitztümer, was das Los der arbeitenden Klasse werden muß? Ein jeder hofft eben Profit einzusacken und denkt noch vor dem Zusammenbruch sich aus der Schlinge ziehen zu können. So frivoler Art ist die Natur unseres heutigen, den heiligen Namen der Freiheit usurpierenden Wirtschaftssystems, und von daher schreibt sich die immer trauriger sich gestaltende Lage des kleinen Besitzes, von daher die gleichsam vom Wellenschlage des Zufalls beherrschte Situation der von der Lohnarbeit lebenden Volksklassen."

*

Die bedeutendsten Vertreter der neueren Nationalökonomie verlangen im Gegensatz zur liberalen Anschauung: Geschäft und Moral hätten nichts miteinander zu tun, Einordnung des Wirtschaftslebens in den Rahmen der Sittengesetze; sie halten Reform und Gesundheit des Wirtschaftsprozesses nur insoweit für möglich, als diese im Religiös-Sittlichen verankert werde. Die liberale Theorie von der Selbständigkeit, ja Souveränität des Wirtschaftslebens wird verworfen; dieses müsse vielmehr den großen Kulturnotwendigkeiten und Kulturzielen untergeordnet werden. Roscher erklärt, keine wirtschaftliche Reform gelinge ohne sittliche Besserung des Volkes, sittliche Besserung aber sei nicht zu erreichen ohne reine und wahre Religiosität. Jede tiefere Auffassung des Begriffes Nutzen müsse zuletzt immer auf ethische Rücksichten zurückführen. In überkultivierten Zeitaltern pflege sich eine bewußte Ueberschätzung der materiellen Interessen breitzumachen, ein kurzsichtiger Egoismus opfere mit den höheren Lebensgütern seine eigene Zukunft; vor solcher Ueberschätzung sei nur der sicher, der bei seiner Beurteilung der materiellen Interessen immer das lebendige Ganze vor Auge habe, von dem sie nur eine Seite bildeten. Man müsse sich das Urteil Bacons zu eigen machen: der Reichtum verhält sich zur Tugend, wie das Gepäck zu einem Heer. Adolf Wagner behandelt in seinen Hauptwerken die wirtschaftlichen Fragen immer auch als sittliche Fragen, hat durch Beitritt zur Stöckerschen christlichsozialen Partei und durch tatkräftigste Förderung der evangelisch-sozialen Bewegung in Norddeutschland auch praktisch nach außen bekundet, wie sehr ihm die Verankerung des Wirtschaftlichen in Sittengesetz und Religion notwendig erscheine. Gustav Schmoller schreibt gelegentlich, aller Fortschritt in der Naturbeherrschung sei nur dann dauernd von Segen, wenn der Mensch sich selbst beherrsche, wenn die Gesellschaft das Wirtschaftsleben nach den ewigen sittlichen Idealen zu ordnen wisse. In der neueren Zeit seien Fleiß und Arbeitsamkeit außerordentlich gestiegen, aber auch der Erwerbstrieb, die Habsucht, die Genußsucht, die Neigung, den Konkurrenten totzuschlagen, die Frivolität, das zynische, materialistische Leben in den Tag hinein. Es gebe aber auf die Dauer keine höhere Technik, kein gesundes Wirtschaftsleben ohne geistige und moralische Fortschritte, größeres Nachdenken, bessere Selbstbeherrschung. Man müsse neben den technischen Baumeistern den Männern danken, und ihnen folgen, die uns lehrten, den technischen Fortschritt richtig, im sittlichen Geiste, im Gesamtinteresse aller zu nützen.

*

In Konsequenz ihrer sittlich-kulturellen Ueberzeugungen nähern sich die führenden Vertreter der neueren Nationalökonomie hinsichtlich wichtigster volkswirtschaftlicher Begriffe und Gesetze, wie Eigentum, Eigentums-Erwerb, -Verwendung, -Vererbung den christlich-germanischen Anschauungen des Mittelalters. Der Besitz wird ebenso sehr als öffentliche wie als private Angelegenheit hingestellt; dementsprechend werden für das Privateigen und seine Bildung Beschränkungen im Interesse der Allgemeinheit gefordert. Zu viel Reichtum in privater Hand, dem naturgemäß zu viel Armut bei den Massen entspricht, wird verworfen. An Stelle der Verhältnisse mit dem Gegensatz zweier Klassen, „von denen die eine kraft des Besitzes herrscht, die andere infolge ihrer Besitzlosigkeit dienen muß", werden Verhältnisse mit stärkster Begrenzung der Ungleichheiten Zeit prophezeit, wo das Eigentum andere Gestalt trage, als neuerdings, eine Zeit, wo die Gesellschaft das angebliche Recht des Individuums, von den Gütern dieser Welt möglichst viel zusammenzuscharren oder in seiner Hand einen Grundbesitz zu vereinen, auf dem Hunderte und Tausende von selbstständigen Bauern leben könnten, ebensowenig mehr anerkennen werde, als das Recht des altrömischen Vaters über Leben und Tod seiner Kinder; es werde gelingen, eine den Interessen der Gesellschaft mehr entsprechende, d. h. gerechtere Verteilung der Güter dieser Welt herbeizuführen, als sie bewirkt worden sei unter dem Einfluß einer Eigentumstheorie, die Unersättlichkeit, Gefräßigkeit des Egoismus sei. Dieses Ideal, diesen Wunsch Iherings halten die führenden Vertreter der neueren Nationalökonomie für längst reif zur Durchführung.

Im Einzelausbau ihrer Systeme, in den Ausgangspunkten und nächsten praktischen Forderungen weichen wohl die Roscher und Rodbertus, Schäffle und Ruhland, Schmoller und Wagner mannigfach voneinander ab; aber im wesentlichen ihrer Bestrebungen ist vielfache Berührung und Uebereinstimmung, und volle Einigkeit besteht bezüglich des Ziels: Das Wohl der Gesamtheit im Zeichen des Solidarismus. Alle verlangen tausendfältige Bindungen des Individualismus im Interesse des Gesamtwohls.

Da sind die Imperialisten. Ihnen liegt vor allem die politische Größe und Unabhängigkeit des Vaterlandes am Herzen. Wirtschaftlich scheint ihnen diese Unabhängigkeit am meisten verbürgt durch die Autarkie. Daher verlangen sie einen festen, durch Zölle nach außen streng charakterisierten Zusammenschluß von Mutterland und Kolonien, und in deren Innerm eine solche Wahl und und Organisation der einzelnen volkswirtschaftlichen Zweige, daß das Volk alles zu seinem materiellen Dasein Notwendige bestmöglich aus Eigenem zu beschaffen vermöge.

Da sind die Mittelstandspolitiker. Wohl und Selbstständigkeit möglichst vieler Wirtschaftssubjekte ist ihr Ideal. So erstreben sie durch Schutzzölle und Börsenreform, durch Beschränkung der bisherigen liberalen Freiteilbarkeit, Freiveräußerung und Freiverschuldbarkeit der Bauerngüter eine neue Blüte der Landwirtschaft. So suchen sie Erhaltung und Mehrung der kleineren und mittleren Betriebe von Gewerbe Handel und Landwirtschaft durch Verbot unnötiger Großbetriebe, anderseits durch Organisation großer Berufsgenossenschaften mittlerer und kleiner Betriebe für gemeinsame Zwecke der Erzeugung, des Absatzes, der Rohstoffbeschaffung, des Realkredits, der Versicherung. Mittelstandspolitik ist die Losung von Persönlichkeiten wie Schäffle, Ruhland, Herkner. Letzterer erklärt als Historiker, diejenigen Geschichtsperioden wiesen die erfreulichsten Züge auf, in denen ein breiter Mittelstand vorhanden war; es seien die organischen, positiven, aufbauenden in der Geschichte. „Da zeigt sich eine glückliche Vereinigung von Arbeit und Genuß, von Rechten und Pflichten, ein offener Blick für ge-

Pester Lloyd Abendbl 5/IX. 1916 I 31

2.80 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 18 K, halbj. 9 K, viertelj. 4.50 K, monatlich 1.50 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 44 K, halbj. 22 K, viertelj. 11 K, monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 36 K, halbj. 18 K, viertelj. 9, monatlich 3.40 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 28 K, halbj. 14 K, viertelj. 7 K, monatl. 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 48 K, halbj. 24 K, viertelj. 12 K, monatlich 4.40 K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 18 K, für alle übrigen Staaten 21 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

„Pester Lloyd" und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, G. Eckstein, Györi & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Henyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd" für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den „Pester Lloyd".

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 12 Heller. Abendblatt in Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

63. Jahrgang. Budapest, Dienstag, 5. September 1916 Nr. 247

Kriegstagung des Reichstages.

Budapest, 5. September.

Das Abgeordnetenhaus hatte heute seinen großen Tag. Es trat zusammen, um die noch unerledigten Teile seines Arbeitspensums zu verabschieden, aber alle Welt wußte, daß dieser meritorischen Arbeit noch bedeutsame Kundgebungen über die durch die rumänische Kriegserklärung geschaffene Lage vorangehen würden.

In unserem Morgenblatt haben wir an leitender Stelle bereits angedeutet, daß zwischen Regierung und Opposition eine Verständigung über Geist, Maß und Technik dieser Erörterungen angebahnt ist. Freilich ist unter Opposition nicht die Gesamtheit der ungarischen Minderheitsparteien zu verstehen. Die unter der Führung des Grafen Apponyi stehende Unabhängigkeitspartei sowie die Verfassungspartei, an deren Spitze Graf Julius Andrássy steht und die katholische Volkspartei haben sich der patriotischen Einsicht, die dabei walten muß, zugänglich erwiesen, doch trennte sich von ihnen scharf die Gruppe des Grafen Michael Károlyi, indem sie erklärte, auf keinerlei Vereinbarungen einzugehen und sich die freie Hand in bezug auf die parlamentarische Taktik vorbehalten zu müssen.

Von dieser freien Hand hat denn auch die Károlyigruppe heute einen ebenso ausgiebigen wie unrühmlichen Gebrauch gemacht. Von dem Augenblick an, da der Ministerpräsident Graf Stefan Tißa den Sitzungssaal betrat, bis tief hinein in die Sitzung versuchte sie den würdigen und ruhigen Gang der Verhandlungen durch Zwischenrufe, kleine Spektakelszenen und sonstiges Zubehör einer auf Tumult hinarbeitenden Mache zu stören. Der Versuch mißlang. Die übrigen oppositionellen Parteien ließen sich nicht mitreißen. Die Károlyigruppe blieb isoliert. Graf Stefan Tißa, der sofort nach der Eröffnung der Sitzung das Wort ergriff, um Rumäniens tückischen Verrat mit flammenden Worten zu geißeln, hielt mitten in dem von der Károlyifraktion entfesselten Hagel von Zwischenrufen stand und behauptete durch seine imponierende Ruhe das Feld. Immer kleinlauter wurden die Spektakelmacher, immer geringer wurde die Resonanz, die sie anfänglich zu erregen getrachtet, und zum Schluß sahen die zehn bis zwölf Ruhestörer ein, daß ihr Anschlag an der Entschlossenheit des ganzen ungarischen Parlaments gescheitert sei, die Würde und das Ansehen unserer Volksvertretung in dieser, die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte gebietenden Zeit unversehrt zu erhalten.

Eine Art von Schamgefühl mußte über die Urheber der mißglückten Spektakelmache kommen, als nach dem Ministerpräsidenten der Abgeordnete Pop-Csicsó im Namen der rumänischen Nationalitätspartei das Wort ergriff, um in einer, vom ganzen Hause mit brausendem Beifall aufgenommenen Kundgebung die unerschütterliche Vaterlandsliebe seiner Volksgenossen, ihre Treue zum ungarischen Vaterlande und zum apostolischen König in klaren und festen Worten zu betonen.

Ueber den Verlauf der Sitzung berichten wir im folgenden:

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Das Abgeordnetenhaus bot heute ein Bild gespannter Erwartung. Lange vor 10 Uhr waren die Wandelgänge bereits von Gruppen besetzt, die angeregt die Situation erörterten. Die Tribünen waren gedrängt voll. Erst um 11¼ Uhr eröffnete Präsident Paul v. Beöthy die Sitzung. In dem Moment, in dem Ministerpräsident Graf Stefan Tißa den Saal betrat, begrüßte ihn die Mehrheit mit stürmischen, brausenden Eljenrufen. Die Károlyigruppe erhob sich, indem sie den Ruf „Abdanken!" in den Saal schrie. Graf Michael Károlyi, Julius Justh, Ludwig Holló und Graf Theodor Batthyány führen bei dieser Demonstration, die sich plötzlich legt, sobald der Präsident dem Abgeordneten Julius Sághy einen Nachruf widmet. Dann kann Präsident Paul v. Beöthy den Präsidialbericht beenden.

Vor der Tagesordnung ergreift Ministerpräsident Graf Stefan Tißa das Wort. Mehr komische als ernste Zwischenrufe des Abgeordneten Julius Justh und einiger Mitglieder der Károlyifraktion versuchen den Anfang seiner Rede zu stören. Graf Stefan Tißa spricht ruhig, tiefen Ernst in Wort, Geste und Form bekundend, fort. Er spricht von den Pflichten, die Recht und Sitte von den Staaten vor einer Kriegserklärung fordern. Gellend fallen neue Zwischenrufe auf der Seite der Károlyigruppe, sie wollen das Gefüge der Rede zerreißen und setzen Lärm an die Stelle geschlossener Gedanken. Graf Stefan Tißa schweigt einen Augenblick. Dann ruft er laut, den Lärm übertönend, daß er auf die Wirkung aufmerksam machen müsse, die solche Szenen im Ausland üben. Wildes Geschrei derer um Károlyi antwortet auf diesen Appell. Mit verschränkten Armen, hoch aufgerichtet steht Graf Tißa, die Zwischenrufer scharf anblickend, und meistert durch solche Haltung den auf künstliche Mache hinweisenden Sturm. Dann werden seine Worte klar verständlich: Er trage die Verantwortung für alles; er hege den Wunsch — so führt er aus —, soweit das Staatsinteresse es gestattet, alle Erklärungen abzugeben. Er verweist darauf, daß Rumänien militärisch noch nicht ganz fertig war. Tatsächlich haben die verbündeten Heeresleitungen, mit einem rumänischen Angriff rechnend, die Vorkehrungen getroffen. Eilig wird alles Nötige verfügt, und diese Verfügungen werden ihre Früchte tragen. Unter stürmischem Applaus ruft der Ministerpräsident, daß Rumänien seinem Schicksal nicht entgehen werde. In herrlicher Heldenmütigkeit kämpfen unsere Truppen, um den Feind niederzuwerfen. Im Vertrauen auf sie und auf unsere Verbündeten bauen wir auf den Sieg.

Brausender, minutenlang hallender Applaus folgt den Worten des Ministerpräsidenten.

Dann ergreift Abgeordneter Stefan Cs.-Pop das Wort. Im Namen der rumänischen Nationalitätenpartei sprach er ein vernichtendes Urteil über die russophile Politik Rumäniens, gab er der Treue Ausdruck, mit der die ungarländischen Rumänen für das ungarische Vaterland und für den König kämpfen wollen und streiten werden. Das Haus nahm die patriotische Kundgebung des rumänischen Führers mit herzlichem Beifall auf.

Es folgte eine Rede des Grafen Albert Apponyi. Er dankte dem Abgeordneten Cs.-Pop für die Gefühle der Treue, die dessen Rede bekundete. Die ungarische Nation ist jedem Feind entgegengetreten, sie wird mit vervielfachter Tapferkeit gegen Rumänien kämpfen, das die Integrität unseres Landes unmittelbar bedroht. Die Zeit der Austragung von Parteidifferenzen ist das nicht, es muß heute alles der Aufgabe weichen, der großen Aufgabe, den Sieg zu erringen. Dennoch müsse in diesen Grenzen die Kritik tätig werden, denn das Fortführen der Diktatur durch ihre heutigen Faktoren sei nach den letzten Ereignissen unmöglich. Die Erklärungen, die die Regierung bietet, seien historische Tatsachen, doch keine Entschuldigungen. Wenn die Notwendigkeit einer Evakuierung gegeben war, hätte man zum Schutze der Bevölkerung alles rechtzeitig unternehmen müssen. Heute ist der Sieg die Pflicht. Möge die Regierung die Kräfte des ungarischen Staates voll betätigen und der Sieg wird nicht ausbleiben.

Das Haus bekundete durch lauten Beifall seinen Willen zum unentwegten Kampf.

Dann sprach Graf Julius Andrássy. Er brandmarkte die Perfidie des rumänischen Feindes und geißelte die Verlogenheit der rumänischen Kriegserklärung. Die Bedeutung des Kampfes zwingt zur Ausschließung aller Fehler, aller Fehlermöglichkeiten. Hier fordere die Hintergehung unserer Monarchie durch Rumänien zur Kritik heraus. Wenn diese Hintergehung möglich wurde, weil wir auf die Unfertigkeit der rumänischen Armee bauten, so sei hier starker Leichtsinn wirksam gewesen. Dann bemängelte Graf Julius Andrássy den Optimismus, mit dem Baron Burián trotz aller Gefahren die Situation betrachtet habe. Der Leiter unserer auswärtigen Politik habe es an der notwendigen Voraussicht fehlen lassen. Diese Umstände erschüttern das Vertrauen zur Regierung. Im Vertrauen auf den Sieg forderte Graf Andrássy das Land auf, alle Kräfte zur Abwehr des räuberischen Ueberfalles einzusetzen.

Graf Michael Károlyi brachte wieder größere Bewegung in die Szene. Akkompagniert von den Zwischenrufen seiner engeren Parteigenossen, bemängelte er die Art der diplomatischen Geschäftsführung in der rumänischen Frage und die schädigenden Vorgänge bei der Evakuierung der Grenzgebiete.

Abgeordneter Stefan Rakovßky verwies auf die Warnungen, die er in der Vergangenheit an die Regierung richtete und er beklagte die mangelhafte Vorbereitung der Evakuierung. In schärfster Weise wandte sich Abg. Stefan Rakovßky gegen den spielenden Ton, dessen sich der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes bediente, als er die Verluste siebenbürgischen Gebietes ankündete. Es könne nur ein einheitliches Land die Kraft zum Erfolge aufbringen. Diesem Ziele müßte der Ministerpräsident alles opfern, wenn es sein muß, auch die eigene Person.

Es sei notwendig, daß der Ministerpräsident gehörige Energie aufbringe auch gegenüber der Militärbehörde und gegenüber dem Minister des Aeußern, der so unfähig sei, daß ihm nicht einmal eine Kriegserklärung ausgehändigt werden konnte. Seine Rede klang aus in dem Wort: Abdanken.

Wieder erhob sich Ministerpräsident Graf Stefan Tißa. Mit erhobener Stimme protestierte der Ministerpräsident gegen die Auffassung, daß das Land an den Rand des Abgrundes gebracht wäre. Entschieden richtete er an die Opposition wieder die Aufforderung, sie möge bedenken, welchen Schaden sie anrichtet. Die Volkspartei wirft eine Flut von Zwischenrufen gegen den Ministerpräsidenten, Szmrecsányi und Zboray schlagen dröhnend auf die Tischbank und die Károlyigruppe wird in den kleinen Sturm leicht hineingerissen. Der Ministerpräsident verweist darauf, daß Ostpreußen und Galizien auch Kriegsgebiet waren und evakuiert werden mußten. Mit Bedauern betont der Ministerpräsident die schädliche Unzulässigkeit der oppositionellen Sturmentfaltung. Höhnische Gesten des Grafen Aladár Zichy und Stefan Rakovßkys antworten. Graf Stefan Tißa konstatiert, daß die fliehende Bewohnerschaft das Vieh mitnehmen konnte. Die Károlyigruppe bestreitet das in lauten Zurufen. Es vergehen Minuten. Der Ministerpräsident schweigt. Dann fährt er ruhig fort. Die Herren klagen an und machen dann die Berichtigung unmöglich. Die Bilder der dunkelsten Zeiten der ungarischen Geschichte tauchen empor. Dröhnend hallt der Ruf des Ministerpräsidenten in den Saal: Nichts wird die Regierung hindern, fortzuschreiten auf dem Wege der Erfüllung ihrer Pflicht. Die Bewohnerschaft Siebenbürgens konnte zur Flucht nicht aufgefordert werden, solange die Haltung Rumäniens unbestimmt war. Die Unterbrechung der Landarbeit wäre schädlich gewesen. Eine auf einmal erfolgende Abtransportierung des sich ergießenden Flüchtlingsstromes war unmöglich. Die übermäßige Ausbreitung der Flucht hat zu diesen Mißständen geführt, die aus den physischen Unmöglichkeiten rusultierten. Die Flucht ist noch heute zu mildern und es wird diesbezüglich, wenn man auf das Publikum beruhigend wirkt, vieles geheilt, gebessert werden.

Wieder höhnt die Linke; Präsident Paul v. Beöthy richtet eindringliche Warnungen an das Haus, in denen er den großen Ernst der Stunde ernst betont. Der Lärm legt sich und der Ministerpräsident spricht weiter. Er spricht von den treubrüchigen Zusicherungen des Königs von Rumänien. Unter andauernden Zwischenrufen verteidigt der Ministerpräsident den Gesandten Grafen Czernin gegen die oppositionellen Angriffe. Er verweist auf den Erfolg, den unsere Diplomatie in dem Anschluß Bulgariens aufzuweisen hat, eine Tatsache, die ihre Wirkungen auf die ganze Situation übt. Das Bündnis ist vom Anfang an geschlossen, fest verschmolzen in Harmonie, ohne in die Erörterung diplomatischer Fragen einzutreten.

Es ist natürlich, daß die Herzen der Flüchtenden mit der Bitternis der schweren Stunden belastet sind, doch diese Bitterkeit, dieser Schmerz darf sich nicht und soll sich nicht in einer Weise kundgeben, die Gebiete berührt, wo die Erbitterung schädlich wirken müßte. Laut und entschieden muß dagegen protestiert werden, wenn irgendwie die Auffassung bekundet werden könnte, daß Siebenbürgen hier oder dort nicht gehörig geschätzt und als ungeschätztes Landstück hingeworfen werden könnte. Mit einem innigen Appell an das Haus, den kostbaren Schatz Siebenbürgen zu wahren, in dem die Kraftentfaltung des ungarischen Staates gestärkt und gestützt werde, schloß der Ministerpräsident, der nochmals die Bereitwilligkeit betonte, die Verantwortlichkeiten zu tragen, seine Rede. Jubelnder, hoffnungsfroher Beifall des Hauses, der minutenlang im Saale empordröhnte, bildete den Schluß der Vormittagssitzung.

Der Präsident unterbrach hierauf die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses nach 11 Uhr vormittags.

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Alfred Pál, Zoltán Vermes.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Baron Hazai, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident widmet zunächst dem Andenken des verstorbenen Abgeordneten Julius Sághy einen warmen Nachruf und beantragt, es protokollarisch zu verewigen.

Julius Justh: Tißa soll abdanken!

Wilhelm Sümegi: Die Széller sind landflüchtig! Obdachlos!

Präsident verliest den Einlauf und meldet, daß die vom Magnatenhause am Samstag erledigten Gesetzentwürfe allerhöchster Sanktion unterbreitet werden. Sodann erhebt sich der Ministerpräsident.

Rufe äußerstlinks: Abdanken!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Geehrtes Haus! Ich erfülle eine Pflicht . . .

Abgeordneter Julius Justh: Danken Sie ab! (Großer Lärm links. Hört, hört! rechts.)

Präsident (läutet): Ich bitte um Ruhe! Den Herrn Abgeordneten Julius Justh ersuche ich, still zu bleiben. Der Herr Ministerpräsident wünscht sich zu äußern. (Anhaltender großer Lärm auf der äußersten Linken. Hört, hört! rechts.)

Graf Albert Apponyi:

Das ganze Haus nahm mit ungeteilter Genugtuung und Sympathien die soeben verklungenen Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Cs.-Pop entgegen, nicht als ob wir einer solchen Erklärung bedurft hätten, allein, wie der Herr Abgeordnete es schon richtig ausgeführt hat, es sind durch diese Worte die außerhalb der Grenzen unseres Landes mala fide verbreiteten Nachrichten und die darauf gesetzten Hoffnungen und Luftschlösser zerstört worden. Ich spreche daher für diese Worte dem Herrn Abgeordneten meinen Dank aus. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die vom Herrn Ministerpräsidenten mitgeteilte rumänische Kriegserklärung, diese neue Phase des Weltkrieges, betrifft, so ist die Erfüllung meiner Pflicht nicht so einfach, wie ich sie bisher gehalten gabe. Es gestattet keinen Zweifel, daß die ganze ungarische Nation gegenüber jedem Feind, der an die Integrität unseres Vaterlandes rührt oder gegen den uns die durch uns in der Pragmatischen Sanktion übernommene Pflicht der gegenseitigen Verteidigung zu den Waffen ruft, mit voller Kraft ihre Pflicht erfüllend wird und erfüllen muß. Gibt es aber einen Angriff, der die Selbstverteidigungsenergie der ungarischen Nation bis zum Aeußersten steigert, der es uns zur doppelten Pflicht und zum größten Herzensbedürfnis macht, alle unsere Kräfte zu sammeln, um diesen Angriff zurückzuweisen, so ist es sicherlich der Angriff Rumäniens. Ich sah auch bisher die Integrität unseres Vaterlandes als angegriffen an. Aber jetzt ist dies in voller Klarheit durch die Brutalität des neuen Feindes, durch diesen verräterischen Meuchelangriff zutage getreten. Niemand zweifelt daran, daß alle politischen Faktoren Ungarns es für ihre Pflicht halten, dem zuzustimmen, daß jetzt für den Selbstverteidigungskampf in des Wortes engstem Sinn sämtliche Energien der Nation bis zur äußersten Grenze angespannt werden. (Lebhafte Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.)

Hier indes bleibt meine Pflicht stehen. Als Staatsbürger können wir zwar die Erfüllung unserer Pflichten nicht an Bedingungen knüpfen, allein als Gesetzgeber ist es unsere Pflicht, nicht nur diese Energien zu sammeln, sondern unseren ganzen Einfluß und unsere volle Kraft darauf zu konzentrieren, daß für den Erfolg unserer Anstrengungen die persönlichen und sachlichen Garantien gegeben sein sollen. (Zustimmung links.) Diese Pflicht können wir nicht erfüllen, wenn wir zum Stillschweigen, zum Unterlassen der berechtigten Kritik verdammt sind. Wir haben lange stillgeschwiegen. Vielfach wurde dies beanstandet, allein ich wußte, warum ich es tat. Ich tat es deshalb, weil damals eben so wie auch heute mein Vorgehen keine andere Richtschnur hat, als alle notwendigen Vorbedingungen für den Selbstverteidigungskampf unseres Vaterlandes, alle Vorbedingungen zum Siege und zum Frieden meinerseits mit allen Kräften zu fördern. Jeden anderen Gesichtspunkt habe ich a limine ausgeschlossen. Die großen Gegensätze, die uns von der Mehrheit getrennt haben und auch jetzt noch trennen, haben nicht aufgehört, sie ruhen nur. Auch dafür wird die Zeit noch kommen. Heute leitet mich ausschließlich der Gesichtspunkt, ob diejenigen, die uns leiten, zur Lösung der großen Aufgaben, zur siegreichen Führung und Beendigung dieses Krieges befähigt sind. (Lebhafter Beifall links und auf der äußersten Linken.) Das unbedingte Vertrauen, daß die Leitung der Staatsgeschäfte ohne jede Kontrolle, ohne jede Kritik, sozusagen auf diktatorischem Wege erfolgen soll, halte ich nach den erfolgten Fehlern für unmöglich. (Lebhafte Zustimmung links.) Sowie ich bisher die Enthaltsamkeit für meine Pflicht hielt, ebenso ist es jetzt meine Pflicht, den Anlaß zu suchen, gegen die Leiter unserer Angelegenheiten — natürlich unter voller Wahrung des Gesichtspunktes, daß die Interessen der Nation dabei nicht gefährdet werden — die Waffen der ernstesten Kritik zur Anwendung zu bringen und womöglich einen Wechsel in dieser Leitung zu erzielen. (Zustimmung links.)

Ich habe Ursache anzunehmen, daß uns zu der Ausübung dieser Kritik Gelegenheit geboten sein wird, und deshalb will ich mich in dieser meiner Rede vor der Tagesordnung nicht auf die Details einlassen. Doch kann ich bei diesem ersten Anlaß nicht verschweigen den Mangel an Voraussicht, den die Regierung bei den Antezedenzien des rumänischen Krieges und in den ersten Stunden des Einbruchs gezeigt hat. Daß die politischen Faktoren Rumäniens mit großer Perfidie ihre Absichten zu verhüllen wußten, daß sie auf bei zivilisierten Nationen ungewohnten diplomatischen Wegen wandelten, daß sie unsere diplomatischen Vertretungen irreführen konnten, daß ihr Einbruch unerwartet kam, das ist alles möglich, das ist de facto eine historische Tatsache, allein es kann nicht als Entschuldigung dienen. (Lebhafter Beifall links und äußerstlinks.) Es kann nicht als Entschuldigung dienen für diejenigen, deren Pflicht es ist, solche Verwicklungen vorauszusehen, deren Beruf es ist, zu vereiteln, daß wir vor solche Ueberraschungen gestellt werden. Der Herr Ministerpräsident hat heute erklärt, daß zur Vereitelung, für die Unschädlichmachung oder Einschränkung des rumänischen Einbruchs alle Maßnahmen getroffen worden sind in der Voraussetzung, daß dieser Einbruch zu einer späteren Zeit erfolgen wird. Unter diesen Verfügungen soll auch der Gedanke figuriert haben, daß unsere Grenzpässe nicht geschützt werden, sondern daß eine andere starke Verteidigungslinie gewählt werden soll. Ich will mich in die Erörterung der Frage nicht einlassen, ob dies aus strategischen Gesichtspunkten notwendig, richtig und unvermeidlich gewesen sei, jedenfalls kann nur für den Fall der Unvermeidlichkeit diese Verfügung entschuldigt werden. Allein ich kann feststellen, daß wenn im vorhinein beschlossen war, gewisse Grenzteile Siebenbürgens dem Feinde zu überlassen, es die unerläßliche Pflicht der maßgebenden Faktoren gewesen wäre, gerade gegenüber diesem Feind und gerade für diesen Teil Siebenbürgens alle Verfügungen zu treffen, damit die Bevölkerung und die auch vom strategischen Gesichtspunkt wichtigen großen wirtschaftlichen Werte zu einer entsprechenden Zeit in Sicherheit gebracht, ohne Hasten und ohne die Kopflosigkeit, die infolge des überraschenden Angriffes tatsächlich zum Vorscheine gekommen ist. Das ist eine unverzeihliche Unterlassung. (Lebhafter Beifall links.)

Ich behalte mir vor, bei einem anderen Anlaß auf dieses Thema ausführlich zurückzukommen. Jetzt wollen wir die Gesamtheit der nationalen Energien zusammenraffen, um diesen neuen Meuchelangriff zurückzuweisen und den heiligen Boden unseres Vaterlandes — leider muß ich so sprechen — zurückzuerobern. Allein abgesehen von den Regierungsgarantien, die wir fordern, gebe ich Ihnen den Rat: Greifen sie in die Reserven unserer Nation hinein! Machen Sie jeder ungerechtfertigten Enthebung ein Ende! (Lebhafte Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.) Mögen Sie nicht durch junge Kräfte daheim eine Arbeit verrichten lassen, die auch durch ältere besorgt werden können. Mein verewigter Freund Julius Sághy hat auf seinem Totenbette trotz seiner zweiundsiebzig Jahre erklärt, er werde, sobald er wieder genesen sei, sich zum Dienst melden. „Auf den Kriegsschauplatz kann ich nicht gehen, allein hier zu Hause kann ich manche Arbeit besorgen." Wie ich höre, haben oben in Galizien die preußischen Offiziere keine Offiziersdiener. Man duldet dort nicht, daß gesunde, junge Leute zum Schuhputzen verwendet werden. Wir müssen jenen Privileg ein Ende machen. Wir müssen fest in die Reserven der Nation hineingreifen. Das Gleiche müssen wir auch für Oesterreich fordern. Es müssen alle Garantien geschaffen werden, die zu einem sursum corda notwendig sind. Dann wird das eintreten, das unter alleen Umständen eintreten muß: daß die ungarische Nation Wunder schaffen wird. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Graf Julius Andrássy:

Es hat den Anschein, daß es die Aufgabe Rumäniens war, nachträglich die Reputation Italiens herzustellen, darzutun, daß die Rumänen an Niederkracht nicht nur die Italiener, sondern alles bisher Dagewesene übertreffen. Italien kündigte wenigstens zuerst den Dreibund. Auch Rumänien hatte ein Bündnis mit uns. Es erachtete es aber nicht für notwendig, den Bündnisvertrag zu kündigen, sondern im Gegenteil, es tat bis zum letzten Augenblick so, als ob dieses Bündnis zu Recht bestünde. Italien stellte verschiedene Forderungen. Vielleicht hätten wir durch die Befriedigung dieser Forderungen den Krieg vermeiden können. Rumänien enthielt sich dessen, irgendwelche Forderungen an uns zu stellen. Der Ministerpräsident, der die Akten kennt, erklärt, daß keine Verhandlungen vorausgegangen sind, daß uns demnach Rumänien meuchlings angriff und unseren Kampf auszunützen suchte, seine eigenen tückischen Eroberungsgelüste zu befriedigen. Rumänien spricht von einer Verwirklichung des Nationalitätenprinzips. Das ist eine Unwahrheit. Die Gelüste Rumäniens richten sich auf die von Széklern und Sachsen bewohnten Gebiete. Sind das vielleicht Rumänen? Im übrigen hat Rumänien das Recht verloren, sich auf dieses Prinzip zu berufen, denn es hat erst jüngst unter ähnlichen Umständen wie uns, Bulgarien angegriffen, um bulgarisches Gebiet von Bulgarien zu rauben und die dort wohnende bulgarische Bevölkerung zu Rumänen zu machen. Daß Rumänien nicht berechtigt war, das Nationalitätenprinzip anzurufen, hat auch die heutige Rede des Abgeordneten Pop bewiesen, der sich auf das entschiedenste gegen eine derartige Unterstellung verwahrt und zugleich erklärt hat, daß unsere rumänischen Mitbürger bereit sind, ihr Gut und Blut fürs ungarische Vaterland und für die Dynastie zu opfern. Die Anrufung des Nationalitätenprinzips ist demnach eine leere Phrase, hinter der nichts anderes steckt, als der niederträchtige Versuch, unsere schwere Lage zum Raub auszunützen. (Lebhafte Zustimmung.) Unter solchen Verhältnissen müssen wir alle unsere Kräfte anspannen, den tückischen Angriff zurückzuweisen, nicht nur zurückzuweisen, sondern auch blutig zu ahnden und solange nicht zu ruhen, bis wir uns nicht gerächt haben, bis wir diesem unseren Nachbar nicht für immer die Lust nehmen, die schwere Lage seiner Nachbarn zu Räubereien auszunützen. (Lebhafter Beifall und Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.)

Unter solchen Verhältnissen ist es meine innigste Sehnsucht, daß hier die ganze Nation wie ein Mann im gegenseitigen Vertrauen sich einigt und keinen anderen Gedanken haben soll, als den gemeinsamen Feind zu bestrafen. Die Interessen der Nation würden dies erheischen, allein unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde ich es nicht für eine Befriedigung meiner patriotischen Pflicht erachten, wenn wir uns nur darauf beschränkten, die Nation zum Kampf anzuspornen, damit jeder bereit sei, jede Regierung bis zum äußersten zu unterstützen und jeder Regierung alle Kriegsnotwendigkeiten zu bewilligen, als ob wir vollständig zufrieden mit dieser Regierung wären. Wir haben auch andere Pflichten. Ebenso ernste und ebenso große Pflichten. Bei einem Kampf auf Leben und Tod kann jeder Fehler verhängnisvoll werden. Wenn wir Bedenken gegen die Fähigkeit der Regierung hegen, so ist es unsere patriotische Pflicht, diese unsere Bedenken zum Ausdruck zu bringen, ist es unsere patriotische Pflicht, anzustreben, daß diejenigen Männer, die sich als unfähig erwiesen haben, die heiligsten Interessen der Nation zu wahren, beseitigt werden. (Lebhafte Zustimmung links und äußerstlinks.) Sicherlich ist das auch mit Nachteilen verbunden. Allein wie oft muß man im Leben das kleinere Uebel wählen. Unser einziges Ziel ist nur die Erringung unseres endgültigen Sieges. Für dieses Ziel müssen wir die Mittel opfern. Dieser Kampf wird innerhalb der vom Patriotismus gebotenen Grenzen bleiben, allein dieser Kampf ist gerechtfertigt, weil wir es sichern wollen, daß die Führung eine bessere sein soll. Ich will mich jetzt nicht ausführlich mit den zahlreichen Fehlern beschäftigen, die die Regierung namentlich hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten begangen hat. Später wird die Zeit hiefür kommen. Ich werde beweisen, daß von der italienischen Frage an bis jetzt eine Reihe vieler schwerer Fehler begangen worden ist, die mit der gegenwärtigen Krise in Verbindung stehen.

Ich beschränke mich jetzt nur auf eine kurze Erörterung der rumänischen Frage. Daß wir uns hinters Licht führen und übertrumpfen ließen, wie der Ministerpräsident erklärt hat, mag ja vorkommen. Ich kenne die Lage nicht entsprechend genau, um feststellen zu können, ob unsere Diplomaten und der Minister des Aeußern das Recht hatten, mit solcher Beruhigung die gegenwärtige Lage zu beurteilen, denn ich muß konstatieren, daß seit zwei Jahren alle Faktoren mit der größten Besorgnis die Möglichkeit in Kombination zogen, daß Rumänien uns angreifen werde. Ich gebe zu, daß ein Irrtum darüber herrschen konnte, zu welchem Zeitpunkte dieser Angriff erfolgen wird. In der Regel pflegt man es dem Feind nicht zu sagen, wann man losschlagen will, und in der Regel ist man bestrebt, seine wahren Absichten zu verhüllen. Allein die Aufgabe der Diplomaten ist es ja gerade, trotz der falschen Einstellungen die Wahrheit festzustellen. Das an und für sich würde nicht die vollständige Unfähigkeit verraten. Allein wenn alles auf eine Karte gesetzt wird, wenn man einfach ausrechnet, Rumänien könne erst in so und so viel Wochen fertig werden, infolgedessen kann es uns jetzt nicht angreifen, so verrät dies eine furchtbare Leichtfertigkeit. In der Kenntnis der rumänischen Lage und der Gefahr, die von dort aus drohte, mußte man mit einer Ueberraschung rechnen, namentlich nach den Ereignissen der letzten Woche. Bratianu soll ja mit einer gewissen zynischen Offenheit unserem Gesandten gesagt haben, er werde, sobald unsere militärische Lage sich verschlimmert, die öffentliche Meinung nicht zurückhalten können und gezwungen sein, uns anzugreifen. Minister des Aeußern Burián nahm dies in seiner gewohnten und optimistischen Auffassung am allerwenigsten ernst und meinte stets, es sei nicht wahrscheinlich, daß Rumänien uns jetzt angreifen werde.

Allein wir wollen jetzt davon absehen. Warum war man nicht bestrebt, Maßnahmen zu treffen, die uns auch gegen Ueberraschungen einen gewissen Schutz geboten hätten? Man lebte einfach in der falschen Illusion, daß Rumänien uns erst angreifen werde, wenn die Mobilisierung beendet sein werde. Diesen Fehler haben nur wir bei Beginn des Krieges begangen. Die öffentliche Meinung wartete am Tage der Kriegserklärung an Serbien auf einen sofortigen Angriff auf Belgrad. Die Deutschen haben unmittelbar nach erfolgter Kriegserklärung, ohne Beendigung der Mobilisierung, die belgische Grenze überschritten. Japan hat ohne Kriegserklärung Rußland angegriffen. Bei den gespannten Verhältnissen, die in Rumänien herrschten, bei der Agitation, die dort seit langer Zeit betrieben wurde, beim Anblick der Rubel, die seit Jahren dort rollen, hätte jeder Voraussichtige mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß wir einem rumänischen Angriff gegenüberstehen, und hätten alle strategischen und administrativen Vorbereitungen unverzüglich getroffen werden müssen. Ich sehe keine Spur dafür, daß irgendwelche Vorbereitungen geschehen sind, die einem unerwarteten rumänischen Angriff gegenüber unsere Grenzen geschützt hätten. Der Krieg ist kein Duell, wo der Zeitpunkt für den Zusammenstoß der Gegner auf die Stunde festgestellt wird. Wenn die Integrität unseres Landes gefährdet ist, hätte man gewisse präventive Maßregeln ergreifen müssen, so daß wir einem Angriff gegenüber, der seit langer Zeit als wahrscheinlich galt, nicht vollständig ungerüstet gegenüberstehen. (Lebhafter Beifall links.) Der Herr Ministerpräsident meint, daß auch die übrigen Diplomaten getäuscht worden sind. Das ist möglich. Allein haben die Rumänen die deutsche Grenze überschritten? (Lebhafter Beifall und Applaus links.) Ich bin überzeugt, die Rumänen hätten, wenn sie die bulgarische Grenze überschritten hätten, eine blutige Lektion davongetragen. Darin liegt mein Vorwurf. Jedenfalls wäre unsere Diplomatie eine vollkommenere gewesen, wenn sie im vorhinein gewußt hätte, daß jetzt der Angriff kommen wird. Allein ich bin nicht so ungerecht, dies unbedingt zu fordern. Allein ich kann fordern, daß man, wenn die Gefahr so imminent ist, mit allen Möglichkeiten rechnet. Deshalb wurde das Vertrauen, das ohnehin im Wanken war, der Leitung unserer Angelegenheiten gegenüber vollständig erschüttert. (Lebhafter Beifall links.)

Deshalb hat die Verfassungspartei beschlossen, für den Kampf der Nation alle ihre moralische Kraft zur Verfügung zu stellen. Die Lage ist ernst, allein absolut nicht kritisch. Ich vertraue auf den Erfolg, nicht nur deshalb, weil meine Natur unter solchen Verhältnissen ein Zagen nicht kennt, sondern ich vertraue auch auf die Zahlen. Die Sache steht nämlich nicht so, daß wir einen neuen Feind mehr haben, so daß eine neue, kräftige Armee gegen uns kommen wird. Man darf nicht vergessen, daß gerade wegen Rumänien die bulgarische und die türkische Armee bisher gebunden waren. Diese Kräfte werden jetzt frei und werden teilnehmen an dem großen Kampf, so daß mit der Zunahme des Feindes auch unsere Kraft gewachsen ist. Ich vertraue auf unsere Kraft, ich vertraue auf den endgültigen Erfolg, doch müssen wir zugleich eine neue Führung sichern. (Lebhafter Beifall und Applaus links.)

Abgeordneter Graf Michael Károlyi

beruft sich auf die alte Kriegsregel, laut deren ein Feldherr, der infolge sträflichen Leichtsinns geschlagen wird, vor das Kriegsgericht gestellt werden muß. Ein solch geschlagener Feldherr sei der Ministerpräsident, der für die siebenbürgische Katastrophe unmittelbar und mittelbar die Verantwortung zu tragen habe. Unmittelbar in der Hinsicht, daß er ja auch für die Ungarn berührende auswärtige Politik der Monarchie verantwortlich sei; mittelbar, weil Siebenbürgen ungeschützt geblieben ist. Die mittelbare Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten erhöhe sich noch dadurch, daß er der Ernennung des Grafen Czernin zum Gesandten der Monarchie in Bukarest zugestimmt habe, wiewohl die Opposition sehr heftig dagegen war. Auf die inneren Motive, aus denen die Opposition die Ernennung des Grafen Czernin für gefährlich hielt und die der Ministerpräsident in Wien dennoch in einem so wünschenswerten Lichte hatte erscheinen lassen, wolle sich Redner jetzt nicht des näheren einlassen. Den Fall des Grafen Berchtold und die Ernennung des Barons Burián ist ein Werk des ungarischen Ministerpräsidenten. Sowohl der Abgang des alten wie der Amtsantritt des neuen Ministers des Auswärtigen sind Fehler, für die der Ministerpräsident im besonderen verantwortlich sei.

In seiner Rede, die er heute vor der Tagesordnung hier gehalten hat, sagt der Ministerpräsident, es sei nicht zu verwundern, wenn wir uns haben von den Rumänen irreführen lassen, die Verhandlungen mit ihnen seien ja zu der Zeit noch im Zuge gewesen. Das sei keine Entschuldigung. Wir haben es ja schon immer gewußt, daß die Menschen einander dort und dann überfallen, wo und wann sie es eben können. Wir konnten also auf den rumänischen Ueberfall um so mehr vorbereitet sein, als wir ja nicht erst seit gestern wissen, auf welch schändliche Art Rumänien seinerzeit Bulgarien angefallen habe. Es sei also unbegreiflich, wie Graf Tisza eine „Irreführung" als Entschuldigung vorbringen könne. (Zwischenrufe links: Eine schöne Irreführung! Einfach überrumpelt haben sie uns! Ueber's Ohr gehauen!)

Abgeordneter Graf Michael Károlyi (fortfahrend): Ich bin kein Stratege, ich kann mich, eigentlich: ich mag mich jetzt nicht darüber äußern, ob Siebenbürgen hätte befestigt werden können oder nicht, ob es notwendig war, die Form der Kriegslage eintreten zu lassen, die heute das teure Land bedrückt. Was ich aber unbedingt sagen muß und nicht genug kräftig unterstreichen kann, das ist das Folgende: Wenn es im vorhinein festgesetzt und bestimmt war, daß wir unmittelbar nach dem rumänischen Einbruch unsere Truppen an die Maros oder an irgendeine sonstige Verteidigungslinie zurücknehmen werden, wie durfte sich da der unerhörte Skandal begeben, daß man die Bevölkerung nicht rechtzeitig davon benachrichtigte, sie habe ihre Wohnstätten zu räumen, und daß man die walachische Horde über sie herfallen ließ?

Zwischenrufe links: Man hat der Bevölkerung auf Plakaten verboten, sich zu rühren! Noch am 29. August!

Abgeordneter Graf Michael Károlyi (fortfahrend): Die Bürgerschaft war nirgend geschützt, die ganze siebenbürgische Bevölkerung war und ist schutzlos. Wir wissen, daß das Kriegführen großenteils auch von dem Maße unserer wirtschaftlichen Kraft abhängt. Wie durfte es sich da ereignen, daß wir jene großen wirtschaftlichen Werte, an denen Siebenbürgen so sehr reich ist, Gold-, Salz- und Kohlengruben usw. ohne weiteres aufgeben und ohne Schirm und Schutz überlassen konnten?

Vossische Zeitung

6/IX. 1916

6

34

Mittwoch, 6. September 1916

Zeitung

nd gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801 bis 11850, 15280, 15281 bis 15291. Zentrum 8690.

Dobrudscha.

Sieben Werke von Tutrakan erstürmt.

Graf Tisza in der Brandung.

Dr. Emil Ludwig wird in Kürze als unser Wiener Berichterstatter tätig sein. Gegenwärtig befindet er sich auf einer Informationsreise durch Oesterreich-Ungarn. Er beginnt seine Tätigkeit für uns mit der folgenden Schilderung des Ansturms gegen Tisza im ungarischen Parlament.

Budapest, 6. September.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Aeußerste Erregung durchdrang gestern den goldenen Saal des ungarischen Reichstages. Die doppelten Galerien, die die schöne Apsis umringen, waren überfüllt von Damen vor allem, und der Kundige zeigte dem Fremden den Kreis der Anbeterinnen jeden Führers. Junge und auffallend viele ältere Köpfe, nicht immer ungarischen Typus', tauchten aus den schattigen Rundgängen in das Licht des Kuppelsaales. Bald steigerte sich die Bewegung, und die Akzente folgten einander in solcher Schnelle, daß alle Welt im Saale selbst zusammendrängte. Den Grafen Tisza wollen sie stürzen, doch am Ende dieser vierstündigen Sitzung war an dem einen Einsamen der Ansturm gebrochen, und dieser kritische Tag, dem freilich ein geheimgehaltener Abend folgte, endete öffentlich mit Tiszas Siege. Einsam ist er parlamentarisch zu nehmen, denn seine Partei scheint bei weitem keine so gute Organisaton des Chores und des Beifalls zu besitzen wie die Opposition. Daß sich freilich leichter die Angreifer durch Rufe unterstützen als die Verteidiger, erlebten wir ja im großen Spiele kriegführender und neutraler Staaten, auch mag sich die Regierungspartei ihrer Würde versichert halten, da die Machthaber schon prinzipiell Lärm vermeiden, den die zur Kritik Berufenen meist dann erheben, wenn es ihnen an Gründen mangelt. Aber hierzulande gehört Regie zum Handwerk, und sie könnten dem leitenden Minister in so schmerzlicher Gefahr vieles erleichtern, anstatt ihm im Sturme fast allein zu lassen. Der Sturm brach aus, kaum daß der Minister den Saal betrat, und schon riefen ihm die Gegner zu: „Abdanken, abdanken!" Als Tisza seine erste Rede mit den Worten begann: „Ich erfülle eine Pflicht," schrie Herr Julius Justh, der diesem Hause den stimmlichen Rekord zu halten scheint: „Sie haben nur eine Pflicht; abzudanken!" Was trotz der Banalität den Beifall seiner Freunde fand. In dieser Rede erklärte Tisza, daß die Verbündeten alle Vorkehrungen gegen den rumänischen Angriff getroffen hätten, daß Fehlendes hier eilig verfügt werden müsse, und daß er die Verantwortung trage und alle Erklärungen abgeben wolle, sobald das Interesse des Staates die Rede freigebe.

Indem Graf Tisza auch hierbei räumlich an der Spitze der großen Partei stand, und den Gegner durch Ruhe und Haltung noch lebhafter reizte, nahm er eine Kämpferstellung an und gab in der Rede große Entschlossenheit kund, die nur dem königlichen Herrn weichen würde.

Dabei fehlen ihm viele Mittel seiner Gegner. Seine hagere Gestalt, das spitze, bebrillte Gesicht, eine nicht große, überdies rauhe Stimme und besonders der Mangel jeder schauspielerischen Gabe, die mancher Redner in diesem Parlament besitzt, lassen ihn in diesem Sturme noch einsamer erscheinen.

Drüben drohte man mit Armen und ruft mit schrillen Worten: „Packen Sie sich, Sie haben sich übers Ohr hauen lassen." Bei wachsenden Rufen wird der Präsident immer ohnmächtiger. Er ruft laut zur Ordnung, aber man hört ihn nicht durch Sturm und Brandung. Tisza ist in keinem Sinne Demagoge und nicht in der Lage, sich, wie die Gegner es tun, von diesem Getöse nur noch höher tragen zu lassen. Er hat eine eigene Technik, dem zu begegnen, die Technik des Staatsmannes: Er richtet sich hoch auf, steht mit gekreuzten Armen da und wartet; er blickt in die Brandung, hält schweigend stand. So geht es oft viele Minuten lang, bis endlich die Lungen mit dem Metall nicht konkurrieren können, und das Getöse sich schließlich beruhigt und schnell abebbt. Dann öffnet er langsam die Arme, gibt das Zeichen, daß er weiterreden wolle, reizt die Neugier, und es wird still. Jetzt fängt er gelassen an zu reden. Er trägt den neuen Gedanken in langsamem, neuerlichem Crescendo vor bis zu einer vorwurfsvollen Tonhöhe, in der er nun überraschend wirksam wird. Mit Klugheit biegt er den Angriff, man hätte verabsäumt, ungarische Regimenter zur Verteidigung Siebenbürgens zu entsenden, bei der Widerlegung in eine Apologie der ungarischen Truppen um, und spricht die Zuversicht aus, Siebenbürgen bald ebenso befreit zu sehen wie Ostpreußen und Galizien.

Nachdem nun die ungarischen Rumänen durch den Führer Pop unbedingte Loyalität an die Monarchie versicherten, setzte die Oppo-

Männerstimmen ihre Heftigkeit ihm entgegenwarfen. Unbeweglich saß die Gräfin Tisza, unbeweglich stand Graf Tisza in der Brandung.

Emil Ludwig.

Journal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 23—31.

Sturmfluth.

Graf Stephan Tißa hatte heute im Abgeordnetenhause keinen sonderlich glücklichen Tag. Die Opposition forderte für die leichfertige Preisgabe der siebenbürgischen Grenzgebiete Rechenschaft von dem Ministerpräsidenten und Graf Tißa blieb in mancher Beziehung die Antwort schuldig. Sei es, daß er nicht mehr sagen konnte, sei es, daß er es selbst empfand, wie sehr die Opposition im Wesen Recht hat, — das Mißliche der kausse position schien den Ministerpräsidenten in seinen Ausführungen diesmal überaus eingeengt zu haben. Die Brandmarkung der verrätherischen Hinterlist Rumäniens von dieser Stelle aus mag immerhin geboten gewesen sein. Man kann es ja nicht genug oft und nicht genug stark ausdrücken, wie gemein und allen diplomatischen Gepflogenheiten hohnsprechend Rumänien gehandelt hat. Aber heute kommt es schließlich nicht mehr darauf an. Die Nation wollte jedenfalls etwas Anderes von dem Leiter ihrer Geschicke hören. Graf Tißa hat in seinen Ausführungen ohneweiters zugegeben, daß Rumänien alle zu unserem Bündnißsystem gehörenden diplomatischen und militärischen Faktoren irregeführt hat. Bekanntlich liegt aber seit Menschengedenken gerade im Spiel der Lügen und Intriguen das Wesen und der Kern des Begriffs jeglicher Diplomatenkunst. Wenn sich also unsere Diplomaten eingestandenermaßen hinters Licht führen ließen, so sind sie mit ihrer Kunst in unverantwortlicher Weise durchgefallen. Die rumänischen Diplomaten aber waren ihnen — wenn auch im ärgsten Balkanstil — jedenfalls weit über. Es steht dem ungarischen Ministerpräsidenten nun nicht gut an, diese Unfähigen, ob sie nun Czernin, Burián oder Bussche heißen, mit solcher Zähigkeit, wie er es heute gethan, vor der Nation zu vertheidigen. Der Bukarester österreichisch-ungarische Gesandte ist damit noch nicht besser geworden, weil auch sein deutscher Kollege ein naiver Herr gewesen ist, und Baron Burián ist noch immer kein diplomatisches Genie, weil er sich wahl- und kritiklos alles Mögliche von seinen Organen einreden ließ. Auch Graf Tißa hätte nicht gerade Alles glauben müssen, was ihm die Herren vom Ballhausplatz auf ihren staubigen Bureaukratentischen vorgesetzt hatten. Graf Julius Andrássy sagte in seiner Rede diesbezüglich besonders treffend: Die Aufgabe der Diplomaten ist es ja gerade, trotz der falschen Einstellungen die Wahrheit festzustellen.

Graf Stephan Tißa ist wohl nicht der Minister des Aeußern, aber alle Welt weiß, daß er auf Baron Burián eine weitgehende persönliche Einflußnahme besitzt, und es steht auch noch in aller Erinnerung, wie er sich seinerzeit für die Person des Grafen Czernin auch der Opposition gegenüber eingesetzt hatte. Nun haben Baron Burián und Graf Czernin versagt, jämmerlich versagt, und es ist zu verstehen, wenn sich jetzt die Opposition an den Ministerpräsidenten hält und von ihm gewisse Aufklärungen und ein dringendes Virement in den Personalakten der Diplomatie Oesterreich-Ungarns verlangt. Graf Albert Apponyi und Graf Julius Andrássy thaten dies im Einvernehmen mit ihren Parteien, auf Grundlage einer Verständigung mit der Regierung, unter den gehörigen Formen. Ihre Ausführungen zeugen von strenger Sachlichkeit und

Pester Lloyd 6./IX. 1916

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 5. September.

Die Nachmittagssitzung des Abgeordnetenhauses setzte mit einer scharfen Auseinandersetzung ein, in der Ministerpräsident Graf Stefan Tißa einem beharrlichen Unternehmen des Abgeordneten Stefan Rakovßky ein Ende machte, dessen ziellose Schädlichkeit offen vor die Augen jedes patriotisch gesinnten Menschen treten muß. Zwecklos und schädlich ist es, wenn der Versuch unternommen wird, dem Ministerpräsidenten von Ungarn Worte in den Mund zu legen, Ausführungen zu imputieren, die die Zuverlässigkeit unserer diplomatischen Geschäftsführung, Treu und Glauben unserer Anerbietungen an Italien geradezu in Abrede stellen würden. Nicht nur der Charakter des ungarischen Ministerpräsidenten, das Metier selbst schließt die Richtigkeit der Auslegung, die Abgeordneter Stefan Rakovßky einer früheren Bemerkung des Ministerpräsidenten angedeihen ließ, glattweg aus. Die Hartnäckigkeit, mit der Abgeordneter Stefan Rakovßky an seiner Auffassung, daß der Ministerpräsident, der heute in lichtvollen Darstellungen schlagend nachwies, wie sehr er das loyale Verhalten unserer Diplomatie gegenüber Italien in der berührten Rede festgestellt habe, die Loyalität unserer diplomatischen Geschäftsführung in Zweifel rückte, festhielt, wird hierzulande niemandem Nutzen bringen und dort verwertet werden, wo es — das wollen wir annehmen — Abgeordneter Stefan Rakovßky nicht voraussieht.

Der unfreundlichen Szene folgte eine Rede des Abgeordneten Josef Szterényi. In seiner Art, analytisch zu arbeiten, holte er heute eine Menge von Einzelheiten der Evakuierungsgeschichte dieser letzten Tage hervor, um Unterlassungen der Behörden und der Regierung, sowie die schädlichen Folgen dieser Unterlassungen festzustellen. Dabei ließ er es an Worten des Dankes für die Unterstützungsarbeit, die die Gesellschaft und die Presse im Dienste des Flüchtlingsschutzes leisteten, nicht fehlen. Schließlich forderte er entschieden, daß der Staat den siebenbürgischen Flüchtlingen volle materielle Entschädigung gewähre.

Seinen Ausführungen folgte eine kurze Rede des Abgeordneten Ferdinand Urmánczy. Indem er der Not der Székler Worte der Trauer und der Rührung widmete, ließ er sich von seinem Temperament zu scharfen Angriffen gegen die Regierung hinreißen. Daß er dabei Anregungen machte, die unerhört sind im ungarischen Abgeordnetenhause, scheint weniger auf die Wirkungen des Temperaments als auf die Absicht, gewisse Wirkungen zu erzielen, zurückzuführen zu sein. So machte der melancholische Schluß seiner Rede, in dem er dem Ministerpräsidenten die Grüße der Székler entbot, einen getrübten Eindruck. Man merkt die Absicht und wird verstimmt.

Nachdem Abgeordneter Urmánczy seine Ausführungen geschlossen hatte, meldete der Präsident, daß mehr als fünfzig Mitglieder des Hauses eine geschlossene Sitzung verlangten. In der Abstimmung, die hierauf folgte, stimmte auch die Regierungspartei für den Antrag. Eine Minute später richtete Präsident Paul v. Beöthy an die Journalisten und an das Publikum die Aufforderung, die Tribünen zu verlassen. Die geschlossene Sitzung begann und erst um 7¾ Uhr wurde die Oeffentlichkeit der Beratungen wieder hergestellt. In der Zeit, in der die geschlossene Sitzung stattfand, blieben die Wandelgänge nahezu völlig verlassen und nur die anwesenden Journalisten erörterten die Ereignisse des Tages. Als die öffentliche Sitzung wieder begann, bot der Saal ein eigentümliches Bild. Die früher überfüllten Tribünen gähnten leer und öde in den Saal. Nur eine Galerie wies später Besuch auf: die Gattin des Ministerpräsidenten Gräfin Stefan Tißa hatte mit einigen Damen ihren Platz wieder eingenommen.

Vor Feststellung der nächsten Tagesordnung wurde das Anträgebuch verlesen, in das Abgeordneter Graf Julius Andrássy einen Antrag auf Einberufung der Delegationen, Abgeordneter Graf Albert Apponyi aber einen Antrag auf Abänderung des § 9 des G.-A. XII : 1867 eingetragen hatten. Bei der Abstimmung wurde beschlossen, und zwar mit Zustimmung der Mehrheit, die Anträge auf die Tagesordnung zu stellen. Es folgte die Verlesung des Interpellationsbuches, das eine geradezu enorme Zahl von Interpellationsanmeldungen enthält. Die Interpellationen behandeln im überwiegenden Teil Stoffe peinlichster Natur, deren Verhandlung mehr Schaden als Nutzen verspricht. Dabei tauchten Formen der Fragestellung auf, die in ihrer allgemeinen Fassung oder in ihrer bizarren Art zeigten, daß es den Interpellanten mehr um den sensationellen Schein als um das Wesen der berührten Fragen zu tun ist. Als nun der Präsident des Hauses seinen Tagesordnungsantrag stellte, erhob sich Ministerpräsident Graf Stefan Tißa zum Wort. In ernstester Betonung verwies er auf die großen Werte, die das Kontrollrecht des Abgeordnetenhauses schützen, gleichzeitig aber hob er hervor, daß eine ausschreitende Anwendung dieses Rechtes dem Lande irreparablen Schaden zufügen könne, daß Sitzungen, die nicht der normalen Beratung dienen, zwecklos und schädlich seien. Er richtete die dringende Aufforderung an die Opposition, Szenen, wie sie sich heute ereigneten, zu vermeiden. Indem er daran erinnerte, daß die Regierung der Opposition die Ausübung des Kontrollrechtes heute in weitestem Maße ermöglichte, weil die Mehrheit voraussetzte, daß einer übereinstimmenden Auffassung gemäß die Opposition die notwendige Selbsteinschränkung üben werde, verwies er auf die Zahl und das Wesen der angemeldeten Interpellationen, die dieser Selbsteinschränkung widersprechen. Der Ministerpräsident richtete also die Aufforderung an die Opposition, die Interpellationen, deren Umsichgreifen einer solchen irrigen Auffassung wäre die verhängnisvollste Sache von der Welt. (Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Abgeordneter Graf Julius Andrássy: Ganz richtig. (Zustimmung links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Ich hege die starke Hoffnung, daß wir alle auch im gegenwärtigen Augenblick darin eines Sinnes sind. Und in diesem Augenblick, da wir nun schon seit zwei Jahren unter allen Wechselfällen der beiden Kriegsjahre Schulter an Schulter mit dem verbündeten österreichischen Staate kämpfen, da gerade von oppositioneller Seite bei einem früheren Anlasse die Wahrheit zum sehr schönen Ausdruck gebracht wurde, daß wie die Alpentruppen unsere Karpathen schützten, so auch die ungarischen Soldaten den Isonzo verteidigen, im gegenwärtigen Augenblick darf diese Wahrheit niemand verdunkeln wollen. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Ich richte an das geehrte Haus die Bitte: Mag es eine noch so strenge Kritik üben, ich weiche vor ihr nicht zurück. Ich bin bereit, sie zu tragen, aber an jedes einzelne Mitglied dieses Hauses richte ich die inständige Bitte: Rühren wir nicht an dem gemeinsamen Schatz der ungarischen Nation, rütteln wir nicht an dem moralischen Kapital, dessen die ungarische Nation in diesen großen Augenblicken der Prüfung, des Kampfes bedarf! (Lebhafte Zustimmung, Eljenrufe und Applaus rechts und in der Mitte. Lärm auf der äußersten Linken.)

Präsident: Im Hinblick auf die vorgerückte Zeit suspendiere ich die Sitzung bis nachmittags 4 Uhr.

Die Nachmittagssitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet um 4½ Uhr nachmittags fortsetzungsweise die Sitzung.

Als erster ergriff

Abgeordneter **Georg Szmrecsányi**

in persönlicher Angelegenheit das Wort. An die in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses gefallenen Zwischenrufe der Regierungspartei, besonders der Abgeordneten Theodor Andrics und Emerich Sztankovánßky anknüpfend, hält Redner es für seine Pflicht, die Institutionen des Roten Kreuzes gegen die in diesen Zwischenrufen enthaltenen Insinuationen in Schutz zu nehmen. Das ungarische Rote Kreuz, seine verschiedenen Kommanden, Aerzte, Pfleger und Mannschaften erfüllen vom ersten Tage des Krieges bis heute unter den schwierigsten Verhältnissen mit größter Selbstaufopferung an der Front ihre Pflicht. Was seine Person betrifft, verweist Redner darauf, daß er an dieser Tätigkeit des Roten Kreuzes pflichtgemäß teilgenommen, sich — als seine Altersklasse zum Dienste einberufen wurde — sowohl beim Honvédminister als auch beim Kriegsminister zum aktiven Dienste gemeldet habe und auf direktes Ansuchen des Roten Kreuzes in seiner derzeitigen Stellung belassen wurde. Er weist die seine Person betreffenden Angriffe und Beschuldigungen entschieden zurück.

Abgeordneter **Theodor Andrics**

erklärt, daß es ihm ferngelegen, mit seinem Zwischenrufe die Institution des Roten Kreuzes, dessen tadellose Tätigkeit er vollauf anerkennt, anzugreifen, oder den Abgeordneten Szmrecsányi in seiner Person und in seiner Tätigkeit zu beleidigen.

Abgeordneter **Stefan Rakovßky**

will seine mißverstandenen Worte erklären. Er habe in seiner jüngsten Parlamentsrede darauf hingewiesen, daß die letzte Stunde geschlagen, die die ganze Nation einem Abgrund entgegenführen werde, wenn wir den Mut unseren tapferen Soldaten dadurch lähmen, daß wir im innern und äußern Regierungssystem und in der Heeresleitung keine Aenderungen vornehmen. Daraus hat der Ministerpräsident den Vorwurf gegen ihn geschmiedet, er hätte unseren Soldaten eine Pflichtunterlassung imputiert. Der Herr Ministerpräsident habe ihm auch angeraten, zu überlegen, ob solche Aeußerungen, die er in der Hitze der Debatte getan, ohne vielleicht ihre Tragweite zu erwägen, nicht geeignet wären, dem Lande unermeßlichen Schaden zu bereiten. Redner anerkennt, daß er sich vielleicht in der Hitze der Debatte habe hinreißen lassen, aber selbst in solchen Momenten überlege er seine Worte sehr wohl, und er kann getrost behaupten, kein einziges Wort gesagt zu haben, das dem Lande zum Schaden hätte gereichen können. Wenn der Herr Ministerpräsident trotzdem eine solche Aufforderung an ihn richtete, müsse es auch ihm gestattet sein, dem Ministerpräsidenten vorzuhalten, daß er hier im Hause nicht in der Hitze der Debatte, sondern wohlüberlegt Aeußerungen getan, die dem Lande tatsächlich bedeutenden Schaden verursacht haben. Redner will zum Beweis dessen ausländische Zeitungsstimmen zur Verlesung bringen.

Präsident Paul v. Beöthy ersucht den Redner, bei dem Gegenstande zu bleiben.

Abgeordneter Stefan Rakovßky beugt sich der Aufforderung des Präsidenten und steht von der Verlesung ab, die er sich für eine geschlossene oder für eine spätere öffentliche Sitzung vorbehält. Er verweist nur kurz auf die Aeußerung des Ministerpräsidenten betreffs der italienischen Verhandlungen, wonach diese mit der italienischen Regierung nur den Zweck verfolgt hätten, Zeit zu gewinnen. Diese Aeußerungen hätten im Ausland Anlaß dazu geboten, uns des Treubruchs zu zeihen.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**:

Geehrtes Haus!

Abgeordneter Julius Justh: Nun wird er endlich abdanken! (Heiterkeit rechts.)

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**:

Es ist sonnenklar, daß das, was ich über unsere Haltung in der italienischen Frage gesagt habe, bloß auf künstliche Art verdreht werden kann. (Zustimmung rechts.) Ich habe aufs deutlichste erklärt, wir seien entschlossen gewesen, das, was wir Italien in Aussicht gestellt hatten, auch ehrlich zu halten, zu erfüllen, falls es durch Italien angenommen worden wäre. Wir haben indes die Verhandlung auch noch fortgesetzt, als die Haltung der italienischen Regierung es bereits als fast zweifellos erscheinen ließ, sie werde unser Anerbieten nicht annehmen. Wir setzten die Verhandlungen darum fort, weil wir dem Lande selbst dadurch einen Dienst leisteten, daß wir durch Hinausziehung der Verhandlungen Zeit gewannen. Das will ich nur durch eine Bemerkung illustrieren. (Hört, hört! rechts.) Das geehrte Haus dürfte sich entsinnen, daß kurz vor der italienischen Kriegserklärung — wenn ich nicht irre, am 13. oder 14. Mai — jene Wendung in Italien eintrat, vermöge deren die italienische Regierung ihre Demission einreichte und die Eventualität als wahrscheinlich erschien, daß sich unter dem Präsidium Giolittis eine neue italienische Regierung bilden würde. Hätte sich dieses Kabinett kon-

Pester Lloyd 6./IX. 1916

stimmiert, hätte es unsere Bedingungen angenommen, so hätten wir diese Bedingungen loyal, ehrlich erfüllt. Das war eine Frage, die damals nur allzu aktuell vor uns stand, und bezüglich deren wir uns nur allzu klar darüber waren, was wir im gegebenen Falle zu tun hatten. Dann ging dieser Zwischenfall vorbei, Giolitti war es nicht gelungen, ein Kabinett zu bilden und die Regierung Salandra setzte ihre starr ablehnende Politik fort. Doch ich wiederhole entschieden und feierlich, geehrtes Haus, der Herr Abgeordnete leistet dem Lande einen sehr schlechten und den Feinden des Landes einen sehr guten Dienst, wenn er hier in meine Worte künstlich einen Sinn hineindeuteln will, den sie nicht hatten (lebhafte Zustimmung rechts) und wogegen ich mich entschieden verwahre.

Abgeordneter Stefan Rakovszky: Wenn einer einen Bock schießt, darf er so nicht reden.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Der Herr Abgeordnete mag die Erklärung lesen — ich habe sie nicht bei mir —, die ich an demselben Nachmittag abgab, eben gegenüber dem Herrn Abgeordneten. Vergebung, aber nach jener Erklärung erkenne ich niemand ein Recht zu, in meine Worte einen Sinn hineinzudeuten, der in ihnen nicht ist. (Langanhaltende lebhafte Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Stefan Rakovszky erwidert in persönlicher Angelegenheit. Der Herr Ministerpräsident hat nicht die Wahrheit gesagt . . . (Stürmischer Widerspruch und Entrüstung rechts. Zurufe: „Wie wagen Sie es, so zu sprechen!")

Präsident Paul v. Beöthy ermahnt den Redner, nicht solche Ausdrücke zu gebrauchen.

Abgeordneter Stefan Rakovszky: Der Herr Ministerpräsident hat hier im Hause erklärt, daß die Verhandlungen mit der italienischen Regierung nur den Zweck hatten, Zeit zu gewinnen. Er hat also Monate lang Verhandlungen gepflogen und ist dann in letzter Stunde darauf gekommen, daß er die gegebenen Versprechungen und Zusicherungen gar nicht einhalten wolle. (Stürmischer Widerspruch rechts. Rufe: „Das ist nicht wahr!")

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Ich habe den Herrn Abgeordneten wiederholt ersucht, er hat den Text meiner Rede bei sich, er möge sie verlesen. Statt dessen befindet der Herr Abgeordnete für gut, abermals Behauptungen zu riskieren, die dem klaren Inhalt meiner Rede widersprechen. (So ist's! rechts.) Nie habe ich auch nur einen Augenblick lang behauptet, weder vor dem 14., noch nach dem 14., noch am Tage vor der Kriegserklärung, noch wann immer, daß wir den Italienern was immer angeboten hätten, was wir nicht redlich erfüllt haben würden, hätten sie unsere Bedingungen angenommen. Derlei habe ich niemals behauptet, und nach der Aufklärung, die ich gegeben habe, darf mir nunmehr so etwas gutgläubig gar nicht imputiert werden. Gewiß habe ich behauptet, daß wir den Faden der Verhandlungen selbst dann nicht zerrissen hatten, als wir schon sahen, es sei nicht Italiens Zweck, eine Einigung zu erzielen. Dies ändert aber durchaus nichts an der Tatsache, daß wir, falls wir uns in dieser Voraussetzung getäuscht hätten und die italienische Regierung die Vereinbarung angenommen hätte, wir diese auch ehrlich eingehalten haben würden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) In dieser Hinsicht sind meine erste und meine letzte Erklärung in völliger Uebereinstimmung miteinander und mit der Wahrheit. Würde den Herrn Abgeordneten in dieser Frage das Interesse des Landes leiten, er würde die von mir erteilte Aufklärung mit Freuden annehmen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Josef Szterényi

erklärt im Namen zahlreicher Persönlichkeiten der Stadt Brassó, die er im Reichstage vertritt, die Regierung müsse wegen der Versäumnisse, Unterlassungen und sonstigen Fehler und Sünden, die sie sich in der Frage der Räumung der siebenbürgisch-rumänischen Grenzkomitate habe zuschulden kommen lassen, zur Verantwortung gezogen werden. So groß auch die Bitternis wegen der heimatlos gewordenen Siebenbürger Hunderttausende sei, der Kummer über die schwere Lage, in der sich die Grenzmarken befinden, sei noch weit größer. Einer in der heutigen Vormittagssitzung ergangenen Ermahnung des Ministerpräsidenten folgend, will sich Redner innerhalb jenes Rahmens bewegen, den das Interesse des Landes und die Würde der Legislative erfordern. Die Regierung hat die „rumänische Ueberraschung" abgewartet, ehe sie Verfügungen traf, die Lage war aber danach, daß man diese Ueberraschung gar nicht hätte erst abwarten müssen, ja nicht dürfen. Denn Dinge, die in ganz Rumänien seit Monaten landesbekannt waren, hätte die ungarische Regierung wahrhaftig ebenfalls wissen können, wissen müssen. Uebrigens werde Redner ein paar solcher bekannten Tatsachen anführen: Seit anderthalb Jahren war es gleichbedeutend mit dem Erschossenwerden, wenn jemand aus den Waggonfenstern der zwischen Predeal und Bukarest verkehrenden Eisenbahnzüge den Kopf hinaussteckte: die rumänische Bevölkerung beschoß diese Züge fortwährend. Daß das die rumänischen Behörden wußten, geht daraus hervor, daß die Scheiben dieser Waggonfenster dicht mit Papier verklebt oder geweißt waren und daß in jedem Coupé von Predeal an stets ein rumänischer Gendarm mitfuhr, damit nur ja kein Mensch den Kopf hinausstecke. Das ist mir aus persönlicher Erfahrung bekannt. Längs der Csiker Grenze sind von den Rumänen gegen uns schon vor Monaten Schützengräben aufgeworfen worden, die auf rumänischem Boden befindlichen Grenzortschaften ebenfalls seit Monaten evakuiert. In den Richtungen nach Nagyszeben und Zabola hatten die Rumänen strategische Straßen ausgebaut und Munition und Sprengmittel in großen Mengen dahinschaffen lassen. Wir da unten in Siebenbürgen wußten das. Im Prahovatale war, gleichfalls seit Monaten, rumänisches Militär konzentriert. Seit August haben bei Galatz russische Soldaten vier Pontonbrücken geschlagen. In Rumänien bewegten sich russische Offiziere in Uniform frei umher, — und unterdes geschah bei uns nicht das Geringste. Zwei Wochen vor der Kriegserklärung wurde in Rumänien das gesamte Pferdematerial requiriert, die Leute wurden einzelweise einberufen, bei Kriegsausbruch war Rumänien fertig und gerüstet. Ja es ging so weit, daß es bereits zwei Gefangenenbarackenlager hatte anlegen lassen.

Zwischenruf links: Hoffentlich bleiben sie leer!

Abgeordneter Josef Szterényi (fortfahrend): Hoffentlich! Auf allen Stationen und in allen Orten der Relationen Bukarest—Ploesti und Bukarest—Galatz waren sämtliche öffentlichen Laternen zum Schutze gegen etwaige Fliegerangriffe seit Monaten dunkel abgeblendet. Sechs Tage vor der Kriegserklärung erfuhr Redner in Karlsbad, ein dortiger Bankdirektor habe einem Budapester Bankdirektor, der zur Kur dort weilte, mitgeteilt, daß die rumänischen Kurgäste alle ihre Bankguthaben eingezogen, ihre Depots abgehoben und die Stadt unauffällig verlassen haben. Sie waren eine Woche vor der Kriegserklärung heimgerufen worden. Warum haben wir keine Grenzschutzvorkehrungen getroffen? So viel Militär, als gelegentlich der Ereignisse im ungarischen Abgeordnetenhause in Budapest konzentriert war, hätte vollauf genügt, unsere siebenbürgischen Grenzpässe zu schützen und die feigen Rumänen zurückzutreiben. So aber ist das blühende Brassó jetzt in Walachenhand, freie Beute der eingezogenen Rumänen. Und was soll man dazu sagen, daß das größte Kohlenbecken des Landes, das von Petrozsény, ganz ohne Schutz und Verteidigung gelassen wurde? Jetzt mögen wir unsere Kohle aus der Fremde beziehen, — wenn wir können! Und was soll man zu dem Elend der Hunderttausende von Széklern und anderen guten Ungarn aus den Siebenbürger Teilen und aus der Petrozsényer Gegend sagen? Landflüchtig, heimatlos, obdachlos, — Hunderttausende! Und was soll erst das Los unserer in Rumänien zurückgebliebenen Landsleute werden? Was harrt ihrer von den Rumänen? Diese haben freilich die Dobrudscha, die sie den Bulgaren geraubt hatten, rechtzeitig evakuiert. Was geschieht mit der in den Grenzgebieten Siebenbürgens zurückgebliebenen Bevölkerung? Ist es ein Trost, daß, wie der Ministerpräsident gesagt hatte, die Székler, Ungarn und Sachsen größtenteils geflüchtet sind? Mehl und Zucker und sonstige Lebensmittel sind zurückgeblieben, in Botfalu allein 130 Waggons Zucker, und der Ministerpräsident ist falsch berichtet, wenn er sagt, wir haben unsere Viehbestände weggetrieben. Das ist in nur sehr wenigen Orten gelungen. Auch Kunstschätze im Werte von Millionen sind in Brassó und Szeben verloren gegangen. Es gibt ja eine im Jahre 1914 erlassene Regierungsverfügung hinsichtlich von Kunstschätzen im Evakuierungsfalle. In ihrem Sinne wurden die Brassóer und Szebener Behörden aufgefordert, unverzüglich Verfügung zu treffen, daß die Kunstschätze in Sicherheit gebracht werden. Da aber die Verfügung von 1914 nichts darüber enthält, wann der Evakuierungsfall im Jahre 1916 eintreten würde, konnte es sich ereignen, daß den gedachten Behörden der Auftrag, die Kunstschätze in Sicherheit zu bringen, am Tage des Einbruches der Rumänen selber erteilt wurde. Das gesamte Archiv von Stadt und Komitat Brassó, das unschätzbare Dokumente vielhundertjähriger Geschehnisse enthält, die Grundbücher der Stadt, das unschätzbare Bruckenthalsche Museum in Nagyszeben, — alles, alles verloren. Das sind materiell unersetzliche Verluste. Die Stadtkasse und die Wertpapiere der Stadt Brassó hat der Bürgermeister der Stadt zum Glück acht Tage vor der Katastrophe in Sicherheit gebracht.

Zwischenruf: Woher wußte er, daß sie bevorstehe?

Abgeordneter Josef Szterényi: Sein Empfinden hat ihm zugeflüstert, daß das notwendig sei. (Fortfahrend): Die lokalen Behörden und die königlichen Staatsbahnen haben überhaupt alles, alles getan, was in ihrer Macht stand. Der Exodus von Tausenden, die auf dem Bahnhof der Abfahrt harrten, vollzog sich in musterhafter Ordnung, was bei dem hochintelligenten und wohldisziplinierten Brassóer Publikum auch nicht weiter bemerkenswert sei. Aber wie die nichtlokalen Behörden ihres Amtes walteten, dafür wolle Redner bloß als Beispiel anführen, daß in einer Dorfgemeinde bei Brassó sich 1046 Bauernwagen stauten, die alle auf einmal fort wollten, was zur Folge hatte, daß keiner abging. Aber auch in Brassó dauerte der disziplinierte Auszug nur bis 6 Uhr abends. Um diese Zeit verließ der Militärkommandant des Brassóer Bahnhofes seinen Posten, obwohl noch Tausende nach den Zügen drängten. Redner zollt den Eisenbahnbediensteten der Brassóer Station volle Anerkennung, die unter Aufopferung ihrer Kräfte, wo es nottat, selbst gegen die Vorschriften alles aufgeboten haben, bis es ihnen gelungen ist, jeden, der sich retten wollte, zu unterbringen. (Lebhafter Beifall.) Angesichts dieser Tatsache hätte die Regierung auch mehr tun können; man hätte die Flüchtlinge nicht zur Bezahlung der Fahrtpreise verhalten dürfen, ein Mißbrauch, den der Handelsminister sofort, als er davon Kenntnis erhielt, abgestellt hat. Der Bürgermeister von Brassó hat den Militärkommandanten aufmerksam gemacht, er soll das requirierte Kupfer im Werte von 85.000 Kronen wegschaffen lassen. Auch das ist nicht geschehen, das Kupfer blieb in der Stadt zurück. Beruhigende Maueranschläge, wie sie am 29. August in Segesvár affichiert wurden, nützen nichts, man hätte aus den früheren Evakuierungen lernen können. Während der Flucht wurden die Reisenden nirgend mit Labung bedacht, selbst für teures Geld konnte man nichts bekommen. Die in Budapest eintreffenden Flüchtlinge danken es ebenfalls der aufopfernden Fürsorge der Eisenbahnangestellten, daß schon in den ersten Tagen die helfende Gesellschaft Beistand leistete. Die ungarische Presse hat wieder einmal Rühmliches geleistet, das Beispiel gaben „Az Est" mit seiner eigenen 10.000-Kronen-Spende und der „Pester Lloyd". Die großen Sammlungen dieser Blätter und überhaupt der Zeitungen ohne Ausnahme haben mehr als anderthalb Millionen zur momentanen Hilfe durch Sammlung im Publikum beschafft. Der Minister des Innern hat auch 100.000 Kronen gegeben. Alle Ehre der Presse und der Gesellschaft, die Pflicht der Unterstützung ist jedoch eine Regierungsaufgabe. Redner verweist auf die Tätigkeit der Abgeordneten der Siebenbürger Bezirke und richtet dann an den Ministerpräsidenten die Bitte, nach preußischem Muster im Wege der Gesetzgebung für die vollkommene materielle Entschädigung der Siebenbürger Flüchtlinge zu sorgen, die unverschuldet all ihr Hab' und Gut eingebüßt haben. Das ist das Mindeste, was man ihnen für die seelischen und körperlichen Leiden bieten kann. Diese Entschädigung schuldet der Staat seinen Bürgern, sie bedeutet neben den Milliarden der Kriegskosten keine große Belastung. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy

will seinem Schmerz, seiner Erbitterung, seiner Entrüstung mit einigen Worten Ausdruck verleihen. Manchmal kann er es gar nicht glauben, daß das, was geschehen ist, tatsächlich wahr sei. Hat denn die gute, ehrliche ungarische Nation bisher deshalb geblutet, damit ihr Geschick, ihre Sicherheit, die Integrität ihres Gebietes zu einem Faktor dritter Ordnung herabsinke? Hat sie deshalb geblutet, damit, wenn die Walachen uns angreifen, unsere Front bis zur Maros verkürzt werde? Diese Frontverkürzung trifft von den fünfzehn Komitaten Siebenbürgens elf, acht Komitate vollständig, drei zum Teil. Diese Frontverkürzung umfaßt ein Gebiet von 6,300.000 Katastraljoch und hat 670.000 Székler und 170.000 Sachsen zu Flüchtlingen gemacht. Redner sah einen Teil der Flüchtlingszüge und sah auf zwei Hauptstraßen die Völkerwanderung. Ewig werde das Bild als schmerzliche Erinnerung zurückbleiben. Ueberall herrschten Unorientiertheit und Kopflosigkeit. Noch am 27. August wurde in vielen Gemeinden durch die Behörde verkündet, daß jeder, der ohne Erlaubnis die Gemeinde verläßt, eine Uebertretung begeht und bestraft wird. In derselben Nacht wurde die Bevölkerung aus dem Schlaf aufgescheucht und man sagte einfach: jeder flüchte, wie er kann und wie er will. Wie der Grenzschutz beschaffen war, beweist der Umstand, daß die Rumänen in einigen Tagen fast achtzig Kilometer weit vorgedrungen sind. Den Tölgyespaß verteidigte ein tschechisches Bataillon, das am 27. die Rumänen aufzuhalten suchte, die Brücke sprengte und sich noch in derselben Nacht rasch zurückzog. In einer Grenzgemeinde war eine Batterie mit vier oder fünf Kanonen. Diese Artillerie mußte sich zurückziehen, weil sie keine Munition hatte. (Lärm links.) Vor einigen Tagen haben tschechische Soldaten in Maros-Hévíz, also fünfzig Kilometer von der Grenze, die Geschäftsläden erbrochen und geplündert. Das ist eine Komödie der Kriegführung auf Kosten des ungarischen Volkes. (Zustimmung links.) Die Katastrophe, die Siebenbürgen und die Székler heimgesucht hat, ist so groß, die begangenen Unterlassungen und Sünden so himmelschreiend, daß sie nicht ungeahndet bleiben dürfen. (Beifall links.) Die Diplomaten, die Heeresleitung und die ungarische Regierung sind in gleicher Weise schuldig. In diesem Hause kann man jetzt nicht davon sprechen, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Er würde es gern sehen, wenn seine schwache Stimme bis zum Deutschen Kaiser dringen möchte. Der Deutsche Kaiser hat bereits in die österreichisch-ungarische, besser gesagt österreichische Heeresleitung hineingegriffen. Wenn er siegen will, so möge er einen weiteren Schritt tun und die aus sechs bis acht Mitgliedern bestehende engere Gesellschaft unter Kuratel stellen, die an der Seite unseres Königs ohne Verantwortung die Angelegenheit des Landes leitet. (Beifall links und äußerstlinks. Bewegung rechts.)

Präsident: Ich glaube, der Herr Abgeordnete wird es selbst einsehen, daß im Saale der ungarischen Gesetzgebung ein ungarischer Abgeordneter an einen fremden Herrscher ein derartiges Ansuchen nicht richten kann. (Zustimmung rechts.) Bitte sich derartiger Aeußerungen zu enthalten. Ich rufe den Herrn Abgeordneten für diese Bemerkung zur Ordnung. (Lärm links. Rufe links: Wir haben auch Hindenburg freudig begrüßt!)

Ferdinand Urmánczy (fortfahrend): Die Geschäftsordnung gestattet mir nicht, auf die Ermahnung des Herrn Präsidenten zu reflektieren. Ich schließe meine Ausführungen und teile dem Herrn Ministerpräsidenten mit: ich bringe ihm den Gruß der Székler! (Beifall links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Geehrtes Abgeordnetenhaus! Ich beabsichtige, auf den letzten Teil der Rede des Herrn Abgeordneten überhaupt nicht zu antworten. Ich glaube, daß jeder selbstbewußte Ungar die Antwort darauf in seiner eigenen Seele findet. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Zweck meiner Rede ist ausschließlich der, den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam zu machen, daß es vielleicht nicht ganz richtig und zweckmäßig ist und dem Zweck, dem der Herr Abgeordnete sicherlich mit uns zusammen zu dienen wünscht, nämlich der Milderung der Leiden und des Elends der flüchtigen Bevölkerung, nicht entspricht, wenn wir naturgemäß ohne entsprechende Kenntnis aller Umstände unter der Wirkung einzelner sehr traurigen und bitteren Einzelheiten alle jene Symptome hier zusammentragen, die die Folgen der bei der Evakuation vorgekommenen kleineren oder größeren Fehler oder Irrtümer waren. Eine solche Aufgabe wird man nie in vollster Ordnung, wie etwa eine normale Verwaltungs- oder Verkehrsaufgabe abwickeln. Ich gebe zu, daß bei unseren primitiveren Verhältnissen selbst beim besten Willen mehr Widerwärtigkeiten, mehr Stauungen und Irrtümer vorgekommen sind, als in anderen, unter geregelteren Verhältnissen lebenden älteren Kulturstaaten. Allein von allen Seiten ist alles mögliche ins Werk gesetzt worden, damit die Irrtümer ausgeschaltet und die Leiden auf das Minimum beschränkt werden. Wir leisten dem Interesse unserer betreffenden Mitbürger keinen guten Dienst, wenn wir durch solche Enunziationen das Gefühl der Bitternis und Unbilligkeit entfachen. (Zustimmung rechts.) Ich will nur jetzt eine Sache erwähnen. Der Herr Abgeordnete Szterényi hat die Lage der nach Budapest kommenden Flüchtlinge im ersten Augenblick ihrer Ankunft vorgebracht. Für die Flüchtlinge waren alle behördlichen Maßnahmen getroffen. Für jedes in Betracht kommende siebenbürgische Komitat war im vorhinein bestimmt, wohin die Flüchtlinge instradiert werden sollen. Nach Budapest hätten die Flüchtlinge überhaupt nicht kommen müssen. (Lärm links.) Darin liegt gegen niemand irgendeine Beschuldigung. Daß Irrtümer vorgekommen sind, ist abgesehen von allem anderen durch den Umstand zu erklären, daß die Eisenbahnen zu gleicher Zeit sich mit riesigen Truppentransporten beschäftigen mußten. Das geehrte Haus weiß, daß während des Krieges die Leitung der Eisenbahnen ausschließlich in den Händen der militärischen Linienverwaltungen ruht. Es scheint, daß für einen Augenblick die erforderliche Leitung fehlte. Es wurden Züge nach Budapest instradiert, anstatt in jene Komitate, wohin es notwendig gewesen wäre.

Das verursachte zum Teile jene bedauerlichen Erscheinungen, für die, ich glaube, das gemeinsame Bemühen der Gesellschaft der hauptstädtischen Behörden und der Regierung in möglichst kurzer Zeit Abhilfe schaffen wird. Solche Dinge konnten während des Krieges unter so außerordentlichen Umständen — wobei die Lage noch, vielleicht in erfreulicher Weise, durch sehr große Truppentransporte kompliziert wurde, deren Abwicklung über allen Gesichtspunkten steht — vorkommen. Allein daraus kann man keine Vorwürfe konstruieren und darf daraus keine Beschuldigungen ableiten (Lärm links), sondern man muß Hand in Hand alles ins Werk setzen, daß diese Leiden womöglichst gemildert werden. (Beifall rechts.) In den verschiedensten Komitaten des Landes werden die Flüchtlinge mit offenen Armen erwartet. Alle Vorbereitungen sind getroffen. (Lärm und Bewegung links.) Jetzt ist die Aufgabe, daß die Flüchtlinge tatsächlich dorthin gebracht werden. Ich hoffe, daß die in diesem Belange festgestellten Fehler und Irrtümer, die in den Wirren der ersten Tage sich ereignen konnten, sich nicht mehr wiederholen werden. Im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit wollte ich nur soviel zur Aufklärung mitteilen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident Paul v. Beöthy:

Mehr als fünfzig anwesende Abgeordnete haben um eine geschlossene Sitzung angesucht. Das Haus entscheidet hierüber ohne Debatte. Ich frage das Haus, ob es die geschlossene Sitzung anordnet oder nicht. (Rufe auf beiden Seiten: Ja.) Das Haus hat demnach die Abhaltung einer geschlossenen Sitzung angeordnet. Ich fordere demnach das Publikum der Galerien und die Vertreter der Presse auf, den Saal zu verlassen. Bis dies erfolgt, suspendiere ich die Sitzung.

Es folgt die geschlossene Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy

erklärt vor 8 Uhr die Sitzung wieder für öffentlich.

Das Anträgebuch wird verlesen. In das Anträgebuch sind folgende zwei Anträge eingetragen: Graf Julius An-

Pester Lloyd
6./IX. 1916

6
39

Budapest, 5. September.

Bonaparte sagte einst in Aegypten: „Ein Kind, das schreit, ist geräuschvoller als hunderttausend Soldaten, die schweigen." An dieses Wort wurde man durch die heutigen Vorgänge im ungarischen Parlament erinnert. Anderthalb Dutzend Mitglieder der Gruppe Károlyi ergingen sich in Zwischenrufen, Ordnungsstörungen und geräuschvollen Auftritten, und Leute, die nach der Schallwirkung hätten urteilen wollen, konnten dem Irrtum verfallen, das ungarische Parlament habe diesen Radau veranstaltet. Nein, das war nicht das ungarische Parlament. Und noch weniger war es das ungarische Land. Ungarn schreit nicht, Ungarn tobt nicht, Ungarn keift nicht, Ungarn hat ganz andere Dinge im Kopf, als sich die Kurzweil eines derartigen Spektakels zu bereiten. Mit dem düsteren Ernst, den das Bewußtsein, für das eigene bedrohte Leben zu kämpfen, verleiht, in harter Entschlossenheit und stolzer Würde schwingt Ungarn seit länger als zwei Jahren gegen eine Welt von Feinden sein altes, in neuem Ruhm erstrahlendes Schwert. Den Willen und das Auge hält es unverwandt auf ein einziges Ziel gerichtet: auf den Sieg! Es muß siegen, wenn es weiter leben will. Es muß siegen, da es weiter leben will. Kein anderer Gedanke regt sich in seiner Seele, keinen anderen Wunsch läßt es aufkeimen im Herzen. Als Sünde gegen sich selbst weist es die Versuchung von sich, von der Kraft, die ihm Gott gegeben, auch nur das geringste Partikelchen an Dinge, die abseits von der zum Siege führenden Bahn liegen, zu verschwenden. Als es in den Krieg eintrat, war es sich dessen klar bewußt, daß der Kampf, den es zu führen haben wird, nicht in schnurgerader Linie empor zu dem sonnigen Gipfel des Sieges führt. Es hat gewußt, daß der Krieg sich in Wellenlinien bewegt, daß er Höhen und daß er Tiefen hat, schwindelnde Höhen, wo man leicht den Verlockungen des Dünkels erliegt, und Abgrundtiefen, wo jedes Zagen leicht den Willen zum Kampfe knickt. Und entschlossen war es vom Anbeginn, sich den Uebermut sowohl wie den Kleinmut vom Leibe zu halten. In den sonnigen Tagen des Kriegsglücks war unser Volk nie übermütig, in Stunden schwerer Heimsuchungen hat es nie den Kopf und das Herz verloren. Seine Soldaten haben auf den Schlachtfeldern wie Löwen gekämpft, und das Volk im Hinterlande hat durch seine unverdrossene Arbeit, durch sein stummes Dulden, durch seine unbeugsame Standhaftigkeit mitgearbeitet an dem Siege, den wir erringen müssen, wenn wir nicht untergehen wollen, den wir erringen werden, weil wir es zustande gebracht haben, uns als ein starkes Volk in diesem beispiellos schweren Ringen zu bewähren.

Ungarn hat gestritten und gelitten für den Sieg, und leiden und streiten wird es unentwegt, kein Zagen noch Schwanken kennend, bis der Schall der Friedensglocken ihm das Ende aller Prüfungen verkündet. Nein, was heute im Parlament sich in Tumulten auszuleben versuchte, war nicht das ungarische Volk. Von den Energien, die es besitzt, verschleudert dieses Volk kein einziges Atom in einem innerpolitischen Binnenkrieg, an dem nur unsere Feinde ihre Freude haben können. Als einen Schimpf an ihrer Würde, an ihrer Mannhaftigkeit würde es die Nation empfinden, wenn man ihr zumutete, mit solchen Vorgängen etwas gemein zu haben. Sind Fehler begangen worden? Sie werden nicht ungesühnt bleiben. Die richterliche Gewalt der Nation ist nicht erloschen; sie macht von ihr nur keinen Gebrauch, so lange es gilt, den auswärtigen Feind, der es auf unser Leben abgesehen hat, niederzuringen. Gab es Fehler, so werden ihre Urheber dem Volke Rede und Antwort stehen. Aber nicht jetzt, nicht mitten im Kampfe gegen die Widersacher, die unsere Vernichtung planen; nicht während noch die einmütigste Kraftentfaltung von Staat und Volk aufzubieten ist, um den Anschlägen gegen unser Leben zu wehren. Was eine kleine Fraktion heute in der Volksvertretung ins Werk zu setzen trachtete, das wäre eine Zersplitterung der nationalen Kräfte. Das ist nicht der Weg zum Siege. Das ist der Weg zum Untergang, zum moralischen Zusammenbruch. Siebenbürgens Grenzmarken hat der Feind überschritten. Kann jetzt das Volk ein anderes Ziel haben, als den tückischen Räuber zu zerschmettern? Was wir an Zorn aufzubringen vermögen, muß in einer einzigen Flamme auflodern und den tückischen Räuberstaat verzehren. Das ist der Wille des ungarischen Volkes, das ganz genau weiß, daß jetzt die Schicksalswürfel über sein ganzes Leben fallen. Wer den Zorn, dessen Blitze auf das Verbrecherhaupt des Feindes niedersausen sollen, abzulenken versucht auf Parteikämpfe, in denen die alte Mißgunst, der bisher beschworene Geist der Zerklüftung wieder aufleben möchte, begeht ein Verbrechen am Vaterland.

Was will eigentlich das faktiöse Treiben, das sich heute zum Worte gemeldet hat? Der Politiker, der seinen Namen als Flagge zu diesem Treiben hergibt, hat es in pathetischen Worten ins Land hinein gerufen: „Jeder, in dessen Brust ein ungarisches Herz schlägt, will gern Gut und Blut für Siebenbürgen opfern, unser Leben wollen wir einsetzen, unsere Kinder jegnend in das Völkergemetzel entsenden, unsere Frauen und Mädchen werden ihr Geschmeide auf den Altar des Vaterlandes bringen. All dies aber unter einer einzigen Bedingung: — die Regierung muß vorerst abdanken!" Man traut den eigenen Ohren kaum. Wie? Das Vaterland ist in Gefahr und es finden sich Ungarn, die ihr Mitwirken an seiner Errettung an Bedingungen knüpfen? Und wären es noch Bedingungen, die den großen Zuschnitt dieser großen Zeit haben! Bedingungen, die sich auf das Kriegsziel, das um den Preis des in so reichen Strömen vergossenen Blutes erreicht werden soll, bezögen! Bedingungen, die die Zukunft beträfen, der das Vaterland nach errungenem Endsiege entgegengeführt werden soll! Nein, nicht von solcher Art sind die Bedingungen des Grafen Michael Károlyi. Ueberhaupt ist es nur eine einzige Bedingung, von der aber will Graf Károlyi nicht lassen: — die Regierung soll gehen! Und wenn sie nicht geht? Soll Ungarn zur Strafe dafür, daß es diesem Machtgebot sich zu fügen weigert, dem Untergang verfallen? Siebenbürgen, dies strahlendste Kleinod in der Krone unseres Landes, soll es der Räuber entreißen dürfen, weil die einzige Bedingung des Grafen Károlyi unerfüllt geblieben ist? Für solche ungeheuerliche Verirrung gäbe es nur eine einzige Erklärung: sie erschiene begreiflich, wenn sie sich darauf berufen könnte, gerade aus den Vorgängen der jüngsten Tage die Verderblichkeit des gegenwärtigen Regimes erkannt zu haben. Aber schon vor vielen Wochen, als von dem meuchlerischen Ueberfall Rumäniens noch gar keine Rede war, hat ja Graf Michael Károlyi seinen Austritt aus der Unabhängigkeitspartei mit der Auffassung begründet, daß der parlamentarische Burgfriede zertrümmert werden muß, da es keine dringendere Aufgabe geben kann, als die gegenwärtige Regierung aus dem Sattel zu werfen. Man hätte meinen sollen, daß die seither ernster gewordene Kriegslage den Grafen Károlyi bestimmen würde, die Befreiung Siebenbürgens und die Zerschmetterung des eidbrüchigen Räubers allen übrigen Aufgaben als die wichtigste und dringlichste voranzustellen. Daß er die Parteigehässigkeit so weit treibt, den Kampf für die Befreiung Siebenbürgens von dem Rücktritt der Regierung abhängig zu machen, ist fürwahr selbst seinen politischen Gegnern eine peinliche und schmerzliche Ueberraschung.

Wir sagen es noch einmal: wenn Fehler begangen worden sind, so dürfen sie und werden sie nicht ungesühnt bleiben. Niemand will sie ja vertuschen. Der Verantwortlichkeit für die gewiß traurigen Ereignisse, die überraschend über uns gekommen sind, will sich niemand entziehen. Aber alles hat seine Zeit. Nicht während der Feind unseren Boden entweiht, hat das Strafgericht stattzufinden. Ungarns Volk sieht die Gefahr, die ihm naht, und mit seiner ganzen Kraft will es sich dem Feinde entgegenwerfen. Jetzt gilt es, auf den Schlachtfeldern zu kämpfen und im Hinterlande zu wirken für den glücklichen Ausgang des großen Kampfes, der seiner Entscheidung heranzureifen scheint. Erst wenn der Feind geschlagen ist, darf das alte Parteigezänke wieder aufleben. Wer bis dahin die Kraft der Nation in solchen Zwistigkeiten verzetteln will, fordert durch seinen Frevel das Schicksal heraus. Zwei Jahre hindurch sind wir einig und stark gewesen. Darf der Jungbrunnen, aus dem wir unsere Kraft geschöpft, jetzt verschüttet werden? Eine schwere Verantwortung laden die Männer auf sich, die der Welt die unerquicklichen Schauspiele, wie sie heute unser Parlament erlebt hat, bieten. Wenn sie mit ihrem patriotischen Gewissen zu Rate gehen, werden sie noch über Nacht den Weg zur Umkehr finden. Verfehlen sie ihn, oder weigern sie sich, ihn zu suchen, so werden sie selbst die Folgen ihrer Verblendung zu tragen haben. Das von tausend Gefahren umdräute Vaterland, das bisher mit mächtigen Schritten dem Siege entgegeneilte, darf, dem Ziele so nahe, nicht über den Strohhalm des Parteihaders straucheln. Die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte ist das oberste Gebot der Stunde, dem niemand sich entziehen darf. Und wer über Fehler klagt, die in der Kriegführung begangen worden, darf sie nicht durch den größten und schwersten aller Fehler, durch die Wiedererweckung der die Nation spaltenden Parteigegensätze, reparieren wollen.

Morgenblatt.

eichspost.

s Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

für auswärts.

Bezugspreise:

bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich . . . . . K 3.90
vierteljährlich . . . . . „ 11.50
halbjährlich . . . . . „ 23.—

Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 4.60
vierteljährlich . . . . . „ 13.50
halbjährlich . . . . . „ 27.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 3.90
vierteljährlich . . . . . „ 11.50
halbjährlich . . . . . „ 23.—

Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

1916 XXIII. Jahrgang

Reichspost
6/1

an der Somme.

r Bukarest.

haftsmitglieder durch enland.

köstliche Buchenland und Galizien, diese Nährquellen Oesterreichs, die gleich zu Kriegsbeginn der Strom der feindlichen Massenarmeen überschwemmte und die zum Teile jetzt abermals der feindlichen Ueberflutung ausgesetzt sind, die in ewigem Frühling prangende Landschaft am Isonzo, die stolzen Berge der Tiroler Dolomiten, die danteske Wildnis an der Etsch von Rovreit bis zur Berner Klause und der strahlende Südlandsgarten am Gartensee und in den Judikarien, sie alle stehen an Wert für die Monarchie hinter dem ehrwürdigen Kulturboden der Sieben Burgen nicht im mindesten zurück. Und als die Südspitze Dalmatiens und Landstriche von Bosnien und der Herzegovina vorübergehend dem Feinde preisgegeben werden mußten, dem Mutterherzen der Monarchie, der all ihr rechtmäßiger Besitz und alle ihre Kinder gleich teuer sind, ging es nicht minder nahe als jetzt, da feindliche Tücke ihr ein anderes Stück Fleisch aus dem Leibe zu schneiden wußte. Der verräterische Ueberfall auf Siebenbürgen kann und darf keine anderen Empfindungen und Gedanken in uns wachrufen, als es jene waren, die jeden Bürger der Habsburger Monarchie seit dem Tage beseelen, da übermächtige Feinde im Norden und Süden des Reiches kostbare Kleinodien aus der Kaiserkrone zu brechen suchen; er muß uns nur noch entschlossener in der Verteidigung unseres Eigentums gegen das Pack der Räuber und Diebe machen, die es bedrohen.

Es muß überraschen, daß bei solcher Sachlage die Opposition im ungarischen Abgeordnetenhause noch in der Laune ist, ihre Zeit und Fähigkeiten an das noch aus Friedenszeiten herübergeschleppte Problem zu verschwenden, wie man die derzeitige Regierung stürzen und durch eine andere ersetzen könnte. Das mag — wir wollen es nicht untersuchen — ein mehr oder minder löbliches Beginnen oder doch ein interessantes Spiel für ruhigere Zeitläufte sein, jetzt sollte der echte unverfälschte Patriotismus, dessen eigentliche Auslese doch im oppositionellen Drei-Grafenlager versammelt ist, sich eine nützlichere Beschäftigung wissen. Wenn man sich gegenwärtig hält, daß die von der Opposition schon längst gewünschte Berufung eines Ministeriums aller Parteien für Kriegsdauer nur an der Justamentforderung scheiterte, daß Graf Tisza, also der Mann, der sich des vollen Vertrauens der übergroßen Parlamentsmehrheit erfreut und schon deshalb nach den unverjährbaren Grundsätzen des avitischen ungarischen Parlamentarismus als der einzig Berufene zur Führung der Regierungsgeschäfte erscheint, in der Versenkung verschwinden müsse, weil die Oppositionsführer an seiner Person Anstoß nehmen und mit dem Retter des ungarischen Parlamentarismus aus Schmach und Schande und Unfähigkeit nicht an einem Tische sitzen mögen, so erhält man zur Wertung der ausgerechnet in der jetzigen Lage begonnenen Wiederbelebung des Kampfes der Opposition gegen die Person des Ministerpräsidenten erst den richtigen Maßstab. Will man nicht aus einzelnen höchst merkwürdigen Aeußerungen oppositioneller Sprecher in der heutigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses den Schluß ziehen, daß einzelnen Parlamentariern unter dem Eindruck der rumänischen Ueberrumpelung die Fähigkeit entrutschte, die vielgerühmte Tapferkeit der ungarischen Nation würdig zu verdolmetschen, so kann man sich doch des Bedauerns nicht enthalten, daß die

Front gegen den äußern Feind!

Zu den heutigen Reden im ungarischen Abgeordnetenhause.

Wien, am 5. September.

Ob es eine Schande ist, von ehrloser Heimtücke getäuscht und überrumpelt zu werden, das mag in ruhigeren Zeitläuften gewissenhaft untersucht und entschieden werden; für die Gegenwart ist es eine Doktorfrage. Wir wissen es seit heute aus dem Munde des ungarischen Ministerpräsidenten, daß es dem ehrenwerten Herrn Bratianu gelungen ist, zwar nicht über sein Verrätervorhaben selbst, wohl aber über den Zeitpunkt des rumänischen Losschlagens die diplomatischen und militärischen Führer der Mittelmächte und ihrer Verbündeten irre zu führen, die trotz aller Weltkriegserfahrungen einen schäbigen Rest von Anstand bei dem rumänischen Nachbar und vieljährigen Bundesgenossen und Stipendisten der Monarchie vorausgesetzt hatten. Es war eine falsche Rechnung, wie es noch jede war, die von unseren Feinden nicht das Allerschlimmste und Schändlichste annahm.

Rumänien verdankt seiner Heimtücke die Möglichkeit des Einbruchs in Siebenbürgen, so wie Judas nach seinem Verrat sich kurze Zeit des Besitzes von dreißig Silberlingen erfreuen konnte. Für Oesterreich-Ungarn hatte der gelungene Betrug Bratianus, es besteht kein Grund, es zu leugnen, schmerzliche Opfer zur Folge. Sie müssen mit jener eisernen Willenskraft getragen werden, wie alle anderen Heimsuchungen des furchtbaren Krieges getragen wurden. Siebenbürgen ist nicht das erste und einzige Gebiet der Monarchie, über das sich die Flut feindlicher Horden ergießt, vor denen die von den Ereignissen überraschte Bevölkerung, soweit sie es noch vermochte, unter Zurücklassung von Hab und Gut ins Innere des Reiches flüchten mußte. Das

Neues Wiener Tagblatt
6/IX. 1916

II
45

Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

haben, vor der Tagesordnung das Wort zu ergreifen.

Zunächst erteilt der Präsident dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza das Wort, worauf auf der äußersten Linken wieder großer Lärm ausbricht, der sich während der Rede des Ministerpräsidenten fortwährend erneuert, so daß sich der Präsident wiederholt genötigt sieht, Ordnungsrufe zu erteilen. Die andern oppositionellen Parteien verhalten sich ruhig.

Die Rede des Grafen Tisza.

Ministerpräsident Graf Tisza ergreift unter großer Unruhe das Wort.

Der Präsident läutet.

Abg. Johann Justh (dazwischenrufend): Wie wenn er abdanken will!

Abg. Julius Justh ruft: Abdanken, abdanken!

Der Präsident läutet und sagt: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Julius Justh ruft: Das Land hat das Wort und nicht der Ministerpräsident!

Ministerpräsident Graf Tisza sagt: Ich wünsche nur für eine kurze Weile die Geduld des Hauses in Anspruch zu nehmen. Die Aufgabe, die einer Regierung obliegt, wenn von der Kriegserklärung einer Regierung die Rede ist . . .

Abg. Wilhelm Sümegi (dazwischenrufend): Verächtlicher Ueberfall, nicht Kriegserklärung!

Ministerpräsident Graf Tisza (fortfahrend): In andern Fällen, wenn zwischen Nationen, die sich halbwegs unter die Kulturmenschheit rechnen, ein Kriegsfall eintritt, pflegen der kriegerischen Verwicklung diplomatische Verhandlungen oder Reibungen vorherzugehen. Jener Staat, der gegen den andern aggressive Absichten hegt, hat in der Regel gewisse Forderungen formuliert oder wenigstens den Schein in dieser Richtung gewahrt.

Abg. Johann Justh: Man hat Sie angeführt, danken Sie ab.

Der Präsident ruft den Abg. Johann Justh zur Ordnung.

Abg. Julius Justh (dazwischenrufend): Sie haben vor zwei Wochen gesagt, daß Siebenbürgen verteidigt ist.

Der Ministerpräsident fährt nach verschiedenen Zwischenrufen fort: Von allem andern abgesehen, glaube ich, daß das heiligste Interesse der ungarischen Nation es erfordert, daß das ungarische Abgeordnetenhaus in diesem Augenblick . . .

Abg. Ludwig Hollo: Das Land mag zugrunde gehen, nur Sie sollen bleiben! (Fortwährende Unruhe auf der Linken und auf der äußersten Linken.)

Ministerpräsident fortfahrend: Ich möchte niemandes Intentionen verdächtigen, aber ich bitte die Herren Abgeordneten, zu bedenken, wie solche Szenen nach außen hin wirken.

Nach verschiedenen Zwischenrufen sagt der Ministerpräsident: Ich werde seinerzeit für alles einstehen und die Verantwortung tragen.

Abg. Geza Polonyi: Wenn man Sie überlistet hat, so demissionieren Sie!

Abg. Julius Justh: Sie haben nur eine Entschuldigung: Abdanken!

Der Präsident ruft den Abg. Justh nochmals zur Ordnung.

Ministerpräsident (fortfahrend): Ich bitte die Herren Abgeordneten, überzeugt zu sein, wenn es in diesem Hause möglich sein wird, mir Gehör zu verschaffen, so werde ich auf alles die Antwort geben, insoweit dies unter den heutigen Umständen möglich ist. Ich wünsche, mich in diesem Augenblicke aller weiteren Bemerkungen zu enthalten, und wünsche nur, eine kurze Erklärung mit Bezug auf die rumänische Kriegserklärung und den rumänischen meuchlerischen Ueberfall abzugeben. Ich wiederhole, meine Erklärung kann sehr kurz sein, da ich nicht in der Lage bin, über irgendwelche diplomatische Antezedenzien des Krieges mich zu äußern. Die Weltgeschichte zeigt unzählige Beispiele, daß der eine Nachbar aggressive und böse Absichten gegen den andern Nachbarn gehegt hat. Aber so weit wir auf geschichtliche Zeit zurückblicken können, hat jede Macht ein gewisses Schamgefühl besessen, das sie veranlaßte, gewisse Forderungen aufzustellen, sie zu formulieren und Verhandlungen einzuleiten. Nur nachdem diese Verhandlungen keinerlei Erfolg gehabt haben, wurde der Krieg erklärt. (Lebhafte Zustimmung.) Als die Kriegserklärung in Wien überreicht wurde, sind an der Grenze schon Schüsse gewechselt worden. Ein solcher meuchlerischer Ueberfall steht ohnegleichen da. Dieses Verfahren, über das ich mich nicht weiter verbreiten will, hat mit Bezug auf den Zeitpunkt des Ueberfalles jedermann in Irrtum führen können und jedermann in Irrtum geführt. (Lebhafter Widerspruch auf der Linken und auf der äußersten Linken.) Dieses Verfahren hat alle diplomatischen und militärischen Faktoren auch unsres Bundesgenossen in Irrtum geführt. Jedermann war im reinen darüber, daß Rumänien rüstet und daß, wenn es auch nicht schon ganz bereit ist — denn es war nicht bereit —, es der Bereitschaft nahe ist. Die verbündeten Heeresleitungen haben sich auf diesen Fall vorbereitet, und sie haben für den Fall eines rumänischen Angriffes über alles einverständlich die auf Grund eines zusammenhängenden Planes vorzunehmenden Operationen festgestellt. Die darauf bezüglichen Vorkehrungen wurden in Angriff genommen, sowohl in Bulgarien als auch an der Grenze von Ungarn.

Abg. Stephan Zlinszky ruft dazwischen: Auch in Siebenbürgen!

Ministerpräsident Graf Tisza: Jawohl, auch in Siebenbürgen. Der rumänische Ueberfall trat ein, bevor die Vorkehrungen vollständig getroffen waren. Niemand ist mehr betrübt als ich, daß dieser meuchlerische Ueberfall über viele Tausende unsrer Grenzbewohner Leiden verhängt hat, die sonst zu vermeiden gewesen wären, aber ich hoffe zu Gott, daß Rumänien seinem Schicksal nicht entgehen wird. Diese Vorkehrungen, die festgesetzt waren, werden mit der größten Schnelligkeit fortgesetzt, und ich hoffe, sie werden in kurzer Zeit ihre Früchte tragen. Die Treue und die Fähigkeit unsrer Bundesgenossen, da sie Schulter an Schulter mit uns kämpfen, wird glänzender strahlen als jemals. Unsre Truppen werden diesen Angriff zum Stehen bringen. Ich vertraue auf den Gott der Ungarn, daß die heroischen Tugenden, die uns über so viele Gefahren hinweggeholfen haben und die in allen Prüfungen dieses Krieges so hell erglänzten, sich auch diesmal bewähren werden.

Abg. Martin Lovaszy (dazwischenrufend): Beim Stochodknie!

Ministerpräsident: Sie werden sich überall bewähren, wo es notwendig ist, daß sie sich bewähren. Wir müssen diesen Krieg auf allen Kriegsschauplätzen gewinnen. Wir verteidigen Siebenbürgen am Stochod so gut wie in Brasso. Jene tapferen ungarischen Truppen, die in weiter Ferne gegen Rußland kämpfen, kämpfen auch für Siebenbürgen.

Ein Zwischenruf: Warum wurde Siebenbürgen nicht befestigt?

Ministerpräsident: Auch nach Siebenbürgen werden ungarische Truppen gesendet. Ungarische Truppen kämpfen heroisch und erfolgreich auf allen Kriegsschauplätzen, und so wie in Siebenbürgen deutsche Truppen Arm in Arm mit den ungarischen Truppen für das gemeinsame Ziel kämpfen, verteidigt dort auch derjenige Teil der ungarischen Armee, die in weiter Ferne kämpft, den heiligen Boden des Vaterlandes. Wir müssen auch dort siegen, um Siebenbürgen aus den Krallen des Räubers zu befreien. Es muß die Aufgabe und das Verdienst der ungarischen Nation sein, diesen Krieg siegreich bis zum Ende zu führen. Uns aber obliegt die Pflicht, die Kraft, welche die ungarische Nation mit über alles Lob erhabenem Patriotismus und Selbstaufopferung bewiesen hat, uns obliegt die Pflicht, diese Kraft der ungarischen Nation zu repräsentieren und in dem für die Existenz der Nation geführten Kampf die Einheit der Nation unverbrüchlich zu behaupten. (Stürmischer Beifall und begeisterte Eljenrufe.)

* * *

Eine rumänische Erklärung.

Abg. Pop-Csicso (Rumäne) verliest im Namen der Abgeordneten rumänischer Nationalität folgende Erklärung:

Geehrtes Haus! Die ungarländische rumänische Nationalitätenpartei hat mit tiefer Bestürzung die Kunde vernommen, daß das uns benachbarte Rumänien in die Reihe unsrer Feinde getreten ist und der Monarchie den Krieg erklärt hat. Mit tiefer Bestürzung haben wir die Kunde vernommen, denn wir haben es stets für unmöglich gehalten, daß Rumänien gegen jene Monarchie in den Kampf trete, in welcher unter dem Schutze der glorreichen Habsburger-Dynastie mehrere Millionen Rumänen in Treue und in erfreulicher Entwicklung leben, und wir haben es für unmöglich gehalten, daß sich Rumänien mit dem russischen Reiche verbinde, mit Rußland, welches das Dasein der rumänischen Sache am meisten bedroht. Ist es doch eben die Geschichte Rumäniens, welche Zeugnis ablegt von der Undankbarkeit und Perfidie Rußlands.

Ein Jahrtausend hindurch hat das rumänische Volk Ungarns in brüderlicher Einigkeit mit dem Ungartum sein Vaterland gegen jeden äußeren Feind verteidigt, und im Verlauf des jetzigen Krieges, wie dies alle hiezu berufenen Faktoren anerkennen, haben die Soldaten rumänischer Nationalität heldenmütig Zeugnis abgelegt von ihrer Treue zu Thron und Vaterland. Die Daheimgebliebenen aber haben zusammen mit allen übrigen Völkern Ungarns jedes Opfer gebracht für unsre glorreiche Armee und im Interesse des endgültigen Sieges. Unverbrüchlich ist die Treue des ungarländischen rumänischen Volkes zu Thron und Vaterland. Die unerwartete Kriegserklärung kann sie nicht erschüttern, und das rumänische Volk wird wie bisher auch in Zukunft gegen jeden Feind, mag er kommen, woher er wolle, sein ungarisches Vaterland und den Thron seines Apostolischen Königs mit Blut und Gut und mit allen Opfern, deren es fähig ist, zu schützen wissen.

Diese Erklärung abzugeben, habe ich für meine Pflicht gehalten, nicht etwa als ob innerhalb des Rahmens dieser Monarchie irgend jemand an der Treue des rumänischen Volkes zweifeln könnte, aber wir wollten auf diesem Weg die auswärtigen Faktoren über die Wahrheit aufklären, jene, die in der neuesten Phase dieses Weltkrieges von der rumänischen Bevölkerung vielleicht voraussetzen könnten, daß sie in der Treue zum Thron und zum ungarischen Vaterland unter gewissen Umständen wankend zu werden vermöchte.

Ich bitte das geehrte Haus diese meine Erklärung zur Kenntnis zu nehmen.

Die Erklärungen der Oppositionsführer.

Graf Albert Apponyi:

Abg. Graf Albert Apponyi (Unabhängigkeitspartei) gibt im Namen seiner Partei und, wie er meint, des ganzen Hauses der Freude über diese Erklärung Ausdruck, die außerordentlich dazu beitragen werde, den besonders im Auslande verbreiteten böswilligen Anfeindungen entgegenzutreten. Er führt weiter aus: Die neue Phase des Weltkrieges macht die Pflicht des ungarischen Abgeordnetenhauses nicht so einfach, wie sie bisher war. Als einfacher Staatsbürger hat heute jeder die Pflicht, mit Anspannung aller Kräfte daran mitzuwirken, durch unsern Selbstverteidigungskampf dem verbrecherischen Angriff der rumänischen Räuber Widerstand zu leisten und den Boden des Landes zurückzuerobern, doch als Abgeordnete haben alle jene, die hier im Hause sind, die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß für die weitere Fortsetzung des Krieges alle objektiven wie auch persönlichen Garantien vorhanden seien, daß alles in den richtigen Bahnen gehen werde, und dieser Pflicht können die ungarischen Abgeordneten nicht mehr durch Stillschweigen, durch Vermeidung

Neues Wiener Tagblatt
6/IX. 1916

III

46

Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

werden. Wir fordern, daß ungarisches Gebiet von ungarischen Soldaten geschützt werde! (Großer Lärm, Beifall und Eljenrufe auf der Linken.) Jeder Ungar wird alles dafür opfern, um Siebenbürgen zu schützen, Gut und Blut und Leben, sein eigenes Leben und das seiner Kinder; und wie einst, in früheren großen Zeiten, werden die Frauen und Mädchen all ihren Schmuck auf den Altar des Vaterlandes legen. Ich wiederhole: Es gibt keinen Ungar, der für Siebenbürgen nicht zu allem, aber auch zu allem bereit wäre, jedoch unter einer einzigen Bedingung, nur unter einer einzigen Bedingung: Jene Männer, die bisher an der Spitze des Landes gestanden haben, mögen abdanken. (Großer Beifall links.)

Stephan Rakovszky:

Abg. Stephan Rakovszky erklärt, er sei überzeugt, daß die ungarische Nation ohne Unterschied alle ihre Kräfte aufbieten werde, um den niederträchtigen Gegner nicht nur über die Grenzen des Landes zurückzutreiben, sondern ihn auch unerbittlich nach Verdienst zu züchtigen. Aber zu einer Zeit, da die Nation zur vollsten Anspannung aller ihrer Kräfte angeeifert werde, müsse auch strengste Kritik an allen begangenen Unterlassungen und Fehlern geübt werden. Im Magnatenhause habe der Ministerpräsident auf die Anfrage des Grafen Aladar Zichy erklärt, daß die Grenzen Siebenbürgens bei dem überraschend gekommenen Einbruch der Rumänen nicht genügend verteidigt werden konnten, weil nicht genug Militär zur Verteidigung der 600 Kilometer langen Front zur Stelle gewesen sei und die Gefahr der Umzingelung der geringen Kräfte obwaltet habe.

Nach Ansicht des Redners wäre das ein geringeres Unglück gewesen, als die plötzliche über Nacht erfolgte Flucht Hunderttausender von Szeklern aus ihren Heimstätten. Wenn unsre Truppen an den Grenzen nichts andres geleistet hätten, als auch nur einen Tag den Einbruch aufzuhalten und somit die Möglichkeit zu bieten, daß diese Bevölkerung in Ordnung unter Mitnahme ihrer Habe sich hätte zurückziehen können, so hätten sie sich dadurch allein die vollste Anerkennung des ganzen Landes gesichert. Aber nicht das sei die Ursache dieser Ueberraschung gewesen, sondern die volle Unorientiertheit des Ministerpräsidenten. Die Majorität erweise dem Ministerpräsidenten keinen guten Dienst, wenn sie hier Ausflüchte, wie die gehörten, beifällig aufnehme. Die Stellung des Ministerpräsidenten wäre viel stärker, wenn er maßgebenden Ortes darauf hinweisen könnte, daß die vorgefallenen Unterlassungen sogar in seinem eigenen Lager Entrüstung hervorgerufen haben. In diesem Augenblicke könne hier nicht von persönlichen Sympathien oder Antipathien die Rede sein. In diesem Augenblick würde Halsstarrigkeit nur ein Unglück bedeuten. Die Stellung und die Aufgabe des Ministerpräsidenten sei zwar eine schwierige, aber es wäre seine unerläßliche Pflicht, zu erklären, daß es ihm gegen seine eigenen Antipathien, gegen seine Vorurteile und gegen seine Ueberzeugung, eventuell mit Aufopferung seiner Persönlichkeit gelungen sei, die vitalen Interessen des Landes zu wahren! Redner wolle die Bona fides und die volle Unorientiertheit des Ministerpräsidenten zugeben, aber wo sei seine Kraft und sein moralischer Einfluß, da er habe dulden müssen, daß so viele Ungarn bodenflüchtig geworden sind. Es werde der Anspannung sämtlicher Kräfte, der Zusammenfassung sämtlicher nationalen Werte bedürfen, um die geschehenen Fehler wieder wettzumachen, den Feind zu zwingen, das gesegnete Land wieder zu verlassen, und dem Land in hoffentlich naher Zukunft einen guten Frieden zu sichern. (Beifall links.)

Replik des Grafen Tisza.

Ministerpräsident Graf Tisza: Indem ich das Wort ergreife, um auf einzelne Bemerkungen vorher erklungener Reden zu reflektieren, will ich keinen Augenblick jener Pflicht vergessen, welche ich besonders von diesem verantwortungsvollen Platz der Nation schulde. Wie sehr auch die Versuchung naheliegt, auf gewisse Fragen zu antworten und gewisse Behauptungen zu widerlegen, will ich dennoch in diesem Augenblick mich allem enthalten, was geeignet wäre, die Parteikämpfe zu verschärfen. Deshalb will ich diesmal mich mit dem größten Teil der Rede des Abg. Stephan Rakovsky nicht beschäftigen. Ich befürchte, es wird sich noch Gelegenheit bieten, jene Themen zu besprechen, mit welchen ich mich jetzt nicht befasse.

In betreff dessen, was der Herr Abgeordnete vorgebracht hat, will ich mich hauptsächlich darauf beschränken, auf das energischeste dagegen zu protestieren, daß die Lage so hingestellt wurde, als stünde die Nation am Rande des Abgrundes, als lebten wir in der letzten Stunde, in der Zeit tödlicher Gefahr. Der Herr Abgeordnete sagte selbst im nächsten Moment, daß er von unserm Sieg überzeugt ist. Wenn also der Herr Abgeordnete an unsern Sieg glaubt, muß ich ihn sehr darum ersuchen, sich nicht zu solchen Aeußerungen hinreißen zu lassen, welche in schroffstem Gegensatz zu diesem Vertrauen stehen. Und dieses Ersuchen richte ich an alle jene, die dieselben politischen Gefühle leiten, welche uns durchdringen. (Lärm. Zwischenrufe: Unterrichten Sie uns nicht! Sprechen Sie von Burian!)

Dieser schreckliche Krieg richtete auch in andern Ländern Verheerungen an. Die schönsten Teile Frankreichs befinden sich in feindlichem Besitze. Lange hindurch waren große Gebiete des mit uns unter einem Herrscher stehenden österreichischen Staates in der Hand des Feindes. Das deutsche Heer war genötigt, einen beträchtlichen Teil Ostpreußens zu evakuieren. Diese Gebiete waren militärischerseits evakuiert, die deutsche Bevölkerung blieb dort, und es steht noch in jedermanns Erinnerung, welche schrecklichen Grausamkeiten diese Bevölkerung erdulden mußte. In allen diesen Fällen kam das Mitgefühl der ganzen Nation den solchen Leiden ausgesetzten Mitbürgern gegenüber zum Ausdruck. Dies ist nur natürlich. Doch kenne ich kein Beispiel, daß ein solch bedauernswerter Vorfall in der Gesetzgebung eines Landes solche Szenen herbeigeführt hätte. (Lärm.)

Wenn wir davon sprechen, daß ein großer Teil der siebenbürgischen Bevölkerung solchen Leiden ausgesetzt ist, muß vor allem konstatiert werden, daß von den durch den Feind bedrohten Gebieten, soweit bis heute bekannt, sich die Bevölkerung nichtrumänischer Muttersprache mit sehr wenigen Ausnahmen entfernt und den größten Teil ihres Viehbestandes fortgeschafft hat. (Lärm. Rufe: Das ist nicht wahr!) Entschuldigung, aber ich weiß, daß dies so ist. Ich muß darauf verweisen, daß die Herren Abgeordneten Behauptungen aufstellen, Fragen an mich richten und uns mit Anklagen überhäufen, und dann es unmöglich machen, daß derartige Behauptungen richtiggestellt werden. Die Herren Abgeordneten mögen davon überzeugt sein, daß diese bedauerlichen Erscheinungen weder die Wahrheit totschweigen, noch uns daran verhindern werden, mit Anspannung aller Kräfte unsre Pflicht zu erfüllen. Die Herren Abgeordneten verlangen von der Regierung Rechenschaft. Dazu haben sie volles Recht. Anklagen und Beschuldigungen werden erhoben, weil die Evakuierung nicht in größerer Ordnung vor sich gegangen ist. Diesbezüglich muß ich erklären, daß seitens der Regierung für den Fall eines etwaigen rumänischen Angriffes die notwendigen Vorkehrungen getroffen wurden, damit die eventuell gefährdete Bewohnerschaft und deren bewegliches Gut in Sicherheit gebracht werden. Diese Maßnahme konnte nicht darin bestehen, daß wir die Bewohnerschaft aufforderten, ihr Heim zu verlassen zu einer Zeit, wo wir nicht sicher wußten, ob ein Angriff seitens Rumäniens überhaupt erfolgen wird, und wenn ja, zu welcher Zeit.

Und wenn die Herren Abgeordneten darauf verweisen, daß die Ernte dieser Gebiete hätte gerettet werden müssen, muß ich darauf verweisen, daß es eben von diesem Gesichtspunkte aus der größte Fehler gewesen wäre, dort die wirtschaftlichen Arbeiten abzubrechen zu einer Zeit, wo die Ernte noch nicht gedroschen war.

Das ganze vorbereitete Vorgehen konnte nicht durchgeführt werden, weil infolge des unerwarteten meuchlerischen Ueberfalles die Bewohnerschaft der Grenzgebiete, welche tatsächlich auf das rascheste wegbefördert werden mußte, in einem solchen Seelenzustande in den inneren Gebieten des Landes eintraf, daß sie auf großen Gebieten die Bewohnerschaft alarmierte und mit sich riß und deren Weiterbeförderung auf einmal unmöglich war. Unter solchen Umständen geschah es, daß die Bevölkerung massenhaft ihr Heim auch in solchen Gegenden verließ, welche selbst noch heute weit hinter der Feuerlinie liegen und in unserm Besitz sind. Die rumänischen Streitkräfte stehen noch heute in der Nähe der Grenze und das rumänische Heer hat bloß einen kleinen Teil Siebenbürgens besetzt. Wenn nur jener Teil der Bevölkerung abgezogen wäre, welchen der rumänische Einbruch unmittelbar bedrohte, so wäre die Fortbeförderung des übrigen Teiles der Einwohnerschaft in vollster Ordnung vor sich gegangen. Aber aus Gründen, welche menschlich sehr erklärlich sind . . . (Großer Lärm.) Die Herren Abgeordneten machen die Verhandlung unmöglich. Es ist physisch unmöglich, die Verhandlung so fortzusetzen. Die Konsequenzen mögen sich die Herren Abgeordneten selbst zuschreiben.

Der Umstand, daß die Grenzbewohner im ersten Schrecken in panischer Flucht ins Innere Siebenbürgens flohen, hat so große Bevölkerungsmassen in Bewegung gesetzt, daß deren Weiterbeförderung nach dem vorher gefaßten Plan ein Ding der Unmöglichkeit war. Diese durch die Flucht großer Massen herbeigeführte Erregung übertrug sich natürlich auf große Schichten der Bevölkerung und demzufolge an einzelnen Plätzen auch auf die lokalen bürgerlichen und militärischen Behörden, welche infolgedessen auch an solchen Orten die Bevölkerung in Bewegung setzten, wo man nur ruhig hätte abwarten können, ob der Feind wirklich nahe sei. Es fällt uns nicht ein, jemand deshalb Vorwürfe zu machen; ist doch diese Erregung nur natürlich gewesen. Aber wenn wir mit entsprechender Ruhe die Sache anfassen und unsre Mitbürger, die in diese schwere Lage gerieten, einer entsprechenden Anleitung teilhaftig werden lassen, kann auch noch heute zu einem großen Teil dem Uebel abgeholfen werden.

Ein großer Teil der von der Bevölkerung verlassenen Gegend ist noch heute in unserm Besitz, und die Gendarmerie sorgt dort für die Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit. Viel mobiles Gut ist noch dort, welches wegbefördert werden kann, und ich bin überzeugt, daß, wenn wir diesbezüglich beruhigend auf die Bewohnerschaft einwirken, wenn diese von allen Seiten entsprechende Direktiven und Ratschläge erhält, kann noch manches gerettet werden, das heute schon verloren gilt. Um auf die Hauptfrage zurückzukommen, glaube ich, ein Teil wenigstens der oppositionellen Redner sieht, um mich gelinde auszudrücken, einen entschuldigenden Umstand darin, daß wir hinsichtlich des Augenblickes, in welchem der Angriff erfolgen wird, irregeführt wurden. Die gelegentlich der Evakuierung in Erscheinung getretenen Verwirrungen stehen damit im Zusammenhang. Wir wurden auf Augenblicke irregeführt, weil direkt seitens des Königs Erklärungen abgegeben wurden, nach welchen man nicht voraussetzen konnte . . . (Rufe seitens der Opposition: Dokumente beweisen das Gegenteil. Lärm.)

Ministerpräsident (fortfahrend): Nach diesen Erklärungen war ein Irrtum hinsichtlich des Eingreifens und dessen Zeitpunktes leicht verständlich. Was die rumänische Rüstung anlangt, gaben wir uns keiner Illusion hin.

Ich muß bemerken, daß in dieser Hinsicht den Bukarester Gesandten der Monarchie keinerlei Vorwurf trifft. (Lärm. Rufe: Unerhört! Der Präsident mahnt zur Ruhe.) Die Herren Abgeordneten können damit im reinen sein, daß ich hiedurch eine größere Verantwortung auf mich nehme. Ich wiederhole: In dieser Hinsicht trifft den Bukarester Gesandten der Monarchie keinerlei Vorwurf. Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß die Tatsache, ob Rumänien uns angreift oder nicht, von der mehr oder minder große Geschicklichkeit unsres dortigen Gesandten al

halbj. 9 K, viertelj. 4.50 K, monatlich 1.50 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 44 K, halbj. 22 K, viertelj. 11 K, monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 36 K, halbj. 18 K, viertelj. 9, monatlich 3.40 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 28 K, halbj. 14 K, viertelj. 7 K, monatl. 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 48 K, halbj. 24 K, viertelj. 12 K, monatlich 4.40 K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 18 K, für alle übrigen Staaten 21 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Györi & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Nepyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd" für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den „Pester Lloyd".

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 12 Heller. Abendblatt in Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

63. Jahrgang. Budapest, Mittwoch, 6. September 1916 Nr. 248

Amtlicher Bericht unseres Generalstabes.

Die „Budapester Korrespondenz" meldet:

Amtlicher Bericht. Ausgegeben am 6. September.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien:

Außer den Kämpfen vorgeschobener Nachrichtenabteilungen keine besonderen Ereignisse.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl:

An unserer Karpathenfront erneuerte der Feind gestern seine heftigen Angriffe.

Abgesehen von schwer errungenen kleinen Vorteilen, scheiterten alle Versuche des Feindes, Raum zu gewinnen.

Auch im Raume östlich von Halicz wurde mit größter Erbitterung gekämpft.

Nach mehreren vergeblichen Stürmen gelang es schließlich dem Gegner, dieses Frontstück zurückzudrücken.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

Oestlich von Zloczow brachen feindliche Angriffe, die nach heftigster Artillerievorbereitung zur Durchführung kamen, teils an den eigenen Hindernissen, teils schon in unserem Sperrfeuer zusammen.

An der übrigen Front außer mäßigem Artillerie- und Minenwerferfeuer keine besonderen Ereignisse.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 4. September abends hat eines unserer Seeflugzeuggeschwader militärische Anlagen von Venedig und Grado wirkungsvoll mit Bomben belegt.

Ein Seeflugzeug ist nicht zurückgekehrt.

K. u. k. Flottenkommando.

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 6. September.

Unsere Betrachtungen über die gestrigen Vorgänge im Abgeordnetenhause schlossen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Männer, die gestern das unerquickliche Schauspiel veranstaltet hatten, mit ihrem patriotischen Gewissen zu Rate gehen und noch über Nacht auf den richtigen Weg zurückfinden werden.

Es scheint, daß die besonneneren Elemente der Opposition in der Tat in dieser Richtung Schritte unternommen und dabei den wünschenswerten Erfolg, wenigstens für den Augenblick, erzielt haben.

Vor Beginn der heutigen Sitzung wirkten Graf Andrássy und Graf Apponyi auf diejenigen ihrer Kollegen ein, die für die heutige Sitzung Interpellationen angemeldet hatten, deren Gegenstände nicht ohne Schaden des Staatswohles einer öffentlichen Erörterung unterzogen werden könnten. Es gelang den beiden Führern, die Abgeordneten zur Zurücknahme der angemeldeten Interpellationen zu bewegen. Auf der Liste der heute einzubringenden Interpellationen würden somit nur solche Anfragen verbleiben, die ohne Nachteil wichtiger Staatsinteressen öffentlich gestellt und besprochen werden können.

Demgemäß wurde die heutige Sitzung in voller Ruhe eröffnet.

Die Stimmung zeigte nicht die Spur der gestrigen Sturmszenen. Schnell erledigte das Haus die fälligen dritten Lesungen.

Dann erhob sich Graf Julius Andrássy, um seinen Antrag betreffend die Einberufung der Delegationen zu begründen. Den Wortlaut des einschlägigen Gesetzes zitierend, betonte er die Notwendigkeit, Zulässigkeit und Erforderlichkeit der Einberufung der Delegationen. Er kam dann wieder auf die Frage nach der Unvermeidbarkeit des italienischen Krieges zurück. An der Hand des offiziellen Urkundenmaterials versuchte Graf Andrássy den Nachweis zu führen, daß ein fester, unbedingter Entschluß, den Krieg zu beginnen, vom Anfang an in Italien nicht vorherrschend war. Graf Berchtold versuchte eine Politik des Verhandelns, während Baron Burián die Auffassung vertrat und betätigte, daß es entsprechender sei, die italienischen Forderungen durch energisches Entgegentreten zu mäßigen. Daß dieses Vorgehen nicht zum Ziele führte, gehe zum Beispiel aus Erklärungen hervor, die Herr Sonnino gegenüber dem Fürsten Bülow abgab, und auch aus anderen Stücken der diplomatischen Akten, die Graf Julius Andrássy bespricht. Ohne ein endgültiges Urteil sprechen zu wollen, müsse gesagt werden, daß dieses System den italienischen Kriegshetzern zugute gekommen sei. Die Bemerkungen des Ministerpräsidenten, daß man zur Offensive von Gorlice Zeit gewinnen wollte, könne nicht stimmen, denn Gorlice war am 2. Mai. Sollte man also schon im April an Zeitgewinnung gedacht haben? Wir haben Anträge gestellt, uns erniedrigt, in Wirklichkeit nicht um Zeit zu gewinnen, sondern weil wir erschrocken waren, und zwar in schlechter Zeit. Erst nach Przemysl kamen konkrete Anträge. Doch unsere Anträge wurden, eben weil sie zur Unzeit kamen, abgelehnt und wir erniedrigten uns so weit, ununterbrochen neue Angebote zu stellen, die immer wieder abgelehnt wurden.

Auch in der rumänischen Frage seien die größten Fehler begangen worden. Graf Julius Andrássy erklärte, man wisse von Anträgen, die in ungünstiger Zeit gestellt wurden. Die Verbindung mit Bulgarien, auf die der Ministerpräsident verwies, sei dem guten und tüchtigen Geiste zu danken, der König Ferdinand und Radoslawow erfüllt. Unter großer Bewegung und stürmischer Protestkundgebung der Rechten des Hauses stellt Graf Julius Andrássy zur Erwägung, daß man auch um den Preis von Opfern hätte versuchen müssen, in Rumänien einen Regierungswechsel zu erzielen. Stürmische Rufe: „Welche Opfer?" brausen von der Rechten zum Redner, der die Antwort gibt, daß er die Legende, er habe den Rumänen drei ungarische Komitate geben wollen, dementieren müsse. In weiteren Ausführungen konnte er dann seine Meinung darlegen, es stehe außer Zweifel, daß die rumänische Regierung uns hineingelegt hat, daß wir uns hineinlegen ließen. Der große Fehler war die Unterlassung der Vorarbeit und der Vorbereitungen. Mit dem Versagen der Auslandspolitik wachse die Pflicht, sie zu kontrollieren. Es könne nicht gefordert werden, daß jene schweigen, die das Unheil sehen, auch wenn ihnen ihre Kundgebung den Vorwurf der persönlichen Aspiration einträgt.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa erhob sich nun, um dem Grafen Andrássy zu antworten. Zunächst betonte er, er habe stets dagegen Stellung genommen, daß in bezug auf den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Ungarn und Oesterreich eine Partei sich selbst die Hände binde, eine Auffassung, die nicht im Widerspruch stehe zu dem Sinne des G.-A. XII: 1867. Dieser Gesetzartikel sei hinsichtlich des Umfanges der gemeinsamen Angelegenheiten von rein deklaratorischer Natur. Einverständlich sei die Auffassung, die den ungestörten Gang der österreichischen Verfassungsmaschine wünscht und so auch die Tätigkeit der Delegation. Nun ist es fraglich, was nun, da das nicht der Fall ist, geschehen soll. Der Ministerpräsident steht auf dem Standpunkt, daß ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs ausgeschlossen sei. Wenn einmal sich die heute betonte Notwendigkeit in der dringendsten Form ergeben würde, könnte nur an die Schaffung solcher Möglichkeiten gedacht werden, die es erlauben, daß Ungarn seine im G.-A. XII: 1867 festgestellten Funktionen auch im Falle der eventuell unzulänglichen Verhältnisse in Oesterreich übe.

Die rumänischen und italienischen Probleme wollte der Ministerpräsident nur streifen. Rumänien und Italien sind von solcher Gier nach unserem Besitz besessen, daß eine Ausgleichung ihrer Aspirationen kaum denkbar erschien. Das zeigt die Tatsache des italienischen und rumänischen Vertragsbruches.

Da die Opposition den Ausführungen des Ministerpräsidenten durch ununterbrochenes Lärmen und die Inszenierung anderer Störungen hemmend entgegentrat, unterbrach Graf Stefan Tißa seine Rede, um von der Opposition ein Verhalten zu fordern, das dem Entgegenkommen entspricht, das sie von seiten der Mehrheit genießt. Entschieden trat der Ministerpräsident noch einmal dem Vorwurf entgegen, als hätte der Italien betreffende Passus seiner mehrfach berührten Rede die Loyalität unserer Angebote in Zweifel gestellt. Er verlas den Wortlaut seiner Rede, die klar und deutlich das Gegenteil dessen beweist, was u. a. zum Beispiel Abgeordneter Stefan Rakovßky in diese Rede legte. Graf Stefan Tißa erklärte, daß der Fall Przemysls für die russische Invasion keine entscheidende Bedeutung hatte, daß also Furcht und Beben unsere Haltung gegenüber Italien nicht bestimmt habe. Damit erscheint die bezügliche Bemerkung des Grafen Julius Andrássy als widerlegt. Indem der Ministerpräsident betonte, daß er in der meritorischen Debatte auf diese Fragen zurückkommen werde, schloß er unter dem Beifall der Mehrheit seine Rede.

Das Haus beschloß hierauf, den Antrag des Grafen Julius Andrássy auf die Tagesordnung zu stellen.

Es folgte die Begründung des Antrags des Grafen Albert Apponyi. Die Schwierigkeiten, die eine Einberufung der Delegation behindern, legen es nahe, die Kontrolle der auswärtigen Angelegenheiten zu ermöglichen. Die Unabhängigkeitspartei ist sich ja auch sonst der Unzulänglichkeit der Delegation bewußt. Die Kriegszeit aber ist tiefgreifenden, umstürzenden Regelungen nicht geneigt. Ein Eingriff in die Verhältnisse Oesterreichs ist unbedingt unzulässig. Es müsse anders vorgegangen werden, um die Kontrolle zu sichern. Die Delegation ist eine schwache, zweckwidrige Institution. Setzen wir voraus, wie das der Ministerpräsident tat, daß ihre Einberufung tatsächlich unmöglich ist. Es ergibt sich auf jeden Fall daraus die Notwendigkeit, den Minister des Aeußern zu kontrollieren. Das muß im Wege der Legislative geschehen, indem eine Vorlage eingebracht wird, die den Minister des Aeußern verpflichtet, im ungarischen Abgeordnetenhause zu erscheinen. Dieser Anregung dient sein Antrag.

Nachdem sich der Beifall, den die Rede des Grafen Apponyi fand, gelegt hatte, ergriff der Ministerpräsident das Wort, um ausdrücklich festzustellen, daß er bei der Feststellung exzeptioneller Möglichkeit nur größte Lebensinteressen, dringendste Notwendigkeiten vor Augen hatte.

Hierauf beschloß das Haus, auch den Antrag des Grafen Apponyi auf die Tagesordnung zu setzen. Beide Anträge, der Antrag des Grafen Julius Andrássy und der Antrag des Grafen Albert Apponyi, werden gleichzeitig zur Debatte gestellt sein.

Wenige Minuten vor 1¾ Uhr ergriff Abgeordneter Géza Antal noch das Wort, um den Bericht über die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen zu erstatten. Die Abgespanntheit des seit Tagen in nahezu ununterbrochenen Debatten ringenden Hauses hinderte ihn nicht, ein wertvolles, inhaltreiches, fachmännisch ausgezeichnetes Referat zu erstatten.

Um 2 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses nach 11 Uhr vormittags.

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Alfred Pál, Zoltán Vermes.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Baron Hazai, Jankovich, Hideghéthy.

Folgt die Tagesordnung.

Die Gesetzentwürfe über die Vermögenssteuer und über die Aufrechterhaltung der Geltung der Erwerbsteuer dritter Klasse werden in dritter Lesung angenommen.

Folgt die Begründung des Antrages des Grafen Julius Andrássy über die Einberufung der Delegation.

Graf Julius Andrássy:

Es steht außerhalb jeder Kontroverse, daß nach unserer Verfassung das gemeinsame Budget nur auf dem Wege festgestellt werden kann, den G.-A. XII:1867 vorschreibt, demzufolge das gemeinsame Budget in der Delegation festgestellt und das derart festgestellte Budget dann durch die ungarische Gesetzgebung in den ungarischen Kostenvoranschlag eingereiht wird. Tritt ein non putarem ein, das es unmöglich macht, daß das österreichische Parlament und die österreichische Delegation tätig seien, so kann die Souveränität des ungarischen Staates durch ein besonderes Gesetz verfügen, daß auch ohne die Feststellung durch die Delegation das gemeinsame Budget in den ungarischen Kostenvoranschlag eingereiht werde. Das ist auch bereits in der Vergangenheit geschehen. Aber zweifellos kann dies nur in einer Zwangslage der Fall sein und ist nur dann zulässig, wenn ein anderes Mittel nicht zur Verfügung steht. Weichen wir von dem G.-A. XII: 1867 ohne eine Zwangslage ab, so verletzen und gefährden wir die ganze 1867er Schöpfung. Dies ist namentlich in so großen Zeiten, wie die jetzigen, sehr bedenklich. Wenn wir in solchen Zeiten die Delegation für überflüssig betrachten, wenn wir glauben, daß die Verantwortlichkeit des ungarischen Ministerpräsidenten im ungarischen Parlament die Verantwortlichkeit des Ministers des Aeußern in der Delegation ersetzt, wenn wir glauben, daß in solchen Zeiten eine Institution nicht notwendig ist, in der die Ausschüsse des ungarischen und des österreichischen Parlaments parallel miteinander und gleichzeitig ihre Kritik über die gemeinsamen Angelegenheiten üben, wozu ist dann in normalen Zeiten die Delegation notwendig? Dann ist die Delegation eine überflüssige Institution. Ist sie aber überflüssig, dann ist sie auch unhaltbar, da sie ohnehin die Selbständigkeit der ungarischen Institutionen verdunkelt. Ich für meine Person halte indessen die Delegation für eine wichtige Institution, namentlich und gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen, und ich kann nur mit Bedauern feststellen, daß das Verhalten der siebenundsechziger Mehrheit sich im Gegensatz zu dieser Auffassung befindet. Auch muß ich feststellen, daß der Herr Ministerpräsident in der Hitze des Gefechtes ebenfalls sehr leicht die siebenundsechziger Grundlage verläßt. Erst

Pester Lloyd Abendbl. 6./IX. 1916

II

49

Kriegstagung der Reichstage.

liche Ziel, andere wollten den Krieg. In dem Maße aber, wie die Ansicht überhand nahm, daß dieses Ziel nicht anders als durch einen Ueberfall auf uns sich erreichen läßt, stiegen naturgemäß die Chancen des Krieges.

Da ist ein anderer Beleg dafür aus dem Monat März: „Was Baron Burián sagt, beweist nur abermals, daß er, wenigstens jetzt, nicht bereit ist, die Ansicht Ew. Exzellenz hinsichtlich der prinzipiellen Fragen anzunehmen. Die Besprechungen, die ich mit ihm über die Frage führte, hätten bis ins Unendliche andauern können, aber ohne jeden praktischen Erfolg, denn immer brachte er Argumente für seine Auffassung vor." Auch das ist eine Photographie des Vorgehens des Ministers des Aeußern, daß man es seiner ganzen Haltung ansah, daß er bloß debattierte, aber die Sache nicht ernst wollte.

Vom 13. März: „Ich darf feststellen, daß die Unterredung mit Baron Burián uns nur wenig Hoffnung läßt, die Verhandlungen nicht etwa abzuschließen, sondern auch nur in sie einzutreten, die sich auf die Ueberlassung der im österreichisch-ungarischen Besitz befindlichen Gebiete beziehen."

Vom 25. April: „Bis heute beharrt der Minister des Aeußern auf den fruchtlosen Diskussionen, und es scheint, daß er die bei uns bestehende wirkliche Lage nicht kennt. Demgemäß erscheint eine Verständigung bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge als geradezu unerreichbar."

Ohne mir ein endgültiges Urteil anzumaßen, das ja nur die Geschichtschreibung wird fällen können, leite ich aus alldem die Schlußfolgerung ab, daß, wenn es überhaupt eine Möglichkeit zur Vermeidung des Krieges gab, es auf solchem Wege nicht erreicht werden konnte. Eine solche Vorgangsweise konnte keine andere Wirkung haben, als denjenigen in Italien, deren Ziel der Krieg war, in die Hände zu arbeiten.

Graf Andrássy geht nun zu der bekannten Aeußerung des Grafen Tißa über, die sich auf den Zweck der diplomatischen Verhandlungen mit Italien in ihrer letzen Phase bezogen hat. Graf Tißa sagte damals, ohne diese Verhandlungen wäre der Kriegsausbruch entweder vor Gorlice oder unmittelbar danach gekommen, und er fügte hinzu, daß wir Wochen, Tage und Stunden gewinnen wollten und deshalb verhandelt haben. (Bewegung.) Also auch Wochen wollten wir gewinnen. (Bewegung.)

Der Durchbruch bei Gorlice fand am 2. Mai statt. Der Ministerpräsident hat aber ebenfalls am 3. August in der Nachmittagssitzung dem Abgeordneten Rakovßky geantwortet, seine Bemerkung habe sich nicht auf die ganze Verhandlungszeit bezogen; er habe bloß gesagt, daß wir die Verständigung ehrlich suchten, es aber ein letztes Stadium gab, in dem es sich uns nur noch um den Zeitgewinn handelte. Ich glaube, weder die erste noch die zweite Darstellung des Herrn Ministerpräsidenten ist ganz präzis. Ich stelle mir die Politik der Regierung wie folgt vor: Ganz gewiß waren wir damals ehrlich bereit, Gebiete abzutreten und, wofern eine solche Verständigung zustandekommt, diese ehrlich durchzuführen. Ja, wir waren sogar der Ansicht, daß diese Erpressung Italiens kein Hindernis sein soll, mit Italien möglicherweise auch ein Bündnis einzugehen. Ich bin ja vielleicht ganz zuständig, dies zu sagen. Am 17. Mai, also zwei Wochen nach Gorlice, und eine Woche vor Beginn des italienischen Krieges, hatte ich mit dem Herrn Ministerpräsidenten eine Besprechung über eine Interpellation, die ich in der Sache einbringen sollte. Bei dieser Gelegenheit sagte mir der Herr Ministerpräsident ganz offen, und wir kamen darin auch überein, daß, wenn ein Abkommen erzielt wird, dieses ehrlich durchgeführt und in Italien das Gefühl geweckt werden soll, daß dies tatsächlich der Fall sein wird. Dies also war die Absicht, nicht aber Zeitgewinn vor Gorlice. (Bewegung links.) Bismarcks Verdienst im Jahre 1866 war, Napoleon hineingelegt zu haben. Rühmen Sie sich nicht eines solchen Verdienstes. Ein solches kommt Ihnen nicht zu. (Zustimmung und Applaus links.) Man hat hier nicht die Rolle eines Machiavelli gespielt, sondern eine sehr ehrliche Politik in sehr ungeschickter Weise gemacht.

Auch Anfang Mai und den Tagen von Gorlice wurden noch ganz ernste und ehrliche Verhandlungen geführt. Die Regierung — und das kann ihr niemand übel nehmen — mag dabei gedacht haben, daß auch, wenn eine Verständigung nicht erzielt wird, der Nebenzweck erreicht wird, daß der Lauf der Ereignisse nicht beschleunigt und Zeit gewonnen wird. Das ändert aber nichts daran, daß wir uns gedemütigt haben, weil wir mit unserem Anbot zu spät kamen, und daß wir erschrocken waren und unter dem Eindruck des Schreckens naturgemäß unsere eigenen Anerbietungen immer selbst höher geschraubt haben, immer zur Unzeit, immer in einem Zeitpunkt, als das Ziel nicht mehr erreicht werden konnte. So akzeptierten wir erst am 9. März prinzipiell den Standpunkt, in Verhandlungen betreffend die Ueberlassung eigenen Gebietes einzutreten. Zwar fiel Przemysl erst am 22. März, aber schon am 9. wußte alle Welt, wußten es auch die Italiener, daß Przemysl nicht weiter zu halten war. Dieses Anerbieten kam daher zu spät, es wurde in Italien bereits als Zeichen der Schwäche angesehen, folglich hatte es nur sehr geringe Aussicht auf Erfolg. Und selbst da noch nahmen wir bloß das Prinzip an, ohne jede konkrete Verbindlichkeit. Dann folgte der Fall von Przemysl, und nun wollten wir rasch auch konkrete Verpflichtungen übernehmen. Am 28. März, also eine Woche nach Przemysl, kamen die konkreten Vorschläge. Und Ende Mai folgte eine Anerbietung nach der anderen, aber Italien hatte damals schon seinen Vertrag mit der Entente in der Tasche. Meine Beschuldigung geht also dahin, daß wir immer zu spät kamen, alles zur Unzeit anboten, dadurch die italienische Kriegspartei stärkten und uns die Schande einbrachten, uns mit den Anerbietungen immer wieder einen Korb zu holen. (Zustimmung links.)

Ueber die Fehler, die in der polnischen Frage begangen wurden, will ich mich jetzt nicht äußern, sondern bloß andeuten, daß auch da eine ganze Reihe von Fehlern der auswärtigen Politik vom ersten Augenblick bis zum letzten begangen worden ist. Mit Rücksicht auf die Interessen des Landes, will ich jedoch mich auf Einzelheiten nicht einlassen.

Nun folgt die rumänische Frage, die aktuellste. In ihre Vorgeschichte bin ich nicht eingeweiht. Ich muß bedauern, daß die Regierung darüber kein Rotbuch veröffentlicht hat. So weiß ich denn nicht, ob etwas geschehen ist, um dem tückischen Angriff vorzubeugen. Jedenfalls wäre es ein schweres Versäumnis, wenn ein derartiger ernster Versuch nicht geschehen wäre. Was ich weiß, kann ich ohne Gefahr mitteilen, denn es ist kein Amtsgeheimnis. Aus privater Quelle weiß ich — irre ich mich, so kann ja der Herr Ministerpräsident es berichtigen —, daß es einen Zeitpunkt gab, da von unserer Seite gewisse Angebote gemacht wurden. Aber auch dieser Zeitpunkt war so glücklich gewählt, wie derjenige in den Verhandlungen mit Italien. Damals waren die Russen in den Karpathen. Zu dieser Zeit erfolgte meines Wissens ein Angebot, das die rumänische Regierung nicht zur Kenntnis nahm und kaum der Beachtung würdigte. Das geschah vor etwa eineinhalb Jahren. Der Herr Ministerpräsident hat gestern darauf hingewiesen, daß wir Bulgarien als Bundesgenossen gewonnen haben. Das ist eine sehr achtenswerte Sache und jedenfalls ein großer Schachzug gegen Rumänien. Das Verdienst hiefür gebührt jedoch in erster Reihe dem König Ferdinand und dem Ministerpräsidenten Radoslawow, die in sehr kluger Weise eingesehen haben, es bilde eine Existenzfrage für Bulgarien, mit uns zu gehen, jede andere Politik aber ein Selbstmord wäre. Ich kenne die Details nicht, aber jedenfalls muß ich feststellen, daß man diese natürliche Geneigtheit der Bulgaren nicht verdorben hat. (Lebhafte Heiterkeit links und äußerst links). Das ist an und für sich ein sehr großes Verdienst, jedenfalls ein sehr erfreuliches Ereignis. Allein jene Politik ist sehr verfehlt, die glaubt, daß der Schutz gegen Rumänien sich nur auf diesen Schritt beschränken konnte. Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man auf Rumänien einwirken kann, wie man dort eine Regierungskrise hervorrufen kann, eventuell auch um den Preis von Opfern. (Bewegung rechts.)

Abgeordneter Géza Hoványi: Worauf bezieht sich das? Auf das Székllerland?

Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Ich habe schon längst die Mär gehört, die in gewissen Kreisen verbreitet ist, daß ich drei ungarische Komitate Rumänien anbieten wollte. Kein Wort davon ist wahr. (Zustimmung links. Lärm.)

Abgeordneter Géza Hoványi: Worin denn hätte das Opfer bestanden?

Graf Julius Anndrássy (fortfahrend): Der Herr Ministerpräsident hat unlängst erklärt, daß die Strategie und die Politik zwei von einander trennbare Gebiete sind, und daß es nicht angehe, daß das Militär sich in die Politik und der Staatsmann in die Strategie einmenge. Er hat in richtiger Weise, aber sehr einseitig, für das Militär eine Ausnahme gemacht, indem er sagte, daß das Militär naturgemäß das Recht und die Pflicht hat, sich in jene politischen Fragen einzumengen, die militärische Konsequenzen haben.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Einmengen? Bewegung rechts.)

Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Darauf lege ich kein Gewicht. Bitte, nicht so nervös zu sein. Ich will daraus keine Anklage konstruiren. Ich billige diese Aeußerung des Herrn Ministerpräsidenten, jawohl, das Militär muß bei seinem eigenen Wirkungskreis bleiben, allein es muß auch die Interessen seines eigenen Wirkungskreises in politischen Fragen vertreten, und wenn eventuell die Meinungen auseinandergehen, die Entscheidung des entscheidenden Faktors anrufen. Natürlich wird die Verantwortung stets den Minister treffen, insofern er den militärischen Rat annimmt, wenn er aber zurücktritt, den Nachfolger, der die durch das Militär initiierte Politik annimmt. Für die Politik wird stets der Staatsmann und nicht das Militär verantwortlich sein. Es ist indessen gerechtfertigt, daß das Militär Gelegenheit habe, seine Auffassung an zuständiger Stelle vorzubringen. Dasselbe Recht vindiziere ich indessen auch für die Regierung in militärischen Fragen. (Lebhafter Beifall links.) Namentlich in einem solchen Weltkrieg gibt es eine Unmenge militärischer Fragen, die ohne Anhörung der Minister und gegen ihren Willen nicht entschieden werden dürfen. (Zustimmung links.) In welcher Richtung wir zum Beispiel in einem solchen Weltkrieg die Offensive versuchen wollen, ist nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Frage. (Zustimmung links.) Da sind zum Beispiel die beiden serbischen Feldzüge. Die erste Offensive hatte sofort eine Rückwirkung auf Italien. Sobald wir Erfolge aufwiesen, wurde Italien nervös und es begannen die Forderungen, die dann schließlich zum Kriege führten. Die Frage also, ob der Zeitpunkt richtig war, die serbische Offensive zu unternehmen, hatte demnach auch einen politischen Charakter. Da ist dann der zweite serbische Feldzug, der erfolgreich war. Dieser Feldzug war auch infolge seiner Rückwirkung auf Bulgarien von außerordentlicher Wichtigkeit und ermöglichte das tatsächliche Zusammenwirken mit Bulgarien. Also auch dieser Feldzug war nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Frage. Die Regierung hätte ihren ganzen Einfluß in die Wagschale werfen müssen, daß, wenn wir Kraft zu einer erfolgreichen Offensive haben, diese Offensive in einer Richtung erfolge, die auf das Verhalten Rumäniens von Wirkung sei. (Zustimmung links.) Darin sehe ich die Hauptunterlassung der Regierung. Stellen wir uns nur vor: hätten wir eine erfolgreiche Offensive geführt, so wäre Rumänien in unserer Hand, wir hätten von rechts und links seine Grenzen beherrscht und ihm diktieren können. Es wäre dann sehr leicht gewesen, den Herrn, der jetzt uns meuchlings angegriffen hat, und der eine sehr große und ernste Opposition hatte, zum Sturz zu bringen. In dieser Richtung ist aber nichts geschehen, wenigstens kann man in dieser Richtung kein Ergebnis aufweisen. Ueberhaupt halte ich es für den größten Fehler unserer militärischen und politischen Leitung — ich war vom Beginn an von dieser Auffassung durchdrungen und ich kann es ohne jeden Nachteil und ohne Gefahr behaupten —, daß wir die stärksten der gegen uns kämpfenden Armeen vernachlässigt haben, daß wir Rußland acht bis neun Monate Zeit ließen, sich wieder aufzuraffen und daß wir es abwarteten, bis die Entente Rußland mit Geld und Munition ausgerüstet hat. Eben das halte ich für das größte Versäumnis, daß wir nicht bestrebt waren, um jeden Preis eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht hätte, daß wir Rumänien an uns angeschlossen hätten, durch Drohungen, eventuell sogar um den Preis von Opfern.

Denn es ist vergeblich, ich bin überzeugt und mein Vertrauen ist unerschütterlich, wir schlagen Rumänien, wir ahnden seinen niederträchtigen Ueberfall. (War ist's! So ist's! links und äußerstlinks.) Aber unter den heutigen Verhältnissen begeht der Mann, der einen vermeidbaren neueren Kampf riskiert, der nicht bedenkt, wieviel tausend Ungarn von Tag zu Tag fallen (War ist's! So ist's! links und äußerstlinks) und um wieviel mehr noch fallen werden, wenn die Feinde sich mehren, — dieser Mann, sage ich, begeht eine große Pflichtvernachlässigung. (Wahr ist's! So ist's! links und äußerstlinks.) Auch in diesem Belange sehe ich nicht die ernste Absicht, nicht die Taten all die zwei Jahre über, die andeuten würden, daß in Kenntnis dieser Gefahr eine ernste und zielbewußte Politik befolgt worden sei, zur Abwendung jener Gefahr, die in erster Linie die Ungarn bedroht.

Hievon war auch gestern die Rede. Ich will die Zeit nicht vertrödeln (Hört! Hört!), sondern ich eile zum Schlusse meiner Ausführungen. Wir haben uns hineinlegen lassen, das ist außer allem Zweifel, das ist festgestellt, das leugnet nicht einmal der Herr Ministerpräsident. Dies gehört auf alle Fälle keineswegs in die Reihe der Rühmlichkeiten und ist keine Tatsache, die dieser jetzigen Regierung, besonders dem Herrn Minister des Auswärtigen ein Recht gäbe, jede praktische Kontrolle einfach zu refüsieren und von der Nation zu fordern, diese möge dem absolutistischen Regime mit Ergebung und Vertrauen begegnen. (So ist's! So ist's! links.)

Abgeordneter Stefan Rakovßky: . . . und der Talentlosigkeit.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Ich wiederhole, nicht nur darin erblicke ich den Fehler, daß wir den jetzigen Ueberfall nicht voraussahen, sondern daß keinerlei militärische, noch administrative Verfügungen für den Fall getroffen worden waren, wenn überraschungsweise dennoch geschehen sollte, was wir für unwahrscheinlich hielten. Für diesen Fall waren wir vollständig vorbereitungslos. Wir konnten die Siebenbürger Oeffentlichkeit auch nicht vorbereiten, niemand und nichts, daher kommt es, daß dieser niederträchtige Ueberfall verhältnismäßig in viel höherem Maße als die eigentliche Gefahr selbst wirkte und das ist auch die Ursache, warum dieses, wie es scheint, militärisch gar nicht mit so großen Kräften ausgeführte Attentat größeren Schaden anrichtete, als es hätte dürfen. (Zustimmung links.)

Ich schließe nun aber meine Rede (Hört! Hört! links) und komme zu dem Schlusse, daß, selbst wenn ich mit keiner einzigen meiner Behauptungen recht hätte, ich in jener einen unbedingt recht habe, daß man — wenn sich hiezu auch keine Fehler gesellten — auf dem Gebiete der auswärtigen Politik keine großen Erfolge aufgesteckt hat, es ist daher die Forderung nach größerer Kontrolle berechtigt, natürlich und zweckgemäß. (Zustimmung links und äußerst links.) Eine Nation, die sich da feig ergibt und auf die Lenkung ihrer eigenen Geschicke keinen Einfluß zu nehmen fordert, verdient es, daß sie geschlagen werde. (Lebhafte Zustimmung und Applaus links und äußerst links.)

Abgeordneter Stefan Rakovßky: So ist es! Parteiselbstsucht!

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Von uns kann man im Namen des Patriotismus alles fordern. Man kann im Namen des Patriotismus fordern, daß wir unseren letzten Blutstropfen opfern, man kann fordern, daß wir unsere letzten Groschen hergeben, nur das eine kann man nicht fordern, daß wir stumm, ergeben, tatlos einer Regierung zusehen, die wir für gefährlich halten (Zustimmung links und äußerstlinks), selbst dann nicht, wenn wir uns in weiten Kreisen der Verdächtigung aussetzen, daß wir von persönlichen Aspirationen geleitet werden. (Minutenlanger, sich stets erneuernder stürmischer Beifall, Applaus und Eljenrufe links und äußerstlinks. Lebhafte Rufe links: Hoch Andrássy!)

Abgeordneter Karl Hußár (Sárvár): So spricht ein ungarischer Politiker.

Hierauf ergreift Ministerpräsident Graf Stefan Tißa das Wort.

Weiteres im Morgenblatt.

Neues Wiener Tagblatt
7/IX. 1916

III

58

Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

siele, auf österreichische Angelegenheiten einen Einfluß zu üben. Ich wage nicht zu behaupten, daß dieser Fall niemals eintreten könnte, aber ich wage zu behaupten, daß dies nur in größten Ausnahmsfällen unter ganz außerordentlichen Verhältnissen vorkommen kann, und ich wage noch zu behaupten, daß, wenn wir die Konsequenzen aus der Tatsache ableiten wollen, daß die österreichische Delegation nicht gewählt worden ist, und daß wir demzufolge die gemeinsamen Angelegenheiten schon seit längerer Zeit nicht in der im Gesetzartikel XII vom Jahre 1867 vorgeschriebenen Weise erledigen können, man nach meiner Auffassung es sich sehr überlegen müßte, ob nicht die richtigere Konsequenz für die ungarische Gesetzgebung die wäre, selbständig zu verfügen und selbständig zu handeln. (Beifall und Lärm links. Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Abg. Hollo: Der Gesetzartikel XII vom Jahre 1867 hat sich überlebt. Er soll weggeworfen werden. (Zustimmung und Lärm links. Hört! Hört!-Rufe rechts.)

Ministerpräsident Graf Tisza: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten, mir zu ermöglichen, den Satz zu beenden und meine Gedanken auszudrücken ... selbständig zu verfügen und selbständig solche Maßnahmen zu treffen, durch welche für die Art und Weise der Ausübung der Rechte des ungarischen Staates auf diesem Gebiet für die Uebergangszeit gesorgt wird, bis die im Gesetzartikel XII vom Jahre 1867 vorgeschriebene normale Vorgangsweise wieder möglich wird.

Abg. Ludwig Hollo: Provisorische Verfassung. (Lärm links. Hört! Hört!-Rufe rechts. Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ministerpräsident Graf Tisza: Die Herren Abgeordneten mögen entschuldigen, das große Hosianna, womit die Herren Abgeordneten diese meine Aeußerung aufnehmen, ist ebenso wenig begründet, wie jene Heiterkeit verständlich ist, mit der der Herr Abgeordnete Graf Julius Andrassy sie aufnimmt.

Graf Julius Andrassy: Den ersten Teil.

Ministerpräsident Graf Tisza: Jedenfalls ersuche ich für die Zukunft die Herren Abgeordneten, auch das Ende des Satzes abzuwarten, da doch das, was ich behaupte, nichts andres ist, als dasjenige, was in den 1890er Jahren wiederholt behauptet und auch in der Praxis geübt wurde, da auch damals wiederholt einseitige Verfügungen des ungarischen Staates in betreff der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten vorgekommen sind. Damit sagte ich weder Neues noch Sensationelles. (So ist es! rechts. Bewegung auf der äußersten Linken.) Ich glaube, dies ist die einzig richtige Art und Weise, die vom Gesichtspunkte der ungarischen Verfassung befolgt werden kann. Mag jemand Anhänger des Gesetzartikels XII vom Jahre 1867 sein, oder mag er dessen Abänderung anstreben, diesbezüglich ist dies völlig gleichgültig; mag der Apparat aus welchem Grunde immer nicht funktionieren, so muß diesem Uebel provisorisch die ungarische Gesetzgebung abhelfen. (Zustimmung rechts.) Diese Frage wird uns nicht erst heute vorgelegt. Sie ist vor der ungarischen Gesetzgebung im Laufe des Krieges wiederholt aufgetaucht. Denn wie Sie wissen, war, obzwar das gemeinsame Budget am 30. Juni 1915 abgelaufen war, für die gemeinsamen Ausgaben nicht vorgesorgt. Die Delegation, welche diesbezüglich verfügen sollte, wurde nicht einberufen. Ich hatte die Ehre, diese Frage seinerzeit mit einzelnen geehrten führenden Männern der Opposition zu erörtern und meine Meinung dahin auszudrücken, daß eigentlich auf gesetzlichem Wege dafür gesorgt werden müßte, wie der ungarische Reichstag sein durch die Delegationen auszuübendes Recht ausüben soll; erstens Vorsorge betreffs des gemeinsamen Budgets zu treffen, zweitens der gemeinsamen Regierung gegenüber die parlamentarische Kontrolle auszuüben und sie zur Verantwortung zu ziehen, und damals waren die Herren Abgeordneten und stillschweigend das ganze Haus mit meiner Auffassung einverstanden, daß es angesichts des Krieges nicht richtig wäre, diese Frage aufzuwerfen, und daß man während des Krieges über diese Frage möglichst glatt hinwegkommen und sie ohne Aufrührung großer staatsrechtlicher Fragen erledigen solle, so zwar, daß in das Budgetermächtigungsgesetz oder, um den üblichen unrichtigen Ausdruck zu gebrauchen, in die Indemnitätsvorlage einfach die Verfügung aufgenommen werde, daß die ungarische Regierung ermächtigt wird, auf Grund der Gegenseitigkeit den aliquoten Teil der gemeinsamen Ausgaben anzuweisen. Dies war ohne Parteiunterschied die Auffassung (Lärm auf der äußersten Linken), und diese Auffassung kam ohne Debatte bei der Schaffung der Gesetzentwürfe XV und XXI vom Jahre 1915 und des Gesetzentwurfes XXII vom Jahre 1916 zum Ausdruck, und zuletzt ist sie in diesem Jahre im Juni bei der Schaffung des Gesetzentwurfes XXII vom Jahre 1916, des Indemnitätsgesetzes, wiederholt auf dem Tapet gewesen, und das ganze Haus hat in diese Lösung stillschweigend eingewilligt. (Zustimmung rechts, Lärm links.)

Abg. Geza Polonyi: Mit der Klotüre! Man darf aber nicht glauben, daß wir zugestimmt haben, denn das ist nicht der Fall. (Lärm.)

Ministerpräsident Graf Tisza: Ich will natürlich niemand das Recht bestreiten zu sagen, daß, nachdem der Krieg solange dauert, wir uns in dieser Frage auf einen andern Standpunkt stellen müssen; ich will nur konstatieren, daß bei drei Gelegenheiten dieser Gesichtspunkt in drei Beschlüssen des Hauses, in drei gesetzgeberischen Akten zum Ausdruck gekommen ist. Meinerseits stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir während des Krieges an dieser Auffassung festhalten müssen und nur in jenem Fall für die gegenüber der gemeinsamen Regierung auszuübende parlamentarische Kontrolle irgendeinen provisorischen Weg und Modus schaffen sollten, wenn eine außerordentliche Situation in Oesterreich auch nach dem Kriege — und ich hoffe sehr, daß dies nicht der Fall sein wird — fortbestehen würde. (Bewegung auf der Linken und äußersten Linken.)

Auf das, geehrtes Haus, was der Herr Abgeordnete betreffs der italienischen und rumänischen Frage sagte, wünsche ich nicht detailliert einzugehen. Vielleicht ist es auch besser, da ich ja bloß aus dem Gedächtnis rede, wenn ich mich auf einige Anmerkungen beschränke. (Hört! Hört!) Der Herr Abgeordnete machte uns den Vorwurf, daß sich alle Nachbarn gegen uns gewendet haben. Diese Anklage bezieht sich natürlich auf Italien und auf Rumänien. Die Herren werden mir zugeben, daß heute wohl niemand darüber in Zweifel sein kann, daß im Schoße dieser zwei Nationen solche uns feindliche Strömungen einen solchen, um mich so auszudrücken, gegen uns gerichteten Heißhunger entwickelt hatten, daß keinerlei Diplomatie ihn zu beseitigen vermocht hätte. (Lebhafter Widerspruch und Bewegung links. Zustimmung rechts. Lärm.) Für die Tatsache, daß bei Ausbruch des Krieges weder Italien noch Rumänien ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen erfüllten, für die Tatsache, daß schon vor dem Kriege, insbesondere aber während des ganzen Verlaufes des Krieges die tiefgehende Veränderung des Verhaltens Rumäniens immer klarer wurde, für diese Tatsache, glaube ich, kann weder die ungarische Regierung, noch weniger aber .... (Großer Lärm und Bewegung links und auf der äußersten Linken. Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört! Der Präsident ersucht um Ruhe.)

Ministerpräsident Graf Tisza: Hohes Haus! Es fragt sich, ob die Herren über diese Frage eine Debatte wollen. Wenn Sie eine Debatte wollen, muß man sie möglich machen. Aber eine Debatte über ernste Fragen kann nicht geführt werden, wenn jede zusammenhängende Gedankenkette durch fortwährende Zwischenrufe gestört wird. (Lebhafte Zustimmung und Rufe rechts: Wir haben Andrassy ruhig angehört.)

Ministerpräsident Graf Tisza: Obwohl ich die öffentliche Diskussion dieser Fragen in vieler Beziehung für bedenklich halte, obwohl im Laufe der Debatte nach der Natur der Sache die in verantwortlicher Stellung befindliche Verteidigung in einer viel schwierigeren Lage ist als der nicht in verantwortlicher Stellung befindliche Angriff (Lebhafte Zustimmung rechts, Bewegung links und auf der äußersten Linken), will ich mich einer Debatte nicht verschließen. Wenn es aber nicht möglich wird, daß man seine Gedanken zusammenhängend ohne Unterbrechung (Lärm links. Rufe: Hört! Hört! rechts. Der Präsident gibt das Glockenzeichen) entwickeln kann, dann werde ich einfach genötigt sein, zu erklären, daß die Herren die Debatte unmöglich machen (Bewegung links und auf der äußersten Linken), aber wir werden nicht zulassen, daß die Herren hier alles vorbringen können, wobei wir sie mit der größten Geduld anhören (Zustimmung rechts), und daß sie dann die Antwort und die Verteidigung unmöglich machen. In diese Situation werden wir uns nicht drängen lassen. (Zustimmung rechts.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. In einem solchen Lärm ist eine Beratung unmöglich. (Unruhe.) Ich bitte den Herrn Abg. Rakovszky, ruhig zu sein. (Lärm links und auf der äußersten Linken.) Ich bitte, keine Zwiegespräche zu führen. (Zustimmung und Rufe rechts: Andrassy hat genug gesprochen und wir haben ihn angehört.) Es ist vollkommen unmöglich, zu verhandeln, wenn einzelne Abgeordnete hier Zwiegespräche führen. Der Herr Ministerpräsident wünscht auf die Rede des Grafen Andrassy zu antworten. Hiezu hat er ein Recht, ich bitte, ihn anzuhören. (Lärm links und auf der äußersten Linken. Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!)

Ministerpräsident Graf Tisza: Ich wiederhole also, dafür, daß unsre zwei Bundesgenossen ihre Bündnisverpflichtung nicht einhielten, dafür kann den Minister des Aeußern, der viele Monate später die Leitung der äußeren Angelegenheiten übernahm, eine Verantwortung nicht treffen. (Zustimmung rechts.) Jedenfalls wird aber diese bedauerliche Tatsache durch den Umstand aufgewogen, daß sich dem Bunde der beiden mitteleuropäischen Großmächte zwei andre, ihr Schicksal mit dem unsrigen vollständig identifizierende, treue und tapfere Bundesgenossen anschlossen. (Eljenrufe.)

Was nun die italienischen Angelegenheiten betrifft, beschränke ich mich bloß auf zwei Bemerkungen. Die eine ist, daß ich wirklich meiner Verwunderung Ausdruck gebe, daß die Herren Abgeordneten noch immer nicht von dem Bestreben ablassen, den klaren Sinn meiner, ich glaube am 23. August abgegebenen Erklärung irrtümlich zu interpretieren. Aber nach der authentischen Interpretation, welche keine Deutelei oder Abänderung war und in vollem Zusammenhang ist mit dem ersten Text, und welche vollkommen den Gedanken detaillierter zum Ausdruck bringt gegenüber dem aufgetauchten Mißverständnis, ein Gedanke, welcher mich auch bei meiner ersten Erklärung leitete, wie mich ein andrer auch nicht leiten konnte, weil er nicht mit den Tatsachen im Einklang gestanden wäre, nach dieser Interpretation ist es mir überhaupt unverständlich, weshalb sich die Herren mit einer einer besseren Sache würdigen Zähigkeit bestreben, den klaren Sinn dieser Worte zu verdunkeln.

Ich sagte (liest): „Wir haben unser auf territoriale Konzessionen bezügliches Anbot der Regierung des Königreiches Italien im besten Glauben gemacht, mit der ernsten Absicht, daß, wenn es angenommen wird — hier steht durchgeführt, aber das ist natürlich ein fehlerhaftes Wort —, wir es ehrlich durchführen werden, daß wir es als endgültig betrachten, und daß uns keinerlei Hintergedanken der Revanche oder Rache oder ein die Zurückgewinnung des überlassenen Territoriums betreffender Hintergedanke leiten wird." Dem gab ich in meiner Rede am 7. Mai Ausdruck, und dies hätte uns auch dann geleitet, wenn die italienische Regierung noch im Mai unser Anbot angenommen hätte; aber dieses Anbot, welches wir im besten Glauben machten, und welches wir, wenn es angenommen worden wäre, im besten Glauben durchgeführt hätten, hielten wir noch aufrecht, obwohl wir sozusagen keine Hoffnung mehr hatten, daß dieses Anbot angenommen werden würde, denn wenn es auch nicht angenommen würde, wollten wir wenigstens durch die Verhandlungen Zeit gewinnen. Ich glaube, das ist vollkommen klar.

Neues Wiener Tagblatt
7/IX. 1916

IV.

54

die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses.

eine solche Einmischung in die Angelegenheiten Oesterreichs ist, die ich zu vermeiden wünsche. Daraus, daß ich den Antrag des Grafen Andrassy nicht annehme, folgt nicht, daß ich denjenigen des Grafen Apponyi annehme. Was verstehen wir darunter, daß die Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Einberufung der Delegationen treffe? Praktisch können wir nur das darunter verstehen, daß wir dafür Sorge tragen, daß dies in Oesterreich möglich werde. Im gegenwärtigen Augenblicke aber halte ich eine solche direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs weder für richtig, noch für zweckmäßig. Bloß dies wollte ich sagen.

Hierauf beschließt das Haus, den Antrag Apponyi zusammen mit jenem des Grafen Andrassy auf die Tagesordnung zu stellen. Ueber den Zeitpunkt wird der Präsident bei Feststellung der Tagesordnung Vorschläge machen.

Die Steuerdebatte.

Das Haus geht sodann zum nächsten Punkt der Tagesordnung über, das ist Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen.

Um 2 Uhr nachmittags wird die Sitzung auf zwei Stunden unterbrochen.

In der Nachmittagssitzung wird die Verhandlung der Vorlage über die Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen fortgesetzt.

Interpellationen.

Um 5 Uhr wird die Verhandlung abgebrochen und zu den Interpellationen übergegangen.

Abg. Geza Polonyi (parteiloser Unabhängiger) interpelliert in der Angelegenheit des politischen Verhältnisses zu Deutschland sowie in der Angelegenheit des mit Deutschland abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrages. Die Interpellation wird an den Ministerpräsidenten gewiesen.

Abg. Nikolaus Zboray (Volkspartei) interpelliert in der Angelegenheit der zahllosen Szekler Flüchtlinge und macht der Diplomatie der Monarchie den Vorwurf, Serbien von sich und in Rußlands Arme getrieben zu haben.

Hinsichtlich Siebenbürgens sei, anstatt den einbrechenden Feind an verschiedenen Punkten aufzuhalten und zurückzuwerfen, gewartet worden, bis er sämtliche Kräfte vereinigt hat. Er ersucht schließlich den Ministerpräsidenten, männlich und offen anzuerkennen, daß Fehler geschehen seien, die Urheber dieser Fehler zu erforschen und diese der gerechten Strafe zuzuführen.

Die Interpellation wird an den Ministerpräsidenten gewiesen.

Abg. Karl Huszar (Volkspartei) interpelliert die Regierung und fragt, ob sie jene amtlichen Organe zur Verantwortung zu ziehen gedenke, durch deren Versäumnis und unrichtige Verfügungen die Bevölkerung eines Teiles Siebenbürgens gezwungen war, die Heimat zu verlassen sowie Vermögen, Getreide und Vieh in die Hände des Feindes fallen zu lassen. Er fragt ferner, welche Maßnahmen die Regierung zur Linderung der Not der siebenbürgischen Flüchtlinge getroffen habe.

Abg. Julius Györffy (parteiloser Achtundvierziger) verweist in seiner Interpellation darauf, daß der Ministerpräsident fünf Tage vor der rumänischen Kriegserklärung in vertraulicher Weise den siebenbürgischen Abgeordneten beruhigende Erklärungen gegeben habe. Er habe keinen Grund, Zweifel in die Gutgläubigkeit dieser Aufklärungen zu setzen, und frage daher den Ministerpräsidenten, worauf er seine damaligen Aufklärungen basierte und wer ihn irregeführt habe.

Die Antwort des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Graf Tisza führt in Beantwortung der Interpellation Györffy aus, er habe auf die vorgebrachten Fragen bereits gestern die Antwort erteilt, als er über jene Maßnahmen sprach, welche zur Sicherung Siebenbürgens sowie der dortigen Bewohnerschaft vorgesehen worden seien und die teilweise verfügt, teilweise in Angriff genommen worden seien. Er erklärte bei dieser Gelegenheit auch, daß eine Zurückweisung des Angriffes an der Grenze deshalb nicht erfolgt sei, weil die dorthin dirigierten militärischen Kräfte noch nicht an Ort und Stelle eingetroffen waren, anderseits, weil die Kriegserklärung ganz unerwartet erfolgt sei zu einer Zeit, als an der Grenze die Gewehre schon knatterten. Dennoch hätten die geplanten Maßnahmen in größter Ordnung durchgeführt werden können, wenn nicht die von den Grenzgebieten abziehende Bevölkerung die Bewohnerschaft der von der Grenze weiter liegenden Ortschaften aufgeschreckt und mit sich gerissen hätte.

Es könne hieraus niemand ein Vorwurf gemacht werden, ebenso wie niemand ein Vorwurf treffe, als hätte er die Regierung irregeführt. Er könne sich zurzeit nicht auf eine nähere Untersuchung der Frage einlassen, ob hinsichtlich der erwähnten Maßnahmen Fehler begangen worden seien, wofür die Regierung die Verantwortung treffen würde. Die durch den rumänischen Einbruch verursachten Schäden, sagte der Ministerpräsident weiter, dürfen nicht gering geschätzt werden, anderseits aber dürfe auch nicht alles für bare Münze genommen werden, was einzelne geflüchtete erschreckte Grenzbewohner erzählen. Ich hoffe, führt der Ministerpräsident aus, daß der Schaden sowohl an Menschen als auch an Gut viel geringer ist, als man heute denkt.

Außerdem wird alles geschehen, damit einerseits das in den von dem Feind nicht besetzten Ortschaften herrenlos herumliegende Gut weggefördert werde, anderseits daß die Flüchtlinge den erlittenen Schaden ersetzt erhalten werden. Der schnöde Einbruch unsrer verräterischen Grenznachbarn erzielte zwar augenblicklich Erfolge, aber es wird erst die Zukunft zeigen, ob es seitens der rumänischen Heeresleitung ein richtiges strategisches Vorgehen war, mit zum Krieg noch nicht völlig gerüsteten Truppen den Angriff zu beginnen. Ich hoffe, daß wir uns unser diesbezügliches Urteil alsbald auf Grund von für uns günstigen Tatsachen werden bilden können. (Beifall.)

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird von der Mehrheit zur Kenntnis genommen.

* * *

Die restlichen Interpellationen werden zurückgezogen. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Wie verlautet, werden die Anträge der Abgeordneten Grafen Andrassy und Grafen Apponyi in der nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schluß der Sitzung um 8 Uhr abends.

Für die Kriegserblindeten.

Für die Kriegserblindeten zu Handen des Herrn Elemér v. Simontsits, Vizepräsidenten der Landes-Kriegsfürsorgekommission, sind uns heute zugegangen:

	Kronen
zum Andenken an Dr. Albert Strasser	100.—
von Sebö, zum Andenken an Dr. Albert Strasser	50.—
Zusammen	150.—
Hiezu die im jüngsten Morgenblatte ausgewiesenen ...	283.907.84
Totale	284.057.84

Kriegsfürsorge.

— Von Kriegsbeginn bis 20. August l. J. hat das ungarische Rote Kreuz an Spenden 7,963.351 k 64 h, an Vorschüssen vom k. u. k. Kriegsministerium 40 Millionen Kronen eingenommen und an Pflegekosten 36,631.319 k 5 h, an Unterhaltkosten der vom Verein ins Leben gerufenen Institutionen 8,014.040 k 24 h, an verschiedenen Unterstützungen 692.668 k 30 h verausgabt. Die Gesamteinnahmen belaufen sich also auf 47,963.351 k 64 h, die Gesamtausgaben auf 45,338.037 k 59 h, der verfügbare Rest auf 2,625.314 k 5 h.

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 6. September.

Das Ereignis des Vormittags war die große Rede, mit der Ministerpräsident Graf Stefan Tißa heute im Abgeordnetenhause in die Debatte eingriff. Was er über die Verhandlungen mit Italien sagte, war eine durchaus gelungene Beweisführung für die Zuverlässigkeit, Ehrsamkeit und den hohen Ernst unserer diplomatischen Geschäftsführung, wenn auf der Linken des Hauses versucht wurde, den Ministerpräsidenten aus mißverständlich gedeuteten Worten seiner früheren Rede einen Fallstrick zu drehen, so konnte Graf Stefan Tißa diesen Versuch leicht abschlagen, indem er der Kunst der Wortverdrehung die Macht der Tatsache entgegenstellte. Graf Stefan Tißa hat heute aus dem Verlauf unserer Verhandlungen mit Italien besonders zwei Momente plastisch hervortreten lassen. Er zeigte, daß nicht der Fall von Przemysl unsere Angebote an Italien steigerte, sondern daß die Konkretisierung der Forderungen Italiens durch Baron Sonnino unsere Angebote beeinflußt habe. Er zeigte weiter, daß unsere Höchstangebote in die Zeit nach Gorlice fallen, also in die Zeit unserer besten Erfolge, daß sie demnach nicht von Angstgefühlen diktiert waren. Und wie diese Angebote aus ruhiger Erwägung hervorgingen, so war man auch fest entschlossen, treu zu halten, was man versprach. Wenn dieses durchaus biedere Verhalten unserer Diplomatie nicht zum Ziele führte, so ist die Ursache dieser Tatsache in der unersättlichen Gier zu suchen, mit der unsere Feinde nach unserer staatlichen Habe dürsten. An dieser niedrigen, vom nacktesten Egoismus geleiteten, rechtsbrecherischen Sucht nach fremdem Gut mußten die Verhandlungen zerschellen, denn was konnten treuwahre Zusagen dort nützen, wo die eigene Vertragspflicht nicht mehr bindend wirkt?

Ernst und trostreich waren auch die Ausführungen, die Ministerpräsident Graf Stefan Tißa heute der Beleuchtung der Ereignisse widmete, die sich in Siebenbürgen abgespielt haben. Er fand wiederholt Gelegenheit, festzustellen, daß niemand den ungarischen Ministerpräsidenten irregeführt hat, daß der Einbruch der Rumänen auf den Umstand zurückzuführen sei, daß sie, obgleich selbst unfertig, nicht abwarten wollten, bis unsere militärischen Schutzvorbereitungen vollendet waren. Vertrauenerweckend wird die Erklärung des Ministerpräsidenten wirken, in der er mitteilte, daß alles Nötige und Mögliche zum Schutze der persönlichen und materiellen Interessen der landflüchtigen Bevölkerung unternommen wird und daß die Zukunft berufen ist, zu zeigen, ob Rumänien in seinem nächtlichen Ueberfall ein gelungenes Manöver wird sehen dürfen. Diese Zukunft ist erfüllt von unserem heißen Bestreben, den Streifen des Landes, der durch den rumänischen Ueberfall besetzt wurde, vom feindlichen Druck zu befreien. Wertvoll und bedeutsam sind auch die staatsrechtlichen Feststellungen, die die heutigen Ausführungen des Ministerpräsidenten enthielten. Die peinliche Sorge, mit der er besonders nach den sehr interessanten, prinzipienfesten, doch auch von der Praxis des Lebens durchatmeten Ausführungen des Grafen Albert Apponyi den Standpunkt der absoluten Achtung vor den Rechten Oesterreichs einnahm, indem er die Einmengung in die Angelegenheiten Oesterreichs ablehnte, sind geeignet, als ein Beispiel zu dienen für eine gedeihliche staatsrechtliche Auffassung hüben und drüben.

Das Haus konnte am Abend mit Genugtuung erkennen, daß die massenhaft angemeldeten Interpellationen tagsüber in überwiegendem Teile gestrichen worden waren. Graf Michael Károlyi motivierte die Streichung der Interpellationen, indem er darauf verwies, daß die Opposition Gelegenheit nehmen werde, im Laufe der Beratungen über die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi alle Probleme, die in den Interpellationen berührt waren, zu erörtern. Der Präsident des Abgeordnetenhauses bemerkte zu diesen Ausführungen, daß im Rahmen der Geschäftsordnung die Abgeordneten Gelegenheit finden werden, alle Fragen, die in das Gebiet der Anträge gehören, zu besprechen. Nur die Interpellation des Abgeordneten Géza Polónyi betreffend unsere handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich und zum Deutschen Reiche, sowie die Interpellationen der Abgeordneten Zboray, Huszár und Györffy, die sich mit den Ereignissen in Siebenbürgen beschäftigten, wurden heute begründet. Dabei ließ Abgeordneter Zboray am wenigsten den guten Geschmack walten. Seine einigermaßen theatralische Art war dem Stoffe der Interpellation, der an sich sicher wirksam genug ist, mehr abträglich als fördernd. Der Ministerpräsident beantwortete nur die Interpellation des Abgeordneten Györffy, indem er in beruhigender Weise das betonte, was wir oben bereits hervorgehoben haben. Kurz nach 8 Uhr war die Sitzung des Hauses zu Ende.

Der Verlauf der Sitzung.

Die Vormittagssitzung nahm weiter diesen Verlauf:

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Geehrtes Haus! Die Regierung wendet sich, wie bereits bekannt ist, mit der Bitte an das Haus, es möge die Verhandlung des durch den Abgeordneten Grafen Julius Andrássy unterbreiteten Antrages auf die Tagesordnung setzen. Nicht als ob wir mit dem Inhalt dieses Antrages einverstanden wären, sondern damit das geehrte Haus, namentlich die Opposition, die auf diesem Gebiet vom Recht der Kritik Gebrauch machen will, sich mit den auswärtigen Fragen vor dem geehrten Hause beschäftigen kann. Ich will jetzt nur mit einigen Worten die Gesichtspunkte bezeichnen, die mich dazu bestimmen, daß wir seinerzeit gegen den Antrag Stellung nehmen, und auf einige die auswärtige Politik betreffende Aeußerungen des Herrn Abgeordneten reflektieren, wobei ich es mir vorbehalte, auf einige eingehende und interessante Teile seiner Rede im Laufe der meritorischen Debatte zurückzukommen. Was den Antrag selbst, die Einberufung der Delegationen, betrifft, will ich mich zunächst gegen die Kritik und den Angriff wehren, als ob meine Stellungnahme in der Frage des wirtschaftlichen Ausgleiches gegen den Gesetzartikel XII:1867 verstoßen würde. Meine inkriminierte Behauptung war, daß eine Nation ihre Hand nicht binden, sich nicht in die Lage bringen dürfe, in einem gegebenen Augenblick nicht das tun zu können, was ihr Interesse erheischt. Durch diesen Standpunkt komme ich nicht in Gegensatz mit dem G.-A. XII:1867, denn die Vorbedingung der vollen Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich bezieht sich nach diesem Gesetz ausschließlich auf die Beratungsart der gemeinsamen Angelegenheiten.

Graf Julius Andrássy: § 25 berührt das nicht.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): § 25 lautet (liest): „Die andere Grundbedingung ist, daß die volle Verfassungsmäßigkeit in den übrigen Ländern und Provinzen Sr. Majestät in Kraft trete, denn Ungarn kann nur mit der verfassungsmäßigen Vertretung jener Länder über welche gemeinsamen Verhältnisse immer in Berührung treten." Se. Majestät selbst wünschte deshalb, daß die bisherige Art der Verhandlungen dieser Angelegenheiten verändert werde, weil er seine übrigen Länder mit verfassungsmäßigen Rechten ausgestattet hat. Es ist demnach von der Verhandlungsart die Rede.

Abgeordneter Géza Polónyi: Von den gemeinsamen Angelegenheiten.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): G.-A. XII: 1867 ist in der Feststellung des Inhaltes der gemeinsamen Angelegenheiten deklaratorischer Natur. Er konstruiert nicht aufs neue die gemeinsamen Angelegenheiten, sondern zählt nur die gemeinsamen Angelegenheiten, die der Pragmatischen Sanktion entstammen, auf. Die Einschränkung bezieht sich demnach nach meiner Auffassung nur auf die Behandlungsart.

Graf Julius Andrássy: Das wurde nie so gedeutet!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Ich kenne sehr gut die Deutungen, die sich in dieser Richtung in den neunziger Jahren entwickelt haben. Ich bringe dem Andenken jener Männer, die diese Deutungen machten, die größte Hochachtung entgegen, allein ich war mit diesen Deutungen auch damals nicht einverstanden, als ich in den Jahren 1903 und 1904 als Ministerpräsident in Angelegenheit der Handelsverträge gewisse Verfügungen traf, und ich würde damit auch jetzt nicht einverstanden sein, so oft ich vor dem Dilemma stünde, eine solche Theorie oder aber die großen Lebensinteressen des Landes zu verletzen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Darin sind wir alle eines Sinnes, daß wir es aufs wärmste wünschen, es möge der ungestörte Gang des verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich gesichert werden. Auch wünschen wir alle sehnsüchtig, daß die österreichische Delegation gewählt und die Delegationen ihre verfassungsmäßigen Funktionen ausüben können. Die Frage ist nur die, ob wir richtig vorgehen, wenn wir jetzt, wo nach der Auffassung der zuständigen österreichischen staatlichen Faktoren im gegenwärtigen Augenblick die Mitglieder der Delegation nicht gewählt werden können und nach ihrer Auffassung auch die vor zwei Jahren gewählte Delegation nicht funktionieren kann, uns in die Deutung des österreichischen Gesetzes einlassen und uns in die inneren Angelegenheiten des österreichischen Staates einmengen. (Zustimmung rechts.) Ich stelle mich nicht auf den Standpunkt, es könnte nie der Fall eintreten, wo es die Pflicht des ungarischen Staates und der ungarischen Regierung wäre, einen gewissen Einfluß auf die österreichischen Angelegenheiten auszuüben, doch könnte dies nur in den exzeptionellsten Fällen unter den extremsten Verhältnissen eintreten, und ich wage noch zu behaupten: wenn wir aus der Tatsache, daß die österreichische Delegation nicht gewählt würde und demzufolge wir seit längerer Zeit die gemeinsamen Angelegenheiten nicht erledigen können, Konsequenzen ableiten wollten, so wäre es nach meiner Auffassung sehr zu erwägen, ob es keine richtigere Konsequenz wäre, daß die ungarische Gesetzgebung selbständig verfüge, selbständig handle ... (Beifall und Lärm links.) Ich ersuche die Herren Abgeordneten, es mir zu ermöglichen, daß ich meinen Satz beende und meinem Gedanken Ausdruck verleihe. Ich meine, daß es eine richtigere Konsequenz wäre, selbständig eine Verfügung zu treffen, die für die Art der Ausübung der Rechte des ungarischen Staates auf diesem Gebiete für die Uebergangszeit sorgt, bis die im G.-A. XII: 1867 vorgeschriebene Art des normalen Verfahrens wieder ermöglicht wird.

Abgeordneter Ludwig Hollós: Eine provisorische Verfassung! (Lärm links. Graf Julius Andrássy lächelt.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Das große Hosianna, mit dem die Herren Abgeordneten meine Erklärung aufgenommen haben, ist ebenso wenig gerechtfertigt wie die Heiterkeit des Herrn Abgeordneten Grafen Julius Andrássy.

Graf Julius Andrássy: Ich habe nur über den ersten Teil gelacht. (Heiterkeit.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Jedenfalls ersuche ich auch den Herrn Abgeordneten, in Hinkunft den Schluß des Satzes abzuwarten. Denn das, was ich behauptet habe, ist nichts anderes als das, was in den neunziger Jahren wiederholt behauptet und zur Anwendung gebracht wurde, denn auch zu jener Zeit erfolgten wiederholt bezüglich der Handhabung der gemeinsamen Angelegenheiten allseitige Verfügungen des ungarischen Staates. Ich habe damit nichts Neues, nichts Sensationelles gesagt. (Zustimmung rechts. Bewegung äußerstlinks.) Nach meiner Ansicht ist das der einzig richtige Weg, den man vom Gesichtspunkte der ungarischen Verfassung einschlagen kann, ob man nun ein Anhänger des G.-A. XII: 1867 ist, oder aber dessen Abänderung anstrebt. Aus welchem Grunde auch dieser Apparat provisorisch nicht funktionieren kann, die ungarische Gesetzgebung muß diesem Uebel provisorisch abhelfen. (Zustimmung rechts.)

Was nun die konkrete Frage betrifft, so lag diese Frage schon wiederholt während des Krieges vor der ungarischen Gesetzgebung. Die Gültigkeit des gemeinsamen Budgets ist ja bereits am 30. Juni 1915 abgelaufen und die Delegation wurde nicht einberufen. Ich hatte damals Gelegenheit, diese Frage mit einigen leitenden Männern der Opposition zu besprechen und meiner Ansicht Ausdruck zu geben, daß man in einem Gesetz dafür sorgen müßte, in welcher Weise der ungarische Reichstag das durch die Delegationen bestätigte Recht ausüben soll: erstens für das gemeinsame Budget zu sorgen, zweitens die parlamentarische Kontrolle der gemeinsamen Regierung gegenüber auszuüben und sie zur Verantwortung zu ziehen. Damals stimmten die Herren Abgeordneten und stillschweigend auch das ganze Haus mit meiner Auffassung überein, daß es mit Rücksicht auf den Krieg nicht richtig wäre, diese Frage aufs Tapet zu bringen, und daß wir während des Krieges über diese Frage möglichst glatt hingleiten sollen, indem wir sie, ohne an die großen staatsrechtlichen Fragen zu rütteln, einfach so erledigen, daß wir in das ungarische Budgetprovisorium die Verfügung aufnehmen, derzufolge die ungarische Regierung ermächtigt wird, auf Grund der Reziprozität den entsprechenden Teil der gemeinsamen Kosten anzuweisen. Das war die Auffassung ohne Unterschied der Partei (Lärm äußerstlinks), und auch bei der Schaffung des letzten Budgetprovisoriumgesetzes gab sich das ganze Haus stillschweigend mit dieser Lösung zufrieden. (Zustimmung rechts. Lärm links.) Ich will das Recht niemandes in Zweifel ziehen, zu behaupten, daß wir infolge der langen Dauer des Krieges uns auf einen anderen Standpunkt stellen müßten. Ich will nur feststellen, daß bei drei Anlässen ...

Graf Julius Andrássy: Nicht infolge der langen Dauer des Krieges! Wegen der begangenen Fehler!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Ein großer Teil dieser Fehler war Ihnen schon im Juni 1906 bekannt. Jedenfalls ist der obenerwähnte Standpunkt in drei Beschlüssen des Hauses zum Ausdruck gelangt. Meine Auffassung ist die, daß wir während des Krieges bei diesem Standpunkte ausharren müssen und erst dann an eine provisorische Regelung der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der gemeinsamen Regierung schreiten, wenn auch nach dem Kriege — ich hoffe, daß es nicht der Fall sein wird — die außerordentliche Lage in Oesterreich weiter bestünde. (Bewegung links und äußerstlinks.)

Ueber die Ausführungen des Herrn Abgeordneten bezüglich der italienischen und rumänischen Frage will ich mich jetzt nicht ausführlich erstrecken, sondern mich nur auf einige Bemerkungen beschränken. Der Herr Abgeordnete hat uns beschuldigt, daß alle unsere Nachbarn sich gegen uns gewendet haben. Diese Behauptung bezieht sich naturgemäß auch auf Italien und Rumänien. Ich glaube, daß niemand im Zweifel darüber ist, daß in diesen beiden Nationen so feindselige Strömungen, um mich so auszudrücken, eine so große, gegen uns gerichtete Gier sich entwickelt haben, die keine Diplomatie hätte beseitigen können. (Lebhafte Zustimmung rechts, lebhafter Widerspruch links und äußerstlinks.) Für die Tatsache, daß bei Kriegsausbruch weder Italien, noch Rumänien ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen erfüllt haben, für die Tatsache, daß schon vor dem Kriege, namentlich aber während der ganzen Dauer des Krieges eine tiefgehende Veränderung in der Haltung Rumäniens immer klarer wurde, für diese Tatsache glaube ich kann weder die ungarische Regierung, noch weniger aber . . . (Großer Lärm und Bewegung links und äußerstlinks. Rufe rechts: Hört! Hört! Präsident läutet.) Die Frage ist, ob die Herren Abgeordneten die Debatten über diese Frage ermöglichen wollen. Eine Debatte über ernste Fragen kann aber nicht geführt werden, wenn jede zusammenhängende Gedankenkette durch fortwährende Zwischenrufe gestört wird. (Lebhafter Beifall rechts. Rufe rechts: Wir haben den Grafen Andrássy ruhig angehört!) Obwohl ich die öffentliche Erörterung dieser Frage in vieler Hinsicht für bedenklich halte, obwohl im Laufe der Debatte bei der Natur der Sache die Verteidigung des in verantwortlicher Stellung Befindlichen viel schwerer ist, als der Angriff des in nicht verantwortlicher Stellung Befindlichen (Lebhafter Beifall rechts. Bewegung links und äußerstlinks), will ich mich der Debatte nicht verschließen. Allein, wenn es unmöglich gemacht wird, meine Gedanken ohne Unterbrechung ausführen zu können, so werde ich einfach gezwungen sein, festzustellen, daß die Herren Abgeordneten die Debatte unmöglich machen. (Bewegung links und äußerstlinks.) Diese Situation werden wir nicht übernehmen können, daß die Herren von der Opposition hier alles sagen können, wobei wir in geduldigster Weise zuhören, während sie die Antwort und die Verteidigung unmöglich machen. In eine solche Situation lassen wir uns nicht drängen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! In einem solchen Lärm ist jede Beratung unmöglich. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Stefan Rakovßky, sich ruhig zu verhalten und keine Zwiegespräche zu führen. (Lärm links und äußerstlinks. Rufe rechts: Andrássy hat genug gesprochen, wir haben ihn angehört!) Der Herr Ministerpräsident wünscht auf die Rede des Grafen Andrássy zu antworten, dazu hat er das Recht. Bitte ihn anzuhören. (Lärm links und äußerstlinks.) Ich bitte um Ruhe, geehrtes Haus!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Ich wiederhole, geehrtes Haus, dafür, daß zwei unserer Bundesgenossen ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht erfüllt haben, kann der Minister des Aeußern, der viele Monate später die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hat, nicht verantwortlich gemacht werden. (Zustimmung rechts.) Jedenfalls wird diese bedauernswerte Tatsache durch den Umstand paralysiert, daß zwei andere, ihr Geschick mit dem unserigen vollständig identifizierende, treue und heldenmütige Bundesgenossen sich uns angeschlossen haben. (Lebhafte Eljenrufe.)

Was nun die italienischen Angelegenheiten betrifft, so will ich mich auf zwei Bemerkungen beschränken. Zunächst muß ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck verleihen, daß die Herren Abgeordneten von ihrem Bestreben nicht lassen wollen, den ganz deutlichen Sinn meiner Rede vom 23. oder 24. August falsch zu deuten. Ich gebe zu, daß die kurze Erklärung, die ich damals vormittags gemacht habe, auch eine andere Deutung zuließ. Allein nach der authentischen Deutung, die keine Umänderung bildete, sondern im vollen Zusammenhange mit dem ersten Text stand und die vollständig in ausführlicher Weise gegenüber dem aufgetauchten Mißverständnis den Gedanken zum Ausdruck bringt, der mich bei

Pester Lloyd Z. IX. 1916

Kriegstagung des Reichstages.

Folgen die Interpellationen.

Die eingezeichneten ersten sechs Interpellationen, die der Abgeordneten Ráth, Hußár, Héderváry, Bartos, Szmrecsányi und Zlinßky werden gestrichen.

Abgeordneter Géza Polónyi

wünscht von dem Ministerpräsidenten positive Aufklärungen hinsichtlich unserer politischen Lage Deutschland gegenüber und des mit dem Deutschen Reiche zu schließenden Zoll- und Handelsvertrages. Dieser ist im Ablaufen, und Redner fordert, daß er in geänderter Form erneuert werde, respektive aus wirtschaftlichen Gründen gekündigt werde. Eine solche Absicht haben wir im Sinne des Gesetzes sechs Monate vor Ablauf des Vertrages der österreichischen Regierung mitzuteilen und Redner setzt voraus, daß der Ministerpräsident dies getan habe. Redner begreift nicht, wie dieselben Männer, die Anhänger des gemeinsamen Zollgebietes sind, mit Händen und Füßen gegen ein Zoll- und Handelsbündnis mit Deutschland sich sträuben. Sollte der Ministerpräsident einen zehn-, fünfzehn- oder zwanzigjährigen Vertrag mit Oesterreich geschlossen haben, so hat er hiedurch dazu beigetragen, daß Ungarn für ebenso lange Dauer als selbständiger Staat aus dem europäischen Konzert ausgeschlossen, hinsichtlich des Abschlusses von Auslandsverträgen seines Selbstbestimmungsrechtes entkleidet werde. Redner weiß aus zuverlässiger Quelle, daß man in Deutschland durchaus nichts dagegen einzuwenden habe, mit Ungarn als selbständigem Staate in Vertragsverhandlungen zu treten. Schließlich fragt Redner den Ministerpräsidenten, ob es wahr sei, daß Oesterreich-Ungarn in Berlin 240 Millionen Kronen in Gold zur Deckung von durch Rumänien zu emittierendem Papiergelde deponiert habe, und verliest folgende Interpellation:

1. Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, hinsichtlich unserer am 31. Dezember 1917 ablaufenden, an Kündigung gebundenen Verträge über das Vorhaben der Regierung, hauptsächlich aber betreffend die Geltendmachung der Kündigung das Abgeordnetenhaus zu orientieren?

2. Ist Ungarn, als selbständigem und unabhängigem Staat, das Recht gesichert, bei den künftigen Vertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reich seine staatlichen wirtschaftlichen Interessen als selbständige Vertragspartei und internationales Rechtssubjekt zu vertreten und zu verteidigen? Im besonderen frage ich, ob nicht durch Abmachungen zwischen den ungarischen und österreichischen Regierungen, durch Festlegung des einheitlichen oder gemeinsamen Zollgebietes auf längere Zeit das selbständige Bestimmungsrecht Ungarns gefährdet ist?

3. Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, im Zusammenhange mit den Verträgen oder Abkommen mit Rumänien das Abgeordnetenhaus über ein Golddepot aufzuklären, das wir angeblich zugunsten Rumäniens bei der Deutschen Reichsbank hinterlegt haben?

Die Interpellation wird an den Ministerpräsidenten geleitet.

Die Interpellationen der Abgeordneten Ferdinand Urmánczy und Ludwig Beck wurden gestrichen.

Abgeordneter Graf Michael Károlyi

will von seinem Interpellationsrecht keinen Gebrauch machen, da es der Opposition ermöglicht wurde, die politischen Fragen, die man bei der Verhandlung der Steuergesetze nicht berühren konnte, auch in die Debatte einzubeziehen. Es wird sich noch Gelegenheit zur Kritik der Tätigkeit des Ministers des Aeußern und der Politik des Ministerpräsidenten finden und wenn Redner und seine Partei ihre Interpellation streichen, so geschieht es lediglich, weil die einzelnen Abgeordneten alles vor das Haus bringen können, was sie in den Interpellationen sagen wollten. Vorausgesetzt selbstverständlich, daß der Präsident des Hauses ihnen dazu Gelegenheit gibt, wenn die Anträge der Abgeordneten Andrássy und Apponyi verhandelt werden. Redner bittet vom Präsidenten in diesem Belange Aufklärungen. Schließlich müsse er noch betonen, daß er an keinem wie immer gearteten Uebereinkommen teilgenommen habe, daß er und seine Parteifreunde bloß deshalb nicht interpellieren, weil sie Gelegenheit haben werden, ihren Bedenken Ausdruck zu geben.

Präsident erklärt, daß alle Fragen, die mit den Anträgen Andrássy und Apponyi zusammenhängen, innerhalb der Rahmen der Geschäftsordnung von jedem Abgeordneten frei besprochen werden können. (Zustimmung links.)

Die Interpellationen der Abgeordneten Grafen Michael Károlyi, Moritz Esterházy, Sigmund Eitner, Martin Lovászy, Ernst Létay und Andreas Ráth entfallen.

Abgeordneter Nikolaus Zboray

hat sofort nach der ersten Nachricht über die traurigen Ereignisse in Siebenbürgen seine Interpellation angemeldet. Wären die inzwischen verklungenen Aeußerungen, die der Ministerpräsident im Magnatenhause und hier im Abgeordnetenhause getan, beruhigend gewesen, so hätte Redner gern seine Interpellation zurückgezogen. Aber die bisherigen Antworten des Ministerpräsidenten konnten das Land nicht beruhigen, konnten die Oeffentlichkeit nicht davon überzeugen, ob es tatsächlich notwendig gewesen ist, so viele Tausende Ungarn zur Flucht zu zwingen. Redner will nur von dem Gesichtspunkte sprechen, ob es wahr ist, daß der Einbruch der Rumänen nicht hätte zum Stillstande gebracht werden können, daß nicht genügend Militär zur Verfügung gestanden. Redner verweist auf die Ereignisse in Serbien, das die österreichische Diplomatie dem Einflusse Rußlands überlassen habe und wo seit Ausbruch des Krieges eine Reihe von Fehlern erfolgt sei. Die verantwortlichen Kreise haben aus diesen Fehlern nicht gelernt, sie haben nicht die Konsequenz gezogen, die geographische Lage des bedrohten Siebenbürgens rechtzeitig auszunützen. Und doch zeigten auch in diesem Kriege die Ereignisse an der Tiroler Grenze und in den Karpathen, mit wie wenig Kräften sich bei einer günstigen geographischen Lage die Pässe gegen eine Uebermacht verteidigen ließen. Die Siebenbürger Pässe — deren Verstärkung und Instandsetzung in den Delegationen schon seit Jahren Graf Albert Apponyi, Chorin, Lovászy und vor allem Gabriel Ugron urgiert hatten — konnten auch, so wie sie sind, mit geringeren Kräften gehalten werden. Diese Pässe hätten verteidigt werden müssen, hätten nicht ohne Munition, ohne Kanonen, ohne Militär bleiben dürfen.

Nach den beruhigenden Erklärungen des Ministerpräsidenten, die er den Siebenbürger Abgeordneten gegenüber machte, sind seine Worte, mit denen er den Grafen Czernin verteidigt, nicht angebracht. (Lärm links. Rufe: Der brave Czernin!) Es wäre männlicher gewesen, die begangenen Fehler einzugestehen und ihre Sanierung zu versprechen. Der Ministerpräsident hat am denkwürdigen 23. Mai anläßlich der Sozialistendemonstrationen gesagt, das Parlament bestehe aus keinen hysterischen Frauen, wir seien kein Wohlfahrtsausschuß, er hat die Abgeordneten, im Besitze der Macht, aus dem Saale entfernen lassen, das sind alte Angelegenheiten, sie bewiesen aber eine eiserne Hand; diese feste, eiserne Hand hätte man auch jetzt zur Geltung bringen müssen, nach oben hin, im Interesse der armen Siebenbürger Flüchtlinge. (Lebhafte Zustimmung. Applaus links.) Der Ministerpräsident hätte selbst an die Seite derjenigen treten müssen, die Sühne fordern. (Rufe rechts: Er hat es getan! (Lärm und Widerspruch links.)

Von Tißa hätte die Nation erwartet, daß er nicht vermanteln, vertuschen wird. (Zustimmung links.) Man sagt, der Ministerpräsident werde irregeführt, er bekam einen anderen Bericht als das Oberkommando und die Kabinettskanzlei. Weshalb waren unsere Diplomaten nicht so gut informiert wie die Spezialkorrespondenten der großen deutschen Zeitungen, des „Berliner Tageblattes", der „Vossischen Zeitung", der „Kölnischen Zeitung"? Der Bukarester Korrespondent des „Berliner Tageblattes" hat Tage vorher über die bevorstehende Entscheidung und über das Munitionsabkommen berichtet. Man denkt unwillkürlich daran, daß hier Verrat geschehen ist. (Großer Lärm links und rechts. Präsident läutet. Rufe: Zur Ordnung!)

Präsident (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Nikolaus Zboray (fortfahrend) erklärt, man hat solchen geheimen Gefühlen Ausdruck gegeben. Der Ministerpräsident soll sich äußern. Man darf es gar nicht voraussetzen, daß so etwas geschehen sei. Wenn Fehler geschehen sind, soll Sühne werden.

Die Interpellation wird an den Ministerpräsidenten geleitet.

Die Interpellation des Abgeordneten Bartos wird gestrichen.

Abgeordneter Karl Hußár (Sárvár)

fragt die Regierung, in welcher Weise sie jene amtlichen Organe zur Verantwortung zu ziehen gedenke, infolge deren Versäumnisse und falschen Verfügungen die Bevölkerung von vierzehn Siebenbürger Komitaten zu flüchten und die heimische Scholle im Stiche zu lassen gezwungen war und selbst ihre Getreidevorräte, ihren Viehbestand und ihre Effekten in der Hand des Feindes zurücklassen mußte. Wie gedenkt ferner die Regierung das Los der heimatlos gewordenen Siebenbürger Flüchtlinge zu sichern? Redner führt aus, wie entsetzliche Kopflosigkeit unter den Flüchtlingen geherrscht habe, wie Hunderttausende in den auf den Strecken nach Kolozsvár sich stauenden Zügen zusammengepfercht waren, wie Leute ihr ganzes Vermögen — zweihundert Kronen — für den Platz des Bremsers auf den Lastzügen zahlten. (Zwischenrufe rechts: Wem haben sie das gezahlt?) Den Bremsern selber. In Kolozsvár konnte dem Redner nicht einmal die Polizei angeben, wo sich das Amtslokal des Regierungskommissärs befinde. Die Bahnhofsrestaurants haben gegenüber den Flüchtlingen den unerhörtesten Wucher getrieben. Die Verwaltung habe vollständig versagt. Redner fordert dringendste Abhilfe.

Die Interpellation wird an die Regierung geleitet.

Abgeordneter Julius Györffy:

Der Ministerpräsident hat den Abgeordneten der Siebenbürger Wahlbezirke gegenüber am 24. August beruhigende Erklärungen gemacht. Man hat diesen Worten fünf Tage vor Kriegsausbruch geglaubt, da kein Grund vorlag, auch im entferntesten zu zweifeln. Redner verweist darauf, daß die von Ungarn bewohnten Székler Komitate den größten Leiden ausgesetzt wurden. Weshalb vertraute man Rumänien mehr als Italien? Die Bevölkerung der Siebenbürger Grenzgebiete wußte, was ihr im Falle eines rumänischen Angriffes bevorsteht, und sie wollte auch fliehen, man hat jedoch am Sonntag der Kriegserklärung noch die Abreise durch Androhen von Strafen vereitelt. Viele Verwaltungsbeamten haben ihre Familien in Sicherheit gebracht, die Bewohner aber ständig mit Beruhigungen hingehalten. Die Panik entstand, als die Rumänen mit dem Schießen und Morden begannen. Nach einer längeren Schilderung der Siebenbürger Situation fragt Redner den Ministerpräsidenten, worauf er seine beruhigenden Erklärungen gründete, wer ihn irregeführt habe. Die Einwohnerschaft des bedrohten Siebenbürgens wurde auch der Möglichkeit benommen, für sich irgenwie zu sorgen. Gerade, weil die Rumänen Siebenbürgen überraschend angreifen konnten, ist Redner gezwungen, alles das in der Form einer Interpellation vor das Haus zu bringen. Der geschehene Fehler fordert Sühne, die Schuldigen sollen von ihren Plätzen entfernt werden.

Ministerprädent Graf Stefan Tißa:

Auf die Fragen, die die Interpellation des geehrten Herrn Abgeordneten in sich schließt, habe ich eigentlich schon gestern geantwortet, als ich in einer meiner Ausführungen konstatierte, daß jene Vorkehrungen, von denen ich meinen bei mir erschienenen geehrten Herren Mitabgeordneten Mitteilung machte, zum Teil getroffen, zum Teile in Vorbereitung waren, und daß das eingetretene Malheur dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die militärischen Vorkehrungen, von denen ich — glaube ich — auch damals sagte, sie seien im Zuge, noch nicht getroffen waren, als der räuberische Ueberfall Rumäniens uns traf. Der eine Umstand ist, daß jene militärische Macht, die man als Vorsichtsmaßregel an den Grenzen Siebenbürgens zu placieren geplant hatte und deren Ankunft im Zuge war, zu nur erst geringerem Teile sich an der Grenze befand. Andererseits ist es Tatsache, daß in der Nacht des Einbruches die Gewehre bereits knatterten, als die Kriegserklärung in Wien überreicht wurde. Diese beiden Umstände haben jenes bedauerliche Ereignis verursacht, daß die unmittelbar an den Grenzen Siebenbürgens ansässigen Bewohner tatsächlich unter der Einwirkung plötzlichen Entsetzens in das Landesinnere flüchten mußten, und dies hat so große Massen in Bewegung gebracht, daß die planmäßige Rettung der Bevölkerung und ihrer Habe — was in Aussicht genommen war — unmöglich wurde.

Geehrtes Haus! In dieser Hinsicht kann niemand gegenüber die Anklage formuliert werden, er habe mich nicht der Wahrheit entsprechend orientiert oder irregeführt. Die Vorkehrungen, von denen ich den geehrten Herren Abgeordneten gegenüber Andeutungen machte, schlagen teilweise in den Wirkungsbereich der Regierung ein und waren von seiten der kompetenten Mitglieder der Regierung vorbereitet worden, teilweise auch mit dem Kommandanten der in Siebenbürgen wirkenden Armee besprochen worden; hinsichtlich der militärischen Vorkehrungen aber habe ich ein völlig treues Bild jener Verfügungen gewonnen, die in Aussicht genommen und zur Ausführung gebracht worden waren.

Ich wiederhole daher: die Ursache des Uebels ist nicht die Böswilligkeit oder die unwahre Information oder Irreführung irgend jemands, sondern der Umstand, daß der rumänische Ueberfall sich ereignete, bevor noch diese militärischen Vorkehrungen gehörig beendet gewesen wären (Bewegung links und äußerstlinks. Hört! Hört! rechts), und der Umstand, daß er nächtlicherweile sich ereignete, so überraschend, daß das tatsächlich im Gegensatz zu allen internationalen Normen steht.

Geehrtes Haus! Ich lasse mich jetzt nicht ein und kann mich auch nicht einlassen in die Erörterung der Frage, wen hinsichtlich des Vollzuges dieser militärischen Verfügungen die Verantwortung trifft: die Regierung oder irgendjemand anderen. Ich erlaube mir nur anzudeuten, daß wir mit der Tatsache zu rechnen hatten, an unseren Grenzen stehe die rumänische Armee mit erhöhtem Mannschaftsstande und daß sie demzufolge über die Möglichkeit eines solchen Ueberfalles verfügt. (Bewegung und Rufe links und äußerstlinks: Und dennoch hatte man sich darauf nicht vorbereitet! Warum traf man keine Verfügungen?) Ich muß gestehen, daß der Umstand, daß Rumänien seinen Anschlag vollbrachte, ehe es seine Kriegsvorbereitungen entsprechend beendet hatte, — denn ich glaube, mehrere der geehrten Herren Abgeordneten haben ganz richtig darauf verwiesen, alle Zeichen deuten darauf hin, daß die rumänische Armee noch nicht entsprechend ausgerüstet war und daß Rumänien diesen Angriff vollbrachte, bevor seine Armee eigentlich operationsfähig gewesen wäre —, geradezu der Tatsache zugeschrieben werden kann, daß es den momentanen Vorsprung, der in seiner die unserige überholenden Bereitschaft lag, nicht unbenützt lassen wollte. Rumänien hat damit zweifellos erreicht, daß es einen beträchtlichen Teil der Grenzen Siebenbürgens überraschend in Besitz nehmen konnte, daß durch die unerwartete Aufschreckung der Einwohnerschaft der Grenzgebiete in weite Schichten Unruhe hineingetragen wurde, daß große Massen in Bewegung gebracht und damit unleugbar ein empfindlicher materieller Schaden verursacht wurde.

Geehrtes Abgeordnetenhaus! Es wird gewiß niemand den materiellen Schaden geringschätzen wollen. Ich bitte aber die geehrten Herren Abgeordneten, nicht in das andere Extrem zu verfallen, ich bitte den Schreckensnachrichten einzelner Flüchtlinge keinen Glauben zu schenken. Alle Zeichen sprechen dafür, daß Menschenleben entweder gar nicht oder nur in verschwindend geringer Zahl zum Opfer gefallen sind und ich hoffe, daß auch der materielle Schaden jenes Maß nicht erreichen wird, wie es sich in den ersten Augenblicken der Panik und der Empörung darstellt. Auch der Umstand, daß einzelne über ihre nahe an der Grenze wohnenden Angehörigen noch keine Mitteilungen erhalten konnten, berechtigt keineswegs dazu, über ihr Schicksal verhängnisvolle Folgerungen abzuleiten. Bewegt sich doch jene große Masse jetzt in Siebenbürgen fluchtartig in Gegenden, wo infolge der Truppentransporte der Eisenbahnverkehr ins Stocken geraten ist und wo infolgedessen auch der Postverkehr auf Hindernisse stößt; dieser Umstand braucht keineswegs Unruhe zu verursachen und soll auch diejenigen, die vergebens auf Nachrichten warten, zu weitgehenden Folgerungen nicht veranlassen. Auch in diesem Belange sind jetzt die Verfügungen im Zuge. Es wird alles mögliche geschehen, damit sowohl der Postverkehr, wie der Eisenbahnverkehr in diesen Gegenden in der allerkürzesten Zeit wiederhergestellt werde; es wird alles mögliche geschehen, damit der materielle Schaden, der verursacht wurde, möglichst gelindert werde. Ich bin davon überzeugt, daß auch in diesem Belange die Lage weniger düster sein werde, als sie in den Augenblicken der nur zu begreiflichen ersten Entrüstung und ersten Panik vor unseren Augen stand.

Vor allem vergessen wir das eine nicht: der Anschlag Rumäniens konnte jenen momentanen Erfolg, den ich angedeutet habe, zweifellos erreichen. Die Folgen werden es aber beweisen, ob dieser Anschlag vom Gesichtspunkte der ernsten Ziele des Krieges wirklich ein richtiger strategischer Gedanke war und ob die Verteidigung Siebenbürgens durchgeführt wird, und zwar auf welche Weise und ob wir jenen uns allen unermeßlich teueren Streifen des Gebietes unseres Landes zurückerobern werden, der heute schon in Händen des Feindes ist. Ich bitte diesbezüglich das Urteil zu suspendieren, bis wir hoffentlich mit den Tatsachen hervortreten können. (Lebhafte Zustimmung und Applaus rechts.)

Abgeordneter Julius Györffy

verweist in seiner Erwiederung darauf, daß er nicht allein als schwer betroffener Siebenbürger, sondern als Ungar die Genugtuung fordern müsse.

Die Antwort des Ministerpräsidenten wird zur Kenntnis genommen.

Die Interpellationen der Abgeordneten Johann Novák und Béla Barabás entfallen.

Abgeordneter Béla Jármy

führt aus, daß er nach den beruhigenden Erklärungen des Ministerpräsidenten seine Interpellation streiche.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Das Protokoll der Sitzung wird authentiziert.

Schluß der Sitzung um 8 Uhr.

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen; dann die Gesetzentwürfe: über die Staatspolizei in Fiume; über die Ausdehnung des Wirkungskreises der Budapester Staatspolizei auf die Gemeinde Csepel; Kriegswohltätigkeitszwecken dienende Komitatssteuerzuschläge; über die Anleihen der Hauptstadt Budapest; über Regulierungsarbeiten des Rábaflusses; über drei Lokalbahnkonzessionen und schließlich über die Abänderung des Statuts betreffend das metrische System.

Vossische Zeitung 8/IX. 1916

8

57

Die deutschen Oesterreicher.

Von
Emil Ludwig
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

Wien, Anfang September.

Das erste nationale Zeichen, das der Fremde beim Ueberschreiten der Grenze Oesterreich-Ungarns erblickt, ist eine Banknote, die weder Vorder- noch Rückseite besitzt, sondern Wert, Unterschriften und Warnungen auf zwei Seiten in zwei Sprachen wiedergibt und die geschmückt ist mit je zwei Frauen- oder Knabenknöpfen, um den österreichischen und den ungarischen Typus in formvollendeter Allegorie darzustellen. Am Rande aber wird der Wert der Note noch achtmal in acht weiteren Sprachen angezeigt.

Mit keinem Gebilde der Gegenwart ist dieses zehnsprachige Reich zu vergleichen, und wer in Deutschland sich ein schnelles Urteil, eine voreilige Kritik über gewisse Schwächen dieses Staatsgebildes anmaßen mag, der sollte zuweilen diese Zehn-Kronen-Note betrachten, die ihm am Tauschmittel des Landes alle Komplikationen dieses Organismus sinnlich vor Augen rückt. Die Monarchie stets als Komplex zu denken, ihre Künstlichkeit nie zu vergessen ist die erste Aufgabe des Reichsdeutschen, wenn er die Wirksamkeit unseres stärksten Bundesgenossen im Kriege abschätzt, und es ist beinahe seine einzige Aufgabe. Denn um sie ganz zu begreifen, braucht es so viel Zeit, daß selbst dieser Krieg in seiner Dauer nicht genügen möchte; wie sollte selbst der politische, der intellektuelle Bürger bei uns zu urteilen imstande oder gar berufen sein, über ihre Zukunft mit zu entscheiden.

Dies Reich, in dem 23 Parlamente zugleich arbeiten oder doch verfassungsmäßig arbeiten sollten, staatsrechtlich zu erfassen wäre eine eben so große Forderung an den Fremden, wie wenn er alle seine Sprachen sprechen oder in kurzem Ablauf in allen Klimaten dieses Reiches leben sollte, das von Vorarlberg bis nach Semlin, von Brünn bis nach Dalmatien reicht. Vollends zu dieser Zeit ist die kritische Beurteilung, die bei uns versucht wird, ungerecht; denn ob die Monarchie nach dem Kriege im Dualismus verharren oder etwa ein Bundesstaat werden solle, dies zu erörtern, ist auch für Deutschland kein Zeitpunkt ungeeigneter, als diese Gegenwart. Nicht gegen die wenigen Kenner der Bedingungen und Geschichte, wie Friedrich Naumann, nur gegen die vielen Unberufenen richtet sich dieser Einwand, deren Rat hier nur sehr leise sich melden dürfte, soll er nicht den Freund irritieren, der uns als der stärkste geblieben ist.

So vielfach der Gedanke der Nationalitäten seit zwei Jahren in ganz Europa in seinem Ursprung verkannt und zu jedem politischen Zwecke von allen Parteien mißbraucht wurde: nirgends sollte er uns Deutschen gegenwärtiger sein als vor dem Völkerbunde der Monarchie, denn in der ersten Wahl und Stufenfolge ergänzt er in unserem Verstande, was Herz und Zunge von selbst zu fordern scheinen. Kein politischer Zweck kann in uns den natürlichen Instinkt beunruhigen, der, bei aller Neigung zu dem großen und siegreichen Volke der Ungarn, uns unter den Völkern der Monarchie zuerst zu den Deutschen treibt. Dynastie und Kultur, die Hauptsprache und die einzige Weltstadt, ja selbst die absolute Majorität ist deutsch, denn 21 Prozent Magyaren stehen 24 Prozent Deutsche an Zahl voran.

Daß die gegenwärtige Regierung eine vorwiegend ungarische wurde, hat gute politische und psychologische Gründe, ist aber in Deutschland keineswegs als Signal zu verstehen, als ginge die gesamte Entwicklung nun für immer diesen Weg. Tagt das Wiener Parlament nicht und muß demzufolge Oesterreich den Ausdruck der Volksmeinung und jede konstitutionelle Verhandlung gegenwärtig an Ungarn abtreten, so sind die Gründe nicht in mangelnder politischer Reife, sie sind nur in einer zu vielfältigen Zusammensetzung des Wiener Parlaments zu suchen, während drüben eine geringere Zahl von Völkerschaften die Fläche für unerwünschte Debatten, wenigstens in den Problemen der Völker, verkleinert.

Solange Wien der Sitz der Monarchie und seines kaiserlichen und königlichen Ministers des Aeußern bleibt, sollte in Deutschland niemand daran denken, mit irgendeiner anderen Hauptstadt der Monarchie sich zu verständigen, so groß die Sympathien auch sein mögen, die uns mit den Ungarn jedenfalls länger und natürlicher verbinden als mit irgendeinem fremdsprachigen Volke der Erde.

In vielen Tagen wurde die Donau-Konferenz in Budapest abgehalten, und über ihre fachlichen Zwecke hinaus erscheint sie trotz ihrer Kürze manchem als Zeichen großer wirtschaftlicher Bestrebungen, von denen im Norden und im Süden viel Wesenhaftes gerechnet wurde. Was hierbei als Grundsatz zugelassen habe, hat einer der ersten Köpfe Deutschlands vor wenigen Tagen in Worte gefaßt, deren Klarheit jede Kommentierung überflüssig macht. „Seit Oesterreich und Preußen — sagt Schmoller — sich neuerdings immer enger verbunden haben, muß Ungarn bezweifeln, was dies Bündnis für den Fall bedeuten könnte. Eine Zanders- und Zollvereinigung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn liegt auf der Seite der gemeinsamen Interessen beider Reiche, ist nötig gegenüber den Mittelseuropa feindlichen Bestrebungen. Auf dieser Seite bildet es aber ein gefährliches Hindernis, wenn Ungarn den Zoll- und Handelsverkehr mit Oesterreich beseitigen will."

Pester Lloyd 8./IX. 1916

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 7. September.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute nachmittags drei Reden im Rahmen der Steuerdebatte entgegen: Es sprachen in sachlicher, fachkundiger und ruhig wirksamer Art Abgeordneter Franz Springer, ernst und knapp Graf Moritz Esterházy und schließlich ritt auch Abgeordneter Alexander Simonyi-Semadam sein in solchen Kämpfen geübtes Roß gegen die Großbanken.

Die Aufmerksamkeit des Hauses aber war mehr in den Wandelgängen konzentriert, wo die Ereignisse der geschlossenen Sitzung, vor allem eine große Rede des Abgeordneten Grafen Albert Apponyi, und die erfreulichen Ereignisse in der Dobrudscha anregenden Gesprächsstoff bildeten.

Das Haus wird seine nächste Sitzung nächsten Dienstag halten.

Der Verlauf der Sitzung.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nachmittags um 4¹/₄ eröffnet. Das Haus setzt die allgemeine Debatte über den Gesetzentwurf betreffend die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen fort.

Abgeordneter **Franz Springer**

würdigt zwar die Bedenken, die man dagegen hegt, daß dieser Gesetzentwurf in diesen Zeiten verhandelt werde, er müsse jedoch andererseits zugeben, daß die Kraftquellen, die sich da erschließen lassen, dem Staate zugänglich gemacht werden müssen. Darum erklärt Redner schon jetzt, er nehme den Gesetzentwurf des Finanzministers im allgemeinen als Grundlage der Spezialdebatte an. Der Gesetzartikel VIII: 1909, der die Erwerbsteuer der Unternehmungen regelt, geht von dem Prinzip aus, die Ertragssteuer in eine Form der Personensteuer umzuwandeln, also ebenso, wie es hinsichtlich der Privatpersonen geschehen ist, auch die juristischen Personen dem Einkommen und dem Erwerb entsprechend zu besteuern. Gewisse Schwierigkeiten ergaben sich hier besonders aus der Frage, wie die Steuergrundlage gerechterweise festgestellt werden könnte. Und der Auffassung des Redners gäbe die Bilanz der Unternehmungen Handhabe zur Feststellung der Steuerbasis, und der dort ausgewiesene Gewinn sei, ohne Rücksicht darauf, woher er stammt, zu besteuern. Die Bestimmung des Gesetzes von 1909, die den Abzug der Einkommen aus dem Wertpapierbesitz zuläßt, ist sehr richtig abgeändert worden. Der Finanzausschuß hat einen neuen § 3 vorgeschlagen. Der § 3 des jetzigen Gesetzentwurfes in der Textierung des Finanzausschusses enthält eine neue Bestimmung, die neben dem obenerwähnten Prinzip ebenfalls beibehalten werden könne. Redner kommt sodann zur Würdigung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes.

Die Genossenschaften sollen, wie Redner weiß, durch eine Abänderung im Texte hier neu definiert werden. Redner verweist darauf, daß die in den Genossenschaften vereinigten Kapitalien gerade aus den weniger kapitalskräftigen Schichten hervorgehen. Eine Reduktion des Steuerschlüssels für die Genossenschaften auf fünf Prozent erscheint schon aus diesem Gesichtspunkte gerechtfertigt. Die Definition der Genossenschaften, besonders in Hinblick auf die Inanspruchnahme von fremdem Kapital, würde für die Genossenschaften vom Nachteil sein; eine Reihe von Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes gebe den Genossenschaften die Möglichkeit, fremde Kapitalien in ergiebigerem Maße heranzuziehen.

Hinsichtlich der Progression glaubt der Redner als sicher vorhersagen zu können, daß der progressive Schlüssel gerade dort den geringsten Erfolg haben werde, wo man diesen Erfolg am meisten wünscht. Ferner muß festgestellt werden, daß zwischen den Vorlagen des Finanzausschusses und denen des Finanzministers sehr wesentliche Abweichungen bestehen. Der Finanzminister hat seine Vorlage ausgiebig und gehörig paragraphenweise motiviert, wohingegen der Finanzausschuß gewissermaßen eine ganz neue Vorlage ausgearbeitet hat, ohne indes die Begründung dem Hause vorzulegen. Dies sei, gelinde gesagt, ein Mangel an Regards. Schließlich bittet Redner den Finanzminister, die Munizipal- und Kommunalbetriebe von der Besteuerung zu befreien, da diese im Sinne der allgemeinen Erwerbsteuer zu besteuern, daher steuerfrei sind, während die Vorlage diese Betriebe in diejenige Steuerkategorie einreiht, zu der die zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen zählen. Dies erbittet Redner vom Minister vornehmlich im Hinblick auf die hauptstädtischen Betriebe. Im übrigen nimmt er die Vorlage im allgemeinen an.

Abgeordneter **Graf Moritz Esterházy**

will nur in aller Kürze erklären, daß er die Vorlage im allgemeinen als Grundlage der Spezialdebatte annehme. Nach einer Parallele, die er zwischen den Bestimmungen der Vorlage und jenen des einschlägigen österreichischen Gesetzes zieht, verweist er darauf, daß nicht alle zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen Aktiengesellschaften seien und also nicht dem gleichen Besteuerungsverfahren unterzogen werden können. Redner beantragt gewisse Abänderungen in der Fassung der §§ 2, 4 und 6 der Vorlage.

Abgeordneter **Graf Theodor Batthyány**

fragt den Finanzminister, ob er der Meinung sei, daß man es hier mit einer definitiven Steuerreform zu tun habe, oder ob nicht vielmehr eine gründliche Revision des ganzen Elaborats in kürzester Zeit sich als notwendig erweisen dürfte. Jedenfalls ist es keine richtige Steuerpolitik, wenn man Steuergesetze schafft, die nach zwei oder drei Jahren gründlicher Verbesserungen und Abänderungen bedürfen. Er fordert strikte Weisungen für die Steuerbemessungen, man dürfe nicht gewisse Grenzen übersteigen, denn dies würde nur zur Verschlimmerung der Steuermoral führen. Man müsse den Steuervexationen womöglichst ein Ende bereiten. Der Minister soll die Steuerorgane zur strikten Einhaltung der Gesetze verhalten. Redner weist auf die Eingabe des Landes-Industrievereins hin, in der dagegen Stellung genommen wird, daß in diesem Gesetzentwurf die gesetzlich gewährleistete Steuerfreiheit gewisser Papiere beseitigt wird. Was sagen die Juristen dazu? Besitzt der Staat die moralische und juristische Berechtigung für ein solches Vorgehen? Jedenfalls gibt diese Verfügung Anlaß zu tiefen moralischen Bedenken. Der Staat müßte sich hüten, den Glauben des Publikums an gesetzlich gewährleistete Rechte zu erschüttern. (Zustimmung.) Bezüglich der Genossenschaft billigt er die Ausführungen des Grafen Moritz Esterházy. Die Wekerlesche Reform ist in dieser Beziehung vollkommen zulänglich und zweckentsprechend. Er verlangt besondere Begünstigungen für die Genossenschaften, deren Dividenden nicht mehr als fünf Prozent beträgt. Redner nimmt den Gesetzentwurf an, wenn die von ihm angeführten Gesichtspunkte die entsprechende Berücksichtigung finden.

Abgeordneter **Alexander Simonyi-Semadam**

zollt Worte der größten Anerkennung für die objektive, kluge, großes Wissen verratende Rede, die der Abgeordnete Baron Julius Madarassy-Beck jüngst in der Steuerdebatte gehalten hat und in der er die außerordentliche Bedeutung der Großbanken für die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns hervorgehoben hat. Er billigt zum großen Teil die damaligen Ausführungen des Barons Madarassy-Beck, doch kann er sich mit der Konklusion nicht einverstanden erklären. Baron Madarassy erklärte, man möge sich vor den fortgesetzten Angriffen auf die Großbanken und das Kapital hüten, denn sonst werde das fremde Kapital sich allmählich von uns zurückziehen, wodurch unserem wirtschaftlichen Leben ein großer Schaden erwachsen würde. Diese Schlußfolgerung kann der Redner nicht als richtig annehmen. Ungarn hat in diesem Weltkrieg den Beweis erbracht, daß es ohne fremde Unterstützung sechs Milliarden mobilisieren kann. Fremdes Kapital haben wir nicht mehr; das fremde Kapital ist schon längst von uns weg. Was für fremdes Kapital hatten wir denn in Ungarn? Zumeist französisches und belgisches, deutsches weniger, englisches fast gar nicht. Das französische und belgische Kapital wurde schon während des Balkankrieges zurückgezogen. Man darf nicht glauben, daß das Geld ein so internationaler Begriff sei, wie man ihn gern hinzustellen pflegt. Das fremde Kapital ist zumeist ein politisches Mittel. Je entwickelter ein Staat ist, umso mehr steht sein Kapital im Dienste staatlicher Ziele. Frankreich hat nicht zur Hebung unserer nationalen Wirtschaft sein Kapital uns geliehen, sondern es verfolgte dabei eine politische Tendenz; es suchte uns womöglich wirtschaftlich von Deutschland unabhängig zu machen. Als es merkte, daß jeder Versuch vergeblich sei, begann das französische Kapital sich langsam von uns zurückzuziehen. Baron Julius Madarassy-Beck steht an der Spitze eines Instituts, das französisches Kapital seinerzeit nach Ungarn brachte und sich dadurch große Verdienste erwarb. Infolgedessen ist es verständlich, wenn er sozusagen eine Familientradition in der Schätzung des fremden Kapitals erblickt. Allein, die Zeit hiefür ist vorüber. Wann immer der Frieden kommt, wie immer auch er ausfallen wird, französisches und belgisches Geld werden wir wenigstens durch eine Generation in Ungarn nicht finden. Infolgedessen ist es nicht der Mühe wert, dieser Idee Konzessionen zu machen. In Deutschland beherrscht wohl nicht die staatliche Omnipotenz die Banken; allein dort übt die Reichsbank dieselbe Kontrolle aus, wie in Frankreich der Staat selbst. Wir müssen unser Kapital in den Dienst der nationalen Kraft stellen und hiefür alle Garantien fordern. Redner nimmt nicht gegen die Großbanken Stellung, sondern gegen die Auswüchse der Konzentration des Kapitals. Er gibt zu, daß das große Kapital heute noch in unserem wirtschaftlichen Leben einen großen Faktor bildet; allein allmählich muß der Hypertrophie dieses Einflusses ein Ende bereitet werden. Baron Madarassy-Beck hat nur die Vorteile der Kapitalskonzentration hervorgehoben, an die Schattenseiten aber vollständig vergessen. Diese Schattenseiten waren vor dem Krieg nur wenigen Eingeweihten bekannt, jetzt kennt sie jeder, der nur ein wenig mit Aufmerksamkeit den öffentlichen Verkehr beobachtet. Es kann daher nur gebilligt werden, wenn die Privilegien, die die großen Finanzinstitute genießen, eingeschränkt werden. Es muß dem Finanzminister als großes Verdienst angerechnet werden, daß er den ersten Schritt getan hat, indem er sie in dieser Vorlage höher besteuert, als es bisher der Fall war. Redner fragt, ob denn die in diesem Gesetzentwurf enthaltenen Erhöhungen genügen. Die Kommerzialbank und die Kreditbank haben in den Jahren 1913, 1914 und 1915 im Arbitragegeschäft allein mehr als drei Milliarden umgesetzt. Dürfen die Großbanken Gewinne ohne Umsatzgebühren machen? Die Münzbestände des Staates den Banken zollfrei zu Spielzwecken zu überlassen, sei nicht angängig. Redner anerkennt, daß in dem vorliegenden Gesetzentwurf der Finanzminister den Mut gehabt habe, diese Großmächte anzufassen. Dabei braucht der Finanzminister gar kein Antikapitalist zu sein, ja er darf das gar nicht; das Kapital ist ein den übrigen gleichrangiger Faktor der Volkswirtschaft, nur darf es, ebenso wenig wie die übrigen Faktoren, exzedieren. Immerhin sei diese Vorlage als ein erster Schritt etwas. Redner verwahrt sich schließlich gegen die Bevorzugung der großen Geldinstitute und gibt zu, die Vorlage sei ein großer Schritt im Vergleiche zur Vergangenheit, — der erste, hoffentlich nicht der letzte. In Anhoffung gewisser Konzessionen, die der Finanzminister den geäußerten Wünschen gegenüber gewähren würde, nimmt Redner die Vorlage an. (Zustimmung.)

Präsident bittet um die Ermächtigung des Hauses, aus Anlaß des glänzenden Sieges unserer Verbündeten in der Dobrudscha die bulgarische und die deutsche gesetzgebende Körperschaft im Namen des Hauses zu beglückwünschen. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.)

Nach Authentikation des Protokolls wird die Sitzung um 8 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag, 12. September, 10 Uhr vormittags. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Neues Pester Journal
12./IX. 1916

77

Parlamentarische Vorgänge.

Die Frage des Konzentrationskabinets. — Die Debatte über die Delegationsfrage. — Die Auffassung der Parteien.

Die Károlyi-Partei hielt heute Abends eine Konferenz, in welcher an Stelle des abwesenden Führers Grafen Michael Károlyi Ludwig Holló den Vorsitz führte. Gegenstand der Konferenz war eine Besprechung über die einzunehmende Haltung der Partei gegenüber der am Mittwoch im Abgeordnetenhause beginnenden Debatte über den Antrag der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi. Den Hauptgegenstand aber bildete ein Ideenaustausch über die immer lebhafter hervortretenden Gerüchte über ein Konzentrationskabinet. In der Károlyi-Partei war man heute Abends dahin informirt, daß das Projekt als gescheitert betrachtet werden müsse, einerseits weil Ministerpräsident Graf Tißa es ablehnt, eine Aenderung in der Leitung des auswärtigen Amtes in der Weise herbeizuführen, daß an Stelle des gegenwärtigen Ministers Baron Burián der Kandidat der Opposition Graf Andrássy ernannt werde, andererseits deshalb, weil die Opposition es ablehne, die vom Grafen Tißa angebotenen Portefeuilles in seinem Kabinet anzunehmen. Obwohl die Károlyi-Partei der geplanten Formation gegenüber sich von vorneherein freie Hand gesichert hat, sieht sie das Scheitern des Konzentrationskabinets doch nicht gerne, weil damit alle Garantien für einen neuen geänderten Kurs vernichtet werden. Eben deshalb haben es die Mitglieder der Partei für nothwendig erachtet — so wird uns wenigstens gemeldet —, die Frage in Erwägung ziehen, ob man angesichts der veränderten Situation bei der Debatte über den Andrássy'schen Antrag nicht wieder zu jenem Mittel greifen soll, das bereits in der Sitzung vom 5. September in Anwendung gebracht wurde. Damals haben bekanntlich die Mitglieder der Károlyi-Partei gegen den Ministerpräsidenten Grafen Tißa in turbulenter Weise demonstrirt.

Schon aus dieser Haltung der Károlyi-Partei ist zu ersehen, in welch intensiver Weise sich die Opposition mit der Frage des Konzentrationskabinets beschäftigt. Die Debatte über den Andrássy'schen Antrag dürfte allem Anscheine nach hauptsächlich in ein Fahrwasser gelenkt werden, in welchem alle Argumente pro und contra hinsichtlich eines Koalitionskabinets erörtert werden können. Dieser Sachverhalt ist umso bemerkenswerther, als thatsächlich im Interesse der Bildung eines Konzentrationskabinets weder in offizieller noch in zwangloser Form in der letzten Zeit ein Ideenaustausch zwischen dem Ministerpräsidenten und den offiziellen Führern stattgefunden hat, eine konkrete Basis für die Bildung eines Konzentrationskabinets bis zur Stunde also — wie dies übrigens heute auch das Organ der Verfassungspartei ausdrücklich konstatirt — nicht existirt. Das einzige, was in dieser Angelegenheit geschehen ist, waren verschiedentliche Anspielungen und Aeußerungen, die, öffentlich und vertraulich, über das nothwendige Zusammenwirken aller Parteien und über die Theilung der Verantwortlichkeit gefallen waren. Hieraus konstruirte man in seriösen politischen Kreisen den Gedanken, daß ein Konzentrationskabinet wünschenswerth wäre, dieser Gedanke wurde vielfach lebhaft begrüßt, nirgends rundweg zurückgewiesen und nun fand die Propaganda für das Zustandekommen eines Konzentrationskabinets überall lebhafte Unterstützung.

Es ist unleugbar, daß die Nationale Arbeitspartei in zwanglosen Pourparlers sich ebenfalls mit dem Gedanken der Möglichkeit eines Konzentrationskabinets beschäftigt. Es ist auch kein Geheimniß, daß Graf Tißa wiederholt erklärt hat, daß, wenn die vorhandenen objektiven und subjektiven Hindernisse beseitigt werden, ein solches Projekt in den Bereich der Erwägung gezogen werden könnte. Dieser Standpunkt des Grafen Stephan Tißa ist übrigens kein neuer. Schon im Mai vorigen Jahres hat er ja selbst aus eigenem Antrieb, ohne fremde Veranlassung, den oppositionellen Führern die Theilnahme an den Staatsgeschäften angeboten, damals aber wurde dieses Anerbieten rundweg abgelehnt. Die Opposition stellte sich damals auf den Standpunkt, daß Graf Tißa von seinem Posten scheiden müsse, nicht seiner Person wegen, sondern weil in der auswärtigen Politik eine andere Richtung eingeschlagen werden soll, eine solche Aenderung aber insolange nicht eintritt, als Graf Tißa der Ministerpräsident ist, der in Folge seiner Stellung auch auf die auswärtige Politik Einfluß nimmt. Dieses subjektive Hinderniß besteht auch jetzt, denn Graf Tißa's Position sowohl nach oben wie gegenüber der Majorität des Abgeordnetenhauses hat sich absolut nicht geändert. Graf Tißa ist noch immer im vollem Besitz des Vertrauens der Krone und der Parlamentsmehrheit, hat also keine Veranlassung, einen auf seine Person bezüglichen Wunsch der Opposition zu erfüllen. Es bestehen aber auch objektive Hindernisse, die seit dem vorjährigen Anerbieten des Grafen Tißa das Verhältniß des Grafen Tißa zur Opposition wesentlich geändert haben. Diese objektiven Hindernisse hat die Opposition verursacht, indem sie in der letzten Zeit bekanntlich heftige Angriffe gegen die auswärtige Politik der Monarchie richtete und auch in der Ausgleichsfrage solche Postulate stellte, die ein Zusammenwirken geradezu unmöglich erscheinen lassen. So lange also diese sehr wesentlichen politischen Hindernisse bestehen, kann — nach der in der Nationalen Arbeitspartei herrschenden Auffassung — über ein einheitliches Zusammenwirken nicht gesprochen werden, es sei denn, daß die Opposition in den angedeuteten zwei Fragen eine durchgreifende Aenderung ihrer Auffassung durchführt.

Die Mittwoch beginnende Debatte über den Andrássy'schen Antrag wird also die Gelegenheit dazu bieten, daß diese Fragen geklärt werden, und da ist es nicht unmöglich, daß sich eine Situation ergeben wird, aus der das Konzentrationskabinet hervorsprießen kann, aber es versteht sich von selbst, daß eine Aenderung in dem politischen Kurs Ungarns nicht eintreten kann, wenn die Opposition eben ihre ablehnende Haltung in den heute im Vordergrunde stehenden Hauptfragen beibehält. Geradezu komisch aber erscheint es, wenn man unter solchen Verhältnissen schon Ministerlisten propagirt, die nicht anders als eine politische Spielerei genannt werden können. Das sind die Gesichtspunkte, die an informirten Stellen der Nationalen Arbeitspartei über das Konzentrationskabinet vorherrschen.

Und eben deshalb, weil diesbezüglich eine vollständig einheitliche Auffassung herrscht, hat die Nachricht, daß der frühere Ackerbauminister der Kabinete Khuen und Lukács, Graf Béla Serényi, seinen Austritt aus der Nationalen Arbeitspartei angemeldet hat, weil er entschlossen ist, für den Antrag des Grafen Andrássy zu stimmen, keinerlei Emotion hervorgerufen. Graf Béla Serényi ist eine sehr sympathische Gestalt unseres politischen Lebens, er besitzt viele Freunde und ward vielfach als eine Persönlichkeit bezeichnet, deren noch größere Aufgaben harren. Eben deshalb bedauert man in der Nationalen Arbeitspartei seinen Schritt, aber nur aus dem Grunde, weil mit ihm von dort eine liebgewordene Gestalt — hoffentlich nur für vorübergehende Zeit — scheidet. Es wurden aber Fühler ausgesteckt, ob Graf Serényi's Schritt Nachahmer finden dürfte, und da konnte konstatirt werden, daß Graf Serényi vollständig isolirt sei. Niemand folgt seinem Beispiel, umsoweniger, weil in der Nationalen Arbeitspartei die Ueberzeugung felsenfest besteht, daß gegenwärtig der Antrag des Grafen Andrássy nur akademischen Werth habe, denn insolange während des Krieges die österreichischen parlamentarischen Verhältnisse die Einberufung der Delegationen unmöglich machen, könne Ungarn allein auf die Inanspruchnahme der Funktion dieser parlamentarischen Körperschaft nicht bestehen. Man sprach darüber, daß vielleicht Graf Johann Zichy, der ebenso wie Graf Serényi Mitglied des Nationalklubs ist und in engeren Freundschafts-

Pester Lloyd 12./IX.

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 12. September.

Das Abgeordnetenhaus, das heute einen Dankesgruß des deutschen Reichstages entgegennehmen konnte, setzte in der heutigen Sitzung die Generaldebatte über den Gesetzentwurf betreffend die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften fort. Es sprach als erster Redner Abgeordneter Elemér Hantos, der in eingehenden Ausführungen die Interessen der Provinzgeldinstitute zum Gegenstande der Erörterung machte und an einzelnen Bestimmungen der Vorlage Kritik übte.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Barons Julius v. Madarassy-Beck. Die ausführlichen, durchaus treffenden Erörterungen des Redners zerfielen in zwei Stücke. Sie berührten die Bedeutung, die unserem Wertpapierbestand zukommt, wenn die Notwendigkeit der Beschaffung von Zahlmitteln für die nachkriegerische Zeit erwogen wird. Sie behandelten dann die Frage der Wertpapierbesteuerung von diesem Standpunkte aus und boten auch ein Bild der allgemeinen Wirkungen einer solchen Besteuerung, wie sie sich in dem Effektengeschäft und auf die Portefeuilles der Großinstitute zur Geltung bringen müssen. Die sehr sachlichen, sehr realistischen Ausführungen des Barons Madarassy-Beck enthielten auch eine sehr interessante Darstellung der weltwirtschaftlichen Situation, wie sie nach dem Kriege sich ergeben würde, einer Situation, der heute schon im ernstesten Sinne des Wortes Rechnung getragen werden muß.

Nach der Rede des Abgeordneten Madarassy-Beck wurde die Debatte geschlossen und Finanzminister Johann v. Teleßky ergriff das Wort. Der Minister erörterte die Momente, die ihn zur Annahme der vorgesehenen Modifikationen bestimmten. Dabei besprach er die Fragen, die betreffend den Steuerschlüssel und seine Wirkungen, namentlich mit Rücksicht auf das Wertpapierportefeuille der Institute, geltendgemacht wurden. Die Lage der Provinzinstitute fand in den Ausführungen des Ministers treffende Beleuchtung. Entschieden protestierte Herr v. Teleßky gegen die Auffassung, daß der Entwurf Rechtskonfiszierungen enthalte, und er bekräftigte diesen Protest durch beweiskräftige Hinweise auf Präzedenzfälle und geltende Rechts- und Steuerprinzipien. Der Finanzminister wandte sich dann zur Frage der Genossenschaftssteuern. Eine gesetzliche Regelung der Genossenschaftsprobleme ist erwünscht. Solange diese jedoch nicht erfolgt ist, muß die Regierung die Steuerfreiheiten auf jene Genossenschaften beschränken, die einer altruistischen Zentrale anhängen. Die hierauf bezüglichen Anregungen des Abgeordneten Hantos, soweit sie das Spareinlagensystem der Genossenschaften berühren, lehnte der Minister ab. Nachdem der Finanzminister noch andere Fragen erörtert hatte, schloß er unter dem Beifall des Hauses seine Ausführungen, die vielfach auch die Zustimmung der Opposition fanden.

Hierauf nahm das Haus die Vorlage in erster Lesung an.

Die Spezialdebatte, an der sich Abgeordneter Franz Springer mit interessanten, auf reiches, aktuelles Zahlenmaterial gestützten Ausführungen, Abgeordneter Géza Hováni mit banktechnischen Argumenten und Abgeordneter Simonyi-Semadam mit einer Kritik der Privilegien beteiligten, gedieh bis zum § 2. Dieser Paragraph wurde nach einer Bemerkung des Finanzministers angenommen, und zwar mit einer von dem Berichterstatter beantragten Abänderung.

Hierauf wurde die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags unterbrochen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Hováni, Alfred Pál, Felix Szinyei-Merse.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Baron Hazai, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident teilt im Laufe des Verlesens des Einlaufes mit, daß von dem Präsidenten des deutschen Reichstages als Antwort auf die Begrüßungsdepesche des ungarischen Abgeordnetenhauses aus Anlaß des großen Sieges der verbündeten bulgarisch-deutschen Heere in der Dobrudscha ein Dankestelegramm eingelangt sei, das zur Verlesung gelangt.

Dient zur erfreulichen Kenntnis.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der allgemeinen Debatte über die Erwerbsteuer der zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen. Als erster Redner nimmt hiezu das Wort

Abgeordneter **Elemér Hantos**:

Die Frage der Steuern der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen zieht sich wie ein roter Faden durch die Steuerdebatte des Hauses. In dieser Debatte kommt in erster Reihe die Stimmung zum Ausdruck, die sich mit Recht oder Unrecht gegen diese Unternehmungen richtet. Den Haupttypus dieser Unternehmungen bilden die Aktiengesellschaften, die Hauptkategorie der Aktiengesellschaften wieder bilden die Geldinstitute. Die Ursache der Mißliebigkeit der letzteren ist ganz einfach in der Tatsache zu suchen, daß die Banken Kapitalien haben und Kredit bieten, ein Teil des großen Publikums sich aber aus Schuldnern zusammensetzt, die verhalten sind, die Darlehen zurückzuzahlen. Außer dieser natürlichen Antipathie liegt eine tiefer gelegene Erklärung dieser Mißliebigkeit darin, daß sich in diesen Unternehmungen, wie bei allen größeren Organisationen, notgedrungen gewisse oligarchische Typen entwickeln. Die Gesetzgebung kann dagegen nicht im Rahmen der Steuergesetze vorgehen, denn die Steuergesetze dürfen niemals als Repressalien gegen Auswüchse des wirtschaftlichen und politischen Lebens dienen.

Die Opposition glaubte Absurditäten mit der Erschwerung der Steuerlasten lindern zu können und beanstandete die Schonung dieser Unternehmungen. Der Entwurf bürdet den Unternehmungen weitgehende Lasten auf. Der Finanzminister erwartet von dieser Steuer eine Einkommensteigerung von 36 Millionen. Das bedeutet, daß diese einzige Steuergattung mehr Einkommen brächte als von dem ganzen Ertrage der Vermögenssteuer und von der Ausdehnung der Einkommensteuer erwartet wird.

Redner hält die Steuererhöhung für vollkommen gerechtfertigt; erstens aus allgemeinen Standpunkten wegen der Steigerung der öffentlichen Bedürfnisse, zweitens vom Standpunkte der Proportionalität, weil die übrigen Steuerobjekte infolge der Einführung der Vermögenssteuer und der Ausdehnung der Einkommensteuer einen beträchtlichen Lastenüberschuß aufzuweisen haben, und schließlich aus dem speziellen Standpunkte, daß einzelne Unternehmungen, besonders Großbanken, infolge der Verfügungen der bisherigen Gesetze fast vollständige Steuerfreiheit genossen, welche Steuerfreiheit unter den jetzigen Verhältnissen nicht aufrechterhalten werden kann.

Der Entwurf erhöht die Steuern der Unternehmungen in drei Richtungen. Zunächst durch die Erhöhung des Steuerschlüssels, dann durch die Art und Weise der Steuerrepartierung und schließlich durch die Feststellung der Steuerbasis.

Der Steuerschlüssel erscheint im günstigsten Falle mit 20 Prozent, auf der höchsten Stufe mit 100 Prozent gehoben. Erschwert wird die Lage dadurch, daß parallel mit den direkten Steuern auch die kommunalen Steuerzuschläge steigen, so daß sämtliche Steuerleistungen der Aktiengesellschaften sich im günstigsten Falle zwischen 25 und 30 Prozent bewegen, im Durchschnitt der Fälle jedoch 30 Prozent überragen werden. Das bedeutet kurz, daß jedes heimische Unternehmen zumindest ein Drittel des Jahres hindurch ausschließlich zugunsten des Staates und der Oeffentlichkeit zu arbeiten verhalten wird. Redner beanstandet es, daß beim Steuerschlüssel zwischen den gewerblichen und den anderen Unternehmungen zugunsten der ersteren ein Unterschied gemacht wird. Die Industrieunternehmungen machen im Kriege eine riesige Konjunktur durch, während der einzige aktive Geschäftszweig der Geldinstitute, besonders der Provinzgeldinstitute, in der Leistung der Kriegsdarlehen besteht, die eine solch große Belastung keinesfalls erträgt. Redner beantragt, daß der Steuerschlüssel bei allen Unternehmungen, wie dies bisher bei uns der Fall war und im Auslande noch immer der Fall ist, gleichgestellt und am Ende der beabsichtigten Steuerskala um eine Stufe erweitert werde, demgemäß der Steuerschlüssel bei jenen Unternehmungen, deren Erwerb sechs Prozent des eigenen Kapitals nicht überschreitet, im bisherigen Ausmaße mit 13 Prozent festgesetzt werden soll. Dafür spricht auch die jüngste österreichische Steuerregelung. In Oesterreich, wo der Steuerschlüssel bisher 10 Prozent betrug, wird er jetzt auf 12 Prozent erhöht, so daß solche Unternehmungen, die eine geringere als sechsprozentige Rentabilität besitzen, nur diese 12 Prozent zahlen. Demgegenüber beträgt bei uns die staatliche Steuer auch schon bei einer sechsprozentigen Rentabilität 15·6 Prozent, also um 30 Prozent mehr. Bloß der Steuerschlüssel der Unternehmungen mit einer Rentabilität über sechs Prozent steigt stufenweise und der Schlüssel ergibt zwar bei einem zehnprozentigen Erträgnis 16·8 Prozent, aber auch diese Steuerlast ist eine geringere als die unsrige, da die österreichische kaiserliche Verordnung weise besagt, daß nach der Staatssteuer über zehn Prozent, die Kriegszuschlag benannt wird, keine kommunalen Steuerzuschläge ausgeworfen werden können.

Vermittels der Bemessung erhöht das neue System die Steuern der Unternehmungen dadurch, daß als Basis der Auswerfung nicht der dreijährige Durchschnitt, sondern der Erwerb des letzten Jahres dient. Ein Unternehmen, das in 1914 zehntausend, in 1915 fünfzehntausend und 1916 zwanzigtausend Kronen gewonnen hat, hätte nach dem bisherigen Steuergesetze im Jahre 1917 auf Grundlage des dreijährigen Durchschnitts nach fünfzehntausend Kronen besteuert werden müssen, in Zukunft wird es gezwungen sein, nach zwanzigtausend Kronen Steuern zu zahlen, was eine 25prozentige Erhöhung der Steuerbasis bedeutet.

Vermittels der Erweiterung der Steuerbasis erhöht sich die Steuer der Unternehmungen hauptsächlich dadurch, daß die Abziehung gewisser bisher gestatteter Abzugsposten aufgehoben wird. Am wichtigsten ist hiebei die Aufhebung jenes Privilegs, wonach die Unternehmungen das Zinsenerträgnis der in ihrem Besitze befindlichen Wertpapiere von der Steuergrundlage abziehen durften. Mit Hilfe dieser Begünstigung genossen die Unternehmungen bisher über weitreichende Vorteile, einige direkt Steuerfreiheit. Der Gesetzentwurf verfällt in das entgegengesetzte Extrem, indem er diese Begünstigung für die riesige Mehrheit der Unternehmungen einfach gänzlich aufhebt und sie nur sehr wenigen und sehr großen Instituten einräumt. Redner wünscht im Interesse der proportionellen Besteuerung, daß die zu gewährende Begünstigung gleichmäßig auf alle Anstalten ausgedehnt werde und beantragt zu diesem Behufe die Feststellung dessen, daß das Einkommen der Wertpapiere bis zu 30 Prozent der Steuerbasis abgezogen werden oder daß statt dessen das Zinsenerträgnis des zehn Prozent des Einlagestandes entsprechenden Wertpapierstandes in Abzug gebracht werden dürfe.

Redner wünscht schließlich im Auftrage des Kongresses der selbständig tätigen Kreditgenossenschaften die Beseitigung jener Verfügung der Steuernovelle, die die Steuerbegünstigung der Genossenschaften von der Zugehörigkeit zu irgendeiner Zentrale abhängig macht. Er wünscht ferner für die selbständigen Genossenschaften die Erlaubnis zur Annahme von Spareinlagen ihrer eigenen Mitglieder und die intakte Aufrechterhaltung der Steuerbegünstigung der Genossenschaften im bisherigen Rahmen.

Das Bisherige summierend, sieht Redner in dem Gesetzentwurfe der Regelung vom Jahre 1909 gegenüber insoweit einen Fortschritt, als der Entwurf die Steuern der Unternehmungen auf die Basis des reinen Ertragsteuersystems stellt und die Steuerlast mit der Rentabilität in Einklang bringt. In den Details nimmt der Entwurf jedoch nicht genügend Rücksicht auf die verhältnismäßige Steuerleistung, trotzdem doch diese beträchtliche Steuererhöhung nur bei einer verhältnismäßigen Verteilung erträglich wird.

Den stetig steigenden Appetit des Staates vermögen die Privatwirtschaften nur mit großer Kraftanstrengung zu befriedigen, und alle Welt ist sich darüber im klaren, daß dieser Appetit in Zukunft die Ueberschüsse der Privatwirtschaften noch gieriger angreifen wird. Diese Aussicht gestaltet uns die proportionelle und gleiche Verteilung der Steuerlasten zur gebieterischen Pflicht.

Abgeordneter **Baron Julius Madarassy-Beck**

führt aus: Der Umstand, daß die Opposition sich vielfach auf meine jüngst über die neuen Steuergesetze gehaltene Rede berief, wobei ihr aber, zumal in bezug auf die in der Finanzkommission vorgenommenen Modifikationen der Entwürfe ein allerdings leicht zu behebendes Mißverständnis unterlief, veranlaßt mich, zu dieser Frage von neuem das Wort zu ergreifen. Ich danke zunächst für die Anerkennung der Sachlichkeit meines Standpunktes und die Objektivität der an meinen Darlegungen geübten Kritik und erkläre wieder, daß ich die im Abgeordnetenhaus gegen die Banken geführte systematische Kampagne als gefährlich erachte, da ich im Reichtum, in der Entwicklung und der Kraft dieser Anstalten eine der mächtigsten Stützen des Wirtschaftslebens des Landes erblicke. Die tunlichst umfangreiche Beteiligung der Banken an den Kriegslieferungen ist im Hinblick auf die Industrieförderung in Ungarn und auf unser spezielles Verhältnis zu Oesterreich ein Landesinteresse gewesen; die gegen sie erhobene Anklage, im Warengeschäft, besonders in der Lebensmittelversorgung als preissteigerndes Element gewirkt zu haben, kann einer praktischen Beleuchtung der Frage nicht standhalten. In bezug auf die Kriegsgewinnbesteuerung mußte das Rentabilitätsprinzip und der österreichische Erlaß maßgebend sein; im bisherigen Steuersystem aber war, wenn man von der Institution der Steuerfreiheit absieht, die Belastung der Banken wesentlich höher als die der physischen Personen. Diese sind schließlich hinsichtlich des Belastungsplus, wie auch der gesamten Steuerlast durch die neuen Steuergesetze in weitaus geringerem Maße in Anspruch genommen als die Banken. Mithin muß ich den Feldzug gegen die Banken, da er auf einer den Tatsachen nicht entsprechenden Einstellung beruht, als schädlich und gefährlich für das Kapital als Produktivkraft bezeichnen.

Gegen diese Auffassung ist im Grunde bloß ein einziges Argument geltend gemacht worden, mit dem man sich auseinanderzusetzen hat, und zwar vom Grafen Moritz Esterházy, der in dem Umstande, daß sich die Vermögenssteuer auf die zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen nicht erstreckt, eine gewisse Begünstigung dieser Anstalten erblickt.

Ich glaube, das ist nicht der Fall. Ich will nicht das bereits oft angeführte Argument theoretisch anwenden, die Vermögenssteuer sei eine persönlich gerichtete Steuer und vom steuerpolitischen Standpunkte auf die Aktiengesellschaften nicht anwendbar, sondern ich bitte die praktische Seite der Frage ins Auge zu fassen: einesteils den Zweck der Vermögenssteuer, anderenteils die Natur der Aktiengesellschaften. Wir sind bereits im klaren darüber, daß die in der nun schon votierten Vermögenssteuer beschlossene Steuerlast keine Vermögenssteuer ist, sondern ein nach dem Vermögenseinkommen bemessenes Plus an Steuerlast, berufen, größerer Belastung des fundierten Einkommens zu dienen. Darin inbegriffen ist — oder war doch, bevor an die Stelle des Verkehrswertes unter gewissen Einschränkungen der Ertragswert eingestellt wurde — jene Nebenabsicht, auch Vermögen zu belasten, die von ihren Besitzern in gehörigem Ausmaße nicht einträglich gemacht werden wollen oder können. In diesem Zusammenhange spielt in die Absicht des Gesetzes eine Nuance hinein, die den Charakter einer Luxussteuer hat. Sie belastet auch das Voluptuare und den Mangel an Produktionsfähigkeit bis zu einem gewissen Maße, von dem Gedanken ausgehend, daß es in den unser harrenden schweren wirtschaftlichen Nachkriegszeiten ein Landesinteresse sei, beide in so enge Grenzen zu pressen, wie nur möglich. Nun kennt aber die Aktiengesellschaft keinen Luxus, kein Voluptuare, sie steht nicht auf dem Standpunkte der physischen Person, die, da ihren persönlichen Ansprüchen auch eine Minderproduktion genügt, bei ihren Immobilien eine Erhöhung der Produktion vernachlässigen darf,

Pester Lloyd 12/IX. 1916

Kriegstagung des Reichstages.

sie kann sich zu ihrem Vergnügen keinen Riesenpark, keinen Wildpark halten, da sie nur den einen Zweck kennt, in bezug auf Immobilienbesitz, wie auch auf alle andere Betätigung: die Mehrung des Einkommens, das heißt des Ertrages. Alle Bedeutung des Immobilienbesitzes offenbart sich also für die Aktiengesellschaft im Erträgnisse, dieses hinwieder gelangt im Gewinn zur Verrechnung und hat daher bis zum letzten Heller die volle Steuerlast zu tragen. Das bezieht sich auch auf leere Grundstücke, bei deren Verkauf der ganze, etwa realisierte Gewinn nur der Erhöhung der Dividende dient.

Es heißt also den Charakter der Aktiengesellschaft und der auch bei Immobilien lediglich auf Erhöhung des Erträgnisses gerichteten Absicht verkennen, wenn man, wie Graf Moritz Esterházy, eine Begünstigung darin erblickt, daß die Vermögenssteuer sich auf die Aktiengesellschaften nicht erstreckt.

Was die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Simonyi-Semadam über das ausländische Kapital angeht, so ist er, glaube ich, das Opfer einer optischen Täuschung. Denn vom Standpunkte der uns hier beschäftigenden Fragen ist das österreichische Kapital ebenso ausländisches, wie etwa das französische oder das holländische, und der Herr Abgeordnete wird zugeben, daß besonders vom Gesichtspunkte unserer Steuer- und Gebührengesetzgebung zwischen österreichischem und zollausländischem Kapital durchaus kein anderer Unterschied besteht, als daß uns Oesterreich näher liegt und mit uns in engerer wirtschaftlicher Verbindung steht, unsere Verhältnisse besser kennt, also leichter nahbar ist. Doch auch die Behauptung des Herrn Abgeordneten, das fremde Kapital habe sich bereits empfohlen und sei nicht mehr da, beruht auf einer Gesichtstäuschung. Das fremde Kapital kommt in der Volkswirtschaft des Landes in zwei scharf unterscheidbaren Formen zur Geltung. Die eine ist der mobile Kredit, d. i. der Wechselkredit, die Wechselpension, der Kontokorrentkredit, der Lombardkredit, der, von unbedeutenden österreichischen Ausnahmen abgesehen, sich fast ausschließlich zwischen ungarischem Geldinstitut und ausländischem Geldinstitut abspielt. Das in mobilem Kredit angelegte ausländische Kapital ist zumeist an sehr kurze Kündigungsfrist gebunden, kann sich völlig frei bewegen, geht aus dem Lande, wann es will und der Herr Abgeordnete hat darin recht, daß es in den Jahren vor dem Kriege stark gesunken ist und, soweit es sich nicht verspätet hatte, auch wirklich aus dem Lande ging. Das ist aber nur ein verhältnismäßig unbedeutender Teil des ausländischen Kapitals, auf das ich, selbst in österreichischer Relation — dank eben der ungeheueren Entwicklung unserer großen Institute — das Beiwort „belanglos" ruhig anwenden kann.

Die andere Erscheinungsform des ausländischen Kapitals aber ist es, die von entscheidender Bedeutung ist: das ist jene, an die jeder denken muß, wenn von ausländischem Kapital die Rede ist. Ich meine den vom Auslande gewährten konsolidierten Investitionskredit, oder, um es noch deutlicher zu sagen, die Effektenkäufe des Auslandes in Ungarn.

Vor dem Kriege belief sich die Summe sämtlicher staatlichen und privaten Emissionen Ungarns auf zehn Milliarden. Hievon waren 5·7 Milliarden im Auslande, 4·3 Milliarden in Ungarn untergebracht. Von 5·7 Milliarden waren 2·5 Milliarden in Oesterreich, 3·2 Milliarden im Zollausland. In diesem Betrag sind die Aktien nicht enthalten. Glaubt denn der Herr Abgeordnete tatsächlich, daß dieses ausländische Kapital, oder sagen wir nur der auf das Zollausland bezügliche Teil heute sich nicht mehr in Ungarn befindet? Glaubt er, daß wir diese Wertpapiere inzwischen zurückgekauft haben? Der Herr Abgeordnete weiß wohl, daß zum Kauf und Verkauf stets zwei Personen notwendig sind, ein Verkäufer, der um einen gewissen Preis verkaufen will und ein Käufer, der um denselben Preis kaufen will und kann. Man darf sich durch das auch in der Presse häufig anzutreffende Schlagwort nicht täuschen wollen, als ob das Ausland alle unsere Wertpapiere oder wenigstens einen großen Teil zurückgeschickt hätte. Es gibt Zeiten, wo unter guten finanziellen Verhältnissen das Publikum bei uns in höherem Maße ungarische Wertpapiere kauft, so daß die Repatriierung in nicht sehr ansehnlichem Maße tatsächlich erfolgt. Es gibt auch Zeiten, wo das Ausland unter schlechten Verhältnissen gern zu einem verhältnismäßig niedrigeren Preise verkauft und das Inland die niedrigen Kurse zur Einkäufen benützt und namentlich unsere großen emittierenden Institute es im Interesse ihres Emissionskredits für notwendig erachten, ein gewisses Quantum ihrer Emissionen zurückzukaufen. Dies bezieht sich aber nur auf eine verschwindend geringe Quote des ganzen ausländischen Verkehrs und auch darin hauptsächlich auf den österreichischen Markt und viel weniger auf das Zollausland, denn dieser Prozeß ist nicht so einfach und es ist dazu stets naturgemäß notwendig, daß der Wille des Verkäufers und des Käufers in einem gewissen gegebenen Augenblick und in einem gewissen Preis sich trifft. Und glaubt der Herr Abgeordnete nicht, daß dieses ausländische Kapital, das sich tatsächlich hier befindet und in unserer Volkswirtschaft werktätigen Anteil nimmt, ebenso wie in der Vergangenheit, auch für die Zukunft in unserem eigenen Interesse die weitestgehende Berücksichtigung erfordert? Wir müssen mit diesem ausländischen Kapital gut und ehrlich umgehen, in erster Reihe deshalb, um die Zukunft für uns zu gewährleisten. Ich will jetzt nicht die allgemeine Wahrheit hervorheben, was das ausländische Kapital als produzierende Kraft in unserem kapitalsarmen Lande bedeutet. Wir aber sind tatsächlich kapitalsarm. Man darf sich nicht durch die sechs Milliarden betragenden Kriegsanleihezeichnungen, auf die sich der Herr Abgeordnete berufen hat, irreleiten lassen. Ich bin gewiß der letzte, der den riesigen Erfolg der Kriegsanleihezeichnungen herabsetzen wollte, der nicht in vollem Maße den Patriotismus und die Opferwilligkeit anerkennen würde, der in der Nation in dieser Richtung zum Vorschein kam. Allein ich warne vor der Auffassung, die in der Rede des Herrn Abgeordneten zum Ausdruck gelangte, als ob wir des ausländischen Kapitals nicht mehr bedurften, da wir auf einmal Milliardäre geworden seien. Mit nichten, geehrtes Haus! Man darf nicht vergessen, daß die einseitige Volkswirtschaft des Krieges, namentlich in unserer wirtschaftlichen Abgeschiedenheit, in erster Reihe darin sich offenbart, daß wir sämtliche Vorräte viel rascher und vollkommener als sonst aufbrauchen und daß an Stelle des Warenvorrates überall das Geld tritt. Dies und der Umstand, daß die Kanäle des normalen wirtschaftlichen Lebens hinsichtlich des Kapitalverbrauches und der Kapitalbenützung nicht so funktionieren, wie in normalen Zeiten, rufen einen ungesunden Geldüberfluß hervor, der dazu beitrug, daß eine so große Placierung der Kriegsanleihe möglich wurde. Allein, wie gesagt, ich will nicht von unserer Kapitalsarmut sprechen, sondern von einer anderen Relation des ausländischen Wertpapierkaufes, die zumindest so wichtig ist, wie die früher erwähnte. Nicht nur die Handelsbilanz der österreichisch-ungarischen Monarchie war vor dem Kriege eine lange Reihe von Jahren hindurch gegenüber dem Zollausland passiv, sondern auch ihre Zahlungsbilanz. Ich glaube, ich brauche diese allgemein bekannte Tatsache nicht zu beweisen, denn diese Tatsache wurde durch die sehr geehrte Opposition auch anläßlich der heftigen Debatte um die selbständige ungarische Bank nicht in Zweifel gezogen. Ja ich kann behaupten, daß dies der einzige Punkt war, bezüglich dessen ich damals eines Sinnes mit der geehrten Opposition war. Das passive Saldo dieser Zahlungsbilanz kann nur auf zweierlei Weise ausgeglichen werden: durch die Goldzahlung, die naturgemäß ständig kein Land ertragen kann, oder durch die Erschließung neuer ausländischer Kreditquellen, d. h. in erster Reihe durch den Wertpapierkauf des ausländischen Kapitals. Nun hat die natürliche und automatische Gleichgewichtstendenz, die dem wirtschaftlichen Leben eigen ist, in den Zeiten vor dem Kriege tatsächlich ergeben, daß die Passivität unserer Zahlungsbilanz durch unseren Wertpapierexport ausgeglichen worden ist, so daß man mit mehr oder weniger Präzisität behaupten kann, daß der jährliche Export österreichisch-ungarischer Wertpapiere dem Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz entsprach. Betrachten wir nun diese Frage retrospektiv, so ist es offenkundig, daß, wenn wir vor dem Kriege durch die Wertpapierkäufe des Auslandes für die Monarchie die neue Kreditquelle bei unseren normalen Eskompte- und Emissionszinsfüßen nicht hätten eröffnen können, die Zinsfußschraube der Oesterreichisch-Ungarischen Bank zum Schutze unseres Goldvorrates in Gang gesetzt werden müsse, womit zugleich der Zinsfuß auf der ganzen Linie sich erhöht hätte und wenn dies an und für sich noch nicht genügend gewesen wäre, daß irgendwelche Ursache kein genügendes Lockmittel für das ausländische Kapital gewesen wäre, schon damals das Disagio unserer Valuta eingetreten wäre.

Für die Zeit nach dem Kriege ist nun die Lage noch viel schwieriger. Die Verschlechterung unserer Valuta während des Krieges, die keine Frage des Mißtrauens ist, sondern die technische Folge des während des Krieges vollständig eingeschränkten und einseitig gewordenen internationalen Export- und Importverkehrs, wirft naturgemäß die Frage auf, welche Mittel nach dem Kriege vom Gesichtspunkte der Verbesserung der Valuta uns zur Verfügung stehen werden. Das ist ein sehr ernstes Problem. Unsere Lage wird nicht allzu leicht sein. Vor allem wird es sich als notwendig erweisen, unsere vollständig aufgebrauchten Vorräte durch Einkäufe im Auslande zu decken, wozu wir wieder Gold oder ausländische Geldwerte benötigen werden. Wir werden ferner alle diejenigen, dem feindlichen Auslande gegenüber bestehenden Schulden, in erster Reihe unsere den ausländischen Wertpapieren gegenüber bestehende Couponschulden, die infolge der Verbote nicht zur Auszahlung gelangt sind, begleichen müssen. Dem steht eine wirtschaftliche Lage gegenüber, die eher auf einen auf der ganzen Linie notwendig werdenden Import hinweist, als darauf, daß wir, namentlich für die erste Zeit, eine größere Steigerung unseres Warenexports erhoffen könnten, kurz, es ist kein Stützpunkt dafür vorhanden, daß wir der Passivität unserer Handelsbilanz in absehbarer Zeit durch eine Mehrproduktion abhelfen können. Wie werden wir nun die Valutamittel uns beschaffen, deren die Monarchie in dieser Situation bedürfen wird? Die Oesterreichisch-Ungarische Bank wurde in dem heftigen Kampf, den sie unter den gegenwärtigen unglücklichen Verhältnissen mit Hilfe der Devisenzentrale für den Schutz der Valuta führt, in ihren Goldvorrat, wenn auch nicht in so hohem Maße, wie man im allgemeinen glaubt, doch sehr stark in Anspruch genommen und die Hunderte von Millionen, die notwendig sein werden, übersteigen weit jene Zahlen, mit denen wir bisher zu kalkulieren pflegten. Das einzige Mittel demnach, um irgendwie, so rasch als möglich, das Gleichgewicht herstellen zu können, bildet der Wertpapierexport nach dem Zollausland, d. i. jenes ausländische Kapital, über das die Herren Abgeordneten ständig sich abfällig zu äußern belieben. Jawohl, vom Gesichtspunkte unserer Valuta können wir nur die Hoffnung hegen, daß bald die allgemeine Beruhigung und der Glaube an die ruhig kraftvolle neue Entwicklung der Weltwirtschaft zurückkehren werden und daß unter dieser Wirkung, wenn in der stufenweisen Verbesserung unserer Valuta diesbezüglich auch eine Prämie enthalten sein wird, das Ausland dafür zu haben sein wird, unsere Wertpapiere in großem Maße anzukaufen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich in dieser ein wenig komplizierten wirtschaftlichen Frage meine Auffassung komprimiert, sozusagen im Telegrammstil vorgebracht habe. Allein, ich glaube, diese Wahrheit ist so überzeugend und so sehr nicht neu, daß es vielleicht genügt, dies gegenüber der Rede des Herrn Abgeordneten Simonyi-Semadam, der die Bedeutung des ausländischen Kapitals nullifizieren wollte, kurz zu skizzieren. Zum Beweis dafür, daß ich in dieser Auffassung, wie auch in der anderen eng hieher gehörenden Frage, daß wir das ausländische Kapital nicht nur zum Ankauf unserer Wertpapiere, sondern auch für die aktive Teilnahme an unserer Volkswirtschaft mit allen Mitteln zu gewinnen suchen müssen, kein „Solist" bin, — ich will die Nomenklatur des Herrn Abgeordneten Vázsonyi gebrauchen —, sei es mir gestattet, mich auf eine Autorität zu berufen, vor der auch, wie ich glaube, die Opposition sich verbeugt, nämlich auf Alexander Wekerle, der in einem im Monate Januar 1916 erschienenen Artikel folgendes schreibt: „Es muß unser eminentes Bestreben bilden, daß alle Zweige unserer wirtschaftlichen Entwicklung durch die Heranziehung des fremden Kapitals und durch Fachkenntnis gehoben werden. Der den hohen Zinsen der Investierung entsprechende Teil des Gewinnes wird zwar nach dem Ausland wandern, allein das ist verschwindend gering im Vergleich zu dem, was wir anläßlich der ersten Investierung durch den bei der Valuta mittelbar erlangten Vorteil und später an Arbeitslöhnen und in unserer wirtschaftlichen Entwicklung gewinnen. Es ist wahrlich das Bedenken jener mir unbegreiflich, die ein Einströmen des ausländischen Kapitals befürchten. Man muß danach trachten, daß das ausländische Kapital nicht zu übermäßigem Gewinn, sondern zu einer reellen Investition verwendet werde, daß es unsere Volkswirtschaft in kein abhängiges Verhältnis bringe, sondern ein Hebel zu seiner selbständigen Entwicklung werde. In diesem Falle brauchen wir uns vor einem Einströmen fremden Kapitals nicht zu fürchten, sondern wir müssen eher danach trachten, wie wir bei der Regelung unserer internationalen Relationen Stützpunkte für die Erwerbung des Kapitals erlangen können. Die einträglichste Art für die Gewinnung des ausländischen Kapitals soll auch für die Zukunft die Placierung unserer Wertpapiere sein."

Nur noch ein Wort über die Frage des Internationalismus des Kapitals. Abgeordneter Simonyi-Semadam hat hier das Argument vorgebracht, dem wir neuestens häufig auch in der Publizistik begegnen, daß der internationale Charakter des Kapitals eine Legende sei, denn sowohl die französische Regierung, wie auch die deutsche lenken mit den allerschärfsten Verfügungen betreffend die Kotierung der Werte, sowie der Zulassung oder Nichtzulassung ihres Verkehrs vom Gesichtspunkte ihrer eigenen großen Politik die Placierung des französischen, beziehungsweise des deutschen Kapitals. Mit dieser Argumentation war der Herr Abgeordnete nicht besonders glücklich, denn er beweist damit gerade das Gegenteil dessen, was er beweisen wollte, nämlich, daß es einer mit einer strengen und systematischen gouvernementalen Strafsanktion versehenen Verfügung bedurfte, um das Kapital der Politik entsprechend zu lenken, was einzig und ausschließlich beweist, daß die Grundeigenschaft des Kapitals der internationale Charakter ist, der ohne die gouvernementale Gebundenheit sich um die große Politik überhaupt nicht kümmert. Und distinguieren wir ein wenig. Ich verstehe wirklich nicht, weshalb wir uns gerade in dieser Frage echauffieren. Die Frage des nationalen Charakters des im Lande befindlichen inländischen Kapitals ist nicht identisch mit der Frage, die uns jetzt beschäftigt. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Standpunkt unseres kapitalsarmen Landes gerade hinsichtlich jenes Kapitals, das im Inlande überflüssig und auf eine Placierung im Auslande angewiesen ist, nicht identisch sein kann mit dem Standpunkte Frankreichs oder Deutschlands — um nur diese zwei kapitalsreichen Staaten zu erwähnen —, denn diese exportieren Kapital, wir aber importieren Kapital. Bei uns kann demnach von einer Placierung unseres Kapitals im Auslande kaum die Rede sein, während es bei ihnen gerade im Interesse ihres Kapitals liegt, daß es einen je ausgeprägteren internationalen Charakter besitze.

Blicken wir nun in die Zukunft! Der geehrte Herr Abgeordnete sagt, ich sei mit dem französischen Markte durch alte, starke Bande verbunden und beurteile die Frage aus diesem Grunde weniger objektiv. Der Herr Abgeordnete möge es mir glauben, daß ich nicht die Illusion hege, daß der französische Markt, besonders in der ersten Zeit nach dem Kriege, den ungarischen Wertpapieren zugänglich sein werde. Im Gegenteil, ich bin nach dieser Richtung hin ein großer Pessimist. Ich hatte schon in meiner früheren Rede angedeutet, daß sich das feindliche Ausland für lange Zeit unseren Ansprüchen verschließen werde. Meine Auffassung ging dahin — und auch heute bin ich dieser Meinung —, daß wir unser eigenes Kapital schonen und stärken müssen, weil darin eine Produktionskraft liegt, weil dieses Kapital uns gehört, und weil es gering ist. Wir müssen alles tun, um nach dem Kriege fremdes Kapital ins Land zu bringen. Ich will damit keineswegs Sonderinteressen, sondern einzig und allein den Interessen des Staates dienen.

Ich bitte meine Herren Abgeordnetenkollegen Stefan Haller, Desider Abraham, Michael Esterházy und Alexander Simonyi-Semadam, die sich mit zwei Broschüren eines Autors beschäftigt haben, der unter dem Pseudonym „Censor" über praktische Steuerpolitik und über die Stellung unseres Handels im nationalen Leben geschrieben hat, diese Broschüre kritischer zu lesen. Die Abgeordneten Haller und Esterházy erklären, auf Grund der Konklusion dieses „Censor"s, daß in Ungarn das immobile Kapital zehnmal höher als das mobile besteuert sei. Das ist einfach lächerlich, das wird niemand ernst nehmen. Die Daten, die in der Broschüre angeführt werden und sich den Anschein des Fachwissens geben, sind durchweg falsch. Sie sind nicht stichhältig und böswillig, kindisch-tendenziös zusammengestellt. Leider scheint man auf oppositioneller Seite diese Art volkswirtschaftlicher Literatur neuestens als Quellenwerke zu benützen. Einem Zitate des Abgeordneten Simonyi könne Redner ein anderes Zitat desselben Autors, des Berliner Universitätsprofessors Adolf Wagner gegenüberstellen. Wagner fordert, als überzeugter Staatssozialist, neben der Verstaatlichung anderer produzierenden Kapitalien auch die teilweise Verstaatlichung des Grundbesitzes. Adolf Wagner ist in seinen Theorien konsequent, Herr Censor aber ist ein Eklektiker, der nur das zitiert, was ihm eben paßt.

Die Opposition verkennt auch die Intentionen des Finanzausschusses, von denen sich der Ausschuß bei der Beantragung seiner Amendements leiten lasse. Der vorliegende Gesetzentwurf ist von allen anderen zweifellos der radikalste und bedeutet vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte den energischesten und gewagtesten Schritt des Finanzministers.

Der Gesetzentwurf erhöht den ohnehin unverhältnismäßig hohen 10prozentigen Steuerschlüssel auf den minimalen Steuerschlüssel von 12 Prozent und den Maximalschlüssel von 18 Prozent. Ich will zugeben, daß in der Praxis 14 Prozent übersteigende Steuerschlüssel selten vorkommen werden. Man möge jedoch bedenken, daß diese Erhöhung des Steuerschlüssels nicht allein die prozentuale Erhöhung der Erwerbsteuer bedeute, da alle Steuerzuschläge — der allgemeine Steuerzuschlag, die kommunalen Steuerzuschläge und alle Zuschläge überhaupt — in demselben Maße erhöht werden, so daß man die Mehrleistung der überwiegenden Zahl der Budapester und der städtischen Geldinstitute mit wenigstens 80 Prozent der jetzigen Steuer veranschlagen könne. Die Mehrbelastung bei der Anwendung des Minimalschlüssels bedeutet in der ersten Stufe also nicht 2 Prozent, sondern 3·6 Prozent, in der zweiten nicht 4 Prozent, sondern 7·2 Prozent. Es sei hier auch bemerkt, daß die Steuerzuschläge ohnehin erhöht werden, da die mit dem Kriege verbundenen außerordentlich hohen Auslagen bis zur radikalen Regelung der kommunalen Gebarung nur durch wesentliche Erhöhungen bestritten werden können. Die Finanzinstitute werden somit noch mehr belastet, da ja die Steuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen die einzige Steuergattung ist, deren Schlüssel bisher erhöht wurde.

Radikal und neu ist der vorliegende Gesetzentwurf auch deshalb, weil er bei einer Ertragssteuergattung progressive Skalen feststellt, die nur bei Personensteuern begründet sind. Der Entwurf ist radikal, weil er mit einem Schlage die aus der Steuerfreiheit bisher hervorgegangenen Steuervorteile der Finanzinstitute aufhebt, ohne Rücksicht darauf, daß die Steuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen eigentlich eine Ertragssteuer ist.

Diese Verfügung muß aus zwei Gesichtspunkten, aus dem der steuerfreien Wertpapiere und aus dem der Institute selbst beurteilt werden. Die Steuerfreiheit der Wertpapiere hat der Staat mit folgender Formel garantiert: „Die Rentenobligationen und ihre Zinsencoupons sind frei von jeder Stempel-, Gebühren- und Steuerpflicht und die volle Stempel-, Gebühren- und Steuerfreiheit wird ihnen auch für die Zukunft verbürgt." (G.-A. XLIX:1875, § 5.) Auf ähnlicher Grundlage beruht auch die Steuerfreiheit der Pfandbriefe und anderer steuerfreien Papiere. Diese Formel ist sehr stark, g. Abgeordnetenhaus! Ich möchte nicht in die Erörterung der Frage eingehen, ob der Staat ein unbedingtes Recht besitze, diese Klausel ohne die Verletzung erworbenen Rechte so zu deuten, daß die Steuerfreiheit der Wertpapierbesitzer im Hinblick auf die Steuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen ungültig sei, trotzdem diese Frage anläßlich der Verhandlung des Wekerleschen Gesetzentwurfes im Parlament Gegenstand lebhafter Debatten gebildet hat und auch der jüngst verstorbene Abgeordnete Julius Sághy in seiner letzten Parlamentsrede der unbedingten Geltung der Steuerfreiheit das Wort redete. Die Steuerfreiheit ist eine hochbedeutende Institution für das

Pester Lloyd 13./IX. 1916

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 13. September.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute Grüße der bulgarischen Sobranje entgegen.

Dann ergriff Abgeordneter Graf Julius Andrássy das Wort, um seinen bekannten Antrag zu begründen. Das erste Stück seiner Rede war eine Kritik der Politik des Ministers des Aeußern. In einer sehr ausführlichen Erörterung sprach Graf Julius Andrássy dann vom Wesen des G.-A. XII: 1867, wobei er Gelegenheit nahm, gegen den Standpunkt des Grafen Stefan Tißa zu polemisieren. Das Bestreben, die gemeinsamen Angelegenheiten auf verfassungsmäßigem Wege in beiden Staaten zu erledigen, geht — so führte er aus — auf den Willen der ungarischen Verfassung zurück, die es stets vermeiden wollte, daß der König in seinem anderen Staate als absoluter Herrscher regiere. Man befürchtete davon eine Schädigung der ungarischen Verfassung. Im Sinne dieser Theorie müsse die Einberufung der Delegationen ermöglicht werden. Die früher offen bekundete Auffassung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh hat die Ansicht verfochten, daß die Delegationen, einmal gewählt, ohne Erlöschung ihres Mandats fortwirken können, auch wenn das österreichische Parlament nicht wirkt. Wenn Graf Stürgkh heute eine andere Auffassung bekunde, so sei das nicht ausreichend, um gesetzliche Bestimmungen zu beseitigen.

Graf Julius Andrássy sprach auch von der oft berührten Bemerkung des Ministerpräsidenten, die unsere Verhandlungen mit Italien betraf. Aus der Fassung dieser Bemerkungen, die Graf Julius Andrássy als mangelhaft erachtete, schloß er auf die Notwendigkeit einer besseren Vorbereitung auslandspolitischer Debatten, also der Einberufung der Delegationen. Nachdem er einen Ausdruck seiner früheren Rede erklärt hatte, wandte er sich zu dem Antrag des Grafen Albert Apponyi, dem er unter gewissen Voraussetzungen und nach erfolgter Abänderung zuzustimmen geneigt wäre. Jedenfalls sei die Notwendigkeit der erforderlichen Kontrolle unserer Auslandspolitik gegeben und erkannt und deshalb sei es unzulässig, die Möglichkeiten dieser Kontrolle in die nachkriegerische Zeit zu vertagen. Die heutige Situation stört die Harmonie zwischen Oesterreich und Ungarn. Das Kabinett Stürgkh genießt wenig Vertrauen. Es ist unpopulär und spielt keine Rolle. Dafür wird in Oesterreich der ungarische Ministerpräsident verantwortlich gemacht, von dem es heißt, er halte das Kabinett Stürgkh. Die Freude, mit der eine Kundgebung begrüßt wurde, die das ungarische Parlament als Tribüne der Monarchie bezeichnet, erfülle ihn mit Trauer, denn diese Tatsache störe die Harmonie der Monarchie. Es wäre die Pflicht des Ministerpräsidenten gewesen, für die Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich einzutreten und damit für die Einberufung der Delegationen.

Die Rede des Grafen Julius Andrássy fand die ungeteilte Zustimmung der Opposition.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa antwortete sofort.

Der Ministerpräsident erledigte erst einige Momente, die dem Grafen Andrássy Gelegenheit geboten hatten, seinen Angriff auf die Führung der Auslandspolitik zu begründen. Dann erörterte er die Bestimmungen des G.-A. XII:1867, um seiner Auffassung Geltung zu geben. Laut betonte der Ministerpräsident, daß es in Ungarn keinen Faktor gibt, der nicht in innigster Weise die schönste Blüte der österreichischen Verfassung wünschte. Niemand wünscht heißer die Harmonie der Seelen in Oesterreich und Ungarn als der Ministerpräsident, und er ist erfüllt von der Ueberzeugung, daß diese Harmonie heute keinesfalls schlechter ist als früher. Es ist möglich, daß infolge unserer schlechten Ernten, die uns die Hände gebunden haben, unsere Leistungen auf dem Gebiete der Volksernährung in Oesterreich Unzufriedenheiten verursachten. Da hat eben jeder Ungar die Pflicht, die Unstimmigkeiten aufklärend zu beseitigen. Keinesfalls darf jedoch die Grenze überschritten werden, die eine Einmengung in die Angelegenheiten des andern Staates bezeichnet. Betreffend die jetzige Einberufung der Delegationen erklärte Graf Tißa, Ungarn hat seine Gesetze, Oesterreich die seinigen, und jedes Staates Sache ist es, seine Gesetze zur Anwendung zu bringen.

Nur ungern, wie er bemerkte, wandte sich der Ministerpräsident zu den auslandspolitischen Fragen, deren Besprechung von der Ententepresse perfid, durch Verdrehung und Mißbrauch, ausgenützt wird. Mit erhobener Stimme erinnerte der Ministerpräsident daran, daß die abfällige Kritik, die unsere Auslandspolitik als verderbliches Irren hinstellt, auch auf die Entschlossenheit unseres Volkes und damit auf die Kampffähigkeit schädlich wirken könnte. Graf Stefan Tißa nahm dann die Gelegenheit wahr, um die Geschichte der italienischen Kriegserklärung, die Vorgänge, die ihr voraufgingen, an der Hand der Dokumente, die schon Graf Julius Andrássy benützte, sowie neuen Materials zu schildern und zu zeigen, daß die Auslandspolitik der Monarchie angesichts der Forderungen Sonninos den richtigen, den einzig möglichen Standpunkt vertrat.

Mit aller Entschiedenheit wandte sich der Ministerpräsident gegen die Auffassung, als wäre unsere Haltung gegenüber Italien jemals vom Schrecken bestimmt gewesen. Schritt für Schritt die Verhandlungen verfolgend, Datum an Datum reihend stellte Graf Stefan Tißa fest, daß unsere Angebote ohne Rücksicht auf die militärische Lage erfolgten und in den Tagen von Gorlice wurden unsere Angebote geltend gemacht in der Hoffnung auf eine Neigung des italienischen Volkes zum Frieden.

Graf Julius Andrássy hatte im Verlaufe dieser Erörterungen in einem Zwischenruf konstatiert, daß er wisse, Sonnino habe den Krieg gewollt. Der Ministerpräsident aber wandte sich zur rumänischen Frage. Er rechtfertigte die Haltung der Regierung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Wirkung des überraschend gekommenen rumänischen Einbruchs, soweit es sich um die durch die plötzliche Evakuierung verursachten Schäden handelt, gemildert werden. Der auswärtige Dienst hat auch in dieser Frage treu seine Aufgabe erfüllt; er hat durch rechtzeitige Orientierung und durch die Schaffung des Bündnisses mit Bulgarien das Seinige getan und dabei die treue Unterstützung des Königs von Bulgarien und seiner Berater gefunden. Bulgarien aber ist ein Gewinn, der Rumänien reichlich aufwiegt.

Stürmischer Beifall, in den sich auch begeisterte Hochrufe auf Bulgarien und dessen König mischten, folgte dieser Rede.

Es folgte die Begründung, die Graf Albert Apponyi seinem Antrage widmete. Die Zeit ist nicht geeignet — so führte er aus —, den Standpunkt der Unabhängigkeitspartei zur Durchführung zu bringen. Er halte fest an seinem Antrag, weil er ihm wirksamer erscheine, als der Antrag des Grafen Julius Andrássy. Es sei ein Hauptziel, die verfassungsmäßigen Kontrollrechte des ungarischen Staates unabhängig zu machen von Ereignissen, die außerhalb unseres Staates geschehen. Die Seele des Volkes verlangt heute eine andere Behandlung, als in der Zeit des Kriegsbeginnes. Heute, wo die Ereignisse bekannt sind, genügt es nicht mehr, die glatte Fläche zu wahren. Die bekannten Fehler müssen offen behandelt und so der Glauben in dem Volke erweckt werden, daß diese Fehler nicht vernichtend sind, daß wir trotz der unleugbar schweren Situation durch ernstes Zusammenwirken den Sieg erringen können. Die Situation, mit der wir rechnen müssen, fordert zur Erörterung von drei Fundamentalfragen heraus: den Fragen der Führung der auslandspolitischen und militärischen Angelegenheiten, und der Approvisionierung, die alle drei in einheitliche Harmonie gebracht werden müssen. Diese Harmonie wird durch die Heranziehung anderer, unzeitgemäßer Fragen gestört, namentlich durch den Versuch, Ungarn in diesen schweren Zeiten wirtschaftlich auf lange Zeit hinaus zu binden. Das stört die sittliche Konzentration, deren der Staat heute dringend bedarf.

Ein beträchtliches Stück seiner Ausführungen widmete Graf Albert Apponyi dann einer Betrachtung militärischer Momente. Er schilderte die militärischen Niederlagen, die die Entente trafen. Dann aber gab er auch ein Bild der Ereignisse von Luck, indem er die Ursachen dieser Ereignisse in der Unterordnung der militärischen Gesichtspunkte unter die persönlichen zeigte. Er forderte eine Besetzung des Obersten Kommandos, die geeignet ist, die alte Zuversicht in die Reihen der Bevölkerung zu tragen. Diese persönlichen Garantien müssen unbedingt zur Geltung gebracht werden, und der Ministerpräsident, in dessen Händen so viel Macht konzentriert ist, muß diese Garantien auch beschaffen.

Hierauf unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Graf Apponyi wird seine Rede nachmittags fortsetzen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Felix Szinyei-Merse, Zoltán Vermes.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Balogh, Baron Harkányi, Baron Hazai, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident verliest den Einlauf, in dem sich auch das Dankestelegramm des Präsidenten der bulgarischen Sobranje für die Begrüßung durch das ungarische Abgeordnetenhaus aus Anlaß des Dobrudschasieges befindet. Dient zur erfreulichen Kenntnis.

Präsident teilt mit, daß der Abgeordnete Géza Bosnyák um die Erlaubnis angesucht und sie erhalten habe, in Angelegenheit der Versehung der Provinz mit Petroleum eine dringende Interpellation an den Handelsminister zu richten.

Kultusminister Béla v. Jankovich unterbreitet die Berichte des Pensions- und Vormundschaftsfonds der Professoren und der Lehrer.

Folgt die Tagesordnung: dritte Lesung der gestern verabschiedeten Gesetzvorlagen, die nach erfolgter Annahme an das Magnatenhaus geleitet werden.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy:

Geehrtes Haus! Ich habe keineswegs die Absicht, das zu wiederholen, was ich bei der Begründung meines Antrages unterbreitet habe, auch nicht die Absicht, die auswärtige Politik nochmals, sowie die nach meiner Ansicht begangenen schweren Fehler neuerlich festzulegen. Meine jüngsten Behauptungen sind noch unwiderlegt. Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, er werde im Laufe dieser Debatte auf meine einzelnen Bemerkungen und auf meine Angriffe antworten. Da die Geschäftsordnung mir die Erlaubnis erteilt, nach Schluß der Debatte nochmals das Wort zu ergreifen, warte ich zunächst die Aeußerungen des Ministerpräsidenten ab. Ich will nur in meiner heutigen Rede einen neuen Gesichtspunkt berühren, nämlich den, daß die gegenwärtige Lage bei dem vollständigen Ruhen des verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich das gute Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn schwer gefährdet. Bevor ich mich der Erörterung dieser Frage zuwende, sei es mir gestattet, auf die bisherigen Bemerkungen zu antworten, die über meine jüngste Rede gemacht worden sind, zunächst darauf, was der Herr Minister des Aeußern in der heutigen Nummer des „Budapesti Hirlap" sagt.

Baron Burián beginnt damit, es sei leicht, einen Abwesenden zu beschuldigen. Ich halte das für keineswegs leicht. Es ist viel leichter, von Angesicht zu Angesicht Anklagen zu erheben, als jemand in seiner Abwesenheit anzugreifen. Eben deshalb bemühe ich mich ja mit voller Kraft, daß die Delegation einberufen werde. Baron Burián meint, er könne kaum den Augenblick erwarten, wo er uns gegenüberstehen werde. Diese Freude kann ihm ja leicht bereitet werden. Es hängt ja nur von ihm ab. Ich an seiner Stelle würde es namentlich als Ungar fordern, daß auch in Oesterreich die Verfassung wieder auflebe. Auf diese Weise könnte er ja leicht die von ihm ersehnte Freude erreichen. Vollständig verlassen ist er aber auch so nicht. Ich schätze die dialektischen Fähigkeiten des Ministers des Aeußern sehr hoch, aber auch die des Ministerpräsidenten sind nicht zu verachten. Ich glaube sogar, daß der Herr Ministerpräsident ein gefährlicherer Gegner ist, so daß mit Unrecht gegen uns die Beschuldigung erhoben wird, wir fürchten uns, ihn von Angesicht zu Angesicht anzugreifen, und wir würden ihn nicht angreifen, wenn er anwesend wäre. Dann sagt der Minister des Aeußern, es sei nicht billig und gerecht, daß die Opposition mit Lärm zu verhindern sucht, wenn der Ministerpräsident zu seiner Verteidigung sich zum Wort erhebt. Baron Burián ist schlecht informiert. Es scheint, daß er unsere Verhältnisse nicht besser kennt als die rumänischen. Man darf nicht vergessen, daß in diesem Hause seit der Zeit, wo die Parlamentsgarde interveniert hat, wo es zu tätlichen Insulten kam, wo alle Leidenschaften entfacht waren, es eine eigentliche Polemik nicht gegeben hat. Der Krieg hatte alle internen Fragen in den Hintergrund gedrängt. Allein es ist leicht verständlich, obwohl auch ich es nicht billige, wenn bei der gegenwärtigen Lage in einzelnen Abgeordneten die Leidenschaft wieder entfacht wird und der Vortrag des Ministerpräsidenten durch einzelne Zwischenrufe gestört wird. Doch ist es niemand eingefallen, die Argumente des Ministerpräsidenten zu unterdrücken und eine Verteidigung Buriáns zu verhindern. Diese Anklage ist ungerechtfertigt und ich weise sie auf das entschiedenste zurück. Zwischenrufe können nicht als eine derartige Tendenz aufgefaßt werden. In dieser schweren Lage bedürfen wir vor allem der Ruhe, der Besonnenheit und der Objektivität. (Zustimmung links.)

Dann meint der Herr Minister des Aeußern, er konnte uns Vertrauensmännern nicht alles mitteilen, denn vieles war nicht allein sein Geheimnis, sondern auch das Geheimnis derjenigen, mit denen er unterhandelt hat. Die Vorbedingung für die Unterhandlungen, die damals im Gange waren, wäre die Geheimhaltung gewesen. Es scheint, daß der Herr Minister des Aeußern uns für Schwätzer hält, die das uns anvertraute Geheimnis ausgeplaudert hätten. War er dieser Ansicht, wozu willigte er damals überhaupt in diese Lösung? Wohl gibt es auf dem Gebiete der Diplomatie Geheimnisse, die man niemand mitteilen kann. Zum Beispiel der Text des Dreibundes war selbst einflußreichen Politikern nicht bekannt und in unseren Vertrag mit Rumänien waren selbst rumänische Minister nicht eingeweiht. Wir traten auch nicht mit der unbescheidenen Forderung auf, in alle Geheimnisse eingeweiht zu werden. Wir wünschten nur, über die laufenden Angelegenheiten informiert zu sein. Das war nicht unbescheiden. Ohne Risiko hätte der Minister des Aeußern so gnädig sein können, uns in diese Geheimnisse einzuweihen. Ich muß dem Ministerpräsidenten das Zeugnis ausstellen, daß er damals, als wir mit ihm in Berührung traten, keine Vorbehalte gemacht hat. Wir suchten nicht deshalb eine andere Modalität, weil vielleicht der Ministerpräsident uns gegenüber nicht entsprechend aufrichtig gewesen wäre, sondern weil wir der Ansicht waren, daß es sich nicht um seine Kontrolle, sondern um die Kontrolle des Ministers des Aeußern handelte. Darum suchten wir eine unmittelbare Verbindung mit dem Minister des Aeußern. Der Minister des Aeußern hat diese Angelegenheit ganz anders aufgefaßt und er handelte nach der ihm eigenen Schablone. Er teilte uns Intentionen mit, ließ uns aber im unklaren, wie er diese verwirklichen will und in welchem Stadium die Verhandlungen stehen, durch die er seinen Zweck erreichen will. Das ist eine so unglaubliche Auffassung und verrät so wenig Verständnis, daß durch dieses System so manches Fiasko auf dem Gebiete der auswärtigen Politik leichter verständlich gemacht wird. Ferner erklärt der Minister des Aeußern, wir hätten über die Kriegslage solche Fragen an ihn gerichtet, auf die er nicht antworten konnte, weil die Heeresleitung ihm darüber unter dem Siegel der Verschwiegenheit Mitteilungen gemacht habe. Den Minister des Aeußern hat sein Gedächtnis vollständig im Stich gelassen. Ich behaupte, daß dies den Tatsachen nicht entspricht. Wir haben an ihn keine Fragen gerichtet, auf die er unter Berufung auf das militärische Geheimnis keine Aufklärung erteilt hätte. Er hat uns geantwortet. Diese Antwort lautete aber ganz anders und sie gereichte weder ihm noch der Heeresleitung zum Ruhm. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Stefan Rakovszky: So ist es! Ich werde das schon erzählen. (Lebhafte Heiterkeit rechts. Beifall links.)

Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Auch ich kann es sagen. Ich erblicke darin keine Verletzung von Geheimnissen. Baron Burián erklärte, er könne uns keine entsprechende Aufklärung erteilen, weil er selbst nicht entsprechend orientiert ist. (Großer Lärm links.) Ich glaube, dem Lande damit einen Dienst zu erweisen, wenn ich das feststelle. Das ist ein unhaltbares Vorgehen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Minister des Aeußern die Verantwortung für die Führung der Angelegenheiten des Landes übernehme, wenn er nicht in weitestgehendem Maße in die strategische Lage eingeweiht ist, wenn er nicht weiß, wie groß die Kräfte sind, die uns noch zur Verfügung stehen, wenn er hinsichtlich der strategischen Lage im Dunkeln tappen muß.

Abgeordneter Gabriel Ugron: Deshalb mußte Siebenbürgen an den Bettelstab kommen.

Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Auf die rumänische Frage selbst werde ich in meinen Schlußworten zurückkommen. Der Herr Minister des Aeußern erklärt, er sei über die Stimmung und über die Vorbereitungen Rumäniens sowie über die Tätigkeit Rußlands in Rumänien informiert gewesen. Dennoch ist nichts geschehen, um die Gefahren, die er angeblich vorausgesehen hat, zu beseitigen. Von den militärischen Maßnahmen will ich nicht reden, aber wenigstens auf administrativem und politischem Wege hätten Präventivmaßnahmen getroffen werden müssen, um einem unerwarteten Angriffe vorzubeugen. Diese Aeußerung des Ministers des Aeußern kann vielleicht dem Grafen Czernin zum Lobe gereichen, bildet aber eine neue Anklage gegen die Regierung, und die Unterlassungen, die begangen worden sind, fallen umso schwerer ins Gewicht. Ich nehme jetzt Abschied vom Herrn Minister des Aeußern. Ich wiederhole, daß es meinen sehnlichen Wunsch bildet, nicht indirekt durch die Person des Ministerpräsidenten, sondern direkt mit dem Minister des Aeußern über die auswärtigen Fragen, auf die ich vom Gesichtspunkte der Zukunft des Landes so großes Gewicht lege, eine Debatte zu führen.

Der Herr Ministerpräsident hat unlängst erklärt, es sei eine staatsrechtliche Marotte, wenn wir unsere Hände bei den Verhandlungen mit Oesterreich binden wollten, weil in Oesterreich kein verfassungsmäßiges Leben herrscht. Ich habe behauptet, daß diese Auffassung den G.-A. XII: 1867 verletzt, wogegen

Pester Lloyd 13./IX. 1916 II

Kriegstagung des Reichstages. 84

der Herr Ministerpräsident erklärt hat, daß dieses Gesetz sich nicht darauf, sondern nur auf die streng genommenen gemeinsamen Angelegenheiten, die der Pragmatischen Sanktion entstammen, nicht aber auf die gemeinsam zu erledigenden, namentlich wirtschaftlichen Angelegenheiten bezieht. Wir wissen, daß das Ausgleichsgesetz eigentlich nicht als Gesetz textiert war, sondern nur als eine argumentative Arbeit, und daß erst nachträglich aus politischen Gründen dieses Gesetz in Absätze eingeteilt und inartikuliert worden ist. Im § 25 des Ausgleichsgesetzes heißt es nun: „Die zweite Grundbedingung für die gemeinsame Regelung der Angelegenheiten ist die, daß die volle Verfassungsmäßigkeit in den übrigen Ländern und Provinzen Sr. Majestät in Kraft trete, denn Ungarn kann nur mit der verfassungsmäßigen Vertretung dieser Länder betreffend welcher gemeinsamen Verhältnisse immer in Berührung treten."

Aus diesem Paragraphen geht klar hervor, daß die Intention des Ausgleichsgesetzes für alle gemeinsamen Relationen die Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich feststellt. Auch heißt es dort, daß der König selbst den Wunsch hegt, daß nur die verfassungsmäßigen Körperschaften bei der Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten in Berührung treten. Wenn der Herr Ministerpräsident diese Gebundenheit für eine staatsrechtliche Marotte hält, so begeht er damit ein Attentat gegen den Grundgedanken des Ausgleichsgesetzes, auf das er so lange Dithyramben gesungen hat. Dies ist ein großer Fehler und die ähnlichen Kommentare tragen die Schuld daran, daß es manchmal so schwer ist, hier eine Mehrheit für die 67er Politik zu schaffen. Man darf nicht von Fall zu Fall das Ausgleichsgesetz gerade jener Teile entkleiden, die volkstümlich sind. Die bitteren Erfahrungen vieler Jahrhunderte beweisen, wie sehr die Freiheit Ungarns gefährdet ist, wenn drüben kein verfassungsmäßiges Leben herrscht. Gerade dagegen wehrt sich der Gesetzartikel XII : 1867, indem er die gemeinsamen Interessen so gestaltet, daß sie nur auf verfassungsmäßigem Wege erledigt werden können. Dadurch wird auch in Oesterreich die Verfassungsmäßigkeit, die eine unerläßliche Vorbedingung für die ungarische Verfassungsmäßigkeit ist, gesichert. (Lebhafte Zustimmung links.)

Gegenüber meinem Antrag nahm der Ministerpräsident den Standpunkt ein, wir haben nicht das Recht, uns in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einzumengen. Ich kann diese Auffassung nicht teilen. Es ist die Pflicht Oesterreichs Ungarn gegenüber, die Delegation zu wählen. Tut es dies nicht, so erleidet die ungarische Verfassung dadurch Abbruch. Wir mengen uns nicht in die Angelegenheiten Oesterreichs, wir fordern aber die Integrität der ungarischen Verfassung und fordern mit vollem Recht von Oesterreich, seinen gesetzlichen Pflichten zu entsprechen, um zu ermöglichen, daß das verfassungsmäßige Leben Ungarns ohne Einschränkung auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege fortgesetzt werden könne. Der Herr Ministerpräsident meint, es sei vollständig gleichgültig, aus welchem Grunde die Delegation nicht funktioniert, wir müssen uns der Lage anpassen. Der Ministerpräsident befindet sich hier in einem riesigen Irrtum. Sind die Ursachen für die Einberufung der Delegation unabwendbar, verhindert zum Beispiel eine Obstruktion die Wahl der Delegation, dann muß die ungarische Gesetzgebung dieser unabänderlichen Tatsache Rechnung tragen. Es kann aber keine unabänderliche Tatsache bilden, daß es einen österreichischen Ministerpräsidenten gibt, der der Ansicht ist, daß die Einberufung der Delegation jetzt nicht zweckmäßig ist. Ferner sagt der Ministerpräsident, die zuständigen Faktoren in Oesterreich sind der Ansicht, daß die letztgewählte Delegation jetzt nicht funktionieren kann. Ich muß sagen, daß der Herr Ministerpräsident falsch informiert ist. Auch die Ansicht des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh war nicht immer so beschaffen. Im Oktober 1910 erklärte der damalige österreichische Ministerpräsident Bienerth, daß eine Delegation so lange in Funktion bleibt, bis die neue Delegation gewählt wird. Diese Bestimmung hat den Zweck, kein Vacuum eintreten zu lassen. Im April 1914 ereignete es sich abermals, daß eine Delegation, die bereits mehr als ein Jahr in Tätigkeit war, einberufen werden mußte. Als einzelne österreichische Delegierte die Frage aufwarfen, ob dies verfassungsmäßig sei, erklärte Ministerpräsident Graf Stürgkh, daß über die Gesetzmäßigkeit des Wirkens der Delegierten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben versammelt seien, kein Zweifel obwalten kann. Der Umstand, daß der Reichsrat nicht beisammen sei, könne nicht als Hindernis dafür dienen, daß eine so wichtige und entscheidungsvolle parlamentarische Körperschaft wie die Delegation ihre Beratungen und ihre Beschlußfassungen nicht abhalte. Auch wenn die Tätigkeit des Reichsrates gelähmt sei, werde er, Graf Stürgkh, stets alle Mittel ins Werk setzen, zu verhindern, daß eine Institution, die im Besitze ihrer vollen Arbeitskraft ist, in den Bannkreis dieser Lähmung hineingezerrt werde. (Lebhafte Bewegung links. Rufe: Hört! Hört!) Ist nun eine im Laufe der Zeit veränderte Ansicht eines österreichischen Ministerpräsidenten genügend, damit das ungarische Verfassungsleben gehemmt werde, und daß Gesetzartikel XII: 1867 in der Luft schwebe? Darf unsere Verfassungsmäßigkeit davon abhängen, was ein österreichischer Ministerpräsident von Zeit zu Zeit für richtig oder verfehlt hält? Es ist das Recht und die Pflicht des österreichischen Ministerpräsidenten, die ungarische Staatlichkeit zu verteidigen und zu erwirken, daß alle Organe der Verfassungsmäßigkeit in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise funktionieren. Hält dies aber ein österreichischer Ministerpräsident für unmöglich, so muß der ungarische Ministerpräsident bestrebt sein, diese Bedenken zu zerstreuen oder einen österreichischen Ministerpräsidenten ausfindig zu machen, der entsprechend den ungarischen Gesetzen die Verfassungsmäßigkeit für Oesterreich sichert. (Lebhafter Beifall links und äußerstlinks. Bewegung rechts.)

Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, wir hätten bereits des öftern eingewilligt, daß das gemeinsame Budget ohne die Delegationen festgestellt werde. Das ist wahr. Wir haben dies getan, weil wir damals noch nicht wahrnehmen konnten, wie groß die Erbitterung in Oesterreich ist, daß das österreichische Parlament in diesem Weltkrieg nicht zu Worte kommt. Damals sahen wir auch noch nicht die Unmasse von Fehlern, die begangen worden sind, so daß wir zu dieser Zeit das Fehlen der Delegation nicht so tief empfunden haben wie jetzt. Das sind die mildernden Umstände für den Fehler, den wir dadurch begangen haben, daß wir auf ungesetzlichem Wege gegen die Verfügungen des G.-A. XII: 1867 vorgegangen sind. Das kann aber kein Argument dafür sein, daß wir jetzt unter den gegenwärtigen Verhältnissen an dieser Ungesetzlichkeit, an dieser Unterlassung festhalten. (Zustimmung links.)

Der Herr Ministerpräsident fragt, warum wir so hartnäckig auf seine Aeußerungen vom 28. August über die italienische Frage stets zurückkommen. Ich hielt es für meine patriotische Pflicht, seinerzeit auf die Fehler, die auf dem Gebiete der Politik gegenüber Italien begangen worden sind, aufmerksam zu machen, und später auch für meine Pflicht, die meiner Ansicht nach falsche Argumentation des Ministerpräsidenten zu widerlegen, zu beweisen, daß unsere Politik nicht so geschickt war und daß hier von einer schlauen Erwägung nicht die Rede sein konnte. Auch deshalb hielt ich es für meine Pflicht, auf diese Aeußerungen zurückzukommen, weil die damalige Rede des Ministerpräsidenten im Ausland tatsächlich so gedeutet wurde, als ob wir persid handeln wollten, was den Intentionen des Ministerpräsidenten vollständig fern lag. Dies ist abermals ein Beweis dafür, welch ein Fehler es ist, wenn wir die auswärtigen politischen Fragen hier verhandeln. Wären wir einem Minister des Aeußern gegenübergestanden, der keine anderen Sorgen als die auswärtigen Fragen kennt, so wäre ihm sicherlich ein solcher lapsus linguae nicht zugestoßen. Dies kann einem Ministerpräsidenten in einem Milieu der parlamentarischen Kämpfe, in der Hitze des Gefechtes viel leichter zustoßen, zumal der Ministerpräsident nicht so vorbereitet ist als der Minister des Aeußern in der Delegation. Es geht daraus hervor, wie schädlich es ist, wenn über solche Fragen unvorbereitet Aeußerungen hingeworfen werden müssen, selbst wenn ein Mann Ministerpräsident ist, der ein so begabter Redner ist wie Graf Stefan Tißa. Das Parlament, ein Schauplatz heftiger Kämpfe, ist nicht geeignet, so heikle Fragen zu besprechen. Viel geeigneter hiefür ist die Delegation, wo jeder vorbereitet hineingeht, wo eine größere Objektivität herrscht, wo die Leidenschaften geringer sind. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Herr Ministerpräsident hat seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß ich in Verbindung mit der italienischen Frage von einem Schrecken gesprochen habe. Ich gebe es zu, daß dieser Ausdruck zu scharf war. Allein man darf nicht den Kampf, den wir führen müssen, gering schätzen. Es ist zweifellos, daß die rohe Kraft bei unseren Feinden größer ist. Es ist zweifellos, daß jetzt der größte Kampf auf Leben und Tod geführt wird. In einer solchen Lage ist es nur natürlich, daß diejenigen, denen das Geschick des Landes anvertraut ist, in den Augenblicken einer schweren militärischen Lage, in den Augenblicken, wo die Gefahr droht, daß eine neue Großmacht uns angreift — namentlich damals, wo jeder überzeugt war, daß auch Rumänien mit Italien gemeinsam gegen uns kommt —, das Gefühl des Schreckens hegen können. Das ist kein Zeichen der Feigheit. Das war auch kein Fehler. Der Fehler bestand darin, daß wir die schwebenden großen Fragen nicht damals erledigt haben, als wir gut gestanden haben. Wir hätten die Lage benützen sollen, gegen Rumänien energisch aufzutreten und es zu zwingen, Farbe zu bekennen. Der Ministerpräsident sagt, der Fall Przemysls war kein gefährlicher Moment, wir hätten ja bald darauf die Russen in den Karpathen geschlagen. Das ist wahr. Jedenfalls war dieser Kampf für uns dadurch gefährlicher, daß Przemysl gefallen ist und daß die russische Belagerungsarmee an den Karpathenkämpfen teilnehmen konnte. Es war dies eine sehr gefährliche Epoche des Weltkrieges, die wir aber, Gott sei Dank, mit Erfolg überstanden haben. Jedenfalls machte die damalige Lage es dem Minister des Aeußern zur Pflicht, jeden Konflikt zu vermeiden. Deshalb war er damals gezwungen, plötzlich nachzugeben und die italienische Diplomatie mit seinem Angebot zu überraschen. Dieses Angebot konnte deshalb keinen Erfolg haben, weil man das nur als Zeichen der Schwäche oder der Verzagtheit angesehen hat. Der Ministerpräsident meinte, unser Angebot eine Woche nach dem Fall Przemysls sei nicht darauf zurückzuführen gewesen, daß wir erschrocken wären, sondern Italien habe erst damals seinen Gegenvorschlag unterbreitet. Diese Behauptung des Ministerpräsidenten entspricht nicht den Tatsachen und bietet wieder ein Beispiel dafür, wie schädlich es ist, derartige Fragen hier zu verhandeln. Wir machten am 9. März ein Angebot, demzufolge wir zu territorialen Konzessionen geneigt sind. Am 18. März antwortete Sonnino, am 22. März fiel Przemysl und am 28. März machten wir unsere neuen Angebote. Redner ist überzeugt, daß man zu einem früheren Zeitpunkt mit geringeren Konzessionen mehr Erfolg gehabt hätte.

Was den Antrag des Grafen Albert Apponyi betrifft, so kann ich ihn nur dann annehmen, wenn mein Antrag auf Einberufung der Delegation abgelehnt würde. Ich bin der Ansicht, daß es unsere gesetzliche Pflicht ist, die Delegation einzuberufen. Kann dies aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgen, so müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir dem abhelfen können, wie wir unsere Kontrolle gegenüber dem Minister des Aeußern ausüben können. Aber auch in diesem Falle kann ich nur als Uebergangsstadium den Antrag des Grafen Apponyi annehmen. Ich könnte es nicht für möglich halten, ein für allemal für den Minister des Aeußern die Pflicht festzustellen, im ungarischen Abgeordnetenhause erscheinen zu müssen. Der Minister des Aeußern wäre ja auch außerstande, bald in der Delegation, bald im ungarischen Parlament, dann auch im österreichischen Parlament Rede und Antwort zu stehen. Es ist zweifellos, daß G.-G. XII: 1867 ein ebensolches Gesetz ist wie jedes andere, und selbständig abgeändert werden kann. Doch weiß ich, daß die Ansicht besteht, daß eine Abänderung des Gesetzes nur dann erfolgen darf, wenn Oesterreich auf verfassungsmäßigem Wege eine ähnliche Verfügung trifft. Einseitig dieses Gesetz abzuändern, wäre politisch nicht richtig, denn dadurch würde der Minister des Aeußern Ungarn gegenüber in ein anderes Verhältnis geraten als Oesterreich gegenüber. Ungarn würde viel größere Rechte gegenüber dem Minister des Aeußern ausüben als Oesterreich, so daß Oesterreich dann mit Recht uns den Vorwurf machen könnte, daß wir den Anlaß benützt haben, um da infolge einer veränderten rechtlichen Auffassung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh in Oesterreich kein verfassungsmäßiges Leben herrscht, mehr Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu gewinnen, als wir bisher hatten. Das würde in Oesterreich die größte Erbitterung hervorrufen. Wählt aber Oesterreich seiner Pflicht entsprechend seine Delegation, so kann gegen uns keine Anklage erhoben werden, dann ist dieser stärkere Einfluß auf andere Motive zurückzuführen. Der Herr Ministerpräsident meint, daß die ungarische Gesetzgebung erst nach dem Kriege die auf diesem Gebiete bestehenden Uebelstände beseitigen kann. Diesen Standpunkt kann ich nicht akzeptieren. Ich verstehe es, wenn man behauptet, der Ministerpräsident übernehme die Verantwortung für den Minister des Aeußern. Ich verstehe den Standpunkt, wenn man verlangt, daß der Minister des Aeußern hier erscheinen soll, wenn die Kontrolle notwendig ist, namentlich notwendig jetzt, wo so hochwichtige auswärtige politische Fragen entschieden werden. Gibt der Ministerpräsident die Notwendigkeit zu, dann ist seine Auffassung unhaltbar. Entweder muß er sofort die Delegation einberufen, oder aber den Antrag des Grafen Albert Apponyi mit gewissen Modifikationen annehmen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber jeder Kontrolle zu entbehren, ist eine Sünde. (Lebhafter Beifall links.)

Das gegenwärtig herrschende System stört die Harmonie zwischen Oesterreich und Ungarn. Diese Seelenharmonie ist aber, ob man jetzt Anhänger der siebenundsechziger oder der achtundvierziger Richtung ist, sehr wichtig. Der Krieg hat abermals bewiesen, daß wir ohne einander nicht leben können. Auch vereint haben wir kaum genügende Kraft, uns gegen unsere Feinde zu wehren. Jeder ehrliche Ungar und jeder ehrliche Oesterreicher fühlt die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen uns. Auch in Oesterreich muß jeder fühlen, daß auf ein starkes Ungarn die Dynastie und die Monarchie sich stützen müssen. Wir müssen jede Gelegenheit ergreifen, diese Solidarität hervorzuheben. Leider muß ich zu meinem Bedauern sehen, daß das Verhältnis zwischen den beiden Völkern selten so schlecht war wie gerade jetzt, was beiden Teile ebenso wie der Dynastie und der Monarchie zu großen Schaden gereicht. Daran trägt die Hauptschuld, daß in Oesterreich jedermann fühlt, daß jetzt in den welthistorischen Tagen, wo über das Leben und das Schicksal der Dynastie und der Monarchie vielleicht für immer die Entscheidung fällt, Oesterreich bei dieser Entscheidung nicht mitsprechen kann, daß es vollständig dem Einfluß einiger Personen ausgeliefert ist. Stellen wir nur einen Vergleich zwischen Oesterreich und Ungarn an. Dort ist kein Abgeordnetenhaus, keine Delegation. Noch dazu gibt es, wie ich von vielen Oesterreichern gehört habe, dort einen Ministerpräsidenten, über den ich wohl keine Kritik sagen kann, allein der so bescheiden ist, daß man während des Weltkrieges seine Stimme noch nicht gehört hat. Graf Stürgkh hat sich noch nie geäußert. Graf Stefan Tißa — und ich mache ihm deshalb keinen Vorwurf — ist weniger bescheiden. Er spricht fortwährend. Er spricht hier, er äußert sich in der Presse und bei jeder Gelegenheit. Graf Stürgkh läßt sich nie hören. Finanzminister Teleßky schüttelt den Kopf.) Vergebens schüttelt der Herr Finanzminister den Kopf, ich verrate damit kein Stallgeheimnis. (Heiterkeit links, Bewegung rechts.) Dafür macht man uns in Oesterreich verantwortlich. Graf Stürgkh kann sich auch auf keinen ansehnlichen Anhang stützen. Im Vorjahre haben die Führer der Parteien des Herrenhauses ihm ein Mißtrauensvotum erteilt. Es hat den Anschein als ob man in Oesterreich hiefür den ungarischen Ministerpräsidenten verantwortlich macht, hinter dem eine Mehrheit steht, der also eine Stütze hat. Die öffentliche Meinung in Oesterreich macht jedenfalls für die dort herrschenden Zustände den Grafen Stefan Tißa verantwortlich. (Lärm und Heiterkeit rechts.) Vergebens lachen Sie, es ist so. Einen Stützpunkt für diese Auffassung findet die österreichische öffentliche Meinung in der Haltung der Mehrheit. Wie oft rühmte sich der Ministerpräsident dessen, daß er Ungarn zu einem entsprechenden Gewicht in der Leitung der Angelegenheiten gelangen ließ. Erst kürzlich äußerte sich Graf Karl Khuen-Héderváry in einer Zeitung hierüber und erklärte, Graf Stefan Tißa habe durch sein energisches Auftreten dem Ansehen der ungarischen Nation vor dem Auslande viel genützt. Er habe Ungarn zum Repräsentanten der Monarchie gemacht und das ungarische Parlament zur Tribüne erhoben, auf der Tißa im Namen der Monarchie spreche. (Lebhafter Beifall und Zustimmung rechts.) Ich freue mich darüber nicht. Ihre jetzige Kundgebung gibt meiner Auffassung recht. In Oesterreich sieht man, daß die Mehrheit glaubt, Graf Tißa habe dem Lande dieses Monopol verschafft. Dieses Monopol liegt nicht im Interesse Ungarns, es kann sich schwer rächen. (Lebhafte Bewegung rechts. Rufe: Das ist politische Brunnenvergiftung!) Niemand freut sich mehr, wenn Ungarn ein großes Gewicht in der Leitung der Angelegenheiten besitzt und eine führende Rolle spielt, als ich. Allein diese leitende Rolle muß die Folge einer gesunden, moralischen und materiellen Entwicklung sein. (Lebhafte Zustimmung links.) Das wünscht jeder gute Ungar. Allein darüber, daß wir hier im Namen der Monarchie sprechen, weil das verfassungsmäßige Leben in Oesterreich gelähmt ist, kann ich mich als Ungar nicht freuen und dies entspricht nicht den Traditionen Ludwig Kossuths, Széchenyis und Deáks. Die Freiheit der Völker Oesterreichs liegt auch im Interesse Ungarns. Die Freude darüber, daß allein der ungarische Ministerpräsident sich über die Angelegenheiten der Monarchie äußern kann, entspringt einer außerordentlich verfehlten Auffassung. In so schweren Zeiten genügt es, wenn wir die Verantwortung für Ungarn übernehmen. Wie sollen wir die Verantwortung auch für Oesterreich, für die dortigen Leiden, die untrennbar sind mit dem Krieg, für die dortige Unzufriedenheit übernehmen. Das wäre ein riesiger Fehler. Es wird die Zeit kommen, wo das verfassungsmäßige Leben in Oesterreich wieder einsetzen wird und wo man das Odium uns wird zuschieben wollen. (Bewegung und Widerspruch rechts.) Ich halte es für einen großen Fehler, daß das verfassungsmäßige Leben in Oesterreich nicht intakt ist, auch vom Gesichtspunkte Ungarns und der Monarchie. Ich halte es auch für einen großen Fehler, daß der Herr Ministerpräsident die Hyperthrophie an Macht, die er besitzt, unterstützt von seiner Mehrheit, nicht dazu benützt, durch die Einberufung der Delegationen zu erwirken, daß auch in Oesterreich verfassungsmäßiges Leben herrsche und die normalen Zustände wieder eintreten. Nie war die Einberufung der Delegationen notwendiger als jetzt. Ich bitte die Mehrheit, sich diese Frage wohl zu überlegen. Wenn sie gegen meinen Antrag stimmt, so stimmt sie damit nicht allein gegen mich und die Opposition, sondern auch gegen das ungarische Gesetz, gegen die ungarische Verfassung. Sie übernimmt zugleich damit eine riesige Verantwortung gegenüber Oesterreich. Es ist zweifellos, daß es die gesetzmäßige Pflicht des Ministerpräsidenten ist, dahin zu wirken, daß die Delegation einberufen werde. (Lebhafter Beifall und Applaus links und äußerstlinks.)

Sodann ergreift Ministerpräsident Graf Stefan Tißa das Wort.

Weiteres im Morgenblatte.

*

Die Depesche, die der Präsident der bulgarischen Sobranje an den Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses gerichtet hat, lautet:

„An Se. Exzellenz Paul v. Beöthy,
Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses,
Budapest.

Ew. Exzellenz sage ich herzlichen Dank für die im Namen des Abgeordnetenhauses des ungarischen

Robert Feitscher, Dr. Eugen Ritter von Burzian, Georg v. Ghika, Leo Ritter von Preleuthner, Theophil Edler von Jaeger, Béla Pap-Hegyesztrü von Ormán, Hans Fillunger, Max Ritter von Hoffinger, Dr. Otto Ritter Günther von Ollenburg, Rudolf Kohlauß, Friedrich Hlavacs Edlen von Rechtwall und Géza Hoffmann v. Nagysötétág, den Honorarkonsuln Elias Zaborski und Egon Crevatin, den Konsularkanzleidirektoren Richard Helf, Michael Kralj, Epiphanius Jawowski, Norbert Mittelmann, Rudolf Schmidt, Viktor Rottauscher von Malata und Georg Jovanovics, den Vizekonsuln Walter v. Mayrhauser zu Spermansfeld, Dr. Karl Schwagula, Oswald Kermenics, Tibor Pözel von Virányos, Friedrich v. Görtz, Marzell v. Frossard, Robert Kronholz, Egon Freiherrn Abele von und zu Lilienberg, Viktor Leschanowsky, Dr. Hermann Pleinert, Dr. Ferdinand Souvan, Heinrich Schmid, Karl Buchberger, Georg Barkóczy von Nagy- und Kisbarkócz, Rafael Renner, Theodor Ritter von Hornbostel und Franz Skarnitzl, den Honorarvizekonsuln Rudolf Lußnigg, Johann Brazzafolli und Franz Brazzafolli, den Honorarkonsularagenten Natale Bargigli, den Konsularkanzleiräten Vinzenz Gottwald, Julius Stern, Bernhard Tauber, Anton Platt, Viktor Trani, Alfred Lazar, Humbert Citterich, Friedrich Czikann und Guido Eles, dem mit dem Titel eines Vizekonsuls bekleideten Konsularkanzleirat Emil Muthsam, den Konsularkanzleiräten Ernst Zawrzel, Franz Kvintus, Anton Borowetz, Franz Kadics und Franz Fischer;

das Kriegskreuz dritter Klasse für Zivilverdienste:

dem Handelsfachbeamten Maximilian Mößlacher, den Honorarkonsularagenten Josef Kell und Josef Algardi, dem Honorarvizekonsulatsgerenten A. del Torre, den Konsularkanzleisekretären Franz Benkey, Josef Klier, Alois Marsoun, Georg Jselstöger, Rudolf Sidorowicz, Anton Tatucu, Franz Kallina, Josef Umlauf, Friedrich Gottsmann, Franz Weingartner, Georg Burschi, Karl Wagner, Eduard Andres, Michael Buchartowski, Max Biezzoli, Alexander Panajott, Robert Proy, Ludwig Rpzmyslowski, Wolfgang Frummer von Kereßtes, Viktor Pollanz, Georg Mitzotakis, Philipp Zimmer, Martin Buna, Artur Norsich, Isidor Zwilling, Bodo Kühn, Emil Kramolin, Ferdinand Manchen, Josef Bostil, Alexander Schmeer, Wilhelm Rejchrt, Cäsar Stuparich, Robert Schneider und Heinrich Ragusin; den Konsularoffizialen Oskar Lorenz, Josef Bolgár, Josef Prohaska, Julius Hild, Anton Hörmann, Stefan Jselstöger, Michael Fedewicz, Desiderius Bolgár, Dionys v. Laskar, Friedrich Lomosik, Alois Wawra, Josef Gluza, Johann Wiesler, Otto Stöger, Matthias Arnold, Rudolf Kremnitzky, Josef Cikánek, Georg Reichmann, Wilhelm Worell, Paul Quargnali, Heinrich Lang, Max Kranewitter und Sebastian Schira; dem Kanzleiaspiranten Heinrich Gitschner; dem Honorarkanzler Josef Gaeta, den Honorarbeamten Anton Jedek, Rudolf Sirc und Nikolaus Tischer; dem Hilfsbeamten Albert Aberer, den Honorardragomanen Eduard Papasian, Ibrahim Ihsan, Leonidas Coja, Nassuh Bei Dizdar, Josef Hagia, Christo P. Bucaj und Andreas Aslan;

das Kriegskreuz vierter Klasse für Zivilverdienste:

den Konsularamtsdienern Luka Gregovics, Josef Melenac und David Tökk, den Konsulatskawassen Mark Troshani, Zef Hila, Mark Gjoka, Hassan, Maksud, Sadig und Nazif.

das Kriegskreuz zweiter Klasse für Zivilverdienste:

dem ordentlichen Professor der k. k. Universität in Wien Dr. Hans Uebersberger, dem ordentlichen Professor der k. k. deutschen Universität in Prag Dr. Anton Ritter v. Premerstein, dem Vizedirektor der Banca Commerciale in Triest Adolf v. Popper, den kommerziellen Fachbeiräten Christoph Reißer, Präsidenten des Reichsbundes der Buchdruckereibesitzer Oesterreichs, Friedrich Brosch, administrativen Direktor des Oesterreichischen Lloyd, und Dr. Hans Kern sowie der Helene Freifrau v. Giskra, Gemahlin des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Dr. Karl Freiherrn v. Giskra, und der Olga Princig von Herwalt, Gemahlin des Generalkonsuls erster Klasse Walter Ritter Princig von Herwalt;

das Kriegskreuz dritter Klasse für Zivilverdienste:

dem Douglas Grafen von Thurn und Valsássina inn.

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 12. September.

Das Abgeordnetenhaus hat heute sämtliche Vorlagen, die auf seiner Tagesordnung standen, erledigt. Die Berichterstatter Géza Antal, Ivan Rakovßky, Alexander Söpkéz, Johann Pirkner und Elemér Hantos erleichterten durch sorgfältige Unterbreitungen die Arbeit des Hauses. Eine Debatte brachte nur noch die Vorlage betreffend die Gebührenfreiheit und Pupillarsicherheit der hauptstädtischen Anleihen. Hier vertrat Abgeordneter Karl Springer in ausführlichen Darlegungen den Standpunkt der Hauptstadt, während Finanzminister Johann v. Teleßky in einer eingehenden Antwort den Standpunkt der Mehrheit rechtfertigte, wobei die wirtschaftliche Geschäftsführung der Hauptstadt eine etwas herbe Kritik erfuhr.

Das Abgeordnetenhaus wird morgen über die Anträge der Grafen Albert Apponyi und Julius Andrássy beraten.

Der Verlauf der Sitzung.

Nach Schluß der Debatte ergreift

Finanzminister Johann v. Teleßky

das Wort und verwahrt sich zunächst dagegen, als ob zwischen dem ursprünglichen Gesetzentwurf und der Textierung des Finanzausschusses ein prinzipieller Gegensatz bestünde. Wohl

Was die Modifikationen des Abgeordneten Simonyi-Semadam angeht, deren eine dahin lautet, das ganze Einkommen aus dem Grundbesitz möge von der Steuerbasis der zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen und Vereine in Abzug gebracht werden können, so könne der Minister diese nicht akzeptieren, nicht nur, weil dies dem ganzen System grundsätzlich zuwiderliefe, sondern auch, weil die Schaffung einer steuerfreien Einkommenquelle es nur allzu leicht machen würde, das gesamte Einkommen oder dessen größten Teil zugunsten dieser Steuerquelle zu verbuchen, was äußerst leicht ist, wenn es sich um eine mit Landwirtschaft zusammenhängende Steuerquelle und nicht um das Einkommen nach Wertpapieren handelt; durch eine derartige gesetzliche Verfügung würde es gewissen Unternehmungen wieder ermöglicht, sich der Besteuerung vollständig zu entziehen; wie gesagt, nicht nur darum könne der Minister diesem Abänderungsantrage nicht zustimmen, sondern auch darum nicht, weil er, wenn er jenen Wunsch einiger oppositionellen Abgeordneten, die zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen und Vereinigungen mögen wenigstens nach Boden- und Häuserbesitz der Vermögensteuer unterworfen werden, für nicht genügend motiviert gehalten habe, er auch das Bedenken hege, die Modifikation des Abgeordneten Simonyi-Semadam würde nach der entgegengesetzten Richtung führen.

Was die zweite Modifikation desselben Abgeordneten anlange, laut deren der Begünstigungssteuerschlüssel auch auf andere, auf nicht genossenschaftlicher Grundlage entstandene altruistische, zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichtete Unternehmen und Vereinigungen erstreckt werde, so leugne der Minister die innere Motiviertheit dieses Wunsches nicht, bitte aber, da ja der Abgeordnete Simonyi-Semadam selber zugibt, diese Modifikation wäre nur in den allerseltensten Fällen anwendbar, das Haus möge zur Hintanhaltung von Mißbräuchen den Abänderungsantrag nicht annehmen.

Den Abgeordneten Hoványi schließlich könne der Minister beruhigen: die im Besitze von Unternehmungen befindlichen belehnten Effekten haben als im Portefeuille des betreffenden Unternehmens befindlich angesehen zu werden; dies sei auch Gepflogenheit, und diese lombardierten Wertpapiere haben Anspruch auf die betreffende Begünstigung. Der Minister bittet das Haus, den Paragraphen mit der vom Berichterstatter beantragten Abänderung anzunehmen. (Zustimmung rechts.)

Der § 2 wird hierauf mit den durch den Berichterstatter eingebrachten Aenderungen angenommen.

Präsident unterbricht die Sitzung bis 4 Uhr.

Die Nachmittagssitzung.

Um 4¼ Uhr eröffnet Vizepräsident Karl v. Szász die Sitzung.

Die Spezialdebatte wird fortgesetzt.

Beim § 3 empfiehlt Referent die Annahme kleinerer stilistischer Modifizierungen, ferner die Einschaltung eines neuen Paragraphen, wonach jenen Hilfsgenossenschaften, die ihren Geschäftsgang ausschließlich auf ihre eigenen Mitglieder beschränken und keine fremden Kapitalien besitzen, Steuerfreiheit gewährt werde, falls sie bei ihren Mitgliedern gewährten Darlehen keine höheren Zinsen berechnen als drei Prozent über den jeweiligen Bankzinsfuß, jedoch nur bis zur Maximalhöhe von 8 Prozent.

Abgeordneter Franz Springer

nimmt gegen den neu eingefügten § 4 Stellung, den er als überflüssig erachtet. Im Falle der Annahme des neuen Paragraphen beantragt Redner eine kleine Modifizierung.

In der Abstimmung wird der § 3 mit den Modifizierungen des Referenten und der neue § 4 unter Ablehnung der Modifizierung des Vorredners angenommen.

Der nunmehrige § 5 wird ohne Debatte mit der vom Referenten beantragten Modifizierung angenommen, wonach der Steuerschlüssel bei jenen Genossenschaften, die ihren Mitgliedern nach den Geschäftsanteilen nicht über 5 Prozent Gewinnanteil zahlen, mit 6 Prozent festgesetzt wird.

§ 6 wird unverändert angenommen.

Zu § 7 beantragt

Referent Géza Antal

eine kurze stilistische Modifizierung.

Abgeordneter Franz Springer

beantragt das gänzliche Fallenlassen des Paragraphen, eventuell eine neue Stilisierung des ersten Abschnitts.

Nachdem

Finanzminister Johann v. Teleßky

der neuen Stilisierung des Antragstellers zustimmt, nimmt das Haus den Paragraphen mit der Modifizierung Franz Springers an.

§ 8 des Gesetzentwurfes wird mit der auf die Bergwerksteuer bezüglichen Einschaltung eines neuen Abschnittes ohne Debatte angenommen. Ebenso die vom Referenten empfohlenen drei neuen Paragraphen 9 und 10, deren erster sich auf die Kriegsgewinnsteuer der durch den Gesetzentwurf berührten Unternehmungen bezieht, während der zweite den Genossenschaften das Recht einräumt, die für öffentliche wohltätige Zwecke gewährten Spenden bei der Steuerbemessung in Abzug zu bringen.

§ 11 wird unverändert angenommen.

Damit ist der Gesetzentwurf auch in den Details angenommen.

Folgt der Gesetzentwurf des Ministers des Innern über die Errichtung der Staatspolizei in Fiume.

Referent Ivan Rakovßky

verweist darauf, daß sowohl die exponierte Lage der Stadt Fiume an der Peripherie des Landes, als auch der Kriegszustand die Einführung der Staatspolizei in Fiume als notwendig erscheinen lassen. Fiume als der größte Hafen Ungarns steht in der Wichtigkeit und verkehrspolitischen Bedeutung fast gleich nach der Haupt- und Residenzstadt; sein großer Fremdenverkehr, die Abwicklung der Aus- und Rückwanderung bedingen eine äußerst intensive Tätigkeit der Polizei, was gleichfalls ihre Verstaatlichung als begründet erscheinen läßt. Die Fiumaner Staatspolizei soll im Rahmen der Grenzpolizei organisiert werden und in allen Verwaltungszweigen den polizeilichen exekutiven Wirkungskreis ausfüllen. Die Kosten würden sich auf 560.000 Kronen belaufen, die zu gleichen Teilen vom Staate und von der Stadt Fiume gedeckt werden sollen, was für Fiume eine Ersparnis von ungefähr 100.000 Kronen bedeutet. Redner empfiehlt den Gesetzentwurf im Namen des Verwaltungs- und Finanzausschusses zur Annahme.

Das Haus nimmt hierauf den Gesetzentwurf im allgemeinen wie auch in den Details ohne Debatte an.

Pester Lloyd 13./IX. 1916

II

86

Kriegstagung des Reichstages.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Gesetzentwurf des Ministers des Innern über die Erstreckung des Wirkungskreises der hauptstädtischen Staatspolizei auf die Insel Csepel.

Referent Ivan Rakovßky

verwies darauf, daß der Wirkungskreis der 1881 organisierten hauptstädtischen Staatspolizei 1889 auf die Nachbargemeinden Ujpest und Rákospalota, 1912 auf die Gemeinden Erzsébetfalva, Kispest und Pesthentlörincz erstreckt wurde. Diese Erstreckung war durch die gewerbliche und kommerzielle Entwicklung, durch den Aufschwung der Kommunikation dieser Nachbargemeinden und auch dadurch motiviert, daß diese Gemeinden infolge ihrer ungenügenden Ortspolizei den dunklen Existenzen des hauptstädtischen Lebens als willkommenes Schlupfwinkel dienten. Die gleichen Motive sprechen auch für die Ausdehnung dieses Wirkungskreises auf die Gemeinde Csepel, die besonders in den letzten Jahren einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat und in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer mächtigen Fabriksstadt geworden ist. Der vorliegende Gesetzentwurf kontempliert in Csepel die Errichtung einer Staatspolizeiexpositur der Erzsébetfalvaer Stadthauptmannschaft und bevollmächtigt den Minister des Innern, diese Expositur später zu einer selbständigen Stadthauptmannschaft zu erweitern.

Auch dieser Gesetzentwurf wird ohne Debatte im allgemeinen wie auch in den Details angenommen.

Folgt der Gesetzentwurf über die Komitatssteuerzuschläge für kriegswohltätige Zwecke.

Referent Ivan Rakovßky

zollt sowohl der Gesellschaft Ungarns, als auch den Munizipien die vollste Anerkennung für die in den zwei Kriegsjahren bekundete beispiellos dastehende Opferwilligkeit. Auch die Komitate haben hierbei eine anerkennenswerte Opferwilligkeit und patriotischen Eifer bekundet, waren aber bei der Erfüllung ihrer edlen Aufgabe durch den Gesetzartikel XV/1883 gehemmt, der die Höhe der Komitatssteuerzuschläge im allgemeinen mit fünf Prozent begrenzt. Redner verweist auf die außerordentlichen Aufgaben, die den Komitaten durch den Krieg auch auf dem Gebiete der Wohltätigkeit erwachsen und die es als begründet erscheinen lassen, daß der vorliegende Gesetzentwurf ihnen die Möglichkeit einräumt, für Kriegswohltätigkeitszwecke weitere fünf Prozent der direkten Steuern als Steuerzuschlag auszuwerfen. Die Komitate stehen hierbei nicht ohne Kontrolle, da doch dieser Steuerzuschlag von den Ressortministern gutgeheißen werden muß und andererseits die Verfügungen des G.A. LIX:1912 auch fernerhin aufrechterhalten bleiben. Redner empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes sowohl im eigenen, wie im Namen des Verwaltungs- und des Finanzausschusses.

Das Haus nahm den Entwurf ohne Debatte im allgemeinen und auch in zweiter Lesung an.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Gesetzentwurf über die von der Haupt- und Residenzstadt Budapest durch die Emission von Obligationen aufzunehmenden Anleihen.

Referent Géza Antal

verwies auf den am 8. März 1916 erbrachten Beschluß der hauptstädtischen Generalversammlung, mit dem diese die Regierung um die Unterbreitung eines Gesetzentwurfes anging, der den Anleihen der Hauptstadt Steuer-, Stempel- und Gebührenfreiheit gewährt. Auf Grund dieses Ansuchens unterbreitete der Finanzminister den vorliegenden Gesetzentwurf, der mit Umgehung des auf die Steuer-, Stempel- und Gebührenfreiheit bezughabenden Ansuchens den auf die Emission eines Obligationsdarlehens betreffenden Beschluß der Hauptstadt von der gemeinsamen Zustimmung des Finanzministers und des Ministers des Innern, den Zeitpunkt dieser Emission von der Entscheidung des Finanzministers abhängig macht und der den Finanzminister von Fall zu Fall zur Erteilung der Steuer-, Stempel- und Gebührenfreiheit und zur Erteilung der Pupillarsicherheit bevollmächtigt. Die Hauptstadt Budapest hat sich aus ihrer Generalversammlung vom 21. Juni an das Abgeordnetenhaus mit der Wiederholung ihres ursprünglichen Ersuchens gewendet. Der Finanzausschuß fand es nun mit Rücksicht auf die große Mission der Hauptstadt für begründet, daß die Hauptstadt auf dem Wege der Emission von Obligationen Anleihen aufnehmen könne, die der Steuer-, Stempel- und Gebührenfreiheit teilhaftig werden und deren pupillarsicherer Charakter im Rahmen eines allgemeinen Gesetzes festgestellt werde, so daß die Hauptstadt diese nicht erst von Fall zu Fall besonders zu erbitten brauche. Der vom Finanzausschuß dementsprechend textierte Gesetzentwurf räumt den vom Minister des Innern und vom Finanzminister zu genehmigenden hauptstädtischen Anleihen die Steuer-, Stempel- und Gebührenfreiheit und die Pupillarsicherheit ein und erstreckt diese Begünstigungen auch auf die 1916 aufgenommene Obligationenanleihe der Hauptstadt. Betreffend die schwebenden Anleihen nimmt auch der Finanzausschuß den ablehnenden Standpunkt des Finanzministers ein. Redner ersucht dementsprechend das Haus, den Gesetzentwurf mit den vom Finanzausschusse bezeichneten Modifizierungen im allgemeinen und in den Details annehmen zu wollen.

Abgeordneter Franz Springer

erklärt, den Gesetzentwurf im allgemeinen und — wenn es nötig sein werde, bei der Spezialdebatte — auch in den Details anzunehmen, denn die Vorlage sei ja zum Wohle der Kommunität geschaffen worden. Redner entwirft einen Abriß der Geschichte der Anleihe über 150 Millionen Obligationen und der schwebenden Anleihe von 30 Millionen Kronen und 13 Millionen Reichsmark zu 5¾ Prozent, die die Generalversammlung der Hauptstadt aufzunehmen beschlossen hat. Die Stadt wandte sich dann an das Abgeordnetenhaus mit der Bitte, auch diese schwebende Anleihe für steuer-, stempel- und gebührenfrei sowie die zu emittierenden Obligationen für pupillarsicher zu erklären. Die Antwort auf diese Bitte liege in den abschlägigen Paragraphen der Vorlage, denn der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses habe die erbetene Begünstigung auf die schwebende Anleihe nicht ausgedehnt. Hiedurch nimmt sich diese aus, als ob sie anderer rechtlicher Natur wäre, als die Obligationsanleihen, was doch nicht der Fall sei. Redner führt Präzedenzfälle dafür an, daß solchen Anleihen die Steuerfreiheit gewährt wurde. In dem Refus des Finanzausschusses erblickt er also keine sachlichen Gründe, sondern eher persönliche Gesichtspunkte. Er bittet den Finanzminister um sein Wohlwollen.

Die Debatte ist geschlossen.

Finanzminister Johann v. Teleßky

will kurz auf die Bemerkungen des Vorredners reflektieren, der für die schwebenden Anleihen, beziehungsweise für jene Anleihen der Hauptstadt, die nicht durch Emission von Obligationen beschafft werden, die Steuer- und Gebührenfreiheit verlangt. Der Herr Abgeordnete sagt, die Gewährung dieses Ansuchens sei eine Frage des Wohlwollens gegenüber der Hauptstadt, ebenso wie er früher im Zusammenhange mit der Frage der Steuerfreiheit der kommunalen Betriebe seiner Ansicht Ausdruck verliehen hat, daß Redner für die Hauptstadt nicht genug Wohlwollen empfinde. Redner hegt der Hauptstadt gegenüber das schuldige Wohlwollen, mit dem jeder, der an der Leitung der Staatsgeschäfte teilnimmt, für die Hauptstadt erfüllt sein muß. Ueberall in der Welt, besonders aber in Ungarn ist die Hauptstadt des Landes ein so hervorragender Faktor, daß diejenigen, denen die Leitung der Angelegenheiten des Landes obliegt, den Interessen der Hauptstadt gegenüber das entsprechende Maß von Wohlwollen aufbringen müssen. Redner leugnet nicht, daß er von der Gebarung bei der Hauptstadt nicht entzückt sei (Heiterkeit rechts), und glaubt in diesem Belange nicht gerade im Gegensatz zum Redner zu sein. Diese Frage hat übrigens mit dem Wohlwollen nichts zu tun; jedermann, der das Wohl der Hauptstadt zu fördern wünscht, muß bestrebt sein, daß ihre Gebarung nach allen Richtungen hin entsprechend sei. Es wäre seiner Ansicht nach wichtiger, eine realere, eine vielleicht pessimistische Gebarung einzuführen. Dies ist aber eine Frage des Temperaments, und die heutigen Führer der Hauptstadt haben ein anderes Temperament als Redner. Daraus entstehen gewisse Meinungsverschiedenheiten, die aber — und das soll hier betont werden — keineswegs soviel bedeuten, daß der Redner für die Hauptstadt nicht das schuldige Wohlwollen, ja ein darüber hinausgehendes Wohlwollen hege. Der vorliegende Gesetzentwurf ist mit ein Beweis dafür. Redner ist trotzdem nicht in der Lage, den Antrag des Vorredners anzunehmen, weil dieser technisch undurchführbar ist. Gebührenfreiheit könnte man vielleicht auch den nicht durch Emission von Obligationen aufgenommenen, sondern schwebenden Anleihen sichern, man kann es sich aber gar nicht vorstellen, wie die Steuerfreiheit garantiert werden könnte. Selbst die schwebenden Anleihen des Staates genießen keine solche Steuerfreiheit, wenn sie bei Unternehmungen aufgenommen werden, die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind. Man müßte dann in dem Gewinn dieser Unternehmungen erst feststellen, wie hoch die Quote des Gewinnes aus diesen schwebenden Anleihen sei, die dann von der Steuer befreit werden müßte. Das wäre äußerst kompliziert und gerade aus den Gründen nicht motiviert, die uns bei der Einbringung des Gesetzentwurfes über die Erwerbsteuer der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen leiteten, als wir ihre Steuerbegünstigungen eingeschränkt haben.

Ganz abgesehen davon würde die Erfüllung des Wunsches auch sagen, daß der Staat die Notwendigkeit der Aufnahme solcher schwebenden Anleihen anerkenne und durch Gewährung von Begünstigungen fördern will. Nach der Auffassung des Redners ist es absolut unzulässlich, daß die Städte für Investitionen, also für Zwecke, die zwar wichtig, aber nicht unaufschiebbar sind, solche schwebende Anleihen aufnehmen. Diese Investitionen hätten unbedingt so lange hinausgeschoben werden können, bis die Lage des Geldmarktes die Aufnahme normaler Anleihen ermöglicht. Darum habe Redner auch in der Vergangenheit gegen diese Richtung Stellung genommen, leider nicht mit dem entsprechenden Erfolg, weil der Finanzminister eigentlich in diesen Fragen nicht mitbestimmen kann, er kann nur im Wege der Solidarität des Kabinetts mitsprechen. Das ist aber niemals so viel, als wenn er einen gesetzlich festgestellten Rechtskreis hätte. Leider konnte Redner es nicht durchführen, daß der Haushalt unserer Städte sich so gestalte, daß Investitionen nur dann und nur in jenem Maße durchgeführt werden, wann und in welchem Maße die zur Durchführung erforderlichen Summen in entsprechend fundierten Formen beschafft werden konnten. Nach der Ansicht des Redners ist die einzig richtige kommunale Investitionspolitik die, daß eine Stadt so viel investiere, wie viel sie braucht, aber nur dann, wenn diese Investitionen unbedingt notwendig und die zur Bedeckung erforderlichen Kapitalien entsprechend beschafft sind. Es kann sich sehr rächen, wenn die Städte, vom Optimismus hingerissen, einer günstigen finanziellen Entwicklung vertrauen und durch Kontrahierung von schwebenden Anleihen ihre Investitionen machen, schließlich aber in eine Zwangslage geraten, auf die der Vorredner auch hingewiesen hat. Das ist eine unrichtige Wirtschaftspolitik, gegen die anzukämpfen Redner sich in der Vergangenheit verpflichtet gefühlt hat. Er werde es auch in Hinkunft tun, da er davon überzeugt ist, daß sein Standpunkt der richtige sei. Er sei nicht in der Lage, der Gesetzgebung zu beantragen, daß solche schwebenden Anleihen Steuer- und Gebührenfreiheit erhalten. Diese besondere Begünstigung wäre auch in hohem Maße ungerecht, wenn sie nur der Hauptstadt erteilt würde. Es gibt leider viele Gemeinden, die nicht infolge eines eigenen Beschlusses, sondern durch die Verhältnisse gezwungen, Investitionen durch die Aufnahme einer mit Wechseln bedeckten Anleihe bestreiten müssen. Es wäre ungerecht, wenn eine arme Gemeinde die Wechselgebühren bezahlen müßte, die reiche Hauptstadt aber nicht. Wenn wir die Gebührenfreiheit der Wechsel in gewissen Beziehungen für die Hauptstadt, dann für die Städte und Gemeinden statuieren würden, so kämen auch andere öffentliche Körperschaften, Vereinigungen, die öffentlichen Zielen dienen, und andere ähnliche Institutionen mit ähnlichen Bitten um die Begünstigung. Es wäre im Endergebnis nur mehr ein Ausnahmefall, wenn jemand Wechselgebühren zahlt. (Zustimmung rechts.)

Aus diesen Gründen müsse die Bitte abgelehnt werden. Auch in Oesterreich gibt es keine ähnliche Verfügung. Die Anleihen der Stadt Wien genießen keine Steuer- und Gebührenfreiheit, und auch wir können nicht weiter gehen, als man in Oesterreich und in einzelnen deutschen Städten gegangen ist. Redner bittet das Haus, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Die Vorlage wird hierauf im allgemeinen angenommen.

Folgt die Spezialdebatte.

Titel und §§ 1 und 4 werden ohne Debatte, §§ 2 und 3 in der Fassung des Finanzausschusses und mit je einer Modifikation, beziehungsweise Einschaltung des Berichterstatters angenommen.

Hiemit ist die Vorlage im allgemeinen und in den Details verabschiedet.

Folgt die Gesetzvorlage des Ackerbauministers über die Modifikation des G.-A. XXXIX:1904 über die Beendigung der Wasserregulierungsarbeiten und die finanzielle Sanierung der Raabregulierungs-Gesellschaft, die

Berichterstatter Johann Pirkner

zur Annahme empfiehlt. Nach Bemerkungen des Abgeordneten Iwan Reöl,

der verschiedene staatliche Begünstigungen für die Raabregulierungs-Gesellschaft verlangt, wird die Vorlage im allgemeinen und in den Details ohne Debatte angenommen.

Die Gesetzentwürfe und Ministerialberichte über die Lokalbahnen der Naßódgegend, Zabok—Stubica und Somorja—Ußor werden von dem Berichterstatter

Abgeordneter Alexander Söpkéz

zur Annahme empfohlen und im allgemeinen und in den Details ohne Debatte angenommen, respektive zur Kenntnis genommen.

Desgleichen wird der Bericht des Handelsministers über die Abänderung der Bestimmung des Pariser Metermaßübereinkommens nach einem Referat des

Berichterstatters Abgeordneten Elemér Hantos

zur Kenntnis genommen.

Nach Verlesung des Interpellationsbuches stellt der Präsident den Tagesordnungsantrag.

Ueber die Anträge Andrássy-Apponyi wird eine gemeinsame Debatte geführt werden, die Abstimmung erfolgt dann über jeden Antrag einzeln.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Geehrtes Haus! (Hört! Hört!) Ich stimme dem Tagesordnungsantrage des Präsidiums zu und will bloß an alle Mitglieder des Hauses ohne Unterschied der Parteistellung das Ersuchen richten, daß sie in der morgen beginnenden Debatte jene außerordentlich wichtigen, großen, nationalen und staatlichen Interessen nicht aus dem Auge verlieren, die es erfordern, daß sich diese Debatte innerhalb der entsprechenden Rahmen bewege und alle solchen Erscheinungen vermeide, die unsere Feinde als ein Zeichen der Schwäche betrachten könnten oder die hier zu Hause jene kampfbereite Stimmung schwächen könnten, deren wir vor allem bedürfen. (Zustimmung rechts.)

Geehrtes Abgeordnetenhaus! Ich verweise in diesem Belang pflichtgemäß darauf, daß jene Tatsache, daß das Abgeordnetenhaus sich mit Fragen der auswärtigen Politik und mit militärischen Fragen beschäftigt hat, in der gesamten feindlichen Presse auch bisher in der perfidesten Weise ausgenützt wurde und daß selbst Erklärungen solcher Herren Abgeordneten, deren Intention und Erklärungen dafür keine objektive Grundlage geben konnten, in der perfidesten Art für die Zwecke dieser Presse ausgenützt wurden. (So ist's, rechts.)

Geehrtes Haus! Da von seiten der geehrten Führer der Opposition dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß das Haus Gelegenheit zur Beschäftigung mit Fragen der auswärtigen Politik finde, wollte ich mich diesem Wunsche nicht verschließen, obgleich ich der großen Verantwortlichkeit, die ich diesbezüglich übernommen habe, bewußt bin. Indem ich einerseits dieses mein Ersuchen dem geehrten Hause pflichtgemäß unterbreitet habe, möchte ich andererseits der Aufmerksamkeit empfehlen, daß, wenn die geehrte Opposition es als notwendig erachtet, solche Fragen zu verhandeln, deren Erörterung in öffentlicher Sitzung die von mir angedeuteten nationalen Interessen berühren könnte, das Haus gewiß bereitwillig der Verhandlung dieser Fragen in geschlossener Sitzung zustimmen werde. (Lebhafte Zustimmung.) Ich wollte das mehr zur Orientierung und als eine achtungsvolle Bitte vortragen. Ich nehme den Antrag des Präsidenten an. (Lebhafte Zustimmung.)

Abgeordneter Graf Aladár Zichy

will statt seinen berufeneren Abgeordnetenkollegen das Wort ergreifen. Der Ministerpräsident wurde zu seinen Ausführungen gewiß durch seine wirklich verantwortungsvolle Stellung und nicht durch den Gedanken bewogen, daß gerade jene Herren, die die Anträge zu unterbreiten gedenken, und zu deren Unterstützung alle oppositionellen Abgeordneten heraneilen, hier etwas sagen könnten, was die Bedenken des Ministerpräsidenten rechtfertigt. Redner glaubt, richtig zu handeln, wenn er die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Mehrheit gern zu geschlossenen Sitzungen Gelegenheit gebe, dankend zur Kenntnis nimmt. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Tagesordnungsantrag des Präsidenten wird angenommen.

Die Sitzung wird nach Authentizierung des Protokolls um 7 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Lesung der heute erledigten Gesetzentwürfe, Debatte über die Anträge der Grafen Andrássy und Apponyi. Um 7 Uhr abends Interpellationen.

Pester Lloyd 14./IX. 1916

II

94

Kriegstagung des Reichstages.

inhaltlich von einander zu trennen sind, nämlich zwischen dem Gegenstande der konkreten Anträge, der damit verbundenen Rechtsfrage einerseits und den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten über die auswärtige Politik andererseits.

Was nun das erstere betrifft, so habe ich zunächst ein Mißverständnis des Herrn Abgeordneten zu berichtigen. Zu meiner großen Verwunderung hat er all das, was ich am 6. September in bezug auf den G.-A. XII:1867 sagte, derart verstanden, als ob ich die im engeren Sinne verstandenen gemeinsamen Angelegenheiten von den wirtschaftlichen Fragen, die gemeinsam erledigt werden können, unterschieden hätte und als ob ich die Bestimmungen des § 27 lediglich auf den ersteren Kreis bezogen hätte. (Zustimmung rechts.) In Wahrheit jedoch richtete sich meine Unterscheidung nicht darauf; sie konnte das auch gar nicht, sondern ich habe im Einklang mit dem Wortlaut des Gesetzes und auch mit der Auffassung, die hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten vorherrschend war, und, wie ich glaube, es auch heute noch ist, die Unterscheidung aufgestellt, daß der auf die österreichische Verfassungsmäßigkeit bezügliche Teil des § 25 sich nicht auf die gemeinsamen Angelegenheiten selbst, sondern auf den Behandlungsmodus der gemeinsamen Angelegenheiten bezieht und die Verfassungsmäßigkeit als eine Bedingung des durch den G.-A. XII:1867 vorgeschriebenen Behandlungsmodus feststellt. Dies habe ich ganz klar gesagt, wie ich ja diesen Teil meiner Ausführungen mit den Worten abschloß: „Ich wiederhole also, nach meiner Ansicht bezieht sich diese Beschränkung lediglich auf den Behandlungsmodus." Nun stimme ich, geehrtes Haus, darin mit dem Herrn Abgeordneten durchaus überein, und mit dem größten Nachdruck möchte ich nach dem abschließenden Teil der Rede des Herrn Abgeordneten betonen, daß es in Ungarn keinen ernsthaften Faktor geben kann, der nicht wünschte, daß die österreichische Verfassungsmäßigkeit sich möglichst blühend entwickle (Zustimmung rechts) und möglichst lebenskräftig sich betätige. Auf das entschiedenste muß ich mich verwahren nicht etwa gegen eine Imputation des geehrten Herrn Abgeordneten, er hat ja eine solche gar nicht gestellt, wohl aber gegen eine Auslegung, die andere seinen heutigen Ausführungen geben könnten, als ob irgendein Faktor des ungarischen öffentlichen Lebens das Streben haben würde, Oesterreich um die Segnungen des verfassungsmäßigen Lebens zu bringen.

Abgeordneter Johann Molnár: Warum also wird der Reichsrat nicht einberufen?

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Ich bitte um Entschuldigung: die Zustimmungen, die während der Rede des Herrn Abgeordneten sich von seiten meiner geehrten Freunde und Gesinnungsgenossen hier offenbarten, dürfen nicht derart aufgefaßt und hingestellt werden, als ob sie dem Umstande gelten würden, daß es in Oesterreich dermalen kein verfassungsmäßiges Leben gibt. (So ist's! So ist's! rechts, Lärm und Widerspruch links.) Ich glaube, daß es sich hier einerseits um eine Frage handelt, in der es zwischen uns Ungarn keinen Meinungsunterschied geben kann, und andererseits um eine Frage, in der die Verdunkelung dieser erfreulichen Tatsache den Interessen der ungarischen Nation einen sehr empfindlichen Schaden zufügen könnte. (So ist's! rechts.) Ich glaube daher, den Intentionen, die uns allen gemein sind, und dem öffentlichen Interesse zu dienen, indem ich gegen jede derartig irrige Einstellung auf das entschiedenste protestiere. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Das Verfassungsleben in Oesterreich.

Ich bitte den geehrten Herrn Abgeordneten, mir zu glauben, daß niemand wärmer als ich den Wunsch hegen kann — vielleicht habe ich ja ein und das andere Mal dieser Sache auch zu dienen getrachtet —, daß der Einklang der Seelen, das Gefühl der Schicksalsgemeinschaft und das Bewußtsein der Interessengemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn so kraftvoll wie nur möglich zum Ausdruck gelange, und niemand kann es aufrichtiger als ich bedauern, wenn in dieser Hinsicht störende Momente auftauchen. (Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi (dazwischenrufend): Das störendste Moment ist der Stürgkh! (Zustimmung links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Keineswegs behaupte ich — es ist meines Erachtens eine sehr starke Uebertreibung darin und ich bedauere, daß der geehrte Herr Abgeordnete einer solchen Anschauung hier Ausdruck gegeben hat —, ich bin absolut nicht der Meinung, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn heute schlechter wären als jemals seit sehr langer Zeit.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (dazwischenrufend): Die Stimmung!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Jawohl, die Stimmung, auch ich habe ja dies gemeint. Nun denn, ich protestiere dagegen sehr entschieden, denn es ist eine überaus starke Uebertreibung darin. (Zwischenrufe links. Hört, hört! rechts.) Bereitwillig gebe ich zu, daß es gewisse Momente gibt, die die Stimmung verderben. Und wie ich bloß nebenbei bemerken will, das wichtigste unter diesen Momenten scheint entschieden die Frage der Volksernährung zu sein, in der sich aus der bedauerlichen Tatsache, daß wir in Ungarn so schlechte Ernten hatten, wie schon seit langer Zeit nicht, die Notwendigkeit ergab, daß wir verhältnismäßig wenig für die Ernährung der Bevölkerung Oesterreichs tun konnten, um vieles weniger, als zu tun uns lieb gewesen wäre. Dies nun wird drüben irrig aufgefaßt, und es kann dies in Oesterreich die Stimmung ungünstig beeinflussen. Allein in dieser Frage, ebenso wie in jeder anderen müßte jeder Ungar mit dem größten Nachdruck dahinwirken, daß diese störenden Wirkungen, diese Mißverständnisse aus der österreichischen öffentlichen Meinung ausgerottet werden. (Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Ein Irrglaube, geeignet zur Auslösung einer solchen störenden Wirkung, eines solchen Mißverständnisses, wäre es, anzunehmen, daß, sei es die ungarische Regierung, sei es das ungarische Parlament, sei es irgendein anderer ungarischer Faktor, irgendeinen Teil daran habe, daß Oesterreichs Verfassungsleben in die gegenwärtige unerquickliche Sackgasse geraten ist. (So ist's, rechts.) Dagegen müssen wir entschieden Einsprache einlegen. Aber andererseits müssen wir uns auch entschieden hüten, in irgendeiner Richtung — in einer augenblicklich gefälligen Richtung ebenso, denn auch dies könnte sich noch sehr rächen, wie in einer anderen — uns in die inneren Angelegenheiten des österreichischen Staates einzumengen. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.) Wir könnten dadurch im gegebenen Augenblick vielleicht Sympathien für uns in einzelnen österreichischen Kreisen erwecken, doch würden diese Sympathien bloß von ephemerer Natur sein. Wohl aber wäre von solcher Einmengung bloß eine dahingehende weitere Entwicklung der Dinge zu erwarten, daß wechselseitig von hüben nach drüben und von drüben nach hüben dreingesprochen würde und Einmengungsversuche entstünden, denen gegenüber das principiis obsta gilt und angesichts deren kein einziger Schritt weiter auf dieser schiefen Ebene geschehen dürfte, wenn wir schädliche und gefährliche Folgen zu vermeiden wünschen. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

Ich kann mithin mich nicht in eine Erörterung der Fragen einlassen, die der geehrte Herr Abgeordnete hinsichtlich der inneren Angelegenheiten Oesterreichs berührt hat. Auf zwei Dinge will ich mich einfach beschränken. Das eine ist: Pflichtgemäß wünsche ich festzustellen, daß, wenn auch infolge der Tatsache, daß das österreichische Parlament nicht funktioniert, der Herr österreichische Ministerpräsident seltener Gelegenheit hat, sich vor der Oeffentlichkeit zu betätigen, daraus bei weitem nicht folgt, als ob er auf dem ganzen Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten seinen paritätischen Einfluß nicht zur Geltung brächte. Das zweite, worüber ich mich äußern will, betrifft die Ausführungen des Herrn Abgeordneten über die österreichische Gesetzauslegung.

Eben weil es sich um die Auslegung eines österreichischen Gesetzes handelt, will ich eine Stellungnahme in bezug auf das Meritum unterlassen. Immerhin möchte ich die Aufmerksamkeit des geehrten Hauses auf die Tatsache lenken, daß die bisherige österreichische Praxis ausdrücklich auf der Auffassung beruhte, daß, wenn die Wahl jener Delegation, die in dem betreffenden Jahre zu wählen wäre, noch nicht stattgefunden hat, die im vorhergehenden Jahre gewählte Delegation funktionieren darf. Dies ist aber bisher allerdings stets lediglich auf die im vorhergehenden Jahre gewählte Delegation bezogen worden. (Heiterkeit und Zwischenrufe links. Hört! Hört! rechts.) Die geehrten Herren Abgeordneten stören mich abermals, sicherlich ohne Absicht, in meinem Gedankengange. (Widerspruch links.) Wollen Sie bloß versuchen, einmal von dieser Seite zu sprechen. Die Herren Abgeordneten haben es leicht; wenn sie sprechen, werden sie in der Regel in absoluter Stille angehört. Eine völlig sachliche, umfangreiche Begründung, die von denjenigen, die ihr vielleicht ihre geschätzte Aufmerksamkeit widmen wollen, mit Aufmerksamkeit verfolgt werden könnte, läßt sich doch bloß entwickeln, wenn die Herren Abgeordneten den Sprecher mit ihrer vollen Geduld beschenken. Ich meine also: Dies war die österreichische Praxis, und diese beruhte auf der Auslegung, daß das Gesetz obligatorisch ausspricht, daß die Delegation alljährlich zu wählen sei; darunter ist gemeint die in jedem Kalenderjahr zu wählende Delegation. Wenn jedoch in irgendeinem Kalenderjahr die betreffende Delegation noch nicht gewählt ist, so funktioniert die im vorherigen Jahre gewählte. Ich nehme zu dieser Auslegung keine Stellung, weder für sie, noch gegen sie. Ich behaupte weder, daß sie richtig, noch daß sie unrichtig ist. Ich ziehe keines einzigen österreichischen Faktors Berechtigung in Zweifel, dem Gesetze eine andere Auslegung zu geben; das ist durchaus ihre innere Angelegenheit. Nur hinweisen wollte ich darauf, daß die von dem Herrn Abgeordneten angeführten Präzedenzfälle und die von ihm verlesenen Erklärungen, da bisher die ganze österreichische Rechtsauffassung sich innerhalb dieser Schranken bewegte, sich mit dem gegenwärtigen Falle nicht decken. Dies ist das entscheidende Moment dafür, daß meine Auffassung bezüglich des vorliegenden Antrages sich von derjenigen des Herrn Abgeordneten unterscheidet.

Der Herr Abgeordnete sagt, es sei eine Pflicht Oesterreichs Ungarn gegenüber, die Delegation zu wählen, Ungarn wäre daher berechtigt, Oesterreich zur Erfüllung dieser Pflicht zu zwingen. Ich fürchte sehr, daß der geehrte Herr Abgeordnete mit dieser These sich auf ein sehr gefährliches Gebiet begeben hat, denn er setzt sich ja dadurch eigentlich in Widerspruch mit der ungarischen staatsrechtlichen Auffassung, mit dem Kardinalsatz, daß im Jahre 1867 nicht Verpflichtungen zwischen dem ungarischen Staate und dem österreichischen Staate zusammengekommen sind (So ist's! So ist's! rechts), nicht eine gemeinsame Vereinbarung oder ein vertragsmäßiges Uebereinkommen zwischen den beiden Staaten zustandegekommen ist, sondern jeder in seinem Wirkungskreise die auf die gemeinsamen Angelegenheiten bezüglichen Dinge geregelt hat. (So ist's! rechts.) Diese Regelung ist durch die ungarische und durch die österreichische Gesetzgebung erfolgt. Es wurde ein ungarisches und es wurde ein österreichisches Gesetz erbracht. Das ungarische Gesetz betrachten wir als für uns verpflichtend. Die Oesterreicher betrachten ihr eigenes Gesetz als für sich verpflichtend. Aber keiner der beiden Staaten hat dem anderen durch das Gesetz vom Jahre 1867 den Rechtstitel zur Einmischung gegeben. (Lebhafte Zustimmung rechts, Bewegung links.)

Der Herr Abgeordnete möge sich erinnern, wie häufig wir, sowohl auf dem Gebiete der Theorie und der Doktrinen, wie in den Fragen der praktischen Politik drüben es mit der irrigen Auffassung und mit dem irrigen Streben zu tun hatten, daß man bei Konstruierung irgendeines gemeinsamen Ausgleichsdokuments aus diesen Verpflichtungen ein Einmischungsrecht für sich ableiten wollte.

Aufrichtig wünsche ich, daß Oesterreich in die Lage komme, sich seine Delegation zu wählen. In dieser Hinsicht heischen jedoch solche Fragen Erwägung, die in den Kompetenzkreis der zuständigen österreichischen Faktoren gehören. Darum würde ich es als einen Fehler, als einen gefährlichen Präzedenzfall und als eine Ermutigung solcher österreichischen Bestrebungen betrachten, denen gegenüber wir in der Vergangenheit, ohne Unterschied der Parteien, einmütig Stellung genommen haben (So ist's! rechts), wenn wir uns jetzt in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einmischen wollten. Infolgedessen bin ich zu meinem Leidwesen nicht in der Lage, dem Antrage des geehrten Herrn Abgeordneten beipflichten zu können.

Die Fragen der auswärtigen Politik.

Und nun möchte ich, mit Erlaubnis des geehrten Hauses, auf die andere Gruppe der Fragen, auf die Fragen der auswärtigen Politik übergehen. (Hört! Hört!) Offen gestehe ich, daß ich das nicht gern tue, und ich glaube, daß die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit mein Sträuben leider nur zu sehr rechtfertigen. Wir haben ja gesehen, daß auch die klarsten, einwandfreiesten und einfachsten Offenbarungen, sowohl im Inlande, wie insbesondere im feindlichen Auslande zu den unsinnigsten Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß gegeben haben und daß sie mithin mit schädlichen Folgen für die großen Interessen des Landes verbunden sein können.

Ich gestehe denn auch, daß ich es sehr bedauere, daß die geehrten Herren Abgeordneten der Meinung zu sein scheinen, daß sie diesmal eine eingehende auswärtige Debatte zu führen haben. Ich muß freilich diese Anschauung der Herren Abgeordneten respektieren, und da kann ich mich ja auch nicht auf den Standpunkt stellen, daß ich ihrer Kritik gegenüber mich auf ein absolutes Stillschweigen beschränke, denn es versteht sich von selbst, daß wenn es den Herren Abgeordneten gelänge, in der Nation die Besorgnis auszulösen, daß unsere auswärtige Politik eine Reihe gefährlicher Fehlgriffe und Irrtümer sei (Lebhafte Rufe links und äußerstlinks: So ist's! So ist's! Widerspruch rechts), sie dadurch im Lande eine Stimmung erzeugen würden, die der mannhaften und kraftvollen Weiterführung dieses Krieges nicht günstig wäre. (Lebhafte Zustimmung rechts. Lärm und Widerspruch links und äußerstlinks.)

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Burián soll gehen. (Lärm.)

Präsident: Den Herrn Abgeordneten Wilhelm Sümegi ersuche ich, sich der Zwischenrufe zu enthalten.

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Das haben doch nicht unsere Reden getan!

Abgeordneter Gabriel Ugron: In Siebenbürgen haben nicht wir die Stimmung gemacht! (Lärm.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:

Ich habe die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Kritik der Herren Abgeordneten in vielerlei Hinsicht unrichtig, übertrieben und mindestens sehr einseitig ist, und darum ist es wenigstens da, wo ich ohne Nachteil der wichtigen aktuellen Interessen über die Mittel der Verteidigung verfüge, meine Pflicht, den geehrten Herren Abgeordneten gegenüber den Faden des Ideenaustausches aufzunehmen. (Hört! Hört!) Bei dem größten Teile der Fragen freilich bin ich sehr stark im Nachteile. Naturgemäß habe ich über zahlreiche solche Momente zu schweigen, in denen ich, wenn ich sprechen dürfte, meiner Ansicht nach aufklärend wirken und Beruhigung schaffen könnte. Immerhin bin ich der Lage, mich über eine Frage, die heute bereits sozusagen der Geschichte angehört, wenigstens hinsichtlich der wesentlichen Momente ohne Schaden des Staatsinteresses äußern zu können. Ich bitte, mir also zu gestatten, bei dieser Frage meinen Standpunkt bezüglich der an ihr geübten Kritik des geehrten Herrn Abgeordneten eingehender zu rechtfertigen. Es ist dies die Frage der diplomatischen Verhandlungen mit Italien.

Die Verhandlungen mit Italien.

Graf Julius Andrássy hat uns vorgeworfen, wir hätten uns bis in den Staub gedemütigt, ohne daß es uns gelungen wäre, den Frieden mit Italien aufrechtzuerhalten, und er machte dazu die Bemerkung, daß dies zum großen Teile eine Folge der von uns befolgten Politik sei. Dann war er bemüht, zu beweisen, daß es mindestens fraglich sei, ob der Krieg mit Italien in der Tat unvermeidbar war, und er behauptete, daran, daß wir den Krieg nicht zu vermeiden vermochten, wäre der Einfluß des gegenwärtigen Herrn Ministers des Aeußern zu sehr großem Teile schuld gewesen. Zur Erhärtung dieser Behauptung hat der Herr Abgeordnete auch geltend gemacht, daß ja sogar die Organe unserer auswärtigen Vertretung vor Ausbruch des Krieges nicht von der Unvermeidbarkeit des Krieges überzeugt gewesen sind. Aber der Herr Abgeordnete beweist ja damit nichts, zumal da auch ich gesagt habe, daß in der nachträglichen Beleuchtung der eingetretenen Ereignisse heute niemand mehr darüber im Zweifel sein kann, daß der Krieg nicht vermieden werden konnte. Auch ich habe nicht behauptet, wie ich es ja garnicht behaupten konnte, daß wir im Verlaufe dieser Verhandlungen die Vermeidung des Krieges als eine Unmöglichkeit betrachtet hätten.

Der Herr Abgeordnete hat dann Zitate aus den Depeschen des Barons Sonnino verlesen. So betont er, daß Baron Sonnino nach der ersten Besprechung mit Baron Burián, am 26. Januar, folgendes geschrieben habe: (Liest): „Ich war sehr bemüht, die Gemüter zu beruhigen, doch überzeuge ich mich davon, daß während ich dadurch nach innen eine täglich wachsende politische Verantwortung übernehme, meine Bemühung nach außen ein praktisches Ergebnis nicht erreichen wird" trotz des von deutscher Seite wahrnehmbaren guten Willens. Nun hat sich der geehrte Herr Abgeordnete über den Inhalt dieser — ich hatte keine Zeit nachzusehen, aber aller Wahrscheinlichkeit nach — an den italienischen Botschafter in Berlin gerichteten Depesche wie folgt geäußert (liest): „Hier ist also der erste Eindruck der dilatorischen Konversation des Herrn Ministers des Aeußern. Schon da machte er den Eindruck, daß wir ihn — nämlich Sonnino — hineinlegen wollten."

Auf diesen Teil der Frage werde ich gelegentlich noch zurückkommen. Schon hier will ich jedoch in aller Kürze andeuten, daß bei einem Vergleich der ersten Unterredung des Barons Burián mit dem italienischen Botschafter in Wien, von der hier die Rede ist, mit Eröffnungen, die in dieser Frage früher gemacht worden waren, sicherlich niemand aus jener Unterredung Folgerungen ableiten kann, die er nicht schon vorhergehend abgeleitet hatte, und es in der Depesche des Barons Sonnino keine Spur davon gibt, noch geben kann, als ob dieser sein Mißtrauen aus der ersten Unterredung mit Baron Burián und nicht aus der bis dahin befolgten Haltung der Monarchie geschöpft hätte.

Dann fährt der Herr Abgeordnete in den Zitaten fort. In einem der letzteren — und das ist sehr bezeichnend für die Aeußerungen Sonninos — findet sich auch das Detail, daß der letztere am 12. Februar sich darüber beschwert, daß immer neue und neue militärische Expeditionen auf dem Balkan stattfinden. Ich glaube, dies kennzeichnet zur Genüge die Gründlichkeit dieser Art von Sonninoschen Beschwerden. Was für neue Expeditionen auf dem Balkan seit dem Regierungsantritt des Barons Burián stattgefunden haben, darüber könnte ja meines Erachtens niemand Aufschlüsse erteilen... Graf Andrássy setzt seine Zitate bis zum 13. März fort, dann springt er auf den 25. April über — was alles zwischen dem 13. März und dem 25. April geschehen ist, werde ich in kurzer Zusammenfassung anzudeuten die Ehre haben —, um dann abermals als einen Beweis unseres verfehlten Vorgehens zu erwähnen, daß der Botschafter Herzog von Avarna am 25. April sich wie folgt geäußert hat (liest): „Bis zum heutigen Tage beharrte der Minister des Aeußern bei den

Pester Lloyd 14./IX. 1916

III

95

Kriegstagung des Reichstages.

tritt die Kandidatur eines Staatsmannes, von dem wir annehmen durften, daß er ein für Italien so glänzendes Angebot nicht zurückweisen würde und für den die Mehrheit der italienischen Kammer demonstrativ Stellung genommen hat. Sie erinnern sich ja wohl noch der demonstrativen Abgabe von Visitkarten. Und nun, geehrtes Haus, beim Eintritt der italienischen Ministerkrise unternahmen wir einen weiteren Schritt: ein Vertragsentwurf war angefertigt worden und unser Botschafter in Rom wurde ermächtigt, diesen Entwurf der zu ernennenden italienischen Regierung zu überreichen. Dieser Vertragsentwurf geht in nicht unbedeutenden Einzelheiten wieder noch um einiges weiter als unsere bisherigen Anerbietungen. Unser Botschafter übergibt den Entwurf dem nach Ablauf der Ministerkrise, am 17. Mai, wiedererannten Minister des Aeußern des Kabinetts Salandra, dem Baron Sonnino, der darauf keine Antwort gibt. In der hierauf bezüglichen Depesche kommt auch jener gewisse Ausdruck „Monolog" vor. Am 23. Mai, dem Tage der Kriegserklärung, sagt Baron Sonnino bloß, daß dieses Anbot zu spät gekommen sei.

Dies, geehrtes Haus, ist die trockene Darstellung der Tatsachen. Und nun frage ich: decken sich diese Tatsachen mit der Beschuldigung des Herrn Abgeordneten, daß wir unter dem Eindrucke des Schreckens unsere Anerbietungen immer dann gesteigert haben, wenn wir militärisch schlecht standen, und daß wir niemals im günstigen Augenblick Nachgiebigkeit bekundet haben? Steht die Sache nicht vielmehr so, daß wir ohne Rücksicht auf die militärische Lage die Verhandlungen geführt haben von dem Zeitpunkte angefangen, in dem sie in Gang gesetzt worden waren, eigentlich seit dem 28. März — damals lud uns Baron Sonnino ein, Propositionen zu stellen —, in dem Rahmen und in dem Tempo, wie es durch die Natur der Verhandlungen geboten war? (Zustimmung rechts.) Und wenn wir unsere Angebote gesteigert, wenn wir uns bemüht haben, mit einer gewissen Intensität durch neue Zugeständnisse das Ziel zu erreichen, so geschah dies nach dem Sieg bei Gorlice in einem Augenblick, da wir die Hoffnung hatten, daß in Italien sich aus den Anhängern der friedlichen Lösung eine Regierung werde bilden lassen. Ich glaube, geehrtes Haus, der Herr Minister des Aeußern verdient die Beschuldigung, mit seinen Anerbietungen immer zur Unzeit gekommen zu sein, ebenso wenig, wie der objektive Beobachter schwerlich mit der Beschuldigung des Herrn Abgeordneten einverstanden sein wird, der rechtschaffene, wackere Sonnino würde uns ja gern Vertrauen entgegengebracht haben, doch hätte er unserem rissigen Minister des Aeußern kein Vertrauen schenken können. (Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (dazwischenrufend): Ich habe niemals gesagt, daß Sonnino sich mit uns verständigen wollte! Im Gegenteil. Ich weiß, daß Sonnino schon seit sehr langer Zeit den Krieg haben wollte. Das habe ich in meiner Rede auch ausdrücklich gesagt!

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Wenn der Herr Abgeordnete all das weiß, dann läßt sich dies schwer mit dem Tenor seiner ganzen Rede und mit den gegen den Herrn Minister des Aeußern Baron Burián zugespitzten Beschuldigungen vereinbaren. Der Herr Abgeordnete hat ja ausdrücklich davon gesprochen, wie die Haltung des Grafen Berchtold eine ganz andere gewesen war und wie schon die erste Unterredung des Barons Burián in dem Baron Sonnino den Eindruck ausgelöst habe, daß er ihn hineinlegen wollte. Dem Herrn Abgeordneten gegenüber brauche ich das vielleicht nicht zu betonen, wohl aber jenen gegenüber, bei denen die Reden des Herrn Abgeordneten, wie ja auch bei mir, vielleicht den gleichen irrigen Eindruck gemacht haben, als ob er gegen den Baron Burián eine Anklage und eine Kritik habe üben wollen.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (dazwischenrufend): Freilich wollte ich das! (Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Geehrtes Haus! Ich glaube, wenn der italienische Minister des Aeußern unserem Minister des Aeußern kein Vertrauen entgegengebracht hat, so hat daran nicht unser Minister des Aeußern die Schuld gehabt. Wie der Herr Abgeordnete in seinem Zwischenruf soeben ganz richtig bemerkt hat, war Baron Sonnino in der Tat zum Kriege entschlossen gewesen. Jawohl, Baron Sonnino hat die ganze Verhandlungsaktion derart geführt, daß sie zum Kriege führen mußte. Und er hat sie geführt aus der meines Erachtens sehr begreiflichen Mentalität heraus, die schon vor Jahrhunderten gelehrt hat, daß man den Freund, den man betrog, den Kameraden, den man bestohlen, auch noch niederzustechen habe, da man nur auf diese Art der Beute sicher sein kann. (Zustimmung rechts.)

Und wenn der geehrte Herr Abgeordnete ferner sagt, auch er sei der Ansicht, man hätte eine Regierungskrise provozieren sollen, da eine Verständigung mit Sonnino unmöglich war, so habe ich ja den Nachweis geführt, daß, so wie die Situation in dieser Hinsicht sich herausgestaltet hatte, wir eben auch in dieser Richtung wirklich alles getan haben, was mit menschlichen Mitteln überhaupt getan werden konnte. (Zustimmung rechts.)

Nun bitte ich das geehrte Haus um Nachsicht dafür, daß ich in der italienischen Frage seine Geduld so lange Zeit in Anspruch genommen habe. Ich erachtete dies als notwendig, weil ich auf die Sachlichkeit der Kritik des Herrn Abgeordneten hinweisen mußte. Ich richte nunmehr die Bitte nicht allein an das geehrte Haus, sondern im allgemeinen an die öffentliche Meinung des Landes, das Urteil auch über jenen Teil der Kritik des Herrn Abgeordneten in Schwebe halten zu wollen, der sich auf Fragen bezieht, über die ich mich heute nicht äußern kann.

Unter diese Fragen gehört auch die Frage des rumänischen Angriffes. Ich beabsichtige darüber heute nicht mehr zu sagen, als was ich bisher gesagt; es ist ja eben eine sehr gefährliche Sache, halbe Dinge zu sagen. Denn entweder steigert man dadurch den irrigen Eindruck, oder man ist bemüßigt, weiter zu gehen, als man im Interesse des Landes derzeit gehen darf. Nur das eine möchte ich dem geehrten Hause noch versichern, daß die von seiten Rumäniens drohende Gefahr der Aufmerksamkeit der Regierung nicht entgangen war, daß die Regierung diese Komplikation während des ganzen Verlaufes des Weltkrieges nie aus dem Auge verloren und daß sie sich mit ihr wiederholt, vielleicht in dem einen oder anderen Augenblick auch nicht ohne allen Erfolg, befaßt hat. (Lärm.) Und wenn man fragt, warum wir also Siebenbürgen ungeschützt ließen, so ist die Antwort darauf nicht so einfach, wie die Herren Abgeordneten wohl annehmen. (Lärm links und auf der äußersten Linken.) Das ist eine jener Fragen, die einem Manne, der an der Verantwortung Teil hat, viele schlaflose Nächte gekostet hat. Das aber möchte ich dem geehrten Herrn Abgeordneten noch sagen, daß wenn wir im April 1915, als Rumänien gleichfalls ziemlich besorgniserregende militärische Anstalten traf, in Siebenbürgen Schutzmaßregeln von entsprechendem Umfange getroffen hätten, der siegreiche Feldzug von 1915 nicht errungen hätte werden können, der damals nicht bloß die rumänische Gefahr abgewendet, sondern daneben auch noch unschätzbare Früchte gezeitigt hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es ist dies eine überaus schwierige Frage. Infolge der schon früher angedeuteten Umstände waren wir hinsichtlich des Augenblicks des Angriffes irregeführt, und leider hat dies für die Grenzbevölkerung Siebenbürgens sehr schwere Folgen nach sich gezogen. Nichts ist mir ferner, als diese Folgen verkleinern zu wollen. Ich bitte mir zu glauben, daß es niemand in diesem Hause gibt, der mit tiefer fühlendem Herzen all die Leiden mitempfinden würde, die über diese Bevölkerung hereingebrochen sind. (Lärm links und auf der äußersten Linken. Hört! Hört! rechts.) Aber ich glaube und hoffe, daß diese Leiden nicht den Umfang annehmen werden, wie wir es im ersten Augenblick denken mochten. (Lärm links.) Sie werden nicht den Umfang nehmen, erstens, weil sie sich auf ein geringeres Gebiet beschränken werden, als es im ersten Augenblicke den Anschein hatte, zweitens weil ich das Vertrauen habe, daß mit Gottes Hilfe die Retorsion und die Wiedereroberung der Heimstätten der abgezogenen Bevölkerung bald eintreten wird. (Lärm links und auf der äußersten Linken.)

Die auswärtige Vertretung hat ihre Pflicht getreulich erfüllt, auch dann, als sie uns auf die Gefahr aufmerksam machte. Trifft jemanden die Verantwortung, so kann sie nur die Regierung treffen. (Rufe links: Jawohl, nur die Regierung!) Die auswärtige Vertretung hat ihre Pflicht getreulich erfüllt — ich bin verpflichtet, das zu verkünden — auch in der Richtung, daß sie uns auch über den Bereitschaftsgrad der rumänischen Armee genau unterrichtet hat. Wir wußten — und, wie die Folgen zeigten, waren wir richtig informiert —, daß die rumänische Armee nicht fertig war. Darauf haben wir ja die Annahme gestützt, daß sie uns nicht in einem solchen Augenblick angreifen wird. Wir haben angenommen, Rumänien werde seine eigenen Interessen besser wahrnehmen. In diesem Glauben haben wir geirrt, und dieser Irrtum hat schädliche, traurige Folgen für uns gezeitigt. (Lärm links und auf der äußersten Linken.) Aber ich weiß nicht, ob die Folgen, die Rumänien deshalb treffen werden, weil es diesen Angriff in diesem Zeitpunkte und auf diesem Wege ins Werk gesetzt hat, ob diese Folgen für Rumänien nicht noch viel schwieriger sich gestalten werden. (Rufe links: Das ist den Siebenbürgern kein Trost!) Ich gehe in dieser Hinsicht nicht in Einzelheiten ein; ich kann jetzt nicht beweisen, wo und worin die Regierung ihre Pflicht getan hat; seinerzeit werden wir darauf antworten. Jetzt verweise ich bloß darauf, daß die Regierung jedenfalls das geleistet hat, was zur Verringerung der rumänischen Gefahr das wichtigste war: sie hat das Bündnis mit Bulgarien zustande gebracht. Wenn Graf Julius Andrássy sagt, das Verdienst hiefür komme in erster Reihe dem König Ferdinand und dem Ministerpräsidenten Radoslawow zu (lebhafte Eljenrufe), so schließe ich mich dieser Anerkennung in der wärmsten Weise an. Ich würde ja eine unendlich klägliche Rolle spielen, wenn ich unserem Bundesgenossen gegenüber eine Diskussion darüber entfesseln wollte, in welchem Maße das Verdienst für unsere gemeinsame Aktion uns zukommt. Es ist unser gemeinsames, solidarisches Verdienst, und es gereicht uns zur Freude, dieses Ergebnis vereint erreicht zu haben. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Und ich glaube, der vertrauensvolle, warme, echt freundschaftliche und bundesgenössische Ton, der auch aus dem heute veröffentlichten, an mich gerichteten Telegramm des Herrn Ministerpräsidenten Radoslawow herausklingt, weist darauf hin, daß die Beschuldigung des Herrn Abgeordneten ungerecht ist, daß wir unfähig waren, der Monarchie Freunde zu gewinnen. Jawohl, wir haben Freunde gewonnen, treue, harte, starke Freunde! (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Daß wir infolge von Umständen, die sicherlich in alte Zeiten zurückgreifen, das Bündnis Rumäniens verloren haben, bedauere ich. Ich bedauere, daß in Rumänien die gesunde politische Tradition, die den geschichtlichen Beruf des Landes in dem Anschluß an die den russischen Weltmachtsbestrebungen im Wege stehende Mächtegruppe erblickte, derzeit in Vergessenheit geraten ist, und daß Rumänien durch Augenblicksströmungen auf Kosten der eigenen Lebensbedingungen in den Kampf gegen uns geführt worden ist; aber ich denke, die Entschädigung, die uns die Gewinnung Bulgariens bietet, wiegt unter allen Umständen den Verlust Rumäniens reichlich auf. (Anhaltende lebhafte Zustimmung und Applaus rechts.)

Graf Albert Apponyi:

Geehrtes Haus! Auf die soeben verklungene Rede des Ministerpräsidenten werde ich später zurückkommen. Ich will mich jetzt nur im Wesen auf die Begründung meines Antrages, namentlich auf dessen politische Begründung beschränken. Jedenfalls würde ich es nicht als richtig und zweckgemäß erachten, vom Gesichtspunkte der großen Interessen, die uns zu dieser Debatte veranlassen, wenn diese Debatte rein politischer Natur auf ein staatsrechtliches Nebengeleise gelenkt würde. Mein Antrag bringt nicht den staatsrechtlichen Standpunkt der Unabhängigkeitspartei zur Geltung. (Zustimmung links.) Wir wollen den jetzigen Augenblick nicht dazu benützen, das Parlament zum Schauplatz einer Debatte über 1867 und 1848 zu machen. Diesen Prozeß können wir jetzt inmitten des Weltkrieges vor diesem Forum nicht abwickeln. Mein Antrag paßt sich den gegenwärtig zu Recht bestehenden staatsrechtlichen Verhältnissen an und enthält eine unentbehrliche Ergänzung dieser Verhältnisse. Indessen werde ich auch für den Antrag des Grafen Julius Andrássy stimmen, dessen Annahme nur bedeute, die ungarischen politischen Faktoren mögen alles ins Werk setzen, damit auch in Oesterreich die Zustände geschaffen werden, die die Tagung einer österreichischen Delegation ermöglichen. Ich akzeptiere den Standpunkt des Grafen Julius Andrássy, daß es gewissermaßen die moralische Pflicht Oesterreichs gegenüber Ungarn ist, dafür zu sorgen, daß die Institutionen, die zur Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten geschaffen worden sind, in der Tat zur Geltung gelangen. Es stehen uns indessen keine Mittel zur Verfügung, die österreichischen Faktoren hiezu zu zwingen. Der Antrag des Grafen Julius Andrássy hat nur den Sinn, unsererseits die zuständigen österreichischen Faktoren zur Einberufung der Delegation zu veranlassen. Dafür, daß dieses unser Vorgehen von Erfolg gekrönt sein würde, besitzen wir keinerlei Garantien. Es würde in diesem Falle demnach der unhaltbare Zustand weiter bestehen, daß der Minister des Aeußern und auch die übrigen gemeinsamen Minister ohne direkte parlamentarische Kontrolle weiter wirken. Infolgedessen muß Ungarn durch eine novellarische Verfügung selbst dafür sorgen, daß die Kontrolle der gemeinsamen Minister vor dem ungarischen Parlament zur Geltung gelange. (Zustimmung links.) Ich will selbstverständlich damit nicht ausschließen, daß die österreichische Gesetzgebung, wenn sie es für gut befindet, ein ähnliches Gesetz bringe. Ich würde dies nur für natürlich halten. Mein Antrag steht demnach nicht im Gegensatz zum Antrag des Grafen Julius Andrássy, sondern ist nur eine logische Ergänzung dieses Antrages, der, selbst wenn er zur Annahme gelangt, nur eine problematische Aussicht dafür bietet, daß die verfassungsmäßige Kontrolle der gemeinsamen Minister verwirklicht werde. Besteht demnach die These, daß es weder vom verfassungsrechtlichen noch vom politischen Gesichtspunkte aus, noch aber vom Gesichtspunkte der moralischen und psychologischen Basis zulässig ist, daß gerade in den kritischesten Augenblicken diejenigen, die die auswärtigen und politischen Angelegenheiten des Landes leiten, ohne jede parlamentarische Kontrolle bleiben, besteht ferner die These, daß die Einberufung der Delegationen nicht allein von uns, sondern auch von einem Faktor abhängt, auf dessen Entscheidung wir keine Zwangswirkung ausüben können, so folgt logisch daraus, daß wir im Schoße der ungarischen Gesetzgebung für diese Kontrolle sorgen müssen. Wir könnten jetzt, wenn wir eine staatsrechtliche Debatte heraufbeschwören wollten, weitgehende Konsequenzen ableiten. Denn wenn die gemeinsamen Institutionen gerade in den kritischesten Augenblicken versagen, entsteht die Frage, wozu eigentlich diese Institutionen dienen. (Zustimmung links.) Ich will mich jetzt nicht auf diesen Standpunkt stellen, den nicht nur die Mehrheit, sondern auch ein Teil der Opposition nicht teilt. Ich gehe von dem staatsrechtlichen Gesichtspunkt aus, den die gegenwärtigen Gesetze feststellen, und weise auf die unerläßlichen Ergänzungen hin, deren diese Gesetze bedürfen, damit die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte Ungarns nicht von den Verhältnissen und Gestaltungen eines anderen Staates abhänge. (Lebhafter Beifall links.) Ich will mich infolgedessen auch in keine Polemik mit dem Grafen Julius Andrássy betreffend die Einzelheiten meines Antrages einlassen. In den Ausschußberatungen würde sich ja die Gelegenheit bieten, einzelne Mängel meines Vorschlages zu beheben. Ich will jetzt nur auch meinerseits die Motive anführen, die uns beide veranlaßt haben, wenn auch auf verschiedenen Wegen, dem gegenwärtig bestehenden unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen, die Motive, die namentlich jetzt dieser Frage Aktualität verleihen und die uns bewogen haben, eine Debatte hervorzurufen, auf deren Gefahren der Herr Ministerpräsident erst vorhin hingewiesen hat. Auch gestern hat der Ministerpräsident bei der Feststellung der Tagesordnung es für notwendig befunden, eine Warnung an uns zu richten. Er erklärte, daß nach seiner Auffassung diese Debatte nicht im Interesse des Landes liege. Selbst wenn wir beweisen würden, daß unsere auswärtige Politik schwere Fehler begangen hat, so würden wir dadurch die öffentliche Stimmung stören, die zum Aushalten während des Krieges notwendig ist. Der Herr Ministerpräsident scheint bei der Beurteilung der Psyche der Nation und vielleicht auch des Auslandes in einem Irrtum befangen zu sein. (Zustimmung links.) Auch ich bin gewillt, die Gemüter zu stählen gegen die harten und alle Erwartungen übertreffenden Heimsuchungen, bis wir den Frieden erringen, der die Garantien unserer nationalen Existenz vermehrt. Heute aber, nach mehr als zweijähriger Dauer des Weltkrieges, nach den wechselvollen Ereignissen der Kriegführung, die die Aufrechterhaltung der Fiktion, als ob hier alles den richtigsten Weg ginge, auch in der frömmsten Seele unmöglich machen, muß die Psyche der Nation ganz anders behandelt werden als bei Kriegsausbruch oder in einem früheren Stadium des Krieges. Heute, wo jeder den Ernst der Lage fühlt, wo jeder die Ereignisse kennt, die bei einer nicht richtigen Einstellung das Gleichgewicht der Seelen stören können, erweisen wir mit der Erhaltung einer glatten Oberfläche der erforderlichen Stimmung der Nation keinen Dienst. Heute würden wir dadurch, daß die Presse zum Schweigen verdammt wird, daß im Parlament jeder schweigt, diesen Zweck nicht erreichen, sondern gerade das Gegenteil. Heute können wir diesen Zweck nur durch die offene und klare Erörterung und Interpretierung der unleugbaren, allgemein bekannten Tatsachen fördern. Wir können diesem Zweck nur dienen, wenn wir der Nation beweisen, daß auch wir es wissen, daß wir uns in einer schweren Lage befinden, daß auch wir es wissen, daß große Fehler begangen worden sind, daß wir aber helfend eingreifen wollen, daß wir die Lage nicht so ansehen, als ob zum Zagen, zur Verzweiflung Ursache vorhanden wäre, daß wir zuversichtlich hoffen, mit Anspannung aller unserer Kräfte eine Entwirrung aus dieser Lage finden zu können. Die Vorbedingungen hiefür aber sind: die begangenen Fehler zu eliminieren und Garantien dafür zu finden, daß ähnliche Fehler nicht mehr begangen werden. (Lebhafter Beifall und Applaus links und äußerstlinks.) Dies ist unser Standpunkt, und ich glaube, diese Nation besitzt genügende Mannhaftigkeit, die Erörterung ihrer vitalsten Angelegenheiten in den schicksalsentscheidenden Stunden zu ertragen. Wenn wir so augenfälligen Tatsachen gegenüberstehen, wenn militärische und politische Ereignisse eingetreten sind, die Zweifel in den Gemütern erwecken könnten, so glaube ich nicht, daß es eine Nation gibt, in der man durch das Verschweigen dieser Tatsachen, durch die Erweckung des Anscheins, als ob alles seinen richtigen Weg ginge, die Ausdauer, den Mut und die Zagen nicht kennende Entschlossenheit erwecken könnte. (Lebhafter Beifall und Applaus links und äußerstlinks.)

Die Lage, mit der wir rechnen müssen, und die Frage der Entwirrung dieser schwierigen Situation hat drei Kardinalpunkte: die der militärischen Leitung, die außenpolitische Führung und die Approvisionierung. Auf dem Gebiete dieser drei Fragen müssen die Empfindungen und die Auffassung sämtlicher Abstufungen der Nation in Einklang gebracht werden. Es muß auf dem Gebiete der Lösung dieser drei großen Probleme irgendwelche sittliche Konzentration geschaffen werden. Eben darum aber darf in solchen Zeiten, da in Fragen, die über unsere Zukunft, unser Dasein entscheiden, ein innerer Einklang geschaffen wird, die Verhandlung von Fragen nicht

Pester Lloyd 14./IX. 1916 IV.

Kriegstagung des Reichstages. 96

werden. Der Plan, der mit Gorlice begonnen wurde, war genial entworfen, er wurde glänzend durchgeführt und fand in einer Reihe von Siegen seine Fortsetzung. Damals lohnte es sich, alles auf eine Karte zu setzen. Es galt, in einem kritischen Moment die ganze Kriegslage umzuändern. Das ist zu unserem Gunsten auch gelungen. Gegen Italien war das nicht nötig. Wenn man die in Serbien freigewordenen Armeen nicht zur italienischen Front bringt und wenn man aus Rußland Truppen und Artillerie nicht entzieht, so bleibt die russische Front ebenso stark wie sie war und man hätte die freigewordenen Armeen zur Verteidigung Siebenbürgens verwenden können. Man hätte den Grenzschutz wenigstens insoweit organisieren können, daß die Einwohnerschaft sicher und in Ordnung hätte flüchten können. Der strategische Mißgriff hat nicht nur die Gefahr bei Luck, nicht nur die russische Gefahr überhaupt, sondern auch die Schutzlosigkeit Siebenbürgens verursacht. Man muß hier klar sehen, jeder muß für seine Taten und für seine Unterlassungen die Verantwortung tragen, nicht nur durch die Uebernahme der Verantwortung, sondern sie muß auch zur Geltung gebracht werden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Was der Herr Minister des Aeußern über die allgemeinen Aufgaben der auswärtigen Politik sagt, ist sehr richtig. Auf die Frage, ob es im Laufe des Krieges einen Augenblick gegeben hat, wo man das Endziel des Krieges, den ehrenvollen Frieden hätte erreichen können, sagt er, daß, wenn für einen ehrenvollen Frieden jemals die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, wir und Deutschland sie bereitwillig benützt hätten. Wir führen einen Verteidigungskampf und kämpfen lediglich um einen ehrenvollen Frieden. Sowie sich eine ermutigende Aussicht hierauf erschließt, werden wir das furchtbare Blutvergießen keinen Augenblick fortsetzen. Ich hätte über dieses Thema nicht einmal so viel gesagt. Heute, wo ein neuer Feind auf dem Gebiete unseres Vaterlandes steht, wo wir alle Kräfte konzentrieren müssen, um diesen Feind niederzuringen, kann es zu Mißverständnissen Gelegenheit geben, wenn der sonst berechtigte natürliche und pflichtgemäße Willen zum Frieden, der in jedem rechtschaffenen Menschen leben muß, hier einseitig zum Ausdruck gebracht wird. Ich kann mich aber den Worten des Ministers des Aeußern, der in verantwortungsvoller Stellung ist, anschließen. Es kann auf die öffentliche Meinung bei uns, bei den Neutralen, aber auch bei unseren Feinden nur einen günstigen Eindruck üben, wenn man weiß, daß wir nicht für abenteuerliche Spiele, sondern nur für unsere Sicherheit kämpfen, für die Schaffung von Garantien, und wenn wir diese Ziele, die uns unsere bedrohte Existenz vorschreibt, erreicht haben, sind wir immer zu einem Frieden in Ehren bereit. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Frage ist bloß, ob nach den Antezedenzien unsere Leitung der auswärtigen Angelegenheiten geeignet ist, die Gelegenheiten sicher und mit raschem Entschluß zu ergreifen, wenn sie sich bieten.

Ich mußte überall erfahren, daß wir den Ereignissen nachhinkten. Wir konnten den Ereignissen weder in Italien, noch in Rumänien vorgreifen, wir konnten ihre Richtung nicht bestimmen. Es erfordert Tätigkeit, einen offenen Blick und Wahrnehmung der Ereignisse, um die Gelegenheit zu einem Frieden in Ehren ergreifen zu können: sie kommt nicht von selber. Gewisse Dinge erwecken in mir schwere Bedenken, man möge nur an die einzige Tatsache denken, daß wir bei der größten neutralen Großmacht, bei den Vereinigten Staaten, keine regelmäßige diplomatische Vertretung haben. Wo wollen wir die Gestaltung der Dinge vorbereiten, damit wir im gegebenen Augenblick ohne die Verletzung unserer moralischen Pflichten, unseres Ansehens und unter Wahrung unserer wichtigen Interessen Frieden schließen können, wenn wir das zur Vorbereitung der Aktion notwendige Gebiet bei den Neutralen nicht uns dienstbar machen. Wir hatten, das weiß ich, oft Grund, die Politik der Vereinigten Staaten nicht gerade sympathisch zu betrachten. Im Privatleben kann man sich von Sympathien und Antipathien leiten lassen, in den internationalen Relationen kann man sich nicht auf den Standpunkt des Schmollens stellen, auf die Verbindung mit jenen Faktoren, die vom Gesichtspunkt unserer zukünftigen Politik und der Ziele die größte Bedeutung haben, nicht verzichten. Das ist unbegreiflich, da meines Wissens die Vereinigten Staaten Schritte gemacht haben, indem sie in der entgegenkommendsten Form die Ernennung eines Botschafters wünschten. Das ist eine Unterlassung, die in mir Zweifel erweckt, ob unsere Leitung der auswärtigen Angelegenheiten über den aktiven Geist verfügt, um die Ereignisse zu leiten und in Bahnen zu lenken, die für uns wünschenswert sind. Wir haben keinen Grund, gegenüber der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten das blinde Vertrauen zu hegen, das uns der Verpflichtung der unmittelbaren und fortwährenden Kontrolle entheben würde.

Ich will noch kurz über unser Verhältnis mit Oesterreich sprechen. Die Politik der Unabhängigkeitspartei ist keineswegs ein Hindernis der Herstellung des guten Einverständnisses mit der österreichischen Regierung und den Völkern Oesterreichs. Ich möchte das gerade Gegenteil behaupten. Ich hege Hochachtung und Pietät für die großen Männer, die das Werk vom Jahre 1867 zustande brachten. Ich war damals schon in der Lage, die Dinge zu beobachten, und weiß, welche Schwierigkeiten sie durch die Kombination von Festigkeit und diplomatischer Geschicklichkeit bewältigen mußten, um das Land zu dem damals günstigsten Stadium zu leiten, das den Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung bilden konnte. Gewisse Dinge konnte man aber nicht voraussehen, die teilweise durch die Fehler der Nachkommen, teilweise aber durch die natürliche Entwicklung entstanden sind. Man glaubte im Jahre 1867, daß sich durch die gegenseitige Sicherung der Freiheiten zwischen den Völkern Ungarns und Oesterreichs ein brüderlich gutes Verhältnis entwickeln werde. Geben wir uns keinen Illusionen hin: es gibt in dieser Hinsicht noch vieles zu verbessern. Meines Erachtens und zur Rechtfertigung der Partei, der ich angehöre, sei hier betont, daß die Reibungsflächen verringert würden, wenn wir das nationale Leben Ungarns voll entfalten könnten und wenn auch Oesterreich sich seinen Bedürfnissen entsprechend einrichten könnte. Das gilt auch in wirtschaftlichen Fragen. In der Frage der Approvisionierung gibt es in Oesterreich eine irrtümliche Auffassung. So sagte der Ministerpräsident. Man glaubt, wir könnten den Oesterreichern viel mehr geben, als wir effektiv geben. Das ist aber nur eine aktuelle Frage. Auf wirtschaftlichem Gebiete hat sich der im Ausgleichsgesetze niedergelegte Gedanke nicht bewährt, daß durch das Zusammentreffen und der Harmonie der Interessen, das Zoll- und Handelsbündnis abgeschlossen werden kann und abzuschließen sei mit dem Vorbehalt, daß jedes Land sein freies Verfügungsrecht bewahrt, jedoch mit der Tendenz, daß in erster Reihe die Schaffung eines Zollbündnisses zur Förderung der Kohäsion versucht werden müsse. Dieser Gedanke hat sich nicht bewährt. Man glaubt, daß diejenigen, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit Ungarns wünschen, den wirtschaftlichen Kampf mit Oesterreich wollen. Im Gegenteil. Wenn wir im Besitze unseres freien Verfügungsrechtes mit der größten Zuvorkommenheit, wenn möglich, auch einen langfristigen Vertrag mit Oesterreich abschließen, und zwar auf der Grundlage der gegenseitig gesicherten Konzessionen und Vorteile, dann würden die Reibungsflächen verschwinden, die daraus entstehen, daß gewisse österreichische Kreise Ungarn die Rolle der Lieferung von Rohprodukten zuteilen, für Oesterreich aber die Herstellung der Industrieerzeugnisse zu sichern wünschen. Das bedeutet Kolonialpolitik. Man will Ungarn als Kolonie ausnützen. Das ist der eine Grund dessen, warum das Verhältnis zu Oesterreich nicht so gut und herzlich ist, wie es sein sollte. Der andere liegt in den in Oesterreich noch immer vorhandenen Bestrebungen, die sich mit dem Gedanken der staatlichen Selbstständigkeit Ungarns noch immer nicht abfinden können. Es ist zwar in jüngster Zeit eine gewisse Annäherung erfolgt, und zwar durch Erklärungen maßgebender österreichischer Politiker aus Anlaß der freundschaftlichen Begegnungen von Politikern, die besagen, daß ein nüchterner Politiker nicht daran denke, die staatliche Selbständigkeit Ungarns anzutasten. Dann dürfen aber nicht Erscheinungen an den Tag treten, wie sie aus Anlaß der Donaukonferenz wahrgenommen werden konnten, als man gegen den Antrag, daß Budapest als Zentrum der Donaukommission bestimmt werde, aus Wien Stimmung machte. So kann man die wünschenswerte und notwendige moralische Kohäsion nicht schaffen. Es ist nur natürlich, daß Ungarn, wo der Donaustrom sein größtes Stück hat, für seine Reichshauptstadt, eine Weltstadt, diese Zentralstelle verlangt. Wenn dagegen Stimmung gemacht wird, so ist das, in der diplomatischen Redensart gesprochen, ein wenig freundlicher Akt.

Die Anerkennung unserer nationalen Bestrebungen würde die sicherste Gewähr bieten für die Schaffung einer moralischen Kohäsion zwischen den beiden Staaten. Ich will nun meine Schlußfolgerungen ableiten. Wir haben hier konstatiert, daß wir weder der Leitung der militärischen, noch der auswärtigen Angelegenheiten, noch den damit zusammenhängenden Regierungsfunktionen jene Umsicht und jene Sicherheit, die in so großen Zeiten vom Gesichtspunkte so großer nationaler Interessen, ja sogar der Existenz geboten wären, zuerkennen können. Die Frage ist, ob alles ohne Aenderung so weitergehen könne, ob nach dieser Feststellung alles fortgesetzt werde, als ob nichts geschehen wäre; ob dieselben Faktoren ohne jeden Einfluß und ohne jede ernste Kontrolle und Verantwortlichkeit die Geschäfte leiten sollen, deren Unterlassungen und Verfehlungen eine solche Situation geschaffen haben, der wir, nach meiner Ueberzeugung, zwar Herr werden, aber nur wenn unsere Nation und die mit uns im Bündnis stehenden Staaten alle Kräfte sammeln und unter die Führung der hiezu geeignetesten Faktoren stellen. Der Herr Ministerpräsident stellt uns weder die Einberufung der Delegationen in Aussicht, noch hat er sich darüber geäußert, ob er dem Abgeordnetenhause die Möglichkeit zur unmittelbaren Kontrolle geben wolle. Er sagte ferner, er könne über seine eigene Verantwortlichkeit nicht mehr sagen, als er bisher gesagt hat, besonders im Hinblick auf die Lage in Siebenbürgen. Er glaubt, wenn die Debatte zu Ende geführt wird und beide Anträge verworfen werden, wird alles in Ordnung sein, und wenn nicht, wenn die Debatte auf gefährliche Gebiete übergehen oder entarten würde, so besitze er das königliche Handschreiben, das Abgeordnetenhaus wird vertagt, es wird Ruhe und Ordnung herrschen und die Sache ist erledigt. (Bewegung.) Mit dieser formalen Erledigung können wir heute der Nation nicht dienen. Man kann mit Abstimmungen, Fiktionen, parlamentarischen Schablonen alle moralischen Kräfte der Nation weder gruppieren noch sammeln, man kann so keine Schlachten gewinnen, man kann die auswärtigen Angelegenheiten so nicht zweckmäßig leiten und für die Approvisionierung sorgen. Heute sind sehr ernste Dinge auf dem Spiele. Man braucht nicht innerpolitische Maßnahmen durchzuführen, dieses oder jenes Gesetz zu schaffen. Heute gilt es, im Kampfe um Leben und Tod alle Kräfte anzuspannen und zu leiten. Der Minister des Aeußern leitet die Angelegenheiten ohne direkten Kontakt mit der Vertretung Oesterreichs oder Ungarns, die Heeresleitung ist jeder Kontrolle überhaupt entzogen, auch der Einflußnahme der verantwortlichen politischen Faktoren. Der Herr Ministerpräsident stützt sich auf eine große Parlamentsmajorität. Selbst wenn wir annehmen, daß die Wahlen im Jahre 1910 in voller Ordnung vor sich gingen, so kann doch auf Grund der Statistik nicht geleugnet werden, daß die Zahl der auf die Opposition abgegebenen Stimmen in der Endsumme höher war, als die auf die Regierung entfallende Stimmenzahl. Daraus folgt, daß man aus den Stimmungen dieses Parlaments nicht auf die Stimmung der Nation folgern könne und an der Front kämpft man nicht nach Reichstagswahlbezirken, es kämpfen dort Menschen. Im Jahre 1910 hat man an die Möglichkeit des Krieges nicht gedacht. Der einzige Zusammenhang zwischen den Machtfaktoren der Monarchie und einem Teile des Volkes ist bloß jene effektive Minorität der Stimmen, die vor sechs Jahren abgegeben wurden und die heute kein Mandat von repräsentativem Charakter sichern. Auf dieser Grundlage steht die Machtstellung des Herrn Ministerpräsidenten, damit deckt er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, der Heeresangelegenheiten, damit steht er für die Diktatur ein. Für die Diktatur gibt es zwei Rechtstitel. Der erste ist, wenn ein Mann in kritischen Augenblicken die Macht an sich reißt und mit dieser Machination zum Gipfel des Erfolgs, des Ruhmes und der Macht führt. Dessen kann er sich nicht rühmen. Der zweite Rechtstitel ist der verfassungsmäßige. Ueber den haben wir schon gesprochen. Der geehrte Herr Ministerpräsident und die geehrte Mehrheit können auf dieser schwachen Basis, auf so einer dünnen Grundlage die Fortsetzung der eigentlich absolutistischen Regierung nicht fordern. Wenn der Herr Ministerpräsident fortwährend darauf hinweist, daß das königliche Handschreiben in seiner Tasche oder in seiner Lade sei — er wird es gewiß nicht bestreiten, daß er uns wiederholt wissen ließ, daß er gezwungen wäre, Verfügungen zu treffen, die zur Vermeidung unerwünschter Entwicklungen im Parlament notwendig seien, und das kann nur die Vertagung durch ein königliches Handschreiben bedeuten —, so wende ich mich in diesem Zusammenhange mit dem möglichsten Nachdruck mit der Bitte an den Herrn Ministerpräsidenten: er soll davon abstehen, er soll es unter keiner Bedingung tun. Ich will keineswegs sagen, das Haus soll in Permanenz bleiben. Wenn es seine Arbeiten erledigt hat, möge es selbst seine Sitzungen vertagen und das Haus soll zur Vertagung schreiten, wenn solche Momente auftauchen sollten, die nach der Meinung des geehrten Herrn Ministerpräsidenten und der Mehrheit die Fortsetzung der Sitzungen unerwünscht erscheinen lassen. Man soll jedoch die Einberufung des Parlaments durch die Verlesung eines königlichen Handschreibens nicht unmöglich machen. Nach der neuen Geschäftsordnung müssen 60 Abgeordnete die Einberufung des Hauses verlangen. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, daß die Abgeordneten, wenn das Haus sich selbst vertagt hat, eine Bitte nach Einberufung so unterbreiten könnten, daß sie diesem Wunsche ohne die Zustimmung derjenigen Ausdruck verleihen können, denen die Verantwortung für die Führung der Opposition obliegt. Diese Männer bieten genug Garantien dafür, daß sie nicht aus purer Lust, aus Sucht, eine Rolle zu spielen, das Haus ohne ernsten Grund einberufen würden. Man möge dem Lande nicht die einzige Möglichkeit der Meinungskundgebung nehmen. Heute ist dieses Parlament die einzige Stelle, wo die öffentliche Meinung Ungarns die Gefühle des Volkes, seine Bedenken und Wünsche zum Ausdruck gebracht werden können. Es wäre unter diesen Verhältnissen eine sehr gefährliche Sache, diese Aeußerung unmöglich zu machen, wenn es die ernstesten Elemente des Landes wünschen. Es würde dadurch dem Lande die Ruhe des Grabes gegeben werden; in der Atmosphäre des Grabes kann alles geboren werden, nur jene Begeisterung, jene Energie nicht, die wir unter den heutigen Verhältnissen notwendig zusammenfassen müssen. (Lebhafter Applaus links.) Wenn der Herr Ministerpräsident glaubt, daß eine moralische Konzentration ohne eine politische Konzentration möglich ist, wenn er glaubt, daß eine politische Konzentration objektive und persönliche Hindernisse hat, so erkläre ich, streichen wir das Wort persönliche Hindernisse und heute gibt es keine persönlichen Rücksichten. Es darf keine geben. Ohne politische Konzentration kann man keine moralische erreichen. Der Herr Ministerpräsident möge im eigenen Wirkungskreise alles tun, was er vermag, um die große Verantwortlichkeit für Ungarn, für den anderen Staat der Monarchie und für unsere Verbündeten — ihre Erfolge hängen zum Teil von unserem Mitwirken ab — innerhalb jenes Kreises zu suchen, in dem die Konzentration möglich ist. Er möge auf alle Plätze die fähigsten Menschen stellen, alle persönlichen Rücksichten beiseite lassen, ohne Rücksicht auf Machtinteressen und Personen und darauf, ob die Heranziehung einer Persönlichkeit später die Interessen der Parteimacht gefährden kann, er möge nur das eine beachten, daß in der heutigen schweren und kritischen Situation überall jene Person stehe, die am geeignetesten ist, die den Anforderungen am besten entspricht. (Lebhafte Zustimmung links.) Er soll die Nation nicht endgültig verstummen machen, das Parlament, den letzten Ort, wo die nationalen Bedenken sich äußern können, nicht die Möglichkeit der Kundgebungen nehmen, indem er es allein vom König und den Ratgebern des Königs, nicht aber von den Vertretern der Nation abhängig macht, wann diese Kundgebungen erfolgen können. Er möge das Haus nicht vertagen, sondern alles, was Redner gesagt, beherzigen und seinem Antrage zustimmen. (Lebhafter Applaus links. Redner wird beglückwünscht.)

Abgeordneter **Stefan Rakovßky**:

Die beiden unterbreiteten Anträge wollen die Frage der Verantwortlichkeit in der heutigen schwierigen Zeit klären. Eine Frage, die ja nach den Aeußerungen des Herrn Ministerpräsidenten und des Herrn Ministers des Aeußern auch ihnen selbst am Herzen liegt. Es ist möglich, daß die gegen den Minister des Aeußern gerichteten Angriffe ungerechtfertigt sind: dann aber wäre es umso mehr Pflicht, alles in gehöriger Beleuchtung jenen Stellen zu unterbreiten, die nach unseren Gesetzen und unserer Verfassung zur Beurteilung der Frage der Verantwortlichkeit berufen sind. Der Schein aber spricht dafür, daß der Ministerpräsident alles aufbietet, die Verantwortlichkeit nicht zur Geltung gelangen zu lassen. Die Einschränkung des Interpellationsrechtes, die Vertagung des Hauses, die Weigerung, die Delegation einzuberufen, sprechen nicht dafür, daß der Ministerpräsident die Verantwortlichkeit zur Geltung bringen will.

Redner warnt den Ministerpräsidenten, er möge das Haus nicht mittels eines königlichen Reskripts vertagen und so das letzte Forum zum Schweigen bringen, wo die Nation noch eine Remedur der Uebelstände fordern kann. Er geht dann auf die Frage der Verantwortlichkeit der Minister über. Das charakteristische Merkmal dieser Verantwortlichkeit besteht zweifellos darin, daß nur jene Handlungen und Unterlassungen Gegenstand dieser Verantwortlichkeit bilden können, die die Verfassung und das Gesetz als der Verantwortlichkeit unterstehend bezeichnen, daß sie nur von dem laut Gesetz hiezu berufenen Forum ausgeübt werden kann und daß in erster Reihe nur jenen die Verantwortung trifft, dessen Handlung oder Unterlassung es bedingt, daß gegen ihn die Verantwortlichkeit in Anspruch genommen wird. Ein anderer kann für ihn die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen; der Herr Ministerpräsident kann daher auch nicht für etwas eine Verantwortung übernehmen, wofür er nicht verantwortlich ist. Der Ministerpräsident will ferner den Zeitpunkt bestimmen, wann die Verantwortung eintreten soll. Das aber ist ein Recht der Opposition; als Kontrollsorgan des Parlamentarismus hat sie diese Frage aufzuwerfen, wann sie es für zeitgemäß findet; die Majorität bestimmt dann mit ihrer Abstimmung die Zeit, wann der Ministerpräsident auf die Frage antworten soll. Wir wollen mit unserer Forderung nicht irgend etwas ahnden, sondern bloß für die Zukunft Fehlern vorbeugen. Wir fordern nicht den Kopf des Ministers des Aeußern; wenn wir nicht wüßten, daß er an diesem Platze nicht entspricht, würden wir nicht verlangen, daß er ihn verlasse.

Dem Zwecke, die schuldigen Faktoren zur Verantwortung zu ziehen, dient der Antrag des Grafen Julius Andrássy. Der Herr Ministerpräsident behauptet, daß die Delegation nicht einberufen werden könne, weil sie in Oesterreich derzeit nicht funktionieren kann. Demgegenüber gruppiert Redner die schon angeführten Argumente, die den Standpunkt der Opposition in dieser Frage rechtfertigen sollen. Er bespricht dann die frühere politische Rolle des derzeitigen Ministers des Aeußern Barons Burián, der bei ihm schon seinerzeit als homo regius und später bei der Annexion Bosniens den Eindruck der unglücklichen Hand hervorgerufen habe.

Redner beleuchtet dann von seinem Standpunkte die im „Budapesti Hirlap" erschienenen Aeußerungen des Ministers des Aeußern. Besonders eingehend befaßt er sich mit der Aeußerung, daß die Vertrauensmänner der Opposition den Minister auch über solche militärische Angelegenheiten befragt hätten, die er — der Minister — nicht verraten konnte, weil die Armeeleitung sie ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt habe. Redner bietet demgegenüber auf Grund seiner am Tage der Unterredung gemachten Aufzeichnungen ein Bild dieser Unterredung. Als Graf Julius Andrássy, Graf Albert Apponyi und Redner am 19. Juli nachmittags beim Minister des Aeußern erschienen, war die erste Frage des Grafen Andrássy, ob der Minister gründlich über die militärische Lage orientiert sei, da er ohne diese Orientierung in solcher Zeit die auswärtige Politik unmöglich erfolgreich leiten könne. Baron Burián antwortete darauf, daß er nicht in der Lage sei, in dieser Hinsicht Aufklärungen erteilen zu

Pester Lloyd 14./IX. 1916 V. 97

Kriegstagung des Reichstages.

3. Ist der Herr Minister geneigt, Verfügungen betreffend die Verbesserung der Kriegsversorgung und Besoldung der Offiziere und Militärbeamten zu treffen? (Zustimmung links.)

Die Interpellation wird an den Landesverteidigungsminister geleitet.

Folgt die Interpellation des Abgeordneten Ferdinand Urmánczy.

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy:

In diesem Kriege bluten am meisten zwei Nationen: die Franzosen und die Ungarn. Um Frankreich tue ihm der Kopf nicht weh, — das hat den Krieg gewollt, jetzt mag es zusehen, wie es mit dem Kriege fertig wird. Aber Ungarn hat keinen Krieg gewollt, es wollte immer mit aller Welt in gutem Einvernehmen leben, höchstens vertrug es sich nicht immer gut mit Oesterreich, diesem einzigen Hindernis unseres selbständigen staatlichen Daseins. Hätte man uns eine starke ungarische Nationalpolitik machen, ein starkes, zufriedenes Ungarn ausbauen lassen, mit einer ungarischen Nationalarmee, so hätten wir der ganzen Monarchie vor aller Welt Achtung verschafft. Wir Ungarn haben uns im Kriege als die einzige militärische Zuverlässigkeit für die Monarchie erwiesen, uns hat man denn auch zu allem verwendet, nur zu einem nicht: zur Verteidigung, zum Schutze der Grenzen Ungarns. Dieses Oesterreich mit dem kurzen Gesicht, dessen Blick bloß von den Karpathen bis zur Adria reicht, war schon in Friedenszeiten ein ansteckendes Uebel, das uns am Leibe fraß, mit der Gemeinsamkeit der Armee, mit der uns fremden Heeresleitung. Im Kriege ist das Uebel noch ärger geworden. Redner will den Oesterreichern durchaus nichts zu leide tun, er mag die gemütlichen Tiroler und Salzburger ganz gut leiden, er hat nichts gegen die schwarzgelbe Farbe in Oesterreich, er hört die schönen Klänge der Volkshymne sehr gern etwa in Salzburg, und hat auch gegen die Sprache Oesterreichs nichts einzuwenden. Wenn er aber in dieser Sprache bei uns daheim militärische Kommandoworte hört, so ergreife ihn das Gefühl der Schmach und des Ekels...

Präsident (läutet): Ich bitte den Herrn Abgeordneten inständig... in diesen ernsten Zeiten... (Lärm.)

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy (fortfahrend): Selbst nach den kernungarischesten Gegenden wird diese Seuche verschleppt. Der ungarische Honvéd muß, bevor er auf den Kriegsschauplatz abgeht, bei den Klängen des „Gotterhalte" den Eid schwören, bei den Klängen dieser Volkshymne wird der tote ungarische Held beerdigt, — bei den Klängen eines Gesanges, der unsere Knechtschaft bedeutet...

Präsident ruft den Redner zur Ordnung.

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy (fortfahrend): Selbst auf das Grab wird ihm in dieser fremden Sprache gesetzt: „Infanterist N. N.", „Korporal X." Redner ist ersucht worden, folgenden Fall im Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen und zu trachten, daß der Fall geahndet, und daß Genugtuung gegeben werde: Die Salgótarjáner Gewerbekorporation hat sich in einer Eingabe an den Landesverteidigungsminister über das Vorgehen des in Salgótarján liegenden k. u. k. Lemberger Infanterieregiments Nr. 30 beschwert und folgendes ausgeführt: Die Gewerbekorporation hatte heuer — wie alljährlich — zur Feier des 15. März eine ungarische Trikolore an dem Erker ihres Korporationshauses ausstecken lassen. Der Major Glasur des 30. Infanterieregiments habe jedoch die Fahne einziehen lassen, mit der Begründung, in dem ersten Stockwerk des Korporationshauses befinde sich die Offiziersmesse des Regiments.

Abgeordneter Martin Lovászy: Verräter! Vor das Kriegsgericht mit ihnen!

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy (fortfahrend): Die Korporation hatte darauf gebeten, die Fahne möge wenigstens bis zum Abend draußen wehen dürfen, das Ansuchen aber wurde abgeschlagen.

Abgeordneter Graf Michael Károlyi: Wie das die Ungarn begeistern wird!

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy (fortfahrend): In der Eingabe heißt es weiter, die Korporation habe auch zur Feier des 11. April geflaggt, wofür der Regimentskapellmeister, der als erster in die Offiziersmesse kam, das Personal verschimpfte und dem Korporationskassier auftrug, die Fahne zu entfernen. Dasselbe forderte das ganze Offizierskorps des Lemberger Infanterieregiments Nr. 30, der Kassier weigerte sich aber, die Fahne einzuziehen. Die Korporation bitte also den Minister, er möge der beleidigten ungarischen Staats- und Nationalehre Genugtuung widerfahren lassen. Redner fragt, was denn das Lemberger k. u. k. Infanterieregiment Nr. 30 in Salgótarján zu tun habe und warum es nicht im Felde stehe. Schlagen wir Ungarn uns etwa dafür mit Russen und Italienern, daß uns dann solcher Dank werde? Die Lemberger Offiziere streichen den ungarischen Sold ein, wohl auch die ungarische Kriegszulage, ihre Haut ist heil, — aber sie sind Bengel genug, die ungarische Fahne herunterholen zu lassen. Wir sind auch in Gemäßheit unserer Gesetze eine selbständige Nation, ein unabhängiger Staat, wir haben unseren gekrönten apostolischen König, alles haben wir, bloß kein Selbstbewußtsein. Dafür das dicke Fell, unsere Nation auf Schritt und Tritt schänden zu lassen. Redner wisse nicht, ob der Landesverteidigungsminister von dem Falle dem Ministerpräsidenten Mitteilung gemacht habe. Was er aber wisse, das ist: wenn Redner Ministerpräsident in Ungarn wäre, ginge er einmal ins Kriegsministerium und nach dem Hauptquartier und schlüge — bildlich ausgedrückt — mit der Faust auf den grünen Tisch, daß alle Photographien darauf, alle Zigarettenetuis, all der Tand und all das Nipp zu Boden purzeln müßten, und würde sagen: „Ich habs satt! Diesen Schamlosigkeiten muß ein Ende gemacht werden!" ... Nun denn, Redner verlangt vom Ministerpräsidenten keine Genugtuung für den Salgótarjáner Fall, wiewohl er darum ersucht worden sei, auch vom Honvédminister verlange er keine. Er frage bloß leise und harmlos: Hat der Herr Major Glasur sein Avancement zum Oberstleutnant bereits erhalten? Ist den Helden des Salgótarjáner Kriegsschauplatzes schon das Militärverdienstkreuz verliehen worden?

In der Nummer vom 1. Juli von „Danzers Armeezeitung" enthält ein „Artur Görgei" überschriebener Aufsatz die niedriegste Schmähung Ludwig Kossuths: es heißt von ihm, er sei ein Charlatan gewesen, ein Esel in der Löwenhaut, ein Feigling, seine Reden seien Advokatengespuck. Ein Offizier habe diese Nummer dem Redner eingesandt, mit dem Bemerken, dieses Blatt haben die Offiziere im Auftrage ihrer amtlichen vorgesetzten Behörde und auf deren Anordnung zu beziehen, und mit der Frage, wie denn die Zensurbehörde solche Rüpelei durchlassen durfte. Darf ein solches Blatt von Amts wegen verbreitet werden? Der Einsender und alle seine Kameraden seien aufs tiefste beleidigt und empfinden die Niederträchtigkeit des Blattes so sehr, daß sie sie selbst in diesen Kriegszeiten zur Sprache zu bringen bitten.

Nachdem sich der Redner noch dagegen verwahrt hatte, daß laut der jüngst erschienenen neuen Adjustierungsvorschriften der ungarische Charakter der Uniform der ungarischen Regimenter verschwinden solle, beklagt er, daß der Ungar bloß als vortreffliches Material figuriere, aber der österreichischen Heeresleitung völlig ausgeliefert sei und weder den Schutz der ungarischen Behörden noch den der ungarischen Regierung genieße. Durch die Ungarn werden die österreichischen Regimenter ergänzt, die Salzburger, die Tiroler, das berühmte Grazer Korps. Der Ungar wird assentiert und einfach in ein österreichisches Regiment eingereiht. Ungarische Marschkompagnien werden als Ersatz nicht zu ihren eigenen, sondern zu österreichischen Regimentern geschickt. Ferner fragt Redner, ob Ungarn und Oesterreich im Verhältnis ihrer Bevölkerung Soldaten stellen. Jedenfalls übersteige der Blutverlust Ungarns, nämlich der Verlust an Toten und Verwundeten, bei weitem jenen Oesterreichs. Auf die gefahrvollsten Plätze werden ungarische Soldaten gestellt, — der österreichischen Armeeleitung tut unser Verlust viel minder weh, als der von ihr Nahestehenden. Der Unfähigkeit und Talentlosigkeit der österreichischen Heeresleitung ist es zu danken, daß unsere Armee unter deutschen Oberbefehl gestellt werden mußte. Kein Wunder. Im Generalstabe entscheide nicht Talent und Fähigkeit, sondern Familienverbindungen, Protektion, Schmeichelei, in den Generalstab kommen bloß Gardeoffiziere, erzherzogliche Erzieher, Hofschranzen und die Handlungen solch junger, unerfahrener Generalstäbler bewegen dann die Armee! Aber ein Talent erhält nie den ihm gebührenden Posten zugewiesen. Die heldenmütigen Subalternoffiziere, vom Fähnrich bis zum Hauptmann, haben unter den vielen unmöglichen, einander widersprechenden Befehlen mehr zu leiden als vom Feinde. Aber dafür sei heute die Armee so einheitlich österreichisch, daß selbst ein Zentralist vom reinsten Wasser seine Freude daran haben kann. Da müsse endlich Abhilfe geschafft werden, schon jetzt. Nach dem Kriege werde es keinen Ungar geben, der für die gemeinsame Armee Stellung nehmen würde. All das Uebel, das uns widerfahren ist, wäre ungeschehen geblieben, wenn wir eine nationale Armee, wenn wir ungarische Regimenter gehabt hätten. Daß unsere Verbündeten die Notwendigkeit hievon nicht einsehen, wundere den Redner, denn es gehe ja um die Haut auch unserer Verbündeten. Redner schlägt vor, die sich aus Ungarn ergänzenden gemeinsamen Regimenter mögen mit der Honvéd vereinigt werden, die österreichischen mit ihrer Landwehr, dann haben wir die beiden selbständigen Armeen. Redner schließt, daß selbst heute, da sein väterliches Erbgut durch Walachen verwüstet werde, in seiner Seele der unerschütterliche Glaube an die Zukunft der ungarischen Nation lebe. Uns sei dieses Land als providentiell bestimmtes Fideikommiß zugefallen, und Redner hoffe, daß die schöne Burg am Donaustrande einst die ständige Residenz unserer apostolischen Könige sein und daß dort die Herrlichkeit Matthias Corvins und die uns Ungarn verstehende Liebe Elisabeths einst einziehen würde. Er unterbreitet folgende Interpellation:

„Ist der Herr Ministerpräsident geneigt zu intervenieren, daß dem Reichstag eine Gesetzesvorlage unterbreitet werde, die die königlich ungarische Honvéd mit den sich aus den Ländern der ungarischen Krone ergänzenden gemeinsamen Regimentern zu einer einheitlichen, selbständigen ungarischen Armee vereint?" (Lebhafter Applaus und Éljenrufe links und äußerstlinks.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Geehrtes Haus! Ich fühle mich der Pflicht enthoben, auf die jetzt verklungene Rede zu antworten. Ich will mich nur über einige konkrete Fragen äußern, bezüglich deren das Haus mein Stillschweigen mißdeuten könnte. Was den Salgótarjáner Zwischenfall betrifft, so höre ich zum erstenmal davon, so daß ich es nicht wissen kann, wie sich die Sache eigentlich verhält. Ich werde mich jedenfalls orientieren. Schon jetzt kann ich jedoch bemerken, daß ich, wenn der in dem verlesenen Briefe enthaltene Tatbestand sich als wahr erweisen sollte, meinerseits das Vorgehen der betreffenden Lemberger Offiziere auf das schärfste verurteile. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Darin befindet sich jedoch der Herr Abgeordnete im Irrtum, wenn er glaubt, es sei von einem Regiment die Rede, das auf dem Schlachtfelde nicht vertreten ist. Naturgemäß kann ein Ersatzkadre in Salgótarján sein, so wie jedes Regiment seinen Ersatzkadre im Innern des Landes hat, das Regiment selbst befindet sich aller Wahrscheinlichkeit nach an der Front. Wie verfehlt auch das Vorgehen der betreffenden Offiziere sein mag, wenn die Sache sich bestätigt, so mußte ich dies doch im Interesse der Wahrheit bemerken.

Der Herr Abgeordnete sprach auch von der Uniformierung und meinte, daß die die ungarischen Truppen unterscheidenden Merkmale ausgeschieden werden sollen. Die Uniformierung der Armee muß den Anforderungen des modernen Krieges entsprechend einer wesentlichen Umgestaltung unterworfen werden; die alten Uniformen mit ihren besonderen Ausschmückungen vertreten einen überwundenen Standpunkt. Jede Armee erhält eine einförmigere, in des Wortes engerem Sinne grauere Uniform. Meines Wissens bleibt ein Unterschied zwischen der Uniform der ungarischen Truppen und der der übrigen nicht nur bei der Honvéd, sondern auch bei den ungarischen Truppen der gemeinsamen Armee aufrecht. Das ist das Wesen und nicht wieviel Ellen Verschnürung an der Uniform angebracht sind. (Zustimmung rechts.)

Die Behauptung des Herrn Abgeordneten, daß die in Oesterreich sich befindlichen ungarischen Staatsbürger in Oesterreich assentiert und zu österreichischen Ersatzkörpern einberufen werden, entspricht nur teilweise den Tatsachen. Auch die in Ungarn weilenden österreichischen Staatsbürger werden in Ungarn gemustert. Dies geschieht im Interesse der betreffenden Personen, um sie vor den Kosten der Reise und vor Zeitverlust zu bewahren. Die Behauptung, daß sie zu österreichischen Ersatzkörpern einberufen werden, kann nur auf einem Irrtum beruhen. Schließlich erwähnt der Herr Abgeordnete die Frage, ob bei den Einberufungen das Verhälinis der Bevölkerungszahl Oesterreichs und Ungarns berücksichtigt wird, und gedenkt auch der blutigen Verluste. Was die erste Frage betrifft, so würde die Regierung in der Tat eine Unterlassung begehen, wenn sie sich mit dieser Frage nicht beschäftigte. Ich kann den Herrn Abgeordneten versichern, daß die Regierung sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Es gab einen Zeitpunkt, wo die Zahl der Einberufungen, wenn auch nicht in ansehnlichem Maße, von der Verhältniszahl der Bevölkerung zuungunsten Ungarns abwich. Ich habe es nicht verabsäumt, die Aufmerksamkeit der zuständigen österreichischen und gemeinsamen Faktoren auf diesen Umstand zu lenken. Es sind auch Verfügungen zur Beseitigung dieses Uebelstandes getroffen worden und meines Wissens entspricht jetzt die Lage der Verhältniszahl der Bevölkerung. In diesem riesigen Kampfe ist jedoch nicht die erste Frage, ob gewisse Verhältniszahlen genau eingehalten werden, sondern daß beide Staaten, der ungarische und der österreichische Staat, im Interesse des gemeinsamen Ziels in gleichem Maße ihre gesamte Kraft zur Verfügung stellen. (Beifall rechts. Lärm links.)

Was aber die blutigen Verluste betrifft, so befinden wir uns in einer eigentümlichen Lage. Denn aus der Aufarbeitung der bisher uns zur Verfügung stehenden Daten würde sich ergeben, daß die blutigen Verluste Oesterreichs einigermaßen größer sind als die unsrigen. Das kann den Tatsachen nicht entsprechen. (Lärm links. Rufe links: Mit den Vermißten!) Ohne die Vermißten. Die Vermißten sind in einer besonderen Rubrik. Ich spreche jetzt von den blutigen Verlusten. Das kann den Tatsachen nicht entsprechen und kann nur darauf zurückgeführt werden, daß einzelne Truppen aus verschiedenen Gründen mit ihren Verlustlisten sich noch im Rückstand befinden. Es ist wahrscheinlich, daß das Bild in dieser Beziehung sich ändern wird, allein schon jetzt kann ich behaupten — wer die Umstände genauer verfolgt, kann auch keiner anderen Ansicht sein —, daß die Auffassung, die in weiten Kreisen berbreitet ist, ganz verfehlt sei, als ob die blutigen Verluste Ungarns und speziell der ungarischen Rasse die blutigen Verluste Oesterreichs unverhältnismäßig übertreffen würden. Wir wissen wohl, daß ein nahmhafter Teil der österreichischen Truppen mit dem allergrößten Heldenmut kämpft, an den blutigsten Kämpfen mit außerordentlicher Tapferkeit teilnahm, demnach außerordentliche blutige Verluste erlitten hat, so daß bei weitem nicht in dieser Hinsicht zwischen Oesterreich und Ungarn der Unterschied besteht, wie es in der öffentlichen Meinung verbreitet ist. Das wollte ich zur Aufklärung bemerken. Der Herr Abgeordnete mag wohl im klaren über meine Antwort sein: da ich kein Anhänger des Standpunktes betreffend die gesonderte Armee bin, kann ich auf die Fragen des Herrn Abgeordneten nur mit Nein antworten. (Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Ferdinand Urmánczy

nimmt die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntnis.

Das Haus nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Die übrigen Interpellationen werden gestrichen.

Folgt die dringliche Interpellation des Abgeordneten Géza Bosnyák.

Abgeordneter Géza Bosnyák

begründet folgende Interpellation:

Hat der Herr Minister Kenntnis davon, daß der Verkauf von Petroleum in der Provinz, namentlich in den Dörfern vollständig eingestellt wurde, und wo Petroleum verkauft wird, dies in so geringem Maße geschieht, daß der Bedarf der Bevölkerung keineswegs gedeckt wird?

Glaubt der Herr Minister nicht, daß diese Einstellung des Petroleumverkaufes in Verbindung mit Preistreibereitendenzen steht?

Wenn ja, wo ist die Ursache hiefür zu suchen?

Beabsichtigt der Herr Minister dafür zu sorgen, daß Abhilfe geschaffen und die Preistreibereitendenzen vereitelt werden, damit die ärmsten Schichten der Bevölkerung nicht den Preistreibern ausgeliefert seien?

Handelsminister Baron Johann Harkányi

erklärt, daß im großen und ganzen bisher keine Klagen über mangelhafte Versorgung mit Petroleum dem Ministerium zugekommen seien. Nur in der jüngsten Zeit wurden drei solche Klagen dem Ministerium zugeschickt und der Minister wird in kürzester Zeit Abhilfe schaffen. Es wird wohl das Haus und den Interpellanten der Umstand beruhigen, daß auch im Vorjahre der Petroleumbedarf im großen und ganzen gedeckt werden konnte und daß in dieser Beziehung keine größeren Störungen vorgekommen seien. Es ist unleugbar, daß infolge des rumänischen Krieges die Lage sich einigermaßen verändert hat. Infolgedessen wird eine gewisse Sparsamkeit unbedingt notwendig sein, allein der Minister ist überzeugt, daß bei einer richtigen Einteilung der Bedarf, obwohl der rumänische Import entfällt, namentlich für Beleuchtungszwecke vollständig gedeckt werden kann. Die Regierung hat schon im Vorjahre in einem Erlasse die Aufnahme der Bestände angeordnet, so daß die Regierung weiß, wo und über wieviel Beleuchtungsmaterial sie verfügt. Zugleich ist dem Minister die Möglichkeit gegeben, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern durchzusetzen, daß die Petroleumfabriken den Kaufleuten Petroleum überlassen. Auch die Preise wurden maximiert und selbst der Nutzen festgestellt, den die kleinen Händler in Anspruch nehmen können. Die Regierung wird den Preistreibereitendenzen nicht nachgeben und einer Preiserhöhung nicht zustimmen. Im übrigen muß der Minister erklären, daß die Petroleumfabriken sich mit einem solchen Ansuchen nicht an den Minister gewendet haben. Daß in einzelnen Gebieten jetzt Warenmangel herrscht, ist auf gewisse Umstände zurückzuführen. Infolge des Krieges mit Rumänien weiß die Handelswelt, daß dadurch ein Teil unseres Imports entfällt. Es naht der Winter, weshalb die Kaufleute ihre Bestellungen erhöht, die Fabriken dagegen ihre Lieferungen eingeschränkt haben. Infolgedessen ist die Verteilung eine ungleiche, zumal jedermann bestrebt ist, den Winterbedarf zu decken. Es handelt sich jedenfalls nur um ein Uebergangsstadium und der Minister kann versichern, daß entsprechende Vorräte zur Verfügung stehen, denn der letzte Ausweis beruhigt in jeder Weise. Er bitte seine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall und Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.)

Das Haus und der Interpellant nehmen die Antwort zur Kenntnis.

Nach Authentikation des Protokolls wird die Sitzung um 8½ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Anträge Andrássy und Apponyi.

Pester Lloyd
14./IX. 1916

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 14. September.

Bevor das Abgeordnetenhaus heute in die Beratungen über die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi eintrat, nahm Graf Albert Apponyi das Wort, um zu erklären, daß er mit der im „Pesti Hirlap" erfolgten Veröffentlichung der Akten des Konzentrationskabinetts nichts gemein habe. Inzwischen wurde die Veröffentlichung der Konzentrationsakten auch in den Wandelgängen besprochen und es verlautete, daß auch Graf Julius Andrássy bestrebt sei, den Urheber der Veröffentlichung festzustellen.

Im Saale sprach Abgeordneter Gabriel Ugron noch vor Eingang in die Tagesordnung über Flüchtlingsfragen, worauf Ministerpräsident Graf Stefan Tißa beruhigend antwortete. Der Ministerpräsident fand im Laufe einer Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Stefan Rakovßky auch Gelegenheit, weitere Unrichtigkeiten in der gestrigen Rede dieses Abgeordneten festzustellen. Nunmehr schritt das Haus zur Erledigung der Tagesordnung und Abgeordneter Graf Michael Károlyi ergriff das Wort. Er berührte die Fragen, die bereits in der Rede des Grafen Julius Andrássy erörtert wurden, ließ aber bei allem die Farben seiner radikal wertenden Individualität spielen. Ein großes Stück seiner Rede galt den Fragen der Bündnispolitik, die er nur dann als günstig schätzen kann, wenn sie unsere Aktionsfreiheit nicht berührt. Dann sprach er von den letzten Erklärungen des Ministers des Aeußern, die er mit herber, oft drastischer Kritik bekämpfte. Seine ganze Rede, namentlich in ihren Siebenbürgen betreffenden Teilen, bot ein Schulbeispiel dafür, wie nationale Erschütterungen parteipolitisch eingestellt werden können.

Es folgte, von der Opposition mit Hört! Hört!-Rufen lebhaft begrüßt, eine Rede des Grafen Béla Serényi. Er kündete seinen bereits erfolgten Austritt aus der Partei der nationalen Arbeit an, einen Schritt, den er — wie er ausführt — unternehmen mußte, weil die Ablehnung des Antrages Andrássy zur Parteifrage gemacht wurde. Anlehnend an die Ausführungen des Grafen Julius Andrássy bemerkte er, daß die Einberufung der Delegationen seines Erachtens möglich, gesetzlich und eben deshalb erforderlich sei, daß er also die Konsequenzen ziehen müsse. Er sei bestrebt, Frieden zu schaffen zwischen den Parteien, nicht Krieg. Dieses Bestreben diktiere seine Haltung. Erfüllt von Treugefühlen für die Monarchie, wünsche er keinesfalls, die Situation zur Schwächung Oesterreichs zu nützen. In der Auslandspolitik hegt Graf Serényi die Auffassung, daß es nach den letzten Ereignissen Sache des Ministers des Aeußern gewesen wäre, sofort zurückzutreten. Der Ministerpräsident hatte die Gelegenheit offen, hier beruhigend zu wirken. Unter lauten Beifallskundgebungen der Linken stellt Graf Serényi eine völlige Umwandlung der Parlamentspolitik in Aussicht; es wäre höchste Illusion, daß die Zustände, wie sie heute im Parlament sind, dauern könnten. Die Notwendigkeit der Einigung ist gegeben, deshalb begrüßte auch Graf Serényi den Gedanken der Schaffung eines Konzentrationskabinetts.

Ein bezeichnender Zwischenfall unterbrach hier die Rede. Die Opposition feierte in lauten Zurufen die hohe Geistesreife des Redners. Plötzlich schrillte von rechts ein Ruf in den Chor, erinnernd an die Tage, da die Opposition den Grafen Serényi mit Tintenfässern bewarf. Tosender Lärm verhüllte auf der Linken einen Augenblick lang die Verlegenheit und momentane Beklemmung, die der Zuruf verursacht hatte.

Graf Serényi sprach fort, nunmehr wirtschaftlichen Fragen zugewendet, die großen Kraftreservoirs unseres Wirtschaftslebens bezeichnend. Dann nahm er Abschied von seiner bisherigen Parteigenossenschaft und schloß seine Rede unter dem Beifall der Linken.

Es folgte eine kurze Pause.

Nach der Pause sprach Abgeordneter Ubul Kállay. Er blieb stark im allgemeinen. Um 1½ Uhr ergriff Abgeordneter Alexander Gießwein das Wort. Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Felix Szinyei-Merse, Zoltán Vermes.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Jankovich.

Präsident teilt mit, daß Graf Albert Apponyi und Gabriel Ugron die Erlaubnis erbeten und auch erhalten haben, vor der Tagesordnung das Wort ergreifen zu dürfen.

Referent Josef Illés unterbreitet den gemeinsamen Bericht des Verwaltungs- und des Justizausschusses über den fünften Bericht des Ministerpräsidenten betreffend die Inanspruchnahme der Ausnahmegewalt im Kriegsfalle.

Der Bericht wird in Druck gelegt, verteilt und seinerzeit auf die Tagesordnung gestellt werden.

Vor der Tagesordnung ergriff

Graf Albert Apponyi

das Wort. Er verwies auf die im „Pesti Hirlap" heute erschienene Publikation der seinerzeit zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten erfolgten Korrespondenz betreffend die Bildung eines Konzentrationskabinetts, beziehungsweise die in dieser Richtung unternommenen Versuche. Da der Briefwechsel sich zwischen dem Redner und dem Ministerpräsidenten abspielte und da nicht vorauszusetzen ist, daß der Ministerpräsident sich in den Spalten eines oppositionellen Blattes äußern würde, läge die Folgerung nahe, daß diese Veröffentlichung vom Redner herrühre. Er erklärt daher auf das entschiedenste, daß er mit dieser Veröffentlichung nichts gemein habe und daß er von ihr ebenso überrascht gewesen wie jeder andere Leser des Blattes. Wenn auch aus solchen Mitteilungen niemand ein Nachteil erwächst, so legt Redner dennoch Wert darauf, vor dem Plenum des Hauses zu erklären, daß er dieser Veröffentlichung fernstehe.

Abgeordneter **Gabriel Ugron**

will betreffend die Siebenbürger Flüchtlinge an den Honvédminister eine Bitte richten. In der Hauptstadt erschienen Plakate, die die Flüchtlinge zur Anmeldung im Stadthause verhalten. Die Verfügung über die Konskription der Flüchtlinge ist ja vollkommen gerechtfertigt; da die Leute ihren gewöhnlichen Wohnort verlassen mußten, ist dies eine unabweisbare Notwendigkeit. Von den nach der Hauptstadt gelangten Flüchtlingen haben sich die landwirtschaftlichen Arbeiter und Landwirte schon wegen der Erwerbsmöglichkeiten nach den verschiedenen Teilen der Provinz zerstreut; hier blieben zu überwiegendem Teile bloß Gewerbetreibende, Kaufleute und Beamte. Diese erhielten nun bei ihrer Meldung im Stadthause Legitimationen, die sie zum Aufenthalt in der Hauptstadt berechtigen, zugleich aber auch die Verständigung, daß sie zu Kriegsarbeiten herangezogen und in kürzester Zeit nach Siebenbürgen zurückgeschickt würden. Redner erachtet es als eine Gewissenslosigkeit, diesen zu Kriegsarbeiten doch ungeeigneten, noch mit den Schwierigkeiten der Flucht kämpfenden Leuten durch derartige Verfügungen die Möglichkeit zu nehmen, für ihre Familien Sorge tragen zu können. Er bittet den Ministerpräsidenten, dem Honvédminister sein Ansuchen zu verdolmetschen, daß er diese Verfügung noch in letzter Minute verhindern möge.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**:

Geehrtes Haus! Da der Herr Honvédminister nicht anwesend ist, gestatten Sie mir, nur soviel anzudeuten, daß ich mich unverzüglich mit dem Herrn Honvédminister in Verbindung setzen werde, und ich zweifle nicht, daß diese Frage in kürzester Zeit eine befriedigende Erledigung finden werde. (Zustimmung.) Versteht es sich doch von selbst, daß jene, die ihre Heimstätten verlassen mußten und die zu Kriegsarbeiten geeignet sind, auch zweckmäßig dazu verwendet werden — aber natürlich nur die hiezu körperlich geeigneten Personen und erst dann, wenn sie für die Unterbringung ihrer Familien entsprechend gesorgt haben. Es kann sich nur um die Taktlosigkeit irgendeines untergeordneten Organs handeln, wenn die Dinge so stehen, wie es hier vorgebracht wurde. Ich zweifle nicht daran, daß die Angelegenheit in kürzester Zeit geregelt werden wird. (Zustimmung.)

Folgte die Tagesordnung: die fortsetzungsweise Verhandlung der Anträge des Grafen Julius Andrássy und des Grafen Albert Apponyi.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**:

Geehrtes Haus! Ich erbitte die Geduld des geehrten Hauses für eine ganz kurze Bemerkung. Die wurde durch den Umstand notwendig, daß ich gestern zum Zwecke der Expedierung einer dringenden amtlichen Depesche zu meinem Bedauern das Haus gerade damals verlassen mußte, als der Herr Abgeordnete Rakovßky seine auf den Baron Burián bezüglichen Bemerkungen machte, ich also damals, als ich dem Herrn Abgeordneten antwortete, den genauen Text dieser Bemerkungen nicht kannte. Erst heute konnte ich aus den gestrigen stenographischen Aufzeichnungen ersehen, daß der geehrte Herr Abgeordnete auf ein Ereignis angespielt hat, hinsichtlich dessen er selbst sagt, daß er nichts verraten wolle (liest: „ohne daß ich etwas verriete"), womit er andeutet, es handle sich um eine Frage, die vor der Oeffentlichkeit nicht enthüllt werden könne.

Geehrtes Haus! Eben deshalb bedauere ich sehr, daß der Herr Abgeordnete überhaupt eine solche Frage berührt hat. Denn es schafft eine sehr prekäre Lage, wenn wir über eine diskret zu behandelnde Sache eine Meinung äußern, hinzufügend, daß das Interesse des Staates es verbietet, diese Sache anzuführen. (So ist's! rechts.)

Geehrtes Haus! Eben weil die Lage eine solche ist, muß auch ich mich auf eine Bemerkung beschränken, ohne die bona fides des Herrn Abgeordneten in Zweifel zu ziehen, denn es kann ja sehr leicht geschehen, daß wir — besonders wenn wir gewisse Dinge mit etwas mehr voreingenommenen Blicken von außen betrachten — kein treues Bild der Tatsachen erhalten; ohne also die bona fides des Herrn Abgeordneten in Zweifel ziehen zu wollen, muß ich konstatieren, daß seine Darstellung die Tatsachen nicht deckt. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abgeordneter **Stefan Rakovßky**

erklärt in persönlicher Frage, er betrachte die bindende Diskretion als verpflichtend. Wenn aber derjenige Teil, der sich das noch mehr vor Augen zu halten hätte, die Vertrauensmänner und ihr Vorgehen in einer Zeitung gleichsam einer Kritik unterzieht, so mußte Redner tun, was er nicht lassen konnte und so vorgehen, wie er es getan hat. Der Minister des Aeußern habe, was er zu sagen für gut befunden, in ganz ungewohnter Weise in die Oeffentlichkeit geworfen: so mag er die Folgen tragen und sich vor Augen halten, daß einer, der schießt, immer gefaßt darauf sein muß, daß der andere zurückschießt.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**:

Geehrtes Haus! Ich muß zu meinem Bedauern wiederholen, daß gerade die Behauptung, die der geehrte Herr Abgeordnete jetzt wiederholt hat, sich nicht mit den Tatsachen deckt.

Abgeordneter **Graf Michael Károlyi**

wünscht nichts sehnlicher, als daß in Ungarn und Oesterreich gleicherweise verfassungsmäßiges Leben blühe. Gelingt es nicht, solches zu erreichen, so hat nicht nur das Prinzip der Delegationen versagt, sondern die ganze siebenundsechziger Basis. Wenn auch nicht dem Buchstaben, aber dem Geiste des Ausgleichsgesetzes entsprechend haben die Delegationen zu wirken. Ungarn kann sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs nicht einmengen und nicht unmittelbar verfügen, daß wieder konstitutionelles Leben drüben blühe, wohl aber Oesterreich darauf aufmerksam machen, daß Ungarn von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen werde. Seit zwei Jahren hat in Oesterreich das konstitutionelle Leben ausgesetzt. Es sei unmöglich, daß aus diesem Grunde und gerade in diesen Zeiten drüben alles völlig ohne Kontrolle geschehe, und unsere ungarische Verfassung sei nichts als eine Fiktion, wenn wir in militärischen und außenpolitischen Dingen keinen Einfluß üben können. Zur Beseitigung dieser Anomalie liegen dem Hause zwei Anträge vor, die der Grafen Andrássy und Apponyi. Die Antragsteller haben ihre Anträge eingehend motiviert; Redner will bloß den Standpunkt seiner Partei skizzieren. Der Ministerpräsident, der am besten wisse, daß der siebenundsechziger Ausgleich versagt hat, steht entweder noch auf dieser 67er Grundlage, — dann muß er sich dem Antrag Julius Andrássys anschließen; oder, wenn er hierin eine Einmengung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs erblicke, logischerweise den Apponyischen Antrag annehmen. Die Tatsache an sich, daß hinter dem Ministerpräsidenten eine große Mehrheit stehe, die ihm Vertrauen votiere, ist noch keine Gewähr dafür, daß hier parlamentarisch für die Zukunft Ungarns gesorgt werde; sie bedeute noch nicht, daß diese Zukunft in gute Hände gelegt sei, und sei hiezu auch nicht hinreichend. Denn wäre sie es, so wären ja überhaupt keine Delegationen geschaffen worden. Für Ungarn sei nicht die Kritik der militärischen und außenpolitischen Dinge in der Vergangenhet die Hauptsache, sondern die Möglichkeit, diese Dinge in Zukunft lenken zu können. In Dingen der auswärtigen Politik sei es unmöglich geworden, auf alten Spuren, nach alten Prinzipien zu wandeln. Die Ereignisse haben solches unmöglich gemacht. Der Dreibund sei zerfallen, jetzt heißt es, ganz neuen Richtlinien folgen. Das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn habe sich geändert. Wir tappen aber im Dunkeln betreffend das Wie und Was. Was sind unsere Abmachungen mit Deutschland für die Kriegsdauer? Was für die Zeiten nach dem Kriege? Welches sind die Bedingungen, unter denen Bulgarien nach fünftägigem Zaudern endlich an unserer Seite eingegriffen hat? Was geschieht mit Serbien? Wird es Ungarn angegliedert? Redner hält es für äußerst bedenklich, daß die ganze Oberleitung des Krieges in den Händen von Oesterreich liege. Und wenn sie noch wenigstens ein hiezu geeigneter, geschickter Mann in Händen hätte! So aber wirkt die Heeresleitung auch auf die auswärtige Politik schädlich aus. Die Abgeordneten Apponyi und Rakovßky haben hier im Hause ausgesagt, ihnen gegenüber habe der Minister des Aeußern offen sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß er sich das Vertrauen der militärischen Kreise nicht habe nach der Richtung hin erwerben können, daß diese Kreise ihn über alles informiert hätten. Wie soll er da über deutsche militärische Dinge informiert sein, wenn er's nicht einmal über die eigenen ist? Auch Interessengemeinschaften haben ihre Grenzen. Die Interessen Deutschlands reichen weiter als die unseren. Redner will nicht behaupten, Deutschland würde gegen unsere Interessen handeln, aber seine eigenen liegen ihm nun doch näher. In eine engere politische Interessengemeinschaft würde sich Redner nur einlassen, wenn es jemand gäbe, der gegebenenfalls erfolgreich zur Verantwortung gezogen werden könnte. Gewiß, die Bundestreue müsse gehalten werden; aber auch unsere volle Aktionsfreiheit müsse uns gewahrt bleiben. Wohl sei Redner für eine radikale Neuorganisation der Armee und der Heeresleitung: aber dies müsse aus unserer eigenen Kraft, auf nationaler Grundlage geschehen. Das ganze morsche System müsse geändert werden; dies sei jedoch nur möglich, wenn das Parlament gehörig auftritt. Redner bringt dem Minister des Aeußern größtes Mißtrauen entgegen. Es gehört schon eine Stirn dazu, sich so zu äußern, wie dies gestern Baron Burián in einer Zeitung getan habe. Wenn es wahr sei, daß der Minister des Aeußern in militärischen Dingen nicht orientiert sei, aber über alle Phasen der Vorgänge in Rumänien genau unterrichtet war, dann erhöht dies das Maß der Verantwortlichkeit der Heeresleitung und des Ministerpräsidenten ins Ungeheuere. Es sei nicht stichhaltig, wenn sich Baron Burián dahin entschuldigt, wir haben den genauen Zeitpunkt des Eingreifens von Rumänien nicht wissen können; komme es denn darauf an, ob dies um Punkt 9 Uhr oder um 9 Uhr 5 Minuten geschieht? Der Ministerpräsident habe gesagt, er übernehme für alles die Verantwortung. Jawohl, in politischer Hinsicht, — decke ihn doch seine Majorität. Tatsächlich aber werde das Land ihm und seiner Partei den Verlust Siebenbürgens (Rufe rechts: Oho!) nie verzeihen. Der Minister des Innern, geboren in Siebenbürgen, begütert in Siebenbürgen, hat sich bisher mit keinem Worte geäußert ... (Lärm links.)

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány: Was ists mit Siebenbürgen?

Abgeordneter Johann Justh: Das gehört schon zu Siebenbürgen! (Große Unruhe, Lärm. Präsident schwingt die Glocke.)

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Wer ist für Siebenbürgen verantwortlich?

Abgeordneter Graf Michael Károlyi (fortfahrend): Er bittet den Ministerpräsidenten, sich doch einmal auf die Höhe der Lage zu schwingen. Ihn und seine Partei scheide sehr viel von dem Ministerpräsidenten, im ungarischen Patriotismus aber seien sie alle einig. (Beifall links und äußerst links.)

Graf Béla Serényi

will infolge des Schrittes, den er gegen die Partei, der er bisher angehört hat, unternommen hat, auch einige Fragen persönlicher Natur zur Sprache bringen. Die Ursache seines Austrittes aus der Partei der nationalen Arbeit ist, daß er für den Andrássyschen Antrag eintritt. Redner habe vor einigen Wochen in zwanglosem Gespräch mit dem Grafen Julius Andrássy erklärt, er halte die Einberufung der Delegation für notwendig, er würde einen solchen Antrag unterstützen, welche Konsequenzen dies auch für seine Person nach sich ziehen könnte. Der Ministerpräsident hat dann in einem Gespräch mit dem Redner diese Angelegenheit zur Parteifrage gemacht. (Großer Lärm links.) Infolgedessen mußte er die Konsequenzen ziehen. (Lebhafter Beifall links.) Es leiten ihn keineswegs Machtgelüste und die Sucht, Aufsehen zu erregen, sondern er ist der festen Ueberzeugung, daß dieser Antrag auf den bestehenden Gesetzen beruht und nicht zurückgewiesen werden darf. (Zustimmung links.) Gerade die gegenwärtige Debatte hat den Beweis erbracht, daß so wichtige Fragen der auswärtigen Politik nicht im Abgeordnetenhause mit seinen 453 Abgeordneten, sondern in einer engeren Körperschaft, in der Delegation, im auswärtigen Ausschuß der Delegation verhandelt werden müssen. Graf Julius Andrássy hat auch darin recht, daß das Odium Oesterreichs sich gegen uns richten wird, wenn sie sehen, daß unsere verfassungsmäßigen Körperschaften funktionieren, wir aber keinen Schritt unternehmen, daß auch die gemeinsamen Organe funktionieren sollen. Das Verlangen nach Einberufung der Delegationen bedeutet nicht die Einmengung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs, denn

Neue Freie Presse 14./IX. 1916

der Verlauf der Sitzung.

II

105

geſchehen iſt, ich hielt es jedoch für meine Pflicht, dies hier zu ſagen.

Indem ich jetzt auf den Gegenſtand der Debatte übergehe, ſo muß ich die beiden Gruppen von Fragen, welche nur äußerlich durch die Debatte miteinander verknüpft worden ſind, meritoriſch aber zu trennen ſind — ich muß alſo den Gegenſtand der konkreten Anträge und die damit verbundene Rechtsfrage von den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten über die auswärtige Politik ſeparieren. Was nun die erſte Frage betrifft, ſo muß ich vor allem ein Mißverſtändnis des Herrn Abgeordneten berichtigen. Zu meinem großen Erſtaunen hat er alles das, was ich in der Sitzung vom 6. September mit Bezug auf den Artikel 12 ex 1867 geſagt habe, ſo verſtanden, als ob ich dort die im engeren Sinne genommenen gemeinſamen Angelegenheiten unterſchieden hätte von dem gemeinſam zu behandelnden wirtſchaftlichen Fragen, und ich hätte dem Herrn Abgeordneten zufolge nur auf die erſteren die Beſtimmungen des § 25 bezogen, während meine Unterſcheidung ſich nicht darauf bezogen hat und ſich nicht beziehen konnte. Ich habe vielmehr in Uebereinſtimmung mit dem Text des Geſetzes und in Uebereinſtimmung mit der Anſicht, welche mit Bezug auf die gemeinſamen Angelegenheiten geherrſcht hat und, wie ich glaube, auch heute herrſcht, die Unterſcheidung aufgeſtellt, daß der auf die öſterreichiſche Verfaſſungsmäßigkeit ſich beziehende Teil des § 25 ſich nicht auf die gemeinſamen Angelegenheiten, ſondern bloß auf die Behandlungsweiſe der gemeinſamen Angelegenheiten bezieht, und es wird als Bedingung der im Artikel 12 ex 1867 vorgeſchriebenen Behandlungsweiſe die Verfaſſungsmäßigkeit aufgeſtellt. Das habe ich deutlich geſagt, wie ich denn am Schluſſe dieſes Teiles meiner Rede klar wiederholte, daß dieſe Beſchränkung ſich nur auf die Behandlungsweiſe bezieht.

Das Verhältnis zu Oeſterreich.

Ich ſtimme mit dem Herrn Abgeordneten vollkommen überein und möchte dies mit dem größten Nachdruck betonen, daß es in Ungarn keinen ernſten Faktor geben kann, der nicht wünſchen würde, daß die öſterreichiſche Verfaſſungsmäßigkeit ſich auf das blühendſte entwickle und auf das kräftigſte ſich kundgeben könne. (Zuſtimmung rechts.) Ich muß auf das entſchiedenſte proteſtieren, nicht gegen die Imputation des Herrn Abgeordneten, denn er hat keine ſolche vorgebracht, ſondern gegen eine Auslegung, welche andere ſehr leicht ſeiner heutigen Rede geben können, als ob irgendein Faktor des ungariſchen öffentlichen Lebens immer trachten würde, Oeſterreich der Wohltaten ſeines verfaſſungsmäßigen Lebens zu berauben. Die Beifallsäußerungen meiner Freunde und Prinzipiengenoſſen während der Rede des Herrn Abgeordneten können nicht ſo aufgefaßt werden, als ob dieſer Beifall in dem Umſtande ſeine Erklärung fände, daß es in Oeſterreich kein parlamentariſches Leben gibt. (Zuſtimmung rechts; Lärm und Widerſpruch links.) Hier handelt es ſich einerſeits um eine ſolche Frage, in welcher es zwiſchen Ungarn keine Meinungsverſchiedenheit geben kann, und um eine ſolche Frage, in welcher die Verdunkelung dieſer erfreulichen Tatſache den Intereſſen der ungariſchen Nation großen Schaden verurſachen würde. (Zuſtimmung rechts.) Ich glaube alſo, daß ich den gemeinſamen Intentionen unſer aller und dem öffentlichen Intereſſe diene, wenn ich gegen eine jede ſolche irrtümliche Behauptung auf das entſchiedenſte proteſtiere. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete möge mir glauben, niemand wünſcht wärmer — und vielleicht habe ich mich bereits das eine oder das andere Mal bemüht, dieſer Sache zu dienen — daß die Harmonie der Seele, das Gefühl des Aufeinanderangewieſenſeins, der Intereſſengemeinſchaft zwiſchen Oeſterreich und Ungarn ſo kräftig als möglich zum Ausdruck komme, und niemand bedauert es mehr als ich, wenn diesbezüglich ſtörende Momente auftauchen. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Georg Szmrecſanyi (Volkspartei): Das ſtörendſte iſt Stürgkh! (Lärm links.)

Miniſterpräſident Graf Tisza: Ich behaupte um alles in der Welt nicht — und ich glaube, daß es auch eine große Uebertreibung iſt, und ich bedaure ſehr, daß der Abgeordnete einer ſolchen Anſchauung Ausdruck gegeben hat — ich glaube überhaupt nicht, daß das Verhältnis zwiſchen Oeſterreich und Ungarn heute ſchlechter wäre als es früher geweſen iſt. (Abgeordneter Graf Julius Andraſſy macht einen Zwiſchenruf.) Sowohl die Stimmung! Auch ich verſtehe das. Dagegen proteſtiere ich ſehr entſchieden. Darin iſt eine große Uebertreibung. (Zwiſchenrufe links.) Ich anerkenne bereitwillig, daß es zu meinem Bedauern gewiſſe, die Stimmung ſtörende Momente gibt. Ich berühre dies nur nebenbei. Das wichtigſte unter ihnen iſt entſchieden die Frage der Approviſionierung, bei welcher aus der bedauerlichen Tatſache, daß in Ungarn ſo ſchlechte Ernten waren wie ſchon lange nicht, wir verhältnismäßig wenig im Intereſſe der Verproviantierung der öſterreichiſchen Bevölkerung tun konnten, viel weniger, als wir hätten tun mögen. Es iſt daher natürlich, daß dies irrtümlich aufgefaßt wird und daß es zur Störung der Stimmung dient. Aber in dieſer Frage muß ebenſo wie in jeder anderen ein jeder Ungar mit dem größten Nachdruck dahin wirken, damit dieſe ſtörenden Eindrücke und Mißverſtändniſſe aus der öſterreichiſchen öffentlichen Meinung ausgeſchaltet werden. (Lebhafte Zuſtimmung rechts und im Zentrum.)

Ein zur Hervorrufung einer ſolchen ſtörenden Wirkung, eines ſolchen Mißverſtändniſſes geeigneter Irrglaube wäre es, daß, ſei es die ungariſche Regierung, ſei es das ungariſche Parlament, ſei es irgendein anderer ungariſcher Faktor daran teil hat, daß das öſterreichiſche verfaſſungsmäßige Leben in die jetzige unangenehme Sackgaſſe geraten iſt. (Zuſtimmung rechts.) Dagegen müſſen wir entſchieden proteſtieren.

Andererſeits müſſen wir uns aber ſehr entſchieden davor hüten, uns in welcher Richtung immer, in einer momentan gefälligen Richtung ebenſowenig — denn auch das rächt ſich ſehr — wie in einer anderen Richtung in die inneren Angelegenheiten des öſterreichiſchen Staates einmiſchen zu wollen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Hiemit können wir im gegebenen Augenblick in einzelnen Kreiſen Oeſterreichs für uns Sympathien erwecken, aber dieſe werden ephemerer Natur ſein. Hievon können die Dinge nur eine ſolche Entwicklung nehmen, daß gegenſeitig Einmiſchungsverſuche eintreten, gegenüber welchen man ſagen muß: Principiis obsta! Auf dieſer ſchiefen Ebene darf man nicht einen Schritt weiter tun, wenn wir ſchädliche und gefährliche Folgen vermeiden wollen. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Eben deshalb gehe ich nicht in die Erörterung der Fragen ein, welche der Herr Abgeordnete bezüglich der inneren Verhältniſſe Oeſterreichs berührt hat. Ich beſchränke mich einfach auf zwei Dinge: Das eine iſt: Ich wünſche pflichtgemäß feſtzuſtellen, daß aus der Tatſache, daß das öſterreichiſche Parlament nicht funktioniert, daß der Herr öſterreichiſche Miniſterpräſident ſeltener Gelegenheit hat, vor der Oeffentlichkeit aufzutreten, überhaupt nicht folgt, daß er auf dem ganzen Gebiete der gemeinſamen Angelegenheiten nicht ſeinen paritätiſchen Einfluß zur Geltung bringen würde. Das andere iſt die Erörterung des Herrn Abgeordneten bezüglich der öſterreichiſchen Geſetzesauslegung. Eben deshalb, weil es ſich um die Auslegung eines öſterreichiſchen Geſetzes handelt, beabſichtige ich überhaupt nicht, zum Meritum der Sache Stellung zu nehmen. Ich möchte bloß auf eine Tatſache die Aufmerkſamkeit des Hauſes lenken und dieſe iſt, daß die bisherige öſterreichiſche Praxis tatſächlich dahin ging, daß inſofern die Delegation, welche in dem betreffenden Jahre hätte gewählt werden ſollen, nicht gewählt ſein ſollte, die im vorangegangenen Jahre gewählte Delegation funktionieren kann. Dies wurde aber bisher immer bloß auf die im vorangegangenen Jahre gewählte Delegation bezogen. (Heiterkeit und Zwiſchenrufe links. Hört! Hört! = Rufe rechts.) Ich bitte, die Herren ſtören mich, ſicherlich ohne es zu wollen, wieder in meinem Gedankengange. (Widerſpruch links.) Ich bitte, einmal zu verſuchen, von dieſer Seite aus zu ſprechen. Die Herren haben es leicht, zu ſprechen, welche regelmäßig in voller Ruhe angehört werden. (Lebhafte Zuſtimmung rechts.)

Präſident bittet um Ruhe.

Die Beſtimmungen des Delegationsgeſetzes über die öſterreichiſche Delegation.

Miniſterpräſident Graf Tisza: Ich ſage alſo, dies war die öſterreichiſche Praxis, und ſie wurde auf der Interpretation aufgebaut, daß das Geſetz obligatoriſch ausſpricht, daß in jedem Jahre eine Delegation zu wählen iſt. Dies bedeutet, daß in jedem Kalenderjahre eine Delegation zu wählen iſt. Wenn aber in irgendeinem Kalenderjahre die betreffende Delegation nicht gewählt iſt, fungiert die im vorhergehenden Jahre gewählte Delegation.

Ich nehme weder für [illegible] gegen dieſe Auslegung Stellung. Ich bezweifle [illegible] das Recht welches öſterreichiſchen Faktors immer, dem Geſetze eine andere Auslegung zu geben. Das iſt vollkommen ihre innere Angelegenheit. Ich wollte bloß darauf verweiſen, daß die Präzedenzfälle, welche der Herr Abgeordnete vorgebracht hat, und die Aeußerungen, welche er verleſen hat, nachdem bisher die ganze öſterreichiſche juriſtiſche Auffaſſung ſich in dieſen Schranken bewegte, nicht den gegenwärtigen Fall decken, und dies iſt entſcheidend in der Beziehung, daß meine Auffaſſung bezüglich des Antrages des Herrn Abgeordneten von der des Herrn Abgeordneten abweicht.

Der Herr Abgeordnete ſagt, daß es eine Pflicht Oeſterreichs gegenüber Ungarn iſt, eine Delegation zu wählen, daß alſo Ungarn berechtigt iſt, Oeſterreich zur Erfüllung dieſer Pflicht zu drängen. Ich fürchte, daß der Herr Abgeordnete mit dieſer Theſe ein ſehr gefährliches Gebiet betreten hat; denn mit dieſer Theſe ſetzt er ſich eigentlich in Widerſpruch zu der ungariſchen ſtaatsrechtlichen Auffaſſung, zu dem kardinalen Satze, daß im Jahre 1867 zwiſchen dem ungariſchen Staate und dem öſterreichiſchen Staate nicht Verpflichtungen zuſtande gekommen ſind. (Zuſtimmung rechts.) Es kam keine gemeinſame Uebereinkunft oder vertragsmäßige Vereinbarung zwiſchen den beiden Staaten zuſtande, ſondern jeder ordnete bezüglich der gemeinſamen Angelegenheiten die Sache in ſeinem Rechtskreiſe, die ungariſche und die öſterreichiſche Geſetzgebung. (Zuſtimmung rechts.) Es kam ein ungariſches Geſetz zuſtande und ebenſo ein öſterreichiſches Geſetz. Das ungariſche Geſetz halten wir für uns verpflichtend, die Oeſterreicher halten ihr Geſetz für ſich verpflichtend, aber kein Staat gab mit dem 67er Geſetz dem anderen einen Rechtstitel zur Einmiſchung. (Lebhafte Zuſtimmung rechts. Bewegung links.) Der Herr Abgeordnete möge ſich nur erinnern, wie oft man auf dem Gebiete der Theorie und der Doktrinen wie in Fragen der praktiſchen Politik drüben der irrtümlichen Auffaſſung und Beſtrebung begegnen mußte, daß unter Konſtruktion irgendeines gemeinſamen Ausgleichsdokuments daraus Verpflichtungen und infolge der Verpflichtungen ein Einmiſchungsrecht abgeleitet wurde. Ich würde ſehr wünſchen, daß Oeſterreich ſeine Delegation wähle. Diesbezüglich verlangen aber ſolche Fragen eine Erwägung, welche in den Wirkungskreis der kompetenten öſterreichiſchen Faktoren gehört. Deshalb würde ich es für einen Fehler, für ein gefährliches Präzedens und für eine Aufmunterung ſolcher öſterreichiſcher Beſtrebungen halten, gegenüber welchen wir alle ohne Parteiunterſchied in der Vergangenheit Stellung genommen haben, wenn wir uns jetzt in die inneren Angelegenheiten Oeſterreichs einmiſchen wollten. Infolgedeſſen bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, dem Antrag des Herrn Abgeordneten zuzuſtimmen, und nun bitte ich, mir zu geſtatten, auf die zweite Gruppe der Fragen, auf die außenpolitiſchen Fragen, überzugehen. (Hört! Hört!)

Die außenpolitiſchen Angelegenheiten.

Ich tue das nicht gern, denn wir ſehen — und in dieſer Beziehung geben leider die Erfahrungen der jüngſten Vergangenheit meinen Beſorgniſſen nur allzu ſehr Recht — daß ſelbſt die klarſten, einwandfreieſten, einfachſten Erklärungen ſowohl im Inlande als insbeſondere im feindlichen Auslande zu den unmöglichſten Mißverſtändniſſen und Mißdeutungen Anlaß gegeben haben und für die großen Intereſſen des Landes von ſchädlichen Konſequenzen ſein können. Ich geſtehe, ich bedauere es alſo ſehr, daß die Herren Abgeordneten der Ueberzeugung ſind, daß ſie jetzt eine eingehende außenpolitiſche Debatte führen müſſen. Ich muß aber natürlich dieſe Ueberzeugung der Herren achten und kann mich auch nicht auf den Standpunkt ſtellen, daß ich mich gegenüber der Kritik der Herren Abgeordneten auf vollkommenes Schweigen beſchränke, denn es verſteht ſich von ſelbſt, wenn es den Herren gelingt, in der Nation die Ueberzeugung und die Beſorgnis zu erwecken, daß unſere auswärtige Politik eine ganze Serie gefährlicher Verirrungen und Irrtümer iſt (lebhafte Rufe links: So iſt es! Widerſpruch rechts), dann iſt es ſehr natürlich, daß hiedurch eine Stimmung im Lande hervorgerufen wird, welche die männliche und kraftvolle Führung dieſes Krieges nicht begünſtigt. (Lebhafte Zuſtimmung rechts. Lärm und Widerſpruch links und auf der äußerſten Linken.)

Abgeordneter Sümeghi (Karolyi-Gruppe) ruft: Burian ſoll gehen. (Lärm.)

Abgeordneter Stephan Rakovszky: Nicht unſere Reden haben das verurſacht!

Abgeordneter Gabriel Ugron (Verfaſſungspartei): In Siebenbürgen haben wir die Stimmung gemacht! (Lärm.)

Der Präſident erſucht um Ruhe.

Miniſterpräſident Graf Tisza: Es iſt meine Pflicht darauf zu verweiſen, daß die Kritik der Herren Abgeordneten in ſehr vielen Beziehungen unrichtig, übertrieben und wenigſtens ſehr einſeitig iſt und deshalb iſt es, wo ich es über die Mittel der Verteidigung ohne Verletzung wichtiger aktueller Intereſſen tun kann, meine Pflicht, den Faden des Gedankenaustauſches mit den Herren aufzunehmen. (Hört! Hört!)

Beim größten Teile der Fragen muß ich mit einem ſehr großen Nachteile kämpfen, denn ich muß natürlich über unzählige Momente ſchweigen, durch deren Darlegung ich, wie ich glaube, Aufklärung und Beruhigung geben könnte. Ich bin jedoch in der Lage, da es eine Gruppe von Fragen gibt, welche heute gewiſſermaßen bereits der Geſchichte angehört, über dieſe mich wenigſtens bezüglich der weſentlichſten Momente ohne Verletzung des Staatsintereſſes zu äußern. Ich bitte alſo, zu geſtatten, daß ich bei dieſer Frage mich bemühe, detaillierter und eingehender die Kritik des Herrn Abgeordneten betreffs ſeiner Behauptungen zu rechtfertigen.

Die italieniſche Frage.

Dies iſt die Frage der gegenüber Italien entwickelten diplomatiſchen Aktion. Graf Andraſſy erhob den Vorwurf, daß wir uns bis in den Staub erniedrigt haben, ohne daß wir den Frieden mit Italien hätten aufrechterhalten können, und er begleitet dies mit der Bemerkung, daß dies zum großen Teile die Folge der von uns befolgten Politik war. Dann bemühte er ſich, zu beweiſen, daß es wenigſtens fraglich iſt, ob der Krieg mit Italien tatſächlich unvermeidlich war, und daß daran, daß wir den Krieg nicht zu vermeiden vermochten, der Einfluß des gegenwärtigen Herrn Miniſters des Aeußern ſehr große Schuld trägt. Der Herr Abgeordnete hat zum Beweiſe dieſer Behauptung auch vorgebracht, daß ſelbſt die Organe unſerer auswärtigen Vertretung vor Ausbruch des Krieges nicht der Ueberzeugung waren, daß der Krieg unvermeidlich ſei. Hiemit beweiſt der Herr Abgeordnete gar nichts. Denn auch ich habe geſagt, daß bei der nachträglichen Beleuchtung der eingetretenen Ereigniſſe heute niemand mehr darüber im Zweifel ſein kann, daß der Krieg unvermeidlich war. Auch ich habe nicht behauptet und konnte nicht behaupten, daß im Laufe dieſer Verhandlungen wir die Vermeidung des Krieges für eine Unmöglichkeit hielten. Der Herr Abgeordnete hat dann Zitate aus den Telegrammen des Barons Sonnino verleſen. So betont er beſonders, daß Baron Sonnino ſchon nach ſeiner erſten Berührung mit Baron Burian am 26. Januar ſchreibt (lieſt): „Ich bemühe mich ſehr, die Gemüter zu beruhigen uſw., aber ich überzeuge mich, daß, während ich damit nach innen eine täglich wachſende politiſche Verantwortlichkeit übernehme, nach außen meine Bemühung kein praktiſches Ergebnis erzielen wird." Trotz des ſeitens Deutſchlands wahrnehmbaren unzweifelhaft guten Willens, von dieſem — ich hatte keine Zeit, nachzuſehen, aber aller Wahrſcheinlichkeit nach — Inhalte eines an den Berliner Botſchafter Italiens gerichteten Telegramms ſagt bereits der Herr Abgeordnete (lieſt): „Hier iſt die erſte Impreſſion ſeiner (nämlich des Herrn Miniſters des Aeußern) dilatoriſchen Konverſation. Sie erweckt gleich den Eindruck, daß er ihn (nämlich Sonnino) hintergehen will." Auf dieſen Teil der Fragen komme ich noch zurück. Hier erkläre ich ſchon ganz kurz, daß, wer immer dieſes erſte Geſpräch Baron Burians mit dem Wiener italieniſchen Botſchafter, von welchem hier die Rede iſt, mit den Erklärungen vergleicht, welche in dieſer Frage vorher gegeben waren, aus dieſem Geſpräch ſicherlich nicht ſolche Konſequenzen ableiten kann, welche er nicht früher abgeleitet hätte, und in dem Telegramm des Barons Sonnino iſt keine Spur und kann auch nicht eine Spur davon ſein, daß er dieſes Mißtrauen aus dem erſten Geſpräche mit dem Baron Burian und nicht aus dem bisherigen Verhalten der Monarchie abgeleitet hätte. Dann ſetzt der Herr Abgeordnete die Zitate fort und — ich bemerke dies nur nebenbei — als charakteriſtiſch für dieſe Sonninoſchen Erklärungen, daß in dem einen Zitat auch enthalten iſt, daß er am 12. Februar darüber klagt, daß immer neue und neue militäriſche Expeditionen auf dem Balkan erfolgen. Ich glaube dies charakteriſiert

Neue Freie Presse 14./IX. 1916

der Verlauf der Sitzung.

III

106

zur Genüge, wie begründet die Sonninoschen Klagen sind, welche neue Expeditionen auf dem Balkan seit dem Amtsantritte des Barons Burian erfolgten, darüber glaube ich, könnte niemand Aufklärung geben. Der Herr Abgeordnete setzte die Zitate bis zum 13. März fort, dann kommt ein Sprung auf den 15. April. Was alles zwischen dem 13. März und dem 15. April war, werde ich die Ehre haben, kurz zusammengefaßt vorzubringen, und dann bringt er wieder als Beweis unseres verfehlten Vorgehens vor, daß Botschafter Herzog von Avarna am 25. April folgendes sagt (liest): „Bis zum heutigen Tage verblieb der Minister des Aeußern bei den vergeblichen Debatten, und es scheint, er kennt nicht die wahre Lage bei uns. Demgemäß scheint das Uebereinkommen mit Oesterreich-Ungarn auf der von Eurer Exzellenz formulierten Grundlage beim gegenwärtigen Stande der Dinge förmlich undurchführbar." Deshalb kann man doch nicht Baron Burian anklagen, daß er auf der von Baron Sonnino formulierten Grundlage nicht die Vereinbarung in Aussicht stellte. Diese Grundlage kennen wir doch alle. Wir alle wissen, daß darin die Okkupierung eines Teiles von Deutschtirol enthalten war und eine solche Verstümmlung des Küstenlandes, welche tief eingegriffen hätte in das eine slawische Bevölkerung besitzende Bergland und die militärische Sicherheit der Monarchie bedroht hätte. Darin enthalten war ferner die Abtrennung von Triest von der Monarchie und seine Gestaltung zu einem an Italien grenzenden selbständigen Staate, darin enthalten war die Ueberlassung einer in unmittelbarer Nähe Dalmatiens gelegenen Inselgruppe an Italien. Wir stimmen sicherlich darin überein, daß dies nicht angenommen werden konnte, und die Hoffnung zu erwecken, daß dies angenommen werden würde, wäre in der Tat nicht ein Verdienst, nicht Geschicklichkeit, sondern der größte Fehler gewesen. (Zustimmung rechts.)

Um aber die ganze Politik gegenüber Italien richtig erwägen zu können, bitte ich zu gestatten, in möglichster Kürze einen Rückblick auf den ganzen Verlauf der mit Italien geführten Verhandlungen zu werfen. (Hört! Hört!) Bekanntlich hat sich Italien bei Ausbruch des Krieges auf den Standpunkt gestellt, daß der Casus foederis nicht vorliegt und daß es am Kriege nicht tätigen Anteil mit den Waffen nimmt. Es tat dies mit wiederholter Betonung seiner Vertragstreue und des freundschaftlichen Wohlwollens, mit welchem es hoffe, der Monarchie Dienste leisten zu können. Man erinnert sich auch noch sowohl an das Telegramm des Königs von Italien vom 2. August, wie an den Brief, welchen Marchese di San Giuliano an unseren römischen Botschafter Herrn v. Merey gerichtet hat. Gleichzeitig aber warf Italien auch die Frage der Kompensationen auf, indem es seiner Anschauung Ausdruck gab, daß insofern wir serbisches Gebiet okkupieren würden, dies Italien ein im Artikel 7 des Dreibundes enthaltenes Kompensationsrecht gebe. Dieses Kompensationsrecht hat der damalige Herr Minister des Aeußern unter einer gewissen Bedingung, nämlich der des künftigen freundschaftlichen Verhaltens Italiens, sogleich angenommen. Nachdem aber seitens Italiens behauptet wurde, daß es sich hier um ein vertragsmäßiges Recht handle, also um ein solches, dessen Gewährung oder Nichtgewährung nicht an Bedingungen geknüpft werden könne, nachdem es also wünschte, daß dieses Recht bedingungslos gegeben werde, hat dies der damalige Minister des Aeußern in einer am 25. August abgegebenen Erklärung ohne jede Bedingung anerkannt, worauf er dann die Antwort erhielt, daß die italienische Regierung von dieser Erklärung mit Freude Kenntnis nimmt, jedoch erklärt, daß die gegenwärtige Kriegslage noch nicht geeignet sei, schon derzeit einen Gedankenaustausch auf Grund des erwähnten Artikels einzuleiten.

Man erinnert sich auch, daß wir am 28. August bereits nach der ersten serbischen Offensive waren, welche wenigstens auf eine Zeitlang ein gewisses serbisches Gebiet in unseren provisorischen militärischen Besitz gebracht hatte. Hierauf, vom 28. August an, tritt eine längere Pause in den Verhandlungen ein. In dieser Pause jedoch spielen zwei Ereignisse. Das eine ist unsere zweite serbische Offensive, welche im September begann und in der zweiten Hälfte Oktober einen bedeutenderen Fortschritt machte, so daß Mitte November bereits ein ganz bedeutendes serbisches Gebiet in unserem Besitze war. Das zweite Ereignis ist der im Oktober eingetretene Tod des Marchese di San Giuliano und die Besetzung seiner Stelle durch Baron Sonnino, so daß die Verhandlungen am 12. Dezember, also wenigstens zwei Monate nach Beginn unseres Vormarsches auf serbischem Gebiete, bereits mit dem neuen italienischen Minister des Aeußern beginnen.

Gleich bei der ersten Verhandlung springt die für uns nicht günstige Veränderung ins Auge. Um bloß auf eine mehr symptomatische Erscheinung zu verweisen: In den Erklärungen der italienischen Regierung bei Ausbruch des Krieges, eben in jener Erklärung, worin sie für die Neutralität Stellung nimmt, bringt der italienische Minister des Aeußern in einer amtlichen Note zum Ausdrucke, daß die italienische Regierung stets das von Oesterreich-Ungarn im letzten Kriege Italiens bewiesene freundschaftliche Verhalten im besten Andenken bewahrt habe, der neue Minister des Aeußern aber schmiedet im Laufe des Gedankenaustausches bereits Gravamina und Waffen aus dem von der Monarchie in diesem selben Kriege gegenüber Italien beobachteten Verhalten. Das hat aber bloß mehr symptomatische Bedeutung. Wichtiger ist etwas anderes. Während Marchese di San Giuliano nicht nur keine Einwendung dagegen erhob, daß wir den Krieg mit Serbien vor Erledigung der Kompensationsfrage beginnen, ja, während er am 28. August sogar sagt, daß er in die Verhandlung der Frage nicht eingehe, weil die Sache noch nicht zu Verhandlungen reif sei, wagt Baron Sonnino in seiner ersten Note vom 12. Dezember die Behauptung, daß man eigentlich vor Beginn der serbischen Offensive bezüglich der Kompensation hätte zu einem Einvernehmen kommen müssen, und daß die italienische Regierung einen Beweis ihrer weitgehenden Geduld gegeben habe, als sie nicht gegen den Beginn der serbischen Kriegsoperationen protestierte. Graf Berchtold erledigt die Note vom 12. Dezember ziemlich kurz damit, daß er auf die ungewissen Chancen des Krieges verweist, unter denen er heute selbst beim besten Willen nicht das Substrat zu einschlägigen Verhandlungen finden kann, und nachdem in diesen Tagen unser Rückzug aus Serbien erfolgte, wurde diese Frage wenigstens auf eine gewisse Zeit nicht weiter berührt, so daß man hätte denken können, daß die italienische Regierung eine neue Pause in den Verhandlungen eintreten läßt. Diese Pause dauerte jedoch nur kurze Zeit. Nach einer gewissen vorhergehenden mündlichen Sondierung tritt Baron Sonnino am 11. Januar neuerlich mit seinen Wünschen auf, und da bekennt er bereits Farbe in der Beziehung, daß nach seiner Ansicht als Kompensationsobjekt nur ein solches Gebiet dienen könne, welches sich im Besitze der Monarchie befinde. Er wirft daher die Frage auf, welche bis dahin gewissermaßen bloß in der Luft schwebte, bezüglich welcher bloß gewisse Anspielungen geschahen, nämlich die Frage der territorialen Verstümmelung der Monarchie.

Wie diesbezüglich Minister des Aeußern Graf Berchtold dachte, wird sehr leicht sein zu beweisen (Hört! Hört!), denn am 21. August gibt er angesichts solcher Anzeichen, nach denen wir es nicht für ausgeschlossen halten konnten, daß diese Frage zum Gegenstande eines Gedankenaustausches gemacht wird, dem Botschafter Baron Macchio die Weisung: „Wenn jedoch der Minister auf die Ueberlassung des Trentino oder irgendeines anderen Gebietsteiles der Monarchie anspielen sollte, müssen Eure Exzellenz darauf verweisen, daß eine solche Proposition unter keinen Umständen zu dem gewünschten Ergebnis führen kann." Als dann die Frage neuerlich aktuell wird, nach der Demarche vom 12. Dezember, erhält Baron Macchio neuerlich am 13. Dezember, also in einem späteren Stadium, die Weisung, daß keine Rede davon sein kann, daß die in dieser Angelegenheit zu führende Unterredung, wie dies aus den vom Herzog von Avarna auf nationale Aspirationen gemachten Anspielungen anzunehmen ist, sich auf irgendein zur Monarchie gehöriges Gebiet erstrecke. Als sich Graf Berchtold am 11. Januar dieser Forderung unmittelbar gegenüber fand, verschwieg er auch da nicht seine Entrüstung über diese Forderung und damals gebrauchte er den gewissen, auch vom Herrn Abgeordneten zitierten Ausdruck, daß man auf dieser Grundlage kaum zu einer Vereinbarung gelangen könnte.

Inzwischen kam der Ministerwechsel und ungefähr dasselbe Verhalten zeigte bei seinem folgenden Gespräch schon auch der Nachfolger des Grafen Berchtold; denn als Botschafter Herzog von Avarna auf diese Frage am 17. Januar zurückkam, fand er bereits den neuen Minister des Aeußern in seiner Stellung. Ich müßte eigentlich hier die zwei langen Unterredungen verlesen, um meine Behauptung zu beweisen, ich bitte aber doch diese zwei langen Unterredungen selbst zu lesen, sie sind ja im Rotbuch enthalten. Natürlich trägt jede Unterredung den Charakter der Individualität der die Unterredung führenden Personen, aber bezüglich des Verhaltens der Monarchie ist keinerlei Wendung in dieser neuen Unterredung enthalten, welche in dem italienischen Minister des Aeußern die Ueberzeugung hätte erwecken können, daß man ihn hintergehen wolle, wie der Herr Abgeordnete behauptete.

Dann, geehrtes Haus, fließt der Ideenaustausch am 29. Januar und am 11. Februar weiter. Alles in allem waren es also vier Gespräche, drei am 11., am 17. und am 29. Januar noch mit dem Grafen Berchtold und eines am 11. Februar bereits mit dem Baron Burian. In diesen vier Gesprächen wird einvernehmlich betont, daß von einer territorialen Ueberlassung seitens der Monarchie kaum die Rede sein könne. Nirgends, wird gesagt, nie, unter keinen Umständen oder auf keinen Fall, nirgends hat diese Frage ein endgültiges Refüs erfahren, anderseits erstrecken sich alle vier Gespräche auf das ganze Gebiet der schwebenden Fragen und bewegten sich unter sehr freundschaftlichen, die Pflege des Vertragsverhältnisses betonenden Formen. Dessenungeachtet zieht Baron Sonnino am 15. Februar unter Hinweis auf die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen seine sämtlichen Erklärungen zurück und erklärt, daß die Monarchie in dem Falle, daß sie die Kriegsoperationen auf serbisches Gebiet erstrecken sollte, sich hinsichtlich des Objekts der Kompensationen einigen müsse. Und ehe noch die Frage auftauchen konnte, was eigentlich der wahre Sinn dieser Forderung sei, präzisierte er dies am 22. Februar dahin, daß dieser Akkord, diese Einigung perfektuiert werden müsse, noch ehe wir mit unseren Armeen serbisches Gebiet betreten, da er das entgegengesetzte Vorgehen als Vertragsbruch betrachten würde.

Wir sehen also, daß diese Stellungnahme des Barons Sonnino der bei Kriegsausbruch von seiten der italienischen Regierung abgegebenen Erklärung und ihrer Haltung diametral widerspricht. Anderseits, wenn wir sehen, daß die Haltung der italienischen Regierung vom 28. August bis zum 11. Dezember, also eine mehrmonatige Pause, zur Folge hatte, daß Baron Sonnino selbst nach seinem am 11. Dezember gemachten Schritte einen vollen Monat wartete, bis er am 12. Januar einen neuen Schritt unternommen hat, dann kann ich es wahrlich nicht verstehen, wie jemand der die Einigung ernstlich wünscht, die Tatsache, daß ein sehr intensiv und freundschaftlich gepflogener Ideenaustausch während der Zeit eines weiteren Monats zu keinem Erfolge geführt hat, als Motiv zur Unterbrechung der Verhandlungen anführen kann. Die Monarchie hatte in diesem Augenblicke durchaus noch nicht die Absicht, eine neuerliche serbische Offensive in Angriff zu nehmen. Die Frage zeigte sich von unserem Gesichtspunkte aus nicht als aktuell. Baron Sonnino kam jedoch ehestens auf diese Frage zurück und interessierte sich am 2. März dafür, ob wir irgend etwas machen werden, und ob wir auf Grund der Frage der Gebietsabtretung die Unterhandlungen in Aussicht nehmen. Und da erfolgte von seiten der Monarchie die Entschließung, daß wir der italienischen Regierung unsere prinzipielle Geneigtheit zu Unterhandlungen auf Grundlage von Gebietskonzessionen mitteilen. Diese Entschließung erfolgte am 8. März und wurde am 9. März dem italienischen Kabinett zur Kenntnis gebracht. Und nun kommt der Herr Abgeordnete mit der Beschuldigung, welche er in seiner heutigen Rede vielleicht noch mehr zuspitzte, indem er sagt, daß wir wohl in ehrlicher Absicht Konzessionen machten, aber in so unglücklicher Weise und stets zu einer Zeit, da wir militärisch schlecht standen und immer unter der Einwirkung der Bestürzung und der militärischen Kalamitäten, mit welchen wir also keinen entsprechenden Erfolg erreichen konnten. Der Herr Abgeordnete betont insbesondere, daß die rasch aufeinanderfolgende Verbesserung unserer Anerbietungen gleichfalls während eines solchen ungünstigen militärischen Moments geschehen ist. Vor allem muß ich wiederholt tief bedauern, daß der Herr Abgeordnete das Wort Bestürzung heute aufs neue unterstrichen hat. Wenn der Herr Abgeordnete behauptet, daß diejenigen, welche für die Führung der Angelegenheiten der Monarchie verantwortlich sind, Besorgnisse hegten und unter Einwirkung dieser Besorgnisse handelten, so hat er damit etwas ganz Natürliches bestätigt, aber man darf die Monarchie nicht so hinstellen, als ob sie vor anderthalb Jahren in einer Lage gewesen wäre, in welcher sie unter der Einwirkung einer Bestürzung hätte handeln müssen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Sehen wir nun, ob die Kritik des Herrn Abgeordneten, bezüglich des Anerbietens von Konzessionen, stichhältig ist. Ich weiß nicht, wann nach Angabe des Herrn Abgeordneten vor dem 9. März der günstige militärische Moment war, in welchem wir das Anerbieten hätten stellen können. Er möge die Ereignisse des Krieges vom Ausbruche angefangen überdenken; ich weiß nicht, ob er einen Moment finden wird, von welchem er sagen könnte, das war der günstige Moment, in diesem hätten wir die Offerte machen müssen. Im Gegenteil. Erst kamen die großen Schlachten um Lemberg, der Verlust eines ansehnlichen Teiles Galiziens, der Rückzug aus Serbien und bereits zu Beginn des Winters die russische Offensive in den Karpathen. Nun weiß ich wahrlich nicht, wo der günstige Moment gewesen sein soll, den wir versäumten. (Zustimmung rechts.)

Gehen wir weiter. Am 9. März machten wir unsere Offerte, also ich glaube wirklich, kurze Zeit nachdem sich die Lage infolge der schroffen Haltung des Barons Sonnino zugespitzt hatte. Auf dieses Anerbieten erhielten wir zunächst eine präliminare Antwort, in welcher der italienische Minister des Aeußern vollständige Geheimhaltung forderte, was selbstverständlich ist. Ferner knüpfte er die Verhandlungen an einen fünfzehntägigen Termin und forderte unsere vorherige Aeußerung darüber, daß wir das Gebiet, bezüglich dessen Ueberlassung wir uns einigen, auch sofort übergeben werden. Was dies inmitten eines Krieges bedeutet hätte, darüber haben wir ja weiter kein Wort zu verlieren.

Wir nahmen den Faden des Ideenaustausches hinsichtlich dieser Vorfragen unverweilt auf. Wir konnten auch nichts anderes tun. Unsere Antwort ist mit der durch die Verhältnisse zulässigen größten Raschheit abgegangen und führte schließlich zu dem Ergebnisse, daß der italienische Minister des Aeußern — ich glaube am 21. März — seine Zustimmung dazu erteilte, daß die Fragen der sofortigen Effektuierung, hinsichtlich welcher er aber seinen Standpunkt schroff aufrechterhielt, in Schwebe gelassen werden und daß in die konkrete Verhandlung der territorialen Konzessionen eingegangen werde. Darauf mußten wir, nicht wahr, erwarten, daß Italien, welches Kompensationen verlangt, seine Wünsche selbst bezeichnen werde. Der italienische Herr Minister des Aeußern sagte aber, er mache keine Anerbieten, die Monarchie möge ihre Offerte stellen. Daraufhin hat — kaum nach einigen Tagen — am 25. März Baron Burian erklärt, daß er innerhalb der kürzesten Frist seine konkreten Vorschläge vorlegen werde, und am 28. März tat er dies auch, indem er sich bereit erklärte, die von italienischer Bevölkerung bewohnten Teile Tirols zu überlassen. Nun, geehrtes Haus, bin ich der Ansicht, daß sich die Sache hier naturgemäß entwickelte und daß somit keinerlei gekünstelte Verbindung zwischen der militärischen Lage und den Verhandlungen bestand, sondern daß die Verhandlungen auf dem Wege geführt wurden, welchen die Haltung des italienischen Ministers des Aeußern notwendig machte. Am 28. März erklärte daher Baron Burian, daß die Monarchie geneigt wäre, aus dem italienischen Teile Tirols territoriale Konzessionen zu geben, und als Baron Sonnino dieses Gebiet präzisiert wissen wollte, erfolgte dies am 1. April, also nach einigen Tagen. Die prinzipielle Erklärung erfolgte am 9. März, die konkreten Aeußerungen am 28. März und am 1. April. In diesen drei Aeußerungen kommt noch keinerlei Steigerung des Anerbietens vor, weil wir ja doch den Vorschlag machten, den wir in erster Reihe in Aussicht nehmen wollten und als territoriale Konzession in Aussicht genommen hatten. Nun dauerte es vom 1. bis 11. April, bis wir vom italienischen Minister des Aeußern eine meritorische Antwort erhielten. Am 11. April schickte er uns die berüchtigte Antwort, deren wesentlichste Punkte ich in meiner heutigen Rede bereits erwähnt habe und denen gegenüber wir die Unterhandlungen fortsetzen, von dem Wunsche durchdrungen, wenn überhaupt möglich, zu einer Einigung zu gelangen. Und wir setzen sie fort, indem wir in unserer ersten Antwort am 16. April bezüglich der Grenzlinie des Trento, eine Konzession machten, daß heißt, daß wir das an Italien zu überlassende Gebiet als etwas größer bezeichnen. Nebenbei bemerkt, bekunden wir am 18. April ein neuerliches Entgegenkommen, indem wir in Aussicht stellen, daß, wenn auch die sofortige Ueberlassung nicht möglich sei, wir schon während des Krieges gewisse vorbereitende Arbeiten in Angriff nehmen werden. Nachdem wir aber von seiten des italienischen Ministers des Aeußern immer wieder eigentlich nur die Betonung dessen erhielten, daß dies alles nicht genüge, und da er im weiteren Verlaufe des Ideenaustausches, wenn er auch in kleineren Dingen eine gewisse Nachgiebigkeit in Aussicht stellte, wesentlich aber an seinem Standpunkte vom 11. April festhielt, antworteten wir am 28. April auf die lange und meritorische Erörterung des Baron Sonnino vom 22. April, in welcher Antwort der Herr Minister des Aeußern in sehr kurzem Tone den Faden des Ideenaustausches wieder aufnimmt und namentlich in Bezug auf Albanien neuerliche Konzessionen in Aussicht stellt. Der nächste Schritt erfolgte am 4. und 5. Mai, somit zwei Tage nach Gorlice.

Nach dem Triumphe von Gorlice bieten wir eine Grenzberichtigung dem Isonzo entlang an, offerieren die Erfüllung gewisser italienischer Wünsche bezüglich Triests.

Neues Wiener Tagblatt 15./IX. 1916

111

Die Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes.

Mittwoch fand im Hause des Deutschen Schulvereines in der Florianigasse die bereits angekündigte Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes statt. Zu dieser waren gegen fünfzig Abgeordnete erschienen, darunter fast alle Mitglieder der neugegründeten deutschen Arbeitsgemeinschaft. Die neu aufgenommenen Mitglieder dieser Vereinigung, und zwar Abg. Friedmann und die Mitglieder der Pantzgruppe, wohnten der Versammlung nicht bei.

Ein Huldigungstelegramm an den Kaiser.

Der Obmann des Verbandes Abg. Doktor Groß berichtete zunächst über die Kriegslage, worauf die Absendung des bereits mitgeteilten Huldigungstelegrammes an den Kaiser beschlossen wurde.

Die Gründung der deutschen Arbeitsgemeinschaft.

Sodann hielt der Vorsitzende dem verstorbenen Verbandsmitglied Abg. Lipka einen warmen Nachruf, und machte hierauf von der erfolgten Gründung der deutschen Arbeitsgemeinschaft Mitteilung, die in einem dem Verbandspräsidium übermittelten Beschluß erklärt, eine selbständige Gruppe des Deutschen Nationalverbandes bilden zu wollen, die ihre nationalpolitischen und sozialwirtschaftlichen Ziele gemeinsam mit den andern Gruppen des Verbandes verfolgen wird, sich jedoch gegebenenfalls ein selbständiges Auftreten gegenüber der Bevölkerung und der Regierung vorbehält. Die deutsche Arbeitsgemeinschaft behält sich weiter auch die selbständige Aufnahme ihrer Mitglieder vor, die hiedurch auch Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes werden.

Hierauf gab Abgeordneter Wolf namens der Deutschradikalen Vereinigung folgende Erklärung ab: „Die Deutschradikale Vereinigung nimmt die Bildung der deutschen Arbeitsgemeinschaft auf Grund des der Deutschradikalen Vereinigung mitgeteilten Beschlusses zur Kenntnis. Die Deutschradikale Vereinigung erblickt aber in dem Teile des Beschlusses der deutschen Arbeitsgemeinschaft, worin diese „gegebenenfalls ein selbständiges Auftreten gegenüber der Bevölkerung und der Regierung" für sich in Anspruch nimmt, eine Gefährdung des bisherigen Zusammenwirkens der im Nationalverbande vereinigten deutschen Abgeordneten, denn dieser Beschluß hat zur notwendigen und selbstverständlichen Folge, daß nunmehr jede der im Nationalverbande bestehenden Parteien das gleiche Recht des selbständigen Auftretens gegenüber der Bevölkerung und der Regierung für sich in Anspruch nehmen muß. Dieser Veränderung des Wesens des Deutschen Nationalverbandes müßte natürlich durch eine entsprechende Abänderung seiner Satzungen Rechnung getragen werden, für welche nach Ansicht der Deutschradikalen Vereinigung folgende Grundsätze zu gelten hätten: 1. Die drei Gruppen werden im Vorstande des Deutschen Nationalverbandes gleichmäßig vertreten. 2. Alle Abstimmungen erfolgen nach Gruppen, und zwar so, daß jede Gruppe nur eine Stimme abgibt. 3. Beschlüsse, für welche eine Gruppe nicht gestimmt hat, sind für diese auch nicht bindend. 4. Jede Gruppe hat das Recht, ihre Haltung gegenüber der Regierung und in der Bevölkerung selbständig zu vertreten. 5. Der Vorstand besteht aus höchstens zwölf Abgeordneten. 6. Der Vorsitz im Vorstande wechselt monatlich nach Gruppen. Die Deutschradikale Vereinigung erwartet jedoch vom Vorstande des Nationalverbandes Vorschläge, um die bei seiner Gründung angestrebten Ziele des Zusammenwirkens der deutschen Abgeordneten zu erreichen und dieses Zusammenwirken gegen die aus dem Beschlusse der deutschen Arbeitsgemeinschaft sich ergebende Gefährdung auch für die Zukunft zu sichern."

Abg. Dr. Damm nahm als Redner der deutschen Agrarpartei die Neugründung gleichfalls zur Kenntnis und schloß sich dem Vorschlag der deutschradikalen Vereinigung auf Abänderung der Verbandssatzungen an.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingegangen.

Antrag auf Einberufung des Reichsrates und der Delegationen.

Abg. Dr. Dinghofer stellte namens der deutschen Arbeitsgemeinschaft folgenden Antrag: „Der Deutsche Nationalverband spricht sich für die Einberufung sowohl des Reichsrates als auch der Delegationen in der Ueberzeugung aus, daß eine mächtige und einmütige patriotische Kundgebung der Vertretungskörper sowie die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung gelegen ist."

Präsident Dr. Sylvester erbittet für den Fall der Annahme dieses Antrages die Zustimmung des Verbandes zur Einberufung einer Obmännerkonferenz, um in dieser die Garantien für eine ungestörte Tagung des Abgeordnetenhauses zu besprechen.

Ueber den Antrag Dinghofer entspann sich eine sehr eingehende längere Debatte, die auch nach der Mittagspause fortgesetzt wurde. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag Dinghofer mit 19 gegen 16 Stimmen bei 10 Stimmenenthaltungen angenommen. Die Parteien stimmten nicht einheitlich.

Die Zensur.

Abg. Einspinner stellte hierauf den folgenden Antrag: „Der deutsche Nationalverband erkennt es als ganz selbstverständlich an, daß jede Besprechung militärischer Angelegenheiten der strengsten Zensur unterliege; dagegen müssen die Beschränkungen in der Freiheit der Presse, wie sie gegenwärtig stattfinden, als geradezu schädlich für das Gemeinwohl angesehen werden. Die Regierung wird aufgefordert, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Aufsaugung der Presse durch die Geldmacht der Banken entgegenzutreten."

Dieser Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Unterhaltsbeiträge.

Abg. Dr. Tobisch verlangt in einem Antrag die Regelung der Unterhaltsbeiträge und tritt dafür ein, daß der Vorstand bei der Regierung eine Erhöhung der nicht zur Miete Wohnenden durchsetzen möge. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

Abg. Waldner besprach die Kriegsschäden im Süden Oesterreichs und forderte in einem Antrag, der genehmigt wurde, Maßnahmen zur Schadloshaltung der Betroffenen.

Die neuen Steuergesetze.

Abg. Dr. Steinwender erörtert die neuen Steuergesetze und beantragte, im Sinne einer schon früher dem Nationalverbande unterbreiteten Denkschrift in dieser Angelegenheit bei der Regierung vorstellig zu werden. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Dr. Steinwender angenommen, ebenso wie ein Antrag des Abg. Wichtl, es möge zur eingehenden Beratung dieses Gegenstandes in der nächsten Zeit eine eigene Vollversammlung des Nationalverbandes einberufen werden.

Beamte, Handwerker und Gagisten.

Abg. Mag. Hummer überreichte dann namens der deutschradikalen Vereinigung folgende Anträge:

1. Der Deutsche Nationalverband wolle mit allem Nachdruck von der Regierung eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Zulage für die aktiven Staatsbeamten und Staatsdiener sowie auch ganz besonders für die Pensionisten und Altpensionisten verlangen und die Durchführung der vom Verbande wiederholt in diesem Belange aufgestellten Forderungen erneut begehren.

2. Der Deutsche Nationalverband wolle von der Regierung auf das nachdrücklichste die Vorbereitung jener Maßnahmen verlangen, welche notwendig sein werden, um bei Rückkehr normaler Verhältnisse die Erhaltung und Kräftigung des Gewerbestandes gegenüber den während des Krieges emporgewucherten kapitalistischen Unternehmungen zu sichern und insbesondere den aus dem Felde heimkehrenden Handwerkern den Wiederaufbau ihrer Existenz zu ermöglichen.

3. Der Deutsche Nationalverband wolle der Regierung eindringlichst die unhaltbare wirtschaftliche Lage einiger Kategorien der außerhalb des Kriegsgebietes Dienst tuenden Militärgagisten der vier untersten Rangsklassen, besonders jener, die keinerlei Zivilgehalt beziehen, vor Augen führen und möge der Regierung in Erinnerung bringen, daß die genannten Militärgagisten trotz mehr als zweijähriger Kriegsdauer noch keinerlei Ausrüstungsbeitrag erhalten haben. Dementsprechend wolle der Nationalverband eine angemessene ehebaldige und gerechte Regelung der Bezüge der genannten Militärgagisten von der Regierung fordern.

Alle drei Anträge wurden einhellig angenommen und dem Vorstande zur Durchführung überwiesen.

Antrag auf Schaffung eines einheitlichen Verpflegsamtes.

Abg. Glöckner beantragte, die Regierung aufzufordern, ein einheitliches Verpflegsamt zu schaffen, eine Einrichtung, die sich anderwärts als sehr nützlich erwiesen habe. Auch dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben.

Wiedereintritt der deutschen Arbeiterpartei.

Namens der deutschen Arbeiterpartei sprach noch Ingenieur Gattermayer, der die Mitteilung machte, daß sich die deutsche Arbeiterpartei nach reiflicher Erwägung entschlossen habe, in den Nationalverband wieder einzutreten, da sie ihn für die Vertretung der deutschen Interessen für unbedingt notwendig halte. Zu welcher Vereinigung des Verbandes die deutsche Arbeiterpartei in ein näheres Verhältnis zu treten gedenke, hänge noch von weiteren Verhandlungen ab. Hierauf besprach Redner die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und forderte unter allgemeiner lebhafter Zustimmung die Mitwirkung der deutschen Abgeordneten bei der Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer.

Die Statutenänderung des Nationalverbandes.

Obmann Abg. Dr. Groß teilte sodann mit, daß der Vorstand des Nationalverbandes die Aenderung der Satzungen ungesäumt in Beratung ziehen werde, um sie der nächsten Vollversammlung bereits vorlegen zu können.

Der Vorsitzende schloß dann mit Dankesworten die Versammlung, deren Beratung nahezu acht Stunden gewährt hatte.

* * *

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde, in der die Vollversammlung schloß, unterblieb die für abend in Aussicht genommene Beratung der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten. Dieselbe wird jedoch demnächst in Prag in Gemeinschaft mit den ehemaligen deutschböhmischen Lantagsabgeordneten stattfinden.

* * *

Austritt des Abg. Dr. Steinwender aus der deutschen Agrarpartei.

Im Verlaufe der Vollversammlung langte an den Obmann der deutschen Agrarpartei Abg. Dr. Damm ein Schreiben des Abgeordneten Dr. Steinwender ein, worin dieser den Austritt aus der Agrarpartei mitteilt.

* * *

Fremdenblatt 15./IX. 1916

Der Deutsche Nationalverband.

Der Dank des Kaisers.

An den geschäftsführenden Vorsitzenden des Deutschen Nationalverbandes Abg. Dr. Gustav Groß ist nachstehendes Telegramm eingelangt:

„Se. k. u. k. apostolische Majestät haben die patriotische Kundgebung der Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes des Abgeordnetenhauses mit lebhafter Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen geruht und danken dem Deutschen Nationalverband herzlichst für diesen neuerlichen Beweis seiner in opferwilliger Treue bewährten Liebe und Anhänglichkeit.

Auf Allerhöchsten Befehl Freiherr v. Schießl."

Der Verlauf und die Beschlüsse der Vollversammlung.

Heute wurde folgende Mitteilung veröffentlicht:

Abg. Dr. Groß berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Vollversammlung des Verbandes und hob hervor, daß der Vorstand trotz der schwierigen Verhältnisse seine auf Wahrung der Interessen des Volkes gerichteten Bemühungen unablässig fortsetzte. Der Lebensmittelversorgung wurde besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Abgesehen davon, daß die allermeisten Mitglieder eine umfassende Tätigkeit entfalten, wurden auch bei der Regierung wiederholt verschiedene Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Insbesondere wurde eine bessere Regelung der Lebensmittelbeschaffung aus Ungarn gefordert und gemeinsam mit der christlichsozialen Partei wiederholt die Notwendigkeit betont, daß die ganze Lebensmittelversorgung in die Hand eines einheitlichen Amtes, womöglich einer einzelnen Person, gelegt werde. Leider waren in dieser Richtung die Bemühungen bisher nicht von dem gewünschten Erfolg begleitet. Nach wie vor hat sich der Vorstand dafür eingesetzt, daß eine Besserstellung der Festbesoldeten, und zwar der aktiven wie auch der pensionierten Beamten platzgreife, da die bisher gewährten Teuerungszulagen sich angesichts der stets zunehmenden Erhöhung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände als unzulänglich erwiesen. Gemeinsam mit Vertretern der christlichsozialen Partei hat der Vorstand der Regierung eine Denkschrift über die Deckung der zur Verzinsung der Kriegsanleihen erforderlichen Ausgaben überreicht und dabei den Standpunkt vertreten, daß von den zur Einhebung gelangenden neuen Steuern nicht nur die breiten Schichten der Bevölkerung getroffen werden sollen, sondern daß insbesondere die leistungsfähigen Bevölkerungsklassen heranzuziehen sind. Die von der Regierung erlassenen neuen Steuergesetze haben diesem Grundsatze nur teilweise Rechnung getragen. Der Vorsitzende erörterte weiter in seinem Berichte verschiedene Fragen der inneren und der äußeren Politik und besprach u. a. auch **die bedauerlichen Vorgänge, deren Schauplatz das ungarische Abgeordnetenhaus in der letzten Zeit war.**

An den Bericht des Abgeordneten Dr. Groß schloß sich eine eingehende Erörterung der allgemeinen Lage. Nach Beendigung der Wechselrede wurde folgender Antrag angenommen: „Der Deutsche Nationalverband drückt sich für eine Einberufung sowohl des Reichsrates wie auch der Delegationen in der Ueberzeugung aus, daß eine mächtige und einmütige patriotische Kundgebung der verfassungsmäßigen Vertretungskörper sowie die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung gelegen seien."

Bezüglich der Handhabung der Zensur wurde nachstehender Beschluß gefaßt: „Der Deutsche Nationalverband erkennt es als ganz selbstverständlich, daß jede Besprechung militärischer Angelegenheiten der strengsten Zensur unterliege. Dagegen müssen Beschränkungen in der Freiheit der Presse, wie sie gegenwärtig stattfinden, als geradezu schädlich für das Gemeinwohl angesehen werden. Die Regierung wird ferner aufgefordert, mit den zu ihrer Verfügung stehenden Mitteln der Auffassung der Presse durch die Geldmacht der Banken entgegenzutreten."

Weiter wurde der Vorstand beauftragt, bei der Regierung dahin zu wirken, daß jene Hausbesitzer, die infolge der mit ihrem Hausbesitz verbundenen Lasten nicht billiger oder teurer wohnen als Mieter, bezüglich der Unterhaltsbeiträge ihrer Familien so zu behandeln seien, als ob sie auf Miete angewiesen wären.

Der Vorstand wurde ferner angewiesen, sich dafür einzusetzen, daß der Ent- vom Kriege betroffenen Gegenden, insbesondere im Gailtal und im Canaltal, in einer die Existenz der Geschädigten sichernden Höhe gewährt werde und daß die betreffenden Erhebungen möglichst rasch unter Zuziehung von Vertrauensmännern er betroffenen Gemeinden durchgeführt werden.

Hierauf folgte eine eingehende Besprechung der von der Regierung in letzter Zeit erlassenen Steuergesetze und der diesbezüglich vom Vorstand gemachten Vorschläge. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Vollversammlung des Verbandes zum Zwecke der Erstattung finanzpolitischer Vorschläge zur Verzinsung der Kriegsanleihen und Kriegsschulden abzuhalten.

Weitere Beschlüsse des Verbandes verlangen die Gewährung entsprechender Teuerungszulagen an die Staatsbeamten und Pensionisten, sowie entsprechende Vorbereitungen seitens der Regierung in der Richtung, daß bei der Rückkehr normaler Verhältnisse die Erhaltung und Kräftigung des Gewerbestandes gegenüber den während der Kriegszeit emporgewucherten rein kapitalistischen Unternehmungen gesichert werde. Der Vorstand wurde beauftragt, sich bei der Regierung abermals dafür einzusetzen, daß ein einheitliches Verpflegsamt geschaffen werde.

Zum Schlusse der Sitzung machte das Mitglied der Reichsparteileitung der Deutschen Arbeiterpartei Herr Gattermayer, welcher den Versammlungen des Nationalverbandes als Gast beiwohnt, weil die Abgeordneten der Deutschen Arbeiterpartei im Felde stehen, die Mitteilung, daß die Deutsche Arbeiterpartei, deren Abgeordnete wie er dem Nationalverband als Gäste angehörten, nunmehr wieder vollständig dem Verbande beitrete und sich vorbehält, einer der im Verbande bestehenden Gruppen sich enger anzuschließen.

Die Deutschradikalen und die Deutsche Arbeitsgemeinschaft

Wie der „Bohemia" gemeldet wird, mußten vor der gestrigen Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes Schwierigkeiten, die von deutschradikaler Seite herrührten, überwunden werden. Den Hauptstreitpunkt bildete die Frage der Aufnahme neuer Mitglieder durch die Deutsche Arbeitsgemeinschaft; in erster Linie handelte es sich um die eventuelle Aufnahme einzelner Wiener freiheitlicher Abgeordneter, gegen die von deutschradikaler Seite scharf Einspruch erhoben wurde. Im Laufe des gestrigen Tages gelang es, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Es wurde einvernehmlich festgestellt, daß die Zugehörigkeit zur Deutschen Arbeitsgemeinschaft auch die Mitgliedschaft im Deutschen Nationalverbande bedeute. Die Deutschradikalen stellten nur gewisse Bedingungen, welche sie vor einer Majorisierung im Deutschen Nationalverbande schützen sollen, und die in den angekündigten Statutenänderungen des Nationalverbandes festgestellt werden sollen.

Der deutschradikale Abgeordnete Hummer äußerte sich u. a.: Die Vereinigung derjenigen Mitglieder des Nationalverbandes, welche bisher keiner Partei angehört haben, ist gewiß begrüßenswert; ob jedoch der Beschluß der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, sich die selbständige Vertretung ihrer Ansichten gegenüber der Regierung und der Bevölkerung vorzubehalten, zu einer besondern Festigung des Deutschen Nationalverbandes führen wird, möchte ich füglich bezweifeln. Es wird eine viel lockere Verbindung zwischen den Parteien des Deutschen Nationalverbandes bestehen, als bisher. Das wurde auch von allen Seiten anerkannt und demgemäß die Aenderung der Satzungen beschlossen.

Abgeordneter Dr. v. Mühlwerth sagte u. a.: Ob es möglich sein wird, den Deutschen Nationalverband in seiner gegenwärtigen Struktur aufrechtzuerhalten, möchte ich dahin gestellt sein lassen. Allerdings ist das im gegenwärtigen Augenblicke nur Zukunftsmusik, da ja der Einberufung des Parlamentes die bekannten Hindernisse im Wege stehen und überdies die Mandatsdauer der Abgeordneten im Jahre 1917 erlischt. Für die deutschradikale Partei ist aber vorläufig kein Grund vorhanden, mit der neuen Arbeitsgemeinschaft nicht freundnachbarliche Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Die von der Deutschradikalen Vereinigung im Deutschen Nationalverbande abgegebene Erklärung lautet:

Die Deutschradikale Vereinigung erblickt in dem Teile des Beschlusses der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, worin diese „gegenbenenfalls ein selbständiges Auftreten gegenüber der Bevölkerung und der Regierung" für sich in Anspruch nimmt, eine Gefährdung des bisherigen Zusammenwirkens der im Nationalverbande vereinigten deutschen Abgeordneten, denn dieser Beschluß hat zur notwendigen und selbstverständlichen Folge, daß nunmehr jede der im Nationalverbande bestehenden Parteien das gleiche Recht des selbständigen Auftretens gegenüber der Bevölkerung und der Regierung für sich in Anspruch nehmen muß. Dieser Veränderung des Wesens des Deutschen Nationalverbandes müßte natürlich durch eine entsprechende Abänderung seiner Satzungen Rechnung getragen werden, für welche nach Ansicht der Deutschradikalen Vereinigung folgende Grundsätze zu gelten hätten:

1. Die drei Gruppen werden im Vorstande des Deutschen Nationalverbandes gleichmäßig vertreten.
2. Alle Abstimmungen erfolgen nach Gruppen, und zwar so, daß jede Gruppe nur eine Stimme abgibt.
3. Beschlüsse, für welche eine Gruppe nicht gestimmt hat, sind für diese auch nicht bindend.
4. Jede Gruppe hat das Recht, ihre Haltung gegenüber der Regierung und in der Bevölkerung selbständig zu vertreten.
5. Der Vorstand besteht aus höchstens 12 Abgeordneten.
6. Der Vorsitz im Vorstande wechselt monatlich nach Gruppen.

Die Deutschradikale Vereinigung erwartet jedoch vom Vorstande des Nationalverbandes Vorschläge, um die bei seiner Gründung angestrebten Ziele des Zusammenwirkens der deutschen Abgeordneten zu erreichen und dieses Zusammenwirken gegen die aus dem Beschlusse der Deutschen Arbeitsgemeinschaft sich ergebende Gefährdung ihrer Zukunft zu sichern.

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 14. September.

Das Ereignis, an das die Opposition vielleicht Hoffnungen geknüpft hat, ist heute ohne Sang und Klang im Abgeordnetenhause vor sich gegangen. Graf Béla Serényi hat in der Einleitung seiner Rede mitgeteilt, daß er aus dem Klub der Partei der nationalen Arbeit ausgeschieden ist. Er kommentierte diese Tatsache. Vor einiger Zeit hat er dem Grafen Julius Andrássy in zwanglosem Gespräch mitgeteilt, daß er für einen Antrag, der die Einberufung der Delegationen fordert, stimmen würde. Der Antrag wurde eingebracht. Die Partei der nationalen Arbeit nimmt gegen den Antrag Stellung. Graf Serényi hat demnach die Konsequenzen gezogen. Ein Mann, ein Wort. So wurde der Austritt des Grafen Serényi leidenschaftslos und ohne jede Erregung der Gemüter gewertet als eine Erscheinung, die vereinzelt ist und isoliert bleiben wird. Was Graf Serényi über die Agrarpolitik zu sagen hatte, mag ja an sich Gutes und Interessantes enthalten, machte jedoch im Rahmen der heutigen Debatte den Eindruck eines Fremdstückes, das nicht zur Sache gehört.

Die Nachmittagsitzung brachte eine Rede des immer liebenswürdig polternden, doch in den Fragen der Theorie gut beschlagenen Alexander Gießwein. Er bewegt sich in diesem Hause der äußersten Realpolitik wie ein Fremder, der eine andere Sprache spricht als seine Umgebung. Ein Idealist, der zwischen dem Gestein der Realpolitik hin- und herstolpert, macht er oft auch durch seine Opposition den Eindruck des besten Willens.

Der Rest der Sitzung wurde ausgefüllt von den Reden der Abgeordneten Josef Szterényi und Graf Theodor Batthyány. Sie stritten beide um den Traum Friedrich Naumanns, Szterényi für, Batthyány gegen die Naumannsche Idee.

Morgen vormittag werden die Abgeordneten Martin Lovászy und Samuel Bakonyi sprechen.

Die Nachmittagsitzung.

Die Nachmittagsitzung nahm den folgenden Verlauf:

Abgeordneter Alexander Gießwein

verweist in Verfolgung seiner am Vormittag begonnenen Betrachtungen über die Diplomatie darauf hin, daß man in England parlamentarische Ausschüsse zur Kontrolle der Außenpolitik eingesetzt habe. Auch in Deutschland werden die Fragen der auswärtigen Politik, zwar in vertraulichen Verhandlungen eines Parlamentsausschusses, erörtert, die deutsche Fortschrittspartei fordert ebenso wie unsere Opposition für die Verhandlung der außenpolitischen Fragen ein weiteres Gebiet, die Oeffentlichkeit. Bernstein habe die „österreichische Diplomatie", denn er kennt nur eine solche, trefflich charakterisiert, als er sagte, sie liebe es, die Welt mit fertigen Tatsachen zu überraschen.

Heute gilt es schon vorzubauen, der Restituierung der Kräfte alle Möglichkeiten zu schaffen. Außer den Blutopfern, erforderte der Krieg große materielle Opfer. Die vielen Milliarden müssen irgendwoher beschafft werden. Dazu bedarf man der Friedensarbeit aller Staaten, also in erster Linie eines ständig gesicherten Friedens. In der europäischen Konferenz, die über das neue Europa zu bestimmen haben wird, wird derjenige diplomatische Vertreter mit größerem Nachdruck auftreten können, der sich auf höhere moralische Kräfte stützen kann. Ein Minister des Aeußern kann sich keinen besseren Hintergrund, als das Parlament Ungarns wünschen. Deshalb soll die Verbindung zwischen ihm und dem ungarischen Reichstag unmittelbar hergestellt werden. Dies bezweckt der Antrag Apponyi, dem Redner gern zustimmt. An die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten gehört ein agiler, moderner Mensch, der die Interessen Ungarns vertreten kann. Die Anträge des Grafen Andrássy und des Grafen Apponyi ergänzen einander, wenn der eine nicht angenommen würde, so soll der andere verwirklicht werden. Es langt jedoch nicht, daß wir die Einberufung der Delegationen bloß wünschen, daß es sich dann nach einem halben Jahre herausstelle, daß die Einberufung unmöglich sei. Aus dieser Erwägung leitet Redner seinen Standpunkt ab, daß der Antrag Andrássy nur mit einem Präklusivtermin annehmbar sei, sonst sei der Apponyische Antrag zweckdienlicher. (Zustimmung links.)

Redner nimmt beide Anträge an. (Zustimmung links.)

Abgeordneter Josef Szterényi:

Wenn der Feind mit Gottes Hilfe und mit der Unterstützung unserer Bundesgenossen von dem geheiligten Boden Siebenbürgens wieder glücklich vertrieben sein wird, werden wir uns auch noch mit jenen beispiellosen Unterlassungen beschäftigen müssen, die in Siebenbürgen geschehen sind. Niemand möge sich wundern, wenn wir im Tone der Bitterkeit sprechen, heute, wo ein großer Teil Siebenbürgens im feindlichen Besitz ist und wo wir sehen müssen, daß von den siebenbürgischen Abgeordneten der Mehrheitspartei niemand über diese Frage spricht. Das ist keine Frage der Parteistellung, wir wollen, indem wir uns mit ihr beschäftigen, uns keineswegs Verdienste erwerben.

In der Beleuchtung der auswärtigen Politik der Regierung will Redner vor allem der Frage des Bündnisses mit Bulgarien nähertreten, in der sich, wie der Herr Ministerpräsident sagte, unsere Diplomatie hervorragende Verdienste erworben hat. Dieser große Erfolg der auswärtigen Politik stammt aus viel weiter zurückliegenden Zeiten. In voller Anerkennung und Würdigung dieses Bündnisses, von dem wir ja die Paralysierung des Siebenbürger Einbruchs erwarten, müssen wir, wenn wir für das Zustandekommen jemand beloben, in historische Zeiten zurückgreifen, dann in die Jüngstvergangenheit. Die Grundlage des Bündnisses mit Bulgarien schuf Graf Julius Andrássy der Aeltere, als er im Amte des Ministers des Aeußern anläßlich der Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien die damalige ungarische Regierung aufmerksam machte, daß man eine Wirtschaftspolitik befolgen müsse, mit der wir die Balkanstaaten, diese jungen, unabhängigen Staatsgebilde, anziehen können. Wir wollen es versuchen, sagte Andrássy, diese Staaten durch die Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu gewinnen, sonst werden diese Balkanstaaten in die Arme Rußlands, Englands und auch zum Teile Frankreichs gedrängt. Die Nachfolger Andrássys haben sich von dieser Politik losgesagt, sie trachteten, statt der Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den Völkern, die Freundschaft der Fürsten zu gewinnen. Man h die öffentliche Stimmung der Länder mißachtet und woll diese Länder bloß durch geschriebene Verträge an Oesterreic Ungarn ketten. In Bulgarien hat das während der Regierun des Königs Ferdinand das segensreiche Bündnis gezeitig Wir hätten aber auch eine politische Richtung inauguriere können, die mit der Politik der Monarchie überhaupt paralle gegangen wäre. Wir haben die Presse des Balkans vernach lässigt, mißachtet. Man möge hier nur an die italienische Pres denken, wie erfolgreich diese den französischen Interessen g dient hat. Wir haben in Rumänien auf diesem Gebiete be sonders viel versäumt; die zwei kleinen, bedeutungslose Blätter, die niemand gelesen hat, zählen nicht.

Die Politik, die zum Bündnis mit Bulgarien geführ hat, die ich nicht genug hoch einschätzen kann, ist, wie gesag nicht das Verdienst dieses Auswärtigen Amtes.

Die Fäden unserer Bundesbeziehungen zu Bulgarie reichen in die Zeit der Kaulbarsschen Expedition zurück und s sind auf die damalige Stimmung des bulgarischen Volke zurückzuführen. Es war eine Folge unserer unrichtigen Balkan politik, daß die Balkanvölker sich in die Richtung nach Italie verirren konnten, daß der Balkanvierbund zustande kam, desse Spitze nicht so sehr gegen die Türkei gerichtet war als vielmeh gegen uns. Wir haben das ja in den beiden Balkankriegen g sehen. Auf die Auflösung dieses Balkanvierbundes ist unse heutiges Bündnis mit Bulgarien zurückzuführen. Die Auf lösung ist aber ein Verdienst des Grafen Berchtold. Wäre die nicht geschehen, wir stünden heute einer ganz anderen Balkan lage gegenüber.

Redner geht nun zu den wirtschaftlichen Momenten über die die Annahme des Andrássyschen Antrages notwendi machen. Die wirtschaftliche Eifersucht zwischen England un Deutschland ist bei uns mit viel zu wenig Aufmerksamkeit be handelt worden, wir messen ihr untergeordnete Bedeutung be und doch wäre es gut, sich mit dem Um und Auf dieser Frag näher bekanntzumachen. Im Monat Juni dieses Jahres ha die Entente in Paris eine Wirtschaftskonferenz gehalten. Wen sich die Beschlüsse dieser Konferenz nach dem Kriege auch nur zu einem kleinen Bruchteil verwirklichen, so wird das mit de Lahmlegung unseres wirtschaftlichen Lebens gleichbedeuten sein. Besonders drohen uns und Deutschland folgende Punkt der Konferenzbeschlüsse:

Der Punkt 2 bestimmt die Aufhebung der gesamte Handelsverträge mit den feindlichen Mächten. Diesen ist ein gewisse, eigens noch zu bestimmende Reihe von Jahren hindurch die Meistbegünstigung nicht gewährbar. Hierin, führt Redner aus, sei der ganze Wirtschaftskrieg enthalten und die bisherige gesamte wirtschaftliche Grundlage werde dadurch über den Haufen geworfen.

Punkt 3 der Konferenzbeschlüsse ist eigentlich eine von England ausgeworfene Lockspeise, um die übrigen Ententestaaten zu ködern. Die Verbandstaaten verpflichten sich nämlich im Sinne dieses Punktes, für die Dauer des Wirtschaftskrieges einander ihre sämtlichen kommerziellen, industriellen, landwirtschaftlichen und Schiffahrthilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Vornehmlich ist es Rußland, das auf diese Art durch England an die Sklavenkette geschmiedet werden soll.

Für uns gefährlicher ist schon Punkt 4. Um Handel und Gewerbe zu schützen, beschließt die Konferenz laut dieses Punktes, eine gewisse Zeit lang den Handel der feindlichen Mächte bestimmten Spezialverfügungen zu unterziehen. Das heißt, unverhohlen ausgedrückt, nichts Geringeres als ein direktes Warenverkehrsverbot, eine Maßregelung der Schiffahrt, kurz vollständige wirtschaftliche Isolierung. Das kann uns, die wir wirtschaftlich schwächer sind, einfach erdrosseln.

Punkt 5 besagt: Die Verbündeten werden gemeinsam oder jeder einzeln ein Normativ ausarbeiten, um durch dieses den in den Ententestaaten ansässigen Angehörigen der feindlichen Staatengruppe das Betreiben gewisser kommerziellen und gewerblichen Berufe zu untersagen. Hiedurch, meint Redner, würde der internationale Verkehr völlig aufhören. England, Frankreich, Rußland, Italien, Japan, nun auch Rumänien, kurz die halbe Welt dokumentiert so ihren Willen zum Wirtschaftskriege gegen uns nach dem Kriege. Die Gefahr ist also offensichtlich groß genug. Redner zitiert einen Ausspruch Asquiths, der hierauf deutlich hinweist, und führt einen Passus aus einer Rede Briands an, in der es heißt, wenn sich Frankreich schon habe durch den Krieg überraschen lassen, so möge es sich doch wenigstens nicht durch den Frieden überraschen lassen. Redner sagt, schon im Dezember vorigen Jahres und im Juli dieses Jahres habe er im Abgeordnetenhause auf die Gefahr hingewiesen, die die völlige Entziehung aller Rohstoffe in sich schließe, und die Regierung um Verfügungen diesbezüglich ersucht. Da er keine Erwiderung erhalten habe, erneuere er nun sein Ansuchen. Diese Fragen müssen aber auch in der Delegation aufgeworfen werden können, im Hinblick auf die Beziehungen, in denen sie zu den auswärtigen Angelegenheiten und deren Leiter stehen. Redner ist zwar der Ansicht, daß die durch die Entente geplante Absperrung nicht in ihrer vollen Schroffheit werde durchgeführt werden können — bekanntlich wird nicht so heiß gegessen wie gekocht —, halte es aber für äußerst wichtig, daß man sich schon jetzt mit der Frage befasse. Wenn, wie wir hoffen, der Krieg mit unserem und unserer Verbündeten Siege endigt, so bleiben die Beschlüsse der Pariser Konferenz eben auf dem Papier, — aber selbst für diesen Fall müsse Vorsorge getroffen werden und noch vor Friedensschluß müssen unsere wirtschaftlichen Fragen mit unseren Verbündeten, in erster Reihe also mit Deutschland und Bulgarien, völlig bereinigt werden.

Redner betont bei dieser Gelegenheit, er sei für den engsten wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Deutschland, denn hievon müsse man sich eine vollständige Neugeburt unseres wirtschaftlichen Lebens erhoffen. Wäre eine vollständige Zollunion mit Deutschland möglich, so wäre dies die beste Lösung der Frage. Das sei aber unmöglich, denn es wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe unserer staatlichen Selbstständigkeit. Die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine haben denn auch die Zollunion fallen gelassen und sich für die Idee des Präferenzialverhältnisses ausgesprochen. Redner wäre nicht gegen eine Zollunion, aber nur, wenn zwischen Deutschland und Oesterreich ebenso Zollschranken errichtet werden, wie zwischen uns und Oesterreich. Aber auch das ist nicht möglich.

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány (ruft dazwischen): Gott sei Dank!

Abgeordneter Josef Szterényi: Ich achte persönliche Meinung, gestatte mir aber, bei meiner eigenen zu bleiben. (Fortfahrend): Der „Oberstaat" Friedrich Naumanns, von dem so viel die Rede sei, bedeute durchaus nicht unsere Unterordnung, wie es der Präger des Ausdruckes selber zuständigst erklärt hat. Unsere gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen knüpfen uns an Deutschland, dem die gleiche Gefahr droht wie uns und den Deutschen Oesterreichs: die Uebermächtigkeit Rußlands. Mit deutscher Förderung könne Ungarn gewaltig erstarken. In dem Bündnisse mit Deutsch-

Pester Lloyd Abendbl 15./IX. 1916 15 116

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 15. September.

Im Abgeordnetenhause wurde heute die Debatte über die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi fortgesetzt. Es sprach erst Abgeordneter Martin Lováßy, dem Abgeordneter Samuel Bakonyi mit sehr ausführlichen, sehr radikalen und vielfach geistreichen Ausführungen folgte.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Edmund Barta. Seine Ausführungen gediehen nicht weit über die Einleitung hinaus. Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis nachmittags 4 Uhr.

Abgeordneter Edmund Barta wird nachmittags seine Rede fortsetzen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10¾ Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Felix Szinyei-Merse, Zoltán Vermes.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Balogh, Baron Ghillány, Baron Harkányi, Baron Hazai, Hideghéthy.

Präsident teilt dem Hause mit, daß der Abgeordnete Josef Telegdi heute früh verschieden ist. Der Verblichene hat mit echt ungarischem Gemüte, mit gründlichem Wissen und Ueberzeugung seine Pflicht erfüllt und sich schon dadurch die ungeteilte Anerkennung aller Parteien erworben. Präsident gibt dem tiefen Bedauern über das Hinscheiden des Abgeordneten Telegdi Ausdruck und beantragt, das Haus möge seiner liebevollen Erinnerung und seinem Beileide protokollarisch Ausdruck verleihen und einen Kranz an der Bahre niederlegen lassen.

Das Haus nimmt den Antrag einhellig an.

Präsident teilt dem Hause mit, daß in Szatmárnémeti an Stelle des plötzlich verstorbenen Abgeordneten Samuel Kelemen Vinzenz Nagy zum Abgeordneten gewählt wurde.

Nach Verlesung des Einlaufs schreitet das Haus zur Tagesordnung, der Debatte über die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi.

Abgeordneter **Martin Lováßy**

verweist darauf, daß es eigentlich die Pflicht der Regierung gewesen wäre, jene Vorlagen einzubringen, die jetzt von der Opposition eingereicht wurden. Er greift die Regierung wegen dieser Unterlassung heftig an und fordert sie auf, ihren Platz zu verlassen. Bei der bei uns wahrnehmbaren Durchlöcherung der Verfassung kann eigentlich von einer Verantwortlichkeit der Minister keine Rede sein. Die Opposition erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie heute mit aller Kraft für die Kontrolle besonders der Leitung der äußeren Angelegenheiten eintritt. Die Diplomatie liebt es ja überall, diese Angelegenheiten als interne Kabinettsfragen unter dem Siegel der Diskretion und der Geheimhaltung zu behandeln, was in dem Falle berechtigt wäre, wenn sie auch Erfolge erzielt hätte. Unsere Diplomatie aber kann keine Erfolge aufweisen; sie muß schon aus diesem Grunde in den Bereich der parlamentarischen Kontrolle gezogen werden, weshalb Redner sich den vorliegenden beiden Anträgen anschließt.

Abgeordneter Lováßy kommt nun zu einem Sündenregister unserer Diplomatie. Als ihren größten Fehler bezeichnet er es, daß sie das Grundprinzip außer acht gelassen hat, gegen Westen defensiv zu sein und alle Kräfte gegen Osten zu konzentrieren. Redner will nicht behaupten, daß Frankreich und England bei einer besseren Leitung unserer Diplomatie nicht in den Krieg gezogen wären, aber er behauptet, daß die öffentliche Meinung in beiden Ländern bedeutende kriegsfeindliche Strömungen aufwies, die den Regierungen das Eintreten in den Krieg erschwert hätten, wenn unsere Diplomatie diese Strömungen ausgenützt hätte. Statt dessen haben Deutschland und unsere Leitung mit ihrer Voreiligkeit den beiden Regierungen willkommene Vorwände geboten, diesen Krieg vor ihrer öffentlichen Meinung als Verteidigungskrieg hinzustellen. An diesem Krieg trägt Deutschland schuld. Aus diesem grundlegenden Mißgriff unserer Diplomatien folgten alle übrigen. Dabei hat unsere Diplomatie es auch versäumt, die glorreichen Siege unserer Armee auszunützen. Ende des vorigen Jahres war die Lage dank diesen Siegen eine solche, daß damals ehrliche Friedensangebote, die es unzweifelhaft festgestellt hätten, daß wir keine Eroberungsgelüste hegen, in der öffentlichen Meinung der Ententevölker sicher günstigen Widerhall gefunden hätten.

Auch in Siebenbürgen wurden verhängnisvolle Fehler begangen. Ihre Gutmachung erheischt es gebieterisch, daß die ungarischen Truppen, die solch gigantische Blutopfer an der Stochod und am Isonzo gebracht haben, unverzüglich zur Verteidigung des heimischen Bodens herangezogen werden. Es gilt, die Rumänen mit ungarischen Truppen aus Siebenbürgen zu verjagen, Rumänien im eigenen Lande niederzuringen und dann wird die Deplomatie wieder berufen sein, einen dauernden Frieden zu schließen, der auf der Schaffung eines neuen, festen internationalen Rechtes basiert. Redner nimmt die beiden Anträge an.

Abgeordneter **Samuel Bakonyi**

erblickt in der Zeitungsäußerung des Ministers des Aeußern Barons Burián ein Vorgehen, das beweise, daß Baron Burián die Verteidigung, die ihm Graf Stefan Tißa zuteil werden ließ, für unzulänglich hielt. Dem sei auch so. Doch auch die Rechtfertigung des Barons Burián selbst sei vollständig ungenügend. Redner befaßt sich ausführlich mit diesem Artikel, in dem der Minister des Aeußern sich selber als genauen Kenner Rumäniens, seiner Politik und seiner Volkspsyche aufspiele. Aber warum durfte dann sich ereignen, was sich ereignet hat? Wie kommt es, daß trotz der Kenntnis, die Baron Burián von den Vorbereitungen Rumäniens hatte, bei uns keine solchen getroffen worden sind? Der Herr Minister des Aeußern soll sich nur nicht als Kossuth und den Freiherrn v. Conrad als Görgei hinstellen! Der Minister des Aeußern spielt ein Versteckensspiel mit dem ungarischen Parlament. Diesem traurigen Spiel muß ein Ende bereitet werden; Baron Burián muß seinen Platz verlassen, damit durch einen Personenwechsel auch ein Systemwechsel eintreten könne. Redner zitiert einen Ausspruch Stefan Széchenyis, der von der Notwendigkeit eines ungarischen Ministers des Aeußern handelt, und meint, dies täte auch heute not. Die famosen siebenundsechziger Politiker orthodoxester Observanz hüllen sich in Schweigen, wenn Anträge wie die Andrássys und Apponyis vorliegen. Redner aber, ein Mann, der sich zu den achtundvierziger Prinzipien bekenne, nehme den Antrag des Grafen Andrássy an. Die Opposition wird es sein, die ein Zerschmettern der siebenundsechziger Basis verhindern wird. Nach äußerst ausführlicher Deutung des G.-A. XII : 1867, so wie ihn sich Redner auslegt, meint dieser, unsere ganze Verfassung werde zur Fiktion, wenn es der Regierung freistehe, trotzdem sie auf siebenundsechziger Grundlage stehe, diese Grundlage zu mißachten. Das tue sie aber, wenn sie sich der Annahme des Antrages Andrássys widersetze. Die überwiegende Mehrheit des ungarischen Volkes bekenne sich zur Unabhängigkeitspolitik, sie stehe hinter der Partei, der Redner angehöre, und sie könne schon darum zu dieser Regierung kein Vertrauen hegen, weil diese Regierung selber die Grundlage verleugne, auf der sie fuße. Redner führt den bekannten Aufsatz der „Münchener Neuesten Nachrichten" an, bezeichnet ihn als österreichische Brunnenvergiftung und sagt, dieser Artikel und viele ähnliche seien dazu bestimmt, die uns wohlwollende Meinung Deutschlands in ihr Gegenteil umzukehren.

Die zahlreichen ungarfeindlichen Kundgebungen deutschösterreichischer Kreise seien nur dazu geeignet, eine Entfremdung zwischen Ungarn und Deutschland herbeizuführen. Man darf indessen diesen Kundgebungen keine allzu große Bedeutung beimessen; denn der Weltkrieg hat auch in dieser Beziehung aufklärend gewirkt und die Bedeutung Ungarns und den internationalen Wert des Ungartums in das richtige Licht gerückt. Mit der Zunahme der internationalen Bedeutung muß aber auch der innere Fortschritt Schritt halten. Graf Serényi hat mit Recht darauf hingewiesen, daß nach dem Kriege diejenigen, die vom Kriegsschauplatze zurückkehren werden, sich nicht mit der bisherigen konservativen Richtung begnügen werden, sondern Rechenschaft für alles, was geschehen ist und was unterlassen wurde, fordern werden. Es werden in der Zukunft die Volksrechte die Rechte der Nation für immer sichern. Der bisherigen falschen Fiktion, daß auch ohne das Volk verfassungsmäßig regiert werden kann, wurde durch den Weltkrieg die Grundlage für immer entzogen. Die Regeneration, die der Krieg auf allen Gebieten im Gefolge haben wird, kann auch auf dem Gebiete unserer nationalen Rechte nicht ausbleiben. Die Anträge der Grafen Andrássy und Apponyi nimmt Redner an. (Lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter **Edmund Barta**

ergreift das Wort.

Weiteres im Morgenblatte.

Spenden für die siebenbürgischen Flüchtlinge.

Für die siebenbürgischen Flüchtlinge sind uns zugegangen:

	Kronen
von Theodor v. Wolfner und Frau als Kranzablösung für Dr. Albert und Georg Strasser	100.—
„ der Kanonenmunitions-Kolonne 1/31, Feldpost 90	25.—
„ Margot Badelt, Budapest	20.—
Zusammen	145.—
Hiezu die im heutigen Morgenblatte ausgewiesenen	977.667.19
Totale	977.812.19

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 19. September.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute bei stark verminderter Teilnahme die Debatte über die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi fort. Abgeordneter Béla Mezössy sprach als erster Redner. An der Hand eines Interviews mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten, das im „Pester Lloyd" veröffentlicht wurde, versuchte der Redner die Vorzüge des Gesandten Radew den Eigenschaften des Grafen Czernin entgegenzustellen, um endlich zu konstatieren, daß unsere Diplomatie nicht über die Qualitäten verfüge, die zur Führung der kriegerischen Auslandspolitik unbedingt erforderlich seien. Dann kam er vom Allgemeinen zum Einzelnen: er gruppierte seine Angriffe um die Person des Barons Burián. Auch die innere Politik wurde durch den Abgeordneten Mezössy mit den Lichtern seiner Parteistellung beleuchtet. Dabei allerdings ergab sich ein Bild, das die Wirkungen des Majoritätsprinzips als staatsschädlich kennzeichnen sollte.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Géza Polónyi, der sich hauptsächlich in staatsrechtlicher Erörterung erging. Um 12¾ Uhr ersuchte er um die Verfügung einer Pause. Dem Ersuchen wurde stattgegeben.

Nach der Pause setzte Abgeordneter Géza Polónyi seine Ausführungen bei gesteigertem Interesse seiner Freunde fort. Namentlich die Verlesung eines Tagesbefehls des Feldmarschalleutnants Winkler erweckte lebhafteres Interesse.

Dann sprach Markgraf Georg Pallavicini. Seine leidenschaftslos vorgebrachten Erörterungen enthielten eine Kritik der Mehrheitspolitik und der Haltung des Ministers des Aeußern, beschäftigten sich im wesentlichen mit der Frage der militärischen Auszeichnungen und schließlich mit den siebenbürgischen Flüchtlingen.

Um 2 Uhr wurde die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags unterbrochen. Als erster Redner wird nachmittag Abgeordneter Gabriel Ugron sprechen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Hovánnyi, Peter Mihályi, Koloman Szojka.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Balogh, Harkányi, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Abgeordnete Aladár Gedeon zu einer dringenden Interpellation in Angelegenheit der Verwertung des Viehes der Siebenbürger Flüchtlinge die Erlaubnis erbeten und erhalten habe. Die Interpellation wird dem Hause am Schlusse der Sitzung unterbreitet werden.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die beiden Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi;

Abgeordneter Béla Mezössy:

Die beiden Anträge stehen nicht im Gegensatz zueinander, sondern sie ergänzen sich. Wenn man dem ersten: dem Antrag des Grafen Julius Andrássy gegenüber die zwar unbegründete Einwendung erheben wollte, daß dadurch ein gefährlicher Präzedenzfall für eine künftige Einmengung Oesterreichs in unsere Angelegenheiten geschaffen würde, dann müßte um so mehr der Antrag des Grafen Albert Apponyi als konstitutioneller Ausweg angenommen werden, denn schließlich könne doch hierzulande kein Politiker es zulassen, daß eine geschlossene Gesellschaft schrankenlos über alle materiellen und moralischen Kräfte der Nation verfüge.

Redner findet kein Motiv für die ablehnende Haltung der Regierung in der Frage der Einberufung der Delegation. Man hat bemerkt, daß die österreichische Regierung für den Verlauf der Dinge keine Garantien besitze, daß einzelne Delegierte in Oesterreich den Kriegsinteressen schädliche Aeußerungen tun könnten. Die Mehrheit der österreichischen Delegation, über neunzig Prozent ihrer Mitglieder, hat aber während des ganzen Krieges eine so patriotische, loyale, monarchische Haltung bekundet, daß man von ihr unmöglicherweise voraussetzen kann, sie würden in den Delegationssitzungen minder loyal sein. Man hat in Anknüpfung an dieses Motiv auch auf die „tschechische Frage" hingewiesen. In dieser Hinsicht verweist Redner auf seine, einen Tag vor dem Ultimatum an den Ministerpräsidenten gerichtete Interpellation, in der er im Namen der gesamten Opposition die Entfernung des kommandierenden Generals v. Potiorek forderte und auch der Befürchtung Ausdruck verlieh, daß die in Oesterreich seit Jahrzehnten übliche, den Grundlagen des siebenundsechziger Ausgleiches widersprechende Politik der Zurückdrängung der deutschen Hegemonie und der Begünstigung des Slaventums schließlich große Gefahren zeitigen könnte. Er hatte aber damals schon die Empfindung gehabt, daß diese Politik sich dereinst bitter rächen werde. Das Resultat dieser schädlichen, auch bei uns befolgten Politik war, daß das Deutschtum in seinem eigenen Vaterlande die führende Rolle, die der Geist des Ausgleichsgesetzes ihm sicherte, gänzlich einbüßte. Angesichts dieser seiner schon vor dem Kriege ausgesprochenen Befürchtung werde ihn heute wohl niemand der Slavenliebe zeihen, wenn er der sogenannten Tschechengefahr gegenüber darauf verweist, daß die in Oesterreich befolgte Politik verfehlt war. Man kann Politik auf verschiedene Arten machen — keineswegs aber so, daß man mit einem Schlage vom heißesten ins kälteste Wasser gerät, wie dies während des Krieges in Oesterreich der Fall war. Dies hat zu dem unbestreitbaren Resultate geführt, daß in Oesterreich das Band der Anhänglichkeit an diese Monarchie in gewissen Volksschichten gelockert erscheint. Nichtsdestoweniger würden aber auch die Delegierten der bezeichneten Färbung ihrer Loyalität und Staatstreue gerade jetzt Ausdruck verleihen.

Die Regierung hat zugunsten ihrer ablehnenden Stellungnahme keinen einzigen Grund dafür angeführt, daß die Einberufung der Delegation vom Standpunkte des ungarischen Staates eine Gefahr wäre. Die Einberufung der Delegation könnte nur in einer einzigen Beziehung Gefahren bergen: darin, daß die Politik des Trios Baron Burián—Grafen Stürgth—Grafen Tißa in der österreichischen Delegation eine schwere Einbuße erleiden könnte. Wenn aber auch die österreichische Delegation den Grafen Stürgth stürzte, so wäre dies eine interne Angelegenheit Oesterreichs, mit der das ungarische Parlament schließlich nichts gemein hat.

Redner geht hierauf auf die Mängel der Diplomatie, nicht nur unserer, sondern auch der deutschen Diplomatie über. Während die deutsche Armeeleitung in diesem Kriege sich glänzend bewährt, wunderbare Erfolge erzielt und selbst die Strategie eines Napoleon übertroffen hat, ist die deutsche Diplomatie nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden. Die erste Aufgabe einer jeden Diplomatie muß darin bestehen, zu erkennen, wer uns ein Freund und wer ein Feind sein könne; die deutsche Diplomatie konnte dies selbst im Augenblicke des Kriegsausbruches nicht feststellen. Die deutschen Blätter, die diese Fehler offen besprachen, finden die Schuld hauptsächlich darin, daß in der Diplomatie allzu viele Narren aus dem Gothaer Almanach figurieren. Das gleiche läßt sich von unserer Diplomatie behaupten. Ein großer Teil unserer Diplomaten besteht aus sehr eleganten, gut gekleideten Herren, die als Modekönige besonders auf dem Balkan eine Rolle spielen, die grazios Tennis spielen, im Frieden ausgezeichnete Diplomaten sein können. Im Kriege aber, da von einem diplomatischen Schritte oft das Leben von Hunderttausenden, das Geschick eines Staates abhängt, da sind eher Diplomaten erforderlich wie Radew, der vom Journalisten zur Diplomatie kam, dem sein Ministerpräsident im „Pester Lloyd" das glänzendste Zeugnis ausgestellt hat und dessen Informationen es Bulgarien zu großem Teile verdankt, daß es die glänzenden Dobrudschasiege rechtzeitig vorbereiten konnte.

Die Zurückgewinnung Siebenbürgens wird niemals für jene Meeresflut von Tränen entschädigen, deren Schleusen eine unvorsichtige Diplomatie und eine ihre Pflicht nicht getreu erfüllende Regierung geöffnet haben. In weltbewegenden Sturmeszeiten einen Mann an die Spitze der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten zu stellen, der ja wohl ganz korrekt sein mag, aber keine Erfolge aufweisen kann und vollständig grau ist, — das ist alles eher als providentiell. Während der Kriegsdauer hat Baron Burián im ganzen zweimal vor der Oeffentlichkeit figuriert: mit seinem unbedeutenden, langweiligen, grauen Elaborat, das die Ententeblätter so wenig lesenswert fanden, daß sie nicht einmal kleine Auszüge daraus veröffentlichten; und dann mit dem in den Zeitungen erschienenen Interview. In diesem sagt der Minister des Aeußern, er habe um die Gefahr gewußt und nichts anderes tun können, als die Ereignisse beobachten und die Heeresleitung und die Regierungen aufmerksam machen. Es dürfte heute keinen zweiten Staatsmann geben — es braucht gar kein Bismarck zu sein, auch ein Bethmann Hollweg oder ein Bülow tuts —, der in Kenntnis einer solchen seinem Lande drohenden Gefahr sich damit begnügen würde, „zu beobachten" und „aufmerksam zu machen". Es wäre Pflicht des Barons Burián gewesen, sich Gewißheit darüber zu verschaffen, ob die Heeresleitung zur Erhaltung der territorialen Integrität Ungarns auch wirklich alles aufgeboten habe gegenüber einem mit so geringen Kräften ausgeführten Ueberfall. Hier im Hause hat der Ministerpräsident die bestimmte Erklärung abgegeben, es seien alle Vorkehrungen zum Schutze Siebenbürgens getroffen worden. Das muß ihm doch irgend jemand gesagt haben, — wer ist das also? Und warum treffen wir nicht die notwendigen Vorkehrungen, damit die Potioreks, die sich soeben in Siebenbürgen zum zweiten Male betätigt haben, in Zukunft keine dritte Reprise veranstalten können? Doch nicht nur wegen derlei brauchen wir die Delegation dringend notwendig, sondern auch, um festzustellen, wozu die Hunderte von Millionen der Kriegsausgaben verwendet werden. Die Verwendung dieser Unsummen gehört unbedingt unter parlamentarische Kontrolle, wir müssen Sicherheit darüber erlangen, ob die gezahlten Preise dem reellen Verkehrswerte entsprechen. Auch falle hiebei in die Waagschale, daß der überwiegende Gewinnanteil an den Heereslieferungen in Oesterreich bleibt, was zur Genüge aus verschiedenen Gerichtsverhandlungen hervorgehe. Wer sind jene Frau Leo Falk, jene Frau Elise Reithoffer usw., die diskret im Hintergrunde von Millionenlieferungsgeschäften die Fäden leiten?

Abgeordneter Georg Szmrecsányi (ruft dazwischen): Elise muß verdienen! (Bewegung links.)

Abgeordneter Béla Mezössy (fortfahrend): Und können wir dies nicht vor dem Plenum erfahren, so muß es eben vor dem andern Forum geschehen. Der Ministerpräsident hat das Versprechen geleistet, alle Mißbräuche bei Heereslieferungen erbarmungslos zu ahnden, und gebeten, jeder, der von solchen Mißbräuchen Kenntnis erhält, möge dies unverzüglich den Behörden oder ihm selber zur Kenntnis bringen. Wie soll denn derlei geschehen? Redner zum Beispiel war seiner Lebtage nicht im Kriegsministerium, wie soll er da von etwaigen Mißbräuchen dort erfahren? Aber es sollten die einzelnen leitenden Beamten der Ministerien der pflichtschuldigen Diskretion entbunden werden, dann wäre schon manches gewonnen. Oder die Heeresausschüsse der Delegationen sollten von ihrem Rechte Gebrauch machen und sämtliche Lieferungsverträge überprüfen.

Schließlich spielt Redner auf einen Passus in der jüngsten Rede des Abgeordneten Grafen Serényi an. Da heißt es, es sei unmöglich, daß die Konsequenzen eines so titanischen Kampfes von der Minderheit nicht gezogen werden sollten. Daß die Minderheit aber dies tue, hat sie des öftern zur Genüge bewiesen. Hat aber die Mehrheit die Folgen abgeleitet? Was ist's mit dem Wahlrecht? Der Ministerpräsident antworte immer nur, wenn ihm diesbezüglich an den Leib gerückt wird, die Sache sei derzeit nicht zeitgemäß. Wenn sich die preußische Regierung in diesen Kriegszeiten zu einer Reform des Dreiklassenwahlrechts vor der Legislative verpflichten konnte, so sehe Redner nicht ein, warum Aehnliches bei uns nie zeitgemäß sein sollte? Und wenn es nur auf novellarischem Wege wäre, aber es muß erfolgen, daß jeder, der für das Vaterland geblutet hat, ohne alle wie immer Namen habende Nebenrücksichten die Zusicherung aller bürgerlichen Rechte erhalte. Nach einem kurzen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die es koste, mit der streng abgeschlossenen Krone selbst für die Besten der Nation — und nicht nur in Ungarn, auch in Oesterreich — in Berührung zu kommen, nimmt Redner den Antrag des Grafen Andrássy an. (Lebhafte Zustimmung und Beifall links.)

gelöst wurde, wird aber hoffentlich an ihrer Unerfüllbarkeit nichts ändern, zumal die rumänische Offensive in Siebenbürgen nur gar langsam vorzuschreiten vermag, in dem der Bukowina benachbarten Frontheile ist sie nur erst bis zum Kelemen- und Görgénygebirge gekommen, wo wir mit dem Feinde in enger Gefechtsfühlung stehen. Im Südwesten Siebenbürgens aber haben wir und unsere Verbündeten der Offensive der Rumänen Halt geboten, ja mehr, die Initiative an uns gerissen und mit einem energischen Vorstoß den Feind bis über Merisor (etwa 25 Kilometer westlich Petrozsény) getrieben.

Auf der russischen Front nördlich der Karpathen bis zum Pripiaty ruht seit einigen Tagen die russische Offensivaktion fast vollständig, und benützten die verbündeten Truppen diese Zeit zu einigen überaus geglückten Vorstößen. Der Gegenangriff der deutschen Truppen bis Lipnica Dolna gewann weiteren Raum und weiteren Besitz, während am Stochod ein kühner Vorstoß der verbündeten Truppen den Brückenkopf von Zareseze brachte, sowie reiche Beute. Wollen wir aus allen diesen Erscheinungen auch noch nicht die Folgerung ableiten, daß es mit der Offensivkraft des Feindes dem Ende zugeht, so zeigen diese Ereignisse doch jedenfalls, daß die verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nunmehr wieder in bester Form sind und mit ihrer moralischen Ueberlegenheit die numerische Ueberlegenheit des Feindes vollständig zu paralysiren vermögen.

In der Dobrudscha entwickelt sich auch der Kampf in der neuen Vertheidigungsstellung des Feindes auf der Linie Rasowa—Cobadina—Tuzla zu Gunsten unserer Verbündeten, die auch schon an mehreren Stellen in die russisch-rumänische Stellung eingedrungen sind, so daß voraussichtlich auch von dort der Feind sich bald zurückziehen wird müssen, während an der mazedonischen Front, wo General Sarrail offenbar wegen der Einheitlichkeit der Front nun auch mit einer Theiloffensive eingesetzt hat, alle Angriffe des Gegners zurückgewiesen wurden. Ob nun die Pariser, die auf eine Sarrail-Offensive so energisch hindrängten, zufrieden sein werden, ist allerdings eine andere Sache.

Aus dem Abgeordnetenhause.

Debatte über die Anträge Andrássy's und Apponyi's. — Interpellation.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Debatte über die Anträge der Grafen Andrássy und Apponyi betreffend die Einberufung der Delegationen, respektive das Erscheinen des Ministers des Aeußern vor dem ungarischen Abgeordnetenhause fort. Trotzdem interessante Reden gehalten wurden, war das Haus nur schwach besucht. In sehr heftiger Weise griff Béla Mezössy die auswärtige Leitung, unsere Diplomatie und die Heeresleitung an, womit er besonders bei der Opposition große Wirkung erzielte. Mit staatsrechtlichen Spitzfindigkeiten suchte Géza Polonyi nachzuweisen, daß die Einberufung der Delegationen nicht nur möglich, sondern gesetzlich nothwendig sei. Durch persönliche Ausfälle und Indiskretionen sorgte er dafür, daß seine langathmigen Ausführungen ihr Publikum fanden. Als letzter Redner in der Vormittagssitzung kritisirte Markgraf Georg Pallavicini die Thätigkeit des Ministers des Aeußern, des Kriegsministers, die militärischen Auszeichnungen und die Versäumnisse hinsichtlich der siebenbürgischen Flüchtlinge.

In der Nachmittagssitzung ergriff zuerst Gabriel Ugron das Wort, der das bereits abgespielte Repertoire: Siebenbürgen, Graf Czernin, Polenfrage wiederholte, ohne durch irgend ein neues Moment die Debatte interessanter zu gestalten. Nach ihm sprach Georg Szmrecsányi, der sich ziemlich großes Material vorbereitet hatte, um nahezu drei Stunden lang die Aufmerksamkeit des Abgeordnetenhauses auf sich lenken zu können. Szmrecsányi war in seinen Angriffen gegen die Majorität, Regierung, Burián, Heeresleitung 2c. scharf und aggressiv. Aber seine Enthüllungen blieben auf die Majorität doch ohne tieferen Eindruck, weil man die Absicht derselben nur zu deutlich merkte. Mehr Effekt hatte Szmrecsányi mit seinen Eröffnungen über die Affaire des czechischen Abgeordneten Kramarz, worin er über die Haltung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh einige ganz interessante Indiskretionen verübte. Den Schluß der Sitzung bildete eine dringende Interpellation Aladár Gedeon's über die Verwerthung der Viehbestände der Siebenbürger Flüchtlinge. Ackerbauminister Baron Ghillányi gab darauf sofort eine beruhigende Antwort, welche das Abgeordnetenhaus zur Kenntniß nahm.

Die Vormittagssitzung.

Präsident Paul Beöthy eröffnet die Sitzung um 10 Uhr Vormittags mit der Mittheilung, daß der Abgeordnete Aladár Gedeon zu einer dringenden Interpellation in Angelegenheit der Verwerthung des Viehes der Siebenbürger Flüchtlinge die Erlaubniß erbeten und erhalten habe. Die Interpellation wird dem Hause am Schlusse der Sitzung unterbreitet werden.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die beiden Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi.

Béla Mezössy erklärt, die beiden Anträge der Abgeordneten Graf Julius Andrássy und Graf Albert Apponyi stünden durchaus nicht im Gegensatz zu einander, sie ergänzen vielmehr einander ganz harmonisch. Wenn man dem ersten: dem Antrag des Grafen Julius Andrássy gegenüber die zwar unbegründete Einwendung erheben wollte, daß dadurch ein gefährlicher Präzedenzfall für eine künftige Einmengung Oesterreichs in unsere Angelegenheiten geschaffen würde, dann müßte um so mehr der Antrag des Grafen Albert Apponyi als konstitutioneller Ausweg angenommen werden, denn schließlich könne doch hierzulande kein Politiker es zulassen, daß eine geschlossene Gesellschaft schrankenlos über alle materiellen und moralischen Kräfte der Nation verfüge. Redner findet kein Motiv für die ablehnende Haltung der Regierung in der Frage der Einberufung der Delegation. Man hat bemerkt, daß die österreichische Regierung für den Verlauf der Dinge keine Garantien besitze, daß einzelne Delegirte in Oesterreich den Kriegsinteressen schädliche Aeußerungen thun könnten und man hat in Anknüpfung an dieses Motiv auch auf die „tschechische Frage" hingewiesen. In dieser Hinsicht verweist Redner auf seine, einen Tag vor dem Ultimatum an den Ministerpräsidenten gerichtete Interpellation, in der er im Namen der gesammten Opposition die Entfernung des kommandirenden Generals v. Potiorek forderte und auch der Befürchtung Ausdruck verlieh, daß die in Oesterreich seit Jahrzehnten übliche, den Grundlagen des siebenundsechziger Ausgleichs widersprechende Politik der Zurückdrängung der deutschen Hegemonie und der Begünstigung des Slaventhums schließlich große Gefahren zeitigen könnte. Die Zurückgewinnung des ohne Vertheidigung gelassenen Siebenbürgen — sagt Redner — wird das von der unvorsichtigen Diplomatie und von der Regierung verursachte Unglück nicht ungeschehen machen. Es wäre Pflicht des Ministers des Auswärtigen Baron Burián gewesen, sich Gewißheit darüber zu verschaffen, ob die Heeresleitung zur Erhaltung der territorialen Integrität Ungarns auch wirklich Alles aufgeboten habe gegenüber einem mit so geringen Kräften ausgeführten Ueberfall. Hier im Hause hat der Ministerpräsident die bestimmte Erklärung abgegeben, es seien alle Vorkehrungen zum Schutze Siebenbürgens getroffen worden. Das muß ihm doch irgend Jemand gesagt haben, — wer ist das also? Und warum treffen wir nicht die nothwendigen Vorkehrungen, damit die Potiorek's, die sich soeben in Siebenbürgen zum zweiten Male bethätigt haben, in Zukunft keine dritte Reprise veranstalten können? Doch nicht nur wegen derlei brauchen wir die Delegation dringend nothwendig, sondern auch, um festzustellen, wozu die Hunderte von Millionen der Kriegsausgaben verwendet werden. Die Verwendung dieser Unsummen gehört unbedingt unter parlamentarische Kontrolle, wir müssen Sicherheit darüber erlangen, ob die gezahlten Preise dem reellen Verkehrswerthe entsprechen. Auch falle hiebei in die Wagschale, daß der überwiegende Gewinnantheil an den Heereslieferungen in Oesterreich bleibt, was zur Genüge aus verschiedenen Gerichtsverhandlungen hervorgehe. Wer sind z. B. jene Frau Leo Falk, jene Frau Elise Reithoffer usw., die diskret im Hintergrunde von Millionenlieferungsgeschäften die Fäden leiten?

Georg Szmrecsányi (ruft dazwischen): Elise muß verdienen! (Bewegung links.)

Béla Mezössy: Und können wir dies nicht vor dem Plenum erfahren, so muß es eben vor dem andern Forum geschehen. Der Ministerpräsident hat das Versprechen geleistet, alle Mißbräuche bei Heereslieferungen erbarmungslos zu ahnden, und gebeten, Jeder, der von solchen Mißbräuchen Kenntniß erhält, möge dies unverzüglich den Behörden oder ihm selber zur Kenntniß bringen. Wie soll denn derlei geschehen? Es sollten eben die einzelnen leitenden Beamten der Ministerien der pflichtschuldigen Diskretion entbunden werden, dann wäre schon Manches gewonnen. Oder die Heeresausschüsse der Delegationen sollten von ihrem Rechte Gebrauch machen und sämmtliche Lieferungsverträge überprüfen.

Nach einem kurzen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die es koste, mit der streng abgeschlossenen Krone selbst für die Besten der Nation — und nicht nur in Ungarn, auch in Oesterreich — in Berührung zu kommen, nimmt Redner den Antrag des Grafen Andrássy an. (Zustimmung und Beifall links.)

Géza Polonyi glaubt konstatiren zu können, daß die gegenwärtige Debatte den Beweis erbracht hat, daß der G.-A. XII : 1867 vollständig Schiffbruch erlitten hat. Er war stets voll Bewunderung gegenüber dem großen Wissen, heißer Vaterlandsliebe und guten Willen der Schöpfer des Ausgleichsgesetzes, allein die damaligen Gegner des Ausgleichs waren nicht minder gute Patrioten und nicht minder fähige Männer. Es ist eigenartig, daß dem Ausgleich nicht die Möglichkeit gegeben wurde, sein fünfzigjähriges Jubiläum begehen zu können. Auf die beiden auf der Tagesordnung befindlichen Anträge übergehend, findet Redner, daß die Argumentation des Ministerpräsidenten gegen die Einberufung der Delegation absolut nicht stichhaltig sei. Vollkommen begründet sei dagegen auch der Antrag des Grafen Apponyi auf Erscheinen des Ministers des Auswärtigen vor dem ungarischen Reichstag. Man darf dem ungarischen Reichstag das Recht nicht vorenthalten, die gemeinsamen Minister zur Verantwortung ziehen zu können. Die Anklagen des Abgeordneten Ferdinand Urmánczy und die konsternirenden Anschuldigungen, welche der Abgeordnete Fürst Ludwig Windischgrätz in der geschlossenen Sitzung vorgebracht hat, zeigen, daß die Heeresleitung die großen Interessen der Nation ganz und gar nicht berücksichtigt. Der Reichstag müsse dafür sorgen, daß die aus Dummheit begangenen Fehler nicht ungestraft bleiben sollen. Dem Redner steht ein Tagesbefehl des Feldmarschall-Lieutenants Winkler zur Verfügung, worin dieser den Haß gegen den ungarischen Parlamentarismus, den Haß gegen Ungarn predigt, und sein Offizierskorps gegen das ungarische Parlament aufreizt. Es heißt in diesem Tagesbefehl: „Daß unsere Artillerie, besonders aber die, wie die jüngsten Kriegserfahrungen beweisen, so werthvollen schweren Geschütze so schlecht versehen sind, liegt in Ursachen, die lange vor dem Krieg und nicht in militärischen Kreisen zu suchen sind, sondern in unseren innerpolitischen Verhältnissen, in Folge deren der Ausbau der Artillerie immer wieder hinausgeschoben wurde. Und wenn heute die breiten Massen die unzulängliche Ausrüstung in der modernen schweren Artillerie mit erhöhten Blutopfern bezahlen müssen, so können sie dafür jenen Volksvertretern und politischen Kreisen danken, die der Ausgestaltung unseres Heeres immer wieder Hindernisse entgegenstellten." (Großer Lärm links.) Dies beweist, daß die Herren Generale nicht nur politisiren, sondern gegen das ungarische Parlament direkt aufreizen. Allein man begnügt sich auch damit nicht. Es heißt weiter in diesem Tagesbefehl: „Erst als mit Eintritt des Kriegszustandes die Heeresverwaltung freie Hand bekam, das für nothwendig Erkannte auf eigene Verantwortung durchzuführen, konnte daran geschritten werden, das im Frieden Versäumte nachzuholen." Hier ist nicht mehr blos von einer Aufreizung gegen das ungarische Parlament, sondern auch davon die Rede, daß die Heeresleitung mit Umgehung der Nation auf eigene Faust über das Vermögen der Nation verfügt. Kann man in Kenntniß dieser Thatsachen die Annahme des Andrássy'schen Antrages verweigern, demzufolge die gemeinsamen Minister zur Verantwortung gezogen werden können? Redner wünscht überdies, der Antrag des Grafen Apponyi, der darauf abziele, daß der Minister des Aeußern von dem ungarischen Abgeordnetenhause zur Verantwortung gezogen werden könne, möge dahin ergänzt werden, daß auch der gemeinsame Kriegsminister zu einer solchen Verantwortung solle gezogen werden können. Die beiden Anträge nimmt Redner an.

Markgraf Georg Pallavicini hält die Einberufung der Delegation schon deshalb für nothwendig, weil festgestellt werden müsse, wer für das, was in Siebenbürgen geschehen, verantwortlich gemacht werden soll. (Beifall links.)

Stephan Rakovßky: Das wissen wir bis heute noch nicht!

Markgraf Georg Pallavicini: Ob die Grenze Siebenbürgens militärisch hätte vertheidigt werden können, kann und will Redner, weil kein Stratege, nicht untersuchen. Aber für unmöglich hält es Redner, daß Ereignisse, wie sie sich in den letzten Tagen des August in den Grenzgebieten Siebenbürgens zugetragen haben, vom parteipolitischen Standpunkte behandelt werden sollen. (Beifall links.) Jemand muß an alldem schuld sein, es sei unmöglich, daß Niemanden ein Verschulden treffen soll! (Wahr! So ist's! links.)

Stephan Rakovßky: Es wird Niemand gestraft, Niemand ist schuld!

Markgraf Georg Pallavicini: Es genügt nicht, daß die Regierung die Verantwortlichkeit auf sich nimmt. Das ganze Land wünscht Klarheit, damit es die Gewißheit habe, daß solche Dinge in Hinkunft nicht mehr vorkommen werden. (Wahr! So ist's! links.) Unser Gesandter Graf Czernin hat angeblich Alles gewußt, war gut informirt. Wir unsererseits haben dem Grafen Czernin die erforderlichen diplomatischen Fähigkeiten, vom

Pester Lloyd 20./IX. 1916

I

136

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 19. September.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute in der Nachmittagssitzung eine Kritik der Polenpolitik der Monarchie entgegen, mit der Abgeordneter Gabriel Ugron den Antrag des Grafen Julius Andrássy stützen wollte. Dabei gerieten seine Ausführungen vom nationalpolitischen auf das konfessionelle Gebiet, wodurch ihm die Pointe seiner Rede verloren ging.

Dann sprach Abgeordneter Georg Szmrecsányi. Die Pikanterien seiner Rede lagen in der Verlesung eines ausführlichen Protokolls der Verhandlung im Prozeß Kramar. Aus diesem Protokoll versuchte er auf die Stellung zu schließen, die dem österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh im Rahmen der österreichischen Nationalitätenpolitik zukommt. Was Abgeordneter Georg Szmrecsányi noch zu sagen hatte, war den Kennern seiner Mentalität nicht fremd. Nur eine Tatsache verdient noch besondere Erwähnung. Abgeordneter Szmrecsányi hat sich sehr entschieden gegen das System der Geheimsitzungen gewendet und Oeffentlichkeit für seine Worte gefordert. Darf man vielleicht angesichts dieser erbitterten Kundgebung daran erinnern, daß die erste Geheimsitzung auf oppositionelle Anregung verfügt wurde und daß Stürme tosten, als einmal die Mehrheit einen diesbezüglichen Antrag der Opposition ablehnte?! Abgeordneter Szmrecsányi hat sich — man darf wohl sagen — ein wenig in der Adresse geirrt.

Am Schluß der Sitzung unterbreitete Abgeordneter Aladár Gedeon eine dringliche Interpellation, die sich mit einer Flüchtlingsfrage beschäftigte. Die Interpellation fand mit einer Erklärung des Ackerbauministers Barons Emerich Ghillány beruhigende Erledigung.

Morgen wird das Haus um 5 Uhr nachmittags zu den Interpellationen schreiten.

Der Verlauf der Sitzung.

Markgraf Georg Pallavicini

glaubt, daß die allgemeine Stimmung des Landes den Standpunkt der Opposition teilt. Wenn die Majoritätspartei ihre Macht dazu hätte benützen wollen, einige tausend Mannlichergewehre zu beschaffen, hätte sie dem Lande zweifellos mehr genützt als dies der Fall ist. Die Majorität wirft hier im Hause bloß ihr großes numerisches Gewicht in die Wagschale, nicht aber ihre geistige Tätigkeit — in dieser Hinsicht begnügt sie sich vollständig mit dem, was der Herr Ministerpräsident hier produziert. Redner würde die Annahme des Antrages des Grafen Julius Andrássy schon deshalb für sehr wichtig halten, weil er glaubt, daß die heiklen Fragen viel eher im Rahmen eines engeren Ausschusses verhandelt werden und die Wahrheit in solch engerem Kreise viel eher zutage gefördert werden könne, als hier im Hause. Die Annahme des Antrages des Grafen Albert Apponyi wieder würde dem Minister des Aeußern Gelegenheit bieten, sich gegen die wider ihn erhobenen Beschuldigungen vor dem kompetenten Forum verteidigen zu können.

Redner meint, der Ministerpräsident hätte, der Anregung des Abgeordneten Barta folgend, dem König vorschlagen sollen, daß er die Delegationen einberufe. Es würde sich dann herausstellen, ob dies möglich sei oder nicht. Das Einberufungsrecht ist ein Recht des Königs von Ungarn, der, da er in einer Person Kaiser von Oesterreich ist, dafür sorgen würde, eventuelle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Wir dürfen es nicht von vornherein erklären, die Delegationen könnten wegen der österreichischen Geheimnisse nicht einberufen werden. Diese Feststellung kommt einer Einmengung in die Angelegenheiten Oesterreichs gleich. Wenn Graf Stürgkh der Meinung ist, daß die Delegationen nicht einberufen werden können, so ist es vielleicht keine Beleidigung, wenn wir glauben, daß er sich hierin irre. Redner muß die Aufmerksamkeit des Landesverteidigungsministers auf gewisse Mißstände in Militärsanitätsanstalten lenken. Viele dieser Institute leisten beispiellos hervorragende Dienste, andere Sanitätsanstalten wieder stehen nicht auf der Höhe weder im Hinblick auf die Leitung, noch auf die Fähigkeiten ihrer Vorstände. Die Daten, mit denen er diese Behauptung beweise, will er hier nicht in die Oeffentlichkeit bringen, er stellt sie dem Landesverteidigungsminister gern zur Verfügung, damit er Abhilfe schaffe. Ebenso wäre die Frage der Orden und der Mannschaftsdekorationen überhaupt einheitlich zu regeln. Es würde eine große Beruhigung bedeuten, wenn die Unterbreitungen zur allerhöchsten Auszeichnung nicht einen so langen Instanzenweg gehen müßten, denn die Praxis beweist, daß diese Unterbreitungen in den Mittelstationen lange verweilen. Man bedürfe weniger Auszeichnungen, aber einer rascheren Erledigung.

Ebenso müßte heute, im dritten Kriegsjahre, endlich die Frage geregelt sein, wie die Hinterbliebenen der gefallenen Offiziere, überhaupt der aktiven, ebenso wie der Reservisten, einer Regelung zugeführt werden soll. Die heutige Regelung kann keineswegs beibehalten werden. Es würde eine entsprechende Versorgung der Witwen auch in den Kreisen der kämpfenden Offiziere Beruhigung hervorrufen. Redner spricht dann von dem rumänischen Einfall in Siebenbürgen. Die Frage will er ausschalten, ob die Preisgabe Siebenbürgens strategisch unerläßlich war. Allein dafür, daß wir überrascht werden konnten, muß jemand verantwortlich sein. Es muß auch festgestellt werden, daß der Regierungskommissär für Siebenbürgen nicht auf der Höhe seiner Aufgabe stand. Er unterbreitet einen Beschlußantrag, das Haus möge einen Ausschuß entsenden, der feststellen soll, wem die Verantwortung für die siebenbürgischen Ereignisse trifft und der angewiesen werden soll, über das Ergebnis der Untersuchung dem Hause Bericht zu erstatten. (Lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter Gabriel Ugron

bittet, seine Rede nachmittags halten zu können.

Der Präsident suspendiert die Sitzung bis vier Uhr nachmittags.

Die Nachmittagsitzung

nahm folgenden Verlauf:

Abgeordneter Gabriel Ugron

erachtet die staatsrechtliche Seite des Problems der Einberufung der Delegationen als vollständig geklärt. Die Einberufung der Delegation ist zweifellos im Gesetze begründet. Deshalb nimmt Redner den Antrag des Grafen Julius Andrássy an und schließt sich für den Fall, daß die Einberufung unmöglich würde, dem Antrage des Grafen Albert Apponyi an, der die Möglichkeit zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflicht bietet.

Der gemeinsame Minister des Aeußern hat seit seiner Ernennung für seine Taten dem Forum nicht Rechenschaft gegeben, das allein berufen ist, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Der Minister des Aeußern hat verhängnisvolle Fehler begangen, mit denen Redner sich jetzt nicht befassen will, da sie schon zur Genüge beleuchtet sind. Er will sich hier bloß mit der heute besonders aktuellen rumänischen Frage befassen, die durch die in den Zeitungen publizierten Aeußerungen des Barons Burián in ein neues Licht gestellt wurde. Aus diesen Aeußerungen sei ersichtlich, daß der Minister des Aeußern über die rumänischen Rüstungen orientiert war, jedoch vor der Kriegserklärung keine Ahnung von dem einige Tage vorher eingetroffenen russischen Ultimatum hatte, das Rumänien früher in den Krieg trieb, als es ursprünglich beabsichtigte. Und der Informator war Graf Czernin, — jener Graf Czernin, der vor seiner Ernennung zum Bukarester Gesandten ein Anhänger der föderalistischen Politik gewesen und der noch am 20. Januar 1914 in einem Interview mit einem ungarischen Journalisten der Anschauung Ausdruck verliehen hatte, daß die ungarländischen Rumänen in Ungarn tatsächlich kein Recht besäßen und daß dieser Stand der Dinge ungerecht sei.

Redner geht hierauf auf die Polenfrage über, die er ausführlich behandelt, mit dem Resultat, daß die Behörden die Begeisterung der polnischen Brudernation nicht auszunützen verstanden, sie sogar direkt unterdrückt haben. Der neue Militärkommandant Lembergs drangsaliert die Bevölkerung, die glänzende Beweise ihres Patriotismus und ihrer Anhänglichkeit geboten, mit Hochverratsbeschuldigungen, die gesetzlich gewährleisteten Rechte der polnischen Sprache werden in Galizien von den Behörden in keiner Weise berücksichtigt. Dies allein wäre schon geeignet, in Galizien das polnische Volk in Aufregung und Gärung zu versetzen, und es hat seine Rückwirkung auch auf Russisch-Polen, wo sich in den von unseren Truppen besetzten Teilen eine germanisierende Tendenz bekundet, wo ausschließlich eine militärische Organisation der Verwaltung eingeführt wurde. Unter der russischen Regierung durfte der polnische Bauer seine Sprache gebrauchen, unter der militärischen Verwaltung nicht. Dadurch, daß heute in Polen die Kenntnis der deutschen Sprache unerläßlich gemacht worden ist, wurde das Judentum Polens — sind doch dort nur die Juden auch der deutschen Sprache mächtig — im Verkehr mit den Verwaltungsbehörden zum Vertreter und Wortführer der polnischen Interessen gemacht, der polnische Bauer aber zurückgedrängt. Auch das in diesen Gebieten eingeführte Steuersystem gibt zu zahlreichen Klagen Anlaß. Redner vergleicht mit diesen Vexationen das Vorgehen der Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten Russisch-Polens.

Die deutsche Verwaltung in Russisch-Polen ist verständig und liberal, sie achtet darauf, die Polen in ihren Gefühlen nicht zu verletzen. Im Blatte „Swjet" wird eine polenfreundliche Rede des Befehlshabers v. Beseler veröffentlicht, diese Nummer des Blattes wird von der österreichischen Zensur unterdrückt. Man verspricht den Polen ein neues, selbstständiges Land. In Petrikau werden bei den Polen Hausdurchsuchungen angeordnet, in Warschau wird die polnische Universität eröffnet. Man kann es schließlich begreifen, wenn ein erobernder Staat seine Sprache in den neuen Gebieten einführen will, die polnische Nation könne man nicht einschmelzen. Ein kulturell entwickeltes Volk, das eine große Vergangenheit hat, muß anders regiert werden. Der Minister des Aeußern habe die polnische Deputation gar nicht empfangen. Das beweist nicht diplomatische Geschicklichkeit, so kann man nur erreichen, daß die Polen sich unter das Joch Rußlands zurücksehnen werden. Die heutige Politik gegenüber Polen reiht sich würdig derjenigen an, die aus Verbündeten Feinde gemacht hat. Im Willen zum Sieg sind wir alle einig, wir dürfen es im Interesse des Sieges nicht erlauben, daß der Minister des Aeußern ganz unverantwortlich ungarisches Gut und Blut preisgebe. Die leitenden Persönlichkeiten müssen kontrolliert werden, der Minister des Aeußern soll entweder in der Delegation, oder im Parlament erscheinen. Darum stimmt Redner sowohl dem Antrag Andrássy, wie dem des Abgeordneten Apponyi zu. Schließlich bittet er auch die Resolution Pallavicini anzunehmen, die die Entsendung der Untersuchungskommission verlangt, welche die Verantwortlichkeit für Siebenbürgen feststellen soll. (Zustimmung links.)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi

hält die heutige Lage des Landes für so schwer, wie sie noch nie war, und bedauert, daß alle oppositionellen Kritiken ohne Erwiderung von seiten der Mehrheit bleiben. Warum hat noch kein einziger sächsischer Abgeordneter auch nur den Mund aufgetan? Schon in den ersten Kriegsmonaten habe die anfängliche Begeisterung bei Eintreffen der mißlichen Nachrichten aus dem Felde einer allgemeinen Unruhe Platz gemacht, die immer größer geworden sei. Daran sei das unglückselige Vertuschungssystem, die ewige Geheimtuerei schuld, die von der Zensur geknebelte Presse konnte, durfte ihre Pflicht nicht erfüllen, die an der Spitze des Landes stehenden Männer sind ihren Aufgaben nicht gewachsen. Wie soll dergleichen die Opferwilligkeit erhöhen? Ist es ein Wunder, wenn schließlich Apathie eintritt? Die Lage ist bedenklich: unzählige Feindesmengen, geführt von Brussilow, stürmen dröhnend gegen unsere nordöstlichen Grenzen, in Siebenbürgen haust der Walache, wo soll da eine allgemeine Apathie hinführen? Die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln ist um kein Haar minder wichtig, als die Versorgung der Armee mit Munition. Und da sehen wir nichts als Kopflosigkeit, plan- und zielloses Hin- und Hertappen, die Approvisionierung ist gewinnsüchtigen Aktiengesellschaften ausgeliefert, alles ist in Not und Elend, bloß die Kriegshyänen leben in Saus und Braus. Die Regierung möge mit einem allgemeinen Approvisionierungsprogramm vor das Haus treten, die Lebensmittelfrage möge zentralisiert werden wie in Deutschland, und Redner fordert, wie schon im Winter, die Schaffung eines Verpflegsministeriums. Die Dezentralisation in vier Ministerien sei absurd. Der Hinweis des Grafen Andrássy in dessen jüngsten Rede, daß es unmöglich sei, alle, alle, aber auch alle Regierungsgeschäfte in diesen Zeiten in einer Hand zu vereinigen, sei nur allzu wahr. Das Prinzip überdies, noch achtstündige Sitzungen zu halten, gehe dann freilich über menschliche Kraft. Und da sei es nur natürlich, daß, wenn solche Fragen verhandelt werden, wie eben jetzt, der Ministerpräsident nicht zugegen ist . . .

Abgeordneter Géza Polónyi: Würden nur Grafen sprechen, er wäre schon da! (Lärm. Heiterkeit rechts.)

Abgeordneter Georg Szmrecsányi (fortfahrend): Unter solchen Umständen werde Redner alles, was er auf dem Herzen habe, stets nur in offener Sitzung vorbringen. Vielleicht gelingt es hiedurch am Ende dennoch, den Ministerpräsidenten zu irgendwelchen Aeußerungen zu bewegen. (Zustimmung links.) Die Einberufung der Delegation könne und dürfe nicht von der Tagung oder Nichttagung des österreichischen Reichsrates abhängen.

Redner verliest eine frühere Rede des Ministerpräsidenten Tißa, in der dieser auf die Gefahr einer Einberufung des Reichsrates wegen des etwaigen Verhaltens der Tschechen hinweist.

Die Tschechen, fährt Redner fort, haben aber gar keine Veranlassung, dem Grafen Stürgkh Mißtrauen entgegenzubringen, sie sind ihm vielmehr zu Anerkennung und zu Dank verpflichtet. Ich werde mir erlauben, das sofort dokumentarisch zu belegen. Als der tschechische Reichstagsabgeordnete Dr.

Pester Lloyd 20/IX 1916 II

Sitzung des Reichstages 137

Kramar vor dem Wiener Militärdivisionsgericht unter Anklage stand — er wurde bekanntlich zum Tode verurteilt —, wurden auch österreichische Staatsmänner, an ihrer Spitze Ministerpräsident Graf Stürgkh, einvernommen. Ich werde beweisen, daß Graf Stürgkh damals in hohem Maße seine Zuneigung den Tschechen gegenüber zum Ausdruck brachte und die Tschechen alle Ursache haben, ihn zu unterstützen, sowohl im Reichsrat, wie außerhalb des Reichsrates. Wollen Sie mich nicht mißverstehen. Ich will jetzt nicht über die Tschechen eine Kritik fällen, sondern nur zum Beweise meiner Behauptung einiges aus den Akten des Prozesses Kramar verlesen.

So sagte der Militäranwalt in seiner Rede folgendes:

„Es sind die höchsten Funktionäre der Staatsverwaltung, von Sr. Exzellenz dem k. k. Ministerpräsidenten angefangen, als Zeugen in diesem Saal erschienen. Das allgemeine Interesse war mit gespannter Aufmerksamkeit auf jede dieser Aussagen gerichtet, in denen sich einzeln und im Zusammenhang deutlich die Auffassung und die Richtung unserer Politik kundgab. Es waren feierliche geschichtliche Momente, wobei nicht bloß auf jedes Wort gehört, sondern auch auf jede Miene und jede Deutung des Zeugen geachtet wurde."

Dann fährt der Militäranwalt fort:

„Kein einziger dieser hohen staatlichen Funktionäre hat irgendwie eine Stellungnahme gegen die Angeklagten bekundet. Jeder von ihnen brachte das besondere Wohlwollen für die Angeklagten zum Ausdruck und suchte auch dort, wo er belastende Tatsachen bestätigte, dem Angeklagten Dr. Kramar wenigstens den guten Glauben zuzubilligen."

Ferner sagte er:

„Wenn Se. Exzellenz der k. k. Ministerpräsident als Zeuge in seinen mehrstündigen Ausführungen mit dem größten Wohlwollen jede Handlung und jede politische Betätigung der Angeklagten vorbrachte, welche sie für die Regierungsmajorität vorgenommen haben, so müssen doch Motive und Zweck dieser Handlungen vom hohen Kriegsgericht geprüft und selbständig beurteilt werden."

Und schließlich sagte er:

„So hat Se. Exzellenz der k. k. Ministerpräsident erklärt, daß er nach seiner subjektiven Ueberzeugung keineswegs den Eindruck empfangen habe, als ob Dr. Kramar die Führung der auswärtigen Politik von dem Standpunkt bekämpfte, oder eine andere Orientierung der auswärtigen Politik wünschte, um im Interesse eines fremden Staates dem eigenen Staat Schaden zuzufügen."

Es ist klar, daß das eine direkte Verteidigungsrede für Kramar war. Ich will in das Wesen dieser Sache nicht eingehen. Allein, ich halte es für meine Pflicht, darüber hinaus auch darauf hinzuweisen, daß der Herr Ministerpräsident Stürgkh mit Kramar auch während dessen Untersuchungshaft ständig in Berührung stand. Ich bin im Besitz eines Aktenstückes, eines Berichtes, den ein höheres Militärkommando von einem Herrn erhielt, der bei dem in Rede stehenden Besuche ex offo anwesend war. In diesem Bericht heißt es unter anderem:

„Frau Kramar äußerte sich anläßlich ihres heutigen Besuches bei ihrem Gatten Dr. Karl Kramar, daß sie gestern beim Ministerpräsidenten, Sr. Exzellenz Grafen Stürgkh war, mit ihm über die Strafsache ihres Gatten gesprochen hatte und daß sie dem Grafen Stürgkh mitteilte, daß Dr. Kramar eine Haftbeschwerde eingebracht habe, worauf der Ministerpräsident sagte, es sei gut, daß Dr. Kramar diese Beschwerde gemacht habe. Er, Graf Stürgkh, habe zwar auf den Gang des Strafverfahrens keinen Einfluß und könne nichts machen, er werde jedoch eine Kopie dieser Haftbeschwerde verlangen und sich für Dr. Kramar einsetzen. Der Ministerpräsident sei dem Dr. Kramar stets sehr gut gesinnt und wundere sich, daß dem Dr. Kramar die Haft so schwer falle. Frau Kramar erklärte weiter, sie könne jedoch nicht alles sagen, was der Graf ihr, Frau Kramar, gesagt hat."

Gehen wir weiter. Da sind zwei Berichte darüber, daß Sektionschef Dr. R. v. Ertl, bekanntlich der beste Freund Kramar', von Stürgkh Nachrichten dem Dr. Kramar übermittelte. Dies wage ich jedoch nicht positiv zu behaupten. Ferner habe ich hier einen Bericht über einen Besuch, der dasselbe beweist. Derjenige, der das vertrauliche politische Verhältnis kennt, in dem Graf Stürgkh mit dem ehemaligen Statthalter von Böhmen Fürsten Thun gestanden, wird sich über dieses Aktenstück sehr wundern. Diese Worte stammen aus den stenographischen Aufzeichnungen des Kramarprozesses. Ich halte es für einfacher, den militärischen Bericht zu verlesen, der ebenfalls in der Angelegenheit des Fürsten Thun an ein höheres Militärkommando gerichtet wurde. Es heißt in diesem Bericht:

„Es wird gemeldet, daß bei der im Zuge befindlichen Hauptverhandlung gegen Dr. Kramar und Genossen sich der folgende wichtige Vorfall ereignete, über welchen mit Rücksicht auf die besondere politische Bedeutung Bericht erstattet wird:

Am 20. Januar 1916 erschien Se. Durchlaucht Fürst Thun, ehemaliger Statthalter in Böhmen, über Antrag der Verteidigung, als Zeuge in der Hauptverhandlung gegen Dr. Kramar und sagte, daß er niemals ein staatsfeindliches Verhalten des Dr. Kramar wahrgenommen habe und daß er auch einen ungünstigen Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung, die in der Anklage auf Grund der vorliegenden Beweise angeführt wurde und auf die Wühlarbeit der Angeklagten und anderer gleichgesinnter Personen zurückgeführt wird, nicht bemerkt habe."

Dann beruft sich dieser Bericht auf einen Artikel des gewesenen Prager Universitätsprofessors Masaryk, der bekanntlich nach der Schweiz und dann nach Paris flüchtete. (Rufe: Nach England!) Das ist nebensächlich, hier beruft man sich auf einen Artikel Masaryks, den dieser angeblich dem Fürsten Thun zugeschickt hat. In dem Bericht heißt es nun über diesen Artikel:

„Diese Mitteilungen des Professors Masaryk habe Fürst Thun dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und dem Minister des Innern Baron Heynold zur Kenntnis gebracht und ihnen den Rat erteilt, gegen das tschechische Volk keine allzustrengen Maßregeln zu ergreifen, um einer Revolte auszuweichen."

Dann folgt der Entwurf, nach dem die Monarchie aufzuteilen wäre. Da dies jedoch nicht eng mit der Frage zusammenhängt, will ich diesen Teil nicht verlesen, nur wundere ich mich, daß der Gerichtshof diesbezüglich den Fürsten Thun nicht befragt hat.

Am besten wird jedoch das Verhältnis zwischen dem Grafen Stürgkh und Kramar beleuchtet, wenn ich Kramar selbst zu Worte kommen lasse. In der Rede des Militäranwaltes ist der Text jenes Briefes zitiert, den Kramar an den Fürsten Thun richtete. Der Schluß dieses Briefes lautet:

„Und lassen Sie mich zum Schluß noch einiges sagen: Wären Sie nicht in den letzten Jahren Statthalter von Böhmen gewesen und unterstützt durch den ehrlichen Grafen Stürgkh, und wäre es uns nicht möglich gewesen, gerade mit Berufung auf Sie beide unsere Leute an Ruhe und Vertrauen zu gewöhnen, so hätte es in einer solchen Zeit in Böhmen gewiß anders ausgesehen."

Ich erlaube mir, diese Zitate deshalb zu verlesen, um das Verhältnis Stürgkhs zu Böhmen zu illustrieren und nachzuweisen, daß Graf Stürgkh der Wahrheit fernsteht, wenn er sich darauf beruft, daß er dem Kaiser die Einberufung des Reichsrates wegen der Tschechen nicht vorschlagen könne.

Ich gehe um einen Schritt weiter. Ich habe schon erwähnt, daß sämtliche österreichischen parlamentarischen Parteien mit Ausnahme der Christlichsozialen und Alldeutschen Beschlüsse gefaßt haben, in denen sie die Einberufung des Reichsrates wünschen. Ja, auch die Tschechen haben einen solchen Beschluß gefaßt. Der Führer der tschechischen Agrarier, Abgeordneter Udrzal, war beim österreichischen Ministerpräsidenten — auch der ungarische Ministerpräsident mußte hievon Kenntnis haben — und erklärte, daß die tschechischen Parteien von ihrem eigenen egoistischen tschechischen Interesse aus die Einberufung des Reichsrates nicht nur wünschen, sondern fordern, weil sie eine mächtige Loyalitätskundgebung machen, das feierliche Versprechen ablegen wollen, daß während der Tagung des Reichsrates von seiten der tschechischen Parteien kein einziges störendes Moment vorkommen werde. Das ist ihr menschliches Recht.

Ich habe die ganze tschechische Frage nicht mala fide behandelt, sondern ausschließlich, um nachzuweisen, daß die Verteidigung des österreichischen Ministerpräsidenten absolut nicht standhält.

Jetzt will ich in einigen Worten erzählen, weshalb der österreichische Ministerpräsident die Einberufung der Delegationen nicht will. Weil es für ihn am bequemsten ist, absolutistisch, ohne Verantwortung zu regieren. Allein nicht nur für ihn, sondern auch für andere Faktoren. Auch in Oesterreich bildet die Bankokratie den Krebsschaden des öffentlichen Lebens. An der Spitze schreitet die Bodenkreditanstalt mit ihrem Präsidenten Sieghart. Diese Banken kaufen einen großen Teil der Aktien der österreichischen Zeitungsgesellschaften zusammen, damit sie ihre Macht über die Presse ausüben und in alles sich hineinmengen können. Sie fürchten die öffentliche Kritik, die gegenwärtig in Oesterreich vollständig lahmgelegt ist. Diese Banken unterstützen den Ministerpräsidenten, und Ministerpräsident Stürgkh nimmt auch im Interesse der Unterstützung dieser Banken den Standpunkt ein, der gegen unsere Gesetze und unsere Verfassung verstößt. Ich will jetzt nicht die Beweismittel anführen, die sich auf die Tätigkeit Siegharts und der Bodenkreditanstalt beziehen. Sie befinden sich auch gegenwärtig nicht vollständig in meinem Besitz, allein ich kann versichern, daß ich Gelegenheit finden werde, diese Daten im ungarischen Abgeordnetenhaus vor die Oeffentlichkeit zu bringen. Oesterreich befindet sich demnach in des Wortes wahrstem Sinn in einem Zustand außerhalb der Verfassung. Wir können dies nicht dulden. Wenn wir das zur Sprache bringen, so bedeutet das keineswegs eine Einmengung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs. Der Ministerpräsident warnt uns fortwährend, wir mögen uns in die internen Angelegenheiten Oesterreichs nicht einmengen, da wir dies in einem ähnlichen Fall ebenfalls ungern sehen würden. Er müßte mit dem guten Beispiel vorangehen. Hätte er dies getan, so wäre nicht folgendes Dokument erschienen:

„K. k. Staatsanwaltschaft Zahl 3486/C Wien. Ueber Einschreiten der königlich ungarischen Regierung sehe ich mich veranlaßt, an die hochlöbliche Redaktion das Ersuchen zu richten, sich während der Tagung des ungarischen Parlaments jeder Ausführung zu enthalten, welche nicht im Text des „K. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus" enthalten ist." (Großer Lärm links.)

Den Antrag des Grafen Andrássy nimmt Redner im Interesse Ungarns, Oesterreichs und der Dynastie an, damit die gemeinsamen Minister für die zahlreichen Unterlassungen, die begangen worden sind, zur Rechenschaft gezogen werden können. Diese Minister haben bisher ohne jede Verantwortlichkeit die Angelegenheiten erledigt. Redner war stets ein Anhänger der siebenundsechziger Ideen, allein die letzten Ereignisse haben seinen Glauben an die siebenundsechziger Grundlage schwer erschüttert.

Der Ministerpräsident fand anläßlich seiner Verteidigungsrede für Burián und Czernin Gelegenheit, das Land über den rumänischen Einbruch zu orientieren; er erklärte, der Ueberfall war eine Ueberraschung. Man hätte aber dann erwarten dürfen, daß er die begangenen Fehler einsehen und für Genugtuung sorgen werde. Es ist aber nichts geschehen. An dem Tage, wo die Debatte über den Antrag Andrássy beginnen sollte, kritisiert Burián die Tätigkeit des ungarischen Parlaments in den Spalten eines Tageblattes; er erklärte ebenso, wie der Ministerpräsident, daß man eigentlich über die Angriffslust der Rumänen genau informiert war, bestreitet aber, daß dem Auswärtigen Amte eine Ueberraschung zuteil wurde. Angesichts der bekannten drohenden Gefahr hätte man von den kompetenten Faktoren wenigstens erwartet, daß sie für die Lebenssicherheit des Volkes, für dessen Hab und Gut sorgen werden. Die siebenbürgischen Abgeordneten haben sich vom Ministerpräsidenten einige Tage vor Kriegsausbruch beruhigen lassen, was sie gewiß nicht getan hätten, wenn sie über die siebenbürgische strategische Verteidigungslinie informiert worden wären. Es ist überhaupt unerhört, wie sich die Generalstabsberichte mit Siebenbürgen beschäftigen. Wir müssen es aus dem Ludendorffschen Bericht erfahren, was Höfer am gleichen Tage verschweigt. Wir fordern, daß der Höfersche Bericht die Ereignisse dem Lande wahrheitsgetreu mitteile. Auch die Anwendung der deutschen Ortsbezeichnungen wie Oberkellen für Székelyhunyadvarhely, Hötzing für Hát[illegible] unerhört. Redner ist überzeugt, daß Siebenbürgen [illegible] wird, vom Süden her nähert sich ein genialer General [illegible] links: Eljen Madensen!), es ist aber tief zu bedauer[illegible] der siebenbürgische Boden zum Kriegsschauplatze wurd[illegible] weil es an der notwendigen Voraussicht gemangelt hat. [illegible] Diplomatie hat in Rumänien eine schreckliche Niederl[illegible] litten, diejenigen, die dafür verantwortlich sind, müß[illegible] straft werden. Das Amtsblatt bringt anstatt dessen di[illegible] höchste Auszeichnung des Grafen Czernin...

Abgeordneter Béla Barabás: Einen Strick [illegible] er! (Lärm.)

Präsident erteilt dem Abgeordneten Barab[illegible] Ordnungsruf.

Abgeordneter Georg Szmrecsányi (fortfa[illegible] Diese Auszeichnung ist eine Herausforderung Ungarn[illegible] Minister des Aeußern will die Verantwortlichkeit für die siebenbürgischen Geschehnisse der Heeresleitung aufbürden, die trotz der ihr zugegangenen Mitteilung nichts gegen die Ueberraschung unternommen hat. Das Ministerium des Aeußern ist im Hauptquartier nicht entsprechend vertreten.

Man hat den günstigen Augenblick im Herbst des vorigen Jahres nicht wahrgenommen, in dem man das allgemein als unzuverlässig bekannte Rumänien zur Entscheidung hätte zwingen können. Dieses Parlament wird den Ministerpräsidenten, obgleich er bereit ist, die Verantwortlichkeit zu übernehmen, nicht zur Verantwortung ziehen können. Die ganze Verantwortlichkeit ist gar nicht ernst zu nehmen. Wem Ungarn teuer ist, der muß gegen die im Lande umsichgreifenden Mißstimmungen ankämpfen. Die Anträge Andrássy und Apponyi nimmt Redner an. (Zustimmung links.)

Dem Abgeordneten Hugo Laehne wird gestattet, seine Rede morgen halten zu können.

Präsident meldet, daß der Ackerbauminister morgen auf die Interpellationen der Abgeordneten Andreas Ráth und Sigmund Eitner, die sich mit der Kriegproduktenaktiengesellschaft, mit den Zentralen und der Preismaximierung des Getreides beschäftigt haben, antworten werde.

Das Interpellationsbuch wird verlesen. Außer den verschobenen Interpellationen der Abgeordneten Sigmund Eitner und Andreas Ráth sind folgende neuen Interpellationen eingezeichnet:

Desider Abrahám über die Tätigkeit des Grafen Czernin in Bukarest;

Josef Sterényi über die Unterstützung und Entschädigung der Siebenbürger Flüchtlinge;

Wilhelm Sümegi über die Unterstützung der Siebenbürger Flüchtlinge;

Béla Barabás über die Entlassung der Landstürmer, die das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben, aus dem Militärdienst;

Graf Michael Károlyi über die künftige Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten;

Johann Bartos über die Verschiebung des Anmeldetermins für den eigenen Getreidebedarf der zur behördlichen Versorgung Berechtigten;

Ludwig Beck über die in der obersten Heeresleitung erwartete Veränderung.

Das Haus beschließt, um 5 Uhr auf die Interpellationen überzugehen.

Der Tagesordnungsantrag des Präsidenten wird angenommen.

Folgt die dringende Interpellation.

Abgeordneter **Aladár Gedeon**

begründet folgende Interpellation an den Ackerbauminister:

1. Welche Vorkehrungen sind zum Schutze des Viehbestandes der Flüchtlinge aus den Siebenbürger Landesteilen getroffen worden?

2. Zu welchen Preisen sind die Tiere durch das Kriegsviehübernahmsamt angekauft worden?

3. Zu welchen Preisen ist das Vieh

a) an das Militär,

b) an die sich meldenden bürgerlichen Käufer verkauft worden?

4. Welchen Zwecken wird der sich etwa ergebende Gewinn zugeführt werden?

Ackerbauminister **Baron Emerich Ghillány**

erklärt in Beantwortung der Interpellation, die Regierung habe schon längst mit Rücksicht darauf, daß Siebenbürgen Gefahren ausgesetzt sei, für alle Eventualitäten Vorsorge getroffen, um im Falle eines rumänischen Einbruches den Viehbestand Siebenbürgens zu retten. Ihre Verfügungen bewegten sich in zwei Richtungen, die Interessen der Volkswirtschaft und dann die Interessen der Besitzer zu wahren. Schon lange Zeit vor dem rumänischen Einbruch wurden genau die Komitate und Orte bezeichnet, wohin im Bedarfsfalle das Vieh getrieben werden soll. Es wurde dort für Weideplätze gesorgt und Ställe eingerichtet. Im Bewußtsein dessen, daß bei einer großen Völkerwanderung ein so großer Viehbestand gefährdet ist, wurde auch dafür gesorgt, daß diese Weideplätze möglichst in entsprechender Nähe bestimmt werden. Es wurde eine Viehübernahmskommission ins Leben gerufen. Anfangs wollten die interessierten Kreise sich an dieser Kommission nicht beteiligen. Schließlich stellten sich auf Intervention des Kriegsministeriums diejenigen Unternehmungen, die den Vieheinkauf für die Armee besorgen, vollständig uneigennützig in den Dienst dieser Sache und verlangten nur die Vergütung ihrer Spesen. Später haben auch andere Gesellschaften ihre Mitglieder in diese Kommission entsendet. Die Kommission hat dann zwölf Subkommissionen eingerichtet und diese Subkommissionen bestehen aus unbefangenen Männern, die vollständig unparteiisch vorgehen. Das ganze Risiko trägt der Staat. Jetzt, wo die Verkehrsverhältnisse erschwert sind, ist die Weiterbeförderung des Viehs mit großen Gefahren verbunden. Es wurden Zwischenstationen eingerichtet und die Möglichkeit gegeben, unterwegs Futtermittel zu kaufen. Auch wurden die entsprechenden veterinären Maßnahmen getroffen, und es kann mit Freude festgestellt werden, daß bisher die Maul- und Klauenseuche nicht vorgekommen ist. Es ist jedoch zu befürchten, daß bei der Beförderung des Viehs epidemische Krankheiten auftreten werden und daß der Staat einen beträchtlichen Schaden erleiden werde. Zur Deckung dieses Risikos wurde der Unterschied in den Uebernahms- und Uebergabspreisen gemacht. Das Plus, das sich daraus ergeben wird, wird teilweise den Besitzern zurückgezahlt werden. Es wurden alle Verfügungen getroffen, um den Viehbestand zu retten und das Eigentumsrecht der betroffenen Bevölkerung zu wahren. Er bittet, seine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer Aeußerung des Interpellanten und der Antwort des Ministers wird die Antwort des Ackerbauministers zur Kenntnis genommen.

Das Protokoll wird authentiziert.

Schluß der Sitzung nach 8 Uhr.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Anträge Andrássy und Apponyi; Interpellationen.

Arbeiterzeitung 20. IX. 1916

Vergebliche Erweckung?

Wenn der Kern der Mannschaft unter den Fahnen steht, wenn die Daheimgebliebenen alle Mühe haben, das Wirtschaftsleben zur Not auszufüllen, wenn sich außerdem erschütternde Botschaften über Kriegsopfer aus dem nächsten Kreise der Familie mehren, wenn endlich die Kriegsereignisse selbst die höchste dramatische Spannung erreicht haben und jedermann fühlt, daß schicksalsschwangere Entscheidungen jeden Tag, jede Woche fallen können, dann ist es begreiflich und natürlich, daß die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit nur schwer auf das Werk der Zukunft hingelenkt und nur kurz bei Reformgedanken festgehalten werden kann. Diese Entschuldigung vermag die österreichische Presse wohl ins Treffen zu führen für ihr stumpfes Stillschweigen zu den Problemen, die der Krieg in unserem Staatswesen aezeitiat hat. Die bloße Tatsache der Zensur ist eine solche Rechtfertigung nicht. Das beweist die Arbeiter-Zeitung, die nunmehr durch zwei Jahre trotz der peinlichsten Bemühungen des Zensors, unter unendlichen Schwierigkeiten wenigstens den Hauptteil der Reformfragen sehr eingehend untersucht hat, wenn auch freilich nicht in der durchsichtigen, offenen und tatkräftigen Weise, die sie sonst liebt. Am Ende lernt der Leser auch hinter dem gedruckten Worte mitzulesen, am Ende genügt es für den Anfang, wenn der Publizist ihn auf den Weg weist. Nachdenkend wird er sich selbst zum Ziele durcharbeiten.

Die österreichische Presse hat — bis auf wenige Ausnahmen — nichts zu sagen gehabt. Und nicht die Presse allein, auch alle übrigen Organe der öffentlichen Meinung schweigen in beängstigender Beharrlichkeit. Man sage nicht, daß die Tribüne fehlt. Das ist ein großes, schweres, ein unleugbares Uebel, aber die offizielle Tribüne hat, wie alles im Kriege, auch ihr Surrogat in den gesellschaftlichen Zirkeln, die ja selbst, wie wir wissen, unter dem Regime des russischen Absolutismus fortbestanden haben. Aber auch diese große anonyme Macht, die auf die Dauer überall unbesiegbar ist, auch sie ist stumm, auch sie reagiert nicht.

Natürlich oder auch nur erklärlich ist dieser Zustand nicht. Man horche hinüber nach Deutschland und vernehme die mächtige Regung, die dort durch die bürgerliche Welt geht. Das Schlagwort der Neuorientierung, der politischen, sozialen und gesellschaftlichen Neuorientierung hat sich dort aller bemächtigt, des einen mit lockender Hoffnung, des anderen mit skeptischem Zweifel, eines jeden in seiner Art und jeder Klasse nach ihrer Lage, bald im Sinne des Antriebes und bald im Sinne der Abwehr. Eine ganze Sturmflut von „Orientierungsbüchern" ist geschrieben und gelesen worden. Man hat den Eindruck der Märztage, der Befruchtung in Sturm und Ungewitter, obschon man heute gewiß nicht abmessen kann, was es denn sein soll, was da reift.

Beunruhigung erwächst uns aus dem Vergleich: Wir in Oesterreich sind seit jeher das Land der Probleme, in unserem Lande sind alle Widersprüche aufgestapelt und sie vor allem müßten das Denken anregen und den Willen reizen. Verwunderlich, ja erstaunlich ist, daß die bürgerliche Gesellschaft Oesterreichs die Probleme, die ihr gestellt sind, die ihre eigenen Daseinsprobleme sind, garnicht aufgreift. Von einzelnen Seiten — je weniger ihrer sind, um so ehrenvoller ist ihr Unterfangen — wurden wichtige Fragen aufgeworfen, wurden Losungen ins Land gerufen, wie jene über die künftige Ordnung und Einordnung unserer Volkswirtschaft. Aber wo ist das Echo geblieben? — Nach wenigen schüchternen Stimmen ist Stillschweigen eingetreten. Die bürgerliche Gesellschaft oder das, was man sonst Bourgeoisie nennt, hat offenbar in diesem Lande weder ein Organ zu hören noch zu reden. Wir haben die Verwaltungsfrage aufgeworfen — außer einem ausgezeichneten Fachmann aus Universitätskreisen haben sich nur vereinzelte Männer flüchtig geäußert. Wir haben im Lande sicherlich Begabungen mancher Art und vielseitiger Interessen, gelegentlich tauchen sie auf wie vereinzelte Blindlichter in der Nacht, um sofort sich wieder im Dunkel zu bergen.

So erhält unser ganzes Geistesleben monologischen Charakter. Jeder spricht seinen Part und tritt ab, niemals wird daraus das seelenvolle Zusammenspiel, das erleuchtet und hinreißt. Es existiert bei uns nicht oder kaum in Ansätzen, was man eine geistige Gemeinschaft nennen könnte.

Jeder Organismus entwickelt in sich Heilmittel gegen eigene Erkrankung und je mehr er von Uebeln heimgesucht ist, um so wehrkräftiger wird er meist. Wir schleppen durch ein Menschenalter Uebel fort, die erkennbar und überwindbar sind. Wir tragen sie fort wie ein Fatum — es gibt wohl hierzulande nicht hundert Menschen, die sich ernsthaft fragen: Muß denn das so sein? Und es gibt nicht zehn unter den hundert, die sich sagen: Das muß man endlich abstellen! Wie vieles müßte nicht sein, wie vieles wäre leicht gerichtet, wenn man nur die Entschlußkraft aufbrächte, auf Abstellung zu dringen!

Das ist so — um mit Kleinlichem zu beginnen, weil es bezeichnend ist — mit dem ewigen Zuspätkommen. Hierzulande kommt jedermann zu spät, das Schulkind und der Lehrer, der Knecht und der Bauer, der Amtsdiener und der Minister. Wen will es also wundern, daß man auch in höchst wichtigen Dingen, die Geschichte machen, zu spät kommt? Was leiden wir nur in der Ernährungsfrage seit Kriegsbeginn unter diesem einen „kleinen Uebel"! Muß denn das so sein? Oder nehmen wir das andere: Wir nehmen nichts genau, wir befolgen alles nur „beiläufig". Jetzt im Kriege droht der ganze Ernährungsplan zu scheitern, weil die Bemittelten die Vorschriften nur „so beiläufig" befolgen! Muß denn das sein? Und warum ist das so?

Um zu größeren Fragen überzugehen: Unsere Volksvertretung ist wiederholt gescheitert. Viel versprechende Ansätze zu gesunder politischer Parteibildung sind immer wieder gescheitert. Weshalb fragt hierzulande niemand, warum? Mußte das so sein? Wenn ja, was ist der Grund? Warum lassen sich nicht die Ursachen selbst beseitigen? In jedem anderen Lande hätten sich alle politischen Köpfe auf dieses Problem gestürzt und geforscht: Eine Volksvertretung wird durch Wahlen auf Grund einer bestimmten Wahlordnung gewählt und funktioniert auf Grund einer bestimmten Geschäftsordnung — also wählen wir vielleicht falsch, wählen wir in falsch geschichteten Wahlkreisen, in einem verkehrten Wahlverfahren? Oder ist unsere Geschäftsordnung unzulänglich? Jede Volksvertretung bedarf, wie jede Menschengesamtheit, einer zielbewußten Führung — liegt es etwa daran? Jede Menschengemeinschaft braucht ein fest abgestecktes Arbeitsfeld, einen strengen, aber befriedigenden Pflichtenkreis — fehlt es an ihm?

Mit einem Worte: Wenn sich sonstwo ein Uebel von so schlimmer und gefährlicher Art verraten hätte, so wären sicherlich sofort viele hundert der besten Köpfe darauf aus, seinen Sitz und sein Heilmittel zu erforschen. Nicht so bei uns, wenigstens soweit das öffentliche Leben in Betracht kommt. Hierin haben wir, was schon Kürnberger so geistreich aufgezeigt hat, eine bequeme Formel. Wir schieben nämlich alles, was geschieht, das Gute wie das Schlimme, auf Rechnung einer Person, die wir verhimmeln oder verdonnern, und sind mit der Entladung dieses Affekts vollständig befriedigt und beruhigt.

Was nun anzunehmen war, ist, daß der furchtbare Ernst dieses Krieges auch uns Dialektik eingepaukt und die ererbte Gedankenlosigkeit ausgepeitscht hätte. Ereignisse gibt es, so widerspruchsvoll, daß derjenige keinen Verstand besitzt, der nicht imstande wäre, ihn darüber zu verlieren. Aber es gibt auch so gewaltiges, so schicksalsvolles Geschehen, daß darüber der Gedankenloseste zu Verstand kommen muß. Und diese Hoffnung, so gestehen wir, haben wir gehegt und hegen sie noch.

Aber das absolute Stillschweigen dessen, was man die öffentliche Meinung nennt, der Verzicht auf jegliche Orientierung, um von Neuorientierung gar nicht erst zu reden, das Erstarren jeglichen Reformwillens, die lähmende Gleichgiltigkeit der öffentlichen Meinung gegen alles, was man gestaltende Idee nennen könnte, ist eine überraschende und kaum mehr erklärliche Erscheinung. Ist eine kräftigere Erweckung denkbar als die Welttragödie, die uns umwittert? Oder müssen wir warten, bis ein anderer Faust ruft:

Du sollst mich hören
Stärker beschwören?

Pester Lloy

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 20. September.

Das Haus verifizierte heute unter den üblichen Vorbehalten das Mandat des Abgeordneten Vinzenz Nagy. Dann kam es zur Erledigung seiner Tagesordnung. Die politischen Erkenntnisse reifen schnell in dieser schweren Zeit. So erhob sich denn Abgeordneter Vinzenz Nagy gleich als erster Redner in der Debatte über die Anträge Andrássy—Apponyi, um schärfste Kritik zu üben an der Haltung unserer auslandspolitischen und militärischen Leitung.

Dann ergriff Abgeordneter Ludwig Holló das Wort. Die Aufmerksamkeit des Hauses litt im Anfang dieser Rede unter der Einwirkung einer erfreulichen Tatsache. In den Wandelgängen wurde die erfreuliche Nachricht von der Wiedereroberung Petrozsénys erörtert. Abgeordneter Holló besprach inzwischen im Saale die Bewegungshemmungen der Delegationen; er beklagte das Scheitern der Idee eines Konzentrationskabinetts und berührte dann auch Fragen der Auslandspolitik. Entschieden wandte sich Abgeordneter Holló gegen das Festungsviereck Burián-Stürgh-Tißa-Teschen", allerdings bekennend, daß bisher die Geschosse im Sturme gegen dieses „Festungsviereck" versagt haben.

Dann sprach Abgeordneter Lehel Héderváry. Er erzählte Erinnerungen aus seiner Gefangenenzeit mit, die, ein Schandmal für die Entente bildend, doch auch uns nahelegen, mit aller Energie auf eine Verbesserung des Schicksals unserer im Feindesland gefangenen Mitbürger zu drängen. Auch die Frage der Besetzung des Botschafterpostens in den Vereinigten Staaten wurde vom Redner erörtert.

Abgeordneter Stefan Zlinßky untersuchte die Frage, wie weit die öffentliche Verhandlung militärischer Fragen schädlich sein könnte. Er bekannte sich zur größten Oeffentlichkeit.

Die Worte des Dankes, die Abgeordneter Zlinßky der spanischen Krone, ihrer Regierung und ihrem Volke für die Gastfreundschaft widmete, die sie unseren aus französischer Kriegsgefangenschaft befreiten Mitbürgern boten, fanden im ganzen Hause lauten Beifall. Auch andere interessante Erlebnisse in fremden Landen konnte Abgeordneter Zlinßky erzählen.

Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis nachmittags 4 Uhr.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Alfred Pál, Koloman Szojka.

Auf den Ministersauteuils: Graf Tißa, Teleßky, Sándor, Balogh, Baron Harkányi, Jankovich, Hideghéthy.

Präsident unterbreitet die Zuschrift der Stadt Nagyvárad in Angelegenheit des Ausbaues der doppelgeleisigen Bahn Nagyvárad—Püspökladány—Szolnok und die Petition mehrerer Pápaer Insassen wegen Erhöhung der Kriegsunterstützung.

Berichterstatter **Koloman Hegedüs**

legt den Bericht des ständigen Verifizierungsausschusses betreffend das Mandat des Szatmárer Abgeordneten Vinzenz Nagy vor.

Das Haus verifiziert auf Grund des Berichtes das Mandat mit Aufrechterhaltung der dreißigtägigen Wartezeit.

Folgt die Tageordnung.

Abgeordneter **Vinzenz Nagy**

übermittelt einen Gruß aus den Schützengräben, in denen er selbst lange geweilt. Die Insassen der Schützengräben wollen wissen, wofür sie so heldenmütig und ausdauernd standhalten, womit der Staat nach dem Friedensschlusse diese Opferwilligkeit lohnen wird. Wir müssen den Heimkehrenden durch eine nationale demokratische Bodenreform eine Heimstätte bieten, damit sie wissen, sie verteidigen eigenen Boden. Wir müssen dem so mit Grundbesitz bedachten Volke das allgemeine geheime Wahlrecht geben.

Redner unterzieht die Tätigkeit unseres Ministeriums des Aeußern einer längeren Kritik, in deren Verlauf er gegen das während des Krieges aufgetauchte Schlagwort von der Schaffung eines „Mitteleuropa" Stellung nimmt. Er fürchtet, daß sich darunter die Tendenz verhüllt, den europäischen Militarismus zu kräftigen. Von der heutigen Kriegslage sprechend, findet Redner, daß wir uns in Zukunft auf eine energische Defensive werden beschränken müssen. Redner kann der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und nimmt deshalb die beiden Anträge an.

Abgeordneter **Ludwig Holló**

beschäftigt sich zunächst mit der Frage des Konzentrationskabinetts. Es nimmt ihn wunder, daß der Ministerpräsident nicht alles ins Werk gesetzt habe, um jene führenden Männer der Opposition, deren Begabung würdig der des Ministerpräsidenten ist, als Mitarbeiter zu gewinnen. Es hat sich abermals erwiesen, daß die Erlangung der Macht bei uns anderer Mittel bedarf als überall anderswo. In allen Staaten wurden in diesen kritischen Zeiten kleinliche persönliche Motive aus dem Wege geräumt, nur bei uns nicht. Es hat sich gezeigt, daß in Ungarn ein Systemwechsel nicht zu erwarten ist, solange das herrschende Machtsystem nicht von selbst zusammenbricht. Die Unabhängigkeitspartei wendete sich stets gegen die Institution der Delegation. Doch honoriert sie in dem Antrag des Grafen Julius Andrássy den Gedanken, daß er jede Gelegenheit ergreifen will, um die bestehenden verfassungsmäßigen Institutionen in Kraft zu erhalten, sie zu galvanisieren. Gerade in den kritischesten Momenten hat diese Institution versagt. Sämtliche gemeinsamen Ausgaben, die die Delegation seit ihrem Bestand votiert hat, bilden nicht den kleinsten Teil des Betrages, der bisher für den Krieg bewilligt werden mußte. Und gerade jetzt ist es unmöglich gemacht, die Tätigkeit der gemeinsamen Organe der entsprechnden Kontrolle zu unterziehen. Was sehen wir? Der ungarische Reichstag mußte alle diese Ausgaben votieren, so daß der ungarische Reichstag alle seine Rechte, deren man ihn durch die Delegation beraubte, ungeschmälert zurückerhalten hat.

Redner wendet sich dann den Fragen der auswärtigen Politik zu, mit denen er sich diesmal nicht eingehend beschäftigen will, da er bereits Gelegenheit hatte, sich darüber zu äußern. Er freut sich, daß nach zweijährigem tiefen Schweigen das ungarische Abgeordnetenhaus sich dazu aufgerafft hat, auf die Fehler hinzuweisen, die der ganzen Welt bekannt waren, die man aber bisher hier nicht zur Sprache bringen konnte. Dies hat im ganzen Lande Erleichterung hervorgerufen, denn man hofft, daß durch die öffentliche Erörterung dieser Fehler ihre Wiederholung unmöglich gemacht wird. Die siebenbürgische Frage hat mit Recht alle Leidenschaften entfacht. Im ganzen Lande wurde der Verdacht rege, daß in diesen Ereignissen eine gewisse Tendenz gegen das Ungarium zum Ausdruck kommt. Eine Nation von zwanzig Millionen Menschen konnte seine an der Grenze wohnenden Landsleute vor der Invasion eines kleinen Nachbarn nicht schützen. Und als Balsam für diese klaffende Wunde der Nation wird eine Auszeichnung publiziert. Diese Auszeichnung bildet ein Brandmal auf der Stirn der Nation. Der Minister des Aeußern erklärte, auch ein anderer hätte die rumänische und die italienische Frage nicht anders lösen können, daß diese beiden Länder längst entschlossen waren, gegen uns loszuziehen. Die Akten der rumänischen Frage stehen uns noch nicht zur Verfügung. Es ist möglich, daß unsere Diplomaten durch territoriale und andere Konzessionen Rumäniens Neutralität gewinnen wollten. Was taten unsere Diplomaten aber dagegen, daß seit langen Jahren die Rumänen hier und im Auslande einen Vernichtungskampf gegen das Prestige der ungarischen Nation führten? Auch jetzt noch wird in neutralen Ländern dieser organisierte Kampf gegen die ungarische Nation ungehindert fortgesetzt. Redner kann das brüske Auftreten gegen Italien nicht billigen. Während des Krieges hätte man alle Mittel anwenden müssen, um wenigstens die Neutralität unserer früheren Bundesgenossen zu sichern. Der Ministerpräsident hat seine ursprüngliche Aeußerung über die Verhandlungen mit Italien in schöner Form rektifiziert. Allein derartige Mißverständnisse pflegen in der Diplomatie die Mißerfolge zu zeitigen.

Der Minister des Aeußern hat auch die Kriegsziele unserer Heeresleitung nicht mit der notwendigen Aufmerksamkeit verfolgt, und so war er außerstande, für den Schutz Siebenbürgens einzutreten. Er besaß nicht die notwendige Energie, die er gegenüber der Heeresleitung hätte entfalten müssen. Er müßte jetzt wenigstens über das Maß der Selbstkritik verfügen, um einzusehen, daß er nicht der entsprechende Mann ist, um jetzt die auswärtige Politik zu leiten.

Redner beschäftigt sich sodann mit der Heeresleitung und kann es nicht verstehen, daß wir so wenig Erfolge aufzuweisen haben. Theoretische Kenntnisse, spätere historische Rechtfertigungen genügen nicht. Der Erfolg ist maßgebend. Ueberall wurden große Männer ihrer Stellen entsetzt, da sie keine Erfolge aufweisen konnten. Bei uns nimmt Teschen eine isolierte Stellung ein. Redner ist überzeugt, daß Erzherzog Friedrich sich vor richtigen Argumenten nicht verschließt. Nach seiner Information ist Erzherzog Friedrich ein gerader, aufrichtiger und edeldenkender Mann. Auch der König ist bekanntermaßen Vernunftsgründen zugänglich. Und dennoch ist das Festungsviereck Tißa, Burián, Stürgkh, Teschen unerschütterlich und selbst mit den wirkungsvollsten Ekkrasitbomben nicht zu zertrümmern. Die Mehrheit ist ebenfalls gegenüber den Ereignissen gefühllos. Sie ist gefühllos gegenüber der unnützen Aufopferung vieler hunderttausend Soldaten in der Lombardei, sie ist gefühllos gegenüber den Siebenbürger Ereignissen. (Lärm und Widerspruch rechts.)

Redner fordert, daß dem Individuum Gerechtigkeit widerfahre und daß sich niemand dem Kriegsdienste unberechtigt entziehen könne. Ein gleiches müsse aber auch für die mit uns vereint kämpfende andere Nation Geltung haben. Dem Redner tue es in der Seele weh, wenn unsere fünfzig und mehr Jahre alten Leute an den Fronten bluten, die des anderen Volkes aber nicht. Die Heeresleitung liebe es, nur ungarisches Blut fließen zu lassen. Wir aber wollen nicht verbluten, nicht vergehen, bloß weil es der österreichischen Heeresleitung so beliebt. Und das ist es, was das Parlament nicht dulden dürfe. Schließlich meint Redner, die Frage des Friedens anzuschneiden, könne nicht schädlich sein, dies könne zu einer Verbreitung der Friedensstimmung unter den Völkerschaften beitragen und vielleicht wirklich zum Frieden führen. Es dürfe aber kein Friede sein, der die Keime eines künftigen, noch blutigeren Krieges in seinem Schoße trägt. Was die Ausgestaltung der Zukunft angehe, so müssen wir uns der Redensarten und Allgemeinheiten enthalten, wir müssen im Interesse einer glücklichen, friedlichen Zukunft handeln, nicht Reden führen. Wir fordern eine neue reine, konstitutionelle Ordnung, wir fordern, daß unser militärisches System auf nationale Grundlagen gelegt werde, wir wollen unsere Embleme und Fahnen nicht fremder Macht hinwerfen, wir wollen nicht von fremden Offizieren in fremder Sprache kommandiert werden, wir wollen unsere wirtschaftliche Selbstständigkeit! Die Nation müsse zwei Ziele verwirklichen: die Rettung Siebenbürgens und die Unabhängigkeit des Landes. In der Hoffnung, daß dies in der Delegation deren ungarischen Mitgliedern vor Augen schweben werde, stimme Redner für die Anträge Andrássys und Apponyis. (Zustimmung links.)

Abgeordneter **Lehel Héderváry:**

Da der Ministerpräsident zugestimmt hat, die beiden Anträge auf die Tagesordnung zu stellen, hätte man voraussetzen müssen, daß die Debatte auch irgendwelche Erfolge haben werde. Doch der Ministerpräsident hat noch vor Eröffnung der Debatte die Ablehnung der Anträge als Parteifrage erklärt. Unter solchen Umständen ist eigentlich jede Debatte überflüssig. Redner will trotzdem die Aufmerksamkeit der Regierung auf einige praktische Fragen lenken. Und hier steht zunächst die Sache unserer in der Fremde leidenden kriegsgefangenen Mitbürger im Vordergrunde. Jedes Land hält es für seine erste Ehrenpflicht, für die Verbesserung der Lage seiner in Kriegsgefangenschaft geratenen Helden Sorge zu tragen. Die ungarische Regierung hat noch keinen einzigen Bericht in dieser Hinsicht vorgelegt. Wir wissen nicht, was mit unseren kriegsgefangenen und internierten Söhnen geschehen ist. Hat die ungarische Regierung Schritte zur Besserung ihrer Lage unternommen? Hat sie etwas getan, um die Unterbringung kriegsuntauglicher Invaliden in der Schweiz zu sichern? Hier müssen Institutionen geschaffen werden, solange es noch Zeit ist. Eine zweite Angelegenheit bildet die Frage unserer diplomatischen Vertretung in Washington. Die dort weilenden militärpflichtigen Ungarn wurden von der Botschaft nach Newyork berufen. Zehntausende strömten nach Newyork, die nach Hause wollten, um ihr Vaterland zu verteidigen. Aber nichts geschah, um für ihre Heimbeförderung zu sorgen, nichts, um die auf neutralen Schiffen heimkehrenden Söhne vor der Kriegsgefangenschaft zu sichern. In Amerika, wo sich zwei Millionen Ungarn befinden, müßte an der Spitze der Botschaft ein geübter Mann stehen, der die Interessen dieser Millionen zu vertreten und zu verteidigen weiß. Redner beleuchtet hier die Episode der Rückberufung unseres Newyorker Botschafters. Der in Amerika ansässige, anrüchige Landsmann Martin Dienes hatte den Plan ausgeheckt, die in Munitionsfabriken beschäftigten ungarischen Arbeiter zu Streiks zu veranlassen. Diesen Plan teilte unser Botschafter seiner Regierung in einem Briefe mit, den der Journalist Archibald nach Wien bringen sollte. Wie vorauszusehen gewesen, geriet dieses Schreiben den Engländern in die Hand. Die Folge davon war, daß Oesterreich-Ungarn seinen in Newyork mißliebig gewordenen Botschafter zurückberufen mußte und daß es zu einem gespannten Verhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und uns kam. Ein Bürger aus Christiania, der den Mangel einer Vertretung unserer Monarchie in Washington empfand, fragte beim amerikanischen Botschafter in Wien an, wie die Entsendung eines neuen Botschafters nach Washington dort aufgenommen werden würde. Der amerikanische Botschafter erklärte, daß eine solche Ernennung nur freudig begrüßt würde und er teilte auch unserem Minister des Aeußern mit, daß seine Regierung mit Freude diese Entsendung erwarte und bereit sei, dem neuen Botschafter freies Geleite zu sichern. Der Minister antwortete darauf: „Der Mann, der diese Schritte initiiert hat, war damit nicht betraut worden. Die Regierung beabsichtigt nicht, sich derzeit mit dieser Frage zu befassen." Jetzt wäre die beste Gelegenheit gewesen, einen geeigneten Menschen nach Washington zu entsenden, nicht nur um das Wohlwollen der Vereinigten Staaten bei dem Friedensschluß uns zu sichern, sondern um auch die Interessen der dort lebenden zwei Millionen Ungarn zu wahren. Wer dafür die Ver-

Pester Lloyd Abendbl. 21/IX. 1916

II 147

Kriegstagung des Reichstages.

Graf Stefan Tißa nahm dann den Regierungskommissär von Siebenbürgen gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz, indem er die Verdienste dieses Funktionärs warm würdigte. Nach einer Beleuchtung der Bedeutung unserer großen militärischen Aktionen kam der Ministerpräsident zur Auslandspolitik, wobei er seinen Standpunkt betreffend den G.-A. XII:1867 noch einmal präzisierte. In tiefschürfenden Erörterungen beleuchtete er den Geist des Ausgleichsgesetzes, das die gemeinsamen Angelegenheiten nicht geschaffen, sondern bloß deren Behandlungsmodus mit der in Oesterreich wiedereingeführten repräsentativen Verfassung angepaßt habe. Aus diesem Geiste heraus würde sich eine Notwendigkeit, für die Funktion der Delegationen Ersatz zu schaffen, erst ergeben, wenn die Störungen im österreichischen Verfassungsbetriebe den gegenwärtigen Krieg überdauern würden. In diesem Sinne gelangte er zu dem Schluß, daß, wenn überhaupt ein Weg zur unmittelbaren Kontrolle des Ministers des Aeußern nötig wäre, sein Standpunkt dem des Grafen Albert Apponyi näher stände als dem des Grafen Julius Andrássy. Mit einem Ausblick auf die Zukunft, voll Zuversicht und voll Vertrauen auf unsern endgültigen Sieg, schloß der Ministerpräsident seine Rede, die von der Mehrheit mit anhaltenden und lebhaften Beifallskundgebungen aufgenommen wurde.

Es folgte das Schlußwort des Grafen Julius Andrássy. Er stellte fest, daß sein Antrag eine Forderung des Gesetzes erfülle, also eigentlich unablehnbar sei. Dann verwahrte er sich unter anderem ganz besonders gegen die Annahme, als hätte er territoriale Konzessionen, namentlich die Abtretung österreichischen Gebietes für Rumänien empfohlen; es sei übrigens eine Frage, ob der österreichische Ministerpräsident dasselbe von sich sagen könne. Der Standpunkt, den der Ministerpräsident betreffend die Einberufung der Delegationen einnimmt, eröffne Oesterreich das Recht des Eingriffes in Rechtssphären des ungarischen Parlaments, des ungarischen Staates. Graf Julius Andrássy versuchte dann im Wege der staatsrechtlichen Erörterung zu zeigen, daß sein Antrag der Selbständigkeit Ungarns keinesfalls unzuträglich sei. Wenn es wirklich unmöglich wäre, die Prinzipien unserer politischen Rechte in dieser schweren Zeit zur Geltung zu bringen, so wäre das ein gefährlicher Unfähigkeitsnachweis der 67er Grundlagen.

Graf Julius Andrássy kam dann zu den auslandspolitischen Fragen, in erster Reihe zur Frage, ob der Krieg unvermeidlich war. Ohne bei dieser Frage länger zu verweilen, stellte er fest, daß es notwendig sei, das Staatswohl über die ministerielle Erhaltung des Barons Burián zu stellen, doch nie habe er — wie ihm vorgeworfen wurde — für Sonnino gesprochen, um Burián zu stürzen. Mit aller Entschiedenheit betonte Graf Julius Andrássy diese Feststellung, indem er an geschichtlichen Beispielen den Sinn seiner Rede klärte. Er beklagt, daß wir Italien nicht in einer Weise behandelten, die geeignet gewesen sei zur möglichst wohlfeilen Gewinnung Italiens.

Es folgte eine Erörterung der Politik des Grafen Berchtold, der die Politik Buriáns entgegengestellt wurde. Dann sprach Graf Julius Andrássy über die Vorgänge in Siebenbürgen. Er bemängelte die unzulänglichen Vorkehrungen und verwies auf die Ausführungen des bulgarischen Ministerpräsidenten, die in den Spalten des „Pester Lloyd" erschienen und zeigten, daß Bulgarien rechtzeitig informiert war. Die Gestaltung unserer Beziehungen zu Bulgarien wurde schon im Jahre 1885 durch den Vater des Grafen Julius Andrássys fester geknüpft. Jetzt habe die deutsche Diplomatie um die Schaffung des Bündnisses vielleicht größere Verdienste als die Monarchie. Unser Kampf aber ist mit der Niederringung Rumäniens nicht beendet. Unser Ziel ist der Sieg, und alles, was zur Annäherung dieses Zieles führt, soll gefördert werden. In diesem Sinne begrüßte Graf Julius Andrássy das System der einheitlichen militärischen Führung.

Die Rede des Grafen Julius Andrássy, namentlich die letzten Stücke der Rede, machten auf der Linken und auch im Zentrum des Hauses starken Eindruck. Nachdem er geschlossen hatte, verfügte der Präsident eine kurze Pause.

Nach der Pause ergriff Abgeordneter Graf Albert Apponyi das Wort. Der Ministerpräsident — so führte er aus — hat den Antrag Andrássy abgelehnt, mit der einzigen Begründung, daß die Einberufung der Delegationen zu einem Eingriff in die Rechte Oesterreichs führen müßte. Demgegenüber sei wesentlich festzustellen, daß, wenn der Ministerpräsident wirklich wollte, die Delegationen zusammentreten könnten. Das folgt auch aus der sittlichen Solidarität, in der wir zum Verfassungsleben des österreichischen Volkes stehen. Die Frage der Ministerverantwortlichkeit erörternd, stellte er fest, daß diese persönlich den Minister betreffe, daß kein Ressortminister durch den Ministerpräsidenten gedeckt werden könne.

Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr. Abgeordneter Graf Albert Apponyi wird seine Rede nachmittag fortsetzen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Géza Hoványi, Alfred Pál, Koloman Szojka.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tißa, Balogh, Baron Harkányi, Hideghéthy.

Präsident teilt mit, daß zur Tagesordnung kein weiterer Redner vorgemerkt ist. Er schließt daher die Debatte.

Die Rede des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa:**

Geehrtes Haus! Indem ich das Wort ergreife, um auf die im Verlaufe der Debatte erörterten wichtigen Fragen zu antworten, möchte ich meine Ausführungen womöglich auf diejenigen Hauptfragen beschränken, die mit dem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände in engem Zusammenhang sind, und eben deshalb kann ich mich nicht auf alle Fragen verschiedenster Natur ausbreiten, die im Laufe der Verhandlung von den Herren Abgeordneten berührt worden sind. Vor allem sei mir erlaubt, bezüglich alles dessen, was über die Verhältnisse der Armee gesagt worden ist, ganz kurz eines festzustellen: Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Armee seit Kriegsausbruch gegen eine ungeheuere Uebermacht einen glänzenden und erfolgreichen Kampf geführt hat. Wenn wir nun einzelne Ereignisse, einzelne ungünstige Momente in den Vordergrund stellen, so dürfen wir jenes Bild nicht verzerren lassen, das in seiner Gänze in jeder Hinsicht nur erhebend ist. Eine der Früchte des vielen vergossenen Blutes, das in den heldenhaften Kämpfen dieses Krieges hinströmte, muß jene Tatsache sein, die drinnen im Lande, in beiden Staaten der Monarchie und auch draußen außerhalb der Grenzen der Monarchie herzerhebend und strahlend vor uns steht, jene Tatsache, daß die Monarchie nicht nur in den Augenblicken, sondern auch während der Jahre der großen Prüfung des großen Kampfes auf Leben und Tod niemals geahnte Beweise ihrer Lebensfähigkeit und ihrer Kraft, ihrer jungfrischen Energie geliefert hat. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Gesagten will ich auch nicht in die Analyse einzelner Teilfragen eingehen, die der eine oder der andere Abgeordnete vorgebracht hat. Ich stelle einfach fest, daß diesbezüglich selbst beim besten Willen sich sehr viele Irrtümer eingeschlichen haben: eine falsche Verallgemeinerung einzelner Ausnahmeerscheinungen, eine übermäßige Zuspitzung einzelner Ereignisse, was jedoch immer nur zur Verzerrung jenes Bildes beitragen kann, das getreu und wahrhaftig gemalt werden muß. Denn nur so können wir den künftigen Interessen des Vaterlandes dienen. (Zustimmung rechts.) Denn glauben Sie mir, ich stehe nicht auf dem Vertuschungsstandpunkt. Ich hege nicht die Ansicht, daß man vor ungünstigen Erscheinungen die Augen verschließen soll. Wir müssen sie sehen, um die Uebel zu sanieren und nach jeder Richtung hin die Konsequenzen zu ziehen. Aber trotzdem nützt die fortwährende öffentliche Verhandlung dieser Erscheinungen in dem gegenwärtigen Augenblicke ganz und gar nicht der großen Sache der Nation. (Zustimmung rechts.)

Die Besprechung der österreichischen Verhältnisse.

Ich gehe nun auf die dem eigentlichen Gegenstand näherstehende Frage über. Die auf der Tagesordnung befindlichen Anträge sind im engen Zusammenhang mit der den Delegationen gegenüber bekundeten Haltung Oesterreichs, also mit den österreichischen Verhältnissen. Wir dürfen uns daher eigentlich nicht wundern, daß diese Debatte auch österreichische Verhältnisse berührt hat. Aber ich werde trotzdem nicht das Beispiel derjenigen Abgeordneten befolgen, die sich auf diesem Gebiete auf eine tiefgehende Erörterung der österreichischen Verhältnisse eingelassen haben. Ich werde ihnen nicht folgen, da ich der Ansicht bin, daß gerade die ungarische Legislative, gerade das ungarische Abgeordnetenhaus, das mit Recht so eifersüchtig darüber wacht, daß niemand anderer in die Angelegenheiten Ungarns dreinrede, in dem mit Recht jede die ungarischen Verhältnisse in unangenehmer Richtung berührende österreichische Erklärung so großen Resens erregt hat, daß sich gerade das ungarische Abgeordnetenhaus mit der größten Sorge enthalten müsse, in den gleichen Fehler zu verfallen, die inneren österreichischen Verhältnisse hier zu verhandeln und unter das Seziermesser zu nehmen. (Zustimmung rechts.) Eben deshalb gehe ich nicht in die Behandlung dieser Frage ein, vermeide ich die Analyse und Widerlegung einer Kritik, die meiner bescheidenen Ansicht nach einzelne österreichische Faktoren ungerechterweise berührt.

Geehrtes Haus! Es ist eine der charakteristischen Eigenschaften der Monarchie — denn es ist ein gemeinsamer Charakterzug hier und in Oesterreich —, daß man nirgend in der Welt über die leitenden Männer eine so schonungslose Kritik üben, nirgend sich so verurteilend, so herabsetzend über sie äußern kann, wie eben in der Monarchie. Wenn wir die Dinge von diesem Gesichtspunkte aus betrachten, so ist es eine alte Erfahrung, daß man für jedes Uebel — auch drüben in dem anderen Staate der Monarchie — einzelne Regierungsmänner verantwortlich zu machen pflegt. Darin liegt meiner Ansicht nach eine große Ungerechtigkeit. Ich kann nur so viel sagen — und es ist meine Pflicht, dies zu sagen, meine Pflicht im Interesse der Wahrheit, und deshalb, weil die Rolle, die der österreichische Ministerpräsident in dieser Hinsicht gespielt hat, der Natur der Sache gemäß nicht vor der Oeffentlichkeit sich abspielte —, daß er mit der seiner Individualität eigenen Loyalität auch mit voller Energie die österreichischen Interessen zu jeder Zeit vertritt, wenn er sie gegebenenfalls auch gegen gewisse ungarische Interessen pflichtgemäß vertreten muß.

Die polnische Frage.

Geehrtes Haus! Ich bedauere es, daß in dieser Beziehung auch die polnische Frage berührt worden ist, namentlich vom Herrn Abgeordneten Gabriel Ugron, und zwar im großen und ganzen in einer scharfen und einseitigen Kritik, die sich darzutun bemühte, daß die mitwirkenden militärischen und österreichischen Faktoren die polnische Frage nach jeder Hinsicht falsch behandelten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen erweisen wir der Sache, die uns allen in gleicher Weise am Herzen liegt, meiner Ansicht nach keinen Dienst, wenn wir die Frage in diesem Tone behandeln. In einem großen Kriege ruht die Last des Lebens und der Verhältnisse schwer auf der Bewohnerschaft, die die Folgen des Krieges trägt. In einem Gebiete, wo die verschiedensten Armeen und die mit ihnen zusammenhängenden administrativen Organe einander ablösen, kommen naturgemäß Reibungen und Unannehmlichkeiten vor, aber ich glaube — ich schulde es der Wahrheit, festzustellen, daß auch der geehrte Abgeordnete dies erwähnt hat —, daß sich gerade bei der Verwaltung der von unseren Truppen besetzten polnischen Gebiete ein sehr weitgehender Beweis sachliebender Sorgfalt und der Sympathie für die polnische Sache gezeigt hat, und meiner Ansicht nach entsprechen wir weder der Wahrheit, noch erweisen wir der Sache einen Dienst, wenn wir das Bild schwärzer als notwendig malen und wenn wir die ungünstigen Momente mehr hervorheben, als die günstigen. Ich will mich bloß darauf beschränken — und dies kann ich mit der größten Entschiedenheit feststellen —, daß es in der Monarchie keinen ausschlaggebenden Faktor gibt, der die polnische Frage nicht mit der größten Sympathie behandeln und der nicht die ganze Tragweite, die ganze Größe und das ganze Gewicht dieser Aufgabe fühlen würde und der nicht bestrebt wäre, an einer Lösung zu arbeiten, die innerhalb der Grenzen der Möglichkeit die gerechten Ansprüche und Wünsche der polnischen Nation in Berücksichtigung zieht. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich glaube, geehrtes Haus, wir können der polnischen Nation kühnlich die Beruhigung, die Hoffnung gewähren, daß ihre Bestrebungen seitens aller kompetenten Faktoren der Monarchie verstehende, mit der Sache tief sympathisierende Fürsorge finden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Regierungsaktion in Siebenbürgen.

Nebenbei muß ich mich gegen die Anklage des Abgeordneten Markgrafen Pallavicini verteidigen, daß die Regierung sich im allgemeinen bei der Lösung der mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen, sowie im besonderen bei einzelnen nach dem Rumäneneinbruch aufgetauchten Aktionen durch parteipolitische Gesichtspunkte leiten ließ. Der Herr Abgeordnete möge glauben, daß dieser Gesichtspunkt der Regierung den diesbezüglichen Angelegenheiten vollkommen fernsteht. Und wenn der Herr Abgeordnete bemerkt, daß die Regierung einen — wie er sich ausdrückt — „anerkannt" absolut unfähigen Regierungskommissär bloß darum hält, weil er Mitglied der Partei der nationalen Arbeit ist, so ist es meine Pflicht, diesem ungerechterweise angegriffenen Regierungskommissär auf das entschiedenste den ihm zukommenden Schutz zuteil werden zu lassen. Dieser angeblich „anerkannt" unfähige Regierungskommissär ist anerkannt einer der hervorragendsten Beamten der siebenbürgischen Komitate, der während seiner ganzen öffentlichen Laufbahn auch als hervorragender Vizegespan lange Zeit hindurch tätig war, der über alle persönlichen Eigenschaften und über die Kenntnisse, die seine Stellung erfordert, in vollem Maße verfügt. Wenn nun in diesen traurigen Tagen, da jedermann nur den eigenen Schaden fühlt, da jedermann bloß sieht, daß eine nach Hunderttausenden zählende Bevölkerung flieht und daß die Flucht nicht in Ordnung vor sich gehen kann, wenn jedermann in erster Reihe einen Sündenbock sucht und den Schuldigen in dem Regierungskommissär zu finden wähnt, so ist dies menschlich sehr begreiflich, aber es hat keinerlei Berechtigung, und ich würde meiner elementarsten Pflicht vergessen, wenn ich dem Siebenbürger Regierungskommissär diesen — ich wiederhole — menschlich begreiflichen, aber vollkommen unbegründeten Anklagen gegenüber nicht den ihm zustehenden Schutz gewähren würde. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich bin davon überzeugt, daß es — wer immer auch an seiner Stelle stehen mochte — unmöglich gewesen wäre, alles in Ordnung abzuwickeln, alle Leiden und Schäden abzuwenden, und ich bin davon überzeugt, daß der Regierungskommissär in voller Anspannung seiner Kraft wenigstens soviel getan hat, als irgendeiner an seiner Stelle hätte tun können.

Der Herr Abgeordnete sagt, wir hätten ihm einen verständigen Mann als Ratgeber zur Seite gegeben. Wir haben ihm nicht einen vernünftigen Mann als Ratgeber beigestellt, sondern als wir die Größe der Aufgabe überblickten, waren wir bestrebt, ihm einen Mitarbeiter zu geben, den der Regierungskommissär mit Arbeitskräften zu versehen, mit denen er die ungeheure Arbeit, die sich unerwartet über seinem Haupte türmte, abwickeln könne. Von diesem Standpunkte aus haben wir in der Tat verständige und verdiente Männer für diesen Zweck ausgewählt, und zwar ohne Rücksicht auf die Parteistellung. Vielleicht wird wohl auch dem Herrn Abgeordneten die Tatsache nicht unbekannt sein, daß ein von uns allen sehr geschätzter oppositioneller Abgeordnetenkollege durch Krankheit daran verhindert ist, an dieser Arbeit teilzunehmen, und auch in Hinkunft nehmen wir ohne Parteiunterschied mit Dank jede Hilfe an, die uns zur Abwicklung dieser großen nationalen Sache zur Verfügung stehen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Auslegung des G.-A. XII: 1867.

Nunmehr gehe ich zum eigentlichen Gegenstand meiner Rede über, und zwar zunächst auf die auf der Tagesordnung stehenden Anträge.

In Erörterung der letzteren ist es wiederholt zu Auslegungen des G.-A. XII: 1867 gekommen in dem Zusammenhange, ob die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit als Vorbedingung bloß hinsichtlich des Behandlungsmodus der gemeinsamen Angelegenheiten ausgesprochen worden ist, oder aber mit Bezug auf den gesamten Inhalt des Gesetzes. In dieser Hinsicht ist bereits mit Recht hervorgehoben worden, daß dieser Gesetzartikel schon mit Rücksicht auf seinen Ursprung nicht jene Präzision der Textierung aufweisen kann, der ihm eignen würde, wenn er schon ursprünglich als Gesetzartikel geschaffen worden wäre. Wir wissen ja alle, daß dieses Gesetz eigentlich das Elaborat der 67er Kommission ist, das in Paragraphen gegliedert wurde, eben weil es sich um einen bereits von jedem Faktor approbierten Text handelte und man einer möglicherweise langwierigen Diskussion über einen neuen Text ausweichen wollte. Es ist daher das Elaborat der 67er Kommission, das hier, in Paragraphen gegliedert, die Rechtsnormen enthält. Wenn wir nun diese überblicken, so sehen wir, daß schon das Präambulum des Gesetzes, das heißt die Einleitung des Elaborats die Feststellung enthält, daß, nachdem Se. Majestät auch seine übrigen Länder mit einer Verfassung ausgestattet, sich die Notwendigkeit ergeben habe, „die Beziehungen von gemeinsamem Interesse pünktlich und entschieden zu bezeichnen und den Modus der Berührung zwischen den beiden voneinander unabhängigen verfassungsmäßigen Vertretungen in bezug auf die Erledigung dieser gemeinsamen Beziehungen präzis festzustellen". Es gibt also zwei Aufgaben: die Bezeichnung der gemeinsamen Beziehungen selbst und die präzise Feststellung des Modus der Berührung in bezug auf die Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten, des Modus der Berührung in Sachen dieser Erledigung. Es handelt sich also um eine Bezeichnung auf einer Seite, um eine Feststellung auf der anderen. Die gemeinsamen Beziehungen selbst brauchten nicht erst festgestellt zu werden, denn der ungarische Reichstag nahm den Standpunkt ein, der, wie ich glaube, noch heute unser Standpunkt ohne Unterschied der Parteien ist, daß die gemeinsamen Angelegenheiten aus der Pragmatischen Sanktion fließen, daß sie durch die ungarische Gesetzgebung festgestellt worden sind, durch die gesetzliche Inartikulierung der Grundsätze des Zusammenbesitzens und der gemeinsamen Verteidigung. Infolgedessen bedarf es zur Feststellung dieser Beziehungen einer legislatorischen Verfügung von nicht konstitutiver, sondern deklarativer Natur. Anders verhält es sich hinsichtlich des Modus der Berührung, denn hier war eine neue Lage entstanden vermöge der Tatsache, daß auch den österreichischen Ländern eine Verfassung verliehen wurde und hier daher neue Regeln zu schaffen, neue Rechtsnormen gesetzlich zu inartikulieren waren. Der G.-A. XII: 1867 befaßt sich nun mit dieser zweifachen Aufgabe. Die gemeinsamen Beziehungen selbst stellt er in seinem ersten Teile fest, ohne diese an irgend

Pester Lloyd Abendbl. 21./IX. 1916 III 148

Kriegserklärung der Reichstage.

Ausdruck gelangt sind, beschäftigen, sondern er will nur nochmals den Beweis führen, daß sein Antrag nicht zurückgewiesen werden dürfte. Durch die Zurückweisung dieses Antrages würde ein Zustand aufrechterhalten, der gegen die Gesetze verstößt. Ueber die Verantwortlichkeit der gemeinsamen Minister kann keine Meinungsverschiedenheit herrschen. Auch darüber nicht, daß die Verantwortlichkeit der gemeinsamen Minister durch die Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten nicht ersetzt werden kann. Wenn die gemeinsamen Minister ihre Angelegenheiten ohne Verantwortung leiten, so wird dadurch ein Kardinalsatz unserer Verfassung suspendiert, auf den sich die Schöpfer des siebenundsechziger Ausgleiches mit Stolz berufen können. Es steht fest, daß der gemeinsame Minister heute nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Der Ministerpräsident hat in seiner heutigen Rede seinen Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten präzisiert. Im großen und ganzen stimmt Redner hierin mit dem Ministerpräsidenten überein. Allein Tatsache ist, daß er nicht auf alle Details Einfluß ausübt und daß er für die Vollstreckung die Verantwortung nicht übernehmen kann. Ebenso ist es Tatsache, daß in einer wichtigen Frage die Verfassung suspendiert ist. Mit Recht sagte daher Graf Serényi in seiner aufrichtigen, ehrlichen und mutigen Rede, für die ihm ohne Parteiunterschied nur Dank gebührt, daß man diesen Antrag nicht zurückweisen kann, ohne das Ansehen des Parlaments zu schmälern. Leider ist er darauf vorbereitet, daß man den Antrag zurückweisen wird.

Die Behauptung des Ministerpräsidenten, daß wir uns dadurch in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einmengen, ist vollständig unhaltbar. Er beruft sich auf die österreichische Presse, die dem Redner nicht besonders freundlich gesinnt ist und ihm verschiedene Vorwürfe macht, die aber in dieser Frage seine Ausführungen voll billigt. Die Wiener Presse wirft ihm vor, er sei mit österreichischen Gebieten freigebig gewesen und er bedaure, daß Tirol nicht in italienische Hand gelangt sei. Das sei lächerlich. Beim Ausbruch des italienischen Krieges war Redner der erste, der erklärt hat, daß es die Interessen Ungarns fordern, daß die ungarischen Truppen auch gegenüber Italien standhalten. Auch seither habe er wiederholt erklärt, daß die ungarischen Helden, wenn sie an der Isonzofront kämpfen, dort auch die ungarischen Grenzen verteidigen. Er bedauerte nur, daß ein neuer mächtiger Feind uns erstanden ist und er hätte dies gern vermieden. Merkwürdig, daß gerade diejenige Presse dem Redner Vorwürfe macht, die der österreichischen Regierung und dem Ministerium des Aeußern nähersteht. Die österreichische Regierung und der Minister des Aeußern haben ja ebenfalls territoriale Konzessionen gemacht und auch sämtliche leitenden Politiker Oesterreichs haben dem Minister des Aeußern Baron Burián erklärt, daß sie zu diesen Opfern bereit sind. Es ist eine ungerechte Einstellung, wenn behauptet wird, daß Redner als Ungar leicht österreichische Gebiete verschenken wolle. Redner ist aber überzeugt, daß man mit entsprechender Geschicklichkeit mit geringeren Angeboten befriedigende Ergebnisse hätte erzielen können. Ebenso ist er überzeugt, daß das Angebot, das wir zum Schluß gemacht haben, so bedeutende Bestandteile der Monarchie umfaßt hat, daß wir durch die Uebergabe dieser Gebiete schwer gelitten hätten. Man erklärt auch, daß Redner geneigt war, auch an Rumänien österreichisches Gebiet abzutreten. Das entspricht nicht den Tatsachen. Bezüglich Rumäniens wurde der Redner um seine Auffassungnie befragt und er konnte auch seine Ansicht nicht äußern. Infolgedessen konnte er auch weder österreichisches, noch ungarisches Gebiet abtreten. Wohl hegt er auch diesbezüglich die Ansicht, daß man mit gewissen Opfern Erfolge hätte erzielen können.

Jedenfalls hat die Behauptung des Ministerpräsidenten, daß mein Antrag eine Einmengung in die inneren österreichischen Angelegenheiten bedeutet, in der österreichischen Presse keinen Widerhall gefunden. Worin würde denn diese Einmengung bestehen? Ich fordere einfach, daß man die Gesetze einhalten soll. Die Einberufung der Delegation ist ausschließlich eine Angelegenheit Ungarns, die Delegation ist kein gemeinsames Organ, sondern ein Ausschuß des ungarischen Reichstages. Die Auffassung des Ministerpräsidenten aber gibt Oesterreich das Recht, sich in unsere Angelegenheiten einzumengen. Der ungarische Staat darf sich der Bequemlichkeit des österreichischen Ministerpräsidenten wegen seiner Staatlichkeit nicht berauben. Wenn es eine staatsrechtliche Marotte gibt, so wäre es dies. (Lebhafter Beifall links und äußerstlinks.)

Redner beschäftigt sich sodann mit der Frage, ob der Ausgleich den Charakter eines Vertrages oder den einer bilateralen Vereinbarung trägt, und meint, daß dies nur ein Spiel mit Worten sei, denn es sei Tatsache, daß das souveräne Ungarn mit dem souveränen Oesterreich in entsprechender Form eine Institution ins Leben gerufen hat, deren Wesen in Gesetzen wurzelt, deren Rechtsquellen den besonderen souveränen Rechten beider Staaten entstammen und deren Funktionieren die beiderseitigen Interessen erfordern. Darin erblickt er keine Gefahr, sondern im Gegenteil eine Garantie für die Verfassung, wenn auch ein anderer Faktor das Recht hat zu fordern, daß unsere Gesetze eingehalten werden. Es sei umso ersprießlicher, je mehr Faktoren fordern können, daß unsere Verfassung ungeschmälert bleiben soll. Redner fürchtet daher eine Reziprozität nicht. Der Ministerpräsident verteidigt scheinbar unsere Unabhängigkeit. Tatsache ist aber nur, daß der österreichische Ministerpräsident es für nicht zweckmäßig hält, die Delegation einzuberufen und daß der ungarische Ministerpräsident die ungarische Verfassungsmäßigkeit dem österreichischen Ministerpräsidenten zuliebe aufopfern will. (Lebhafter Beifall links.) Das wäre nichts anderes als eine „Verfassung auf Kündigung". Das Vorgehen der Mehrheit hält Redner für gefährlich für die siebenundsechziger Grundlage. Wenn in so schweren Zeiten diese Institutionen versagen, so werden sie nie mehr zu wirklichem Leben erwachen, Redner hat bisher stets gegenüber den Angriffen gegen dem Ausgleich die Stellung eingenommen, daß, solange die Tatsachen eine kraftvolle Entwicklung ermöglichen und solange der Ausgleich eine Kontrolle der gemeinsamen Angelegenheiten ermöglicht, nicht die Angreifer, sondern die großen Schöpfer der siebenundsechziger Basis recht haben. In dem Augenblick aber, wo diese Institutionen versagen, wo diese Schöpfung zerstört wird, kann keine Auferstehung mehr erwartet werden, denn nur diejenigen Institutionen stürzen, die den Lebensverhältnissen nicht entsprechen, die Lebensverhältnisse nicht befriedigen können. Wenn nun jetzt die verfassungsmäßige Kontrolle unmöglich gemacht wird, wenn jetzt im kritischestem Augenblick diese Institution völlig versagt, dann haben die Tatsachen den Stab über diese große Schöpfung gebrochen. (Lebhafter Beifall links.) Nur ein Argument könnte dafür angeführt werden, daß die Mehrheit gegen seinen Antrag stimme. Dieses Argument wäre, wenn der Ministerpräsident hier erklären würde, daß er seinen ganzen verfassungsmäßig ihm eingeräumten Einfluß in der Richtung einsetzen werde, daß das ungarische Gesetz vollstreckt werde. (Lebhafter Beifall links.) Er ist überzeugt, daß in dem Augenblick, wo der ungarische Ministerpräsident mit vollem Einsatz seiner Persönlichkeit die Einberufung der Delegation fordern würde, er keinen Refus bekommen könnte. Es ist unmöglich, daß der die Gesetze achtende König ein Gesetz nicht vollstrecken würde, das die ganze ungarische Nation wünscht, und das auch ein ansehnlicher Teil der Vertreter der österreichischen Völker fordert.

Der Ministerpräsident hat heute die Politik des Dreibundes gegenüber dem Redner in Schutz genommen. Redner war ein ebenso fester Anhänger dieser Politik wie der Ministerpräsident. Allein diese Politik ist gestürzt in dem Augenblick, wo einer unserer Bundesgenossen sich an die Seite unserer Feinde stellte. Dagegen kann auch Redner nur mit Worten des höchsten Dankes und der größten Anerkennung der treuen Bundesgenossenschaft Deutschlands, die sich in diesem Kriege so sehr bewährte, gedenken. Der Ministerpräsident erklärte ferner heute, der Krieg mit Italien hätte nicht vermieden werden können. Er wies darauf hin, daß auch die Diplomatie der Ansicht war, daß der Krieg unvermeidlich gewesen sei. Damit ist nichts erwiesen. Denn früher war die Diplomatie ganz anderer Ansicht und sie würde mit dieser Auffassung nur mit sich selbst in Widerspruch geraten. Der Ministerpräsident machte Redner den Vorwurf, er hätte in seiner früheren Rede behauptet, die Monarchie habe aus Furcht nachgeben wollen. Er bittet zunächst den Ministerpräsidenten, daß man sich nicht gegenseitig derartige Vorwürfe mache. Die Betonung eines lapsus linguae würde nur die Möglichkeit der falschen Deutung der Ausführungen im Auslande steigern. Er bittet den Ministerpräsidenten, diese Weisung auch der ihm nahestehenden Presse zu erteilen. Der Ministerpräsident meinte auch, daß wir durch die Hervorhebung der begangenen Fehler die Stimmung beeinflussen. So darf ein Ministerpräsident nicht argumentieren. Wir hoffen, daß wenn wir die begangenen Fehler hier feststellen, dies seine Konsequenzen haben wird. Wenn die Kämpfenden dann sehen, daß unsere Aktion von Erfolg begleitet ist, so kann das nur begeisternd wirken. Die Begeisterung wird nur dann erlahmen, wenn man sieht, daß alles vergeblich ist, daß hier keine Veränderung eintreten wird, und daß wir eher einer Katastrophe entgegengehen, als daß ein Minister des Aeußern gestürzt wird, der Fehler begangen hat, obwohl seinerzeit ein Minister des Aeußern sehr leicht zum Sturz gebracht wurde in einem Augenblick, wo er vielleicht die ersprießlichste Tätigkeit seiner ganzen Ministerschaft entfaltet hätte.

Man macht dem Redner auch den Vorwurf, er verteidige Sonnino. Das ist Stimmungsmacherei. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Sonnino hat uns schmählich angegriffen. Sein Name ist der verhaßteste. Im Gegenteil, Redner hat persönlich Burián seinerzeit aufmerksam gemacht, er wisse, daß Sonnino den Krieg wolle. Allein vergeblich will ein Minister den Krieg. Damit ist der Krieg noch nicht entschieden. Er führt mehrere Beweise aus der Geschichte an, wo Minister, die den Krieg wollten, im entscheidenden Augenblick gestürzt werden konnten. Gegen Sonnino standen bis in die letzten Tage ein großer Teil der öffentlichen Meinung Italiens und zahlreiche leitende Männer der Politik. Selbst der italienische König wollte lange Zeit nicht den Krieg. Hätten wir damals rechtzeitig unsere Atouts ausgespielt, so hätten wir Sonnino stürzen können. Die Auffassung des Redners war, daß zu einer Zeit, wo die halbe Welt gegen uns in Waffen steht, wir alles anwenden müssen, um zu vermeiden, daß ein neuer Feind sich den alten zugeselle. Wir hätten vom Anfang an gute Miene zum bösen Spiele machen müssen und vom Anfang an Italien eine Verbesserung seiner militärischen Grenzen einräumen sollen. Buriáns Auffassung war, nur im Falle der äußersten Notwendigkeit von Konzessionen zu sprechen. Er glaubte, daß die Gelüste Italiens auf die Schwäche, auf den Mangel an Energie seines Vorgängers zurückzuführen ist. Er trat energischer auf. Das merkte man dort sofort. Redner ergeht sich in verschiedenen exegetischen Erläuterungen über die diplomatischen Urkunden aus der Zeit der Verhandlungen mit Italien und will damit dokumentieren, daß die Epoche der fehlerhaften Führung der italienischen Politik unmittelbar nach dem Rücktritt Bertholds und der Ernennung Baron Buriáns ihren Anfang genommen habe. Er läßt sich abermals in eine eingehende Erörterung der damaligen Verhandlungen ein, womit er beweisen will, daß wir uns mit unseren Angeboten verspätet haben, denn Italien hatte sich inzwischen infolge der Verschleppungsversuche des Barons Burián an die Entente gebunden. Es mußte das Beschämende kommen, daß man uns ins Gesicht schleuderte: Trop tard!

Redner wendet sich sodann der rumänischen Frage zu. Auch hier sei die Frage aufgetaucht, ob nicht größere Unterlassungen auf dem Gebiete der diplomatischen Aktionen erfolgt seien, und ob es nicht den begangenen Unterlassungen zuzuschreiben ist, daß Rumänien, dessen Existenzinteressen identisch sind mit den unsrigen, jetzt an seinem eigenen Grabe schaufelt. Denn selbst wenn Rumänien Erfolg hätte, so wäre es mit der Selbständigkeit Rumäniens für immer vorbei, wenn Rußland siegreich aus diesem Kriege hervorginge. Der König, ein Hohenzollern, hat sich sicherlich nicht nach diesem Kriege gesehnt, und ein großer Teil der öffentlichen Meinung hätte noch gewonnen werden können, wenn wir rechtzeitig eine größere Aktivität bekundet hätten. Wir hätten es jedenfalls vermeiden können, daß die Agitation der Entente, die durch den Ankauf der Presse und durch andere Nichtswürdigkeiten zum Ausdruck gelangte, solche Dimensionen hätte annehmen können. Als wir mit unserer Aktion begangen, hatte die Wühlarbeit der Entente bereits Gebiete erobert, die wir nicht mehr zurückgewinnen konnten. Es besteht demnach die Frage, ob nicht schon im ersten Stadium große Fehler begangen worden sind. Ferner die Frage, ob wir im späteren Stadium richtig vorgegangen sind. Jedenfalls können wir feststellen, daß die Regierung ebenso wie der Minister des Aeußern wußten, daß von Rumänien her uns große Gefahr droht. Auch Graf Czernin hat pessimistische Nachrichten gesendet. Man mußte demnach zweifellos mit der Eventualität eines Eingreifens Rumäniens rechnen. Man hatte es unterlassen, dagegen strategische Vorkehrungen zu treffen. Redner will sich mit der strategischen Seite der Frage jetzt nicht beschäftigen. Aber jedenfalls hätte man früher für die Evakuierung sorgen können. Es ist sicher, daß auf dem Gebiete der Evakuierung große Fehler begangen worden sind. Man hätte für eine stufenweise Evakuierung sorgen müssen. Die momentane Panik wäre jedenfalls nicht so groß gewesen wie sie jetzt war, und durch die viele Tausende Staatsbürger zugrunde gegangen sind. Wenn man seit jeher wußte, daß in Rumänien eine feindliche Stimmung gegen uns herrscht, und keine militärischen Verfügungen dagegen getroffen werden können, so wäre es die elementarste Pflicht gewesen, für die entsprechende Evakuierung vorzusorgen. (Lebhafter Beifall und Applaus links und äußerstlinks.) Redner erblickt allein auch in dem Grundgedanken, daß das Tal der Maros als erste Verteidigungslinie gewählt wurde, einen großen Fehler, wodurch große Gebiete des Landes der Vernichtung preisgegeben worden sind. Wenn auch die Karpathenlinie länger ist, so hätte seiner Auffassung nach diese Linie mit weniger Truppen gehalten werden können, wenigstens hätten die rumänischen Truppen infolge der natürlichen Stärke dieser Linie so lange zurückgehalten werden können, bis die Räumung der betroffenen Gebiete entsprechend beendet werden konnte. (Lebhafter Beifall links.) Auch hätten alle Kräfte an die Bukowinaer Front geworfen werden und alles angewendet werden müssen, um dort das militärische Uebergewicht zu erlangen und dadurch auf Rumänien eine Pression auszuüben.

Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow äußerte sich im „Pester Lloyd", er habe um die Gefahr gewußt, denn der bulgarische Gesandte in Bukarest habe ihm fortwährend gemeldet, daß „wir schon im Kriege sind". Er habe infolgedessen die entsprechenden Verfügungen getroffen ohne Rücksicht auf Rumänien. Auch wir hätten so vorgehen müssen. Darin erblickt er aber einen unverzeihlichen Fehler, daß unsererseits nichts geschehen ist, um Widerstand zu leisten, und daß nicht einmal die bedrohten Gebiete evakuiert worden sind.

Der Ministerpräsident hat sich auf das Bundesverhältnis mit Bulgarien berufen und das Verdienst hiefür dem Minister des Aeußern zugeschrieben. Tatsache ist, daß die Bundesgenossenschaft Bulgariens sehr wertvoll ist. Allein das ist kein momentaner diplomatischer Erfolg. Dieses Bundesverhältnis entstammt der Interessengemeinsamkeit dieser beiden Staaten und entstammt den großen historischen Traditionen. Der Vater des Redners hat im Jahre 1885 gegenüber der Kálnokyschen Politik im Verein mit dem Grafen Apponyi und Desider Szilágyi urgiert, daß die Monarchie die ostrumelische Union anerkenne. Auch später hat Graf Julius Andrássy der Aeltere in einer Interpellation sich an den damaligen Ministerpräsidenten Koloman Tißa gewendet, der dann in seiner Antwort erklärte, daß man Rußland sich in die inneren Angelegenheiten Bulgariens nicht werde einmengen lassen. Auch seither erfolgten wiederholt Beweise der Gefühlsgemeinschaft zwischen beiden Völkern. Unvermeidlich aber wurde dieser Bund von dem Augenblicke an, wo Serbien unser gemeinsamer Feind wurde. Durch die Eroberung Makedoniens hat Serbien die Existenzinteressen Bulgariens gefährdet. Die jüngsten Tatsachen haben den Beweis erbracht, daß auch Rumänien unser gemeinsamer Feind war, der seine Fangarme nach unserem und nach bulgarischem Gebiete ausstreckte. Man darf auch der Verdienste unseres sehr braven und berufenen Vertreters in Sophia, des Grafen Tarnowski, und des Konstantinopeler Botschafters Markgrafen Pallavicini nicht vergessen, welch letzterer ebenfalls zu den Diplomaten gehört, die Erfolge aufweisen können. Ja, wir haben auch Ursache, daran zu glauben, daß an dem letzten Schritt beim Abschluß des Bundesverhältnisses mit Bulgarien die deutsche Diplomatie größere Verdienste hat als wir.

Jedenfalls ist die Annahme berechtigt, daß wir bei dem Friedensschluß den geeigneten Augenblick versäumen und nicht entsprechend vertreten sein werden. Redner stimmt darin mit dem Abgeordneten Lováßy nicht überein, daß wir die Rumänen aus Siebenbürgen vertreiben und dann Frieden schließen müssen. Wir haben noch andere Aufgaben. Wir müssen mit unseren Bundesgenossen aushalten, bis die Existenzinteressen unser aller gewahrt sind. (Lebhafter Beifall auf beiden Seiten des Hauses.) Eines dieser Lebensinteressen ist, die Rumänen hinauszuwerfen und sie zu bestrafen. Die volle Passivität, die der Minister des Aeußern und unsere Diplomatie bekundet hat, haben in dem Redner Bedenken erregt, ob wir im entscheidenden Augenblick unsere Interessen entsprechend werden wahren können.

Was die Frage der Heeresleitung betrifft, so will Redner nicht alles wiederholen, was hier gegen die Heeresleitung gesagt worden ist. Er will sich überhaupt jeder Kritik enthalten. Nur eine Bemerkung will er sich gestatten, die sich auf den Gegenstand der gestrigen Interpellation des Grafen Michael Károlyi bezieht. Eines der Fehler unserer Heeresleitung war bisher, daß zwischen den verschiedenen Armeen nicht die zur Sicherung des Endzieles notwendige volle Harmonie bestanden hat. Eine Koalition ist immer schwer und sehr heikel. Es besteht immer die Gefahr, daß einer der verbündeten Faktoren nichts von seinem Selbstbestimmungsrecht opfern will, wodurch ein entsprechendes Zusammenwirken verhindert wird. Andererseits ist es auch zweifellos, daß die Leitung durch gegenseitige Einmengung über gewisse Grenzen hinaus die Begeisterung der kämpfenden Parteien hemmen kann und daß dies sich auch beim Friedensschluß fühlbar machen kann. Jede derartige Koalition ist mit gewissen Nachteilen verbunden. Die Frage ist nur, welcher Nachteil der kleinere ist. Ich glaube, daß unser einziges Ziel ist: der Sieg. (Lebhafter Beifall und Applaus auf beiden Seiten des Hauses.) Alles, was der Sieg erfordert, liegt im Interesse Ungarns und der Monarchie. Und alles, was dieses Hauptziel uns zur Pflicht macht und erfordert, begrüße ich mit Freude. Wir müssen die Vorteile der inneren Linie ausnützen, und alle, Deutsche, Türken, Bulgaren, Oesterreicher und Ungarn, müssen einheitlich zusammenwirken. Ich weiß nicht, ob eine neue Verfügung in dieser Richtung getroffen wurde. Jedenfalls begrüße ich sie mit Freuden, halte sie für wichtig und bedauere, daß dies nicht schon früher geschehen ist. Dann hätten wir es vermeiden können, daß wir in Italien und Verdun zu gleicher Zeit angreifend vorgingen und unsere östliche Front lockerten, was den rumänischen Krieg zur Folge hatte.

Die Opposition hat durch zwei Jahre geschwiegen und keine Kritik geübt und war deshalb auch den größten Vorwürfen ausgesetzt. Große ernste Ursachen waren maßgebend für den Entschluß, auf das Gebiet der Aktivität zu treten. Ich teile nicht die Auffassung jener oppositionellen Abgeordneten, die betonen, daß die parlamentarischen Kämpfe keinen Schaden verursachen. Ich fühle, daß eine gewisse Disharmonie zwischen dem Seelenzustand der Bevölkerung und den parlamentarischen Kämpfen besteht; ich fühle, daß es wünschenswert ist, daß die ganze Nation sich in einer großen Begeisterung zusammenfindet und alle kleinlichen Partei- und Machtgesichtspunkte ausgeschaltet werden. Wir kennen nur einen Feind, der gegen unsere Grenzen zieht. Wenn wir dennoch den Kampf aufgenommen haben und gezwungen sind, ihn fortzusetzen, so geschieht dies nur, weil wir uns überzeugt haben, daß Fehler begangen worden sind, deren Gewährenlassen unpatriotisch und Pflichtversäumnis wäre. (Langandauernder, lebhafter Beifall und Applaus links und äußerstlinks.)

Präsident suspendiert die Sitzung auf fünf Minuten.

Pester Lloyd 21/IX. 1916

I
149

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 20. September.

Die heutige Nachmittagssitzung des Abgeordnetenhauses ließ sich völlig still und leidenschaftslos an. Ueber die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi wurde weiter beraten. In der Debatte sprach nur Abgeordneter Hugo Laehne, der dem bisherigen Verhandlungsmaterial nur wenig Neues anfügte. Der beschauliche Frieden des Hauses regte zu Prophezeiungen an. Morgen um 2 Uhr nachmittags sollte die Debatte über die bezeichneten Anträge zu Ende sein. Auch der weitere Arbeitsplan des Hauses wurde in ziemlich festen Formen vorausgesagt. Diese kombinationsfreudige Stimmung, in der beide Seiten des Hauses eins waren, hielt an bis zur Verhandlung der Interpellationen. Dann aber wurde sie durch einen Zwischenfall für eine Weile gestört.

Nachdem Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány in durchaus befriedigender Weise, ungerechtfertigte Angriffe zurückweisend, klärende Tatsachen feststellend, zwei frühere Interpellationen betreffend die Geschäftsgebarung der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft beantwortet hatte, unterbreitete der Abgeordnete Andreas Ráth eine Interpellation, die die Ereignisse in Siebenbürgen betraf. Während der Begründung dieser Interpellation, die ziemlich scharf und radikal in Form und Wesen war, führte ein Zwischenruf des Abgeordneten Franz Bárczay, der den Interpellanten an die Erfüllung seiner Militärpflicht gemahnte, zu stürmischen Protesten auf der Linken des Hauses. In den Lärm, der durch den Saal schallte, wohl auch rechts Kundgebungen auslöste, rief Abgeordneter Ludwig Szilágyi, von seinem Sitze sich erhebend, erst einige Worte, dann leidenschaftlich und gellend ganze Sätze in den aufbrausenden Sturm, die, an den Abgeordneten Ráth gerichtet, das Militärverhältnis dieses Abgeordneten kritisch trafen. Abgeordneter Andreas Ráth antwortete in einer persönlichen Bemerkung, die scharfe Ausfälle gegen den Abgeordneten Szilágyi barg, doch die Streitfrage also beleuchtete: Abgeordneter Ráth, der Reserveoffizier ist, hatte sich vor seiner Entlassung aus der französischen Gefangenschaft ehrenwörtlich verpflichtet, gegen die Feinde der Monarchie nicht zu kämpfen, dann aber, nach ausgiebiger Anrufung des Urteils seiner Vorgesetzten, sich doch zum Dienst gegen Italien gemeldet. Die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit dieser Tatsache bildete die nicht neue, schon vielfach erörterte Streitfrage zwischen den Abgeordneten Andreas Ráth und Ludwig Szilágyi, der als Generalstabsoffizier der Budapester Garnison mit der Sache zu tun hatte. Heute antwortete der Abgeordnete Szilágyi auf die Angriffe, die in den Bemerkungen des Abgeordneten Andreas Ráth enthalten waren, indem er in der Einleitung seiner Ausführungen der Opposition entgegenhielt, daß sie die Notlage Siebenbürgens zum Kirren der Wähler ausnütze. Schärfster Protest der Opposition schlug sofort empor. Man sah, wie Abgeordneter Stefan Rakovßky wütend mit beiden Fäusten auf das Pult hämmerte und das bewegliche Stück des Pultes dröhnend auf und ab klappte. Auf der äußersten Linken erhob sich, laut in den Saal rufend, Graf Michael Károlyi, während Graf Aladár Zichy, in die Bank zurückgelehnt, dem Abgeordneten Szilágyi in kurzen, abgerissenen Sätzen Proteste entgegenschleuderte. Plötzlich erhebt sich Graf Michael Károlyi und drängt, von seiner Gefolgschaft begleitet, in die Mitte des Saales. Von der Rechten tritt ihm als erster Abgeordneter Zoltán Farkas, dann Alfred Pál entgegen. Nun strömen von allen Seiten die Abgeordneten in die Mitte des Raumes. Alle überragend steht Abgeordneter Georg Szmrecsányi, dröhnende Rufe zur Rechten sendend. Zitternd vor Aufregung versucht Abgeordneter Karl Hußár vorwärts zu dringen und es ist nicht uninteressant zu sehen, wie Abgeordneter Johann Molnár seinen Spuren folgt. In dem Lärm sitzt nur der Ministerpräsident völlig ruhig auf seinem Platze, während in der Saalesmitte Abgeordneter Zlinßky gestikuliert. Prinz Windischgrätz und Abgeordneter Ludwig Beck drängen dann milde Zlinßky in den Hintergrund. Inzwischen hat Präsident Paul v. Beöthy dem Abgeordneten Szilágyi einen motivierten Ordnungsruf erteilt, den die oppositionellen Abgeordneten mit erneuten Rufen „zur Ordnung", „zur Ordnung" aufnehmen. Der Präsident suspendierte hierauf die Sitzung.

In der Pause sah man, wie die bessere Einsicht schnell durchdrang. Präsident Paul v. Beöthy und Vizepräsident Paul v. Száß begaben sich auf die oppositionelle Seite und die erregten Gemüter wurden umso eher beschwichtigt, als auch von oppositioneller Seite für die Beruhigung gearbeitet wurde, eine Arbeit, an der sich mit bestem Eifer Graf Julius Andrássy, Graf Albert Apponyi, Markgraf Georg Pallavicini, Prinz Windischgrätz und andere führende Mitglieder der Opposition beteiligten. Als erster betrat der Abgeordnete Bárczay den Weg zur Versöhnung, indem er den Abgeordneten Ráth aufsuchte und ihm erklärte, daß er nunmehr, da er den Tatsachenbestand kenne, seinen Vorwurf zurücknehme, da Andreas Ráth in der Tat nicht an die Front könne. Wenige Minuten später wurde die Sitzung wieder eröffnet, und nachdem Abgeordneter Szilágyi seine frühere Bemerkung entschuldigt hatte, in voller Ruhe weitergeführt. Der kleine Sturm war wie ein Gewitter im Sommer verrauscht, das die Luft reinigt. In bester Stimmung, von den temperamentvollen Ausbrüchen des Zwischenfalles mehr erfrischt als ermüdet, konnte das Haus seine Beratungen fortsetzen, nachdem es noch eine knappe, doch bleibend wertvolle Bemerkung des Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa entgegengenommen hatte, der an die eigene Partei das Ersuchen richtete, das Vertrauen ihm auch so zu bezeigen, indem sie bestrebt ist, ähnliche Zwischenfälle zu vermeiden.

Der Abend brachte noch eine Interpellation des Abgeordneten Desider Abrahám betreffend die Auszeichnung des Gesandten Grafen Czernin und eine Interpellation des Abgeordneten Josef Szterényi betreffend die Unter-

bände erhoben haben. Um Zeit zu sparen, will ich dem ...ten Hause die Organisation und die Tätigkeit der Kriegs...ukten-Aktiengesellschaft in nuce vorlegen. (Hört! Hört!) Die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft wurde auf Grund ...s Aufrufes de dato 16. Juni durch die Regierung be...det. Das Gründungsprojekt beschließt eine fünfprozen... Verzinsung des Aktienkapitals und die Verwendung des ...rschusses zu öffentlichen Zwecken. Im Sinne des Grün...gsprojekts werden der Präsident und die Verwaltungsräte der Regierung ernannt. Als der Herr Interpellant die ...ensliste der Verwaltungsräte verlas, gab er selber zu, ... sei vertrauenerweckend. Ich kann dem geehrten Hause ...ichern, daß die Verwaltungsräte auf die Geschäftsführung ...flluß nehmen, die Gebarung der Kriegsprodukten-Aktien...llschaft kontrollieren und nach bestem Wissen und Wollen ... ungeheuren Anforderungen zu entsprechen trachten. Die ...fte der 2000 Aktien der Aktiengesellschaft, nämlich 1000 ...ck, gehören dem Staate. Siebzehn Geldinstitute, beson...s in der Provinz, die sich mit Getreidehandel befassen, ...en 147 Stück Aktien gezeichnet. Siebzehn landwirtschaft...e Vereine und Genossenschaften 76 Stück. Zwei Konsum...ossenschaften, und zwar die der Staatsbahnen und die ...gemeine Konsumgenossenschaft der Sozialisten, haben zwei ...ien gezeichnet, die Brotfabrik ein Stück, die Lagerhäuser ...Vinkovce zwei Stück, neun Behörden haben 54 Stück Ak...n gezeichnet, 59 Mühlen 528 Aktien, 89 Private, darunter ... Egerer Erzkapitel, der Erzbischof von Kalocsa, die Dió...ger Domäne, insgesamt 190 Aktien.

Die Herren Interpellanten haben die Kriegsprodukten...tiengesellschaft hingestellt, als befände sich die Mehrheit ...er Aktien in den Händen von Kommissionären und des ...ischenhandels. Wie Sie zu ersehen belieben, sind nicht ein...l 10 Prozent im Besitze von Kommissionären und Getreide...ndlern.

Die Zahl der Angestellten der Kriegsprodukten-Aktien...ellschaft beträgt 843, darunter 595 Männer, von denen 137 ...thoben sind. Die Zahl der Kommissionäre beträgt 353, aller...ngs gibt es unter diesen große Getreidefirmen, die mit sehr ...sehnlichem Kontorstatus arbeiten. Die Zahl der Subkommis...näre stellt sich wahrscheinlich auf mehrere tausend; da aber ...se Angestellte der Kommissionäre sind, kann die Kriegs...odukten-Aktiengesellschaft mit genauen Daten nicht dienen. ... viel ist sicher: der Getreidehandel eines Landes kann mit ...em kleinen Apparat unmöglich abgewickelt werden. Und ...e gerecht die bezüglich der Enthebungen erhobene Anklage ...r, erhellt am besten daraus, daß, wie ich mir zu erwähnen ...laube, von den vielen tausend Angestellten insgesamt 280 ...thoben sind.

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: In Oesterreich fünf...al so viel!

Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány:

Ich spreche nur von Ungarn.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Beanstandet ...urde ja doch, es seien zu viele enthoben.

Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány:

Aehnlich steht es um die Gehälter der Beamten der ...riegsprodukten-Aktiengesellschaft. Die Ziffern, die der Herr ...nterpellant in bezug auf das Gehalt des Direktors angeführt ...at, sind übertrieben. Insgesamt haben

3	Funktionäre	jährlich	18.000	Kronen	Gehalt,
11	"	"	11.000	"	"
9	"	"	9.000	"	"
10	"	"	8.400	"	"
24	"	"	7.200	"	"

...nd es gibt 42 Beamte, die 6000 bis 7200 Kronen Jahres...gehalt haben. Da nun diese Herren weder Wohnungszulage, ...noch irgend eine andere Salarierung erhalten, so glaube ich, ...daß bei den jetzigen teueren Zeitläuften diese Gehälter alles ...eher als hoch genannt werden können. Ich bitte in Betracht ...zu ziehen, daß diese Herren in Friedenszeiten ein gleiches Gehalt ...bezogen haben. Der Herr Handelsminister hat sie, als fach...erfahrene Leute, einzelnen Getreideproduktionsfirmen abver...langt, denn wäre dies nicht geschehen, so wäre es unmöglich ...gewesen, die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft in Funktion zu ...setzen.

Ebenso phantastisch sind die Angaben hinsichtlich des Gewinnes der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft. Wenn ich mich recht entsinne, so hat der Herr Interpellant den Umsatz der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft auf 60 Millionen Meterzentner geschätzt, was der gesamten Halm- und Maisfechsung eines guten Erntejahres entspräche. Nun weiß man aber, daß sich im vorigen Jahre die Behörden größtenteils selber versorgt haben und daß auch einzelne ihren Bedarf auf Grund von Einkaufszertifikaten in beträchtlichem Maße deckten, so daß nur eine geringe Quote der Fechsung der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft zufiel. Gerade aus Börsenkreisen bin ich dahin informiert, daß selbst in Friedenszeiten 25 bis 30 Millionen Meterzentner jene Höchstmenge sind, die inklusive des Maises im Lande den Besitzer wechseln, ist daher nur natürlich, daß derart nur ein geringeres Quantum in den Besitz der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft gelangen konnte. Und gerade weil der Getreideverkehr viel geringer ist, kann auch die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft keinen so großen Gewinn haben. Kann ihn schon darum nicht haben, weil ihre Provision nicht 2.50 Kronen beträgt, sondern nur 1.50 Kronen, und da hievon eine Krone dem Kommissionär gebührt, bleiben der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft zur Deckung ihrer Regiekosten bloß 50 Heller.

Als der Herr Handelsminister aus dem Bilanzbrouillon der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft ersah, das Geschäftsjahr würde mit keinem Verlust schließen, verfügte er, daß alle Provisionen, die durch die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft von Gemeinden und Behörden eingezogen worden waren, zugunsten des Approvisionierungsfonds der Behörde rücküberwiesen werden. (Allgemeine Zustimmung.) Diese Verfügung allein schon beweist, daß die Regierung die Tätigkeit der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft auf altruistischer Grundlage leitet und auch die Oberaufsicht in solchem Sinne ausübt. Und daß sie bisher jene öffentlichen Zwecke nicht näher bestimmt hat, denen der verbleibende Gewinn zukommen soll, ist natürlich, da die Statuten imperativ vorschreiben, die Regierung habe bloß über den nach der Aufteilung verbleibenden Teil Dispositionsrecht. Insolange die Regierung kein Recht hat, über die etwaigen Ueberschüsse zu disponieren, und insolange es nicht sicher ist, daß es einen solchen Ueberschuß gebe, ist es unmöglich, schon heute große Ansprüche zu erwecken oder über den Ueberschuß zu disponieren.

Die einzelnen konkreten Anstände der Herren Interpellanten betreffend beehre ich mich hinsichtlich des Falles Mandula zu erwähnen, dieser Herr habe insgesamt 21 Kronen Provision bezahlt, und auch dies vollständig zu Recht, im Sinne der bestehenden Verordnungen. Ebenso steht die Sache um das

Pester Lloyd 21./IX. 1916

II

150

Kriegstätigkeit des Reichstages.

Sümeger Mehl. Hier sind die betreffenden Rechnungen, nicht zu 82.56 und 42 Kronen fakturiert, sondren zu 77.51 und 41 Kronen. Der Herr Abgeordnete Eitner hat Requirierungen in zwei Gemeinden erwähnt, wo die Ware zu niedrigem Preise übernommen worden ist. Ich habe eine Untersuchung angeordnet, die Daten aber bisher nicht erhalten. Immerhin lenke ich die Aufmerksamkeit des geehrten Hauses auf zwei Umstände. Erstens, daß die Enteignung durch die Behörden vorgenommen worden ist, nicht aber durch die Kriegsprodukten-A.-G. Zweitens: wir wissen aus Erfahrung, daß so mistige Ware zur Uebernahme gelangte, daß derlei Abzüge nur voll berechtigt waren. Wird die Untersuchung zutage fördern, der Abzug sei unberechtigt gewesen, so wird der betreffende Kommissionär seine Strafe so hinnehmen, wie dies in ähnlichen Fällen schon unzähligemale geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung).

Der Herr Interpellant beanstandet, die Kriegsprodukten-A.-G. fakturiere das Saatkorn allzu teuer. Vielleicht langweile ich das geehrte Haus (Hört! Hört!), da ich ja die Frage des Saatkorns schon mehrmals anzuschneiden so frei war, und ausgewiesen habe, daß das Saatkorn mit der Kriegsprodukten-A.-G. nichts zu schaffen hat. Die vorjährige Geschichte der Aufteilung des Saatkorns ist, wie Sie wissen, in Kürze die, daß das Herbstwetter die rechtzeitige Bebauung des Bodens unmöglich gemacht hat und daß sich unerwartet die Lage einstellte, daß die Regierung für mehrere hunderttausend Meterzentner Saatkorn in so vorgeschrittener Stunde zu sorgen hatte, da die Produkte größtenteils schon den Besitzer gewechselt hatten und in Produzentenhände geraten waren. Zur Beschaffung des Saatkorns wurden folgende Maßnahmen getroffen: Zunächst wurden komitatsweise Saatkornkommissionen ins Leben gerufen, die angewiesen wurden, den allernotwendigsten Saatkornbedarf festzustellen und zu trachten, diesen auf dem Territorium ihres eigenen Komitats bei Produzenten, Mühlen oder aus sonst irgendwelchen Vorräten zu decken. Derlei Saatkorn ist unmittelbar von Produzent zu Uebernehmer verrechnet worden und dann hatte niemand wie immer geartete Provision zu bezahlen. Außerdem hat die Regierung bekanntlich die 4000 Waggons betragenden Braugerstevorräte der Bierbrauereien mit Beschlag belegt. Sie war berechtigt, im Sinne der Verordnung diese Gerstevorräte teuerer anzuschaffen, hinzugerechnet Fracht-, Manipulations- und Zufuhrkosten. Dies hinzugerechnet mußte die Ware natürlich teuerer werden.

Ebenso steht die Sache um den Frühjahrsweizen. Der überwiegende Teil des Bedarfes an Frühjahrsweizen mußte aus Deutschland und Oesterreich beschafft werden, im Tausche gegen unseren Weizen. So wurde der Frühjahrsweizen von doppelten Frachtkosten belastet. Die Abwicklung war gar nicht Aufgabe der Kriegsprodukten-A.-G., sondern der Genossenschaft der Landwirte. Vor drei Jahren hatten wir nämlich die Erfahrung gemacht, das ausgeteilte Saatkorn werde zur Schweinemast und zu sonstigen Zwecken verwendet, nur nicht zu Saatzwecken. Da es der Regierung leider an genügend reichlichen Vorräten zur Verteilung gebrach, mußte die Garantie in dem teueren Preise gefunden werden, daß das verteilte Saatkorn auch tatsächlich seinem Bestimmungsorte zugeführt werde und in den Boden gelange. Sie ersehen hieraus, meine Herren, daß die von den Herren Interpellanten angeführten Beschwerden in vieler Hinsicht unbegründet sind.

Nun möchte ich mich aber an die geehrten Herren Abgeordneten mit der Bitte wenden (Hört! Hört! rechts), sie mögen sich, ehe sie derlei Anschuldigungen vorbringen, vorerst überzeugen, ob die Anklagen irgendeine haltbare Grundlage haben. Die Ueberzeugung können sie sich entweder in irgendeinem Ministerium, oder in einer zuständigen Zentrale, oder aber bei der Kriegsprodukten-A.-G. verschaffen. Jedenfalls möchte ich bitten, sich derlei verallgemeinernder Verdächtigungen zu enthalten. Denn hiedurch werden die Leute, deren wir bedürfen, lustlos gemacht, die doch ohne Besoldung und selbstlos arbeiten: soll da ihr Lohn sein, daß sie vor die Welt als Menschen hingestellt werden, die aus Selbstinteresse und zur Förderung ihrer Privatinteressen ihre Arbeit leisten? (Zustimmung rechts.) Ich gestatte mir diesbzüglich nur die Angelegenheit der Siebenbürger Viehübernahme anzuführen. Niemand wollte das unternehmen, jedermann sagte, er würde vergeblich behaupten, daß er keine Honorierung annehme, und da zufällig eine Bank oder eine Aktiengesellschaft hinter ihm steht, wollte er weder sich, noch seine Aktiengesellschaft grundlosen Insinuationen aussetzen. (Zustimmung rechts.) Lediglich unter dem energischen Drucke des Herrn Kriegsministers ist es mir gelungen, diese Herren dazu zu bewegen, die Aufgabe zu übernehmen, da zufällig eben dieses Syndikat auch mit der Viehbeschaffung für das Heer betraut ist und der Herr Kriegsminister ein Recht hat, über das Syndikat zu verfügen.

Was den Vorwurf angeht, warum die Regierung kein zentrales Lebensmittelamt errichtet, so habe ich zu sagen, daß bekanntlich unser ganzes wirtschaftliches Leben eigentlich im Wirkungskreise dreier Ministerien sich abwickelt, und hätten wir zu Kriegsbeginn den Kriegsgeschäftskreis aus diesen gerissen, so wäre auch der nichtkriegerische wirtschaftliche Geschäftskreis ins Stocken geraten. Um also zu ermöglichen, daß das Publikum sich irgendwohin zu wenden vermöge, habe ich im August 1914 die Landes-Wirtschaftskommission errichtet, in der die interessierten Ministerien vertreten sind, damit alle Angelegenheiten, die in den Geschäftskreis mehrerer Portefeuilles gehören, dort sofortige Erledigung finden; wer immer sich an irgend eines der interessierten Ministerien wenden würde, fände die Erledigung seines Anliegens doch nur bei der Kommission, an die die Ministerien seine Sache leiten.

Wenn wir die Zusammenstellung der Angelegenheiten in Betracht ziehen, so müssen wir finden, daß deren Zentralisierung unmöglich ist, ehe sich das kriegswirtschaftliche Leben ausgestaltet und ehe das Leben eine Garde erzogen hat, die dieses Leben kennt und darin zu arbeiten vermag. Bei unserer Kriegswirtschaft gehört ja die Sicherung der Produktion und deren möglichste Erhöhung in den Geschäftskreis des Ackerbauportefeuilles, und dahin hat auch die Feststellung jenes Maximums zu gehören, das wir ohne Gefährdung unserer wirtschaftlichen Produktion den Produzenten entziehen dürfen. Was nun die Approvisionierungsfrage angeht, so gehört diese selbstverständlich schon darum in den Geschäftsbereich des Ministers des Innern, da ja die Behörden diesem unterstehen, ebenso wie alle Fragen der Industrie und des Verkehrs in das Ressort des Herrn Handelsministers schlagen. Heute ist die Lage in dieser Hinsicht anders, heute sind innerhalb der Grenzen der Landes-Wirtschaftskommission die Kriegsgeschäftskreise gewissermaßen miteinander verschmolzen und bilden einen Betrieb, an dessen Spitze sehr wohl jemand mit dem Wirkungskreise eines Ministers gestellt werden kann, jemand, der dann auch geeignete Mitarbeiter heranzieht, so daß er die Kontrolle sämtlicher Approvisionierungszentralen zu versehen vermag. Die Regierung befaßt sich auch mit dieser Idee, teils weil sie glaubt, daß sie auch hiedurch den bestehenden Uebeln steuern kann, teils weil sie jene Ressortminister entlasten will, die heute mit der kriegswirtschaftlichen Geschäftsführung beschäftigt sind.

Ich bitte das geehrte Haus, meine Antwort gefälligst zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abgeordneter **Andreas Ráth**

wünscht für diesmal in merito nicht zu antworten, er begnügt sich damit, an seinem geistigen Auge die Laden der Budapester und der Provinz-Lebensmittelverkäufer vorbeiziehen zu lassen: da sehe er nichts als das strikte Gegenteil von dem, was der Minister behauptet, — überall Not und Elend... Und da hört man von der Ministerbank nichts als Worte wie „eine Episode", „eine belanglose Sache" und andere. Was der Minister eben gesagt hat, das sind wir ja gewohnt zu hören, hören von solcher Stelle überhaupt nichts anderes, — die Mehrheit steht ja hinter den roten Fauteuils. Aber daß man glaube, auf dem Gebiete der Approvisionierung sei in diesem Lande alles in bester Ordnung: das wird wohl nicht einmal der Minister voraussetzen. Auf die zweistündige Interpellation des Redners hat der Minister eben fünf Minuten lang reflektiert, — das sei doch bezeichnend genug. Redner verharrt dabei, daß er sich über diese Dinge in der nächsten Zukunft, wenn sie an die Tagesordnung kommen, ausführlich äußern werde. Die Antwort des Ministers nimmt er nicht zur Kenntnis.

Präsident: Abgeordneter Eitner ist abwesend. Ich stelle die Frage, ob das Haus die Antwort des Ackerbauministers zur Kenntnis nehme.

Nach einer kurzen Erwiderung des Ackerbauministers Baron Emerich Ghillány nimmt das Abgeordnetenhaus sowohl die auf die Interpellation des Abgeordneten Andreas Ráth, sowie des Abgeordneten Sigmund Eitner erteilten Antworten zur Kenntnis.

Es folgen die

Interpellationen.

Abgeordneter **Andreas Ráth**

richtet an den Ministerpräsidenten die folgende Interpellation:

Hat der Herr Ministerpräsident Kenntnis davon, welche militärische Behörde verfügt hat, daß das Grenzgebirge und die Täler Siebenbürgens vollkommen ungeschützt bleiben?

Wenn der Herr Ministerpräsident es gewußt hat, daß das Militär die Grenzen ungeschützt läßt, hat er darüber irgend eine Frage gerichtet und an wen? Hat er das Ansuchen gestellt, daß man wenigstens für die provisorische Verteidigung der Grenzen sorge? Hat er nach dieser Richtung hin eine Antwort erhalten, von wem und wie hat diese Antwort gelautet? Wenn nicht, weshalb hat er ein solches Ansuchen nicht gestellt, oder diese Forderung urgiert?

Hat der Herr Ministerpräsident Kenntnis davon, daß auch jetzt noch bei der Handhabung der verschiedenen Flüchtlingsangelegenheiten im ganzen Lande große Mißstände vorhanden sind, die die Flüchtlinge besonders an der Schwelle des Winters mit schweren Besorgnissen erfüllen?

Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, zum Zwecke der einheitlichen und endgültigen Erledigung dieser Frage allerdringendst eine Enquete einzuberufen, an der die Vertreter der Fachministerien, die siebenbürgischen Abgeordneten, die Spitzen der Verwaltungs- und anderer öffentlichen Behörden teilnehmen würden? Diese Enquete sollte über die Frage der Placierung der Flüchtlinge, über ihre Verpflegung, ihre Bekleidung, über die Liquidierung ihrer Gehälter und Bezüge, über den Schulbesuch und die Verpflegung ihrer Kinder, über ihre Militär-, Kriegsunterstützungs- und Rechtsfragen endgültige Vorschläge machen.

Ist der Herr Ministerpräsident bereit zu verfügen, daß in Sammellagern für die aus den Schulen Ausgebliebenen Lehrkurse eröffnet werden, wo sie die Stenographie, das Maschinenschreiben und die Buchhaltung erlernen können?

Das siebenbürgische Volk — fährt der Interpellant in Begründung seiner Anfragen fort — wird durch diese Debatte im Abgeordnetenhause nicht entschädigt. Ministerpräsident Tißa verteidigt sowohl den Grafen Cernin wie die Heeresleitung. Er läßt sie nicht angreifen. Man müsse also ihn selbst wegen der Unterlassungen zur Verantwortung ziehen. Diese Verantwortlichkeit ist aber illusorisch. Die Einfallstore des Landes wurden dem Feind offen gelassen. Angesichts des seit zwei Jahren erwarteten Angriffes hätte man das nicht tun dürfen. Jedermann weiß, daß die Heeresleitungen bestrebt sind, die Kriegsoperationen auf feindliches Gebiet zu verlegen. Niemand wird glauben, daß die Klagen wegen des geduldeten Einbruchs in Siebenbürgen eine Einmengung in die strategischen Pläne sein wollen. Wenn man den Feind wirklich hereinlassen mußte, so hätte man die notwendigsten Verwaltungsmaßnahmen treffen sollen. Wir fordern Ersatz für jeden Schaden, den die armen Flüchtlinge erlitten haben. Man war übrigens Siebenbürgen gegenüber auch schon früher nicht besonders wohlwollend gestimmt, man hat diesem Landteil weder Eisenbahnen noch Militärgarnisonen gegeben. In den ersten Morgenstunden nach der Kriegserklärung wußte man noch nicht, was geschehen soll. Die Behörden haben kopflos gehandelt, man hat die Erfüllung eines politischen Versprechens, wie es beispielsweise die Verlegung des Gerichtshofes von Kézdivásárhely nach Sepsiszentgyörgy war, als viel wichtiger erachtet als die Beschützung der Hunderttausende der siebenbürgischen Bevölkerung. Durch die Uebernahme der Verantwortlichkeit kann der Ministerpräsident niemand beruhigen, der all sein Hab und Gut verloren hat. Es schmerzt den Redner zu sehen, wie alles jetzt zum Bettler wurde; wegen einer Unterlassung, wegen einer sträflichen Handlung hat man die Schätze Siebenbürgens preisgegeben...

Abgeordneter Franz Bárczay: Helfen Sie auch Siebenbürgen verteidigen!

Abgeordneter Ludwig Szilágyi: Jeder kann sprechen, nur Sie nicht! (Lebhafte Zustimmung rechts; Rufe links: Zur Ordnung; Lärm.)

Präsident (läutet): Ich bitte um Ruhe! (Großer Lärm.)

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Das ist ein Terrorismus! (Lärm.)

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Sie sind ein aktiver Soldat! (Fortwährender großer Lärm auf beiden Seiten des Hauses.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Abgeordneter Andreas Ráth hat das Wort. Bitte den Herrn Abgeordneten Rakovßky, sich ruhig zu verhalten. (Großer Lärm.)

Graf Aladár Zichy: Zur Ordnung! Zur Ordnung! (Großer Lärm.)

Präsident (läutet): Ich bitte den Herrn Abgeordneten Aladár Zichy, sich ruhig zu verhalten. Der Herr Abgeordnete Ludwig Szilágyi hat kein Recht, dazwischenzurufen und die Verhandlung zu stören.

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Ein subventionierter Mensch. (Großer Lärm.)

Abgeordneter Wilhelm Sümegi: Sie terrorisieren uns.

Präsident (läutet unausgesetzt): Ich bitte auf allen Seiten um Ruhe.

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Warum greift man uns an?

Präsident: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Rakovßky wiederholt, sich ruhig zu verhalten.

Abgeordneter Ludwig Szilágyi: Der Abgeordnete Ráth hat sein Ehrenwort gegeben, nicht zu kämpfen. (Langanhaltender großer Lärm.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Andreas Ráth hat das Wort.

Abgeordneter Andreas Ráth: Geehrtes Haus! Ich bitte auch diese Seite des Hauses, mir ein wenig Geduld zu schenken. Sehr geehrter Herr Ludwig Szilágyi: kaiserlicher und königlicher Kämmerer, auf dem Kriegsschauplatz in der Józsefgasse verbluteter Held! Erlauben Sie mir, daß auch ich antworte. (Heiterkeit links.)

Präsident: Ich bitte den Redner, einen anderen Abgeordneten nicht in diesem Tone zu apostrophieren. (Rufe links: Er hat angefangen. Warum haben Sie nicht den Abgeordneten Ludwig Szilágyi verwarnt?)

Abgeordneter Andreas Ráth: Mein Abgeordnetenkollege Ludwig Szilágyi hat außerhalb des Abgeordnetenhauses, noch zur Zeit, als er an der Józsefutczaer Front Generalstabschef war (Heiterkeit links), das Versprechen abgegeben, er werde es als eine seiner ersten Agenden nach seiner Wahl zum Abgeordneten betrachten, Andreas Ráth im Parlament hinzurichten.

Abgeordneter Stefan Rakovßky: Ja, das hat er gesagt, auch ich weiß es!

Abgeordneter Andreas Ráth: Er hat die Hinrichtung begonnen. Aber mit Verlaub, ich werde, sehr geehrter Herr Abgeordneter, nicht früher sterben, als bis Sie hingerichtet sind. Der Herr Abgeordnete möge sich daran erinnern, daß ich in der letzten Session bei ihm oben auf dem Kriegsschauplatze in der Józsefgasse war und ihn fragte: Bitte, Herr Hauptmann, Sie sprechen gegenüber meinen Offizierskollegen über meine Ehre Dinge, die mich tief berühren. Ich richte die Frage an den Herrn Hauptmann: Ist dies wahr oder nicht? Darauf drückte der Hauptmann — jeder kaiserliche und königliche Kämmerer hätte an seiner Stelle gewiß auch so gehandelt — an den elektrischen Taster, rief einen Husarenoberleutnant herein und sagte ihm: „Der Herr Oberleutnant will mich für etwas zur Verantwortung ziehen. Sie werden bis zum Schluß als Zeuge anwesend sein. Was bisher geschehen ist, habe ich nicht gehört." Darauf habe ich von vorn angefangen. Der geehrte Herr Abgeordnete hat mich darauf bis zum Ende angehört. Das Offiziersportepee ist bei allen Offizieren gleich. Als ich, ein in seiner Ehre angegriffener Mann, mich an Sie wandte, haben Sie nicht zu mir gesagt: „Kamerad, es kann ein Mißverständnis zwischen uns bestehen!" — sondern Sie sind aufgestanden und haben gesagt: „Andreas Ráth, nicht wahr, Sie sind Abgeordneter und Oberleutnant?"

„Gewiß, seinerzeit haben Sie die Freundlichkeit gehabt, mir zu gratulieren."

„Da nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich Sie anzeigen werde." (Lebhafte Rufe links: Ah!)

Abgeordneter Karl Németh: Es ist seine Pflicht.

Abgeordneter Martin Szilvássy: Das war die einzige korrekte Antwort.

Abgeordneter Andreas Ráth: Hier im Hause befinden sich Zeugen dafür, daß ich den Markgrafen Georg Pallavicini und den Grafen Georg Bethlen ersucht habe, sich der Affäre anzunehmen und sich zum Herrn Hauptman Ludwig Szilágyi zu bemühen. Und damals hat er auf die Frage, ob er diese Aeußerungen getan hätte oder nicht, nicht geantwortet, sondern sich um die militärische Einteilung meiner Kartellträger erkundigt. Der Umstand, daß die Ehre eines Offizierskameraden in Frage stand, interessierte ihn nicht. Am nächsten Tage wurde eine Erklärung abgegeben, die auch seine Kartellträger unterfertigten, in welcher gegenseitig festgestellt wird, daß eine Beleidigung nicht geschehen sei und in welcher der Generalstabshauptmann Ludwig Szilágyi erklärt, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, die Person des Andreas Ráth zu beleidigen. Er stellte bloß in Aussicht, daß er seinerzeit die politische Rolle des Andreas Ráth einer Kritik unterziehen werde. Aber es ist noch etwas zu bemerken. Als die Angelegenheit auf ritterlichem Wege erledigt war, erstattete er die Anzeige gegen mich. Was geschah nun? Die Anzeige des Generalstabschefs wurde nicht einmal zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht. Am 17. Mai 1916 meldete ich mich schriftlich beim Honvédminister und alsbald traf auch die Erledigung ein. An dem Tage, der meiner Interpellation in Angelegenheit der Kriegsproduktengesellschaft folgte, bekam ich eine Berufung zum Honvéddistriktskommando, wo mich FML. Braun äußerst gnädig empfing und mir erklärte, der Honvédminister hätte meine freiwillige Meldung an die italienische Front billigend zur Kenntnis genommen, und lasse mich fragen, ob ich allein abzugehen wünsche, oder an der Spitze einer Truppe. Darauf antwortete ich: An der Spitze einer Truppe.

Im Jahre 1914 war ich in Chicago, als uns ein Telegramm des Grafen Julius Andrássy ereilte, daß der Krieg mit Serbien ausgebrochen sei und wir heimkehren sollen. Ich stand sofort von der Weiterreise ab und machte mich mit dem Grafem Károlyi und dem Abgeordneten Zlinßky auf den Rückweg. Am 28. Juni waren wir bereits eingeschifft. Ich wünsche niemand, auch nicht dem Herrn Abgeordneten Szilágyi, daß er jene Leidensstationen durchmache, durch die wir hindurchgehen mußten. Wir trafen in Havre ein, doch ließ man unser Schiff nicht im Hafen. Durch ein Spalier von Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten mußten wir hindurch. Die Menge verhöhnte uns. Unsere Nahrung bestand aus Wassersuppe und Erbsengemüse. Wir wurden von schwarzen Soldaten bewacht und waren nicht einmal unseres Lebens sicher. Redner erzählt nun des weiteren die Leiden, die er und seine Abgeordnetenkollegen in Frankreich durchzumachen hatten. Nach langem Entschluß habe ich mein Ehrenwort gegeben, daß ich nicht gegen Frankreich kämpfen werde. Ich weiß nicht, wieviel ihrer sind, die nicht ihr Ehrenwort gegeben haben und warum diese nicht an die Front gehen? Endlich gelang es mir, unter vielen Mühen über Spanien nach Italien und von hier in die Heimat zu gelangen.

Als mich Graf Albert Apponyi und Graf Andrássy darüber aufklärten, daß ich gefehlt habe, ging ich zum Honvédminister und bat um eine Unterredung. Ich sprach ferner mit Sr. Exzellenz FML. Szurmay, mit dem Generalauditor Papp und mit mehreren kompetenten Männern. Es trat eine Kommission zusammen, die dahin entschied, daß ich mit Berücksichtigung der obwaltenden Um-

Pester Lloyd 21./IX. 1916

Sitzung des Reichstages.

III

151

Schuhe betteln müssen. Die Gesellschaft hat auch hier bereits ihre Pflicht getan, indem 250.000 Kronen für die Bekleidung der Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wurden. Wo bleibt der Staat? In Preußen wurden sofort nach dem feindlichen Einbruch dreiundzwanzig Millionen für die Versorgung der flüchtigen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung flüssig gemacht. Redner verwahrt sich dagegen, daß denjenigen Flüchtlingen, die in Massenquartieren untergebracht sind und dort versorgt werden, die Unterstützung entzogen werden soll. Das könnte katastrophal wirken.

Die anderen Gruppen der Fragen des Interpellanten beziehen sich auf die Zeit nach Aufhören der Invasion. Man muß dafür sorgen, daß die betroffenen Gemeinden und Städte entsprechende materielle Unterstützung vom Staate erhalten, damit diese Invasion nicht zur Katastrophe für diese Städte werde. Redner weist abermals auf das preußische Beispiel hin, wo für diese Zwecke sofort 5½ Millionen Mark angewiesen wurden. Bezüglich der Frage der Schadloshaltung hat der Ministerprädent beim Einbruch der Russen in die Karpathen erklärt, daß diese Frage erst nach dem Kriege der finanziellen Lage des Staates entsprechend wird geklärt werden können. Diese Stellungnahme ist keine glückliche. Die Grenzbevölkerung blutet für die Gesamtheit des Landes, für diejenigen, die bisher von jedem materiellen Schaden verschont blieben, und wir haben die Pflicht, dafür einzutreten, daß die dortige Bevölkerung entsprechend entschädigt werde. Es ist mit der Würde des Staates nicht vereinbar, für die Existenz derjenigen nicht zu sorgen, die das Schicksal an die Grenze des Landes gestellt hat. Das internationale Recht hat diese Frage nicht geregelt. Formell ist der Standpunkt der Regierung unanfechtbar. Allein er weist auf das preußische Beispiel im Jahre 1871 hin, wo der Staat unmittelbar nach dem Friedensschluß mit vier Gesetzen diese Angelegenheit geregelt hat. Wohl aus der Kriegsentschädigung. Allein der betroffenen Bevölkerung ist die Quelle vollständig gleichgültig, aus der diese Beträge stammen. Bei den riesigen Lasten, die wir zu tragen haben, wird der Betrag eine sehr untergeordnete Rolle spielen, der für die Schadloshaltung verwendet werden soll. Auch jetzt hat Preußen für die Schadloshaltung der betroffenen ostpreußischen Provinzen unverzüglich, unabhängig von dem Ausgange des Krieges und unabhängig von der Frage, ob Preußen oder das Deutsche Reich für diese Kosten aufzukommen hat, 400 Millionen Mark für die Befriedigung der ersten Bedürfnisse zur Verfügung gestellt. Die ungarische Regierung hat es bisher unterlassen, über den verursachten Schaden im Karpathengebiet die ungarische Gesetzgebung zu informieren. Wir müssen diese Fragen unabhängig von der Frage Galiziens erledigen. Eventuelle Differenzen können später aus dem Wege geräumt werden. Man darf nicht vergessen, daß in militärischer Hinsicht große Unterlassungen begangen worden sind und daß die Bevölkerung der betroffenen Gebiete nicht aus eigenem Verschulden ihr Hab und Gut in Sicherheit bringen konnte.

Bei diesem Anlaß muß er sich gegen das Vorgehen der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft wenden, die von einer Brassóer Mühle die Haftung für die der Mühle übersandten Getreidequanten fordert. Juristisch ist dieser Standpunkt berechtigt, aber von anderen Gesichtspunkten nicht. Er bringt die Sache hier vor, da die endgültige Entscheidung dieser Frage von der Regierung abhängt. Schließlich bittet der Interpellant den Justizminister, dringende Verfügungen betreffend die gerichtliche Annullierung der verlorenen Wertpapiere und Pfandscheinbriefe zu treffen.

Redner unterbreitet folgende Interpellation:

1. Hat der Herr Ministerpräsident Kenntnis davon, daß die Angelegenheit der Siebenbürger Flüchtlinge auch heute noch nicht einheitlich geregelt ist, daß ein überwiegender Teil der außerhalb der Hauptstadt untergebrachten Personen die staatliche Unterstützung auch bis heute noch nicht erhalten hat, daß ein namhafter Teil der flüchtigen Staatsbeamten noch nicht einmal das Septembergehalt aufnehmen konnte, und ist er geneigt, in dieser Richtung sowie überhaupt in Angelegenheit einer zielbewußten einheitlichen Regelung der Angelegenheiten der Flüchtlinge im Wege der Errichtung eines Regierungskommissariats dringend zu verfügen?

2. Hält der Herr Ministerpräsident die Lage, in der ein sehr großer Teil der Flüchtlinge ohne eigenes Verschulden zu leben gezwungen ist, mit der Würde des Staates für vereinbar, und ist er geneigt, für ihre entsprechende Unterbringung und in Anbetracht der eingetretenen kälteren Witterung für die dringende Versorgung der darauf Angewiesenen mit der notwendigen Bekleidung auf Staatskosten dringend Sorge zu treffen?

3. Wird die Regierung geneigt sein, betreffend die entsprechende staatliche Unterstützung der durch den rumänischen Einbruch betroffenen Siebenbürger Gemeinden und Städte dem Reichstag eine Unterbreitung zu machen, damit diese Gemeinden und Städte seinerzeit vor dem finanziellen Zusammenbruch bewahrt werden?

4. Ist die Regierung geneigt, betreffend die Linderung des an mobilem und immobilem Vermögen erlittenen Schadens der der Verheerung ausgesetzten oder infolge des Krieges zur Flucht gezwungenen Bevölkerung, beziehungsweise betreffend deren Schadloshaltung einen entsprechenden Gesetzentwurf zu unterbreiten?

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**

erklärt zunächst, daß auf denjenigen Teil der Interpellation, der sich auf die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bezieht, der Minister des Innern antworten wird. Es kann keinen Ungarn geben, der nicht im ersten Augenblick diese Angelegenheit so aufgefaßt hätte, daß wir die dem rumänischen Einbruch ausgesetzten Gebiete nicht nur zurückerobern, sondern das dort herrschende Leben rekonstruieren müssen. Der Gedanke des Zagens ist nicht am Platze, er muß aus der Seele der Flüchtlinge ebenso ausgeschaltet werden wie aus der Seele der ganzen öffentlichen Meinung. Wir müssen Hand in Hand zusammenwirken, wir alle, die Flüchtlinge selbst, die Gesellschaft und der Staat, um alle Vorbedingungen für die Rekonstruktionsarbeiten zu schaffen und das Leben in diesen Gebieten zu neuer Blüte zu bringen. Auch die Regierung darf nicht vor den materiellen Hilfsmitteln zurückschrecken, welche zur Erreichung dieses Zieles unbedingt notwendig sind. Bezüglich der Schadloshaltung kann der Ministerpräsident auch jetzt nur das wiederholen, was er zu Beginn des Krieges gesagt hat. Wir können jetzt nicht sagen, ob der ungarische Staat in der Lage sein wird, die Frage der Schadloshaltung entsprechend zu lösen. Es wäre eine Leichtfertigkeit, jetzt, wo wir den Schaden noch nicht ganz überblicken können, alle Konsequenzen auf den Staat übertragen zu wollen. Das Schwergewicht der Frage liegt darin, diejenigen Vorbedingungen zu schaffen, die zur Rekonstruktion unbedingt unerläßlich sind. In dieser Beziehung muß auch die Gesellschaft, müssen auch die von dem Einbruch der Feinde heimgesuchten Personen mit der Regierung zusammenwirken. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Flüchtlinge dies auch tun werden, so wie der Ministerpräsident die Székler und Sachsen, diese lebenskräftigen, moralisch und materiell starken Mitbürger kennt, so werden diese den Mut nicht verlieren und vor den Hindernissen nicht zurückschrecken, namentlich wenn sie die hilfreiche Hand des Staates fühlen werden. Die ganze Frage muß man mit einer gewissen Zuversicht, mit frischem Geist auffassen. (Lebhafter Beifall.) Man darf nicht verzagen, sondern mannhaft die bestehenden Uebel zu bekämpfen suchen, wie es die Bevölkerung des nordöstlichen Ungarn getan hat, deren Verhalten über jedes Lob erhaben war. Er bittet daher jedermann, der helfend eingreifen will, ebenso wie die Flüchtlinge, sie mögen frischen Mutes sein und zuversichtlich einer besseren Zukunft entgegenblicken. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts.)

Minister des Innern **Johann v. Sándor**

erklärt, daß die Ereignisse in Siebenbürgen ihn im Herzen erschüttert und tief ergriffen haben, nicht nur wegen der Verantwortlichkeit, die er als Minister dafür zu tragen hat, sondern auch aus dem Grunde, weil er ein Sohn dieses Gebietes ist und mit allen Fasern seines Herzens an diesem engeren Heimatboden hängt, an den ihn die Traditionen seiner Vorfahren knüpfen und in dem die Wiege seiner Kinder gestanden. Er wäre kein Mensch, wenn er nicht aus vollem Herzen den Schmerz empfände, den diese Ereignisse in jedem Ungarn erwecken mußten, wenn er nicht aus allen Kräften die Tränen zu trocknen wünschte, die die so schwer heimgesuchten Flüchtlinge vergossen haben. Der schmähliche, meuchlerische Angriff der Rumänen hat das Land zu plötzlich betroffen. Aber der Vorwurf, der aus diesem Anlasse gegen die Regierung gerichtet wurde, ist nicht berechtigt. Denn die Regierung hat mit der Möglichkeit eines Einbruches der Rumänen rechtzeitig gerechnet, sie hat den Siebenbürger Lokalbehörden frühzeitig genaue Weisungen erteilt, was für Verfügungen sie in diesem Falle zu treffen hätten, und sie hat mittels Verordnungen genau die Art und Weise der Evakuierung der einzelnen Striche festgestellt. Der Einbruch erfolgte jedoch bedeutend früher, rascher und mit größeren Kräften, als wir erwarteten. Unsere Verfügungen basierten darauf, daß die Bevölkerung in der Zeit, in welcher unsere Kräfte den Einbruch an den Grenzen aufhalten würden, mit ihrem gesamten Viehstande nach den benachbarten Komitaten gebracht werden könne. Für jede Gegend, für jeden Ort war eine bestimmte Zufluchtsstätte vorgesehen und auch die Bahnbehörden hatten Weisungen betreffs des ruhigen Abtransports der einzelnen Ortschaftsinsassen nach den für sie im vorhinein festgestellten Gegenden erhalten.

Die Ereignisse haben sich jedoch überstürzt, der Feind drang rascher vorwärts als man erwarten konnte: die Bevölkerung mußte rasch fortbefördert werden, und das zu einer Zeit, da die Eisenbahnen gerade mit besonders starken Truppentransporten überlastet waren. Daraus entstanden jene Schwierigkeiten und Wirren, die in den ersten Tagen wahrnehmbar wurden. Die Züge verkehrten langsam und waren nicht in der Lage, die Bevölkerung der einzelnen Gegenden nach den für sie im vorhinein bestimmten Komitaten zu führen, die Furcht und die Panik riß auch zahlreiche Familien mit sich, die noch ruhig hätten zu Hause bleiben können, denen noch gar keine Gefahr drohte, die man aber schließlich nicht daran hindern durfte, gleichfalls in der Flucht ihr Heil zu suchen. Wegen der gleichzeitigen Militärtransporte konnten für die Flüchtlinge nicht so viele Bahnzüge zur Verfügung gestellt werden, als dieser Massenansturm erheischt hätte und die Bahnen konnten eben deshalb auch nicht das die Züge bestürmende Publikum nach den Gegenden befördern, die im vorhinein festgestellt worden waren. Anstatt nun in Orte zu gelangen, wo für ihren Empfang und ihre Unterbringung alle Vorkehrungen getroffen waren, kamen diese ersten Flüchtlinge in Ortschaften, wo sie nicht erwartet wurden und wo deshalb auch für ihre Unterbringung und Verpflegung nicht vorgesorgt war.

So unter anderen auch nach Budapest. In diesen Tagen der Not griffen nun die Gesellschaft und die Presse mit einer Opferwilligkeit und einem Feuereifer ein, der nicht genug gewürdigt und anerkannt werden kann. Der „Pester Lloyd" und „Az Est" leiteten unverzüglich Sammlungen ein und stellten schon in den ersten Momenten bedeutende Summen für die Unterstützung der Flüchtlinge zur Verfügung, die Gesellschaft trug das Ihrige bei, in einer Weise, die niemals vergessen werden darf. Es mag ja sein, daß einzelne Verwaltungsbehörden stellenweise nicht ganz auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden hatten, doch wir haben auch glänzende Beispiele für die unermüdliche rastlose Tätigkeit der Verwaltungsbehörden. Die hauptstädtischen Behörden und die Damen der Gesellschaft beeilten sich schon bei der Ankunft der Züge die Tränen zu trocknen und dort, wo es dringend geboten war, Hilfe zu leisten. In den ersten Augenblicken konnte man nicht zu dem ursprünglich festgesetzten Programm zurückkehren, die Flüchtlinge nicht dahin dirigieren, wohin sie eigentlich bestimmt waren, denn man durfte sie nicht sofort wieder größeren Entbehrungen aussetzen und mußte sie eben dort von den ersten Strapazen ausruhen lassen, wohin der Strom sie geführt hatte. Da der Verkehr der Bahnzüge durch die Truppentransporte gehemmt war, hat Honvédminister Baron Samuel Hazai in Kolozsvár im Einvernehmen mit den dortigen Militärbehörden für eine Regelung dieser Transporte Sorge getragen, die es ermöglichte, daß der Flüchtlingstransport jetzt schon programmäßig, ohne Störung vor sich gehen kann. In den ersten Tagen konnte natürlich auch nicht endgültig für die Unterbringung der Flüchtlinge gesorgt werden, was vielleicht zur Folge hat, daß sie stellenweise nicht entsprechend untergebracht sind. Wir konnten aber Augenzeugen des erhebenden Schauspiels sein, daß in der Hauptstadt sowohl als auch in der Provinz die Bevölkerung freudig und ohne Zögern ihre Wohnungen öffnete und die so schwer heimgesuchten Landsleute mit offenen Armen als Gäste empfing und mit ihnen ihre Stuben teilte.

Auch der Staat hat alles getan, was in seiner Macht stand. Der Minister gibt ja zu, daß die seinerzeit als Unterstützung festgestellte Summe eine zu geringe gewesen sein mochte. Aber der Staat hat sie mit Rücksicht auf die stetige Teuerung sehr bald für die Provinz auf eine, für die Städte auf zwei Kronen pro Kopf und Tag erhöht, und Redner glaubt, daß bei einer größeren Familie diese Summe denn doch zur Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse genügt, besonders wenn wir jene gesellschaftlichen Aktionen berücksichtigen, die die unentgeltliche Verpflegung und die Versehung mit den notwendigsten Kleidungsstücken ermöglichten. Redner hat für die erste Hilfe bedeutende Summen als Staatshilfe angewiesen, aber auch bedeutende ihm vom „Az Est" und vom „Pester Lloyd" zur Verfügung gestellten Summen, die außer der Staatshilfe zur Verteilung gelangten. Heute gilt es die zahlreichen Aktionen zu regeln und in eine einheitliche Organisation zu bringen; in dieser Frage findet morgen eine Konferenz mit Einbeziehung der Hauptstadt und der verschiedenen an der Aktion teilnehmenden Vereine statt. Redner glaubt, daß das wirksamste Mittel der Unterstützung wohl darin bestehe, den Flüchtlingen Arbeitsgelegenheit zu bieten. Er kennt dieses von seiner Heimstätte vertriebene Volk: es ist arbeitsliebend und arbeitsfähig. Zu diesem Zwecke wurde mit Zustimmung und mit Beiträgen des Handelsministeriums eine Arbeitsvermittlungsorganisation geschaffen, die schon in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit aufnehmen wird. Es ist dies wohl die beste Art der Hilfeleistung, nur müßten die Flüchtlinge auch die sich bietende Arbeit annehmen, selbst wenn sie auch nur provisorisch und vorübergehend ist

Die Beamten betreffend hat die Regierung schon früher das Prinzip aufgestellt, das auch heute noch unerläßlich ist, daß sie sich nur von Schritt zu Schritt aus den gefährdeten Gegenden möglichst in deren unmittelbare Nähe zurückziehen, damit sie sofort bei der Befreiung ihres Landstriches zurückkehren und ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können. Dabei wurde auch dafür Sorge getragen, die Beamten möglichst in solchen Orten zu unterbringen, wo sie provisorisch Dienste leisten konnten. Es wurde ferner dafür Sorge getragen, daß diese Beamten ihre Bezüge in ihrem jeweiligen Aufenthaltsort beheben können; sollten sie in einzelnen Orten ihre Bezüge und Vorschüsse noch nicht behoben haben, so steht dem jetzt nichts mehr im Wege und der Minister hofft, daß auch die geflüchteten Großbanken und größeren Unternehmungen bei ihren Privatbeamten dieses Beispiel befolgen werden. Die gesellschaftlichen Vereine, der Hilfsausschuß der Abgeordneten, der einen großen Teil der individuellen Unterstützungen leitet, haben sich den Dank und die Anerkennung des Ministers in vollstem Maße erworben. Ebenso die Hauptstadt und ihr Beamtenkörper, die in verhältnismäßig so kurzer Zeit das Werk des Empfanges, der Unterbringung und der Verpflegung der Flüchtlinge in solch glänzender Weise organisiert haben. Viele Flüchtlinge sind nach Ortschaften verschlagen worden, die weit entfernt von jenen Orten liegen, die für sie eigentlich vorgesehen waren, der Minister hat die betreffenden Behörden angewiesen, diese Flüchtlinge dort zu unterstützen, wo sie sich eben befänden, und er ist gern bereit, überall dort einzugreifen, wo diese Unterstützung dennoch nicht in entsprechender Weise erfolgt sein sollte. Uebrigens haben die Behörden den richtigen Weg gefunden und auch aus eigener Kraft erfaßt, was sie zu tun hätten. Der Minister hat für diesen Zweck überall dorthin, wo Flüchtlinge hingeraten sind, größere Summen angewiesen und wird dies auch ferner tun. Er hofft, daß die Flüchtlinge je früher in ihre befreite Heimat werden zurückkehren können und dann wird die Regierung es als erste Pflicht betrachten, ihnen wieder die Existenzgrundlagen zu bieten, ihre Heimstätten wieder aufzurichten, schöner und glänzender als zuvor, damit diese wackere Grenzbevölkerung in Zukunft wieder der unerschütterliche Hort der Sicherheit des ganzen Landes werde. (Lebhafter, stürmischer Beifall rechts.)

Abgeordneter **Josef Szterényi**

vermißt in der Antwort des Ministerpräsidenten die Garantie dafür, daß tatsächlich jene Hilfsbedürftigen, die darauf angewiesen sind, Entschädigungen erhalten werden, die nicht den Charakter von Almosen besitzen. Deshalb kann er auch die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntnis nehmen. Auch die Antwort des Ministers des Innern hat ihn nicht befriedigt, da er darin nicht die Fürsorge der Staatsgewalt für die Zukunft ausgeprägt findet.

Ministerpräsident **Graf Stefan Tißa**

erklärt zur Vermeidung von Mißverständnissen, daß bis zur Erledigung der Frage des Schadenersatzes den Flüchtlingen Unterstützungen in einem Ausmaße geboten werden sollen, das nach der Befreiung der heimgesuchten Landstriche die Rekonstruktion wieder ermöglicht und sichert. Diese Unterstützung, die sie durch ihre Leiden verdient haben, kann jeder Ungar getrost annehmen, denn sie haben Anspruch darauf und sie kann unmöglich verletzend wirken.

Das Haus nimmt hierauf die beiden Antworten zur Kenntnis.

Abgeordneter **Wilhelm Sümegi**

richtet folgende Interpellation an den Minister des Innern:

Ist der Herr Minister des Innern bereit, eine statistische Aufnahme machen zu lassen, aus der das Ausmaß des Gebietes, von dem die Bevölkerung geflüchtet ist, und die Zahl der Flüchtlinge hervorgeht?

Ist er geneigt, eine ähnliche Statistik aufnehmen zu lassen, aus der der verlorene und der gerettete Viehbestand der Bevölkerung hervorgeht?

Ist er bereit einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der für die volle Entschädigung der siebenbürgischen Flüchtlinge sorgt?

Ist die Regierung geneigt, dafür zu sorgen, daß die dem Elend preisgegebenen siebenbürgischen Flüchtlinge sowohl in Budapest wie in der Provinz provisorisch und ständig nach einem einheitlichen Plan unterstützt werden und daß die Unterstützungssummen sofort verteilt werden?

Ist die Regierung geneigt, dafür zu sorgen, daß die notleidenden siebenbürgischen Flüchtlinge Kleider, Lebensmittel und Heizmaterial erhalten?

Ist der Herr Kultus- und Unterrichtsminister bereit, zu verfügen, daß die Kinder der aus Siebenbürgen geflüchteten Bevölkerung in allen Schulen von der Volksschule bis zur Hochschule ohne überflüssige Vexation unentgeltlich unterrichtet und verpflegt werden, wenn sie darauf Anspruch erheben?

Ist die Regierung bereit, für die arbeitsfähigen Flüchtlinge genügende Arbeitsgelegenheit zu schaffen?

Ist der Herr Handelsminister bereit, sofort die strengste Disziplinaruntersuchung gegen einzelne Bahnangestellte der Station Piski, Parajd, Zsidve, Küküllőszög usw. einzuleiten wegen ihres Verhaltens gegenüber den Flüchtlingen, und ist er bereit dafür zu sorgen, daß die Handlungen der schuldigen Bahnangestellten entsprechend geahndet werden?

Ist die Regierung geneigt, auch dafür zu sorgen, daß die geflüchteten Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten, die Professoren, Lehrer, Pensionisten und diejenigen, die eine Kriegsunterstützung erhalten, ihre Gehälter oder Bezüge bei dem Steueramt ihres Aufenthaltsortes ohne Hindernis beheben können?

Ist die Regierung geneigt, sofort dafür zu sorgen, daß der Sitz der Staats-, Kommunal- und Gemeindeämter endgültig bestimmt, und daß dies den Interessenten zur Kenntnis gebracht werde?

Ist die Regierung bereit, sofort bei der Heeresleitung zu veranlassen, daß die notwendigen militärischen Verfügungen

Reichspost 21/IX. 1916 152

oft.

eich-Ungarns.

Bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich . . . . . K 3.90
vierteljährlich . . . . . „ 11.50
halbjährlich . . . . . „ 23.—
Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 4.60
vierteljährlich . . . . . „ 13.50
halbjährlich . . . . . „ 27.—
Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 3.90
vierteljährlich . . . . . „ 11.50
halbjährlich . . . . . „ 23.—
Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

1916 XXIII. Jahrgang

Luck und in prallt.

ıß zurückgeworfen. ındlungen.

Kommunistische Träume.

Wien, 20. September.

Die Entartungen im Zeichen des Wirtschaftsindividualismus haben die Sozialdemokratie auf den Plan gerufen und zur Aufstellung eines Ideals veranlaßt, das sich zu dem des Liberalismus wie ein Extrem zum entgegengesetzten verhält: der Freiwirtschaft des Einzelnen wird die schlechthinige Gesellschafts-, die Staatswirtschaft gegenübergestellt. Ist es bei der Freiwirtschaft nicht zu verhindern, daß herbste Kämpfe des Egoismus und der Habsucht entbrennen, daß die Morallosen obenauf kommen, immer mehr Güter an sich raffen auf Kosten anderer, daß zuguterletzt auf der einen Seite die Rockefeller, Carnegie, Rothschild, Reitzes, Guttmann, die hundertfachen Millionäre mit der Verfügung über ganze Provinzen, mit Schlössern, Jagdgründen und allem Zubehör wahnwitzigen Luxus stehen, auf der anderen Seite aber unabsehbare Proletarierherden, in Dachkammern und Kellern beheimatet, von früh bis spät zum Schuften an Webstühlen, an Feuerungen, in Schachten und auf Baugerüsten gezwungen, ohne anderes Recht, als auf den Straßen zu gehen, und den übermütigen oberen Zehntausend bittere Blicke zuzuwerfen — gut, so sei überhaupt Schluß mit Freiwirtschaft und Privateigentum. Die Gesellschaft, der Staat übernehme alles an Grund und Boden, an Handel und Verkehr, an Industrie und Handwerk in eigene Regie. Man leite Produktion und Konsumtion von einer Zentralstelle aus. Dieser Art erhielten alle Anteil an den Gütern eines Volkes; seien auch alle gezwungen, ihren Anteil durch persönliche Arbeit zu verdienen. Was die Ueberreichen verlören, käme den bisher Besitzlosen zugute; und müßten die bisherigen Faulenzer auch arbeiten, so würde die Arbeitslast des bisherigen vierten Standes verringert; es gäbe in Zukunft höchstens mehr 3- bis 5stündige tägliche Arbeitszeit; sei die Arbeit im Namen und zugunsten der Gesamtheit vorbei, so beginne das Vergnügen von Gnaden der Gesamtheit. Kurz an die Stelle der bisherigen Millionen und Millionen Einzelbetriebe trete ein einziger großer Riesenbetrieb, in dem alle Angestellte, alle Arbeiter, alle aber auch in gleichem Maße Anwärter auf das Arbeitsprodukt und auf die Arbeitsferien, Anwärter auf alles Schöne und Freudenvolle im Menschenreich seien. Bisher habe es Familien, Gesellschaften, große und kleine Unternehmer mit Eigentum gegeben, hinfürder sei nur mehr der Staat als Allesbesitzer und das Individuum als Angestellter und Nutznießer des Staates. Wie es schon die französischen Revolutionsmänner gewollt hätten: Il' n'y a que l'etat et l'individu. Es bestehe nur Staat und Individuum. So lebe denn der Zukunftsstaat. Da ist alle Willkür des Einzelwesens, alle Auswucherung des Privateigens ausgeschlossen. Da wird alles gelenkt und gearbeitet im Namen der Gesamtheit; alles aber auch alles ist staatlich. Die Bauern arbeiten auf staatlichem Boden, die Handwerker in staatlichen Werkstätten. Die Eheleute wohnen in staatlichen Hotels bezw. Logierhäusern; die Frauen gebären in staatlichen Gebärhäusern; für die Kinder bestehen staatliche Kinderbewahranstalten, für die Jugendlichen staatliche Schulen und Werkstätten mit

oden, in flüssige, leicht übertragbare Wertpapiere andelt, so die mit dem Besitz des Festen verbundenen ugenden der Wirtschaftlichkeit, der Stabilität, des konrvativen Sinns vernichtet, um der Habsucht und euerungssucht, dem bloßen Spekulieren und Wuchern ür und Tor zu öffnen. Was erreicht werden kann — r allem durch Ausbau des Genossenschaftswesens — viel stärkere Beteiligung des vierten Standes an den ütern der Erde, in dem Augenblick erleichtert, wo an e Stelle ausbeutender Krösusse sich selbst durch großgigstes Mäzenatentum und Almosengeben einschränkende eiche treten, die wissen, daß Besitz verpflichtet, und ihr berflüssiges willig der Gesamtheit zur Verfügung stellen.

Immer wird die Menschheit zu ihrer Entwicklung ıe Summe Freiheit nötig haben. Staatliche Wiegen, ıatliche Schulen und Kontors sind nicht der Nährboden Genies, nicht der Nährboden für Gestalten wie nzenz v. Paul oder Ozanam. Auch zum Wirtschaften rd immer eine Portion Freiheit, Freiheit von staatıen Wünschen, Vorschriften, Paragraphen gehören. as abgeschafft werden soll ist nur die Freiheit zum ucher und Betrüg, die Freiheit des römischen Rechtes, dem Besitzer absolute Souveränität für Gebrauch, rbrauch, Mißbrauch des Eigentums gibt, ihm den ahlspruch „nach mir die Sintflut" möglich macht.

Es ist im heutigen Wirtschaftsleben mancherart Verellschaftung, Verstaatlichung angebracht. In puncto rkehrs-, Bank-, Börse-, Forstwesen, Bergwerke, Kohlenıben, Oelquellen, Wasserquellen und Wasserleitungen, htanlagen, kurz bezüglich wirtschaftlicher Werte, deren sitz und Verwaltung das Schicksal weiter Kreise pfindlich berührt, ist die Staatswirtschaft oder doch Staatsmitwirtschaft sehr nahegelegt. Aber alles veratlichen, wie die Kommunisten wollen, hieße noch ßere Uebel auf die Welt beschwören, als sie der eralismus erzeugt hat.

Dr. E.